

Klaus Peter Schmitz

MITTEN IN DER ZEIT

70 Jahre Schwelmer Stadtgeschichte
von der Nachkriegszeit bis heute
70 Jahre CDU in Schwelm

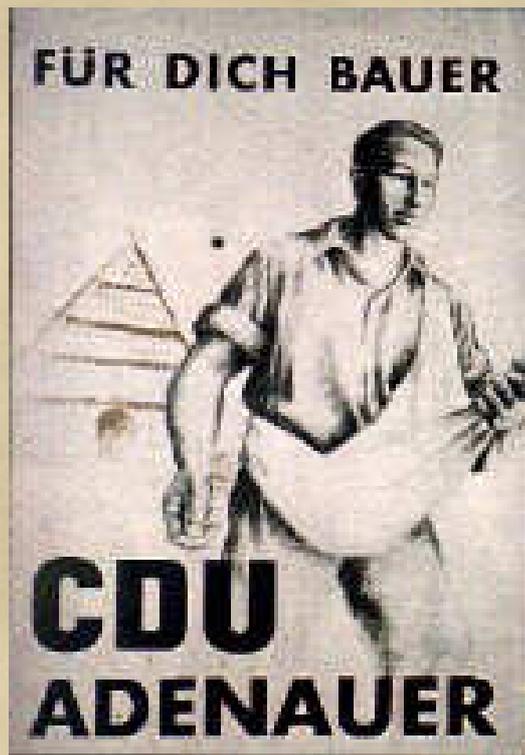


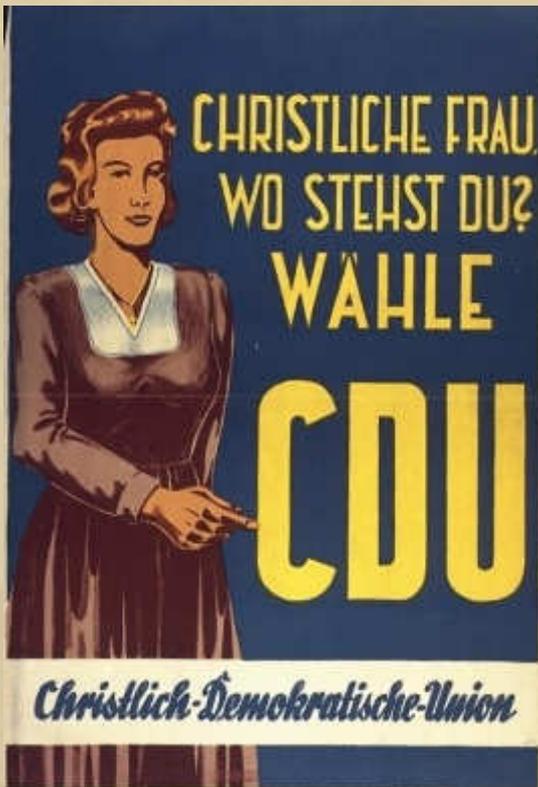
Von der Vision des
Adam Stegerwald 1922

→
bis zu einer christlich demokratischen Volkspartei
des 21. Jahrhunderts



Wahlplakate aus den Anfangsjahren der CDU





Heimatkunde-SchweIm.de

Titelbild
Schwelmer Hauptstraße vor der Umgestaltung
zur Fußgängerzone

Mitten in der Zeit

● 2015 by
Christlich Demokratische Union Schwelm



Nachdruck und Ablichtung des Schrift- und
Bildmaterials, auch in Auszügen, nur mit
besonderer Genehmigung des Autors

Schwelm,
im Juli 2015
1. Auflage

Autor
Klaus Peter Schmitz

Satz, Layout und Bildbearbeitung
Klaus Peter Schmitz

Besonderer Dank gilt
für die Überlassung ihres
Dokumenten- und Bildarchivs
Bernd Richter und Michael Bergmann
für die politische Begleitung
Heinz-Joachim Rüttershoff

ISBN 978-3-00-049401-7

Inhalt	6
Quellenverzeichnis	12
Grußworte	16
Zum Buch	24
Die Vorgeschichte - die Jahre 1920 bis Kriegsende 1945	28
Der Wandel ist unaufhaltsam	30
Im Anfang stand die Vision des Adam Stegerwald	31
Die Geburtsstunde der christlich sozialen Idee	32
Aus dem 17. Juli geboren	38
Aus dem Widerstand kämpfen Kölner Kolpingsöhne, KAB-Mitglieder, christliche Gewerkschaftler und Zentrum - Mitglieder gegen NS-Regime	41
Der 20. Juli 1944	45
Das NS-Regime schlägt zurück	
In jedem Ende liegt ein neuer Anfang	48
Politischer Neubeginn	51
In Köln und Berlin gemeinsam	56
Walberberg und christlicher Sozialismus	56
Evangelische Kirche und die öffentliche Verantwortung	61
Grundlagen evangelischer Mitarbeit in Westfalen	63
Zentrumspartei gegen Ausbreitung in Westfalen	63
Gründung der Landesparteien Rheinland und Westfalen	68
Gründung des Landesverbandes Westfalen	69
Letzte Querelen des Zentrums - Etablierung in Westfalen	71
Gemeinsame Leitlinien – Anfänge der Jugendarbeit	73
Gründung der Jungen Union	75
Das erste Gesamttreffen in Godesberg	76
Die CDU in der Sowjetischen Besatzungszone	70
Adenauer kommt	81
Das erste Gesamtprogramm	82
Nordrhein-Westfalen wird gebildet	83
Das Ahlener Programm	88
Die Sozialausschüsse und der Parlamentarischer Rat	93
Parlamentarischer Rat	93
Düsseldorfer Programm	98
Die Wahl zum 1. Deutschen Bundestag	99
Die unmittelbare Nachkriegszeit in Schwelm	102
Die Tage nach Kriegsende	104
Unter Androhung von Todesstrafe auf die Rheinwiesen getrieben	106
Mit der Berliner Erklärung begann auch in Schwelm die Nachkriegsverwaltung Deutschlands durch die Alliierten	107
5. Juli 1945: Die erste Kundgebung nach dem Kriege	113

Absetzen der NS-Gemeinderäte, Einsetzen von Vertrauensausschüssen	116
Unter der Befehlsgewalt der Britischen Besatzer	118
Energieversorgung	120
Textilversorgung auch für ausländische Zwangsarbeiter	125
Gründung der Schwelmer CDU	126
Zusammenschluss zur christlichen Partei	
Neue politische Strömungen	128
23. 08. 1945 - Gründung der CDU-Ortsgruppe Schwelm	129
Rückschau auf die Gründungszeit	130
Ernst Hüsken	131
Ernst Lambeck	132
Otto Müller	133
Wilhelm Bühlhoff	134
Neubeginn, erste Wahlen und Wiederaufbau	136
Einsetzung des Stadtrates am 3. Januar 1946	137
September/Oktober 1946 - erste freie Kommunalwahl	138
Vom Marshallplan, Care-Paketen, Quäkerspeisung bis zur Währungsreform am 20. Juni 1948	146
Hilfe für die Kinderstation im Marienhospital	150
Die dritte Wahl am 17. Oktober 1948:	152
Die Gewinnerin ist die CDU	
Ernst Lambeck wird erster CDU-Bürgermeister	155
Ludwig Jennemann wird stellv. Bürgermeister	
Ideologischer Kampf um Schwelmer Konfessionsschule	156
Unter Lambeck beginnt strukturierter Wiederaufbau	158
Provisorische Gestaltung des Märkischen Platzes - weitere Trümmerfelder verschwinden	160
Bau der katholischen Schule	164
Landtagswahlen am 18. Juni 1950	168
Die ersten drei Jubiläumsfeiern nach dem Kriege	170
100 Jahre Städtische Sparkasse	173
Kölpingfamilie Schwelm, Stiftungsfest und Gesellentag mit dem letzten Handwerkerfestzug	175
350 Jahre Stadt Schwelm	176
Industrierausstellung am Brunnen	182
Festprogramm	184
Der Wiederaufbau geht weiter	
Als Schwelm seine neue Stadtfahne bekam	190
aus alten Sitzungs- und Verwaltungsunterlagen	
Schaffung neuer Stellen für Stadt und Schule	192
Die erste Ratssitzung 1950 - Ende der Schulspeisung	193
Die Siedlung „Neue Heimat“	196

Das Stadtparlament stimmt zu	196
Ehemalige Fremdarbeiterunterkünfte in der Hagener Str.	200
Siedlung Hagener Str. wird nicht bezuschusst	201
Von Baracken- zur Siedlergemeinschaft	202
Schloss Martfeld - Zustand des Schlosses bis 1959	203
Bilder Schwelm Aufbau 1949 /1950	209
Die neue Bebauung	210
Durchführungsplan A	212
Stadtratssitzung über den Durchführungsplan A	217
Die obere Bahnhofstraße wartet auf den Wiederaufbau	219
Zwei „menschliche“ Projekte	225
Grundstückkauf für Nordstadtschule - aber immer noch Kohlenmangel	227
Visitenkarte Bahnhof und Vorplatz: Beide sollen schöner werden	228
Verein für Heimatkunde fordert Grünflächenplan	231
Weiterer Wiederaufbau	235
Bürgermeisterwahl November 1951	236
Heinrich Homberg wird Bürgermeister	237
Der Wahlgang zum Bürgermeister	238
Laudatio auf Ernst Lambeck	239
Ehrenteller an Ernst Lambeck	239
Nachtrag auf die Amtszeit von Ernst Lambeck.	239
Der neue Stadtrat nach der Kommunalwahl 1952	240
Aufbaupolitik von Lambeck wird von Homberg fortgesetzt	245
Das Geschäftsleben in Schwelm entwickelt sich	250
Wiederaufbau von Schwelms Herzstück	254
Märkischer Platz: Parkplatz oder Grünfläche	254
Stadtplanung tut Not - eine Persiflage	259
Die soziale Infrastruktur	263
Aufbau der Innenstadt in den 50er Jahren	265
Beispiele sozialer Infrastruktur	266
Schwelmer Politik und Vereine, besondere Pflege der Nachbarschaften	275
Das Volks- und Heimatfest	
1952 - Das Schwelmer Volksfest bereitet Sorgen	279
Von Politik und Verwaltung umsorgt: Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz und Gesundheitsprophylaxe	283
Der 17. Juni 1953	284
Adenauer gewinnt 1953 absolute Mehrheit	285
Die 50er Jahre gehen dem Ende entgegen	286
Am 5. Mai 1955 endete der Besatzungsstatus	288
Die letzten Kriegsgefangenen kehren Heim	290

Gründung der Jungen Union in Schwelm	292
Mit dem Godesberger - Programm der SPD erwächst ein nicht zu unterschätzender Konkurrent	293
Planung von Schwelmer Erholungsgebieten	294
Die Ruhe vor dem Sturm - Der Anfang der 60er Jahre	297
Zwischen Wohlstand und Protest	298
Kommunismus in den Ostgebieten	
Der Mauerbau	299
Die erste „Große Koalition“	299
Aus dem Kölner Manifest	299
„Christlich-demokratisch“ gleichberechtigter Einklang aller Glaubensgemeinschaften	302
Die Zeit des Bürgermeisters Dr. Wiesemann	304
In großen Zeiträumen denken	311
Mehr erreicht als 1955 geplant	315
Ehre wem Ehre gebührt	318
Dr. Wilhelm Wiesemann	320
Ministerialrat Willi Vahle	322
Beigeordneter Karl Schneider	324
Maria Knobe	324
Ehrung von Gründungsmitgliedern	324
Eugen Hahne, Gründungsmitglied, wird 70	326
Der Tag, als Ernst Lambeck 65 Jahre alt wurde	327
Das Ende der Ära Adenauer	331
Ein wichtiges Jubiläum: Schwelm wird 375 Jahre alt	332
Konrad Adenauer in Schwelm	334
Bundestagswahl 1965	336
Gegen das Vergessen des Holocaust	337
Kreishausbau	338
Sylvesterbrief von Lambeck	342
Die Gebietsreform (Karte)	343
Die letzte Fahrt der Straßenbahn	346
Die Vita des Walter Degenhardt	347
Die Zeit der „68er“ Generation	349
Mit den „68ern“ beginnt der politische und gesellschaftliche Umbruch	350
Ab den „70er“ Jahren beginnt das sich lösen von christlichen Werten	355
Auch die CDU-Ortsunion verändert sich	357
Letzter Weihnachtsrundbrief von Ernst Lambeck	361
Der erste Tanz in den Mai	363
Die Sparkassen - Affäre	364
Hallenbadbau und Hallenbadbrand	366

Demo gegen § 218. Mit M. Feltkamp, E. Albano-Müller und G. Gutknecht kommt „Frauenpower“ in die CDU	368
Vorwahlkampf 1974 / 1975	370
Kommunalwahl 4. Mai 1975	372
Ehrung von Rudi Speckenbach	377
Die Innenstadtsanierung	378
Neugestaltung der Innenstadt - Die Fußgängerzone	280
Sparkassenneubau	383
Kandidaten	386
Abschied von Dr. Wiesemann	388
Alltag in der Kommunalpolitik	389
Das Ende der „70er“ Jahre	391
Die letzten Jahre	392
Die Ortsunion stellt sich vor	395
Dank an scheidende Mitglieder und Wilhelm Erfurt	399
Gesetz gegen die „Auschwitz Lüge“	402
Der lange Weg zurück zum Bürgermeisteramt	405
1980 war voller wichtiger Ereignisse	406
Werner Maikranz wird 1980 neuer Vorsitzender	408
Strauß, der Bundeskanzlerkandidat	409
Helmut Kohl kommt nach Schwelm	410
Die Junge Union wird immer aktiver	414
Wegweisende Jahreshauptversammlung 1981	416
Ernst Lambeck wird zum Bundespräsidenten eingeladen	419
Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hitler	420
Die Wirtschaft bricht ein	423
Das Firmensterben in den 80er Jahren	424
Umbruch und Aufbruch	427
Der „Austand“ der Jungen	429
Die Junge Union wird in der CDU aktiv	431
1985 - Neuer Vorsitzender ist Heinz-Joachim Rüttershoff	431
Nöckemann wird Bürgermeisterkandidat	435
Die Woche der CDU	438
Biedenkopf in Schwelm	440
Schicksalswahl 25. Januar 1987 - wegweisende Jahreshauptversammlung	
Aktivitäten in der „Woche der CDU“	442
Jahreshauptversammlung mit vielen Perspektiven	447
Die 13-Bogen-Brücke	448
Linde muss in Schwelm bleiben	450
Kommunalwahl 1989	451

Dr. Helmut Kohl - Kanzler der Einheit	454
Am Anfang stand die Abdankung Honeckers, dann fiel die Mauer	456
Die 90er Jahre, Teile der Jugend ohne Perspektive	460
Neuausrichtung der Jungen Union	461
50 Jahre CDU-Ortsverband	468
1995 - Attentat auf Linssen	489
Die Jahrtausendwende - Die CDU stellt wieder Bürgermeister	471
Gemeinsam stark	473
Bürgermeisterkandidat Dr. Jürgen Steinrücke	475
Die Verteidigung von Steinrücke als Bürgermeister	477
Das erste Jahrzehnt	480
Die neue Geschäftsstelle	483
Nockemann wird 70 Jahre alt	484
Paul Frech ist verstorben	486
Jahresrückblick 2007	491
Oliver Flühöh neuer Fraktionsvorsitzender	492
Oliver Flühöh im Gespräch	493
Gründungsmitglied Ernst Hüsken wir 90 Jahre alt	494
Die politische Vita von Leonhard Kuckart	496
Neujahrsempfang mit Dr. Wolfgang Bosbach	498
Schlussbemerkungen	500
Auch das waren wichtige Ereignisse	502
Das Gewerbegebiet Linderausen	505
Städtepartnerschaft Schweim - Fourqueux	508
Der Bürgerpreis	510
Epilog „Die Zukunft gehört Gott und dem Mutigen“	512
Verzeichnisse	
Vorstands- und Fraktionsnamensliste	516
Statistiken	518
Abkürzungen	521

Erklärung:

Alle in diesem Buch gedruckten Texte und abgebildeten Bild- und Anschauungsmaterialien dürfen in keiner Weise reproduziert, kopiert oder propagandistisch, insbesondere im Sinne des Paragraphen 86 und 86a STGB, benutzt und weiterverbreitet werden.

Der Autor war bei der Erstellung des Buches „*Mitten in der Zeit*“ sehr bemüht, eventuelle Rechte an verwendeten Bildern, Grafiken und Texten zu beachten. Er hat die betreffenden Urheber im Quellenverzeichnis, in Bildunterschriften, sowie in diversen Textpassagen nach bestem Wissen teilweise kenntlich gemacht und aufgeführt.

Sollte sich auf einer jeweiligen Buchseite dennoch eine ungekennzeichnete und durch fremdes Copyright geschützte Grafik oder Textstelle befinden, so konnte das Copyright vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Copyrightverletzung wird der Autor nach Aufforderung des Urhebers dieses mit dem entsprechenden Copyrightvermerk unverzüglich kenntlich machen und veröffentlichen.

Quellenverzeichnis

Archiv der Stadt Schwelm	Bild- und Dokumentenmaterial
Archiv der Propsteigemeinde St. Marien Schwelm	Bild- und Dokumentenmaterial
Archiv der Kolpingsfamilie Schwelm	Bild- und Dokumentenmaterial
Archiv des CDU Stadtverbandes Schwelm	Bild- und Dokumentenmaterial
Commons Wikimedia (gekennzeichnet als „gemeinfrei“)	Bildmaterial, Wahlplakate
Bergmann, Michael	Privates Bildarchiv
Oesterling, Bernd	Artikel und privates Bildmaterial
Richter, Bernd	Artikel und Kommentare aus der Westfalenpost
Rudolph, Heike	Artikel, Kommentare, Bildmaterial
Nicolay, Ernst Rudolf	Privates Bildmaterial
Winkelsträter, Bernd	Privates Bildmaterial
Becker, Pastor	Tagebuchaufzeichnungen
Schmitz, Klaus Peter	Buch: Illustrierte Pfarrchronik Buch: Zwischen Auftrag und Wandel Buch: Zeit des Nationalsozialismus in Schwelm Privates Dokument- und Bildarchiv
Schneider, Fotogeschäft	Privates Bildmaterial
Schwering, Leo	Buch: Die Entstehung der CDU 1946, Bilder und Dokumente
Toynbee Arnold Geschichtsphilosoph	Buch: Der Gang der Weltgeschichte
Welty, Eberhard	Buch: WAS NUN?
Westfälische Rundschau	Bild- und Artikelmaterial
Westfalenpost	Bild- und Artikelmaterial
Schwelmer Zeitung	Bild- und Artikelmaterial
UID	Mitteilungsblatt „Union in Deutschland“



CDU



Vorsitzende der **CDU** Deutschlands
Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**

Grußworte

**der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB, an den
CDU-Stadtverband Schwelm anlässlich des
70-jährigen Bestehens am 23. August 2015**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

vor 70 Jahren schlossen sich christliche Demokraten aus Schwelm in der CDU zusammen. Nicht nur hier, sondern in ganz Deutschland zogen Männer und Frauen die Lehren aus dem Unrecht des Nationalsozialismus, dem Zivilisationsbruch der Shoah und den Leiden des Zweiten Weltkriegs. „In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich-Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“, heißt es beispielhaft im Berliner Gründungsaufwurf von 1945. Über konfessionelle Grenzen, soziale Schichten und landsmannschaftliche Unterschiede hinweg einte die Mitglieder der ersten Stunde ihr Glaube an eine bessere Zukunft und ihr Einsteher für Demokratie und Menschenrechte.

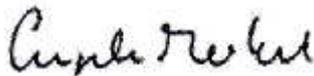
Die Verantwortung für die Zukunft Deutschlands ist bis heute die Grundlage unserer Union. Seit 70 Jahren arbeiten wir für die Menschen in unserem Land. Keine Partei hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stärker geprägt als die CDU. Wegmarken wie die Soziale Marktwirtschaft, die Westintegration und die Europäische Einigung haben die Weichen für eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes gestellt. Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard haben diese Politik geprägt und das Vertrauen der Menschen gewonnen. Als mutige Bürger in der DDR gegen Unterdrückung und Willkür aufbegehren, erkannte Helmut Kohl die historische Chance zur Deutschen Einheit. Freiheit und Demokratie überwinden Teilung, Mauern und Gewalt - an dieser Überzeugung hat die CDU immer festgehalten.

Heute leben wir nicht nur in einem geeinten Deutschland, sondern auch in einem vereinten Europa. Gemeinsame Werte, Frieden und Wohlstand sind die Grundlage für unsere Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg. Die CDU steht in der Verantwortung, diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Nur ein starkes und geeintes Europa wird die Aufgaben unserer Zeit meistern können.

Die Globalisierung, der demografische Wandel und die Digitalisierung unserer Arbeits- und Lebenswelt fordern uns heraus. Ich bin überzeugt: Wir in der CDU haben die richtigen Antworten. Grundlage dafür sind unser christliches Menschenbild und unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Tatkraft und Verlässlichkeit zeichnen uns aus. Die Menschen vertrauen auf unsere CDU. Das ist uns seit 70 Jahren Ansporn und Verpflichtung.

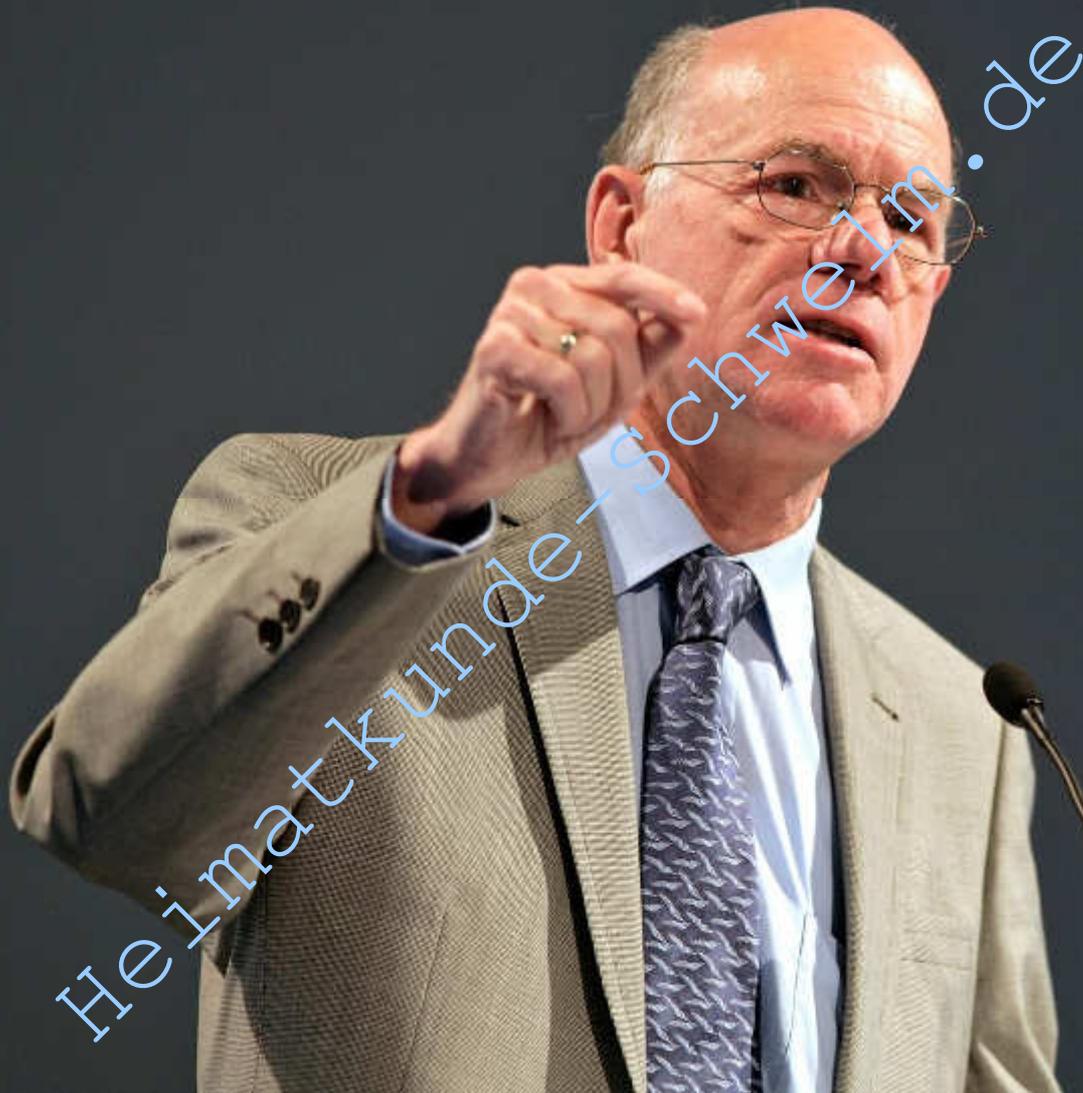
In diesem Sinne wünsche ich dem Stadtverband Schwelm und ihnen allen viel Erfolg, Kraft und Gottes Segen für Ihre wichtige Arbeit.

Ihre



Dr. Angela Merkel

CDU



Präsident des Deutschen Bundestages
Dr. Norbert Lammert, CDU

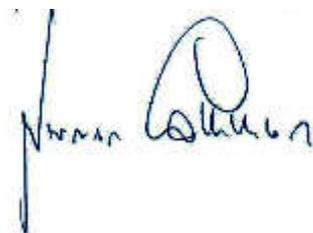
**Grußworte
des Präsidenten
des Deutschen Bundestages
Prof. Dr. Norbert Lammert**

Der CDU Stadtverband Schwelm feiert in diesem Jahr sein 70 jähriges Bestehen. Sehr herzlich möchte ich zu diesem Jubiläum gratulieren.

„Die Zeit verwandelt uns nicht, sie entfaltet uns nur“, wird der Schweizer Schriftsteller Max Frisch zitiert. Dass seine Beobachtung auch auf die CDU in Schwelm zutrifft, zeigt das vorliegende Buch eindrücklich auf: Natürlich hat sich die Partei in sieben Jahrzehnten vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen der Notwendigkeit einer beständigen Weiterentwicklung nicht verweigert – ihren Grundfesten, Werten und Überzeugungen ist sie dabei aber stets treu geblieben.

Die Verlässlichkeit und Stabilität ist sicherlich eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich seit 1945 viele Schwelmer Bürgerinnen und Bürger aus persönlicher Überzeugung und mit Begeisterung politisch in der CDU engagieren und gemeinsam aktiv an der Entwicklung des Stadt-lebens mitwirken. Diesem wichtigen und wertvollen bürgerschaftlichen Engagement gilt mein Dank und meine Anerkennung ebenso wie den Verantwortlichen und Mandatsträgern im Stadtverband der CDU, die die notwendigen Strukturen und Organisationsformen für die politische Mit-gestaltung schaffen und pflegen. Ich möchte beide Seiten ermuntern und ermutigen, die erfolgreiche gemeinsame Arbeit auch in den kommenden Jahren fortzuführen.

Der CDU in Schwelm, ihren Freunden und Gästen wünsche ich fröhliche Jubiläumsfeierlichkeiten und für die Zukunft alles Gute und Gottes Segen.



Prof. Dr. Norbert Lammert



Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung - **Dr. Ralf Brauksiepe**, **CDU**

**Grußworte
von Dr. Ralf Brauksiepe, MdB,
parlamentarischer Staatssekretär
bei der Bundesministerin der Verteidigung
und Kreisvorsitzender der CDU Ennepe-Ruhr**

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur im Jahr 1945 fanden sich in ganz Deutschland Frauen und Männer zusammen, um am Aufbau einer neuen Heimat mitzuarbeiten und die Lehren aus dem Leid der vorangegangenen Jahre zu ziehen. Im Berliner Gründungsaufruf hieß es: *„In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christliche Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat.“*

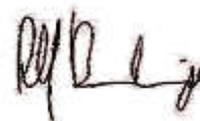
Diesem Aufruf zur Gründung einer überkonfessionellen Volkspartei folgten auch Bürger in Schwelm, um Politik vor Ort mitzugestalten und mitzuhelfen, ein neues Deutschland zu schaffen. Im August 1945 wurde die CDU in Schwelm gegründet.

Heute kann die Schwelmer CDU auf 70 erfolgreiche Jahre christdemokratischer Politik zurückblicken. Angefangen vom Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg über das Wirtschaftswunder bis hin zur Wiedervereinigung und zum Europäischen Einigungsprozess hat die CDU Deutschland maßgeblich mitgestaltet. Untrennbar damit verbunden bleiben Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl.

Die erfolgreiche Arbeit einer Partei ist darauf angewiesen, dass es Menschen gibt, die sich für die Ziele der Partei engagieren. Die CDU Schwelm kann dankbar auf sieben Jahrzehnte zurückblicken, in denen sich unzählige Menschen für die CDU eingesetzt und die Entwicklung Schwelms aktiv mitgestaltet haben. Zum Markenkern der CDU gehörten dabei stets das christliche Wertefundament, die Soziale Marktwirtschaft und unser wertorientiertes Profil.

Wenn die CDU Schwelm ihr 70 jähriges Jubiläum feiert, darf die Erinnerung an Paul Frech nicht fehlen. Paul Frech war nicht nur CDU-Kreisgeschäftsführer, sondern auch 37 Jahre lang Ratsmitglied und 23 Jahre lang Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Schwelm. Er hat die Schwelmer CDU geprägt und war sicherlich einer der bedeutendsten Schwelmer Kommunalpolitiker der vergangenen Jahrzehnte.

All jenen, die sich von 1945 an bis heute für diesen Stadtverband engagieren, möchte ich meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Ich wünsche der CDU Schwelm auch künftig alles Gute und politischen Erfolg.



Dr. Ralf Brauksiepe



CDU

Vorsitzender der **CDU** - Fraktion im Rat der Stadt Schwelm
Oliver Flühöh

**Grußworte
von Oliver Flühöh
Vorsitzender der CDU - Fraktion
im Rat der Stadt Schwelm**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Mitglieder und Freunde,

seit nunmehr 70 Jahren hat die CDU einen wesentlichen Anteil am Aufbau und der Entwicklung Schwelms. Darauf dürfen wir stolz sein.

Als die CDU vor 70 Jahren – auch hier in Schwelm – gegründet wurde, geschah dies durch Männer und Frauen, die ihr Land, ihre Stadt auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wieder aufbauen wollten. Viele verdienstvolle Personen und Persönlichkeiten aus der Schwelmer CDU haben sich in Partei und Fraktion ehrenamtlich engagiert, um Schwelm zu einer liebens- und lebenswerten Stadt der Nachbarschaften wachsen zu lassen.

Als Volkspartei der Mitte vereint die CDU damals wie heute Christlich-Soziale, Liberale und Wertkonservative. Die Arbeit der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Schwelm war und ist von eben dieser Vielfalt geprägt.

Hier gibt es nicht die eine Meinung zu einem Thema. Vielmehr wurden und werden die örtlichen kommunalpolitischen Fragen stets aus den Augen von Jungen und Alten, von Starken und Schwachen, von Arbeitnehmern und Unternehmern diskutiert, um aufeinander zuzugehen und am Ende „innerparteilich“ Kompromisse zum Wohle der Menschen und zum Wohle der Stadt zu finden.

Dies ist keine Bürde. Es ist vielmehr der Anspruch dieser Fraktion, die Themen, Herausforderungen und Probleme umfassend und intensiv unter sachlichen Gesichtspunkten zu erörtern und damit eine breite Meinungsbildung herbeizuführen, wie sie in einer Volkspartei erfolgen kann.

Unser Verständnis als Kommunalpolitiker ist es nicht, nur auf die Interessen Einzelner zu schauen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein und in dessen Verantwortung zu stehen. Vor den Entscheidungen stellen wir uns stets die Frage: „Ist es gerecht? Ist es fair? Wird es dem Wohl aller dienen? Würden wir auch anderen die Folgen unserer Entscheidung zuteilwerden lassen? Wie wirkt unsere Entscheidung in der Zukunft?“

Diese Grundsätze mögen die Entscheidungen der CDU nicht immer elegant oder innovativ erscheinen lassen. Sie sind aber unverzichtbare Grundlage für eine verlässliche Politik zum Wohle der Menschen.

Ich freue mich, im Jahr des 70 jährigen Bestehens der CDU-Schwelm allen Mitgliedern und Freunden, aber auch den Vorgängern in der Ratsfraktion für ihren Einsatz im sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich zu danken.

Der CDU in Schwelm ein herzliches Glückauf!



Oliver Flühöh

CDU



Vorsitzender im **CDU** - Stadtverband Schwelm
Matthias Kampschulte

**Grußworte
von Matthias Kampschulte
Vorsitzender des CDU Stadtverbandes**

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Schwelm,
sehr geehrte Leser,

Am 23. August 1945, nur wenige Monate nach der Beendigung des 2. Weltkrieges, gründeten mutige Männer und Frauen auf der Basis einer christlichen Werteordnung unseren CDU Stadtverband. Sie wollten mit ihren Ideen und ihrem Engagement unsere Stadt Schwelm wieder aufbauen und zu einem demokratischen und modernen Lebensraum entwickeln. Durch dieses Buch wird ihr Beitrag zur Stadtgeschichte und zu ihrer Historie lebendig und gleichzeitig gewürdigt.

Da eine moderne Partei nicht nur durch ihre Programme erkennbar wird, gedenken wir an unserem 70. Geburtstag besonders der Persönlichkeiten, die unserer Partei ein Gesicht gaben. Hier denke ich, stellvertretend für alle, an Engelbert Goecke, Ernst Lambeck, Dr. Wilhelm Wiesemann, Otto Müller, Ernst Hüsken, Maria Knobe, Leonhard Kuckart, Friedrich Wilhelm Nockemann, Paul Frech und Dr. Jürgen Steinrücke.

Sehr beeindruckend für mich ist, was der Autor dieses Buches, Klaus Peter Schmitz über die CDU Schwelm zusammengetragen hat. Vor Ihnen liegt eine sehr lebendige Recherche, in der anschaulich die Schwelmer Nachkriegsgeschichte bis heute aufgearbeitet worden ist. In diesem Kontext finden sich dann auch die Historie und die Arbeit der Schwelmer CDU wieder.

Diese hat dabei immer das Wohl unserer Heimatstadt Schwelm und damit das Wohl ihrer Bürger und Bürgerinnen im zentralen Blickpunkt und an erste Stelle gestellt. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Chronik. Damals wie heute hilft uns als Kompass das Fundament des christlichen Menschenbildes.

Unser Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung gebührt den Männern und Frauen, die im Laufe der 70 Jahre seit der Gründung, mit ihrem unermüdlichen Einsatz dazu beigetragen haben, dass die CDU Schwelm ein verlässlicher Partner für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt geworden ist. Dabei steht das Gemeinwohl stets vor Einzelinteressen. Es ist daher auch nachvollziehbar, dass das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder außerhalb der Partei, seit jeher ein Markenzeichen Schwelmer Christdemokraten ist.

Das Beispiel unserer Vorgänger lässt uns erkennen, dass mit Fleiß, Wissen, Geschicklichkeit und Vertrauen vieles zu erreichen und zu schaffen ist. Möglicherweise leistet dieses Buch, neben dem Brückenschlag der Generationen innerhalb der Partei, auch heute einen Beitrag, um die schwierigen Aufgaben die vor uns liegen zu meistern.

Neben dem Dank an Klaus Peter Schmitz, bedanken wir uns bei allen die dazu beigetragen haben, dass diese Chronik möglich wurde.
Ein herzliches „Glück auf!“ in die Zukunft!

Ihr





Die Altstadt nach dem Krieg, die Christuskirche noch ohne Turmspitzen

Zum Buch

Egal wie sich die Dinge zukünftig auch gestalten werden, wünschen wir uns doch alle, sie mögen sich zum Guten wenden und unserer Gesellschaft und dem Lande segensreich sein.

Um dieses zu erreichen, sollte jeder Einzelne in unserer Gesellschaft sie nach seinen Fähigkeiten mit aufbauen. Grundlage dafür ist ein festes und sicheres Fundament.

Unverzichtbare Baumaterialien sind dabei die soziale Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Würde eines jeden Menschen. Um diese zu bekommen, dafür haben unsere Vorfahren gekämpft und gestritten.

Die Entwicklung und die Gestaltung der Zukunft verlangt von uns aber auch, dass wir die Dinge sich nicht selbst überlassen. Gar fahrlässig wäre es, einfach tatenlos zuzusehen, ganz nach dem Motto: Alles wird sich letztlich schon automatisch zum Guten wenden.

Es ist das Einmalige der Schöpfung, dass wir die Schätze, die uns in Natur und durch Lebensweisheit geschenkt wurden, ausnutzen können. Dazu gehört aber auch, dass wir beides erhalten und notfalls auch verteidigen.

Hierbei bieten uns die Werte des Christentums mit ihrer alternativen, gesellschaftlichen Ordnung, Grundlage und Richtschnur.

Besonders in der heutigen Zeit bemerken wir immer deutlicher, dass sich beständig, sowohl unter Christen als auch unter Nichtchristen, die Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach einer gerechten Gesellschaftsordnung und nach einer heilen Welt mehren.

Wie kaum in einer anderen Zeitepoche erwarten heute viele Menschen Antworten darauf, wie sie ihr Leben und das gesellschaftliche Miteinander gestalten können. Dafür erwarten sie Rahmenbedingungen und klare Richtlinien.

Diese klaren Richtlinien sind und bleiben



Autor
Klaus Peter Schmitz

die christlichen Werte, die schon über viele Jahrhunderte hinweg den Menschen eine Antwort auf den Sinn und Inhalt ihres Lebens geben. Auf dieser Basis wurde die CDU vor 70 Jahren gegründet.

Doch entgegen dieser Weltanschauung bieten heutzutage allzu viele Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller ihre nicht christliche Auffassungen als Alternative an. Damit haben sie zwar in Teilbereichen einen gesellschaftlichen Wandel herbeigeführt, doch sind sie letztlich die Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens schuldig geblieben.

Mit ihren so vehement verbreiteten Alternativen zum Christentum haben sie die Menschen auch nicht glücklicher und zufriedener gemacht. Im Gegenteil: Viele sind, losgelöst von den christlichen Werten und Lebensnormen, der Orientierungslosigkeit, der Verblendung und der Vereinsamung anheimgefallen.

Auch das bedingungslose Einsetzen großartiger Erfindungen und der Raubbau an unserer Umwelt haben Leben und Besitz der Menschen mehr geschadet als genutzt. Dabei wurde sie ausgebeutet und vielfach unwiederbringlich zerstört.

Die Folge war, dass die Abkehr von einer christliche Werteordnung sich selbst widerlegte. In einer Zeit, wo der Mensch meint, ohne ein christliches Weltbild auszukommen, seine Welt nach seinen Gutdünken ausnützt und ausplündert, wer die Zeichen der Zeit nicht zu lesen versteht, der wird mehr und mehr erkennen müssen, dass diese weitgehend auf Sturm deuten.

Ob wir diesen Sturm aufzufangen vermögen? Das wird Großteils davon abhängen, wie wir gerüstet sind, wie fest wir unsere Stellungen beziehen und sie gefestigt haben. Das heißt im Klartext:

Nichts ist gegenwärtig wichtiger, als die Lösung der sozialen Gerechtigkeit, das Bewahren des Friedens, das auf Achtung der Würde basierende Miteinander, der Schutz der Umwelt und die gerechte Verteilung der Erdengüter.

Die Lösung und die Bewältigung dieser Aufgaben liegen nur auf dem Fundament verlässlicher christlicher Werte. Dieses Fundament zu errichten wird für eine soziale und demokratische Politik die Hauptaufgabe der Zukunft sein.

In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass es die freiheitliche, abendländische, sich auf christlichen Werten gründende Demokratie war, die in ihrer Ausrichtung den einzelnen Menschen und dadurch die Gesellschaft formte.

Versuche und Konzepte, durch Veränderung der Gesellschaft den Menschen zu formen, scheiterten, - so auch der Sozialismus, Kommunismus und der alles bestimmende Totalitarismus. Alle lassen die christliche Weltanschauung als alternativlos erscheinen.

2013 entschieden sich 42% der Wähler Deutschlands für die christlichen Parteien CDU und CSU. In einer Zeit, in der die Angst von Altersarmut, sozialer Ungleichheit, Europakrise, Umweltzerstörung und Kriegen immer weiter steigt, spätestens jetzt sollte jeder die Wichtigkeit der zeitgemäßen, sich auf christlichen Werten fundierende Zukunftsplanung erkennen und sie in die weitsichtigen „Strategien“ einfließen lassen!

Wenn das geschieht, dürfen wir der festen Hoffnung sein, friedlichen Zeiten und einem gerechten und sozialen Miteinander entgegenzugehen. Auch hierzu möchte dieses Buch eine Antwort geben.

Zusätzlich soll an Hand des 70jährigen Bestehens der Schwelmer CDU aus ih-

ren Anfängen, ihren Aktivitäten und ihren Visionen berichtet werden.

Dafür gehen wir zuerst einmal zurück in die Weimarer Republik, in die Zeit eines Adam Stegerwalds. Wir blicken danach zurück in eine Zeit, als Frauen und Männer auf Weisung ihres eigenen Gewissens ein freies Deutschland schafften und sich deshalb des Diktators Adolf Hitlers entledigen wollten.

Wir blicken weiter zurück zu den Frauen und Männern aus der Nachkriegszeit, die sich in der neuen Partei CDU zusammenfanden und in wenigen Jahren neben dem Neuaufbau Schwelms auch bei uns das sogenannte Wirtschaftswunder schafften. Hier setzen wir unsere Nachforschungen an:

„Was waren die Grundgedanken zu einer politischen Partei, in der sich die Gesellschaft, die Menschen, die Verbände, die Kirchen und die ehemaligen Konfessionsparteien in einem neuen, gemeinsamen Haus mit christlichen Fundamenten zusammen schließen konnten?“

„Wer waren die Frauen und Männer, die die Gründung einer allumfassenden christlichen Partei schon im August 1945 vehement vorantrieben?“

„Wie kamen die Ideen des Adam Stegerwalds, eine allumfassende, christlich orientierte Partei Deutschlands neu aufzubauen, nach Schwelm?“

„Wer waren die katholischen und evangelischen Frauen und Männer aus Schwelm, die ihre Zukunftsvisionen eines demokratischen Deutschlands auch in einer Ortsunion, der Schwelmer CDU, verwirklichen wollten?“

Auch auf diese Fragen möchte das vorliegende Buch mit einer rückblickenden Selbstdarstellung Stellung nehmen.

Leider musste ich bei meinen Recherchen feststellen, dass im CDU-Partei-

archiv wichtige dokumentierende Unterlagen verloren gegangen waren.

Deshalb war mir ein umfangreiches Nachforschen in dem mir vertrauten Schwelmer Stadtarchiv, im Archiv der Propsteigemeinde St. Marien Schwelm und im Archiv der Kolpingsfamilie Schwelm sehr wichtig und wertvoll.

Wichtige Quellen waren zusätzlich die Zeitzeugenberichte von älteren CDU-Mitgliedern und die Berichte und Kommentare in den Schwelmer Tageszeitungen zurückliegender Jahre.

Nebenbei bemerkt: Wir haben es der Weitsicht der Stadtarchivare zu verdanken, dass die vollständigen Ausgaben der Tageszeitungen - gebunden und archiviert - für Nachforschungen zur Verfügung stehen. Ohne diese Quellen wäre schon heute eine Darstellung der Nachkriegsgeschichte der Schwelmer CDU und Stadtgeschichte ab Kriegsende nicht mehr möglich.

Am Ende des Buches wird die abschließende Frage gestellt, ob die CDU für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft gut aufgestellt ist. Dabei ist es sehr interessant, ob sich hierbei die CDU ihrer christlichen Werte und Grundgedanken treu geblieben ist, mit denen sie 1945 angetreten ist.

Egal wie wir alle diese Frage beantworten: Die CDU ist nach den Wünschen ihrer Gründer eine Partei geworden, in der viele Strömungen ihr zu Hause haben. Dabei stand niemals das „C“ ihrer Entwicklung im Wege, - im Gegenteil.

Das Interesse an der CDU ist auch 2015 noch erfreulich groß. Das ist verständlich, denn niemals hat es in der deutschen Geschichte eine solche politische Richtung gegeben, die so einzigartig eine 70 jährige Zeitspanne prägte wie diese Partei.

Heimatkunde-SchweIm.de

Die Vorgeschichte



Die Vita des Adam Stegerwald



Adam Stegerwald (* 14. 12. 1874 † 3. 12. 1945) Zentrumspolitiker und Mitbegründer der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, Arbeitsminister von 1930 - 1932

Der Wandel ist unaufhaltsam

Die Gesellschaft, die Politik, die Kirche, der Glauben, das Moralempfinden oder das gelebte und gestaltete Miteinander, alles ist ständig dem Wandel der Zeit unterworfen.

Ob wir es wahr haben wollen oder nicht, Dinge, die fortwährend im Fluss sind, kann niemand aufhalten und ihr „Sich-Verändern“ kann höchstens verlangsamt werden. Am Ende, egal wie lange dieser Prozess dauert, steht unaufhaltsam immer etwas völlig Neues. Ob dieses Neue allerdings dann alternativ richtiger oder gar besser ist als das Alte zu vor, das sei dahingestellt.

Für dieses „sich Wandeln“ steht u. a. auch die christlich demokratische Bewegung. Von einer Vision in der Weimarer Zeit bis hin zu einer heute großen und modernen Volkspartei war es ein weiter Weg.

Um diesen Weg, dieses „sich Wandeln“ aber beurteilen zu können, müssen wir uns vergewissern, was diese christliche Bewegung ursprünglich sein wollte und mit Inhalt und Ausrichtung der gegenwertigen CDU vergleichen. Nur dann erhalten wir einen Blick auf das, was wir heute als Wandlungsprozess bezeichnen.

Das vorliegende Buch beginnt deshalb in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts und erinnert an die Ereignisse während der Weimarer Republik.

Damals war das „Politikmachen“ sehr schwer. Immer wieder scheiterte das Umsetzen von Erlassen und Gesetzen an radikal nationalistischen und radikal linksgerichteten Bewegungen. Es war fast unmöglich, Politik auf den Fundamenten verlässlicher Werte zu gestalten, geschweige denn umzusetzen.

So wurde „Regieren“ zu einem nicht en -

den wollenden ideologischem Kräfte-spiel damaliger Parteien.

Dabei setzten sich mehr und mehr Fanatiker mit falschen und obskuren Versprechungen durch. Doch sie scheiterten und hinterließen eine zerstörte Gesellschaft und Gesellschaftsordnung, vom materiellen Schaden ganz zu schweigen.

Am Anfang stand die Vision des Adam Stegerwald

Gehen wir zu Beginn dieses Buches in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Nach der 1848 erfolgten bürgerlichen Revolution gegen die zu dieser Zeit herrschenden Preußischen Staatsmacht, bildeten sich echte Parteien, von denen aber nur eine kleinere Zahl größere politische Bedeutung erlangte.

Lag es an ihrem Verbreitungsgebiet, an mangelnden inhaltlichen Programmen oder an den sich oftmals überschlagenden Ereignissen deutscher Geschichte? Jedenfalls hatten es alle Parteien ohne Ausnahme sehr schwer, sich zu etablieren und Einfluss auf Staat und Gesellschaft zu nehmen.

Von den deutschen Parteien, die noch bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 bestanden, reichten ihre Gründerjahre - außer der Zentrums-partei und der SPD - keine weiter als über das Jahr 1870 zurück.

Selbst die SPD, die ihre Gründung von 1863 bis 1870 deklariert, war von Höhen und Tiefen recht deutlich gezeichnet.

Einzig und allein schaffte es nach dem Kriege die CDU - in einer verhältnismäßig kurzen Zeit (fünf Jahre), das komplette Bundesgebiet zu erfassen, sich an die Spitze der Parteienlandschaft zu setzen und Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Übrigens: Dieses Phänomen erklärten viele Historiker damit, die CDU sei keine Klassen-, sondern eine Weltanschauungspartei. Hiermit mögen sie wohl Recht haben.

Die Anfänge dieser „Erfolgsstory“ liegen in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. In diesem Zeitabschnitt wirkten eine Anzahl von Ursachen zusammen, die dieses einmalige Ergebnis erst ermöglichten.

Das war die Zeit, als die Arbeiterparteien, und sowohl allgemeine als auch christliche Gewerkschaften entstanden. (*Hauptsächlich entstanden letztere gegen die Freien und Marxistischen. Sie nahmen nach dem 1. Weltkrieg einen mächtigen und starken Aufschwung.*)

Als die amtierende Regierung im Unterschied zu den bestehenden Parteien den christlichen Gewerkschaften neue Aufgaben und Betätigungsfelder zuwies, erkannten ihre Vorsteher die Chance einer erheblichen Einflussnahme im politischen Räderwerk der noch jungen Republik.

Eine Person machte hierbei besonders auf sich aufmerksam. Es war Adam Stegerwald (geb. 1874 - gest. 1945), der in der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung ein überaus herausragend wirkender Mann werden sollte.

Stegerwald prägte als christlicher Gewerkschaftsführer, Sozialpolitiker und Arbeitsminister im Kabinett Brüning viele Jahre des vergangenen Jahrhunderts so sehr, dass wir hier nicht umhinkommen, auf sein Leben, seine Ideen und sein Charisma tiefer einzugehen.

Dabei gehen wir auch noch einmal intensiver auf die Gründung der Gewerkschaften ein. Besondere Aufmerksamkeit gebührt hierbei den christlichen Gewerkschaften mit ihrer „christlichen Sozialkritik“ am bestehenden System.

Die Vita des Adam Stegerwald und die Geburtsstunde der christlich-sozialen Idee

Stegerwald erlernte nach dem Abschluss der dörflichen Volksschule das Schreinerhandwerk und trat als Mitglied der Zentrumsparterie 1893 in den Kolpingverein ein. Dieser wurde, wie er selber sagte, „in starkem Maße Lebenswegweiser“.

1902 wählten ihn die christlichen Gewerkschaften zum Generalsekretär. Er wechselte 1917 nach Berlin, wo er zum ersten Arbeiterführer im Kaiserreich wurde.

Hier führte ihn die Karriereleiter steil nach oben: 1919-1921 preußischer Wohlfahrtsminister, 1921 preußischer Ministerpräsident, 1923 Nominierung zum Reichskanzler (was er aber ablehnte) 1929 - 1930 Reichsverkehrsminister und anschließend bis 1932 Arbeitsminister.

Als besonders bedeutend und als Geburtsstunde einer einheitlichen christlichen ausgerichteten Partei gilt seine Rede vom 21. November 1920 auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen als seine bedeutendste und wegweisendste.

Da ihm das Bild Deutschlands nach 1919 nicht mehr gefiel, fühlte er sich stark genug zu echten, neuen Lösungen. So waren die Inhalte seiner Ausführungen gleichzeitig Aufbruch und Vision.

Klar hatte Stegerwald erkannt, dass die konfessionelle und politische Zersplitterung die Wurzel des herrschenden Übels war, welches das Parteienwesen in der Weimarer Republik lähmte. Dabei verschonte er auch seine fast ausschließlich aus katholischen Mitgliedern bestehende Zentrumspar-



Reichskabinet Brüning mit Adam Stegerwald (obere Reihe dritter von rechts)
(Bundesarchiv Bild 146-2004-0144)

(unten) Der Weg der deutschen Jugendbewegung, Monatschrift für die
Jungmänner der christlichen Gewerkschaften vom Aug. 1926.



Adam Stegerwald

tei nicht. Dabeigewesene Zeitzeugen berichten:

„Es war keine der üblichen Gewerkschaftsversammlungen. Alles, was im Rahmen des politischen Lebens irgendwie Rang und Namen hatte, war zur Stelle. Eine große Spannung lag über der Veranstaltung, von der jeder etwas erwartete...“

Seine mehr als zweistündige Rede wirkte zunächst auf die Anwesenden verblüffend. Stegerwalds Kritik am Parteienwesen war klar und präzise, seine neuen Konzeption einfach und verständlich:

„Wenn ihr bestehendes Übel beseitigen wollt, so lasst uns eine neue Richtung einschlagen, eine Richtung, die antisozialistisch, überkonfessionell, deutsch, demokratisch, christlich und sozial ist“.

Weiter führte er aus: *„Diese Partei muss eng mit der christlichen Arbeiterbewegung zusammenarbeiten, für deren Mitglieder das Wort christlich nicht nur äußeres Merkmal, sondern auch innerliche Überzeugung im Handeln und in der Tat sein muss!“.*

Und diese Punkte waren keine Floskeln oder Anhängsel, sie waren Kernstücke zukunftsweisender Politik.

In seinen „Visionen“ spiegelten sich politische Fortschrittlichkeit, die Absage an jegliche Art des Sozialismus und Liberalismus. Stegerwald war bereit mit allem wie er es ausdrückte, „nicht mehr Lebendigen“, resolut zu brechen.

Kurzum: Stegerwald war mit den etablierten Parteien schonungslos ins Gericht gegangen. Man merkte ihm an, dass es ihm bitterernst war.

Schon im Vorfeld hatten diesbezügliche Ausführungen Aufmerksamkeit erregt. So waren viele gekommen, um eine Sensation zu erleben. Und sie wurden nicht enttäuscht.

Alle Parteien fühlten sich angesprochen und sie waren sich einig, dass sich mit Stegerwald ein „großer Einiger“ unter ihnen befand. Er hatte - wie kein Anderer - ihnen die Leviten gelesen und Lösungen dargelegt. Der Beifall brauste Stegerwald bis in die Reihen der Marxisten entgegen. Im Nachhinein kann man diese Essener-Rede als die eigentliche Geburtsstunde der christlich-sozialen Idee bezeichnen.

Doch nicht alle waren begeistert, denn die alten Parteistrategen begriffen sehr schnell, dass es um sie geschehen sei,

wenn die neue Bewegung, denn das war sie, sich durchsetzte.

Und so versuchten sie Zeit zu gewinnen, indem sie zwar das Vorgehen Stegerwalds begrüßten, doch beim genaueren Zusehen und Abwägen immer mehr Bedenkliches fanden.

Und so verebbte die anfängliche Begeisterung, die in Essen so euphorisch

gewesen war, erstaunlich schnell. Der auch in den Medien als sensationell bezeichnete neue Aufbruch war verpufft!

Was damals kaum einer ahnte war, dass von dieser Engstirnigkeit die deutschen Parteien und letztlich das deutsche Volk den Schaden hatten. Die letzte große Gelegenheit zu einer wahren Reinigung und Erneuerung auf partei-



Wahlkampf Zentrumspartei

politischem Gebiete war verschenkt, dieses Fehlverhalten nicht mehr wieder gut zu machen. Die Verkrustung des Parteiensystems war unwiderruflich. Es erübrigt sich in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, wie nahe sich die Ideen Stegerwalds mit denen der künftigen CDU berührten. Er war ihr frühester Befürworter.

Noch einmal erhielten Stegerwalds Ideen Gewicht, als Reichskanzler Brüning 1930 sein Kabinett bildete und ihn als „sozialgesinnter Reformler“ zum Arbeitsminister ernannte.

Aber es war zu spät. Das deutsche Parteiwesen, unfähig sich neu aufzustellen, steuerte mehr und mehr in seine Katastrophe.

Hinzu kamen die Kämpfe zwischen Rechten und Linken, die, zusätzlich noch bedingt durch das herrschende Wahlrecht, den handlungsunfähigen Staat dem nationalistischem Radikalismus auslieferte.

Wenn wir im Nachhinein das Wirken von Adam Stegerwald werten, dann müssen wir ihn als große Gestalt in der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland bezeichnen, die er als christlicher Gewerkschaftsführer und Sozialpolitiker mitprägte.

Sein Werdegang und seine bahnbrechenden Leistungen im Politischen, Gesellschaftlichen und Sozialen führten zu jenen Wandlungen, die zur Mündigkeit und zum Standesbewusstsein der christlichen Arbeiterschaft und zur hohen stellenwertigen Anerkennung der Sozialpolitik führten.

Sein politisches Erbe fasste er selbst wie folgt zusammen: „Politik ist kein Reich für Ideen und ideologische Auseinandersetzungen, sondern ein Kampfplatz des praktischen Handelns und der Aktivität aus den Erkenntnissen“.

Reichstagswahl 1933		
Wahlkreis Potsdam II		
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) Hitler — Dr. Heide — Brüning — Dr. Heide	1 ○
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kunze — Dr. Eberlein — Heide — Frau Kunze	2 ○
3	Kommunistische Partei Deutschlands Eckmann — Weidner — Heide — Heide	3 ○
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning — Dr. Heide — Schmidt — Heide	4 ○
5	Kampffront Schwarz-Weiß-rot Dr. Heide — Heide — Frau Heide — Heide	5 ○
7	Deutsche Volkspartei Dr. Heide — Frau Dr. Heide — Heide — Heide	7 ○
8	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Heide — Heide — Heide — Heide	8 ○
9	Deutsche Staatspartei Dr. Heide — Heide — Frau Dr. Heide — Dr. Heide	9 ○
10	Deutsche Bauernpartei Heide — Heide — Heide	10 ○
12	Deutschnationale Volkspartei Heide — Heide — Heide — Heide	12 ○
15	Sozialistische Kampfgenossenschaft Heide — Heide — Heide — Heide	15 ○



Wahlkampf 1933
(Bundesarchiv Bild 102-15183)

Hintergrundwissen:

... zeigte die Sitzung des Zentrum-Reichsausschusses am 31. Oktober und 1. November 1920, dass der Gedanke einer durchgreifenden Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems bei den maßgeblichen Führern der Zentrumspartei auf wenig Verständnis stieß.

Trotzdem ließ sich Stegerwald von seiner ursprünglichen Absicht nicht abbringen, auf dem bevorstehenden Essener Gewerkschaftskongress seine Vorstellungen über die Krise und die zukünftige Entwicklung des deutschen Parteiensystems öffentlich darzulegen.

So hielt er am 21. November 1920 seine große programmatische Rede „Die christliche Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes“, in der er die seit Monaten laufende Diskussion innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zusammenfasste.

Nach einer Schilderung der Krise, in der sich das ganze christliche Abendland seit dem Ende des Weltkrieges befinde, machte Stegerwald der damaligen Generation politischer Führer den Vorwurf, dass sie die Bedeutung der seelischen und insbesondere christlichen Kräfte für den Wiederaufbau Europas völlig verkannt habe.

Im Hinblick auf Deutschland behauptete Stegerwald, dass nur die Zusammenfassung aller aufbaubereiten Kräfte ohne Rücksicht auf Konfession, sozialen Stand oder Partei -

zugehörigkeit das Vaterland aus dem Zwist und Elend der Gegenwart herausführen könne.

Dies setze jedoch eine tiefgreifende Erneuerung des bestehenden Parteiensystems und die Schaffung einer großen, umfassenden Mittelpartei voraus, deren Programm durch die vier Kernbegriffe „deutsch, christlich, demokratisch und sozial“ geprägt sein müsse.

Der DGB sollte gewiss als treibende Kraft der neuen Partei und auch als Modell für sie dienen, doch habe er, so betonte Stegerwald, keineswegs die Absicht, den DGB oder die christliche Gewerkschaftsbewegung in eine neue politische Partei umzuformen. Gleichermaßen lehnte er eine eigene christliche Arbeiterpartei mit der Begründung ab, dass die neue Partei ihre Anhängerschaft aus allen Gesellschaftsschichten rekrutieren müsse.

In diesem Zusammenhang rief Stegerwald auch dazu auf, den konfessionellen Streit, der Deutschland seit Jahrhunderten zerreiße, durch einen Zusammenschluss protestantischer und katholischer Christen endlich zu überwinden.

Nur durch die Schaffung einer interkonfessionellen Volkspartei werde es dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der christlichen Arbeiterbewegung gelingen, die Spaltungen sowohl in den eigenen Reihen als auch im ganzen deutschen Volk zu heilen und somit die geistige Führung beim sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg Deutschlands zu übernehmen...

Heimatkunde-SchweIm.de

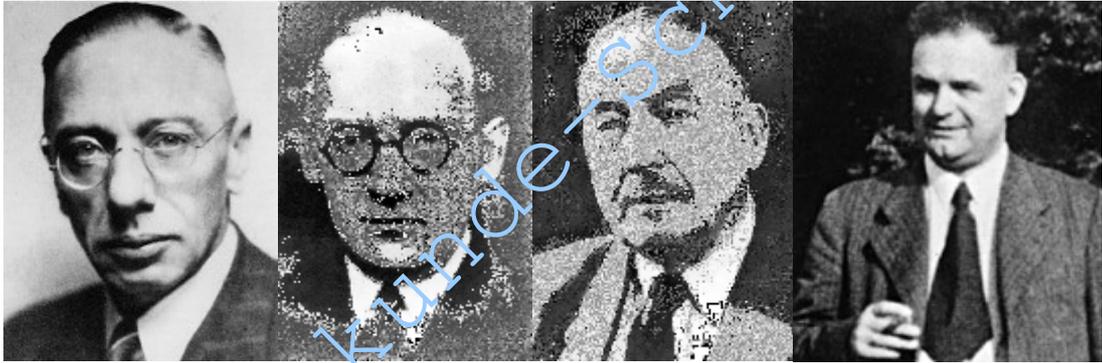
Aus dem 20. Juli 1944 erwachsen



**Aus dem Widerstand erwachsen gründen
Kolpingöhne, katholische Arbeitnehmer
und christliche Gewerkschaftler
die CDU Rheinland / Westfalen**



20. JULI 1944



Nikolaus Groß Bernh. Letterhaus Andreas Hermes Theodor Babilon



Johannes Albers Heinrich Körner Heinrich Richter Jakob Kaiser

Männer des 20. Juli 1944 - aus Zentrum, der KAB und der Kolpingsfamilie

Widerstandskreise Kölner Kolpingsöhne und ehemalige Zentrums- Mitglieder gegen den Nationalsozialismus

Durch die Zerrissenheit der Weimarer Parteien, besonders die der Arbeiterbewegungen, wurden die Nationalsozialisten immer stärker und drängten zur Macht.

Als Hitler im Januar 1933 an die Macht kam, war bei fast allen Schichten der Bevölkerung kaum noch ein Verständnis für eine Demokratie vorhanden. Im Gegenteil. Die Menschen setzten auf seine Ideologien und Versprechungen und erhofften von seiner Bewegung Besserung der bestehenden Verhältnisse.

So ereilte alle ihr Schicksal schneller als gedacht. Als Hitler mit seinem Rassenwahn, waghalsiger Außen- und seiner vernichtenden Kriegspolitik das deutsche Volk mehr und mehr in den Untergang führte, erwachte spätestens 1943 der Wunsch nach radikalem Widerstand und baldigster Entmachtung.

Widerstandsgruppen bildeten sich, Namen wie Graf Staufenberg, Nikolaus Groß, Dietrich Bonhoeffer, Oskar Schindler, Geschwister Scholl (Weiße Rose) um nur Einige zu benennen, sind uns allen bis heute bekannt, ihre Taten unvergessen.

In diesem Buch, in dem als ein Hauptbestandteil die Entwicklung und Entstehung der Christlichen Union aufgearbeitet wird, gehört sicherlich auch das Kapitel Widerstand, im ganz speziellen der Widerstand in der Kölner Region. Es war die Region, in der späterhin, am 17. Juni 1945, die erste CDU - Gruppierung gegründet wurde.

Die Tatsache, dass viele der „CDU-Gründer“ Verfolgte des Nationalsozialismus waren, ist bemerkenswert.

Alle waren bereit und hatten es mutig bewiesen, ihr Leben für christliche Werte, persönliche und politische Freiheit, für die Würde des Einzelnen und für alle Menschen einzusetzen.

Je mehr nun aber die Nationalsozialisten erkannten, dass ihnen aus diesen Widerstandsbewegungen eine große Gefahr drohte und somit ihre Macht unterwandert wurde, schlug ihre Gestapo (Geheime Staatspolizei) fast überall und gnadenlos zu.

So gerieten gerade die mutigsten Bekennernaturen zuerst in ihre Fänge. Gequält, gepeinigt, in Konzentrationslager gesteckt oder letztlich standrechtlich erschossen, wurden viele von ihnen zu Märtyrern.

So füllten sich seit 1942 die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager immer mehr. Trotzdem wurden die, die sich gegen den Tyrannen Hitler auflehnten, immer zahlreicher und stärker.

Dieser Widerstand wurde dann auch für die ganze Welt, am 20. Juli 1944, einen Augenblick für alle sichtbar.

Doch gehen wir noch einmal ein paar Jahre in der Geschichte zurück. Mit dem Verbot aller Parteien in Deutschland hatte 1934 alles angefangen. So auch in Köln. Als von diesem Verbot auch die Kölner Zentrumsparterie betroffen wurde, nahmen die Mitglieder dieses Geschehen zwar äußerlich ruhig auf, doch innerlich knirschend schwörten sie, alles dafür zu unternehmen, diese Tyrannei zu beenden. (Köln Keimzelle der CDU)

Sie wussten, dass das, was in Köln geschehen war, sich irgendwie ähnlich überall in Deutschland ereignet hatte. Einstweilen mussten sie aber sehr vorsichtig sein, denn sie wussten, dass die Gestapo alle ihrer Schritte kannte.

Einer, der diese Zeit mit ihren Ereignissen sehr authentisch und bildlich beschrieb war der ehemalige Reichskanzler Wilhelm Marx. Seine Erinnerungen als Memoiren verfasst liegen als Nachlass heute im Historischen Archiv Köln.

Diese Zentrumsmitglieder, die fast alle aus der Kolpingsfamilie oder der KAB stammten, hielten untereinander engen Kontakt. Je länger sich die Hitlerdiktatur hinzog, je größere Schwierigkeiten Hitler bekam, je heftiger sich das Kriegsgeschehen gegen ihn wendete, desto mehr fanden sich aus diesen Kreisen Mitglieder „zum Widerstand“ zusammen.

Man mied natürlich den schriftlichen Verkehr und steigerte umso mehr den persönlichen Zusammenhalt. Bald spielten Gegensätze von einst keinerlei Rolle mehr. Der Widerstand hatte sie zu sogenannten „Kreisen“ zusammengeschmiedet.

Um aber Veränderungen zu erreichen brauchten sie mehr Gleichgesinnte. Dabei dachten sie naheliegend an die letzten Reste organisierter kirchlicher und halbkirchlicher Vereine und Organisationen, die das Naziregime den Katholiken und den Protestanten noch gelassen hatte. Hier war man sicher, ehemalige Gesinnungsfreunde zu finden. Alles blieb natürlich improvisiert und (noch) ohne jedes feste Gefüge.

Eine der nachfolgend beschriebenen Gruppen traf sich sehr oft im Kölner Kettelerhaus der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine - heute Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) und im Kölner Kolpinghaus des Kolpingvereins.

Dieser Kreis war sicherlich der wichtigste, denn er besaß Verbindungen ins Reich und den früheren christlichen Gewerkschaften, vor allem nach Berlin zu Jakob Kaiser.

Diesem Kreis gehörten an:

Ehemalige christliche Gewerkschaftsmitglieder und Führungspersönlichkeiten der KAB wie u.a. Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus und Heinrich Körner.

Weiter die ehemaligen Gewerkschaftsführer, u.a. die Kolpingmitglieder Johannes Albers, Jakob Kaiser und Karl Arnold, sowie führende Zentrumsmitglieder wie Heribert Scheeben und der Priester Otto Müller.

Ein weiterer regelmäßiger Teilnehmer war der Provinzial der norddeutschen Dominikanerprovinz, Pater Laurentius Siemer. Er wurde von Pater Eberhard Welty unterstützt, einem Professor für Sozialethik an der Ordenshochschule Walberberg in der Nähe von Köln.

Zentrale Persönlichkeiten des Widerstandes wie Pater Alfred Delp und Carl Goerdeler besuchten ebenfalls diese Gruppe.

Es war unvermeidlich, dass hier Fragen von besonderer politischer Bedeutung für die Zukunft besprochen wurden. So auch die Ordnung nach dem verlorenen Krieg, denn der deutsche Zusammenbruch wurde als unabwendbar angenommen.

Ein weiterer „Kreis“, noch weniger organisiert, traf sich im Kölner Kolpinghaus. Da sich die Lage des Hauses inmitten der Stadt an einer der belebtesten Straßen, der Breitestraße befand, war es für Einkehr- und Gesprächsabende sehr geeignet. So kam es zu gelegentlichen unverfänglichen Zusammenkünften, wenn Leo Schwering seine kirchengeschichtlichen Vorträge hielt.

Keiner der Menschen, die sich hier trafen, waren politische Persönlichkeiten. Weder der Generalpräses der Kolpingsfamilie Hürth, noch der Priester Otto Müller, noch der Präses Heinz Richter.



(oben) Das ELDE-Haus diente von 1935 bis zum Kriegsende 1945 als Zentrale der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und war berüchtigt für die Misshandlung der Gefangenen. Unter den Inhaftierten befand sich neben Widerstandskämpfern, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern unter anderen auch der abgesetzte Kölner Oberbürgermeister und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer

(rechts) Der Keller (Gefängnis) des ELDE Hauses
(unten) Das zerstörte Kölner Kolpinghaus

Hintergrundwissen.

20. Juli 1944: Das von Claus Graf Schenk von Stauffenberg durchgeführte Attentat auf Hitler schlägt fehl. Er und andere hohe Militärs, die in den Mordversuch verstrickt waren, werden hingerichtet. Und in den nächsten Wochen und Monaten ereilt Dutzende von Widerstandskämpfern das gleiche grausame Schicksal. Doch gelingt es der Gestapo nicht, alle Mitverschwörer des 20. Juli zu finden und zu ermorden. Einige wenige schaffen es, den Häschern zu entkommen - darunter Pater Laurentius Siemer, Provinzial des Dominikanerordens und einer der geistigen Väter der deutschen Widerstandsbewegung.



Überlebender des Stauffenberg Attentats: Pater Laurentius Siemer, einer der geistigen Väter der deutschen Widerstandsbewegung

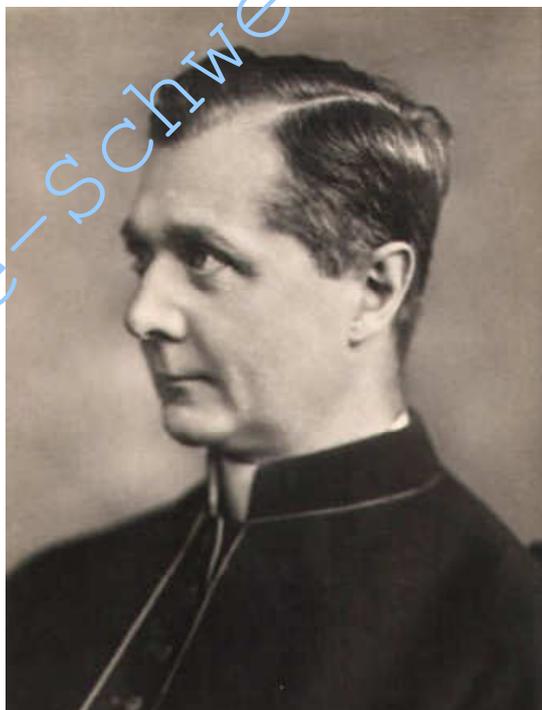
Das war eher schon Karl Zimmermann, der bis 1933 Generalsekretär des Verbandes Katholischer Beamtenvereine Deutschlands gewesen war.

Dagegen bekundete Theodor Babilon reges politisches Interesse. Doch als Geschäftsführer des Kolpinghauses war er aber immer in ständiger Sorge wegen des Hauses und der Möglichkeit, dass es im Zuge des Kampfes gegen die religiösen Vereine geschlossen würde.

In seinen Erinnerungen schreibt Leo Schwering, Mitgründer der CDU, Gymnasiallehrer und preussischer Landtagsabgeordnete über einige der vor genannten Personen:

„Nikolaus Groß war stets bestimmt und gerade, vielleicht zu offenherzig, eine Bekennernatur von hohem Rang und bereit, die äußersten Folgerungen zu ziehen. In seinem Kopfe malte sich die deutsche Zukunft völlig klar. Parteipolitische Hemmnisse von früher galten ihm nichts, ihm kam es auf das Ganze an.

Otto Müller, Priester aus tiefster innerer Verpflichtung, war zurückhaltender, aber nicht minder erfüllt von der Berufung, wenn die Katastrophe gekommen



Generalpräses der Kolpingsfamilie Hürth

sei. Vielleicht war Bernhard Letterhaus von ihnen der Bedeutendste. Ohne Zweifel einer der kommenden Politiker von Rang, wenn er am Leben geblieben wäre.

Er war von hinreißendem Schwung, um-

sichtig, aber niemals ängstlich. Was alle diese Männer besonders auszeichnete war ihr tiefer religiöser Glaube..!“

Die vorgenannten Männer hatten meist auch schon früher im religiösen und politischen Leben eine Rolle gespielt. Fast alle waren alte Freunde Stegerwalds und hatten seine Ideen von der Gründung einer konfessionsübergreifenden, Volkspartei nicht vergessen.

Deshalb übernahmen sie, die aus christlichen Gewerkschaftlern und den katholischen Arbeitervereinen stammten, eine führende und zugleich verantwortliche Rolle in den Vorbereitungen, die Nachkriegsgesellschaft nach Stegerwalds Ideen, (antisozialistisch, überkonfessionell, deutsch, demokratisch, christlich und sozial), neu zu gestalten.

Gleichzeitig wuchsen mehr und mehr die Bedenken gegenüber den früheren Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und gaben Mut weitreichende Reformen anzugehen.

Immer häufiger aber kam es nun vor, dass die Mitglieder der geheimen „Kreise“ verhaftet und in den Kellern der Gestapo, sowie in Gefängnissen und Zuchthäusern inhaftiert und misshandelt wurden.

Unter diesen Umständen und dem unerhörten Druck des totalen Staates erfolgte dann die Begegnung zwischen Katholiken und Protestanten. Bei Letzteren hatte dieser Druck immer mehr zu der Erkenntnis geführt, dass man Religion und Politik im praktischen Leben nicht voneinander trennen könne.

Ironie des Schicksals: Das totalitäre und verbrecherische Handeln der Nationalsozialisten erwies sich bei der Neugestaltung der Nachkriegszeit als Teil von jener Kraft, die zwar das Böse praktizierte, aber dadurch das Gute schaffte.

Es bewirkte mit seinem unmenschlichen Handeln bei den Menschen der Nachkriegszeit einen Brückenschlag für neue, früher als unvorstellbar gehaltene Zusammenschlüsse.

In der Aufarbeitung der CDU-Geschichte wird deutlich, wie sehr Hitler und sein Regime den alternativen Ideen der christlichen Ausrichtung der CDU Vorschub leistete, ohne es zu wissen, geschweige denn es zu wollen!

Der 20. Juli 1944 - Das NS-Regime schlägt zurück

Der Kampf der Gestapo entwickelte immer mehr barbarische und unmenschliche Formen. In unvorstellbarem Ausmaß wurden willenlos Menschen verfolgt und bestraft, die in irgendeiner Weise gegen das bestehende Regime protestiert hatten.

Dann kam der 20. Juli 1944. Kurz nach 12.40 Uhr detonierte in der Lagebaracke der „Wolfsschanze“, dem „Führer-Hauptquartier“, eine von Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg gelegte Bombe. Hinter diesem Anschlag standen neben Stauffenberg die „alten Eliten“ des Adels und gehobenen Bürgertums, sowie hochrangige Fachleute im militärischen und zivilen Bereich. Auch viele genannte Persönlichkeiten des Zentrums und der christlichen Arbeiterbewegung KAB und Kolping.

Hitler, dem der Anschlag gegolten hatte, kam mit dem Leben davon und erlitt nur leichte Verbrennungen und Schürfwunden.

Das Naziregime reagierte äußerst brutal und nahm das Attentat zum Anlass ganz generell gegen alle Oppositionelle vorzugehen.

Nachdem die Hauptakteure schon am Abend des 20. Juli hingerichtet worden



Volksgerichtshof mit Reinecke, Freisler und Lautz
Bundesarchiv Bild 151-39-21,

waren, diente als Bühne für weitere „Strafverhandlungen“ ein menschenunwürdiger „Schau-Prozess“ am Volksgerichtshof unter Roland Freisler. (Präsident des ab 1934 bestehenden Volksgerichtshofes)

Obwohl alle Angeklagten wussten, dass sie die Todesstrafe erwartete, vermochten es weder der ständig brüllende Vorsitzende, noch die vielen Demütigungen und Einschüchterungsversuche in den Gestapoverhören, den Bekennermut der Angeklagten zu brechen, geschweige denn, noch die internsten geheimen Absprachen zu verraten.

Dem „Rachefeldzug“ der Gestapo waren auch viele derjenigen zum Opfer gefallen, die bei einer neuen Gestaltung Deutschlands wegweisend und hilfreich gewesen wären.

Was alle Angeklagten vor ihrer Hinrichtung ausstehen hatten, wissen wir letztlich nicht. Wir können es nur ahnen. Doch die, welche die Gestapo-Methoden am eigenen Leibe kennengelernt und überlebt hatten, berichteten von unsäglichen Foltern und Qualen.

Schwering schreibt in seinen Erinnerungen: *„...konnten sie etwas Größeres tun? Keine Geschichte der CDU darf sie jemals vergessen. Treue um Treue!“*

Und weiter:

„...diese Männer kämpften ohne Hilfe von innen und außen, einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Solange sie lebten, waren sie für uns unerkennbar, da sie sich tarnen mussten. Aber an den Toten wurde der Widerstand sichtbar ... sie vermögen zwar nicht alles zu rechtfertigen, was in



Der Altmarkt, Kreuzung Bahnhofstraße / Hauptstraße mit seinen total zerstörten Häusern durch Bombardierung am 3. März 1945

Deutschland geschah, aber ihre Taten und ihre Opfer sind das unzerstörbare Fundament eines neuen Aufbaus.“

So wurden nach kurzen schauartigen Verhören und Verhandlungen, die nur einen oder höchstens zwei Tage dauerten, fast alle Beschuldigten zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Urteilsvollstreckungen erfolgten meist kurz nach dem Urteilsspruch im Zuchthaus

Plötzensee. Sie waren entwürdigend und grausam. Die Ermittlungen der Gestapo und das Wüten des Volksgesichtshofes und seines Vorsitzenden dauerten noch bis zum Frühjahr 1945.

Selbst danach wurden noch Anfang April 1945 Canaris, Oster, Dohnanyi und Dietrich Bonhoeffer in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Flossenbürg gehängt.



8. Mai 1945:

Das Hitlerreich versinkt in den Abgrund, dem es vor 12 Jahren so unheilvoll entstieg war.

Heimatkunde-SchweIm.de

In jedem Ende liegt ein neuer Anfang



Politischer Neubeginn
Adenauer kommt
NRW entsteht
Parlamentarischer Rat
Grundgesetz



In jedem Ende liegt ein neuer Beginn

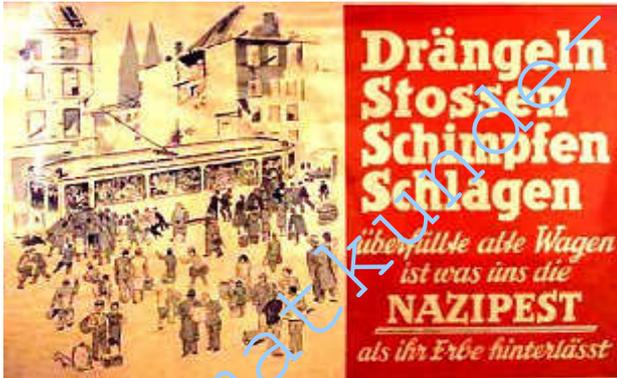
Es ist der 4. März 1945, die amerikanischen Truppen sind in Köln einmarschiert, 12 Tage später besetzen sie Königswinter.

Letztere „Befreiung“ findet deshalb Erwähnung, weil aus Königswinter noch von besonderen Geschehnissen zu berichten sein wird.

Die Widerstandskreise hatten sich aufgelöst, wenn sie nicht schon vorher zerschlagen worden und Opfer des besiegten, verbrecherischen Regimes geworden waren.

Derjenige der dem Krieg und den Regimeverfolgungen entkommen war, war von den ausgestandenen seelischen und körperlichen Mühsalen zwar ausgemergelt, doch er hatte die Gewissheit, dem Krieg mit seinem Tod und der Zerstörung entkommen zu sein.

Das machte Hoffnung und setzte neue Energien frei, die in den vergangenen 12 Jahren hatten ruhen müssen.



Zeitungsmeldung in der Ruhrzeitung (Privatbesitz Schmitz)

Nachdem nun am 8. Mai 1945 das totalitäre Regime mit seiner nationalsozialistischen Ideologie endgültig zerschlagen und die Wirtschaft und die Infrastruktur zusammengebrochen waren, teilten die Siegermächte Deutschland in vier Zonen auf. In diesen Gebieten übernahmen sie nicht nur die Befehlsgewalt, sondern auch den Neuaufbau der politischen und kommunalen Verwaltung eines nichtfaschistischen Deutschlands.

Erst einmal aber wurden die Hauptschuldigen Nationalsozialisten verfolgt und für ihre Gräueltaten verurteilt (u.a. der Nürnberger Prozess). Ebenso sollte durch eine möglichst umfassende „Entnazifizierung“ aller Institutionen und ehemaliger NSDAP-Beamter und Funktionäre - vor allem in der amerikanischen, britischen und französischen Zone - ein demokratisches Deutschland voran getrieben werden.

Doch einstweilen verbot die US Besatzungsmacht nach dem Einmarsch - neben anderen Richtlinien - jede politische Betätigung. Als wenige Monate danach die Briten im Rheinland und Westfalen die amerikanische Militärregierung ablösten, erließen diese neben weiteren Verordnungen (siehe nächste Seite) zusätzlich auch das Versammlungsverbot von mehr als 6 Personen.

Und die Deutschen? Diese sahen sich unmittelbaren nach Kriegsende nicht nur unvorstellbaren Trümmerbergen und zerstörter Infrastruktur, Hunger und akuten Mangelsituationen ausgesetzt, sondern fast jede Familie betrauerte auch noch den Verlust von nahen Angehörigen. Viele hatten ihr gesamtes Hab und Gut verloren, Millionen von Menschen sogar ihre Heimat.

Trost und Hoffnung suchten nun die Menschen in der Kirche mit ihren Verbänden und Arbeitervereinen. Durch ei-

ne wieder intensiver gelebte christliche Ausrichtung schöpften sie Mut und Stabilität. (Neugegründete) Familien und ein praktiziertes Nachbarschaftswesen, waren in ihrer Intaktheit oftmals das Fundament eines neuen Aufbaus.

So überwandene Männer und Frauen einen Tiefstand des öffentlichen und privaten Lebens, den es in dieser Art und Weise noch nie gegeben hatte und wie er heute kaum mehr für möglich gehalten wird.

Politischer Neubeginn

Dieser politische Neubeginn war von Anfang an durch einen energischen Einsatz für eine christliche und demokratische Partei geprägt.

Ohne die von dieser Partei maßgebend mitgeschaffenen staatlichen Ordnung wäre das so besonders vom Ausland bestaunte Wirtschaftswunder und der Weg zu einem demokratischen, auf christlichen Werten fundierendes Grundgesetz, niemals möglich gewesen.

Natürlich gibt es heute, besonders Mitglieder anderer Parteien, die diese Tatsache nicht wahr haben wollen. Das war für den Autor ein weiterer Grund, warum in diesem Buch gerade von dieser Anfangsepoche, die immer mehr in Vergessenheit gerät, wahrheitsgemäß und so genau wie möglich recherchiert und berichtet wird.

Wenn wir von den Ursprüngen der christlich sozialen Bewegung, aus der die CDU hervorging, berichten, so waren zweifelsohne die Vorgänge innerhalb und außerhalb der neuen politischen Bewegung, vor allem die im rheinisch-westfälischen Landesgebiet von ausschlaggebender Bedeutung.

Doch fragen wir zuerst einmal:
„Was war eigentlich aus Leo Schwing,

seinen Visionen und seinen Gesinnungsgenossen geworden?“

Schwering, im März 1945 erst aus einer siebenmonatigen Gestapohaft von den Amerikanern befreit und seine Freunde aus Widerstand und Kriegszeit waren der Zeit entsprechend wohl auf und voller Tatendrang. Sie verdankten einem Zufall ihr Wiedersehen, und das in Königswinter.

Besonders Schwering hatte seine politischen Zukunftsvorstellungen zur Gründung einer christlichen, sozialen Partei nicht abgelegt und war die treibende Kraft des so sehr von allen herbeigesehnten Neuanfangs.

Während in anderen Teilen Deutschlands noch gekämpft wurde, bildete sich in Königswinter um Schwering herum

ein Kreis politisch interessierter Menschen. Sie hatten sich bis dahin zurückgehalten, traten aber nun hervor und drängten zum Handeln.

Der Anlass für die Zusammenkünfte war zwar nicht immer primär politisch, doch in einer solchen Atmosphäre, in der sich Intellektuelle, Geschäftsleute, Priester und ehemalige Politiker trafen, konnten die Gespräche nicht unpolitisch bleiben. Zu viele aufwühlende Erlebnisse lagen hinter ihnen. Und immer die gleichen Überlegungen und Zukunftsfragen: „*Was sollte nun aus dem deutschen Volke werden?*“

Im April besuchte Leo Schwering dann seinen Kölner Zentrums-Parteifreund Konrad Adenauer in Rhöndorf. Er wollte

Deutsche Zentrumspartei (Zentrum), 1869/71-1933

Untergang 1933

Anfang der 1930er Jahre unterschätzte das seit Ende 1928 von Prälat Ludwig Kaas (1881-1952) geführte Zentrum, wie alle bürgerlichen Parteien, die Gefährlichkeit der NSDAP, wenngleich es deren Weltanschauung bekämpfte.

Am 23. März 1933 stimmte das Zentrum geschlossen dem von der Regierung Hitler geforderten "Ermächtigungsgesetz" zu. Diese folgenschwere Entscheidung konnte den Untergang der Partei allerdings nur noch kurzzeitig verzögern. Ihre Führung kam der bevorstehenden Zwangsauflösung am 5. Juli 1933 durch Selbstauflösung zuvor.

CDU und CSU distanzieren sich vom Zentrum

Die 1945 entstandenen interkonfessionellen Volksparteien CDU und CSU distanzieren sich betont von der 1933 untergegangenen Zentrumspartei, auch wenn viele ihrer führenden Politiker darin eine Rolle gespielt hatten. Das galt für Konrad Adenauer, wie für Fritz Schäffer MdB 1949-1961 und Bundesfinanz- bzw. Justizminister in den ersten drei Regierungen von Bundeskanzler Adenauer.

Die 1945 in Soest (Westfalen) gegründete Deutsche Zentrumspartei blieb, nach kurzer Mitregierung in Nordrhein-Westfalen, eine regional begrenzte Splitterpartei und erlangte seit den 1950er Jahren auf Landes- und Bundesebene keine politische Bedeutung mehr.

diesen nicht nur von Inhalten und Strukturen einer neu zu gründenden allumfassenden christlichen, sozialen und demokratischen Partei begeistern, sondern warb auch um dessen aktive Mitarbeit.

Doch der frühere Oberbürgermeister von Köln, der inzwischen 69 Jahre alt geworden war, ließ sich (noch) nicht zum „Mitmachen“ überzeugen.

War der Grund seiner Ablehnung, dass er sich noch nicht im Klaren war über die künftige Gewichtigkeit der Zentrumspartei oder lehnte Adenauer ab weil ihm Leo Schwering politisch zu „links“ eingestellt war? Wir wissen es bis heute nicht genau. Trotzdem verfolgte Adenauer interessiert den weiteren Werdegang.

So verabredeten sich am 22. Mai 1945 Schwering und einige ehemalige Zentrumsmitglieder ohne Adenauer um die Gründungsversammlung einer christli-

chen Partei vorzubereiten. Diese neue Partei sollte am 17. Juni 1945 im Meistersaal des Kolpinghauses an der Breite Straße in Köln ins Leben gerufen werden.

Achtzehn ehemalige Zentrumsmitglieder kamen an diesem geschichtsträchtigen Tag in Köln zusammen, die Hälfte von ihnen waren Kolpingmitglieder:

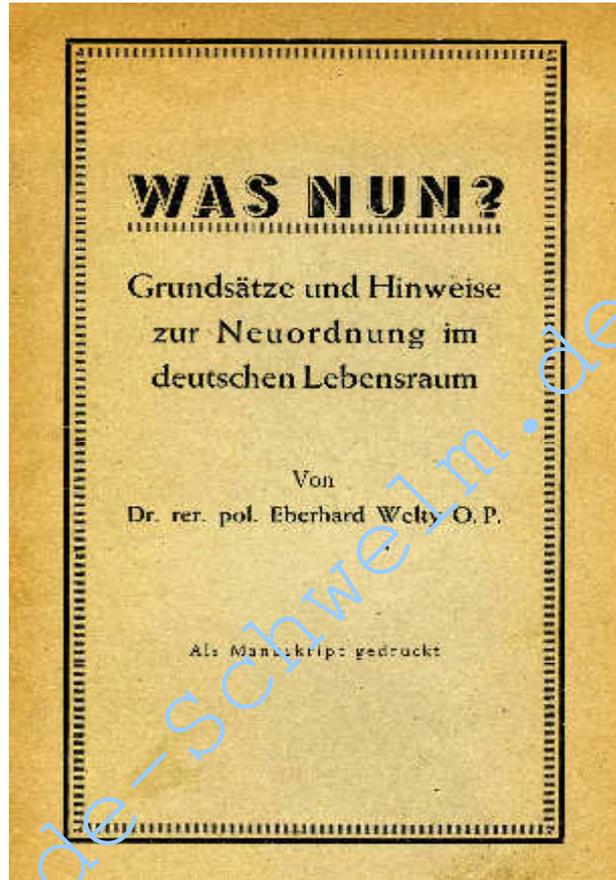
Bernhard Günther, Clemens Hastrich, Josef Hellmich, Alfred Keller, Josef Kurner, Hans Pimpertz, Leo Schwering, Franz Wiegert und Karl Zimmermann.

Nach einer hitzigen, aber alles entscheidenden Debatte über die Frage: „Soll das „Zentrum“ wieder neu begründet oder eine neue interkonfessionelle Partei ins Leben gerufen werden?“, wurde diese Frage an diesem Tage eindeutig beantwortet: Man wollte die *neue* Partei!

Schwerings Freund, Pater Eberhard Welty aus dem Kloster Walberberg hatte vorab die neuen sozialphilosophisch -



Im Meistersaal des Kolpinghauses in Köln fand die Gründung der CDU statt (private Ansichtskartensammlung Schmitz)



(oben) Dr. Leo Schwing, (unten) Pater Eberhard Welty,
(rechts) sein Buch: WAS NUN? Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung
(Bilder Privatarchiv Schmitz)

theologischen und praktisch - politischen Ideen ihres ehemaligen Widerstandskreises schriftlich zusammengefasst.

Diese erarbeiteten Grundsätze zu einer *christlicher Gesamtlebensordnung* als Neuordnung eines erneuerten Deutschlands wurden dann von Schwing auf der Gründungsversammlung als Diskussionsgrundlage der sich im Rheinland formierenden CDU vorgestellt und beschlossen.

Außerdem beschloss die Versammlung an diesem Tag, eine achtköpfige Programmkommission einzusetzen. Zum

Vorsitzenden dieser Kommission wurde Leo Schwing gewählt.

Während bei diesem Treffen zur Parteigründung am 17. Juni 1945 in Köln nur Katholiken anwesend waren, kamen zu den ersten Beratungen der eingesetzten Programmkommission einige Tage später, am 24. Juni 1945 auch evangelische Christen hinzu, darunter Superintendent Hans Encke. Ihre Programmberatungen basierten auf den Vorarbeiten von Leo Schwing und besonders auf denen von Pater Eberhard Welty.

Benannt nun als *Kölner Leitsätze*, wurden diese anschließend als Leitlinie

*Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der
Christlichen Demokraten Deutschlands.*

Vorgelegt von den Christlichen Demokraten Kölns im Juni 1945.

Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus hat Deutschland in ein Unglück gestürzt, das in seiner langen Geschichte ohne Beispiel ist.

Er bedeckte den deutschen Namen vor aller Welt mit Schmach und Schande.

Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht weite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen.

So erlagen allzuviel der nationalsozialistischen Demagogie, die jedem Deutschen ein Paradies auf Erden versprach.

Ohne eigenen sittlichen Halt verfielen sie dem Rassenhochmut und einem nationalistischen Machtrausch.

Mit dem Größenwahnsinn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten.

Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte.

Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte, die einst das deutsche Volk beherrschten und es groß und angesehen machten unter den Völkern Europas.

Darum fort mit Diktatur und Tyrannei, Herrenmenschentum und Militarismus!

Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.

Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.

Unsere Jugend soll wieder lernen, das nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht.

Darum sollen auch die geistig Schaffenden die Achtung wieder genießen, die ihrem schöpferischen Können gebührt.

Kölner Leitsätze

theologischer und praktischer politischer Ideen ihres ehemaligen Widerstandskreises schriftlich zusammengefasst.

Diese Grundsätze zu einer christlichen Gesamtlebensordnung als Neuordnung im deutschen Lebensraum stellte

Schwering dann auf der Gründungsversammlung als Diskussionsgrundlage der sich im Rheinland formierenden CDU vor und bat um Beschluss, der einstimmig ausfiel.

Außerdem beschloss die Versammlung

eine öffentliche Fassung unter dem Titel „Was nun?“ als gedruckte Broschüre zu veröffentlichen. Das geschah ohne Genehmigung der britischen Militärregierung, was zu erheblichem Ärger führte.

Diese Veröffentlichung brachte Welty eine strenge Verwarnung der Militärregierung ein und wäre fast mit Gefängnisarrest bestraft worden.

In der kommenden Zeit arbeitete nun Welty diese Kölner Leitlinien noch weiter aus und ließ sie ein Jahr später im Buch *Entscheidung in die Zukunft* offiziell genehmigt drucken.

Das Buch, welches bald weit über Köln hinaus Beachtung und Anerkennung fand, war eine der ersten Publikationen nach dem Kriege und trug die amerikanische Lizenznummer 22.

Die Kölner Leitlinien blieben bis zur Verabschiedung des Ahlener Wirtschafts-Programms 1947 Richt- und Leitschnur.

Wie in Köln so auch in Berlin

Am gleichen Wochenende, es war der 16. Juni 1945, planten in der Wohnung von Andreas Hermes in Berlin, er und eine Reihe ehemaliger Mitglieder des Kölner Widerstandskreises, die Gründung einer neuen Volkspartei. Andreas Hermes war am 11. Januar 1945 wegen Teilnahme an der Verschwörung am 20. Juli 1944 gegen Hitler zum Tode verurteilt worden und wurde durch glückliche Umstände durch die einmarschierenden sowjetischen Truppen in Berlin vor der Hinrichtung bewahrt.

Ebenfalls dabei war u.a. Kolpingmitglied Jakob Kaiser, ehemaliger Reichstagsabgeordneter des Zentrums und engagierter Gewerkschaftler, der sich als einziger aus dem engeren Kreis des gewerkschaftlichen Widerstands in Berlin der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler entziehen konnte und überlebte.

Am 26. Juni 1945 wurde dann offiziell die CDU - neben der KPD und SPD - in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gegründet. Zu einem weiteren Gründungsmitglied zählte u. a. noch der aus Remscheid stammende Ernst Lemmer. Andreas Hermes wurde auf der Gründungsversammlung als erster zum 1. Vorsitzenden der CDU in der SBZ gewählt.

Anfangs vertrat die SBZ-CDU noch, wie ihre Schwesterparteien im Westen, eine christlich-soziale, auf parlamentarisch - demokratische Verhältnisse zielende Politik.

Beide Gruppen, sowohl die in Köln als auch die in Berlin, einte die Überzeugung, dass die Zeit einer Zentrums- partei, die im 19. Jahrhundert als Abwehrbewegung der katholischen Bevölkerung gegen einen bevormundenden protestantischen Staat gegründet worden war, nicht mehr in die Zeit passte, weil die Ausgangslage nicht mehr bestand.

Walberberg und christlicher Sozialismus

Aber gehen wir nun in das Rheinland zu den weiteren Ereignissen im Jahre 1945. Schwering und seine Leute trafen sich ein weiteres Mal zu weiteren Beratungen, diesmal im Kloster Walberberg.

Hier war Pater Laurentius Simmer Provinzial des Ordens und hatte von hier aus einer ruhigen und gesicherten Abgesichermtheit heraus, den Widerstandskämpfern um Graf Staufenberg etliche ethischen, theologischen und philosophische Argumente für ihr wagemutiges Vorgehen geliefert.

Als geistiger Leiter des sogenannten "Kölner Kreises", der sich (wie beschrieben) im Kettelerhaus in Köln traf, entwarf Pater Laurentius dann noch grobe

Pläne für eine Verfassung des Vierten Reiches. Diese noch einmal überarbeiteten Pläne und Ideen legte Pater Laurentius Siemer nun vor.

Inhaltlich sahen seine Ausarbeitungen einen christlichen Sozialismus vor, ebenso die Benennung der neuen Partei als „Christlich - Sozialistische Union“.

Er war der Ansicht, dass sich so „christlich“ und „sozialistisch“ versöhnten und zueinander fänden. Beide Weltanschauungen könnten dann zukünftig Deutschland gemeinsam regieren.

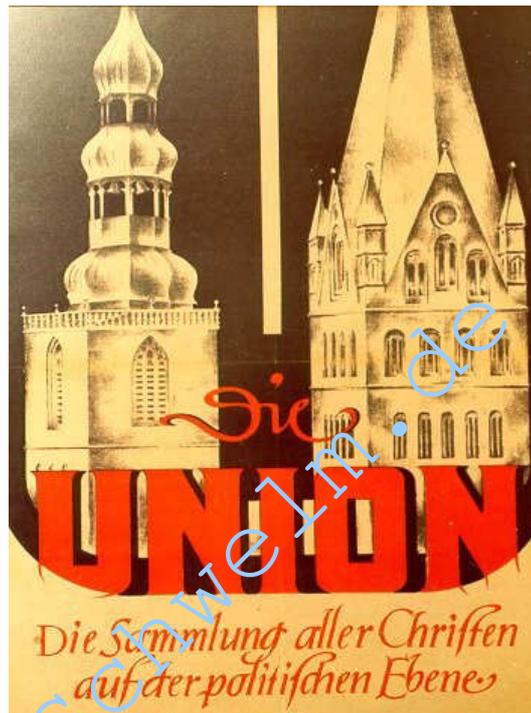
Für diese Idee hatte er schon seit geraumer Zeit vehement geworben. Er wollte so, wie auch andere und im speziellen Jakob Kaiser in der Ost-CDU, maßgeblichen Einfluss auf das Programm der neuen christlichen Partei nehmen.

Trotz seines enormen Engagements wurde dieses aber von den meisten Teilnehmern abgelehnt. Es kam zu tumultartigen Auseinandersetzungen, worauf der Dominikanerprovinzial weitere Treffen der Programmkommission im Kloster Walberberg verbot und die Sitzung verließ.

Die Debatte über den christlichen Sozialismus war kein Zufall gewesen, denn der Kern der Widerstandskreise bestand aus christlichen Gewerkschaftsführern oder stand ihnen weltanschaulich sehr nahe.

Die wichtigen und frühen Parteigründungen in Berlin und Köln setzten sich wesentlich aus diesen Personen zusammen. Sie empfanden sich als „geistige Testamentsverwalter der Blutzegen der NS-Gewaltherrschaft“.

Sie repräsentierten soziale, aber weniger konservative und liberale Elemente der Union, die sie aber ausdrücklich in die neue Partei einbinden wollten.



Das erste Wahlplakat der CDU 1946

Hintergrundwissen:

Der Kölner Kreis war ein Netzwerk von Katholiken im Rheinland und in Westfalen. Die Mitglieder standen dem Nationalsozialismus aus religiösen Gründen sehr ablehnend gegenüber.

So reifte bei ihnen der Entschluss zum politischen Widerstand. Die anfangs rein katholischen Diskussionszirkel waren Mitglieder katholischer Verbände, wie KAB, Kolpingsfamilie, der christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei in Köln.

Besonders bei der KAB war eine organisatorische Struktur vorhanden, die in den KAB-Ortsverbänden ein Netz von Vertrauenspersonen bildete. Die Leiter der katholischen Arbeitervereine (Präses Dr. Otto Müller, Verbandssekretär Bernhard Letterhaus und Hauptschriftleiter Nikolaus Groß) wurden nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet.

Anwesende bei Leitsatz 24. 6. 1945.
Waldbrunn

Nr.	Name	Staat	Wohnung
1.	L. Schwering	Büchsenstraße	Köln, Fähr 139, Köln. 58
2.	R. J. Schaefer	Leiter des Kochschulwerks	Köln, von Siefortg.
3.	Fr. Warsch	Bürgermeister	Köln-Lindenthal Mörmannstr. 102
4.	Mag. Eith	St. Sch. Rat v. C.	Köln, Mäandergasse 55
5.	Dr. Lorenz	Arzt	Köln, Leungasse
6.	Dr. Gammann	Dr. Pater	Köln, Holzgasse 14
7.	H. H. Hüster	Abteilungsleiter	Bonn, Humboldtstr. 119
8.	Dr. J. J. J.	Angestellter	Bonn, Post Paffrath im Ort, Stadthaus
9.	Hr. Emeke	Skulptur	K. Riehl, bot. Garten 72
10.	Dr. J. J. J.	Physiker	Bonn, Gumpertweg 88
11.	P. Harkhausen	Explosions	Köln, Hubertstr. 75
12.	K. K.		Köln, Marmeladenstr. 22
13.	M. M.	Kaufmann	Köln, Marmeladenstr.
14.	P. P.	Ökonom	Köln, Lindenthal. 96
15.	S. S.	Kaufmann	Köln, Schillingstraße
16.	P. P.	O. P.	Köln, Waldbrunn
17.	K. K.	Abteilungsleiter	Bonn

Das abschließende Treffen am 1. Juli 1945 in Köln verlief dann problemlos:

„Die Seele aller Verhandlungen war Pater Eberhard Welty“, beschrieb Leo Schwering in seinen „Memoiren“. „Wir alle empfanden es: Ein neues Tor wurde aufgestoßen.“

Und der der Historiker Rudolf Uertz, der

die Hintergründe aus den Jahren 1945 - 1949 über die Entstehung der CDU erforschte. Er schreibt:

„Die Kölner Leitsätze waren das wichtigste programmatische Dokument der Gründungszeit in Westdeutschland.“

So hatten Leo Schwering und die Programmkommission bereits in der ersten

Kolpingmitglieder gestalteten mit

Adam Stegerwald, Generalsekretär (1903 bis 1920) und Vorsitzender (bis 1929) der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, war an der Gründung der CSU wenige Wochen vor seinem Tod maßgeblich beteiligt.

Dr. Leo Schwing, Philologe und promovierter Historiker, erlebte den Aufruf Adam Stegerwalds beim Essener Gewerkschaftskongress 1920 zur Gründung einer interkonfessionellen Partei. Er war Landtagsabgeordneter des Zentrums von 1921 bis 1932, später Bibliotheksdirektor und stellte während der Zeit des Nationalsozialismus den Kontakt zwischen den Gesprächskreisen im Ketteler- und im Kolpinghaus her. Bereits 1934 war Dr. Leo Schwing von den Nationalsozialisten zwangspensioniert worden. Noch im Reichstagswahlkampf 1933 hatte Leo Schwing in Ansprachen verkündet: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Dr. Karl Zimmermann war bis 1933 Generalsekretär des Verbandes Katholischer Beamtenvereine Deutschlands und als freier Mitarbeiter im Seligsprechungsprozess Adolph Kolpings tätig.

Jakob Kaiser, seit 1924 Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften für Rheinland und Westfalen, 1949 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen von 1949 bis 1957.

Karl Arnold, Vorsitzender des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1933 Verhaftung durch die Gestapo, 1946 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1947 bis 1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1958 Bundesvorsitzender der CDA.

Johannes Albers, auf Anregung von Adam Stegerwald Gründer der CDU-Sozialausschüsse als eigener Organisation in der Partei ab Dezember 1945, 1958 bis 1963 CDA-Vorsitzender.

Katholischer Mitbürger!

Für die Erhaltung
der christlichen Kultur
kämpft allein wirksam die

CDU

Darum wähle
Liste 2

Evangelischer Mitbürger!

Die CDU stellt nicht die Wiedergeburt des alten Zentrums dar, sondern seine politische Ueberwindung

Darum gehörst
auch Du in die

CDU

Wähle Liste 2

tkl

Adenauer entlassen

„Nicht genügend Energie gezeigt“

Der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, ist von der Militärregierung seines Postens enthoben worden.

Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Bürgermeister Suth ernannt, der das Amt kommissarisch verwalten wird, bis ein neuer ständiger Oberbürgermeister bestellt wird.

In der amtlichen Mitteilung über die Entlassung des Kölner Oberbürgermeisters heißt es, daß Dr. Adenauer bei der Durchführung der Politik der Militärregierung nicht die genügende Energie gezeigt hat, insbesondere nicht im Zusammenhang mit dem Bau von Unterkünften für die Bevölkerung als Schutz vor dem kommenden Winter.

Dr. Konrad Adenauer war nach der Besetzung Kölns von den Amerikanern zum Oberbürgermeister ernannt worden, nachdem er 1933 von den Nazis von diesem Posten entfernt worden war.

Phase der Gründung die Fundamente für den späteren Erfolg der Union als Volkspartei gelegt.

Sie hatten sich gegen einen christlichen Sozialismus ausgesprochen und sich für eine christlich - soziale und demokratische Ausrichtung entschieden, indem sie das bewusste Zusammenwirken der drei „Flügel“ organisierten. Alle drei gemeinsam sollten sie an der Gestaltung der Gesellschaft mitarbeiten, zusammengehalten durch ein auf christlichen Werten sich gründendes religiöses Menschenbild.

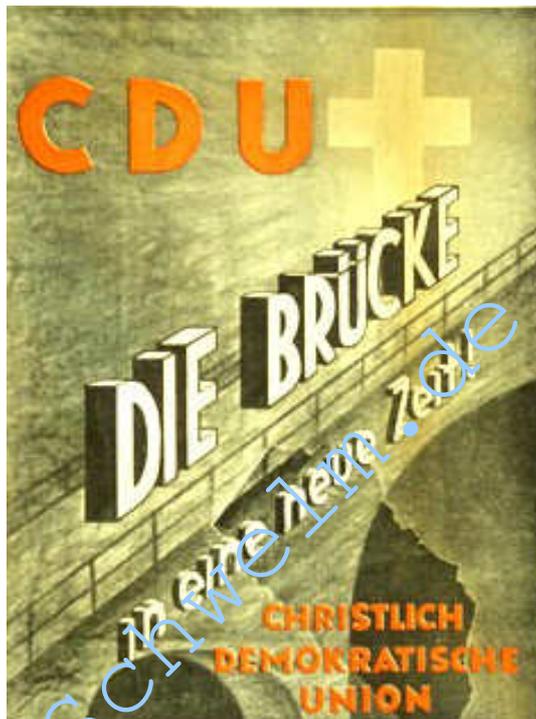
Leo Schwering schrieb dazu: „*Wenn wir so handeln, wird es eine Rechtspartei überhaupt nicht mehr geben... Wir sind überzeugt, dass nur eine große christliche Partei die heimatlos gewordenen ehemaligen Konservativen und Liberalen aufnehmen kann.*“

Im Kölner Kolpinghaus richtete Johannes Albers, Gewerkschaftsführer und selbst Kolpingmitglied, dann das „Büro Albers“ ein, aus dem später die CDU-Sozialausschüsse hervorgingen. (heute Christlich-Demokratische-Arbeitnehmer-schaft CDA).

Am 2. September 1945 gründete sich die Christlich-Demokratische Partei im Rheinland und wählte Leo Schwering zu ihrem Vorsitzenden.

Das Besondere an dieser Gründung: In Abwesenheit wurde Konrad Adenauer in einer siebenköpfigen Parteirat des Rheinlandes gewählt. Zunächst nahm er weder auf die organisatorische noch programmatische Entwicklung Einfluss.

Zu dieser Zeit war Adenauer Oberbürgermeister von Köln. (am 8. Mai 1945 von den Amerikanern eingesetzt). Nach dem Wechsel zur britischen Besatzungsmacht entließ ihn am 6. Okt. 1945 der engli. General Barraclough



Einige der ersten Wahlplakate der CDU



„wegen angeblicher Unfähigkeit“. Er verhängte sogar in der Zeit vom 6. Oktober bis 4. Dezember 1945 Adenauer gegenüber ein Verbot aller parteipolitischer Betätigung. Adenauer wurde später rehabilitiert!

Die evangelische Kirche und die öffentliche Verantwortung

Auch in anderen Teilen Deutschlands, besonders in Westfalen, dass überwiegend mit evangelischen Christen bewohnt war, sprang der Funke aus dem Rheinland für die neue Partei über. Auch hier lebten Menschen, die eine gänzliche Neuorientierung wollten.

Da die evangelische Kirche den Nationalsozialismus als Folge der Abwendung von Gott sah, war es für sie nur konsequent, erneut auf ein „Defensivkonzept“ für eine neue, staatliche Kirche zu bauen, um ihren Bestand zu erhalten und Einfluss zu nehmen.

Dieses Konzept beinhaltete naturgemäß auch das neue und enge Verhältnis zur entstehenden CDU.

Hintergrundwissen

Mit der Übernahme der Weimarer Kirchenartikel §140 des Grundgesetzes gelang es den Kirchen ihren Sonderstatus als gesellschaftlicher Verband heraus zu heben.

So erarbeitete ein Arbeitskreis auf der ersten Kirchenversammlung des deutschen Protestantismus nach dem Kriege, vom 27. bis 31. August 1945 in Treysa in Nordhessen ein Papier mit dem Titel *„Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“*.

Dieses Papier wurde dann *„zum Leitseil protestantischen Selbstverständnisses“* auf dem Weg der Evangelischen Kirche hin zur neu entdeckten Verantwortung für das öffentliche Leben. Die rheinische Kirche verschickte es an alle ihre Pfarrer, damit diese sich mit dem Inhalt identifizierten.

So fand in diesem offiziellen Papier die selbstverständliche Nähe breiter kirchlicher Kreise zur ent-



Gustav Heinemann



Ernst Lemmer



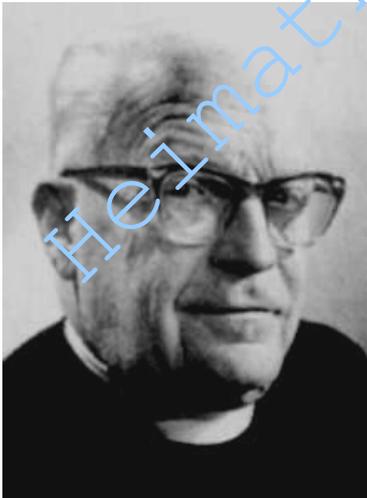
Hermann Ehlers



Robert Tillmanns



Otto Dibelius



Heinrich Grüber

stehenden, christlich-demokratischen bzw. christlich-sozialen Union ihren weithin akzeptierten Niederschlag.

Ungemein wertvoll waren auch zur Expansion der CDU in das Westfalenland die Verbindungen und Verflochtenheiten auf der Ebene kirchenleitender Persönlichkeiten zwischen der evangelischen Kirche und der CDU.

So gehörten z.B. viele CDU-Gründungsmitglieder in den Stadt- und Landkreisen zu den Leuten, die sich auch in der „Bekennenden Kirche“ engagiert hatten.

Dazu gehörten:

Gustav Heinemann, später Bundespräsident, Robert Tillmanns, später Bundesminister für besondere Aufgaben, Hermann Ehlers, später Präsident des deutschen Bundestages, Otto Dibelius, später Ratsvorsitzender der evangelischen Kirche Deutschlands, Ernst Lemmer, einer der Gründer der CDU und Heinrich Grüber, einer der Gründer der Berliner CDU.

Dazu bemerkte Altbischof Kunst, in dieser Zeit Superintendent in Herford und Verbindungsmann der westfälischen evangelischen Kirche zur CDU in einer seiner Reden:

„... also, da waren eine Summe von Leuten aus der Bekennenden Kirche, die von Anfang an zur CDU gehörten. ... und nun bitte ich Sie, was ist denn nun natürlicher als dies, dass mit denen ein besonders herzliches und nahes Verhältnis bestand...“

... die waren für uns ja gar keine Parteileute, das waren ja unsere Brüder, mit denen wir auf der Synode oder in der Kirchenleitung oder sonst wo zusammenkamen...“

Grundlagen evangelischer Mitarbeit in Westfalen

In diesem engen Miteinander von evangelischen Theologen und Mitgliedern der CDU in der Gründungsphase war auch die Kirchenleitung der Westfälischen Kirche herausgefordert und musste nun klar Stellung beziehen.

So suchte sie in einem Gespräch mit 15 Vertretern des „evangelischen Lebens“ am 19. September 1945 in Bochum-Stiepel nach Antworten und Lösungen auf

die Frage: „... ob Vertreter der Evangelischen Kirche sich an dem wiederauflebenden Parteileben beteiligen, bzw. sich auf eine bestimmte Partei festlegen sollte“.

Nach intensiven Beratungen stimmte dann die Kirchenleitung in ihrer am 21. September 1945 eigens einberufenen Sitzung dem Vorschlag von Präses Koch zu, „folgende Beschlüsse den Superintendenten für die Amtsbrüder zu übermitteln“:

„... kann sich die evangelische Kirche nicht auf eine politische Partei festlegen, aber auch nicht abseits stehen und den Standpunkt vertreten, sie sei an politischen Dingen nicht interessiert.

Sie kann z.B. die Totalisierung des Staates, die Entwertung der Persönlichkeit, die Materialisierung des Lebens und die Minderung christlicher Werte nicht unbeteiligt verkündigen lassen oder hinnehmen. Ein evangelischer Christ darf einer kirchenfeindlichen Partei nicht angehören. Es ist ungemein wichtig, dass die Kirche Führung behält mit den evangelischen Mitgliedern der verschiedenen Parteien ...“

Die parteipolitisch unabhängige Rolle der Kirche war damit deutlicher als in Treysa zum Ausdruck gebracht wurde.

In der Schulfrage sah man sich allerdings ganz eng mit der CDU verbunden.

Hier hatte sich die westfälische Kirchenleitung bereits durch einen Beschluss vom Juli 1945 trotz eigener offener Fragen mit der katholischen Kirche zusammengeschlossen, deren Forderung nach der Bekenntnisschule eine entsprechende Forderung der evangelischen Kirche nach sich gezogen hatte.

Als Folge der Beschlüsse vom 21. September 1945 bestimmte dann im März

1946 die evangelische Kirchenleitung den Superintendenten Kunst zum Verbindungsmann zur CDU und Pfarrer Nockemann aus Dortmund zum Verbindungsmann zur SPD.

So wurde in Westfalen, ganz in Entsprechung zum Wort von Treysa, von der Kirchenleitung versucht, bei klarer Neigung zur CDU doch die Linie parteipolitischer Unabhängigkeit deutlich zu machen.

Eine Person sollte aber noch wegen seines Engagements für die Zusammenführung der Protestanten mit der CDU erwähnt werden: Friedrich Holzapfel. Dieser war als protestantischer Laie schon vor 1945 in Ostwestfalen eine angesehene Persönlichkeit. Für den Fall, dass die Ziele des 20. Juli 1944 erreicht worden wären, sollte er Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium werden.

Schon im April 1945 von den Briten als Oberbürgermeister von Herford eingesetzt, konnte er zahllose Verbindungen knüpfen bis in die Räume Schleswig-Holstein, Braunschweig, Hannover und Oldenburg.

Es war für Holzapfel der Lohn, dass er als „Dank seines oft mühseligen Einsatzes“ bei der Gründung der Landesgruppe Westfalen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.

Die Ausbreitung nach Westfalen scheiterte fast an ehemaligen Politikern des Zentrums

Nun ging man gemeinsam daran, in der ganzen britische Zone die Menschen über die neue Partei zu unterrichten und für sie zu werben. Dazu war zuerst der Vorstoß nach Westfalen notwendig. Je weiter hier nach Osten hin gewirkt wurde, umso mehr musste die Arbeit in die



Friedrich Holzapfel
CDU Mitbegründer, von 1950 bis 1952
stellvertretender Bundesvorsitzender
der CDU



Karl Koch
Mitglied der Bekennenden Kirche und von
1945 bis 1949 Präses der Evangelischen
Kirche von Westfalen in Bielefeld

Hände der evangelischen Freunde gelegt werden, die gemeinsames Handeln aller konfessionellen Vertreter in einer christlichen Partei befürworteten.

Waren die Katholiken Vorreiter im Westen gewesen, so mussten es nun die Protestanten im Osten der Britischen Zone sein.

Da erreichte eine alarmierende Nachricht Schwering und seine Parteifreunde: Die Zentrumsparterie in Westfalen wollte sich neu gründen!

Alle waren sich im Klaren darüber, dass sich die Reise nach Westfalen nun erst recht und äußerst schnell gebot. Denn wenn es dem Zentrum gelang, sich in Westfalen wieder durchzusetzen, war auch die rheinische Position der jungen CDU gefährdet. Schwering machte sich über dieses Geschehen ernsthaft Sorge,

da er selbst Westfale war, die konservative Grundhaltung seiner Landsleute. So beschlossen sie, den ehemaligen Zentrumsabgeordneten Rudolf Amelunxen, der am 5. Juli 1945 von der britischen Militärbehörde als Oberpräsident von Westfalen eingesetzt worden war, in Münster aufzusuchen und mit ihm zu sprechen.

Diese höchste Verwaltungsinstanz erschien für ein Gespräch besonders geeignet, um so mehr, als Schwering Amelunxen noch aus seiner Berliner Zeit kannte und damals mit ihm häufig zusammen gearbeitet hatte.

Am 2. August 1945 begann dieser wichtige und alles entscheidende Vorstoß. Leo Schwering und sein Freund und Mitbegründer der Kölner CDU Theodor Scharmitzel, trafen in Münster ein und

mussten feststellen, dass Amelunxen schwer aufzufinden war. Als sie ihn schließlich erreichten, war das Zusammentreffen für Schwering und Scharmitzel eine herbe Enttäuschung. Sobald die Kölner Amelunxen offen ihre Absichten erklärt hatten, die CDU als soziale, überkonfessionelle Partei baldmöglichst auch in Westfalen zu etablieren, reagierte er mehr als zurückhaltend.

Die Nachrichten aus dem Rheinland über die schnelle Verbreitung der CDU und die Gründung einer neuen CDU-Partei in Köln hatten ihn geradezu schockiert, unterstützte er doch weiterhin eine Wiedergründung der alten Zentrumspartei.

Schwerings Einwand, dass die Zeit einer reinen konfessionellen Partei zu Ende sei, ließ Amelunxen nicht gelten. Zu sehr hielt er an den Inhalten und Programmen einer rein katholischen Partei fest, die er in dem neu aufzubauenden Deutschland für unverzichtbar hielt. Damit sie sich aber selber von den Vorbereitungen der Zentrumspartei überzeugen konnten, lud er sie zu einer Veranstaltung am 6. August 1945 nach Dortmund ein. Hier sollte die Frage nach der neuen Partei entschieden werden.

Das wollten die Kölner hören und so negativ diese Unterredung auch gewesen war, so sahen Schwering und Scharmitzel doch jetzt ganz klar die weiteren Perspektiven ihres Handelns. Sie waren sich darin einig, sich nun selber noch intensiver an der Verbreitung zur Ausbreitung der CDU nach Osten hin einzuschalten. Die Einladung war das Wichtigste was sie von ihrer Unterredung mitgebracht hatten.

So kam ihnen die erste größere Zusammenkunft am 6. August 1945 zwischen Rheinländern und Westfalen auf Einladung des Zentrums in Dortmund außerordentlich gut gelegen.



Rudolf Amelunxen wurde am 5. Juli 1945 zum Oberpräsidenten von Westfalen und am 24. Juli 1946 bis 30. August 1946 zum Ministerpräsident von NRW ernannt.

Alles was in der Kölner CDU Rang und Namen hatte wurde „zusammengetrommelt“ und Konzepte für den Tag entwickelt.

So machten sich an diesem Tage die Rheinländer auf nach Dortmund.

Vor der Veranstaltung besuchte eine Abordnung den Zentrumsabgeordneten Lambert Lensing, Verleger und alleiniger Gesellschafter der Ruhr-Nachrichten. Ihm unterbreiteten sie vorab die neuen Leitlinien und Konzepte der jungen CDU.

Anschließend würdigte er das Kommen der Rheinländer im hohen Maße als eine Unterstützung im entscheidenden Augenblick, weil sie ein Programm

mitgebracht hätten, das „den neuen Ereignissen bereits auf allen Gebieten Rechnung trug und deshalb dem des Zentrums überlegen war“. So trat er noch am gleichen Tag in die CDU ein.

Um es vorweg zu nehmen: Lensing wurde von 1945 bis Juni 1959 Landesvorsitzender der CDU-Westfalen, von Juli 1954 bis Juli 1958 Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, von 1953 bis 1959 Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und 1948 Mitglied des Parlamentarischen Rates.

Nun wird sich der interessierte Leser dieses Buches sicherlich fragen, wie und was sich bei der Veranstaltung in Dortmund abgespielt hatte. Leo Schwing berichtet:

„Was war da bei allen Teilnehmern eine freudige und offene Stimmung gewesen. Nach zwölf Jahren des Naziterrors wieder zum ersten Male Teilnehmer einer größeren Veranstaltung zu sein, die völlig frei und Ausdruck politischen Aufbruchs im Ruhrgebiet war. Das hätte was!“

Rund 150 Teilnehmer füllten den Saal des Dortmunder Kolpinghauses. Alle wussten, dass heute sicherlich weitgreifende Entscheidungen anstünden, von denen die gesellschaftliche und politische Zukunft des zerstörten Deutschlands im starken Maße abhingen.

In der Versammlung selbst wurde dann aber heftig diskutiert und gestritten. Die Neugründung der neuen Partei stieß hier erst einmal wegen des Beharrens des Volkscharakters auf einigen Widerstand. Erst als die Leitlinien vom ehemaligen Zentrumspolitiker und Mitbegründer der



Ruhr Zeitung Nr. 19 vom 20. 08. 1945

christlichen Gewerkschaft Adam Stegerwald vorgestellt und erläutert worden waren, brach die Skepsis.

Die Mehrheit der Versammelten war nicht nur von seinen Ausführungen begeistert, sondern auch von der Tatsache, dass Stegerwald hervorragend vorbereitet war. So konnte er das neue Programm glaubhaft vermitteln.

Am 13. August 1945 folgte in Wattenscheid eine weitere imposante Kundgebung. Niemals hatten bis dato Arbeitervereine, ehemalige christliche Gewerkschaftler und das Kolpingwerk enger zusammengearbeitet als hier. Alle zogen an einem Strang, wollten die Gründung einer CDU mit den proklamierten Werten und Zielen.

Befremdend für die meisten Versammlungsteilnehmer war an diesem Abend das Nichterscheinen der maßgeblichen Wortführer des alten Zentrums, und das um so mehr, als man gerade auch von ihnen eine Stellungnahme erwartet hätte (Späterhin benannte man diese Veranstaltung als „Rückzugsgefecht des Zentrums“).

So fühlten sich vor allem die Zentrumsmitglieder von ihren Leitungskräften im Stich gelassen. Die Enttäuschung darüber war groß und wurde auch unverhohlen ausgesprochen.



(rechts) Im Kolpinghaus Dortmund, am 6. August 1945,
1. Zusammentreffen der Rheinländer und der Westfalen zu Gründungsgesprächen.
(links) Im Kolpinghaus Wattenscheid, am 12. August 1945, Gründung der CDU-Westfalen

Dann erhob sich ein Vertreter dieser Mitglieder und erklärte im Namen seiner sämtlichen Freunde, dass sie sich angesichts der überwältigenden Mehrheit der Versammlung auch für die CDU entschieden. Sie gäben nach dem, was sie gehört, nunmehr ihre Opposition auf und träten vorbehaltlos in die Reihen der neuen Partei, um dort mitzuarbeiten.

Für die Gründung einer westfälischen CDU war dieses symptomatische Verhalten zweifellos von größtem Nutzen und stärkte weiter die Gründungsbestrebungen.

So verloren Zentrumskreise ihre treue Wählerschaft, die sie nie wieder bekommen sollte.

„Diese Arbeiter des Ruhrgebiets sind eine Klasse für sich“ - schrieb

Schwering anschließend in seinen Erinnerungen an diesen Tag nieder. *„Man kann die Menschen zwar mit den Rheinländern nicht vergleichen, doch für einen gesunden Fortschritt sind sie aufgeschlossen, wenn er ihnen nur plausibel gemacht wird! Das, was mich besonders beeindruckt hat war ihre Überzeugung, dass die Pflege christlicher Werte auch in Zukunft nicht zurückstehen werden...“*

Nun hatte sich die CDU auch im Ruhrgebiet durchgesetzt. Was aber noch fehlte waren neben den ländlichen Gegenden die kleineren Stadt- und Kreisgemeinden. Doch auch hier hoffte man, dass die neue Partei mit ihrer christlich, sozialen Ausrichtung Anklang und Mitglieder fand.

Noch einmal auf Dortmund und Wattenscheid zurückzukommen: Für die Delegierten aus dem Rheinland waren die Ereignisse dort auch deshalb von erheblicher

Bedeutung, da zum ersten Male evangelische Kreise aus rein evangelischen Gebietsteilen geschlossen an der „Annäherung“ teilgenommen hatten.

Sie waren für die Kölner das Bindeglied oder besser noch, Vermittler zu weiteren Kundgebungen auch in größerem Stil, auf der sich beide Konfessionen aussprechen und ergänzen konnten. Protestanten und Katholiken nebeneinander und einträchtig im gleichen Ziel, das war zweifelsohne ein Ereignis von geschichtlicher Tragweite.

Gründung der Landesparteien Rheinland und Westfalen

Nach all den erfolgreichen Gesprächen und Versammlungen fühlten sich Rheinländer und Westfalen nun stark genug, Landesparteien zu gründen.

Zunächst wurde in Erwägung gezogen, diese Gründung am selben Tage an einem Ort zusammen zu vollziehen, um die gemeinsamen Bestrebungen im Rheinland und in Westfalen um die neue Partei auch nach außen hin deutlich zu demonstrieren.

Doch die immer noch schwierigen Verkehrsverhältnisse machten diesen Wunsch unmöglich.

Es blieb aber dabei, dass man den 2. September 1945 als Gründungstermin festhielt, nur zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten: die Westfalen/Lipper in Bochum, die Rheinländer in Köln.

Vorab hatte man mit einem besonderen Schreiben die Militärregierung um die Zulassung der neuen Partei gebeten.

Besondere Inhalte dieses Schreibens waren noch einmal die Darlegungen von Inhalten, Zielen und Leitlinien. U.a. schrieben Schwering und Scharmitzel, dass die Partei das Ziel verfolge, alle auf dem Boden der christlichen Weltan-

schauung stehenden Menschen zusammenzufassen. Nicht nur im Rheinland, sondern auch in Westfalen stünde man auf dem gleichen Standpunkt. Die Partei wolle darüber hinaus alle Klassen und Bevölkerungskreise umfassen und mit dem Geiste wahrer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit erfüllen.

Die Zulassung der neuen Partei erfolgte am 25. und 27. August 1945. Somit stand der beabsichtigten CDU-Parteigründung am 2. September 1945 in Bochum und Köln nichts mehr im Wege.

Lassen sie mich noch als erstes einige Zeilen zur Gründungsversammlung in Köln schreiben: „Die Rahmen dieser Veranstaltungen in Köln, so wie auch in Bochum, waren der Zeit entsprechend etwas ganz Besonderes.“

In Köln hatte man den großen Speisesaal des Kolpinghauses würdig geschmückt und die sichtbaren Kriegszerstörungen so unsichtbar wie möglich gemacht. Auf der Stirnseite des Saals prangte ein Kreuz. Wieder bot das Kolpinghaus als Schauplatz das gleiche Zimmer, in dem am 17. Juni 1945 die Zusammenkunft der Gründer stattgefunden hatte.

Aus allen Teilen des Rheinlandes waren die Menschen herbeigeströmt, darunter viele junge Männer, die in die CDU ihre ganze Hoffnung setzten und mit anderen Gleichgesinnten die Chance sahen, baldigst aus dem Nachkriegs-Chaos wieder herauszukommen. Der große Saal war total überfüllt ...

Die Kölner Breite Straße aber wies eine derartige Fülle von Transportmittel der Gäste und Teilnehmer aus allen Gegenden des Nordrhein auf, dass man zurückblickend sagen kann: Heute wurde auch äußerlich der Wendepunkt in eine neue Zeit gestellt.

Neben den zahlreichen Festreden wurden die der Evangelischen und der Bekennenden Kirche mit besonderem Interesse gehört. Es glich schon einer Sensation, dass ein evangelischer Pfarrer, es war Superintendent Hans Encke, das Wort in einer öffentlichen Versammlung der CDU ergriff. Zum ersten mal hatte hier ein Vertreter der evangelischen Christen die Möglichkeit, sich in einem neuen Rahmen bei einer solch wichtigen Kundgebung zu äußern und seine religiöse Einstellung auch im Politischen zu bezeugen:

„Im Angesicht Gottes, dem Herrn der Geschichte, sind wir zum Schutze christlicher Werte aufgerufen. Die Daseinsberechtigung des alten Abendlandes wird weiter dahin schmelzen, ja sogar ganz verloren gehen, wenn wir nicht zu seinen Werten zurückkehren. Aber den Namen christlich haben wir erst wieder zu rechtfertigen.“

Superintendent Hans Encke weiter:
„Christlich sein heißt...die gottgewollte Ordnung wiederherstellen. Sozial heißt, die Achtung vor dem Menschen, seiner Würde und die gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Güter und demokratisch heißt, ...die politische Macht auf breite Basen zu stellen. Das Christentum aber ist keine Privatsache und keine der Erbauung und des Gottesdienstes allein. Es muss auch im öffentlichen Leben wieder Geltung bekommen, und dazu müssen die Christen ganz eng zusammenrücken.“

Er endete mit den Worten: *„Wir wollen keinen konfessionellen Machtanspruch, sondern unser christliches Anliegen im sozialen Raum zur Geltung bringen. Dazu gehört unwiderruflich die Demokratie als bleibende Regierungsform. In diesem christlichen Anliegen gibt es keine Unterschiede der Konfessionen...“*

Das besondere Kennzeichen der Reden auf dieser ersten und repräsentativen Kundgebung der CDU war die soziale Verpflichtung auf dem Fundament christlich- praktizierender Werte.

Bei den dann noch anschließenden Vorstandswahlen wurde Leo Schwing zum Vorsitzenden und in den weiteren Vorstand u.a. Konrad Adenauer, Johannes Albers, Karl Arnold, Anne Franken und Theodor Scharmitzel einstimmig gewählt!

Gründung Landesverband Westfalen

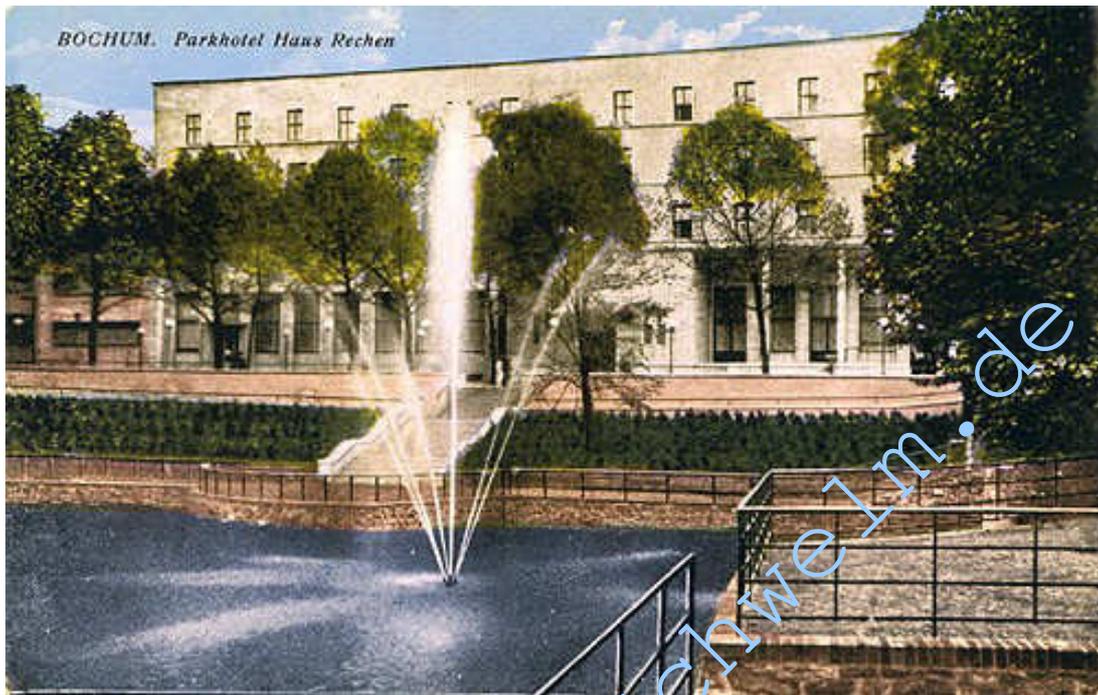
Am selben Tage zur selben Stunde wie in Köln, gründeten dann auch die Westfalen ihre Landespartei in Bochum. Versammlungsraum war der „Blaue Saal“ im Parkhotel in Bochum.

Weit über 400 Personen waren aus allen Teilen des Landes gekommen. Viele von ihnen waren gezeichnet von Hunger und Elend, ihre Fahrzeuge, mit denen sie gekommen waren, ramponiert und in schlechtem Zustand.

Einladungen waren keine erfolgt. Die Propaganda von Mund zu Mund hatte ihre Wirkung getan. Nach den Jahren der Diktatur und der politischen Öde lief nun eine Versammlung großen Stils ab.

Neben vielen anderen Reden war die Grundsatzrede von Lambert Lensing das Ereignis des Tages: Unter dem Leitwort: Protestanten und Katholiken reichen einander die Hände, kam er noch einmal auf die langen Beratungen, ja sogar schweren Kämpfe um die Einheit im Lager der Christen zurück.

„Nun aber“, sagte Lensing, *„kann ihr gemeinsamer Aufbruch von niemanden mehr aufgehalten werden. Die Union der Katholiken und der Evangelischen Menschen ist auf dem Wege für immer zu verschmelzen.“*



Das Parkhotel 1931 - Hier fand am 2. September 1945 im „Blauen Saal“ die Gründung der CDU Westfalen statt

Nach intensiven Aussprachen über die „Kölner Leitlinien“ wurde beschlossen, diese in ihren Grundzügen zu billigen, aber einer Überarbeitung zu unterziehen. Vor allem ging es den Versammlungsteilnehmern um eine klarere und treffender Fassung des Elternrechts.

Vorsitzender der westfälischen CDU wurde ihr Hauptinitiator Lambert Lensing, sein Stellvertreter Friedrich Holzappel. Weitere Vorstandsmitglieder waren das Ehrenmitglied Johannes Gronowski, Anton Gilsing, Paul Steup, Georg Jöstingmeier, Christian Ebert, Joseph Schrage, August Heeke, Otto Rippel, Wilhelm Lindner, Franz Bornefeld-Ettmann, der Jurist und Verleger Artur Sträter, der Pädagoge Otto Boelitt und als „Generalsekretär“ Joseph Kannengießer.

So war der 2. September 1945 in Köln und Bochum in jeder Hinsicht ein be-

deutsamer Augenblick, er war historisch.

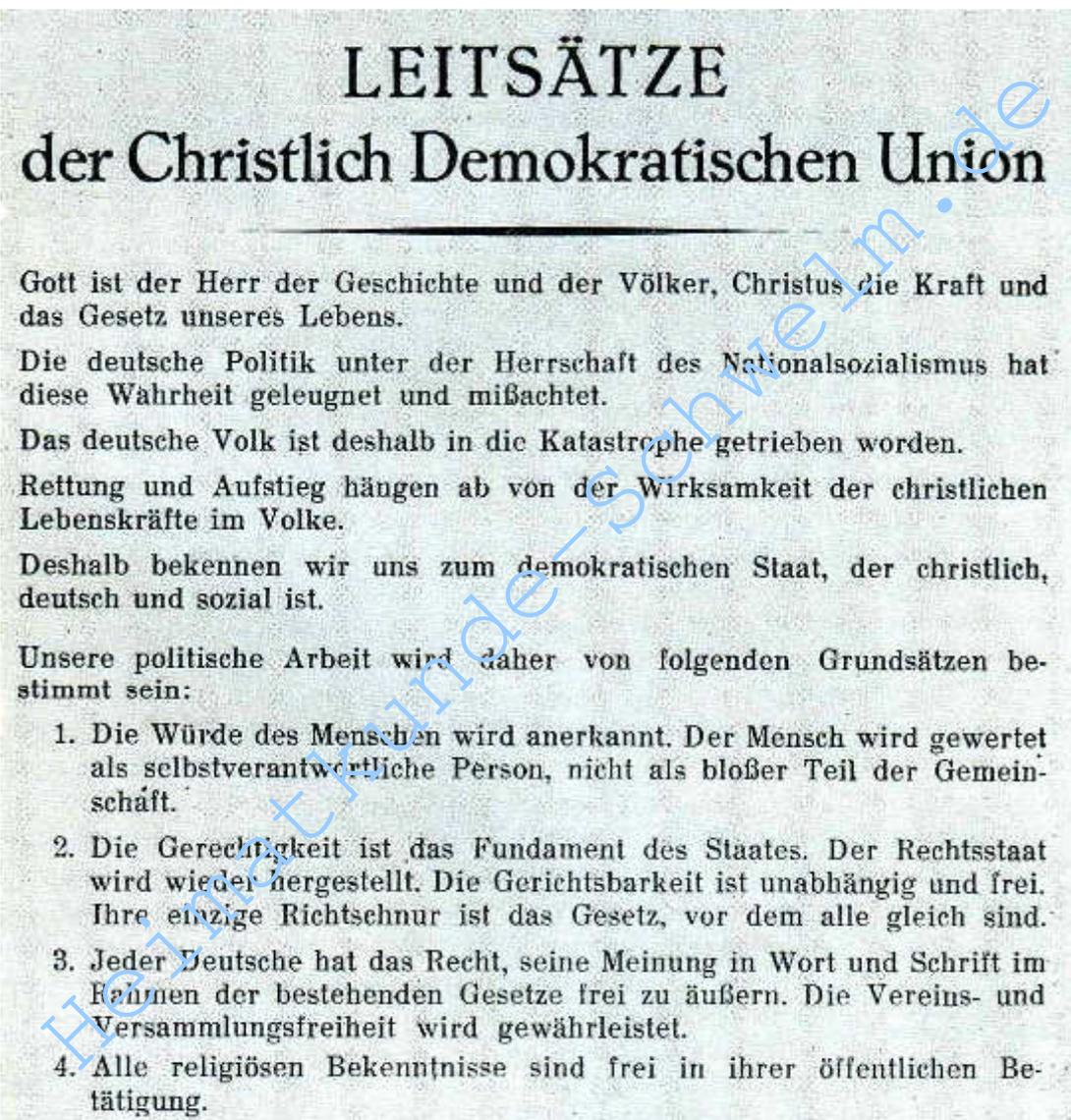
Letzte Querelen des Zentrums - Etablierung in Westfalen

Nun begann aber erst die eigentliche Arbeit. Neben den schon bestehenden 39 Kreisgruppierungen, die nun durchorganisiert und betreut werden mussten, galt es, der neuen Partei im Rahmen des politischen Lebens mit einer guten Organisation und einem offiziellen Programm Bedeutung und Gewicht zu geben.

Das war ohne eine zentrale Leitung nicht möglich. So entstand neben anderen in Köln in den noch vom Krieg gezeichneten Räumen des Kölner Kolpinghaus die erste CDU-Geschäftsstelle, deren Leiter Dr. Hans Schreiber war. Zu diesem Themenkomplex später mehr.

Am 15. September 1945 traten Scharmitzel und Schwering ihre letzte gemeinsame Fahrt in die östliche britische Zone an. Sie folgten einer Einladung zu einem CDU Treffen nach Rinkeode, einem Dorfe auf der Strecke

Hamm - Münster. Hier fand u.a. ein intensives Gespräch mit Johannes Brockmann, ehemaliger preußischer Landtagsabgeordneter und weiteren Parteifreunden statt, die sich vom Zentrum (noch) nicht lösen konnten.



Teile des Rheinisch-Westfälischen Programms
mit der „Aufforderung nach den geistig-moralischen Verheerungen des Nationalsozialismus eine Rückbesinnung auf christlich-abendländische Werte“. In 20 Punkten legte hier die neue CDU-Partei ihre Grundsätze fest, von denen die meisten auch heute noch ihre Gültigkeit haben

Die Gespräche förderten nichts Neues zutage. Es ging um die gleichen Themen wie früher. Man hatte den Eindruck, dass es den Zentrumsleuten nur darum ging, die Verbreitung der CDU „in die Diaspora“ zu vereiteln.

Doch auch die Vertreter dieser „Diaspora“, wie z.B. aus Osnabrück, Braunschweig und Hannover sowie dem Eichsfeld, erteilten dem Zentrum eine Absage und sahen ihre politische Zukunft nur noch in der CDU.

Als dann am 18. November 1945 in Hannover die CDU gegründet wurde, war der „Vorstoß“ der Kölner in die östliche britische Zone erfolgreich vollendet.

Nun musste alles Weitere den Westfalen überlassen werden. Begeistert vom neuen Miteinander, begeistert von dem Wunsch an einem zukünftigen, besseren und auf christlichen Werten sich gründenden Deutschland mitzuwirken, trugen die in Westfalen lebenden evangelischen Christen begeistert die weitgehendste Verbreitung der neuen Idee mit.

Gemeinsame Leitlinien – Anfänge der Jugendarbeit

Nun begannen die beiden Landesverbände ihre gegenseitige Annäherung zu intensivieren. Als erstes wurde ihr Beschluss, ein gemeinsames Programm auf der Grundlage der Kölner Leitlinien zu verfassen, in Angriff genommen.

Besonders in Westfalen wusste man um die große Bedeutung eines solchen gemeinsamen Programms. Denn gerade die Mitglieder dieses Landesverbandes hatten sich hier permanent gegen die Vorwürfe der Traditionalisten des Zentrums zu verteidigen, die Union sei reaktionär und nicht zuverlässig sozial. Das musste so schnell wie möglich geändert werden.

Die westfälische und rheinische Kommissionen, letztere wurde von Karl Arnold, dem späteren Ministerpräsident von NRW geleitet, tagten in den Großstädten Bochum, Düsseldorf und Köln.

Die Veränderungen im neuen Entwurf waren äußerlich erheblich, inhaltlich nach aber gering. Als Vorgabe galt, dass die Kölner Leitsätze, in Walberberg proklamiert, auch für das neue Leitlinienprogramm im Wesen nicht verändert werden dürfte.

Die Präambel wurde dann auf wenige Zeilen zusammengedrängt, erhielt dafür aber das Bekenntnis, welches heute noch das „C“ ausmacht:

„Gott ist der Herr der Geschichte und Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens.“

Die Punkte im sozialen Bereich blieben unangetastet. Gerade sie waren grundsätzlich und zur Identifikation unentbehrlich.

Doch beim Schulparagrafen und Elternrecht wünschten sich die Westfalen eine Überarbeitung, denn die Walberberger Leitsätze auf diesem Gebiet genügten ihnen nicht.

Nach intensiven und sehr sachlichen Gesprächen einigten sie sich mit den Rheinländern auf folgende Formulierung:

„Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder bildet die Grundlage für die weltanschauliche Gestaltung des Schulwesens. Der Aufbau der Schule erfolgt im Einvernehmen mit den Kirchen.“

Der bekennnismäßige Religionsunterricht ist in allen Schulen ordentliches Lehrfach. Das Recht auf Privatschulen wird anerkannt.“

So diente das rheinisch-westfälische Programm einem erfolgreichem Wirken und Zusammenwachsen in der Britischen Zone.

Gründung Junge Union

Doch da war noch die Jugend, diese junge, maßlos enttäuschte und missbrauchte Generation der Kriegs- und Heimkehrergeneration im Jahre 1945/1946, deren Anteil zur erfolgreichen Gründung und Weiterverbreitung der CDU nicht übersehen werden darf.

Die einen kamen aus der kirchlichen Jugendbewegung, in deren Gemeinschaften sie schon während der Zeit des Nationalsozialismus gegen deren Herrschaft und Einflussnahme Widerstand geleistet hatten. Die anderen kamen als heimkehrende Kriegsteilnehmer, wieder andere aus den besetzten Ostgebieten, wo sie bereits in jungen Jahren Unfreiheit kennen gelernt hatten.

Vom Anfang an waren viele junge Menschen von dem Wollen der CDU beeindruckt und bewegt, weil sie überzeugt waren, dass deren christliche, soziale und demokratische Leitbilder nur in einem Zusammenschluss neuer politischen Kräfte zu verwirklichen waren.



Die frühesten Bekundungen hier aktiv mitzumachen und zu gestalten kamen aus dem kirchlichen Raum. Dafür stehen urkundlich belegt bei den Katholiken die Gruppe Kolping und bei den Protestanten der CVJM.

Besonders aus der Kolpingsfamilie, die sich seit ihrer Gründung vom Grundsätzlichen her der christlichen sozialen Frage verschrieben hatte, erwuchs dann nach Kriegsende ein nicht endender Strom begeisterter CDU-Anhänger.

Und bald gründeten sich aus den vorgeannten Jugendverbänden mit der "Jungen Aktion" und der "Arbeitsgemeinschaft junger Deutscher in der CDU" Vorläufer-Verbände der Jungen Union.

Wann aber die JU genau gegründet wurde, darüber existieren keine konkreten Quellen. War es nun 1945, 1946 oder später?

Aktionsgemeinschaft der „Jungen Union“

Im Rahmen der „Überparteilichen Jugendorganisation“ spricht am
Dienstag, dem 10. Juni 1947, 20⁰⁰ Uhr im Lokal Eduard Hoemann

Dr. Bruno Six **1. Zonenvorsitzender**
der „Jungen Union“ in der CDU

über das Thema:
Die „Junge Union“ als politische Bewegung



Dr. Bruno Six - 1. Vorsitzender der Jungen Union 1947 - 1948,
Mitglied des Landtags in NRW von 1946 - 1962
1950 in Goslar erkannte die CDU die JU als selbständige Vertretung der Jugend
innerhalb der Partei an und erlaubte ihr eine eigene Satzung.



14./15. Dezember 1946. Gründung des JU Landesverbandes Westfalen-Lippe in Herne. Josef Hiermann Dufhues wird erster Landessprecher

Hier hilft vielleicht nur der Versuch weiter, die ältesten, auffindbaren Zeugnisse zusammenzustellen. Bei meinen Recherchen wurde ich ein wenig fündig: Schon bei der Tagung in Walberberg wurde u.a. auf „*Junge Demokraten*“ hingewiesen.

Weiter heißt es in dem Vierteljahresbericht der rheinischen Partei am 11. Mai 1946, dass nach sporadischen Ansätzen nach Gründung ab Mitte des Monats, der Aufbau einer JU „*nunmehr systematisch weitergeführt werden soll. Ein Landessekretär für Jugendarbeit sei schon gefunden...*“

Protokolarisch belegt ist auch in einer Niederschrift des „Zonenausschusses“, dass dieser in seiner ersten Sitzung in Herford am 22. Januar 1946 besonders lobend hervorhob, dass vor allen die begeistertsten Jugend die Partei trage.

Auch die Dokumente über politische Gesprächsthemen mit „*jungen Leuten*“ aus den Programankündigungen der Kollpingsfamilie halte ich für sehr wichtig. Auch wenn es nur wenige Unterlagen sind, beweisen diese doch, dass auch die konfessionelle Jugend in der anfänglichen politischen Aufbruch-Phase mit sehr willkommen war.



Als ein erheblicher Vorteil erwies sich, sowohl bei den Katholiken als auch bei den Protestanten, dass gleich nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes diese mit der Arbeit und ihren Zusammenkünften beginnen durften. Der Grund war, dass sie nicht entnazifiziert werden brauchten und sie sich für kein politisches Mitmachen in der NSDAP rechtfertigen mussten.

Eine weitere Gruppierung bestand aus den erwähnten christlich orientierten, ehemaligen jungen Soldaten, die nun in die Universitäten drängten und sich dort in politischen Zirkeln zusammenfanden.

Allgemein belegt und bekannt ist die am 23. Juni 1946 stattgefundene 1. Tagung der Kreisjugendwarte in Düsseldorf, die Gründung am 14./15. Dezember 1946 des Landesverband Westfalen-Lippe in Herne und das erste vom 17. bis 21. Januar 1947 stattgefundene Deutschlandtreffen in Königstein im Taunus.

Dort wurde der Bundesverband mit dem Ziel gegründet, junge Christen beider Konfessionen innerhalb einer politischen demokratischen und auf christlichen Werten sich gründende Organisation zu vereinigen.

Das erste Gesamttreffen in Godesberg

Waren die vorausgegangenen Treffen und Veranstaltungen wichtige Meilensteine gewesen, so war das erste Gesamttreffen vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Godesberg wohl das politisch bedeutendste.

Wenn man heute bedenkt, dass bei den damaligen Verkehrsverhältnissen an eine Zusammenkunft dieser Größe kaum zu denken war, zeugte die Einladung zu diesem Parteitag von sehr viel Mut und Zuversicht.

Unter sehr viel Mühe und Einsatz bereiteten die Mitglieder der rheinische CDU diese Tage in Köln vor. Sie rechneten es sich als besondere Ehre an, Gastgeberin zu sein und sahen darin die Anerkennung für die von ihnen geleistete Pionierarbeit.

Der Initiator der Godesberger Tagung war der Vorsitzende der Berliner Partei Andreas Hermes. Seine Ideen und Vorstellungen über eine demokratische, soziale Ausrichtung der CDU wollte er den Teilnehmern selber kundtun und die Geschehen der letzten Jahrzehnte noch einmal aufrollen. Dazu gehörten auch die Folgerungen, die an eine Politik aus christlicher Verantwortung bedingungslos gestellt werden müssten.

Doch es kam anders. Weil er Godesberg nicht erreichen konnte, die Sowjets hatten ihm nämlich die Teilnahme untersagt, musste das dreistündige Referat von Professor Noack verlesen werden.

Anschließend war es der aus Berlin gekommene Heinrich Krone, der erstmals authentisch über die Geschehnisse, bzw. Neuerungen in der Ostzone berichtete.

Seine Ausführungen hinterließen einen tiefen Eindruck, weil zum ersten Male jemand da war, der aus persönlicher Erfahrung die Machenschaften und Repressalien der sowjetischen Besatzungsmacht unverblümt anprangerte.

Die Teilnehmer waren empört und diskutierten ängstlich über die Zukunft der Berliner CDU. Aber niemand konnte ahnen, wie nahe das Verhängnis (Gleichschaltung) schon war.

Um es vorweg zunehmen: Hermes wurde 1946 zur Niederlegung seines Vorsitzes gezwungen und auch sein Nachfolger Jakob Kaiser sollte schnell sein Schicksal teilen.



CDU Ost Plakat Dresden 1945
Links das Emblem der Ost-CDU

Zum Parteitag nach Godesberg waren auch die bis dato gegründeten anderen Landesverbände und weitere Abordnungen gekommen. Die CSU hatte sich unter Adam Stegerwald am 11. Dezember gegründet und war am 5. Dezember 1945, gerade einmal neun Tage vor Beginn des Parteitages von der amerikanischen Militärregierung zugelassen worden.

Um sich untereinander stärker zu verbinden - schon aus einer organisatorische Notwendigkeit heraus - gründeten sie den so genannten

Zonenverbindungsausschuss, zu dessen Vorsitzender Konrad Adenauer gewählt wurde.

Ganz wesentlich aber war das, was an den zwei Tagen in dem neuen Sozial- und Kulturausschuss an Hauptanliegen beraten worden war:

Da wurde u.a. der Begriff des christlichen Sozialismus anders gefasst, in dem man nun vom „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ sprach.

Und aus dem Begriff Sozialismus wurde Solidarität mit der „Genossenschaft der Mitglieder des vierten Standes“, heute benannt als Arbeitnehmer und Lohrarbeiter.

In der Frage der Schule übernahm nun die Gesamtpartei die von der rheinisch-westfälischen CDU erarbeiteten Grundsätze.

Weiter bekannten sich die Teilnehmer noch einmal ausdrücklich zur Demokratie und zum Mehrheitswahlrecht, zum Föderalismus als Schutzwehr gegen die Exzesse der Gewalt des Staates, zur Einheit des Reiches mit bundesmäßiger Gliederung, zur christlichen Werteordnung und politischen Selbstbesinnung nach so vielen Jahren geistiger und politischer Abstinenz.

Besonders wurde von allen das Bekenntnisse und die Verantwortung als katholischer und als evangelischer Christen für das öffentliche Leben herausgestellt.

Aus dieser Verantwortung erwachse auch die Solidarität mit den sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft.

Auch der endgültige Name der Partei wurde einstimmig beschlossen. Ab sofort bekam sie ihren endgültigen Namen als „Union“.

Godesberg bedeutete für die Partei „CDU“ mit all ihren Mitgliedern, die sich ihr in den letzten Monaten zugewandt hatten, die allgemeine Akzeptanz und den Durchbruch in die vorderste politische Linie.

Die CDU in der Sowjetischen Besatzungszone

Um die Geschehnisse 1945 abzurufen, ist es sicherlich noch interessant, über Gründung und Entwicklung der CDU in der SBZ zu berichten.

Die Ost-CDU wurde am 26. Juni 1945 gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählten u. a. Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und der Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten, Andreas Hermes.

Sie vertraten in der Anfangszeit die gleichen Ziele wie die Mitglieder der westlichen CDU Gruppierungen: Das christlich-soziale und das auf Demokratie ausgerichtete Politikverständnis.

Da waren naturgemäß Auseinandersetzungen mit der zur gleichen Zeit in der Ostzone gegründeten SED und KPD vorprogrammiert. Nur diese Parteien wurden von der SMAD (Sowjetische Militäradministration Deutschlands) in ihrer Ausübung der Parteiarbeit unterstützt und ihnen eine Führungsrolle zugebilligt.

Den CDU Vertretern dagegen wurde sogar untersagt zu Parteitagungen (z.B. nach Godesberg) in die



CDU Ost Plakat Dresden 1945

Westzonen fahren zu dürfen, und demzufolge auch die Mitarbeit in dem in Godesberg gegründeten Zonenverbindungsausschuss verboten.

In den Jahren 1945-1946 wurde in der Sowjetischen Besatzungszone (Ostzone) eine Bodenreform durchgeführt. Sie hatte zum Ziel hatte, neben ehemaligen aktiven Nazis auch die Großgrundbesitzer mit mehr als 100 ha Bodenfläche zu enteignen. Der Grundbesitz sollte in einen allgemeinen Bodenfond übertragen werden.

Als die CDU diese Enteignung nicht mittrug und sogar verlangte, den Enteigneten eine angemessene Vergütung zu bezahlen, wurden ihre Vorsitzenden Andreas Hermes und Schreiber abgesetzt, bzw. zum Rücktritt gezwungen.



Am 26. Juni 1945 erscheint der Berliner Gründungsaufzur zur Bildung einer überkonfessionellen großen Partei. Unterzeichnet u.a. von Andreas Hermes, Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer

Hintergrundwissen: Gründung der CDU Ost

Die Gründungskonferenz der CDU in der SBZ findet am 22. Juli 1945 im Theater am Schiffbauerdamm statt.

Erster Vorsitzender wird Andreas Hermes, dem nach seiner Absetzung durch die SMAD am 19. Dezember 1945 Jakob Kaiser nachfolgt.

Die Geschäftsstelle wird nach einer kurzen Übergangsphase in Charlottenburg, Schlüterstraße 39 in die Stadtmitte, Jägerstraße 59/60 verlegt.

Dort ist auch der am 13. November 1945 gegründete Landesverband der Berliner CDU untergebracht, dessen erster Vorsitzender für eine kurze Übergangszeit bis zum 17. März 1946 der Journalist Karl

Ihre Nachfolger wurden Kaiser und Lemmer. Doch in der Folgezeit wurde die Ost-CDU immer mehr von sogenannten reaktionären Elementen gesäubert! Dazu gehörten in den folgenden Jahren alle widerspenstigen CDU-Politiker einschließlich der Landesvorsitzende in Sachsen und fast alle CDU Landesminister.

Mit ihnen war die letzte Widerstandskraft der Union gebrochen. Erpresst, gedemütigt und ihrer freien Entfaltung beraubt, musste die CDU auf ihrem 6. Parteitag im Oktober 1952 die führende Rolle der SED (Sozialistische Einheitspartei) „vorbenaltlos“ anerkennen. Die Gleichschaltung war damit weitgehend abgeschlossen. Mit ihr verbunden aber waren weit über einhundert Verhaftungen aus politischen Gründen.

Viele CDU-Mitglieder verließen nun schnellstmöglich die SBZ. Der Höhepunkt der Fluchtbewegung war dann der März 1953, als 691 CDU-Mitglieder in den Westen flohen.

Brammer wird. Erster Geschäftsführer wird Max Hampel.

Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit

Am 9. Februar 1950 heißt die Schlagzeile der Zeitungsnachrichten:

„... zum Schutz der Volkswirtschaft in der DDR ist von der Provisorischen Volkskammer einstimmig das Gesetz für das Ministerium zur Staatssicherheit beschlossen worden.

"Das Gesetz wurde seiner großen Bedeutung und Wichtigkeit entsprechend, ohne vorhergehende Überweisung an den Ausschuss in erster und zweiter Lesung ohne Diskussion unter großem Beifall des Hauses „einstimmig verabschiedet“



(oben) Briefmarke: 1945-1946 wurde in der SBZ die Bodenreform durchgeführt und u.a. die Großgrundbesitzer enteignet
(Mitte) Fahne der Ost-CDU

Adenauer kommt

Um das Thema „Die Entstehung der CDU in den ersten Jahren nach Kriegsende“ zu vervollständigen, soll nun von der weiteren Entwicklung dieser Partei berichtet werden. Diese war so atemberaubend und erfolgreich, dass es nur einige wenige Jahre bedurfte, ihre politischen und gesellschaftlichen Werte und Leitlinien in die Kommunal-, Landes- und Bundesparlamente einzubringen und umzusetzen.

Der Höhepunkt der Entwicklung war sicherlich die Wahl Adenauers 1949 zum 1. Bundeskanzler der neuen Bundesrepublik Deutschland.

Gehen wir aber erst noch einmal in das Jahr 1946 zurück. Am 22./23. Januar fand hier in Herford die erste Tagung des in Godesberg gegründeten Zonenverbindungsausschusses statt.

Hier wurde Adenauer zu dessen vorläufigen Vorsitzenden und am 5. Februar in Krefeld - Uerdingen auf der Sitzung des Landesvorstandes zum 1. Vorsitzenden der rheinischen CDU gewählt.

Mit diesen Wahl begann nicht nur hier, sondern auch im gesamten Bundesgebiet, ein neuer, wohl einmaliger Aufstieg in der Entwicklung der CDU. Ein Glücksfall für diese Partei, denn für Adenauer war mit den Ämtern und den Leitlinien in der CDU eine Basis gegeben worden, um seine großen Fähigkeiten voll zu entfalten und umzusetzen.

Partei und Adenauer ergänzten sich auf fast allen Gebieten der Politik und der Gesellschaft. Zusammen erörterten sie ihre politischen Aktivitäten, die sich klar auf die abendländisch, christliche Werteordnung stützten.

In dieser Vereinigung lag die Kraft und das Geschick, das deutsche Volk, das für seine Untaten so grausam bestraft worden war, wieder aufzurichten.





Adenauer begeistert die Menschen

Es sollte ein weiter Weg werden, der erst 1989 mit der Wiedervereinigung einen einstweiligen Abschluss fand.

Zum ersten Male wurde nun einem deutschen Politiker die Möglichkeit gegeben, in größtmöglicher Weise zunächst sowohl innenpolitisch, als auch dann außenpolitisch zu wirken und seine

eigenen Vorstellungen zu verwirklichen.

Als sich Adenauer auf der zweiten Tagung des CDU-Zonenausschusses am 1. März 1946 in Neheim-Hüsten endgültig als Vorsitzender gegen den westfälischen Landesvorsitzenden Friedrich Holzapfel durchsetzte, hatte er nun endgültig alle wichtigen parteipolitischen Schlüsselstellungen inne.

Was waren aber seine Vorstellungen, seine Visionen, seine Beweggründe mit 68 Jahren noch einmal den beschwerlichen Weg des politischen Wirkens, mit Wiedergutmachung, des Wiederaufbaus und Erneuerung der Gesellschaft zu gehen?

Seine viel beachtete Rede am 24. März 1946 in der Aula der Kölner Universität gibt uns darüber Aufschluss. Sie enthielt alle seine Ziele, und zwar nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch.

U.a. sagte Adenauer:

„...Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war immer Europäer und habe mich als solcher gefühlt. Deshalb bin ich von jeher für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten, und ich habe ihr in den zwanziger Jahren bei den schwersten Krisen gegenüber der Reichsregierung das Wort geredet. Ich bin nie eingetreten für eine Abtretung deutschen Gebietes, sondern immer für eine vernünftige, beiden Interessen gerecht werdende Verständigung ... Ich bin deshalb

für eine organische Verflechtung der französischen, belgischen und deutschen Wirtschaft zur Sicherung des dauernden Friedens eingetreten, weil parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen das gesündeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern sind und bleiben werden. Heute sind ganz andere Zukunftsmöglichkeiten für Westeuropa und für ganz Europa möglich als damals.

Das Problem der Vereinigten Staaten Europas unter Einschluss Deutschlands muss von den Vereinigten Nationen in Angriff genommen werden. Die Vereinigten Staaten Europas sind die beste, sicherste, dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands. Bis zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa lassen sich für diese Nachbarn ohne Zerstückelung Deutschlands völlig genügende Sicherungen treffen.“

Weiter forderte Adenauer:

„... die Wirtschaft soll den Menschen dienen, nicht die Menschen der Wirtschaft.“

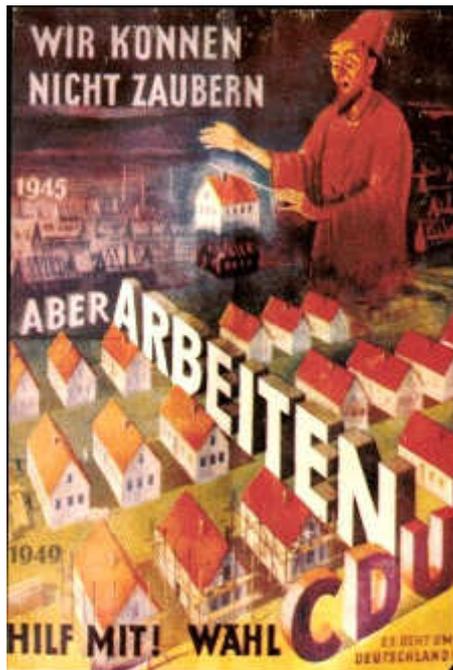
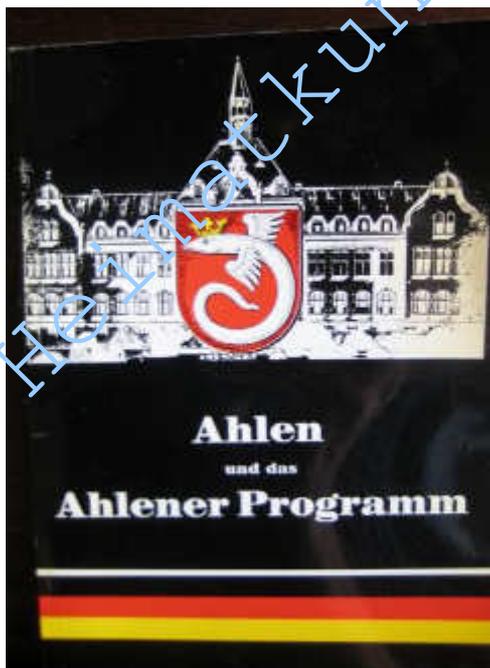
Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des Einzelnen zu sehen. Die Wirtschaft hat sich dem Gemeinwohl unterzuordnen.“

Das erste Gesamtprogramm

Um Ziele, Werte, grundsätzliche Forderungen und die eigene Identität kundzutun, brauchte die CDU als politische Partei aber gemeinsam gültige und programmatische Grundsatzklärungen, brauchte ein Programm, an dem man sie erkannte und sich mit ihr identifizieren konnte.

Hierzu hatte sich der Zonenverbindungsausschuss zu einer weiteren Zusammenkunft in der Woche vom 26. Februar bis 1. März 1946 im Karolinen-Hospital in Neheim-Hüsten eingefunden.

Hier wollte Adenauer die Gelegenheit nutzen, um über einen solchen konkreten Programmentwurf (seinen eigenen) abstimmen zu lassen.



Doch erst einmal standen noch aktuellere Programmpunkte auf der Tagesordnung, die da waren:

Die Wirtschaftsfrage, die Ernährungsfrage, die Schulfrage, die Pressefrage und die Flüchtlingsfrage. Hierzu einigten sich die Vertreter auf einheitliche Entschlüsse, die dann der Militärregierung und der Öffentlichkeit übergeben wurden.

Vordringlich blieb aber das neue Programm. Da hieß es u. a.:

... die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, soll zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus wurzelte in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entstammenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. An die Stelle der materialistischen muss wieder die christliche Weltanschauung treten.

Doch auf Grund der entstandenen Folgen des 2. Weltkrieges sprachen sich führende Politiker, wie Karl Arnold, Walter Dirks oder Jakob Kaiser für Eingriffe in die kapitalistische Eigentumsordnung, sowie in gewissem Umfang für eine Lenkung der Wirtschaft aus. Bereits in den Kölner Leitsätzen aus dem Sommer 1945 hatten sie einen „christlichen Sozialismus“ gefordert.

Doch Adenauer lehnte, wie die Mehrheit der Teilnehmer, Eingriffe in die Wirtschaft kategorisch ab. So wurde die Veranstaltung in Neheim-Hüsten eine entscheidende Weichenstellung der Partei hin zur freien Marktwirtschaft. Als besonders glücklich empfanden es viele Anwesende, dass diejenigen, die eine zu starke „Sozialisierung“ befürworteten erst einmal vom Gegenteil überzeugt werden konnten.

Doch die Debatte um den christlichen Sozialismus war damit (leider) noch nicht ganz beendet, aber es war ungleich schwerer geworden christlichen Sozialismus zu programmieren.

Das **Neheim-Hüstener Programm** vom 1. März 1946 wurde dann aber doch einstimmig angenommen und konnte danach als erstes Parteiprogramm der CDU als „Aufruf“ veröffentlicht werden.

Doch noch einmal flammte die Diskussion um den Kurs einer antikapitalistischen Wirtschaftsweise auf, ohne aber den Begriff des christlichen Sozialismus direkt zu verwenden.

Es war 1947 in Ahlen, als dort deutlich stärker als im Neheim-Hüstener Programm, einige Deligierte im sogenannten **Ahlener Programm** noch einmal die kapitalistische Wirtschaftsweise „sozialistischer“ machen wollten. Aber sie fanden nicht den erwarteten Widerhall. Als in den Folgejahren die von Adenauer vertretende Vorstellung einer sozialen Marktwirtschaft immer mehr Fuß fasste, verstummten Kritiker und Befürworter gänzlich. (mehr Seite 86)

Nordrhein-Westfalen wird gebildet

Berlin, 18. Juli 1946 Bekanntmachung: Beginn der Neugliederung in der britischen Zone: „Die Nordrheinprovinz und die Provinz Westfalen werden aus wirtschaftlichen Gründen in ein Land unter dem Namen Nordrhein-Westfalen zusammengefasst. Die Hauptstadt dieses neuen Landes ist Düsseldorf.“

Diese Entscheidung wurde vom britischen Oberbefehlshaber in Deutschland, Luftmarschall Sholto Douglas, getroffen und auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Diese Gründung Nordrhein-Westfalens nannten die Briten „Operation Marriage“.

Aufruf!

Ein Schicksal ohne Beispiel ist über das deutsche Volk hereingebrochen. Nach zwei gewaltigen Kriegen innerhalb eines Menschenalters stehen wir vor einem Trümmerfeld von unabsehbaren Ausmaßen: Wertvollste Jugendkraft auf den Schlachtfeldern verblutet, zahllose Menschen verstümmelt und in Gefangenschaft, das Reich entmacht, unsere Städte und Dörfer zerstört, Wirtschaft und Finanzen ruiniert, Millionen von Deutschen heimatlos, obdachlos, ohne Kleidung und Brot, weiteste Kreise unseres Volkes enttäuscht, verbittert, ohne jeden geistigen Halt und ohne Leitstern, der ihnen einen Weg in die Zukunft weisen könnte.

Nicht alle Deutschen sind sich dessen bewußt, nicht alle Deutschen kennen den Umfang der Zerstörung unseres Landes aus eigenem Erleben, nicht alle wissen von dem Grauen, das jahrelang die Bevölkerung der am stärksten heimgesuchten Bezirke erlebte. Aber viele sind in dem Schmelzfeuer der schweren Jahre herangereift zu innerem Widerstand gegen Lüge und Haß, zu dem Ernst, den unsere Stunde fordert. Eine ehrliche Gewissensforschung verlangt von uns gebieterisch, daß wir auch die letzte Bindung an jene Weltanschauung, an jenen Ungeist überall endgültig bekämpfen, die uns in dieses Elend geführt haben. Wir sind verloren, wenn wir uns nicht selbst helfen. Es ist eine Lehre der Geschichte, daß ein Volk eine Katastrophe überstehen und meistern kann, wenn es den Mut zur geduldigen Arbeit und zur Wiedererlangung des Selbstvertrauens aufbringt. Darum fort mit den Schlagworten einer überwundenen Zeit, fort mit der Lebens- und Staatsmüdigkeit! Die gleiche Not zwingt uns alle, zuzapacken. Es wäre Verrat an der eigenen Familie und am deutschen Volke, jetzt in Nihilismus oder Gleichgültigkeit abzusinken.

Die CDU ruft alle neubauwilligen Kräfte auf in dem unerschütterlichen Vertrauen auf die guten Eigenschaften des deutschen Volkes und in der unbeugsamen Entschlossenheit, den christlichen Gedanken und das hohe Ideal wahrhafter Demokratie zur Grundlage der Erneuerung zu machen.

Zum ersten Male in der deutschen Geschichte finden wir uns unter Ablehnung jeglicher Zersplitterung in unserem Volke zusammen zur Union aller christlichen Demokraten. Der Ruf zur Freiheit und zum Stolz des eigenen Gewissens hat viele zum christlichen Kulturbewußtsein zurückgeführt, dessen Lebenskraft Jahrtausende Bestand und die Entwicklung der Menschheit mit ewig junger Kraft bestimmte. Die Rückbesinnung auf diese unverlierbaren Werte wird uns die Kraft geben, verschüttete Quellen zu erschließen, einen großen und vollen Beitrag zum Glück und Fortschritt der Menschheit zu leisten wie jedes andere Volk.

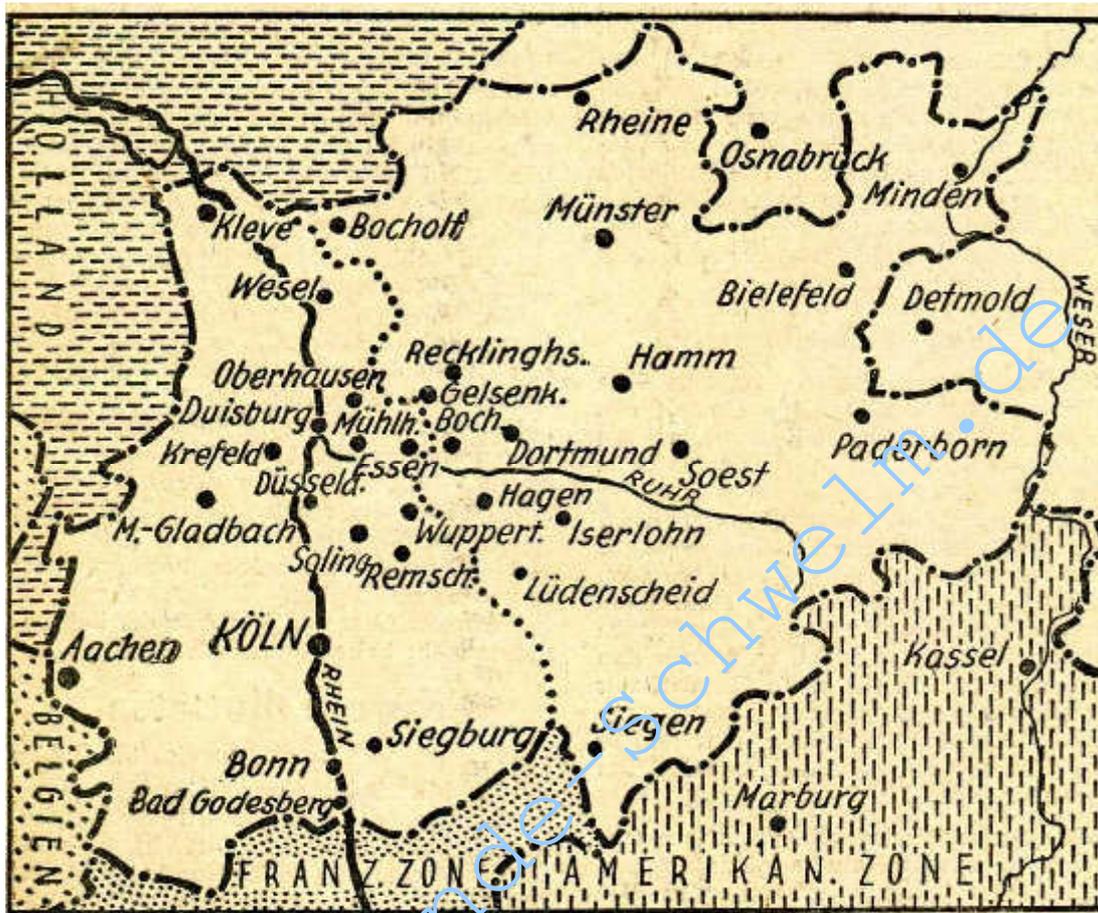
Deutsche Männer und Frauen, kommt zu uns!

Neheim-Hüsten, den 1. 3. 1946.

Der Zonenausschuß der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone:

Konrad Adenauer, Köln	Friedr. Holzapfel, Herford	Anton Storch, Hannover	Karl Schröter, Kiel
Christine Teusch, Köln	Anton Hoppe, Becklinghausen	Heinr. Rönneburg, Wolfenbüttel	
Franz Beyrich, Hamburg		Lambert Lensing, Dortmund	
Christian Blank, Duderstadt		Hermann Lingens, Bremen	
Paul Bocek, Lübeck		Wilhelm Nagel, Hannover	
Arnold Fratzscher, Hannover		Paul Otto, Osnabrück	
Heinrich Götz, Hamburg		Bernhard Pfad, Hannover	
Richard Hartkopf, Detmold		Otto Rippel, Hagen	
August v. Joest, Eichholz/Wesseling		Hermann Siemer, Vechta	
Josef Kannengießer, Brake/Krs. Hörter		Fritz Söhlmann, Oldenburg	
		Heinrich Strunk, Essen	

Aufruf der neu gegründeten CDU in der britischen Zone



Das Gebiet des neuen Nordrhein-Westfalen am 18. Juli 1946

Bei dieser Hochzeit von Rheinländern und Westfalen ging es letztlich um die große Politik der Nachkriegszeit.

Die Engländer wollten die Franzosen beruhigen, die Westfalen einbinden und die Sowjets fernhalten, denn die Engländer dachten bei der Schaffung eines so großen westdeutschen Landes weit im Voraus. Es ging ihnen bei dieser Gründung um reinen Profit, von der nur sie als Engländer den Nutzen hatten: Rheinländer und Westfalen sollten Kohle liefern und Demokratie üben.

Die Gründung von NRW war im Grunde eine logische Konsequenz des schon beginnenden kalten Krieges. Die Briten

rechneten damit, dass sich die amerikanischen Truppen wie nach dem Ersten Weltkrieg bald aus Europa zurückziehen würden.

Deshalb fürchteten sie die Russen und sie brauchten die Franzosen, die Deutschland am liebsten aufgeteilt hätten und das Rheinland und das Ruhrgebiet, wie nach dem 1. Weltkrieg, von Deutschland abtrennen wollten.

Die Engländer waren dagegen, da sie aus der Geschichte eines gelernt hatten: Keinen Hass und Nationalismus schüren.

So war die "Operation Marriage" also ein Kompromiss. Zum Ersten war das

neue Land ein so großes Territorium, dass man es im Sinne der Franzosen immer noch als eigenen Staat hätte etablieren können, (die Bundesrepublik gab es ja noch nicht). Es konnte Zweitens nach dem Plan der Engländer auch in einem künftigen Bundesstaat dessen zentrale Regierungsgewalt schwach halten, weil hier fast ein Viertel der deutschen Bevölkerung lebte.

NRW wurde um das Ruhrgebiet herum gebildet. Dieses Ruhrgebiet war mit seiner Wirtschaftsregion, Kohleförderung und Stahlproduktion gewissermaßen das Zentrum des alten deutschen Reiches gewesen. Da dieses Gebiet auch das Zentrum der Waffenfabrikation im 2. Weltkrieg gewesen war, wollten Franzosen und Russen das Industriegebiet zunächst zerstören, gleichfalls aber auch sich der Kohle bedienen.

Doch die Briten sahen ganz klar die Folgen der sich immer weiter zuspitzenden Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion. So beschlossen sie, Deutschland mehr und mehr in ihre demokratischen Vorstellungen mit einzubinden. Dafür musste aber eine neue Regierungsform, die Demokratie, aufgebaut werden.

Aber nun gab es Protest vor allem von den Bewohnern im ländlichen Westfalen. Da Hunger und Entbehrung viele Städte an Rhein und Ruhr betrafen, befürchteten diese landwirtschaftlich geprägten Regionen, denen es vergleichsweise gut ging, dass sie die an Rhein und Ruhr lebenden und hungernden Menschen durchfüttern müssten.

Außerdem gab es Widerspruch durch die westfälischen Verwaltungseliten, die einfach Angst vor dem Verlust an Einfluss hatten und befürchteten, vom bevölkerungsreicheren Rheinland untergebuttert zu werden.

Doch die Briten waren geschickt! Sie beriefen Amelunxen, Regierungspräsident in Münster, einen dieser Skeptiker an die Spitze der ersten Landesregierung.

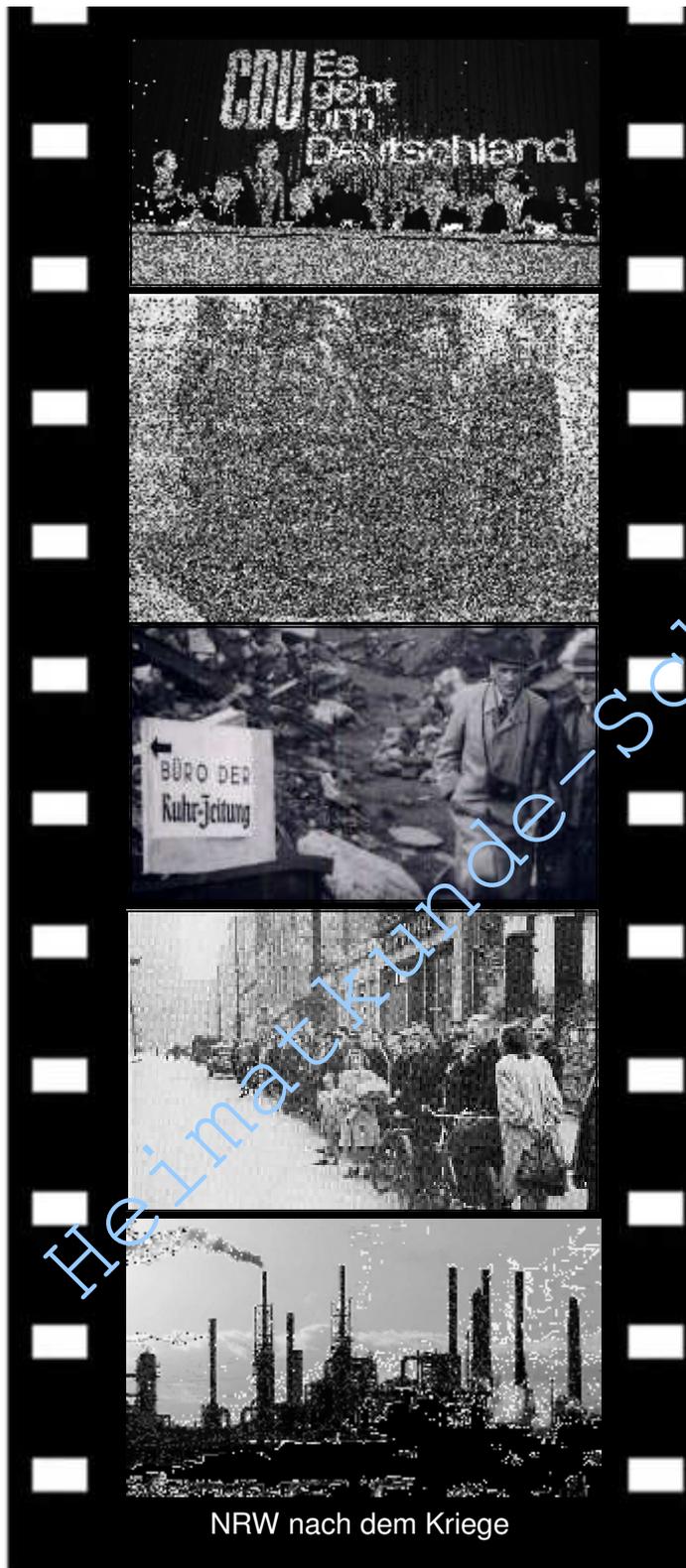
Die Vereinigung schützte außerdem noch vor der in Hannover teilweise erwogenen Angliederung Westfalens an Niedersachsen.

Doch letztlich hatte die Gründung Nordrhein-Westfalens nur etwas mit handfesten wirtschaftlichen und politischen Interessen zu tun. Irgendwie hatten



17.06.1947
Ministerpräsident
a.D. Amelunxen
gratuliert dem
soeben gewählten
Ministerpräsidenten
Karl Arnold
rechts:
Das NRW Wappen





Westfalen schließlich doch noch ganz gut abgeschnitten: Sie stellten am Anfang den größeren Teil der Minister. Und gerade die zunächst regierende CDU achtete anfangs auf gleiche Postenzahl für Rheinländer und Westfalen, Katholiken und Protestanten, auch wenn das gar nicht den Mehrheitsverhältnissen in der Bevölkerung entsprach.

Und das Land Lippe? Deren Eingliederung stand auf der Kippe. Es musste sich zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen entscheiden.

Da auch die übrigen Bundesländer in dieser Zeit neu geformt wurden, nahmen die „Lipper“ Verhandlungen zwecks Anschluss mit beiden Ländern auf. Nach zähen Verhandlungen entschieden sie sich 1947 für NRW, weil sie ihrer Meinung nach hier am meisten geboten bekamen! Es ging z.B. um die Einnahmen aus dem Kurbetrieb, die eine Stiftung verwalten durfte - und ähnliche Sonderrechte. Die Lipper hatten sich von NRW einkaufen lassen. Es ging nicht um Sympathie, sondern um Geld.

Zu erwähnen wäre noch die Amtszeit (von 1947 bis 1956) des ehemaligen Zentrums Politiker und Gewerkschaftler Karl Arnold, der in freien Wahlen gewählte Ministerpräsident.

Das Ahlener Programm

Kommen wir noch einmal auf das Ahlener Programm zurück.

Der innere Ausbau der Unionsparteien schritt Anfang 1946 stetig voran. Das zeigte sich in programmatischen Erklärungen, im Ausbau der Parteiorganisation und in der immer stärker werdenden Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern.

Eine generelle Standortbestimmung der CDU fasste Konrad Adenauer in seiner grundlegenden Rede in der Aula der Kölner Universität am 24. März 1946 zusammen. Dabei standen die Wirtschafts- und Sozialpolitik im hungernen Deutschland im Vordergrund.

Adenauer trat für die Achtung des Privateigentums ein, um aber auch gleichzeitig anzumerken: *„Es gibt ein höheres Recht. Die möglichst breite Streuung des Besitzes empfiehlt sich aus sozialen wie politischen Gründen.“*

Adenauer und die CDU wollten nicht den Wohlfahrtsstaat, sondern die freie Wirtschaft, jedoch nur in einer Form, die möglichst vielen Besitz und Aufstiegsmöglichkeiten versprachen.

Im Besonderen betonte er in seinen Forderungen die Entpolitisierung des sozialen Bereichs, dass *„... die Gewerkschaften, unbedingt parteipolitische Neutralität zu wahren hätten.“*

Und weiter: *„... doch ungeachtet dieser Neutralität müssen besonders die Männer der früheren Christlichen Gewerkschaften für leitende Stellen herangezogen werden, damit sie ihre Erfahrungen, die sie in der vergangenen Zeit erworben hatten, dazu benutzen, diese politische Neutralität auch umzusetzen.“*

Erstmals sprach Konrad Adenauer in dieser Rede von den *„Vereinigten*

Staaten von Europa unter Einschluss Deutschlands.“

So kann man im Nachhinein sagen, dass die am 24. August 1946 in der öffentlichen Kundgebung auf dem Burgplatz in Essen vorgetragenen Forderungen als *„Leitsätze der CDU für die Wirtschafts- und Sozialpolitik“* einen gewissen Einschnitt in der programmatischen Entwicklung der CDU auf wirtschaftspolitischem Gebiet darstellen und zur zukünftigen wirtschaftlichen Ordnung Deutschlands dienen.

Adenauer steckte hier den Rahmen ab, in dem sich die künftigen Entwicklungen bewegen sollten. Sie wurden weitergeführt durch die programmatische Erklärung zur *„Neuordnung unserer Wirtschaft“*, die der Zonenausschuss der CDU für die britische Besatzungszone vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen beriet und einstimmig beschloss und verkündete.

Dieses *„Programm“* trat an die Stelle des 1946 beschlossenen *Neheim-Hüstener Programmes*. Es ist in der Geschichte der CDU einmalig, dass dort ein *christlicher Sozialismus* propagiert wurde. Er nahm Bezug auf die kath. Soziallehre und der ev. Sozialethik des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Es forderte die teilweise Vergesellschaftung der Großindustrie und ein starkes Mitbestimmungsrecht. Gleichzeitig sprach es sich aber gegen einen Staatssozialismus aus.

Konrad Adenauer bezeichnete auf dem 1. Parteitag der CDU der britischen Zone am 14. - 15. August 1947 das Ahlener Programm als einen Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens. Als außerordentlich entscheidend nannte er dabei das Prinzip der Machtverteilung und die Schaffung möglichst vieler selbständi -

PROGRAMM

der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, soll zu Ende sein. — Auch der Nationalsozialismus wurzelte in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entstammenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin diese Entwicklung, die weit vor dem Anfang dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, sehen wir: zur Verachtung des Rechts und zur Anbetung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergottung des Staates und ungehemmten Ausdehnung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates, Zerstörung der Wirtschaft, völlige geistige und materielle Verelendung des Volkes. Nur eine weltanschauliche Änderung des Volkes kann eine Besserung bringen. Eine sittliche Erneuerung ist notwendig, wenn die ungeheuren Belastungen, die jedem Deutschen auferlegt werden, getragen und die dadurch entstehenden Spannungen ausgeglichen werden sollen. An die Stelle der materialistischen muß wieder die christliche Weltanschauung treten, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze die Grundsätze der christlichen Ethik. Sie müssen bestimmend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und Pflichten der Einzelpersonen, für das wirtschaftliche und soziale Leben, für unsere Kultur, für das Verhältnis der Völker zueinander. Die christliche Weltauffassung allein gewährleistet Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre und echte Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des Einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchdringen soll. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes.

Die erste Seite des CDU Programms in der Britischen Zone

ger wirtschaftlicher Existenzen. Das Ahlener Programm sollte Mittelpunkt wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und wirtschaftspolitischer Ordnung sein.

Die geschichtliche Einordnung des Ahlener Programms ist nicht möglich ohne Hinweis auf die Differenzierung, die Konrad Adenauer bereits im Sommer 1945 zwischen „Sozialismus“ und „sozialer Verantwortung“ gezogen hatte. Das Programm überwand in seiner

Forderung „die Planwirtschaft und den Sozialismus“. Sie stellte den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft und konzipierte eine neue wirtschaftliche Gesinnung.

Mit der Verkündung des Ahlener Programmes durch die CDU in der britischen Besatzungszone, erreichte die Diskussion um den „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ ihren Höhepunkt. Danach wurde sie bedeutungslos.

Denn viele der Vorsitzenden der CDU/ CSU aus der britischen und amerikanischen Besatzungszone hielten auf ihrer Tagung am 3. April 1946 in Stuttgart Ausdrücke wie „christlicher Sozialismus“ für unpassend. Sie bezeichneten ihn als „Schlagwort ohne besonderen Inhalt, der nur dazu geeignet sei, Verwirrung und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten hervorzurufen“ .

Auch die Mehrheit der Bevölkerung war gespalten und ein Teil meinte, dass ein angewandter Sozialismus vom im „christlichen Sinne“ bis hin „zur radikalen Enteignung“ die gerechteste Form der Verteilung des Mangels und des Elends in der Nachkriegszeit garantierte.

Mit dem Ahlender Programm versuchte die CDU hier Klarheit zu schaffen, denn die Menschen warteten auf dringende Konsumgüter. Sie glaubten, dass diese nur mittels Plänen und Programme so in ihren Besitz kommen könnten. Doch diese Möglichkeit, durch eine in planwirtschaftliche Pflicht genommenen Wirtschaft - angesichts der Zerstörungen und Beschränkungen - war äußerst gering.

Deshalb erklärten die Vertreter der CDU, die gegen den Begriff des christlichen Sozialismus waren, dass die CDU in einem ernsten Kampf mit der Sozialdemokratie stehe und der Begriff christlicher Sozialismus sehr irritierte. Sie betonten daher: „... um keine Verwirrungen zu erzeugen wurde das Ahlener Programm ganz bewusst auf altes christlich-soziales Erbgut aufgebaut. Es gründet sich deshalb ganz bewusst auf dem alten christlich-sozialen Geist. Wir wollen die deutsche Bevölkerung erfüllen mit dem Ideengut eines Kolping, Ketteler, Stahl, Wichern oder Stöcker. Wir wollen ihnen zeigen, was eigentlich christliche Demokratie war und was eigentlich christliche Sozialreform im Gegensatz

zur sozialistischen Sozialreform ist. Das Programm von Ahlen darf durch die Hervorhebung einzelner Teile und das Andeuten politischer Konzeptionen nicht missverstanden werden, denn sein Anliegen ist partnerschaftliches Nebeneinander. Wenn deshalb Teile der CDU gegen eine Ideologisierung des Ahlener Programms ist, so ist es auch so zu verstehen, dass es zur Klärung in der CDU und der Festlegung ihres Verhältnisses zur SPD beigetragen hat.

Adenauer betonte in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich: „Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem Einzelnen nicht seine persönliche Freiheit nehmen.“



„Ahlener Programm“

Die CDU

(Christlich-Demokratische Union)

Ist die Erfüllung jahrzehntelanger Sehnsucht:

Die politische Einheit des christlichen Volkes

Neu und groß wie diese machtvolle Gemeinschaft sind auch ihre Ziele:

Absrottung jeder Gewaltherrschaft und Schaffung eines freien und demokratischen Staates auf der Grundlage lebendigen Christentums:

Sozialismus der Tat aus christlicher Verantwortung, Achtung vor der Freiheit und Würde des Menschen und Wiederherstellung einer gottgewollten Ordnung, die das Wohlergehen der Familie und den Frieden der Gemeinschaft sichert:

Durchdringung unseres öffentlichen Lebens mit den Geboten des Christentums, das Gerechtigkeit, Selbstlosigkeit und friedlichen Wettstreit aller Gutgesinnten verbürgt.

Die Christlich-Demokratische Union will die politische Arbeit aus der enge konfessioneller Abschnürung und der Leidenschaft der Klasseninteressen herausheben.

Wir rufen alle, **Männer und Frauen!**

Wir rufen insbesondere **die Jugend!**

Demokratie ist Vollstreckung des Volkswillens, also auch deines eigenen Willens!

Mache ihn geltend durch Mitarbeit in unseren Reihen!

Christlich-Demokratische Union

Einer der ersten Aufrufe der CDU zur Mitarbeit in der neuen Partei
(Stadtarchiv Schwelm)

Die Sozialausschüsse und der Parlamentarische Rat

Zur weiteren Entwicklung der CDU gehörten die Gründungen und Aktivitäten von Ausschüssen, Arbeitsgemeinschaften und Vereinigungen innerhalb der Partei, um wertvolle Klärungen zu erörtern und herbeizuführen.

Als wichtige Einrichtungen wären da die Länderparlamente zu benennen, die sich zur Meinungsbildung bestens bewährten. Sie bereiteten u.a. Probleme auf, die nur in der Stille nüchterner Überlegungen und sachlicher Erwägungen zu bewältigen waren.

Desweiteren traten besonders die sogenannten „Sozialausschüsse“ an die Öffentlichkeit. Deren Mitglieder hatten sich zunächst in Kreis- und Länderausschüssen zusammengefunden, um sich dann 1946 im Kolpinghaus in Herne zu einer christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) zusammen zu schließen.

Als Ausschuss und ihrer Struktur nach sind sie in der CDU fest eingebunden, aber eigener Art. Das zeigt sich in erster Linie darin, dass sie neben der Erörterung rein fachlicher Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sich um die Sammlung der christlichen Arbeitnehmerschaft in der CDU und um deren Aktivierung für die sozialen und politischen Aufgaben in Partei, Politik, in den wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltungen, in den Gewerkschaften und in den Betrieben bemühen.

So drängten diese Sozialausschüsse mit der von ihnen repräsentierten Arbeitnehmerschaft auf Mitgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im erheblichen Maße beeinflussten sie die Mitbestimmung, forderten den sozialen Wohnungsbau und verlangten

ein neuzeitliches Arbeitsrecht. Auch an den Inhalten und Grundsätzen der vorzubereitenden Reform der Sozialversicherung waren die Sozialausschüsse maßgeblich beteiligt.

Ihr amtierender Vorsitzender Johannes Albers, gab für die Sozialausschüsse u. a. folgende Erklärung ab:

„Der Bestand und die Kraft der Union kann nur gesichert sein, wenn die breiten Arbeitnehmerschichten zu ihr stehen. Ohne sie wäre die Union eine rein bürgerliche Parteigruppe und würde ihr Wesen als echte Volkspartei nicht verwirklichen können. Das erfordert, dass den Sozialausschüssen innerhalb der Partei ein maßgebender Einfluss eingeräumt wird und damit den sozialen Forderungen der Arbeitnehmerschaft, ihrem Anspruch auf Gleichberechtigung im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben und durchgreifender sozialer Neuordnung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens gebührend Rechnung getragen wird.“

Die christlich - demokratische Arbeitnehmerschaft hat sich die Umwandlung unseres gesellschaftlichen Lebens in echt christlich-sozialem Geist zur verpflichtenden Aufgabe gemacht. Sie ist sich ihrer großen Verantwortung für die Neuordnung unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens bewusst und will ihrem politischen Wirken das soziale Gewissen der Union sein.

Parlamentarischer Rat

Dem Ergebnisprotokoll der am 20. April 1948 in London zusammengetretenen Sechsmächte-Konferenz (Frankreich, England, USA, Niederlande, Belgien und Luxemburg) entnehmen wir, dass man sich am 1. Juni 1948 für eine „Westlösung“ der deutschen Einheit entschieden hatte.



Der Parlamentarische Rat bereitete das Grundgesetz vor

Durch viele nicht abgestimmte und eigenwillige Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone war die Kluft zwischen westlichen und den östlichen Besatzungsmächten ständig größer geworden.

So überreichten die Militärgouverneure den elf Regierungschefs der westdeutschen Länder am 1. Juli 1948 die sogenannten *Frankfurter Dokumente*, in denen sie ihre Auffassungen über den Zusammenschluss des westlichen Deutschlands niedergelegt hatten.

Doch die der CDU angehörigen Regierungschefs intervenierten. Wollten sie doch einen Zusammenschluss aller Besatzungszonen. Nicht nur der westlichen.

Nachdem dann in einer dramatischen Sitzung am 26. Juli 1948 zwischen den Militärgouverneuren und den westdeutschen Regierungschefs beschlossen wurde, dass dem Zusammenschluss der Westzonen nur provisorischer Charakter zukomme und einer künftigen gesamten Wiedervereinigung nichts im Wege stünde, wurde dann Übereinstimmung hergestellt.

So trat dann am 1. September 1948 in

Bonn der „*Parlamentarische Rat*“ zusammen.

Dieser Parlamentarische Rat war ein auf Anweisung der Westmächte eingesetztes Gremium mit parlamentarischem Charakter. Er hatte die primäre Aufgabe, ein Grundgesetz für das deutsche Volk in den westlichen Besatzungszonen zu schaffen. Dazu dienten die Frankfurter Dokumente als Grundlage.

Von den 65 Vertretern des Parlamentarischen Rates gehörten 27 der CDU/CSU, 27 der SPD, 5 der FDP, 2 der DP, 2 dem Zentrum und 2 der KPD an. Als Gäste mit beratender Stimme nahmen 5 Berliner Abgeordnete teil (3 SPD, 1 CDU, 1 FDP).

Zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates wurde Konrad Adenauer, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen-Union in der britischen Besatzungszone, gewählt. Er sagte nach Übernahme seines Amtes:

„... es ist für mich, genau wie für jeden Abgeordneten des Hauses eine schwere Entscheidung gewesen, ob man sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands überhaupt zur Mitarbeit zur Verfügung stellen soll.“

Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in öffentlicher Sitzung am 8. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneunundvierzig mit dreiundfünfzig gegen zwölf Stimmen beschlossen. Zu Urkunde dessen haben sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates die vorliegende Urschrift des Grundgesetzes eigenhändig unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
Eintausendneuhundertneunundvierzig.

Konrad Adenauer

PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Adolph Schönfelder

I. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Hermann Hees

II. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Die letzte Seite des Grundgesetzes



Eröffnung des Parlamentarischen Rates in Bonn

Aber man muss sich klarmachen, was geschehen würde, wenn dieser Rat nicht ins Leben träte. Der Zustand der Rechtlosigkeit, unter dem wir alle leiden, würde noch weiter andauern und immer unerträglicher werden.

Deshalb ist es unsere Pflicht jede Möglichkeit zu benutzen, um diesen Zustand zu beenden. Welche Ergebnisse unsere Arbeit für Deutschland haben wird, hängt von Faktoren ab, auf die wir nicht einwirken können. Trotzdem wollen wir die historische Aufgabe, die uns gestellt ist, unter Gottes Schutz mit dem ganzen Ernst und dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen versuchen, die die Größe dieser Aufgabe von uns verlangt.“

Da es im Parlamentarischen Rat noch

keine Fraktionen gab, mussten sich diese erst einmal zusammenfinden. An ihrer Spitze standen die Fraktionsvorsitzenden. Das waren von der SPD Carlo Schmidt, von den Liberalen Theodor Heuss und von der CDU/CSU Anton Pfeiffer.

Oberstes Ziel der „Schöpfer des Grundgesetzes“, unter ihnen auch vier Frauen, war es, bei der Neufassung des Grundgesetzes die Fehler in der Weimarer Republik, die letztlich zur Diktatur der Nationalsozialisten geführt hatten, nicht zu wiederholen.

So wurden die Grundrechte des Einzelnen gestärkt und die Rolle des zukünftigen „Kanzlers“ aufgewertet. Weiter führte man anstatt eines einfachen, das sogenannte konstruktive Misstrauensvotum

(Amtsenthebung durch das Parlament) ein. Weiter gestalteten sie die Stellung des Bundespräsidenten neu, vertraten eine streitbare Demokratie und trugen dafür Sorge, dass es zukünftig Feinden der Demokratie unmöglich gemacht werden sollte, diese erneut auf legalem Wege zu untergraben.

Oberstes Ziel des Grundgesetzes aber war die Herstellung der Einheit aller Deutschen, wie es in der Präambel und in Artikel 23 zum Ausdruck gebracht wurde.

Nach 36 Nachbesserungen verabschiedete dann am 8. Mai 1949 der Parlamentarische Rat mit 53 zu 12 Stimmen das Grundgesetz. Am 12. Mai gaben hierzu auch die Westalliierten ihr Einverständnis.

Der Parlamentarische Rat löste sich nach der Vorbereitung der ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag am 14. August 1949 auf. Er hatte vom 1. September 1948 bis zum 8. Mai 1949 am Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gearbeitet.



Bundeskanzler
Konrad Adenauer
Rede im Bundestag



23. Mai 1949
Das Grundgesetz wird verkündet.



Das Düsseldorfer Programm

Kommen wir noch einmal auf die Verabschiedung des Grundgesetzes zurück, an dem zum Abschluss des Festaktes Konrad Adenauer an die Siegermächte appellierte, die Kriegsgefangenen und Verschleppten freizugeben.

Er würdigte noch einmal die Bedeutung des Grundgesetzes für das deutsche Volk und schloss die Sitzung mit den Worten:

„Wir wünschen, dass Gott dieses Volk und dieses Werk segnen möge zum Segen Europas und zum Segen des Friedens in der Welt.“

Unbestritten ist die Leistung der christlich ausgerichteten Mitglieder des Parlamentarischen Rates im geschichtlichen Rückblick auf dieses Ereignis. Ihr Anteil an der Schaffung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt unverkennbar.

Die CDU mit Konrad Adenauer schaffte es, trotz erheblichem Widerstand mit ihrer sich auf christlichen Werten gründenden Haltung, dem Grundgesetz die verfassungsrechtliche, demokratische, freiheitliche und soziale Grundlage zu geben, ohne die die weitere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen wäre.

Als die Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag anstanden, war die CDU nun gezwungen, die Inhalte ihrer bisherigen Leitsätze für die ganze Bevölkerung transparent zu machen.

So fasste die CDU am 15. Juli 1949 in Düsseldorf ihre bisher erarbeiteten Leitlinien, verbunden mit den Ergebnissen des Parlamentarischen Rates in Bonn, für eine neue, staatliche Ordnung in den westlichen Besatzungszonen in den Düsseldorfer Leitsätzen zusammen.

Diese Leitsätze beinhalteten dann die programmatische Neuausrichtung der CDU zur Marktwirtschaft und eine Abkehr vom Christlichen Sozialismus des Ahlener Programms.

In klarer Programmatik unterrichtete nun die CDU die deutsche Öffentlichkeit von ihrer Auffassung einer politischen und sozialen Neuordnung, über ihre Wirtschafts- und zukünftige Landwirtschaftspolitik, über ihre sozialpolitischen Leitsätze oder über ein durchdachtes Wohnungsbauprogramm.

Sie stellte an den Anfang ihres Programms die Beantwortung der Frage, was die CDU unter sozialer Marktwirtschaft verstehe. Die Antwort lautete u.a.:

Die soziale Marktwirtschaft ist die soziale Richtlinie der gewerblichen Wirtschaft in der die Leistung der Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt.

Diese Ordnung wird durch freien und echten Leistungswettbewerb und unabhängiger Monopolkontrolle geschaffen. Das heißt, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, dass bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird.

Und zum Schluss:

Die soziale Marktwirtschaft steht im scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind. Ebenfalls gilt das für die „freie Wirtschaft liberalistischer Prägung.“

(rechts)

Bonn, Plenum des Bundestages

Die Wahl zum 1. Deutschen Bundestag

Natürlich standen die „Düsseldorfer Leitsätze“ im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen des Wahlkampfes zum 1. Deutschen Bundestag, den die CDU am 21. Juli in Heidelberg eröffnete.

Alle Redner bis hin zu Adenauer betonten noch zusätzlich zu den veröffentlichten Programmen das „C“ in der neuen Partei. Hierzu legten sie ein klares und unmissverständliches Bekenntnis ab und warben um Anhänger:

„Wir von der CDU und CSU haben den Mut, uns als christliche Partei zu bezeichnen. Wir schöpfen diesen Mut aus der uns eigenen Überzeugung, dass es keinen anderen Weg gibt.“

Wer auch immer die Durchdringung unseres öffentlichen Lebens mit christlichen Grundsätzen und einem prakti-

schen christlichen Geist für keine veraltete Torheit, sondern für die einzig brauchbare Weisheit hält, die uns retten kann, der reihe sich am 14. August in die Reihen der CDU/CSU ein.

Dieser Ruf geht gemäß dem Wesen der christlichen Union über die Grenzen der einzelnen christlichen Bekenntnisse hinweg und umfasst die Einheit aller christlichen Menschen.“

Aber trotz aller Zukunftsperspektiven lagen über dem Wahlkampf zum 1. Deutschen Bundestag noch die Schatten der deutschen Katastrophe und der deutschen Not. Denn das, was man als Wirtschaftspolitik bezeichnete, stand noch in Anfängen, obwohl bereits auch hier eindrucksvolle Erfolge nachgewiesen werden konnten.

So trauten die Wähler den Vertretern der CDU/CSU wohl am meisten zu, die





Professor und späterer Wirtschaftsminister Ludwig Erhard
Die erste Sitzung des deutschen Bundestages 1949

Zukunft positiv und erfolgreich zu gestalten und die ärgsten Nöte zu beheben.

Demzufolge erhielt die CDU/CSU mit 7357579 Stimmen 139 Sitze, dagegen die SPD mit 6 932 272 Stimmen nur 131. An die dritte Stelle kam die FDP. Sie erhielt 2 788 653 Stimmen und 52 Sitze. Die Bayernpartei erhielt 17, die Deutsche Partei 17, KPD 15, WAV 12 und die Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei 5 Sitze.

Dieses Wahlergebnis zwang die Parteien zu Überlegungen über die politische Gruppierung in einer notwendig gewordenen Koalitionsregierung.

Dazu gab am 19. August 1949 Ludwig Erhard, Direktor der Hauptverwaltung Wirtschaft des Wirtschaftsrates in Frank-

furt/Main, nach einer Unterredung mit Konrad Adenauer zur Regierungsbildung folgende Erklärung ab:

„Ich bin mit Dr. Adenauer völlig darüber einig, dass gleichgültig, welche Lösung gefunden wird, auf keinen Fall die klare Linie unserer Wirtschaftspolitik angetastet werden darf.“

Nach der Wahl am 5. September 1949 erklärte Konrad Adenauer, dass sich eine entscheidende Mehrheit von 13,9 Millionen für christliche, soziale Werte, einer freien Marktwirtschaft und für eine demokratische Staatsform ausgesprochen habe.

Wie es die Zukunft zeigte, führte diese Entscheidung zu „Wohlstand für alle“, dem sogenannten Wirtschaftswunder.



Die ersten Briefmarken der Bundesrepublik Deutschland
(unten) Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland



Heimatkunde-SchweIm.de

Die unmittelbare Nachkriegszeit in Schwelm



Berliner Erklärung Die erste Kundgebung in Schwelm nach dem Kriege

Schwelm: Das Trümmergrundstück „obere Bahnhofstraße“

Bekanntmachungen der Militärregierung sowie der Kreisverwaltung

Der Lautsprecher der Alliierten Militärregierung gibt die neuesten Rundfunk-Mitteilungen bekannt:

Montags um 10.30 Uhr in Schwelm auf dem Neumarkt;

Montags um 11.15 Uhr in Gevelsberg am Nirgena;

Freitags um 12.00 Uhr in Hattingen auf dem Untermarkt.

Bekanntmachung

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die letzte Frist für Abgabe von Waffen und Munition am 15. Juli 1945 abläuft. Es sind auch die Bestände an Waffen und Munition abzuliefern, die sich auf dem Eigentum der Haus- und Grundstücksbesitzer befinden. Wenn es sich um größere Mengen handelt, ist der nächsten Polizeidienststelle sofort Mitteilung zu machen. Personen, die Waffen und Munition nicht abliefern oder senden, haben nach dem 15. Juli 1945 die bekanntgegebenen schweren Strafen zu erwarten.

Schwelm, den 12. Juli 1945.

Im Auftrage der Militärregierung.

Ausgangsbeschränkung

29. Juli – 11. August
von 21.45 bis 05.15

Ab 1. August werden die Zeiten des Ausgehverbots in allen Städten und Dörfern, die über Fliegersirenen verfügen, täglich durch die Sirene angekündigt.

15 Minuten vor Beginn der Ausgehverbotszeit wird Fliegeneralarm gegeben.

Bei Beginn der Ausgehverbotszeit wird das Signal „Gefahr vorüber“ gegeben.

Aus der Rhein-Ruhr

Zeitung:

(oben)

Bekanntmachungen der
Militärregierung

(unten)

Ausgangsbeschränkung

Die Tage nach Kriegsende

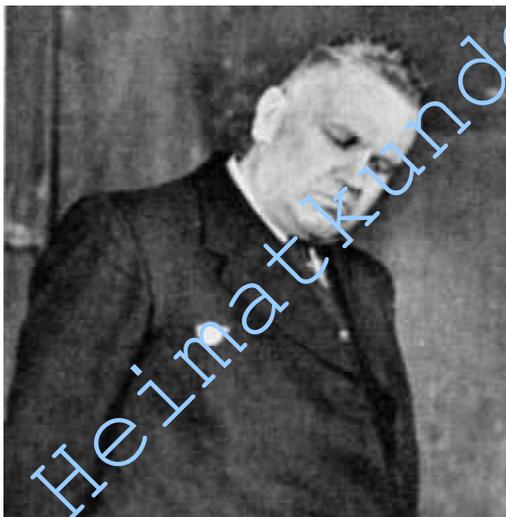
Lassen Sie uns nun zum Samstag, dem 14. April 1945 zurückkehren, zurück an den Tag, an dem sich in Schwelm das „Leben danach“ fast übergangslos neu formierte.

Am späten Nachmittag gegen 17.00 Uhr endeten in Schwelm alle Kampfhandlungen. Nachdem die

Amerikaner den Befehlsstand in der Moltkestraße besetzt hatten, schickte einer ihrer Sicherheitsoffiziere die noch ihren Dienst versiehenden Feuerwehrmänner und Polizisten mit dem Befehl nach Hause, ihre Uniformen auszuziehen und sich zivil zu kleiden.

Die Polizisten mussten dann um 18 Uhr wieder zurück sein und erneut ihren Dienst aufnehmen. Den Feuerwehrmännern ließen die Amerikaner Zeit bis morgens um 6.00 Uhr. Auch sie wurden zum Polizeidienst eingesetzt. Alle bekamen nun eine Armbinde, auf der „MP / Police - Polizei“ stand.

Schon zwei Tage später, am 16. April um 14.00 Uhr, wurde auf Vorschlag von Vertretern verschiedenster politischer Gruppierungen Willi Vahle durch die amerikanische Militärregierung zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Schwelm ernannt, bzw. bestätigt.



Erster Schwelmer Bürgermeister nach dem Krieg: Willi Vahle

Vahle war während des 3. Reiches als Leiter der Schwelmer Kartenstelle mit Verwaltungsaufgaben bestens vertraut. Wegen seines Bürgermeisteramtes hat-

ten die Herren Knöspel und Reich schon vorher - am 15. April 1945 - mit dem amerikanischen Kommandeur Fühling genommen und ihm Vahles Aufenthalt angegeben. Vahle schrieb dazu:

„Major M. von der amerikanischen Truppe suchte mich auf Veranlassung dieser Herren am Sonntagabend um 18.00 Uhr in meiner Wohnung auf und fuhr mich in sein Quartier. Dort fand die erste Unterredung mit der Militärregierung statt. Der Kommandeur der CIC teilte mir als erstes mit, dass die Festnahme von drei führenden Männern (Happ, Knöspel und von Oepen) die bestimmte Funktionen in der Stadt und in der NS-Partei bekleidet hatten, sofort erfolgen müsse.

Ich konnte den Kommandanten davon überzeugen, dass alle drei infrage kommenden zufällig Männer seien, die nur ihre Pflicht getan, sich aber stets anständig verhalten und manchen Übergriff der Partei abgewehrt hätten.

Der Kommandeur sah dann von einer Verhaftung ab. Wir haben uns auch später stets energisch für alle Mitbürger eingesetzt, denen nichts oder nichts Wesentliches vorgeworfen werden konnte. Ebenso haben wir uns aber auch energisch gegen wahrhaft Schuldige gewandt. Wenn dann später - in einem Falle erst nach Wochen - doch die Inhaftierung von zwei (?) dieser Genannten erfolgte, geschah das automatisch. Die deutschen Behörden hatten darauf keinen Einfluss mehr....“

Weiter berichtet Vahle:

„Die Stadt stand nun unter der Befehlsgewalt der amerikanischen Besatzungsmacht. Es war die erste Aufgabe der städtischen Verwaltung, zur Besatzungsmacht ein vertrauensvolles Verhältnis zu gewinnen, das eine gute, aber auch korrekte Zusammenarbeit ermöglichte.

Diese Zusammenarbeit wurde in der Folgezeit immer erfreulicher und ersprießlicher. Hierdurch konnte manche Last für unsere Stadt vermieden und manche Not gelindert werden. Obwohl die städtische Verwaltung vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten stand, kann wohl heute trotzdem ohne Übertreibung festgestellt werden, dass die Stadt Schwelm mit ihrer Aufbauarbeit im zerstörten Deutschland wahrlich nicht an letzter Stelle gestanden hat.

Unter Androhung von Todesstrafe auf die Rheinwiesen getrieben

Doch bevor die „Erneuerung und die den Umständen entsprechenden Bewältigung der geltenden Gegebenheiten“ begann, musste Vahle am 28. April 1945 aufgrund eines amerikanischen Befehls eine Order unterzeichnen und für dessen Durchführung sorgen. Da hieß es:

„Sie haben sich auf Befehl der amerikanischen Militärregierung sofort auf dem Schulhof der Moltkeschule in der Schülerstraße mit Reisegepäck (Wäsche, derbe Schuhe, pp) zu melden. Nichtbefolgung dieser Anordnung wird nach amerikanischen Kriegsgesetzen mit den schwersten Strafen, evtl. Todesstrafe, bestraft.“

Der Befehl erging an eine Reihe Schwelmer Männer, meist ehemalige Soldaten, teilweise noch verwundet und erkrankt. Viele von ihnen hatten beim Einmarsch der Amerikaner schon ihre Uniform mit Zivil vertauscht. Auch hatten eine große Anzahl gar nicht oder nur bedingt der kämpfenden Truppe angehört. Es waren durchweg ältere Jahrgänge oder Jugendliche aus Landesschützeinheiten oder dem Volkssturm.

Die meisten waren froh, dass der Krieg nun zu Ende war und sie wieder lebend in ihre Heimatstadt Schwelm zurückgekommen waren. Nun hofften sie als freie

Menschen, versäumte Ausbildung nachholen oder wieder friedlicher Aufbauarbeit nachgehen zu können. Doch es herrschte noch Kriegsrecht und die letzten Kampfhandlungen in Schwelm waren erst seit zwei Wochen beendet.

Da wegen der Lebensmittelrationierung und der Knappheit an Kalorien ohnehin schon „Schmalhans Küchenmeister“ Gang und Gebe war, war fast jeder auf Lebensmittelkarten angewiesen. Aus diesem Grunde waren fast alle Männer gezwungen, sich im Rathaus registrieren zu lassen.

So war es den Amerikanern ein Leichtes, nochmals ein Kontingent aus besagter Bevölkerung zu rekrutieren.

Für den Abtransport stand ein Omnibus mit DRK-Wappen an der Moltkestraße, beim Rathaus bereit. Er fuhr die Männer zunächst nach Plettenberg, wo sie in einer Fabrik campierten und später in Militärfahrzeuge geladen wurden. Zuerst rollten sie gegen Osten, so dass die Befürchtung einer Auslieferung an die Sowjetrussen laut wurde.

Doch von dem großen Sammellager in Herford ging es am nächsten Tag, einem Sonntag, mit Eisenbahnwaggons wieder westwärts über den Rhein. Von entgegenkommenden US-Truppeneinheiten scholl es ihnen jubilierend entgegen: „Hitler kaputt!“

Nun begann für diese Schwelmer und der schon früher oder auch noch später gefangen genommenen Soldaten die berüchtigte Leidenszeit auf den Rheinwiesen. Für die gesündesten und kräftigsten war es der Übergang zum weiteren Sklavendasein, da sie zum Arbeitsdienst eingeteilt wurden. Sie waren nach den vielen verlorenen „besten“ Jahren nun ein zweites Mal Opfer des verlorenen Krieges geworden!

Ungeschützt vor Dauerregen, Sonne

und Wind fristeten die Kriegsgefangenen ihren Aufenthalt im Freien. Es gab für sie weder Zelte, noch Baracken, und auch ihre Kleidung schützte nicht gegen die Unbillen des Wetters. Mit bloßen Händen oder Blechbüchsen gruben sie sich in den Boden ein. Der Mangel an Nahrung - die Tagesration hätte kaum für einen Sperling gereicht - ließ die Gefangenen nun noch stärker unter Kälte und Nässe leiden. Das Lager hieß Büberich.

Zu den körperlichen Leiden kam die Ungewissheit über ihr weiteres Schicksal. Schon nach wenigen Wochen hatte der Tod große Ernte gehalten - und wer weiß wie groß sie geworden wäre, wenn nicht die Engländer, nach Ablösung der Amerikaner, mit der Auflösung dieser Lager begonnen hätten.

Hintergrundwissen

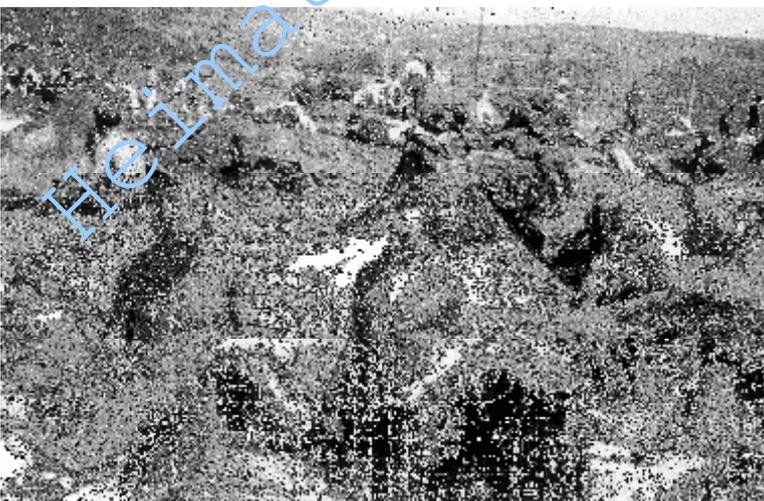
Die Amerikaner erkannten nach und nach, dass sie viele und große Fehler in ihrer Deutschland-Politik gemacht hatten, auch die Rheinwiesen ihnen kaum Nutzen, aber viel Schaden gebracht hatten. Die Wiedergutmachungspolitik der USA in späteren Jahren blieb dann auch bei den Gefangenen der Rheinwiesen auf die Dauer nicht ohne Wirkung.

Mit der Berliner Erklärung begann auch in Schwelm die Nachkriegsverwaltung Deutschlands durch die Alliierten

Es dauerte noch keine vier Wochen - nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und damit dem offiziellen Kriegsende - als sich, am 5. Juni 1945, die Siegermächte in Berlin zusammensetzten und eine Deklaration bestehend aus 15 Artikeln, die sogenannte Berliner Erklärung, unterzeichneten.

In ihr wurden neben den Befugnissen einer deutschen Regierung, auch die Regierungen, Verwaltungen und Behörden der Länder, Städte und Gemeinde geregelt.

Zu Beginn dieser Deklaration stellten die Unterzeichner, der Vertreter des Vereinigten Königreichs, Feldmarschall Montgomery, der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika General Eisenhower, der Vertreter Russlands Marschall Zhukov und der Vertreter der französischen Republik, de Lattre de Tassigny, folgende Präambel, die ich hier einmal in Auszügen wiedergeben möchte:



Nach der „Berliner Erklärung“ am 5. Juni 1945 bleiben die Amerikaner noch bis zum 16. Juni 1945 in Schwelm und übergeben dann die Stadt und das südliche Westfalen den Engländern als Besatzungszone

„Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen.

Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands vollbracht, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.

Weiter heißt es: ... übernehmen (die Alliierten Siegermächte) hiermit die Einheiten, die Übernahme, zu den vorstehend genannten Zwecken.

Die... Autorität und Machtvollkommenheiten bewirken nicht Deutschlands Annektierung.

Die Alliierten werden später die Grenzen Deutschlands oder seiner Teiles und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen.

Kraft der höchsten Autorität und der Machtvollkommenheit, die die vier Regierungen auf diese Weise übernommen haben, verkünden die Alliierten Vertreter die folgenden Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben, und denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist ..!“

Diese Artikel regelten u.a., dass die Deutschen Streitkräfte alle Feindselig-

keiten einzustellen, Kriegsmaterial abzugeben, Kriegsgefangene frei zu lassen und den Weisungen der Alliierten Folge zu leisten hätten. ...

Polizeiabteilungen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung benötigt werden, werden von den Alliierten bestimmt.

Im Artikel 11 wird von den Alliierten angeordnet: *„... die hauptsächlichsten Naziführer, die von den Alliierten Vertretern namhaft gemacht werden und alle Personen, die von Zeit zu Zeit von den Alliierten Vertretern genannt oder durch Dienstgrad, Amt oder Stellung beschrieben werden, weil sie im Verdacht stehen, Kriegs- oder ähnliche Verbrechen begangen, befohlen oder ihnen Vorschub geleistet zu haben, sind festzunehmen und den Alliierten Vertretern zu übergeben.“*

Der Artikel 12 weist auf die legitime Stationierung alliierter Streitkräfte hin. So benennt der Artikel 13 die jeweilige Besatzungsmacht als höchste Autorität.

Im Artikel 13 heißt es weiter, dass die Alliierten Deutschland zusätzlich politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen auferlegen, die sich aus der vollständigen Niederlage Deutschlands ergeben haben.

Im letzten Artikel wird den deutschen Behörden und dem deutschen Volk gedroht, *die in den aufgeführten Artikel auferlegten Verpflichtungen pünktlich und vollständig zu erfüllen, da sonst sie, die Alliierten, Maßnahmen treffen würden, die sie dann für zweckmäßig halten.*

In der Präambel stellten die Alliierten aber auch ganz klar heraus, dass sie nicht gewillt waren, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen.

Inhaltsverzeichnis

TEIL I

Gesetze des Kontrollrats in Deutschland und andere Vorschriften, die in allen Kontrollgebieten Deutschlands Geltung haben.

- ERKLÄRUNG in Anbetracht der Niederlage Deutschlands
PROKLAMATION NR. 1 — Aufstellung des Kontrollrates
PROKLAMATION NR. 2 — Zusätzliche an Deutschland gestellte Forderungen
PROKLAMATION NR. 3 — Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege.
GESETZ NR. 4 — Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens

TEIL II

Verordnungen und Gesetze der Militärregierung, die in ganzem britischen Kontrollgebiet Geltung haben.

- PROKLAMATION — des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte betreffend Einsetzung der Militärregierung
VERORDNUNG NR. 1 — Verbrechen und andere strafbare Handlungen
VERORDNUNG NR. 2 — Gerichte der Militärregierung
VERORDNUNG NR. 3 — Amtssprache
GESETZ NR. 1 — Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze
GESETZ NR. 2 — Deutsche Gerichte
GESETZ NR. 3 — Begriffsbestimmung des Ausdrucks „United Nations“ (Vereinigte Nationen)
GESETZ NR. 4 — Amtsblatt der Militärregierung
GESETZ NR. 5 — Auflösung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
GESETZ NR. 6 — Ermächtigung durch Amtshandlung der Militärregierung Formvorschriften des deutschen Rechts nicht einzuhalten
GESETZ NR. 7 — Entfernung nationalsozialistischer Abzeichen von Amtssiegeln
GESETZ NR. 51 — Währung
GESETZ NR. 52 — Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen (Neufassung)
GESETZ NR. 53 — Devisenbewirtschaftung (Neufassung)
GESETZ NR. 76 — Post-, Fernsprech-, Telegraf-, Funk- u. Rundfunkwesen. Abgeändert (1)
GESETZ NR. 77 — Aufhebung bestimmter Arbeitsorganisationen und Arbeitsämter
GESETZ NR. 153 — Deutsche Kriegsgerichte
GESETZ NR. 161 — Grenzkontrolle (Neufassung)
GESETZ NR. 191 — Kontrolle über Druckschriften, Rundfunk, Nachrichtendienst, Film, Theater und Musik und Untersagung der Tätigkeit des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. (Abgeändert) (1)
VERORDNUNG NR. 8 — Regelung öffentlicher Aussprachen und anderer öffentlicher Tätigkeiten

Gesetze des Kontrollrates der Militärregierung (1. Seite)
in den britischen Kontrollgebieten, so auch in Schwelm

- VERORDNUNG NR. 9 — Oeffentliche unpolitische Versammlungen
- VERORDNUNG NR. 10 — Politische Versammlungen
- VERORDNUNG NR. 11 — Oeffentliche Umzüge
- VERORDNUNG NR. 12 — Bildung von politischen Parteien
- VERORDNUNG NR. 13 — Uniformen und Abzeichen. (Abgeändert)
- VERORDNUNG NR. 14 — Gesetzliche Anordnungen des Kontrollrats

TEIL III.

Bekanntmachungen, Verfügungen usw. der Militärregierung, die im ganzen britischen Kontrollgebiet Geltung haben.

- VERFÜGUNG NR. 1 — (Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung, Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen)
- BESTIMMUNGEN ZU GESETZ NR. I — Liste der Gesetze, Erlasse, Verordnungen, Bestimmungen, Bekanntmachungen und Anordnungen, die in Ergänzung und Ausführung der gemäß Art. I aufgehobenen Gesetze erlassen worden sind
- ALLGEMEINE GENEHMIGUNGEN 1-5 — Erteilt auf Grund des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung (Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen)
- ZENSURBESTIMMUNGEN für die Zivilbevölkerung in Deutschland unter der Herrschaft der Militärregierung
- ANWEISUNG NR. 1 — An deutsche Beamten betr. Oeffentliche Einnahmen und Ausgaben. Abgeändert (1)
- ANWEISUNG NR. 1 — An finanzielle Unternehmungen
- ANWEISUNG NR. 2 — An finanzielle Unternehmungen
- ANWEISUNG NR. 3 — An finanzielle Unternehmen und Regierungsfinanzbehörden
- ANORDNUNG NR. 1 — Grenzkontrolle für die Regierungsbezirke Aachen und Düsseldorf

Ergänzung zu Teil II

- VERORDNUNG NR. 4 — Bestätigung der bisher erlassenen Gesetze der Militärregierung
- VERORDNUNG NR. 7 — Uebertragung der Amtsgewalt der Reichstreuhand der Arbeit
- VERORDNUNG NR. 22 — Postzensur (Verhinderung einer Umgehung)
- VERORDNUNG NR. 26 — Wahlbezirke

Gesetze des Kontrollrates der Militärregierung (2. Seite)
in den britischen Kontrollgebieten, so auch in Schwelm

Der Bürgermeister

Wohnungsamt

Schwelm, den 14. 1. 1946

Gegen Behändigungsschein.

Herrn
Frau

Sofie Thornagel

Schwelm

Weißburger-Str. 12

Betr.: Wohnraumversorgung für Luftkriegsbetroffene und Flüchtlinge.

Auf Anordnung der Militär-Regierung ist die Stadt Schwelm verpflichtet, etwa 3000 obdachlose Personen innerhalb kürzester Frist aufzunehmen. Als vorbereitende Maßnahme erfolgt daher eine nochmalige Überprüfung des gesamten Wohnraumes nach besonders strengen Grundsätzen unter Anwendung der Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1615).

Unter Berücksichtigung Ihres eigenen Wohnbedarfs nach den z. Zt. geltenden Richtlinien werden folgende Räume Ihrer Wohnung hiermit beschlagnahmt:

1 Zimmer

Aber diese Räume dürfen Sie unter keinen Umständen ohne meine Genehmigung anderweitig verfügen, wobei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß Sie zur Welterbenutzung bis zur Einweisung der obdachlosen Familie berechtigt sind. Um eine einigermaßen wohnliche Unterbringung zu gewährleisten, bitte ich, schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Öfen, Beleuchtungskörper, Glühbirnen und die notwendigsten Einrichtungsgegenstände sind in den beschlagnahmten Räumen zu belassen.

Einspruch gegen diese Verfügung ist zwecklos.

Zwangsverhandlungen sind gemäß § 31 des Reichsleistungsgesetzes strafbar.

Wohnraumzuweisung

An alle Schwelmer Familien!

Wie viel im Deutschen Reich ist 1946, so auch, das es großes Hunger- und Noth ist eingetreten zu haben. Das wird für einmal ganz richtig festgestellt haben, jetzt heißt, vielen von uns — jedoch auch für einmal gelut werden — ist es ganz und nicht ganz Verständnis gekommen, in welcher trostlosen Lage sich Millionen unserer Landsleute befinden. Was wären das Glück der Flüchtlinge, die meistens nur das Ihre eigen gemacht, und sie am Ende bringen, kommt auch erfahren hat, was weiter erfahren hat, was diese heimliche, schmerzliche Menschen für die letzten Jahre darüber hat, damit sie das Herz mit. Was unsere besten Helfer am nächsten helfen und zum es nicht, nicht, ist nichts von. Was den 1. März 1946, hat

Kleidungsstücke, Bett- und Leibwädicke, Schuhe, Möbel

Weshalb alles, was nicht in ein ein menschenwürdiges Dasein zu führen, für einen geliebten Hinterbliebenen ist ganz wichtig nicht abgeben. Der Wohlthäter Wege mit die Möglichkeit, sich die Wohlthätigkeit zu zeigen. Es gibt aber auch noch manche Schwierigkeiten in Schwelm, die in körperlichen Schwierigkeiten liegen. In diesen unerschütterlichen in der gesamten Menschheit zu helfen, haben sie die praktische Möglichkeit aufzuzeigen. Die Wohlthätigkeit der Schwelmer, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt sind nur Beispiele dafür. Der Wohlthätigkeit der Schwelmer, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt sind nur Beispiele dafür.

Altkleider- und Altmöbelsammlung

Es ist Ihnen aus Reparaturarbeiten haben abzugeben werden, die meisten nicht, jedoch es für ein Kleinere Sache, gemacht sein. Altkleider werden ebenfalls abgenommen. Der Wohlthätigkeit der Schwelmer, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt sind nur Beispiele dafür. Der Wohlthätigkeit der Schwelmer, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt sind nur Beispiele dafür.

am 13. April 1946

Es werden, was die Schwelmer abzugeben, die dazu einer von selber abgeben werden.

Danke daran, 3000 Kleidungsstücke und Einrichtungsgegenstände wurden bisher in Schwelm mitgebracht, 3000 Menschen noch aufgenommen und mit dem Nötigsten versorgt werden.

Der Vorsitzende des Wohlfahrtsausschusses
der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege

Schiffen, Bürgermeister

Aufruf zur Altkleider- und Altmöbelsammlung des Schwelmer Wohlfahrtsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege

Im Gegenteil, die Alliierten wollten dem deutschen Volk eine Möglichkeit geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung ihres Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen.

Wenn, so die weitere Meinung der Alliierten, sich das deutsche Volk hierfür gezielt anstrengt, sollte es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit wieder einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Die fünf „D“ Programme in der Berliner Erklärung (Potsdamer Abkommen) umfassten deshalb die Punkte:

Demilitarisierung:

Die gesamte deutsche Industrie wurde ausgeschaltet und damit die Produktion von Kriegswaffen unterbunden.

Demontage:

Die kompletten Produktionsanlagen sollen abgebaut werden und als Entschädigung abgegeben werden.

Demokratisierung:

Damit Deutschland nicht für immer unter der Macht der Alliierten steht, soll die Demokratie eingeführt werden. Deutschland soll zu einer wirtschaftlichen Einheit werden und dann von den Alliierten nicht mehr kontrolliert werden.

Denazifizierung:

Ziel war es, die nationalsozialistische Partei zu vernichten. Deshalb soll sie verboten und jede nationalsozialistische Bewegung und Propaganda unterbunden werden.

Dezentralisierung: Es soll keine einheitliche Regierung mehr geben und zentrale Verwaltungsabteilungen errichtet werden.

Anmerkung: Aber in den nächsten Jahren sollten sich diese Dinge anders entwickeln als von den Alliierten geplant.

5. Juli 1945: Die erste Kundgebung nach dem Kriege

Auf Grund dieser alliierten Beschlüsse kam es am Donnerstag, dem 5. Juli 1945 im Modernen Theater in Schwelm zur ersten Kundgebung nach dem Kriege. Es sprach zum ersten Male der neue Regierungspräsident des Bezirks Arnberg, Fritz Fries, über das Thema: „Die seelischen Erneuerung des deutschen Volkes“.

Diese Kundgebung, die auf Veranlassung des Landrates Vaile stattfand und auch von diesem mit einleitenden Begrüßungsworten eröffnet wurde, diente vielerlei Zwecken:

Zuerst wurde der Schwelmer Bevölkerung und darüber hinaus der ganzen Bevölkerung des Kreises der neue Regierungspräsident vorgestellt.

Desweiteren sollte die Bedeutung der alliierten Beschlüsse erklärt werden, was diese letztlich für Kommune und Bürger bedeuteten. Das war besonders wichtig, weil sich die Mehrheit der im Kreis Wohnenden immer noch ganz falsche Vorstellungen über ihre Zukunft machten.

So war es sicherlich kein Wunder, dass diese erste Kundgebung nach dem Kriege, überaus gut besucht war.

Standesdünkel, den gab es nicht. So saßen die Arbeiter aus den Fabriken neben den Beamten, die Handwerker neben den Angestellten und auch die Geistlichen beider Konfessionen hatten sich eingereiht. Viele Frauen und Mütter hatten es sich nicht nehmen lassen, auch zu dieser Kundgebung zu gehen.

Erwähnt werden müssen auch die Bauern und Landarbeiter, die für diesen Abend einmal ihr Ackergerät auf die Seite gestellt hatten.

Die Rhein-Ruhr-Zeitung berichtet weiter:

„Nicht nur der stimmungsvoll geschmückte Versammlungsraum war bis auf den letzten Platz gefüllt, auch draußen auf dem Marktplatz staute sich die Menge Kopf an Kopf, wohin die Rede des Regierungspräsidenten mittels Lautsprechers übertragen wurde. Ein Streichquartett leitete die Kundgebung mit einer ausgezeichneten musikalischen Darbietung ein.“

Dann betrat der neue Regierungspräsident das Podium. Für seine vielen Freunde und ehemaligen Kriegskameraden im Saale war er immer noch der gute alte Fritz Fries. Sie kannten ihn, der schon vor der NS-Zeit über 12 Jahren lang in Siegen als Sekretär der Sozialdemokratischen Partei wirkte und sie auch als Abgeordneter im Preußischen Landtag vertrat.

Fries war ein bescheidener und zurückhaltend auftretender Mann mit sparsamen Gesten und ruhigen Bewegungen. Das durchgemachte Leid der vergangenen Jahre hatte dem Mann im silbergrauen Haar, tiefe Furchen ins Gesicht gezogen.

Aber seine Augen glühten immer noch wie damals, und der Schwung seiner Rede hatte an aufrüttelnder Wirkung nichts eingebüßt.

So sprach der neue Regierungspräsident dann, eindringlich zu seinen Zuhörern:

„Die Katastrophe, in die das deutsche Volk durch die Wahnsinnstaten des Nationalsozialismus hineingeraten sei, sei unüberbrückbar und nicht abzuschätzen. Aber viele Menschen glauben heute schon, dass das normale Leben wieder begonnen hätte und fangen schon wieder an zu kritisieren, da

ihnen das Eine oder das Andere nicht gefiele. Schlimm wäre in diesem Zusammenhang auch, dass so mancher Zeitgenosse in ungerechtfertigter Weise die Arbeit der neu ernannten Männer in Kreis und Kommune heimtückisch sabotieren und sie damit in den Augen der Öffentlichkeit herabsetzen würde.“

Fritz Fries fuhr fort:

„... dabei kommt es heute nur auf Eines an: Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau muss sich als Retter des Vaterlandes fühlen und dafür arbeiten und nochmals arbeiten. Wenn das nicht geschieht, sind wir alle verloren, denn es gibt nichts, was uns helfen könnte, als nur unser Wille, uns selbst zu helfen.

Dabei muss einmal ganz klar ausgesprochen werden, dass das Erbe, das gerade im Regierungsbezirk Arnsberg angetreten werden musste das schrecklichste und betrüblichste überhaupt sei.

In guten Friedenszeiten schlug hier das Herz der deutschen Industrie, pochten die Hämmer, rauchten die Eisen, grub der fleißige Bergmann nach Kohle und mit dem Pfluge zog der Landmann seine Furchen über fruchtbaren Boden.

Das ist nun alles dahin! Wenn wir heute das Gebiet des Regierungsbezirks nach allen Himmelsrichtungen mit dem Auto durchqueren, dann sehen wir nichts als Trümmer und immer wieder Trümmer. Die blühendsten Städte sind vernichtet und die Industrie liegt zerschmettert am Boden.

Und warum das alles? Weil ein letztlich gutmütiges und gutgläubiges Volk sich nicht nur von einem Menschen, der sich selbst für einen Übermenschen hielt, betören ließ, sondern auch von seinen Vasallen, die durch ihre schamlose und nichtswürdige Propaganda dem Volk Übel und Untaten aufstempelten.

Dabei war er nichts Anderes als ein gemeiner, niederträchtiger und gewissenloser Betrüger. Aber das verhetzte Volk glaubte diesem falschen Propheten.“

Nacheinander ließ Fritz Fries dann noch einmal die Ereignisse der vergangenen Jahre Revue passieren und erinnerte daran, dass die „dumme deutsche Bevölkerung“ Hitler dröhnend Beifall geklatscht und die Überfälle auf die kleineren Staaten frenetisch gefeiert hätten.

Er sagte: *„Keiner soll heute kommen und erklären, er sei nicht mitschuldig an der Entwicklung dieser Dinge gewesen. Als eine Sondermeldung die nächste jagte und die Fanfaren im Rundfunk erklangen, da paradierten diese Unbelehrbaren auf den Straßen und Gassen und freuten sich, dass es dem Übermenschen Hitler wieder einmal gelungen war, einen weiteren Staat zu vernichten.“*

Dann zog Fries eine kurze Bilanz, was das tausendjährige Reich auf dem Gewissen hatte:

„ ... 90 Prozent aller deutschen Fabriken sind zerstört, 70 Prozent des gesamten deutschen Wohnraums sind wüste Trümmerhaufen, 50 Prozent des deutschen Bodens befindet sich heute in fremden Händen, der Rest ist von alliierten Truppen besetzt.

Ebenso wurde die deutsche Eisenbahn fast vollständig zerstört oder unbrauchbar gemacht. Nicht nur ihre stolzen und großen Bahnhöfe, ihre Gleisanlagen und ihr Beförderungsmaterial, ihre Lokomotiven, ihre Güter- und Personenwagen, auch alle anderen bahntechnischen Einrichtungen.

Desgleichen wurde die deutsche Post mit ihren Fernmeldeanlagen, den Telegrapheneinrichtungen und dem Telefonsystem, kurz alles, was bisher zum

ordentlichen Betrieb der deutschen Reichspost gehörte durch Bomben zerstört und unbrauchbar.

In den deutschen Städten gibt es heute kaum noch eine Straßenbahn, vom Omnibusverkehr überhaupt ganz zu schweigen. Das deutsche Volksvermögen ist bis auf ein Zehntel seines Gesamtwertes zusammengeschrumpft.

Der unselige Krieg hat nach vorläufigen und unvollständigen Schätzungen über zehn Millionen Menschen das Leben gekostet. Unter ihnen befanden sich ca. 7 Millionen deutscher Soldaten, die ums Leben gekommen waren.

In diesem Zusammenhang kann ruhig und mit Überlegung die Behauptung aufgestellt werden, dass die Nationalsozialisten die Gefallenen gemeuchelt haben, denn sie wussten schon vor Jahren, dass der Krieg verloren war. Trotzdem führten sie ihn fort, nur um ihr eigenes Leben eventuell noch ein wenig verlängern zu können.“

Fries betonte zusätzlich noch einmal ausdrücklich die Mitschuld des deutschen Volkes am Tode ihrer besten Männer: *„Das deutsche Volk hat das nationalsozialistische System unterstützt und glaubte bedingungslos den satanischen Lügen eines Hitlers und seines fanatischen Dieners Goebbels.“*

Fries verurteilte auch die ungeheuerliche Schuld an Juden und Minderheiten: *„Diese Schuld wird dem Deutschen Volk noch in hunderten von Jahren zur Last gelegt werden.“*

Eindringlich warnte er hierbei alle die noch lebenden NS-Demagogen:

„Diejenigen Nationalsozialisten, die heute noch unentwegt aufwieglerisch aus dem Hinterhalt schießen werden wir eines guten Tages packen und mit ihnen in schärfster Weise umgehen. Zum

Glück gibt es eine Macht, die uns hilft.“

Fries meinte damit die Männer der Militärregierung, die seiner Meinung nach hart gegen unverbesserliche NS-Sympathisanten vorgingen, aber kein Interesse daran hätten, dass die Überlebenden durch eine Hunger- oder Seuchenkatastrophe hinweggerafft würden.

Nach einem eindringlichen Appell an die Bevölkerung, dass alle arbeiten und immer wieder arbeiten müssen, wenn es mit dem deutschen Volke wieder besser und aufwärts gehen solle, kam Fries zum Schluss seiner Ausführungen noch auf seine persönliche Stellung zum Christentum zu sprechen.

Da man es ihm vielfach verübelt hatte, dass er als Sozialist auch Christ sei, bemerkte er: *„Ich war Sozialist, ich bin Sozialist und ich bleibe Sozialist! Ich war Christ, ich bin Christ und werde, so Gott will, auch immer Christ bleiben bis an mein Lebensende.“*

In ganz schweren Stunden und Tagen in Gefängnissen und Zuchthäusern, habe ihm sein Christentum über manches hinweggeholfen, denn Christentum sei die Basis allen Trostes und zukunfts-trächtiger Werteordnung.

Mit dem aufrüttelnden Appell an alle Anwesenden, nach allen Kräften dazu beizutragen den Wohlstand des Volkes wieder sicherzustellen, schloss der Regierungspräsident seine aufwühlenden und nachdenklichen Ausführungen.

Absetzen der NS-Gemeinderäte, einsetzen von Vertrauensausschüssen

Einen Tag später, am 6. Juli 1945, verfasste Fries die von der örtlichen Militärregierung gebilligte Anordnung Nr. 10 (Aktenzeichen IKI gen. Rd. Nr. 10/45).

Diese regelte die Entlassung der alten NSDAP-Gemeinderäte und die Bildung

neuer Vertrauensausschüsse in den Gemeinden des Arnberger Regierungsbezirks. Darin hieß es u.a.: *„... die von den Beauftragten der NSDAP nach § 51 DGO berufenen Gemeinderäte sind überall, soweit noch nicht geschehen, zu entlassen.“*

Um diese Anordnung zu verstehen, muss man wissen, dass die Gemeinderäte die Aufgabe hatten, die „Verbundenheit“ der Verwaltung mit den Bürgern zu sichern. Doch durch die Einsetzung von vor allem bewährter Mitglieder der NSDAP durch den NS-Kreisleiter zeigte, dass die Gemeinderäte blinde und verantwortungslose Werkzeuge der Parteiführung gewesen waren. Jeder, der es mit ihnen zu tun bekam wusste, dass diese willenslos den Weisungen und Auffassungen der Ortsgruppen, Kreis- und Gauleiter gefolgt waren.

Im völligen Gegensatz hierzu sollen nun in allen Gemeinden Ausschüsse gebildet werden, die dem Leiter der Gemeinden beratend und anregend zur Seite stehen, ihn in ständiger und enger Verbindung über die Stimmung, die Wünsche und Bedürfnisse der Gemeindemitglieder unterrichten. Weiterhin sollten sie dafür sorgen, dass die Bürgerschaft seinen Entschlüssen und Anordnungen Verständnis und seinem Gesetzwirken Vertrauen entgegenbringt.

Bei der Bildung der Vertrauensausschüsse ist darauf Bedacht zu nehmen, dass darin die hauptsächlichlichen Berufsstände, die der Gemeinde ihr Gepräge geben, vertreten sind und nur Persönlichkeiten von verbürgter, republikanisch-demokratischer Staatsgesinnung und einwandfreier Vergangenheit berücksichtigt werden, die als freie, charakterfeste Männer geeignet erscheinen ...

Hierbei sind nur die sich bereits abzeichnenden wirklich republikanisch - demo-

Betr.: Bildung von Vertrauensausschüssen in den Gemeinden.

Die von den Besufftigten der NSDAP nach § 51 DGO. berufenen Gemeinderäte sind überall, soweit noch nicht geschehen, zu entlassen. Nach der amtlichen Begründung hätten die Gemeinderäte die Aufgabe, die Verbundenheit der Verwaltung mit der Bürgerschaft zu sichern; doch führte allein schon ihre einseitige Bestellung durch den Besufftigten der NSDAP (Kreisleiter), vor allem aber auch die fast ausschliesslich Berufung von bewährten Mitgliedern der NSDAP zu dem auch durch die Erfahrung bestätigten Ergebnis, dass die Gemeinderäte blinde und verantwortungslose Werkzeuge der Parteiführung waren, die willenslos den Weisungen und Auffassungen der Ortsgruppen-, Kreis- und Gauleiter folgten.

In völligen Gegensatz hierzu sollen in allen Gemeinden als ein wirkliches Vertrauensorgan Ausschüsse gebildet werden, die dem Leiter der Gemeinde beratend und stützend zur Seite stehen, ihm in ständiger und enger Verbindung über die Stimmung, die Wünsche und Bedürfnisse der Gemeindebürger unterrichten, von seiner eigenen Arbeit und seinen Sorgen fortlaufend Kenntnis und Anteil erhalten und dafür sorgen, dass die Bürgerschaft seinen Entschliessungen und Anordnungen Verständnis und seinem desamtlichen Vertrauen entgegenbringt.

Bei der Bildung der Vertrauensausschüsse ist darauf Bedacht zu nehmen, dass darin die hauptsächlichsten Berufskräfte, die der Gemeinde ihr Gepräge geben, vertreten sind und nur Persönlichkeiten von verbürgter republikanisch-demokratischer Gesinnung und einwandfreier Vergangenheit berücksichtigt werden, die als freie, charakterfeste Männer geeignet erscheinen, mit eigener Verantwortung ihre Meinung zu äussern und zu vertreten. Die Auswahl ist von dem Leiter der Gemeinde im Einvernehmen mit der örtlichen Militärregierung vorzunehmen. Hierbei sind nur die sich bereits abzeichnenden wirklich republikanisch-demokratischen Parteirichtungen angemessen zu berücksichtigen.

Zusatz für die Herren Landräte:

In gleicher Weise sind Vertrauensausschüsse bei den Gemeindeverbänden (Ämter und Landkreise) zu bilden.

Über die vollzogene Einrichtung der Vertrauensausschüsse ist mir bis zum 1.8.1945 zu berichten.

gez. F r i e s

Beglaubigt:
gez. Bölle
Reg.-Angestellter

An

In Juli 1945 wurden Vertrauensausschüsse gebildet, deren Vertreter den Leiter einer Gemeinde beraten und unterstützen sollten.

kratischen Parteirichtungen angemessen zu berücksichtigen. In gleicher Weise sind Vertrauensausschüsse bei den Gemeindeverbänden zu bilden.

Dieser Vertrauensausschuss blieb dann bis zur endgültigen Verabschiedung einer neuen Gemeindeordnung

und anschließenden Wahlen eines Bürger- oder Oberbürgermeisters im Amt.

Man kann diesen Ausschuss auch als Vorläufer eines zukünftigen frei gewählten Stadtparlamentes mit seinen Ratsvertretern bezeichnen.

Unter der Befehlsgewalt der Britischen Besatzer

Nachdem die Amerikaner den Briten im Juni die Stadt übergeben hatten, unterlag die Schwelmer Verwaltung politisch ab sofort und ausschließlich nur noch den Weisungen der britischen Militärregierung.

Deren Befehlshaber wurde der britische Oberleutnant Alexander. Die Schwelmer Bevölkerung schätzte ihn sehr, da er in dieser „chaotischen Zeit“ für ihre Anliegen viel Verständnis aufbrachte.



Oberleutnant Alexander, -
Hugo Schüssler

Dieser holte Bürgermeister Vahle in die Kreisverwaltung und ernannte ihn zum Kreisbürgermeister.

Neuer Bürgermeister unserer Stadt wurde 1945 auf Anordnung der Briten Hugo Schüssler. Speziell auf dessen Schultern und den im Juli 1945 ernannten Vertrauensausschüssen lag damals die schwere Last und Bürde des direkten Neubeginns.

Zum besseren Verständnis dieser Zeit ist es unumgänglich, auch einen Blick auf das Leben der Bevölkerung zu werfen, deren Versorgung mit Lebensmitteln immer schlechter wurde. Wöchentlich änderten sich die Zuteilungsraten. Schwelm hatte 1945 insgesamt 23 924 Einwohner, im Juni

1948 waren es 27141, darunter 4281 Vertriebene, Evakuierte und Flüchtlinge, also Menschen, die eine neue Heimat brauchten.

Von den Problemen, die damit verbunden waren, erzählte uns Zeitzeuge und damaliges CDU-Ratsmitglied Walter Degenhardt:

„... aus einer Bekanntmachung „für die 4. Woche der 77. Zuteilungsperiode (16. Juli bis 22. Juli 1945)“ bekam der Normalverbraucher folgende Rationen:

1500 g Brot, 150 g Fleisch, 50 g Nährmittel, 125 g Zucker oder 250 g Marmelade oder 187,5 g Obstsirup oder 150 g Kunsthonig oder 125 g Süßwaren, 25 g Kaffee-Ersatz, 1000 g Gemüse, 1500 g Kartoffeln, sowie täglich 1/8 Liter entrahmte Milch. Fett war für Erwachsene nicht vorgesehen.

Oftmals stellten sich die Hausfrauen die Frage, wie sie von diesen Rationen eine Woche lang Mittag- und Abendessen zubereiten sollten.

Vor Kriegsende hatten fast alle Menschen ihre kompletten Ersparnisse von der Sparkasse oder Bank abgeholt, um sie nun auf dem Schwarzen Markt für zusätzliche Lebensmittel und Textilien oder sonstige Artikel auszugeben. Doch meistens reichte auch das vorne und hinten nicht, da auch die Stundenlöhne weniger als 1 Reichsmark betragen. Dagegen kostete beispielsweise das halbe Pfund Butter oder das 1/4 Pfund Kaffee, wenn man diese Waren überhaupt bekam, 200 Reichsmark.

So kam es, dass im Laufe der Zeit die offizielle Reichsmarkwährung immer mehr von der Zigarettenwährung abgelöst wurde.

Deutsche Bevölkerung muß Oberschlesien verlassen

Tausende von Deutschen und „Volksdeutschen“ werden in den nächsten Tagen Polnisch-Oberschlesien verlassen und nach Deutschland auswandern müssen. Die Anordnung, die am 2. Juli erlassen wurde, bestimmt im einzelnen:

„Allen Deutschen, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit sie sind, ist es untersagt, Polnisch-Schlesien, die Bezirke Bezdin, Zamtzege und die Stadt Sosnowice zu bewohnen. Einwohner dieser Gebiete müssen nach Deutschland auswandern.

Alle von dieser Anordnung betroffenen Personen müssen sich bis zum 20. Juli bei den Kommando-behörden ihrer jetzigen Wohnorte melden.

Wer dieser Meldepflicht nicht nachkommt, wird in ein Verschickungslager übergeführt. Die Meldepflicht gilt auch für solche Personen, die von Anfang polnische Staatsangehörige waren.

Über die Pläne zur Umsiedlung von Polen erklärte der polnische Generalbevollmächtigte für wiedergewonnene Gebiete, Minister Ochab, kürzlich:

„Polen erstreckt sich heute wieder bis zur Ostsee, bis zur Oder und bis zur Neisse, und gewinnt Gebiete zurück, die immer polnisch und slawisch waren. Die Aufgabe, zwei Millionen Polen in nächster Zukunft im Westen wieder anzusiedeln, erfordert die gemeinsamen Anstrengungen der gesamten Nation.“

* „Zur Zeit leben noch immer 2½ Millionen Deutsche in unseren zurückgewonnenen Westgebieten.“

Der polnische Sonderbeauftragte für Westpommern, Oberst Barkowick, erklärte kürzlich: „Unser Ziel ist es, Westpommern zu einem rein polnischen Gebiet zu machen.“

Über die Ansiedlung von Polen in Schlesien gab der Sender Lublin bekannt: „In Niederschlesien und einem Teil des ehemaligen Deutsch-Oberschlesien werden 300.000 Polen aus den Provinzen Krakau und Kielce angesiedelt werden.“

Ähnliche Pläne wurden auch für die Polonisierung anderer Gebiete bekanntgegeben, so für Teile von Ostpreußen, Danzig usw.

Meldung des Radiosenders Lublin am 2. Juli 1945:
Deutsche Bevölkerung muss Oberschlesien verlassen

Nun bildete diese bei vielen Geschäften die Berechnungsgrundlage: Eine „Ami“ Zigarette, anfangs mit 6 Reichsmark, wurde später mit bis zu 8 Reichsmark gehandelt.

So entwickelte sich immer weiter das Schwarzmarkt-treiben und die Tauschgeschäfte. Hamstern, obwohl verboten, sicherte das Überleben. Manch ehemals „armer“ Bauer musste sich fühlen wie in einem Schlaraffenland, da er für Kartoffeln, Butter, Speck und andere Nahrungsmittel alles verlangen konnte, was er haben wollte.

Die Menschen gaben oftmals ihr letztes Hab und Gut: Teppiche, Schmuck, Aussteuersachen, Pelzmäntel, Elektrogeräte, alles wechselte gegen „Fettes“ seinen Besitzer.

Aber es fehlte nicht nur an Lebensmitteln, sondern auch an allem Übrigen. Besonders Heizstoffe waren Mangelware, und wenn man sie bekam, war es im Allgemeinen nur eine kleine Lieferung von Schlammkohle, die eine geringe Heizkraft besaß und mächtig rußte.

Degenhardt berichtet weiter: „Neben großen Teilen der Außenbezirke war vor allen Dingen der Stadtkern der Stadt fast völlig zerstört worden. Neben

den drei Kirchen waren 139 Gebäude total zerbombt und niedergebrannt, 56 schwer, 123 mittelschwer und 437 leicht beschädigt. Total zerstörte Wohnungen gab es 564 und beschädigte 1390.

Es liegt auf der Hand, dass es unter diesen Umständen in einer Stadt, die schon vor dem Krieg einen Fehlbestand an Wohnungen gehabt hatte, zu erheblichen Spannungen kommen musste.

Vor allen Dingen ergab sich das, als 1946 viele der Vertriebenen gleichzeitig mit den heimkehrenden Kriegsgefangenen eintrafen. Es blieb nichts anderes übrig, als diese Menschen bei anderen Bürgern einzuquartieren und Massenunterkünfte in Barackenlagern und Gaststätten mit Saal einzurichten. Sehr bekannt wurden diesbezüglich die Baracken in der Hagener Str., aufgrund der teilweise dort einquartierten Fremdarbeiter aus dem Osten „Klein Moskau“ benannt und der Rheinische Hof.

Die Einquartierungen aber führten in vielen Fällen zu grotesken Situationen, z.B., als die Jüdin Cohn, die gerade vor einigen Tagen dem Zwangslager lebend entronnen war nach Hause kam, musste sie bei ihrer Heimkehr feststellen, dass ihre Wohnung und ihr Haus in der Bahnhofstraße von ihrem Mieter in Besitz genommen worden war und dieser sie an seinen Bruder weitervermietet hatte.

Oder nehmen wir die kleine Wohnung des früheren Redakteurs der SZ Fritz Rüssel, der seine Dreizimmerwohnung noch mit einer weiteren Person teilen musste.

Oder nehmen wir das Errichten oder Instandsetzen von notdürftigen Wohnlagern aus Wellblech, sogenannte Nissenhütten und Holzbaracken am Ochsenkamp nahe des Gaskessels.

Der Verwaltung blieb oft nichts anderes übrig, als hunderte von privaten Ein-

quartierungen nur mit dem Mittel der geltenden Gesetze durchzusetzen.

Doch auch das schaffte erheblich Probleme, denn die eigentlichen Vermieter waren nicht bereit, ohne Mieterhöhung ihren Wohnraum abzugeben, denn einmal bezogene „Quartiere“ blieben für Zigtausende bis weit in die 50er Jahre unfreiwilliger Wohnaufenthalt. So flatterten der „Preisbehörde für Mieten und Pachten“ viele diesbezügliche Anträge auf den Schreibtisch. Schüssler und seine Leute konnten sich über Arbeit wahrlich nicht beklagen!

Degenhardt berichtet weiter:

„Genau so vorrangig begann im zweiten Halbjahr 1945 die Beseitigung der Trümmer. Bürgermeister Schüssler, unterstützt von einem pragmatisch beratenden Vertrauensausschuss, hatte er schon kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner die Beseitigung der Trümmer der Stadt in die Wege geleitet. Schüssler, ging mit gutem Beispiel voran und „schöppte“ oftmals am Tage mehr als so manch anderer.

Auch die Arbeiterschaft der Stadt half kräftig mit. In der Zeit vom 9. Juli bis 15. November 1945 wurde eine offizielle Schuttabräumungsaktion angesetzt, bei der täglich 150 bis 200 männliche Einwohner im Alter von 15 bis 60 Jahren mitwirkten. Insgesamt wurden aus dieser Zeit ca. 148 000 Arbeitsstunden belegt und ca. 1000 Anhänger Schutt fortgeschafft. 75 bis 100 Anhänger voller Ziegelsteine deponierte „die Schuttauf-räumtruppe“, um diese anschließend der Bevölkerung zum Aufbau ihrer Häuser zur Verfügung zu stellen...“ (Siehe auch Bericht „Neue Heimat“ Seite)

Energieversorgung

Am 24.08.1945 setzte endlich die Versorgung mit Gas wieder ein. Der Stromversorger Agfu (heute AVU) hatte aber

Frau Cohn,

Stadt Schwelm
den 25. JUNI 1946
St.

Schwelm 24. 6. 46
Bahnhofstrasse 37

An den Herrn Stadtdirektor
Wohnungsamt

Schwelmer Westf.

Unter Bezugnahme auf die Unterredung mit Ihrem Herrn Simon vom 15. 6. 46 bitte ich, die Mieter im Hause Schwelm, Bahnhofstrasse 37 neu festzusetzen. Mieter dieses Hauses sind:

- 1) Rudolf Wienand
- 2) Hans Kronenberg
- 3) Alhart Dramer

Der Mieter zu 1) wohnt seit dem 1.8.38 im Haus und bewohnt ursprünglich das gesamte Erdgeschoss bestehend aus 3 Räumen, sowie 2 Zimmer in der II. Etage insgesamt zu einem Mietpreis von monatlich Mk. 80.-. In Jahre 1942 haben mein verstorbenen Mann und ich die beiden Räume in der III. Etage selbst übernommen und ihm dafür 3 Räume in der I. Etage zur Verfügung gestellt. Der Mietpreis ist bei dem Tausch nicht erhöht worden.

Während meiner Deportation also nach Mai 1943 hat er einen der 3 Räume der I. Etage an seinen Bruder (geb. 18. 43) Robert Wienand zum monatlichen Mietzins von Mk. 13.50 (nach Angaben des Mieters) untervermietet. Die beiden anderen Räume sind an eine Familie Otto Paul zum monatl. Mietzins von Mk. 20.- gleichfalls untervermietet. Der Mieter zu 2) bewohnt seit dem 1.12. 1945 4 Räume der I. Etage zum monatl. Mietzins von Mk. 35.-

Der Mieter zu 3) bewohnt in der II. Etage 3 Räume seit dem 1.4. 1945 zum monatl. Mietzins von Mk. 25.-

Sowohl die Beibehaltung des ursprünglichen Mietzinses im Falle zu 1) als auch die Vereinbarungen der Miethöhe mit den Nachbervorgängern der Mieter zu 2) & 3) die die Miethöhe über 12 Jahre 1942 eingesetzten Vorgänger übernommen haben, sind unter der Stadtverwaltung bekannt und dem auf die J u d e n ausgeübten wirtschaftlichen Druck zurückzuführen.

Die Mieten dürften volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sein.

Ich bitte um die Neufestsetzung mitzuteilen.

Außerdem halte ich es nicht für richtig, dass der Mieter Rudolf Wienand durch die Art der Untervermietung der eigentliche Nutzniesser eines Teiles des Hauses ist, und nicht der Eigentümer.

Auch insoweit bitte ich um eine

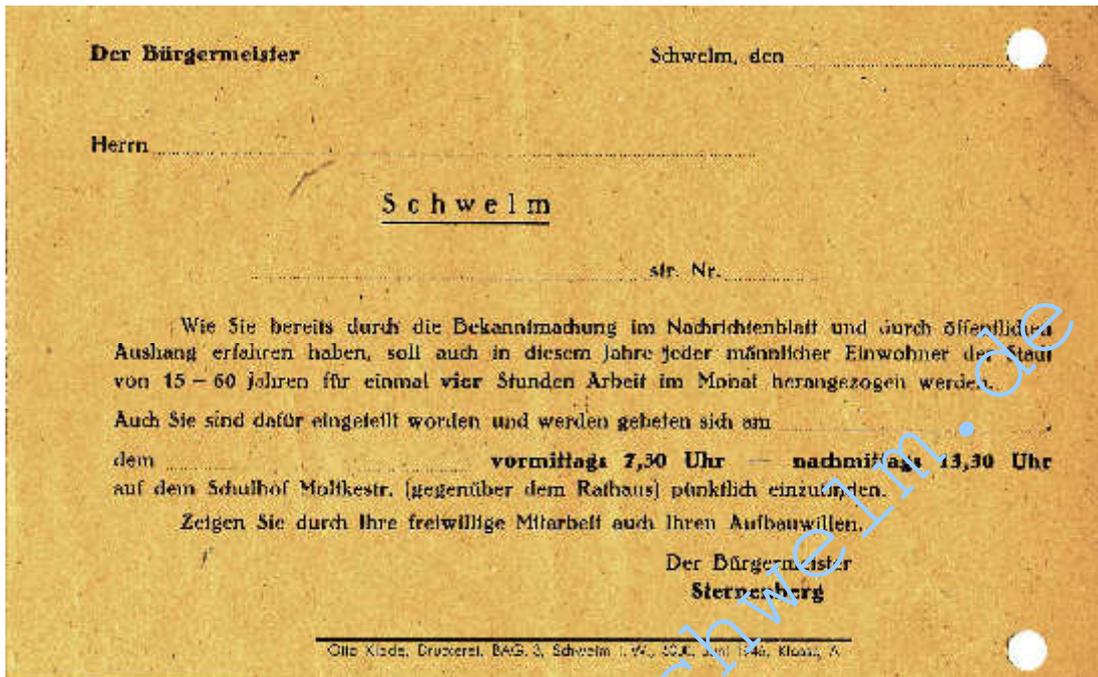
Regelung.

Gruß G. Cohn

Handwritten notes:
Miete infolge j. ...
gegen ...
21 Mo.

Handwritten signatures and notes:
H. Althoff
H. ...
F. d. S.

Bitte um neue Mietfestsetzung der Jüdin Frau Erna Cohn in ihrem Haus



Juni 1946 - Benachrichtigung für angesetzte Enttrümmerungsaktion



Enttrümmerung: (oben) offizielles Anschreiben der Stadt Schwelm. (links und rechts unten) Enttrümmerung des Märkischer Platzes, die Keller des alten Rathauses



Entrümmerung des späteren Märkischen Platzes.

Vorab hatten die Siedler „Neue Heimat“ die brauchbaren Steine und Baumaterialien, die auf den Trümmerfeldern noch vorhanden waren, zum eigenen Siedlungsbau „entsorgt“. (Foto Ernst Nicolay)

eine Verordnung herausgegeben, dass man in Schwelm nur von 5 Uhr bis 6.30 Uhr, von 10 Uhr bis 12 Uhr und von 17 Uhr bis 18.30 Uhr die Haushalte mit Gas beliefere und dieses nur für Kochzwecke verbraucht werden dürfte.

Im Oktober 1945 erhielten die Haushalte weitere Verbesserungen, als zusätzliche Stromlieferungen hinzukamen. Doch oftmals wurde (noch bis Ende 1946) der Strom während der Abendstunde von 21 bis 22 Uhr abgeschaltet.

Anfang 1947 stand wieder soviel Energie zur Verfügung, dass der Bauausschuss - gemeinsam mit dem Verwaltungsausschuss - am 24. Januar beschließen konnte, wieder elektrische

Lampen an verschiedenen Straßenkreuzungen anzubringen, um die dortigen Gefahrenpunkte zu entschärfen.

Mit dieser Maßnahme war schon im Oktober 1946 das Schwelmer Eisenwerk beauftragt worden, die die Arbeiten für 3.500 Mark ausführen sollte, diese aber aus Energiemangel zurückstellen musste. Beleuchtungskörper sollten an folgenden Kreuzungen angebracht werden:

Kaiserstraße / Wilhelmstraße, Kaiserstraße / Schulstraße, Bahnhofstraße / August-Bendler-Straße, Winterbergerstraße / Am Weinberg, Schützenstraße / Bahnhofstraße und die Straßenverengung in der Kölner Straße.

Schwelm, 9. Juli 1945.

14 JULI 1945

An den Herrn Bürgermeister der
Stadt
S c h w e l m

Durch Kundtschreiben des Herrn Bürgermeisters vom
9. Juli 1945 wurde Herr Dr. Friedrich Siegert aufgefordert,
eine Garnitur Männerkleidung abzugeben.

Falls ich hiermit gemerkt bin, erhebe ich gegen
diese Absicht Einspruch.

Ich bin keineswegs so gestellt, als wenn ich das
ohne Weiteres könnte. Zunächst einmal habe ich im Jahre
1943 in meiner Wohnung in Wuppertal-Barmen meine gesamte
Wohnung nebst Inhalt verloren. - Fernerhin ist mir am 3.
März ein Teil meines Vermögens durch Bombenangriff
in Schwelm verloren gegangen. - Am 14. April wurde mein
gesamter Warenbestand bis auf ganz unerhebliche Reste
geplündert. - Ich bin als Schwerkriegsbeschädigter der
Stufe 2 aus diesem Kriege heimgekommen und habe meine
Gesundheit geopfert. -

Da in Schwelm nur 266 Garnituren beschlagnahmt
werden, bin ich sehr erstaunt darüber, dass diese 266
Garnituren nicht bei vorhandenen Bürgern herausgeholt
werden und vor allen Dingen bei solchen, die politisch
den Nationalsozialismus unterstützt haben. Es gibt in
Schwelm 3000 Parteigenossen, von denen sicherlich die
meisten weitaus mehr Anzüge besitzen, als ich. Ich habe als
anerkannter Gegner der NSDAP z. B. stets unangenehme
Dinge während der 12 Jahre Nationalsozialismus erlebt.
Heute muss ich nur erleben, dass trotz meiner Einstellung,
die auch Herr Landrat Vahle genauestens bekannt
ist, viele Parteigenossen von dieser Abgabe ausgeschlossen
sind und andere, die es als ihre Aufgabe betrachteten, den
Nationalsozialismus zu vernichten, die sich ehrenamtlich
zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben und auch an
mitführender Stelle mitarbeiten, für diese ihre politi-
sche Einstellung noch bestraft werden. -

Es kommt mir durchaus nicht darauf an, eine auch von
mir als notwendig erkannte Massnahme zu erschweren. Es ist
aber notwendig, dass diese Massnahmen gerecht durchgeführt
werden und bei solchen Volksgenossen, die sich besser
dazu eignen, als ich.

Ergebenst
Hiegob

Einspruchsschreiben vom 9. Juli 1945 des Herrn Dr. Hugo Siegert
gegen Abgabe von Textilien

Textilversorgung auch für ausländische Zwangsarbeiter

Obwohl, wie fast überall in der Nachkriegszeit, die Versorgung der einheimischen Menschen mit u.a. Textilien katastrophal war, mussten auch noch zusätzlich die hier lebenden Fremdarbeiter mitversorgt werden.

Aber gerade dieses Mitversorgen stieß bei den meisten der NSDAP angehörigen Bürgern auf Unverständnis und Gegenwehr. Sie fühlten sich durch diese Anordnung ungerecht behandelt. Doch die Textilabgabe blieb angeordnet.

Am 9. Juli 1945 wurde den Schwelmern von der Militärregierung die Auflage gemacht, für die Bekleidung der Tausenden auf dem Abtransport in ihre Heimat wartenden Ausländer zu sorgen.

Bürgermeister Schüssler hatte die Aufgabe, diese Order auszuführen. Er schrieb:

„... ist es deshalb notwendig, aus den vorhandenen Beständen der Haushaltungen eine entsprechende Abgabe an Kleidungsstücken durchzuführen. Sie werden hierdurch verpflichtet, folgende Männerkleidung abzuliefern:

- 1 Anzug
- 1 Unterhose
- 1 Unterjacke (Unterhemd)
- 1 Oberhemd
- 1 Schlafanzug (Nachthemd), ferner
- 2 Stück Handtücher. Ablieferungsstelle: Turnhalle Schillerstraße. - Die Ablieferungszeit ist Dienstag: 10. Juli 1945, vormittags von 8 - 12 Uhr.

Die erfassten Stücke müssen von noch brauchbarer und tragbarer Qualität sein und sind in einwandfreiem und sauberen Zustande abzuliefern.

Es können also keinesfalls z. B. völlig abgetragene, beschädigte oder beschmutzte Kleidungsstücke abgeliefert

werden. Wäsche muss ebenfalls in einwandfreien Zustande sowie gewaschen und gebügelt sein.

Gegenstände, die diesen Anordnungen nicht entsprechen, werden sofort zurückgewiesen. An jedem abgelieferten Stück ist ein Anhänger anzubringen, auf dem der Name und die Wohnung des Ablieferers verzeichnet ist. Jeder Abgebende erhält über seine Leistung einen Empfangszettel, der als Ausweis über die Abgabe dient.

Ich mache darauf aufmerksam, dass dieser Anordnung unbedingt nachzukommen ist und auch der Ablieferungstermin pünktlich eingehalten werden muss. Bei Nichtbefolgung der Anordnung sind Maßnahmen zu erwarten, die für jeden Zuwiderhandelnden sehr unangenehme Auswirkungen haben würden.



Hugo Schüssler - treibende Kraft des Wiederaufbaus Schwelms

Heimatkunde-SchweIm.de

Gründung der Schwelmer CDU



Politische Strömungen
Gründung des CDU-Ortsverbandes
Wie ich zur CDU kam

Schwelmer Kolpinghaus1945

Christlich-Demokratische Union (ChDU) Ennepe-Ruhr-Kreis

Mitgliedskarte

Herr Ludwig Jennemann Ortspartei: Klewchen
 Frau
 Fräulein
 geboren: 13.9.14 Beruf: _____
 Wohnung: Säinghausstr. 10
 Ist Mitglied der Christlich-Demokratischen Union ab: 1.10.46
 Mindestbeitrag monatlich 0.50 Pfg.
Klewchen den 5. Febr. 46
 Geschäftsführer

Monat	19...			19...			19...			
	Bei- trag RM	Empf.	Kassierer	Bei- trag RM	Empf.	Kassierer	Bei- trag RM	Empf.	Kassierer	
Januar				CDU Schwelm	CDU Schwelm		CDU Schwelm	CDU Schwelm		
Februar				Beitrag 1.50 RM	Beitrag 3.- RM		Beitrag 1.50 RM	CDU Schwelm	Beitrag 1.50 RM	
März	3,00	11/15.11	Berghaus	für 1. Viertel-	für 1. Halb-	1946	für 1. Viertel-	CDU Schwelm	für 1. Viertel-	
April				jahr 19	jahr 19		CDU Schwelm	CDU Schwelm		
Mai										
Juni				CDU Schwelm			CDU Schwelm	CDU Schwelm		
Juli				Beitrag 1.50 RM			Beitrag 1.50 RM			
August				für 2. Viertel-			für 2. Viertel-			
September	3,00	11/15.11	Berghaus			1946		CDU Schwelm	CDU Schwelm	
Oktober										
November										
Dezemb.	6,00									

Mitgliedsausweis des Ludwig Jennemann 1946

Neue politische Strömungen formieren sich

Bereits in den letzten Wochen vor Ende des Krieges, aber spätestens unmittelbar danach, begannen ehemalige Parteimitglieder aus der SPD und der KPD sich auch in Schwelm neu aufzustellen. Desgleichen formierten sich auch Vertreter einer neuen politischen Strömung - die gesamtchristlich orientierten Politiker (späterhin CDU). Sie alle wollten für die Zeit "danach" mit ihren persönlichen Vorstellungen ein neues Deutschland gestalten.

Die alten (bis auf die NSDAP) und auch die neu in Gründung stehenden Parteien, wurden ab dem 2. August 1945 von den Alliierten wieder zugelassen. Sie mussten jedoch besondere Voraussetzungen erfüllen, um von den Besatzungsmächten hierfür die Genehmigung zu erhalten.

Hierzu war eine demokratische Ausrichtung der Partei, neben der Abkehr vom Nationalsozialismus und dessen Gedankengut, Voraussetzung. Zunächst von den Siegermächten mit Argwohn betrachtet, versuchten die Parteien wieder dort anzuknüpfen, wo sie 1933 zum Aufhören gezwungen worden waren.

Anmerkung: In der sowjetischen Besatzungszone waren die Voraussetzungen für die Parteien jedoch ungleich anders. Eine dauerhafte Zulassung ohne Gleichschaltung oder sogar regieren ohne die SED war hier nicht möglich, denn die Sowjets waren nicht gewillt, die demokratischen Spielregeln eines Mehrparteiensystems zu dulden.

Die Befürchtung, dass sich in der BRD eine neue, mit Schreckensideologien behaftete Parteien gründeten, bewahrheitete sich nicht. Im Gegenteil. - die vernichtende Niederlage des Krie-

ges war zu stark eingepreßt und die Bevölkerung sehnte sich nach politischer Kontinuität und Vernunft. So überraschte es nicht, dass der Kommunismus keine breite Zustimmung im Volke fand.

Dieses „sich Formieren“ der Parteien war dann auch der Beginn allen Handelns und Gestaltens einer sich in Schwelm entwickelnden Kommunalpolitik. Anfangs stand diese noch ausschließlich unter der Beobachtung der Besatzungsmacht und geschah nach deren Anordnungen und Weisungen.

23. August 1945 - Gründung der CDU-Ortsgruppe Schwelm

So musste auch zur Gründung der CDU-Ortsgruppe Schwelm eine Genehmigung eingeholt werden. Da nachweisbare Dokumente fehlen, sind wir auf das Wenige angewiesen, was Zeitzeugen berichten. Weiteres zur Gründung finden wir in der Chronik der Schwelmer Kolpingsfamilie. Da heißt es u.a.:

In der Nachkriegszeit gehörte die Kolpingsfamilie Schwelm noch zum Bezirk Wuppertal. So kam auch von hier die Kunde einer neuen, christlich ausgerichteten Partei. Bei der ersten gemeinsamen Bezirksveranstaltung der Kolpingsfamilie nach dem Krieg in Barmen lernte Otto Müller, der auch Bezirkssenior der Kolpingsfamilie war, den Oberbürgermeister und Verleger Otto Schmid kennen.

Otto Schmidt war Mitbegründer der CDU-Rheinland und begeisterte Otto Müller für die neue, christlich orientierte Partei, in der gleichberechtigt sowohl katholische als auch evangelische Christen ihre politische Heimat finden würden.

Diese Begeisterung sprang auch bei anderen Schwelmer Kolpingsöhnen über. Alle waren sich von Anfang an einig, dass die Gründung einer CDU vehement voran getrieben werden müsste.

Die Vorstellung, dass das neue Deutschland von allen christlichen Glaubensgemeinschaften gemeinsam gestaltet werden könnte, faszinierte.

So war es nicht verwunderlich, dass zu den Gründungsvätern der Schwelmer CDU neben den Kolpingsöhnen, u.a. Albert Becker, Ludwig Jennemann, Otto Müller, Walter Degenhardt und Engelbert Goecke auch einige Schwelmer Bürger aus anderen Konfessionen gehörten. Engelbert Goecke wurde später der erste 1. Vorsitzende der Schwelmer CDU-Ortsgruppe.

Auch viele Frauen und Männer der Schwelmer evangelischen Gemeinden, die sich auch beim politischem Neuaufbau die Umsetzung und Bewahrung christlicher Werte zum Ziel gesetzt hatten, waren von dieser neuen demokratischen Partei begeistert.

Dazu gehörten die Frauen Margarete Kappel, Magdalene und Anni Mittelmann, Jenny Schöfer, Hermann Weister, Walter Siepmann, Ernst Lampeck, Ernst Hüsken, Rudi Speckenbach, Dr. Wilhelm Wiesemann, Otto Berning, Robert Seckelmann und Willi Vahle. Auch sie wollten die baldige Parteigründung.“

Weiter entnehmen wir der Kolpingchronik, dass ein gemeinsamer Beschluss zur **CDU Gründung am Donnerstag, dem 23. Aug. 1945** in der Kolpinghausgaststätte gefasst und am Wochenende bei Prange am Blücherplatz offiziell vollzogen werden sollte. (Der Saal im Kolpinghaus war noch Notkirche)

(Die ältesten uns noch vorliegenden CDU Mitgliederausweise stammen von Ludwig Jennemann 1. Februar 1946 und vom damaligen Kolpingsenior Bernhard Hohmann 1. April 1946).

Nun galt es, den Mitbürgern die Grundsätzlichkeiten dieser neuen, demokratischen und christlich orientierten Partei

zu vermitteln. Dabei lag der Schwerpunkt ab sofort auch auf dem Begeistern und Gewinnen von den Bürgerinnen und Bürgern, die ebenfalls die Ideale und Vorstellungen dieser Partei mittrugen.

Hierzu gehörten insbesondere auch die „Hausfrauen“, denn die CDU hatte schon von Anfang an die Wichtigkeit und auch das ungeheure Wählerpotential der Frauen erkannt.

Rückschau auf die Gründungszeit

Wenn wir heute auf diese Zeit zurückblicken, gilt sicherlich großer Dank den Männern und Frauen, die nach Ende der Wirren des zusammenbrechenden NS-Regimes und der unmittelbaren Nachkriegszeit den Mut aufbrachten, nach vorne zu blicken und in unserer Stadt die Grundwerte einer Christlich-Demokratischen Union mittrugen.

Aufgrund ihrer oft ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Terror der nationalsozialistischen Diktatur und dem ungeheuren Leid des von ihr entfesselten Krieges wollten sie nun „ihren“ Beitrag für Frieden und Freiheit in christlicher Verantwortung leisten.

Desweiteren wollten sie zeigen, dass sie es schafften, auf der Grundlage einer gemeinsamen, christlichen Werteordnung die jahrhundertlange, politische Spaltung der Konfessionen zu überwinden.

Auf diesem Fundament entstand die Christlich - Demokratische - Union als große Volkspartei, in der von der ersten Stunde an Menschen aus allen Schichten unserer Heimatstadt und aus allen Teilen unseres Landes zusammenfanden.

Von einigen Mitgliedern aus der Zeit des neuen, politischen Lebens liegen uns heute noch Berichte vor, in denen



Ernst Hüsken, gest. 12. April 2011

sie die Gründe niederschrieben, warum sie damals in die CDU eintraten und auch aktiv mitgestalteten.

Als erstes schreibt Mitbegründer **Ernst Hüsken:**

„Ich wurde im Jahre 1919 geboren und komme aus einer strengen, christlichen Familie. Politik war unbekannt, soweit es von den Eltern gelehrt wurde.

Im Jahre 1933 habe ich die Schule verlassen. Bis dahin hatte ich aber nur kindlich die politischen Zustände erkannt.

Aufgefallen und als recht unangenehm empfand ich die Kämpfe auf den Schwelmer Straßen zwischen den radikalen Parteien. Es kamen dann die unseligen Jahre bis 1939, in denen gerade wir Jugendlichen einem propagandistischen Einfluss erlagen.

Ich wurde Dank des christlichen Einflusses meines Elternhauses kein Mitglied der H.J. und der NSDAP, wohl aber kurze Zeit 1938 Mitglied der SA.

Meine Mitgliedschaft beendete ich durch meinen „freiwilligen Austritt“, denn ein Ausschlussverfahren war durch den damaligen Sturmführer bereits eingeleitet worden.

Dann kam die Kriegszeit, in der ich

ab dem 1. April 1939 - erst im Arbeitsdienst dann bei der Wehrmacht - musste ich meine „vaterländische Pflicht“ erfüllen.

Nach Beendigung des Krieges wurde ich von den Alliierten in der Nähe von Gardelegen (Sachsen - Anhalt) aus der Kriegsgefangenschaft entlassen.

Politisch und persönlich stand ich am Punkte Null. Mit 26 Jahren waren alle Hoffnungen und Zukunftsträume zerstört. Hinzu kam noch, dass durch Bomben auch meine bescheidene Schwelmer Wohnung zerstört worden war.

Eines hatte ich allerdings aus den Kriegsjahren mit nach Hause gebracht. Es war das Erleben einer Kameradschaft und einer Verbundenheit, die keinen Unterschied zwischen den einzelnen Konfessionen kannte. Keiner fragte danach, ob jemand katholisch oder evangelisch war. Wir fühlten uns wie selbstverständlich alle als Christen verbunden.

Wieder in Schwelm erfuhr ich, dass Bestrebungen bestanden, dass sich evangelische und katholische Christen in einer politischen Partei verbinden und gemeinsam, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, die neue Zukunft gestalten wollten.

Ich habe mich sofort zur Verfügung gestellt. Für mich war dies der einzige Weg, um aus der Tiefe des Einbruches der NS- und Kriegszeit herauszukommen.

Die Christen - und hier meine ich besonders die evangelischen Christen - mussten nun endlich politisch ganz bewusst mit den katholischen Christen, die immer schon sehr politisch rege waren, aktiv werden. Ich hatte das Gefühl, dass die Zeit hierfür reif sei und sich das in einer christlich, orientierten Partei, der CDU, widerspiegelte.

Die Begeisterung, sich gemeinsam politisch zu betätigen, ging sogar so weit, dass wir mit einigen anderen Jugendlichen aus der eben erst gegründeten CDU hier in Schwelm auf Anregung des damaligen britischen Oberst Alexander, ein Jugendparlament gründeten.

Leider hat dies nicht lange bestanden, weil gleichzeitig die ersten Bestrebungen einsetzten, dass nicht nur die politischen Parteien, sondern auch andere Gruppen - hier besonders die Gewerkschaften - in dieser Richtung politisch tätig wurden.

Ähnliche Überlegungen - wie zur Mitarbeit in der CDU -, veranlassten mich, im August 1945 auch in den Westfälischen Gewerkschaftsbund einzutreten, weil auch dort alle Gruppen verschiedener Konfessionen auf allen Ebene zusammenarbeiten wollten. Leider bestanden auf der Ebene „Einstellungen zur Arbeit“ sehr unterschiedliche Auffassungen.

Zum Schluss noch eins:

Eine erneute Trennung der einzelnen Konfessionen wäre das Verhängnisvollste, was nach meiner Meinung geschehen könnte.“

Als weiterer Mitbegründer der Schwelmer CDU schrieb **Ernst Lambeck**:

„Die Diktatur Hitlers, welche Juden ausrottete und Christen in Konzentrationslager steckte, führte dazu, dass sich Christen in Schwelm sagten: "So geht es auf Dauer nicht weiter. Sobald dieser verheerende 2. Weltkrieg, den Hitler angezettelt hatte, vorbei ist und sein Regime beseitigt und entmachtet worden ist, wollen wir einen anderen Staat haben"!

In einem Konzentrationslager sagte ein katholischer Geistlicher zu einem evangelischen Kollegen: "Wir dürfen uns nie wieder aus den Augen verlieren". Genauso empfanden und dachten wir auch.



Ernst Lambeck. Gründungsmitglied und erster CDU-Bürgermeister in Schwelm

Im CVJM Schwelm führte ich das Jungvolk von etwa 60 bis 80 Mann. Wir trugen grüne Hemden und lila Halstücher, machten Wanderungen und Fahrten. Abends war es Brauch, eine kleine Andacht zu halten. Auch wir hatten Wimpel und eine Sturmflagge. Sie war schwarz mit einem Eichenkreuz.

Dann wurde unser Jungvolk verboten und die NS-Ideologen forderten uns auf, der Hitlerjugend beizutreten. Doch nur wenige aus unseren Reihen traten ihr bei.

Immer häufiger spürten nun Christen aller Schattierungen, dass sie sich zusammenschließen mussten, wenn sie etwas ändern wollten. So lud mich Otto Berning, er wohnte in der Windmühlenstraße, zu einer Besprechung ein.

Dort traf ich 10 Männer und Frauen, die für die Zukunft auch nur einen Wunsch

hegten: „Wenn Hitler einmal nicht mehr am Ruder ist, wollen wir eine Demokratie, aber keinen Kommunismus!“

Kurz danach erhielten mein Bruder und ich eine Einladung zu Engelbert Goecke. Er war katholisch, Kolpingmitglied, und wohnte in der Kölner Straße.

Hier hatten sich wieder 15 evangelische und katholische, Männer zusammengefunden, die sich in der Sache schnell einig waren: "Sobald der Krieg zu Ende ist, gründen wir eine christlich demokratische Volkspartei".

Als 1945 der Krieg beendet war und Hitler sich durch Selbstmord das Leben genommen hatte, lernten mein Bruder und ich den Rektor Fleisch aus Blankenstein kennen. Der rief uns zur Gründung einer solchen Christlich Demokratischen Union (Partei) auf. Wir waren begeistert.

Wir beide wurden nach Blankenstein ins Restaurant Holthöfer eingeladen. Dort sprachen die Herren Brinkmann und Rektor Fleisch und gründeten die Kreispartei der CDU.

Mein Bruder fragte mich: "Können wir diesen Leuten vertrauen? Sollen wir da mitmachen?"

Ich sagte: "Ja, ich bin mit dabei und wurde Gründungsmitglied der Orts - CDU!"

Als nächster berichtete **Otto Müller** von den Anfängen und seinem Beitritt zur CDU:

„Als der Krieg im Frühjahr 1945 zu Ende ging und alles, was die Nazi-Propaganda vom "tausendjährigen Reich" gefaselt hatte, wie eine Seifenblase zerplatzt war, gab es für viele unserer Mitbürger eine große, geistige und ideelle Leere, besonders bei denjenigen, die dem "Führer" allzu blind vertraut hatten.

Ich selbst war durch mein Elternhaus, Klosterschule, Katholische Jugend und

Kolping sehr "schwarz" geprägt und erlebte so in behutsamer und doch klarer Weise das Vermitteln eines christlichen Weltbildes, das so gänzlich anders war als das des damals gültigen Menschen- und Gesellschaftsbildes.

So war der Zusammenbruch für mich kein Sturz in die Leere, sondern vielmehr ein Aufbruch zu neuen Ufern.

So kam es fast wie selbstverständlich, dass wir schon im Frühjahr 1945 begannen, die katholische Jugendarbeit neu aufzubauen und zu organisieren.

Nur einige Wochen nach Kriegsende waren wir schon wieder bei unserer heimischen Fronleichnamsprozession und danach bei der Himmelfahrtsprozession in Wuppertal – Beyenburg präsent. Hier rollten wir die jahrelang versteckt gehaltenen Bannern aus und zogen unsere Sturmscharhemden an.

Eigentlich kam es dann ganz automatisch, dass man sich auch für den gesellschaftlichen und politischen Neuaufbau interessierte. Um das Feld nicht nur den anderen (KPD, SPD und FDP) zu überlassen, mussten auch wir Christlichen unsere Vorstellungen und unsere Überzeugungen einbringen.

Dabei stellte sich die Frage, ob wir Katholiken allein (Zentrum) oder mit den evangelischen Christen gemeinsam in einer neu zu gründenden Orts-CDU mitmachen wollten. In Schwelm war diese Frage schnell geklärt, da das Zentrum - über die Person des verdienstvollen Wilhelm Vahle hinaus - hier keine große Rolle mehr spielte.

Ich entsinne mich noch gut an die Vorbesprechungen der katholischen und der evangelischen politisch Interessierten im Kolpinghaus Schwelm. Wir waren uns sehr schnell einig, gemeinsam eine CDU-Ortsgruppe zu gründen.

Zu diesen Besprechungen im Sommer 1945 hatten sich so verantwortungsbewusste Männer wie u.a. Engelbert Goecke, Ernst Lambeck, Walter Degenhardt, Eugen Hahne, Ludwig Jennemann, Robert Mann, Albert Becker und Franz Meinold - um nur einige zu nennen - Gedanken darüber gemacht, wie und in welcher Weise sie aus christlicher Verantwortung heraus die Geschichte unserer Stadt und der Gesellschaft heute, morgen und zukünftig mitgestalten könnten.

So fand ich im Sommer 1945 den Weg zur CDU, - und ich bin bis heute noch der Meinung, dass in ihr und durch sie unsere christlichen Positionen am besten vertreten werden.

Neben Ernst Hüsken (bekenkende Kirche und Gewerkschafter), Ernst Lambeck (evangelische Kirche und selbstständig), Otto Müller (katholische Kirche, Kolpingsohn und Angestellter) möchte ich noch den aus dem katholischen Arbeiterverein stammenden **Wilhelm Bülhoff** (katholische Kirche und christlicher Gewerkschafter) benennen und damit die einmalig breitgestreute Mitgliedschaft der CDU bezeugen.

Wilhelm Bülhoff schrieb u.a.:

„... hielten mich die schrecklichen Erlebnisse mit der Schweimer NSDAP und die fürchterlichen Gräueltaten der Gestapo davon ab, in die NSDAP einzutreten.

Wir, die im katholischen Arbeiterverein unser zu Hause hatten, trafen uns trotz Verbot noch lange bis in die Zeit des Krieges hinein. Dies geschah zwar unter strenger Geheimhaltung, doch bei diesen Treffen hatten wir die Möglichkeit, wahre Hintergründe und Aufklärung über NS-Presse und Propagandaschriften zu bekommen.

Mit diesem Wissen hatte ich nach dem Untergang der NS-Diktatur nur einen Wunsch zukünftig mitzuhelfen, dass so etwas nie wieder geschehe. So wurde ich Mitbegründer der Kreis-CDU“.



Mitbegründer der CDU-Ortsgruppe
Otto Müller 1945



Mitbegründer der Kreis-CDU 1945:
Wilhelm Bülhoff

**Nebenbei bemerkt:
Vertriebene und Flüchtlinge**

Ein großes Mitgliedspotential fand die neu gegründete Schwelmer CDU bei den Vertriebenen, bzw. Flüchtlingen aus den Ostgebieten (u.a. Schlesien), die hier ihre neue Heimat gefunden hatten. Um deren Rechte „nicht zu schmälern“ und auch massiv zum Ausdruck zu bringen, entschloss sich die Orts-CDU, den Ostvertriebenen, Verwalter **Oskar Westphal** bei der ersten freien Wahl im Oktober 1946 kandidieren zu lassen. Dieser hatte das Vertrauen seiner Landsleute.

Auch ein weiterer Kandidat, der Schlesier Obersteiger a.D. **Dieter Poppe**,

wurde für das Stadtparlament nominiert. In einer Wahlkundgebung zu den Stadtratswahlen im Oktober 1946 sagte Engelbert Goecke:

„Es hat keinen Zweck, große Versprechungen zu machen. Wir glauben, der Bevölkerung, insbesondere den wirtschaftlich schwachen Kleinrentnern, Wohnungssuchenden und Flüchtlingen am „Besten“ dadurch zu dienen, wenn wir in den Ausschüssen im Sinne der gemachten Darlegungen arbeiten und kompetente Abgeordnete stellen.“

Engelbert Goecke schloss mit den Worten: *„Ob unser Einfluss stark genug sein wird? Das entscheiden SIE bei der nächsten Wahl!“*



Wahlwerbung 1946: Gemeinschaft des christlichen Abendlandes

Nach der Gründung begannen nun die noch wenigen CDU-Mitglieder den Dialog mit Freunden und Gleichgesinnten.

Sie suchten in Gesprächen, auf der Basis christlich fundierter Zielsetzungen und klarer notwendiger Entscheidungen in der Kommunalpolitik, die Schwelmer Bürger von ihren Vorstellungen zu überzeugen.

Sie versprachen ihnen, dass sie immer dafür stehen würden, in ihrer zukünftigen Politik- und Gesellschaftsgestaltung den Entfaltungsraum zu erhalten, der jedem Einzelnen seine eigenverantwortliche Lebensgestaltung auf der Basis einer christlichen Werteordnung ermöglicht.

Mit den weiteren Versprechen u.a. den Kindern und Jugendlichen ihren notwendigen Bewegungs- und Spielraum zu schaffen, den älteren Mitbürgern Sicherheit, Hilfe und Geborgenheit zu geben und den sozial schwächeren Mitbürgern eine menschenwürdige Existenz zu sichern avancierte die 1945 gegründete CDU sehr schnell zu einer der größten Volksparteien, die es je in Deutschland gegeben hatte.

Heimatkunde-SchweIm.de

Neubeginn Wiederaufbau



**Erste freie Kommunalwahlen
Der Marshallplan
Trümmerfelder verschwinden**

Katholische Kirche St. Marien Schwelm

Drei Stadtratswahlen zwischen 1946 und 1948 - Der erste Stadtrat - Einsetzung durch die Militärregierung am 3. Januar 1946

Da die Alliierten in der Krim-Deklaration über Deutschland beschlossen hatten, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus für immer „auszurotten“, erließen sie diesbezüglich weitere Anordnungen und Vereinbarungen.

Mit diesen Beschlüssen wollten sie ausschließen, dass Deutschland niemals mehr, gegenwärtig und zukünftig, seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen könnte. Einig waren sich die Alliierten aber auch, dass sie nicht gewillt waren, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen.

Im Gegenteil! Deshalb beschlossen sie, die Wiederherstellung seines Weiterbestands auf der Grundlage einer demokratischen und friedlichen Grundlage vorzubereiten und zu verwirklichen.

Doch erst einmal fand eine umfangreiche Entnazifizierung statt, die darauf abzielte, nicht nur die Gesellschaft, Kultur und Presse, sondern auch die Ökonomie, Jurisdiktion und Politik von allen Einflüssen des Nationalsozialismus zu befreien. Auch die Verfolgung von Menschen, die während der nationalsozialistischen Herrschaft Verbrechen begangen hatten, gehörte dazu.

Nach der gesetzlichen Entnazifizierung in Schwelm ernannte die Militärregierung am 3. Januar 1946 die erste Stadtvertretung. Diesen Tag können wir ganz offiziell als den Beginn kommunalpolitischer Ratstätigkeit in Schwelm nach Kriegsende bezeichnen und ein neuer Zeitabschnitt begann.

Der neue Rat setzte sich aus 8 Vertretern der SPD, 6 der CDU, 4 der FDP, 3

der KPD, 2 der Gewerkschaften, 2 der Industrie und des Handels, 1 des Handwerks, 1 des Gaststättengewerbes und 1 der freien Berufe zusammen.

Das Parlament wählte in der ersten Sitzung neben den zwei Beigeordneten, auch die Fachausschüsse für die Verwaltung, für Finanzen, Bauen, Wirtschaft, Wohnen, Wohlfahrt, Schule, Kultur, Krankenhaus und Schlachthof.

In diese Sitzungsperiode fiel auch die Trennung der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt. Bürgermeister Schüssler entschied sich für die Übernahme der Verwaltungsleitung. Damit wurde er Stadtdirektor, während der Fabrikant Heinrich Sternenberg nach Stimmgleichheit mit dem Stadtverordneten Jungius (KPD) durch Losentscheid Bürgermeister wurde.

Die Wahlen wurden anschließend von der Militärregierung bestätigt.

September/Oktober 1946 - erste freie Kommunalwahl

Ein weiterer Zeitabschnitt begann am 15. September 1946, als die Schwelmer zum ersten Mal nach rund dreizehn Jahren in einem demokratischen Wahlgang ihre Stadtvertretung selber bestimmen durften.

Nach Zeitzeugenberichten waren diese Wahlen sehr geprägt mit Diffamierungen, teilweise unwahren Unterstellungen und Beschuldigungen, besonders wenn es um die NS-Vergangenheit einzelner Kandidaten ging.

Nebenbei bemerkt:

In den im Stadtarchiv noch vorhandenen Entnazifizierungsakten ist selbst heute noch, trotz intensiver Recherchen, nicht zwischen Wahrheit, Verleumdung, und böswilliger Unterstellung zu unterscheiden. Deshalb fehlt dieser Zeitabschnitt hier gänzlich!



Wahlplakat 1946



Wahlplakat 1946

Bemerkenswert bei dieser Wahl war sicherlich die Tatsache, dass die gerade seit einem Jahr neu gegründete CDU zweitstärkste Partei wurde und 8 Ratsitze „eroberte“!

Wie aber war dieser Erfolg in dieser kurzen Zeit zustande gekommen?

Lassen Sie mich deshalb einige Monate zurückgehen. Da verfasste der noch junge CDU-Parteivorstand u.a. einige Rundschreiben, mit deren Inhalt er bei großen Teilen der Schwelmer Bevölkerung volle Zustimmung fand:

„ ... am 15. September bestimmen Sie darüber, welchen Männern und Frauen Sie die Entscheidung über die kommunalen, politischen Fragen unserer Heimatstadt überantworten wollen.

Das ist nach 13 Jahren politischer Rechtlosigkeit ein ungewöhnlicher Vorgang, der zusätzlich darüber entscheidet, ob in Zukunft die Kräfte des Chaos oder der Ordnung die Richtlinien der Politik bestimmen sollen. Zu dieser Entscheidung sind Sie berufen.

In diesen Tagen ist gerade ein Jahr vergangen, seit die CDU, die Christlich-Demokratische-Union, an die Öffentlichkeit getreten ist. Dieses eine Jahr ihres Wirkens hat gezeigt, dass die Union das Vertrauen weitester Kreise besitzt und dass sie daher berechtigt ist, bei der Gestaltung der Zukunft unseres Vaterlandes und unserer Heimatstadt ganz wesentlich mitzusprechen.

Es ist überflüssig, jetzt noch einmal auf das Wesen und das Wollen der CDU einzugehen. Das ist in Kundgebungen und Versammlungen zur Genüge getan worden. Mag jetzt im Wahlkampf auch oft gesagt werden, die CDU sei eine konfessionell gebundene Partei, mögen andere sie auch als ein Sammelbecken der Reaktion bezeichnen, - wir wissen es besser!

Während die Bomber über unseren Arbeitsstätten kreisten, während wir in Kellern zusammenhockten und draußen die Einschläge dröhnten, ist in weiten Schichten der Bevölkerung der Gedanke geboren worden, nach dem Kriege das politische Leben in Deutschland neu zu gestalten. Ähnliche Gespräche sind draußen an der Front, in den Konzentrationslagern und in den Kellern der Gestapo geführt worden.

Über alles Trennende hinweg fanden sich die politischen Kräfte unseres Vaterlandes zusammen. Diese Kräfte waren in den furchtbaren Jahren des Terrors und Krieges immer mehr zu der Erkenntnis gekommen, dass nur die christlichen Grundsätze Basis im Staats- und Völkerleben sein können. So wollten sie nach dem Krieg den Grundsätzen des Christentums stärkeren Einfluss verschaffen.

Dieses Wollen ist mit der Gründung der CDU Realität geworden. Die Verwirklichung der Grundsätze des Christentums in Verwaltung, Wirtschaft und öffentlichem Leben, demokratischem Aufbau und sozialer Gestaltung, das sind die markanten Punkte dieses Wollens der CDU“.

Ein weiterer Rundbrief als Einladung zu einer Wahlveranstaltung ins Sängenheim am 13. September zeigt noch einmal genau auf, wofür die CDU 1946 stand. In dem Rundschreiben hieß es:

„... wenden wir uns heute an alle Wählerinnen und Wähler und wollen etwas anderes aufzeigen als nur hochtönende Wahlprogramme. Diese alleine tun es nicht! Was Not tut, ist rasches Zupacken, um die dringlichsten Aufgaben zu lösen und derer gibt es wahrlich genug.

Programme schaffen noch keinen Aufbau. Wir überlassen es ihrem klaren

(weiter auf Seite 144)

Zum 18. Juni 1950 Aufruf zur Landtagswahl!

Angeichts der politischen Zustände im Lande Nordrhein-Westfalen haben

DIE CHRISTL.-DEMOKRATISCHE UNION
(KREISUNION ENNEPE-RUHR)

und

DIE FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI
(KREISVERBAND ENNEPE-RUHR)

folgendes Abkommen für den Ennepe-Ruhr-Kreis getroffen:

Im Wahlkreis 123 (Ennepe-Ruhr-Süd) wird die Christlich-Demokratische Union als Kandidaten

Färbermeister Ernst Lambeck, Schwelm

den derzeitigen Bürgermeister der Stadt Schwelm, und
im Wahlkreis 124 (Ennepe-Ruhr-Nord) wird die Freie Demokratische Partei als Kandidaten

Landwirt **Otto Hansberg, Brederscheid-Stüter**
aufstellen.

Die Parteien und ihre Kandidaten sind bei diesem Abkommen getragen von dem Willen, in diesem Landtag eine marxistische Mehrheit zu verhindern. Sie wollen gemeinsam die Grundlagen abendländischer Kultur und christlicher Lebensauffassung festigen. Sie wollen ihre Kräfte konzentrieren, um einseitige Personalpolitik und Parteibuchbeamtentum zu beseitigen.

In Erkenntnis des Unterganges 1932 wollen sie die Vielzahl der Splitterparteien verhindern, die zur Katastrophe beitrugen und die Demokratie lebensunfähig machten. Die Stimmen der Splitterparteien gehen ohnehin verloren, da sie nicht die erforderlichen 5 Prozent der Gesamtstimmen erreichen. In Erkenntnis dieser Tatsache hat auch die DKP/DRP keine eigenen Kandidaten herausgestellt.

ES GIBT NUR EINE WAHL:

Entweder marxistische Wirtschaftsbürokratie und staatliche Zwangswirtschaft —

oder eine soziale Wirtschaft mit freier Entfaltung der Persönlichkeit, entsprechend ihrer Veranlagung; Freiheit, Recht und soziale Sicherheit aller Schaffenden und ihrer Familien, Gerechtigkeit für die Geschädigten und Heimatvertriebenen.

**Wir wollen keine einseitigen Parteidoktrinen,
sondern lebendige, schöpferische Tat.**

Geben Sie dem gemeinsamen Kandidaten Ihre Stimme.

Christlich-Demokratische Union
Kreisunion Ennepe-Ruhr

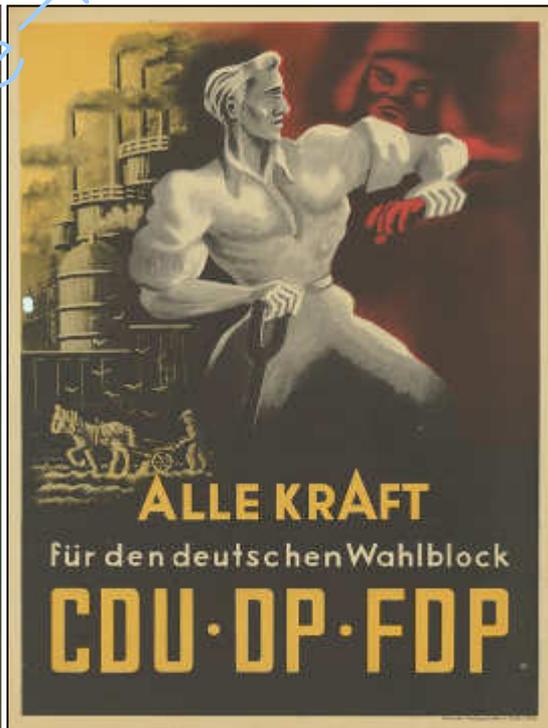
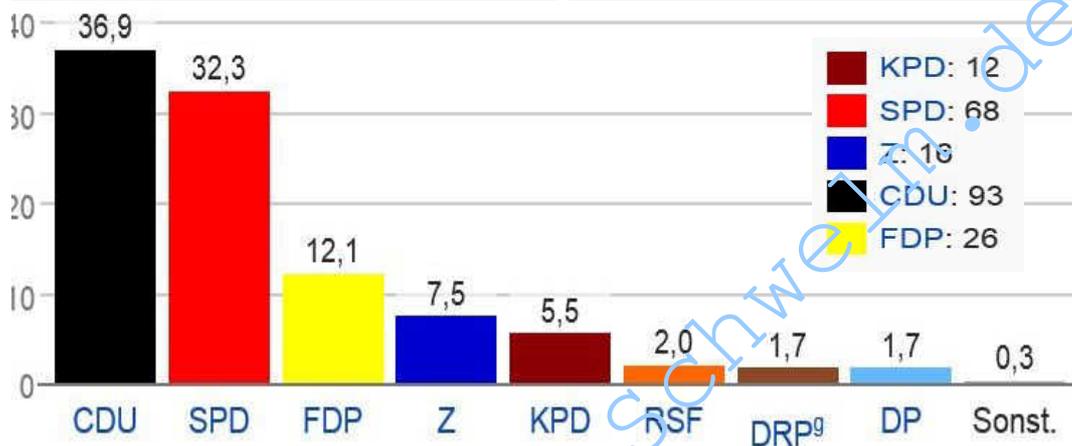
Freie Demokratische Partei
Kreisverband Ennepe-Ruhr

Hintergrundwissen: Am 27. Juli 1950 wurde Karl Arnold wieder zum Ministerpräsidenten gewählt.

Da bis dahin keine Koalitionsvereinbarung zu Stande gekommen war, berief Arnold am 1. August zunächst ein nur aus CDU-Mitgliedern bestehendes Kabinett.

Am 15. September wurde, nachdem die CDU eine Koalition mit dem Zentrum vereinbart hatte, das Kabinett um zwei Zentrums- und drei CDU-Minister erweitert.

Die CDU/Zentrum-Koalition hatte nur durch die Überhangmandate der CDU eine Mehrheit von drei Stimmen.



Karl Arnold Ministerpräsident der CDU in NRW - Plakat und Wahlergebnis zur Landtagswahl 1950 - Quelle: Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP), CC BY-SA 3.0 DE

Menschenverstand, was von solchen kommunalpolitischen Programmen zu halten ist, mit deren Verwirklichung zum mindesten im nächsten Jahrzehnt kaum zu rechnen ist...“

Und weiter hieß es in dem Rundbrief:

„... Wir erinnern nur an die Sicherstellung der Ernährung, der Bekleidung, der Wohnungs- und der Brennstoffversorgung... unsere Kandidaten werden sich vorrangig dafür einsetzen, dass die Verteilung der Nahrungsmittel und der Bezugsscheine für Bekleidung, Schuhzeug usw. und die Erfassung und Verteilung dieser wichtigsten Lebensgüter eine gerechte bleibt. Sie sollen in uns das absolute Vertrauen haben, dass die Verteilung dieser Lebensgüter ausschließlich nach sozialer Gerechtigkeit erfolgt.

Wir betonen es noch einmal: Besonders gehört unsere Fürsorge den Ärmsten der Armen, den Renteneempfängern und sonstigen Unterstützungsempfängern... hierbei wird es unsere vornehmste Aufgabe sein, uns der Kriegshinterbliebenen und Kriegsversehrten anzunehmen, vor allem die Flüchtlingsnot und das Flüchtlingselend zu mildern...“

Weitere Themen in diesem Wahlrundbrief waren der Wiederaufbau und Neugestaltung der Stadt, Sicherung der kommunalen Finanzen und der Ausbau einer demokratischen Selbstverwaltung. Zum Abschluss hieß es dann:

„Wahlrecht ist Wahlpflicht! Wer eine restlos geschlossene Front aller, welche die christlichen Grundsätze für die Arbeit in Staat und Gemeinde bejaht, wer also will, dass eine Kommunalpolitik nach christlichen Grundsätzen auf wahrhaft demokratischer und sozialer Grundlage gemacht wird, der gebe seine Stimme nur den Kandidaten der CDU!“

Das neue Stadtparlament, in dem 13 Vertreter der SPD, 8 der CDU, 2 der FDP und 1 der KPD saßen, konstituierte sich am 4. Oktober 1946.

Zum Bürgermeister wurde einstimmig der Ratsherr Otto Klode (SPD) gewählt und nach einem Jahr ebenso einstimmig wiedergewählt.

Das Stadtparlament blieb in der vorstehenden Zusammensetzung bis zu den Gemeindewahlen am 17. Oktober 1948 bestehen.

Hintergrundwissen: Die wichtigste Aufgabe von Politik und Verwaltung war nach Ende des zerstörerischen 2. Weltkrieges die Beseitigung der Kriegsschäden (Enttrümmerung), Neugestalten der Infrastruktur, die Behebung von Versorgungsengpässen und Linderung allgemeiner Not. Dazu kam die Schaffung krisenfester Industrien und Einzelhandel, sowie die Bewältigung von Vertriebenen- und Flüchtlingsnot. Dazu war die Währungsreform 1948 ein vollwirksamer Neustart für einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung, hinzu kam noch das Lastenausgleichsgesetz von 1952 und der soziale Wohnungsbau. Der damalige Wiederaufbau führte dann 1950 zum viel gerühmten Wirtschaftswunder mit Vollbeschäftigung.

Wahlkundgebung

**vor der Wahl am 15. September. Diese findet statt am
Freitag, dem 13. September 1946, abends 19½ Uhr,
im Saalbau Schirmer (Sängerheim) Kölner Str.**

Sie haben sich dazu entschlossen, die CDU zu wählen,

weil diese der politische Zusammenschluß aller Christen ist, weil sie Ihre Grundsätze vertritt!

Da Sie also die CDU wählen wollen, wollen Sie auch ihre Vertreter zu den bevorstehenden

Entscheidungswahlen

wählen. Beachten Sie daher, daß Sie im Wahlbezirk VI hinter die hier angekreuzten Namen auch auf Ihrem Stimmzettel, den Sie im Wahllokal bekommen, die Kreuze an der richtigen Stelle machen!

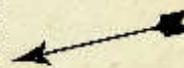
Verwahren Sie diesen Hinweis! Vergessen Sie nicht, Ihren Wahlausweis zur Wahl mitzubringen! Prägen Sie sich bitte die Namen unserer Kandidaten vor der Wahl genau ein. Lassen Sie sich nicht in Ihrem politischen Entschluß durch irgendein Manöver beirren, von welcher Seite aus es auch kommen möge!

Stimmzettel

für die direkte Wahl von Vertretern in dem VI. Wahlbezirk
der Gemeinde Schwelm am 15. September 1946

1.	Baldes August Math. Baldes, Schwelm, Sternburgstr. 42, Arb., CDU	X
2.	Bilgard Erich Bilgard, Schwelm, Winterberger Str. 39, techn. Ang., KPD	
3.	Frese Robert Frese, Schwelm, Untermauerstr. 9, Hausmeister, SPD	
4.	Hackler Friedrich Hackler, Schwelm, Heide 70, Bandwirker, KPD	
5.	vom Hagen Karl vom Hagen, Schwelm, Windmühlenstr. 2, Holzhandl., FDP	
6.	Hasenack Wilhelm Hasenack, Schwelm, Westerholt 62, Landwirt, KPD	
7.	Knäpper Ernst Knäpper, Schwelm, Feldstraße 21, Angestellter, SPD	
8.	Müllers Adele Müllers, Schwelm, Fichtenstr. 2, Gewerbeoberlehrerin, FDP	
9.	Nolte Wilhelm Nolte, Schwelm, Sternburgstr. 35, Werkzeugschl., SPD	
10.	Reuter Walter August Reuter, Schwelm, Kölner Str. 62, Arbeiter, CDU	X
11.	Weuster Hermann D. Weuster, Schwelm, Lüneustr. 26, Vermess.-T., CDU	X
12.	Winkelsträter Paul Winkelsträter, Schwelm, Westfalendamm 10, Archit., FDP	

Im Wahlbezirk VI
gehören Deine Kreuze
an diese Stelle:



Zu Ihnen spricht noch einmal die CDU in letzter Minute durch

Bürgermeister Bornefeld-Ettmann

am Freitag, dem 13. September 1946, 19½ Uhr im Saalbau Schirmer (Sängerheim), Kölnerstraße.

Sie dürfen dort nicht fehlen, weil diese Kundgebung die letzte, die entscheidende sein wird. Bringen Sie alle Launen, alle Schläfer, alle Zögernden, die Zweifelnden und Unentschlossenen mit, sie dürfen nicht fehlen! Kommen Sie selbst pünktlich!

Vom Marshallplan, Care-Paketen, Quäkerspeisung bis hin zur Währungsreform am 20. Juni 1948

Was hatte dieses Stadtparlament in in den nächsten Monaten (vom 15. September 1946 bis zum 20. Juni 1948) nicht alles zu leisten!

Da waren für die Schwelmer Ratsherren - vor allem für Stadtdirektor Schüssler - die Probleme, die die Einquartierungen mit sich brachten. Da war das kaum zu lösende Problem der Textil- und Heizmaterialbeschaffung, sowie der immer katastrophaler werdende Verbrauchsgütermangel.

Überaus schlimm war die Situation im strengen Winter 1946/47, als sich einhalb Jahre nach Kriegsende der ganze Umfang wirtschaftlicher Not besonders drastisch zeigte.

Die Lage verschlimmerte sich mehr und mehr. Die Menschen hungerten oder verhungerten, als auf Grund von fehlenden Nahrungsmitteln die Militärregierung jedem Bürger (im Durchschnitt) nur noch unzureichende 1800 Kilokalorien pro Tag zuwies. Die komplette Infrastruktur wollte sich nicht erholen.

Um einen Ausweg aus dieser Misere zu finden diskutierte der Schwelmer Stadtrat vehement und suchte nach einer Lösung. Dabei prallten oftmals die sehr ideologisch ausgerichteten, parteilichen Weltanschauungen aufeinander.

Während KPD, SPD und Gewerkschaften verstärkt staatliche Kontrollen und eine daraus resultierende Planwirtschaft forderten, glaubte die CDU „das Heil“ in einer weitgehenden Liberalisierung, späterhin als freie Marktwirtschaft bekannt, zu finden.

Doch die Entscheidungen wurden (noch) nicht von den neu gewählten Landes- oder Gemeindeparlamenten bestimmt,

sondern diese blieben noch einstweilen Privileg der Siegermächte.

Vor allem der damalige US-Außenminister George C. Marshall, ermöglichte mit den Vorstellungen eines von ihm ausgearbeiteten Marshallplans die Linderung der ärgsten Not und den Beginn eines subventionierten Wiederaufbaus. Dies sorgte in den nächsten Monaten für einen spürbaren und kontinuierlichen Aufschwung.

Zusätzlich waren sogenannte „Care-Pakete“ und andere Hilfslieferungen der amerikanischen Bevölkerung und der amerikanischen Wohlfahrtsverbände wertvolle und willkommene Überlebenshilfe.

Doch da waren immer noch der Schwarzmarkt, die Tauschgeschäfte und die immer weniger Wert werdende Reichsmark, die einem Aufschwung im Wege standen.

Um dieses zu beseitigen planten die Westalliierten, die sich am 17.3.1948 zur "West-Union" zusammengeschlossen hatten, eine massive Entwertung der Reichsmark: Die Währungsreform.

So wurden am 20. Juni 1948 pro Kopf der Bevölkerung 40 Deutsche Mark gegen die alte Reichsmark umgetauscht.

Einige Tage später erhielt man in einer Umtauschaktion für 100 Reichsmark 6.50 DM, das bedeutete, wer z.B. 1000 Reichsmark auf seinem Konto gehabt hatte, besaß jetzt nur noch 65 DM.

Diese Währungsreform, verbunden mit der Politik der freien Marktwirtschaft der CDU des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard, führte die 1949 gegründete Bundesrepublik einem phänomenalen Wirtschaftsaufschwung entgegen, dem deutschen "Wirtschaftswunder".

Die Krise in der Ernährung

Versorgungslage zwingt zur Kürzung der Rationen

Nach sorgfältiger Ueberprüfung der Versorgungslage und nach Ermittlung der für Deutschland verfügbaren Nahrungsmittelmengen mußte festgestellt werden, daß eine Kürzung der Rationen in der britischen Zone unvermeidlich ist. Die Maßnahmen sind auf eine unerwartete und ungünstige Entwicklung der Getreidezufuhren und ihrer Verteilung zurückzuführen. Eine Ernährungskrise hat die Welt erfaßt, die sich auf alle Länder, auch auf Großbritannien, fühlbar auswirkt. Von der 86. Versorgungsperiode ab muß die deutsche Brotration gekürzt werden. Ab 4. März wird die Brotzuteilung für den Normalverbraucher von 10 000 Gramm auf 5000 Gramm und die Nahrungsmittelzuteilung von 2000 Gramm auf 1000 Gramm in der Versorgungsperiode herabgesetzt.



L 11 Ndsachsen 506	A 4 11 Febr.	A 3 11 Febr.	A 2 11 Febr.									
L 11 Ndsachsen 507	A 5 11 Febr.	B 3 11 Febr.	B 2 11 Febr.									
L 11 Ndsachsen 508	H 11 Febr.	B 4 11 Febr.	T 36 11 Febr.									
Bundesrepublik Deutschland Ndsachsen	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	G 11 Febr.	500 g W-Brot 11 Febr. 6	500 g W-Brot 11 Febr. 5	408	11 Jan.	11 Jan.				
Bundesrepublik Deutschland Ndsachsen	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.				
E 135 Erwachsene ab 16 Jahre Februar 1950	FETT R 11 Febr.	BU 23 11 Febr.	BU 22 11 Febr.	125 g Butter 11 Febr. 17		E 134 Erwachsene ab 16 Jahre Januar 1950	FETT R 11 Jan.	Bu 6 11 Jan.				
	FETT S 11 Febr.	250g Fett 11 Febr.	250g Fett 11 Febr.	250g Fett 11 Febr.			FETT S 11 Jan.	250g Fett 11 Jan.				
		15 11 Febr.	500 g 11 Febr.	500 g 11 Febr.								
		ZUCKER 11 Febr.	ZUCKER 11 Febr.	ZUCKER 11 Febr.								
Z 11 Ndsachsen 503	Z 11 Ndsachsen 505	Fleisch 27 11 Febr.	Fleisch 26 11 Febr.	Fleisch 25 11 Febr.		Z 11 Ndsachsen 403	Z 11 Ndsachsen 405	Fleisch 7 Jan.				
Z 11 Ndsachsen	Z 11 Ndsachsen	Fleisch 125 g FLEISCH	Fleisch 125 g FLEISCH	Fleisch 125 g FLEISCH		Z 11 Ndsachsen	Z 11 Ndsachsen	Fleisch 11 Jan.				

Der Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises

② Schwelm, den 29. Juli 1945
Ruf 2141

Zur Vorlage bei Englischen und deutschen Dienststellen

Die Versorgung des industriereichen Ennepe-Ruhr-Kreises mit Fleisch ist aus eigenen Beständen des Landesernährungsamtes nicht zu decken, zumal der Viehbestand durch Plünderungen stark gelitten hat. Es muss deshalb zusätzlich Vieh aus den benachbarten Viehwirtschaftsverbandsbezirken eingeführt werden.

Zurzeit sind im Ennepe-Ruhr-Kreis

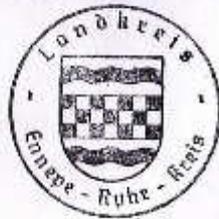
185 797	Normalverbraucher
2 413	werdende und stillende Mütter
4 546	Schwerarbeiter
2 370	Schwerstarbeiter
6 549	Ausländer

zu verpflegen.

Das für die kommende Woche benötigte Schlachtvieh kann aus dem Kreise Nordhorn und der Grafschaft Bentheim bezogen werden. Die beteiligten Dienststellen werden hiermit gebeten, die Freigabe des Viehs und die Ausfuhr in den Ennepe-Ruhr-Kreis zu genehmigen.

ALLIED
EXPEDITIONARY
FORCE
MILITARY
GOVERNMENT

BY
DATE



approved.

I. A. *Himmelman*
Humboldt
Capt. G.I.
922 Mil Gov Det.
Schwelm 29 July 1945

Ausweise

Inhaber dieses Ausweises, Herr Paul 908 aus Schwelm, hat sich dem Ernährungsamt Abtlg. A in Schwelm zur Freiwilderei und Revierrot bestellt. Er hat seinen Aufseher gebeten zu handeln, und es hat ihn bei der Durchführung dieser Aufgabe durch Soldaten und Beamte die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

Schwelm, den 29. Juli 1945

Der Landrat
des Ennepe-Ruhr-Kreises
Verkömmerungsamt



Hier einige Dokumente, die alle für eine Mindestversorgung von Verbrauchsgütern standen

Der Oberkreisdirektor
des Ennepe-Ruhr-Kreises
Wirtschaftsamt

Brennstoffbezugskarte

Verbrauchergruppe: _____

Kohlenhändler: Carl Schell

Die Brennstoffbezugsmenge für das Kohlenwirtschafts-
jahr 1946/47 (1. 4. 1946—31. 3. 1947) ist auf

26 Zentner Steinkohlen
Zentner Koks
Zentner Braunkohlen

festgesetzt worden. Ein Rechtsanspruch auf Lieferung
dieser Menge besteht nicht. Eine Versorgung mit
Brennstoffen kann nur im Rahmen der vor der Militär-
regierung bewilligten Brennstoffzuweisungen erfolgen.
Auf der Rückseite sind die erhaltenen Lieferungen zu
Prüfungszwecken einzutragen. Rückfragen sind nur an
die nachstehende Dienststelle zu richten.

Schwelm
Ort

1246
Kreis



180.000 Pfannmeter Brennholzbedarf

Der Kreis hat für den
Winterbedarf an Brennholz
eine Menge von 180.000 Pfannmetern
festgesetzt. Diese Menge ist auf
Grund der in früheren Jahren
festgesetzten Mengen für den
Winterbedarf (180.000 Pfannmeter
Brennholz) festgesetzt worden. Auf
Grund der in früheren Jahren
festgesetzten Mengen für den
Winterbedarf (180.000 Pfannmeter
Brennholz) festgesetzt worden. Auf
Grund der in früheren Jahren
festgesetzten Mengen für den
Winterbedarf (180.000 Pfannmeter
Brennholz) festgesetzt worden.

Wirtschaftsamt
des Ennepe-Ruhr-Kreises

Seifenkarte
für August 1945

Personen über 3 Jahre

Gültig nur im Bezirk des Ennepe-Ruhr-Kreises



Speisekartoffeln

i	Speisekartoffeln	78/81
b	Speisekartoffeln	78/81
k	Speisekartoffeln	78/81
c	Speisekartoffeln	78/81
l	Speisekartoffeln	78/81
d	Speisekartoffeln	78/81
m	Speisekartoffeln	78/81
e	Speisekartoffeln	78/81
n	Speisekartoffeln	78/81
f	Speisekartoffeln	78/81
o	Speisekartoffeln	78/81
g	Speisekartoffeln	78/81
p	Speisekartoffeln	78/81
h	Speisekartoffeln	78/81
q	Speisekartoffeln	78/81

Bezugsausweis für
Speisekartoffeln
für Erwachsene und Kinder
über 3 Jahre

78-81

Gültig vom
23. Juli bis 11. November 1945

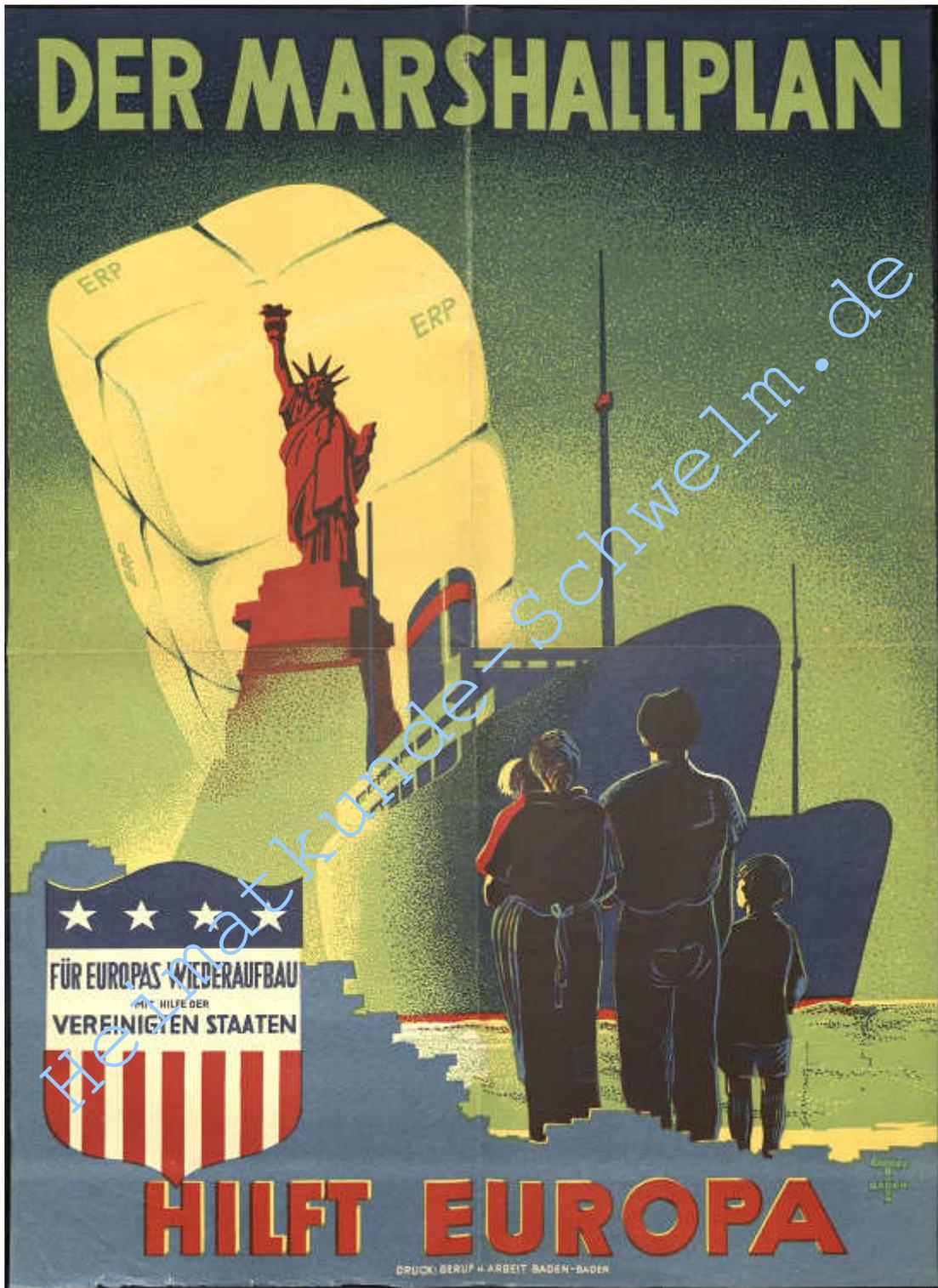
Carl Gemmel
Schwelm
Ort

Höllenhof
Ort

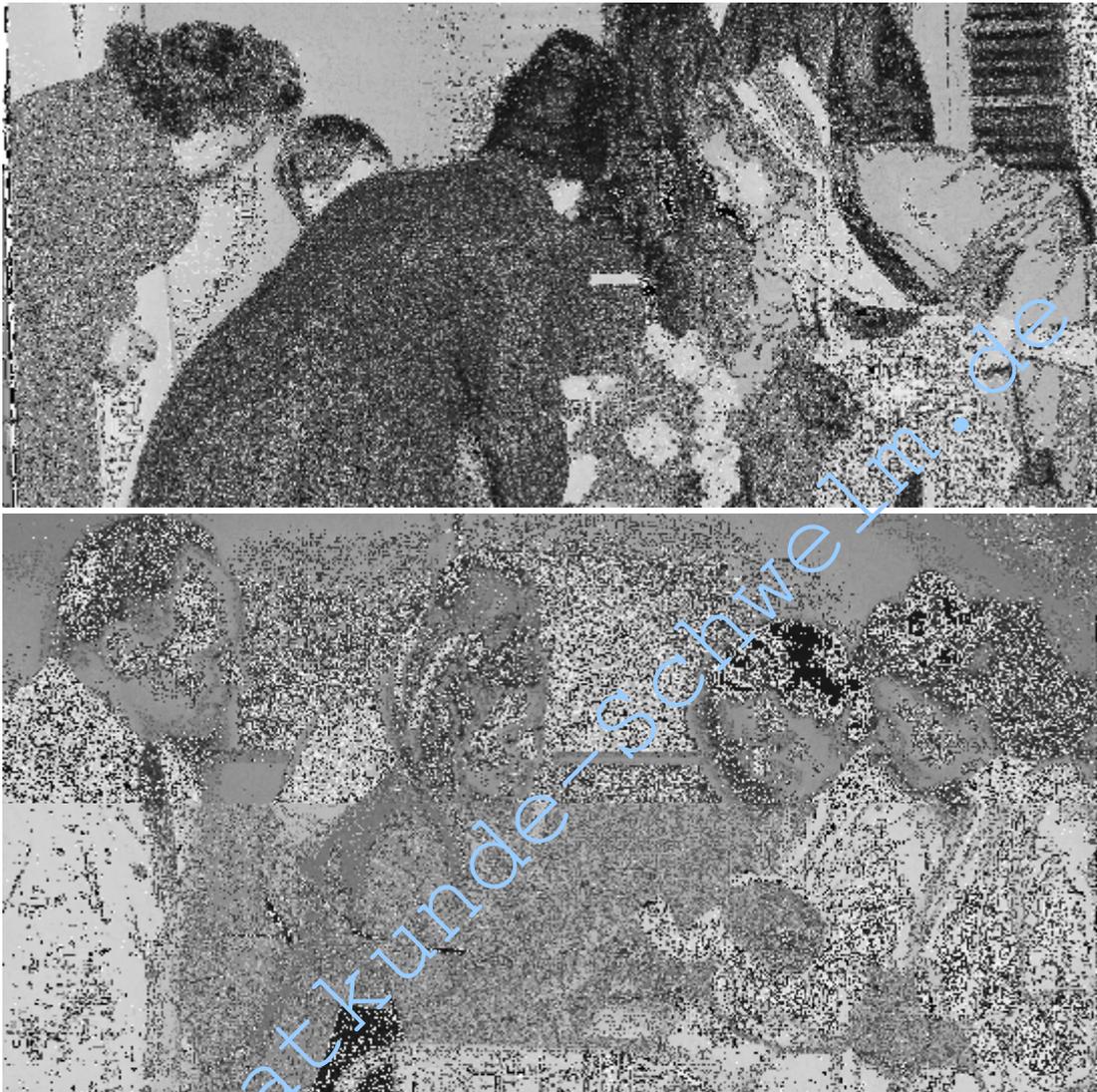
Speisekartoffeln
5. 11. 45
11. 11. 1945
IV 81
Speisekartoffeln
29. 10. 45
11. 11. 1945
III 81
Speisekartoffeln
23. 10. 45
11. 11. 1945
II 81
Speisekartoffeln
15. 10. 45
29. 10. 1945
I 81



Ohne Bezugsscheine gab es keine Lebensmittel, keine Textilien oder Brennstoff (Heizmaterial)



Plakat „Marshallplan“ hilft Europa



(oben) Empfang 1949 des Kinostars Lilian Harvey im Marienhospital (unten) v. l.: Chefarzt Dr. Wiesbrock, Lilian Harvey, dahinter Chefarzt Dr. Lanfer. Mit Säugling auf dem Arm Schwester Ursula Schwarz (Bilder: Privatbesitz Schmitz)

Hilfe für die Kinderstation im Marienhospital: Kinostar Lilian Harvey besuchte auf Einladung des Bürgermeisters Ernst Lambeck im Winter 1949 die Kinderstation des Marienhospitals, um mit „Nahrungsmittel, Säuglingssachen und einer Geldzuwendung, die Not auf der von Bomben beschädigten Kinderstation zu lindern“.

Den Besuch der Schauspielerin verdankte das Marienhospital Schwelm den guten Beziehungen des Bürgermeisters Lambeck, der durch das von ihm gegründete Schwelmer Wohnungshilfswerk auch maßgebliche Leute in anderen Hilfswerken kennen gelernt hatte. Lilian Harvey setzte sich engagiert für die „Kinderrechte“ ein, die neben der Antifolterkonvention und der Frauenrechtskonvention zu den sieben zentralen Menschenrechtsschutzsystemen der Vereinten Nationen gehören.

Die dritte Wahl 17. Oktober 1948 Gewinner ist die CDU

Erst einmal aber standen am 17. Oktober 1948 die zweiten freien Kommunalwahlen für den Rat der Stadt Schwelm an.

Nach den dringendsten Aufräumarbeiten hieß es nun, die Stadt neu zu gestalten und den in ihr lebenden Bewohnern ein menschenfreundliches und menschenwürdiges Umfeld zu bereiten.

Beginnen wir im September des Jahres 1948. Die anstehenden Wahlen werfen mit einem erbittert geführten, ideologischen Wahlkampf (wie 1946) ihre Schatten voraus.

Es ist ein Wahlkampf, in dem die CDU voll auf christliche Werte und eine christlich gestaltete Demokratie setzte.

In einem damaligen Wahlaufdruck erläuterte sie noch einmal in Auszügen ihre Ausrichtung und ihre Ziele:

„... ist die CDU eine politische Lebens- und Schicksalsgemeinschaft aller Menschen, die sich von der christlich-sozialen Demokratie mehr versprechen, als vom liberalen, marxistischen oder nationalistischen Staat, der nicht lebensfähig ist, wenn er nicht von den wärmenden Strahlen der Religion durchflutet wird. ...

Wohin wir gekommen sind, wenn man das Christentum für nebensächlich oder sogar volksfeindlich hält, haben wir gesehen. Unübersehbares Leid und Elend war das Ende...“

Ein wichtiges und aktuelles Thema blieb in der CDU die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage. In einem weiteren Wahlrundbrief schrieb sie:

„... Flüchtlinge! Die CDU wird die Rechte der Vertriebenen nicht schmälern las-

sen. Deshalb hat sie sich entschlossen, an erster und damit an sicherster Stelle auf der Reserveliste den Ostvertriebenen O. Westphal aufzustellen. Er hat das Vertrauen seiner Landleute und wird im Parlament in seiner bekannten, sachlichen Art für ihre Nöte eintreten. Ebenfalls kandidiert auf der Reserveliste Obersteiger a. D. Poppe aus Schlesien.“

In einem weiteren Wahlschreiben richtete sich die CDU wieder einmal speziell an alle Hausfrauen und schrieb:

„ ... weißt Du noch, wie Du im vorigen Jahre Winterkartoffeln beschafftest... ?

Wir Frauen haben ein besseres Gedächtnis, als viele Männer es heute haben :

Heute brauchst Du nicht mehr in überfüllten Zügen oder gar auf Puffern und Trittbrettern zu fahren, bei den Bauern zu betteln und ihnen das anzubieten, was Du selber eigentlich gar nicht entbehren konntest.

Du brauchst nicht mehr Nächte im Wartesaal zu verbringen, und die über-schwere Last auf Deinem Rücken heimtragen, die dann doch nur für kurze Zeit reichte.

Heute bekommst Du Deine Kartoffeln wieder ins Haus gebracht, ... Du brauchst den Hunger nicht mehr zu fürchten.

Weißt Du noch, wie Du im kalten Winter stundenlang Schlange um das tägliche Brot stehen musstest ?

Weißt Du noch, wie schwer das Einkaufen, aber wie leicht die Tasche war, wenn Du nach Hause gingst und nicht wusstest, was Du den Deinen zu essen geben solltest. Bekommst Du heute nicht viel mehr?

Denkst Du noch an Deine Sorgen, wenn kein Stopfen und Flicker mehr helfen

Die wacklichen Brunnenvergifter!

Wahlkampfmethoden im Zeichen des gemeinsamen Aufbaues?!

In letzter Minute und so kurz vor der Wahl, daß eine sachliche und gründliche Erwiderung nicht mehr möglich ist, hat die SPD

eine Schmutzschrift gegen die CDU

herausgebracht.

Eine derartige Methode des Wahlkampfes

erinnert an frühere Zeiten. Wenn das die wahre Demokratie sein soll, so werden weite Kreise unseres Volkes von solchen Methoden entschieden abrücken.

Die SPD behauptet in ihrem Flugblatt:

1. „Die CDU ist die Partei des Besitzes, der Großgrundbesitzer, der Schwerindustrie, der Finanzgewaltigen. Sie wird deren Politik zu machen haben.“
2. „Die CDU wird zu keiner den Verhältnissen des deutschen Volkes entsprechenden Politik fähig sein.“

Tatsache ist:

daß 70% aller Anhänger der CDU aus den Kreisen der wirtschaftlich Abhängigen (d. h. der Angestellten und Arbeiter) kommen. Der Rest besteht aus Gewerbetreibenden, Handwerkern, Bauern und auch aus Kreisen der Arbeitgeber, die aus ihrer christlichen Einstellung heraus bereit sind zu einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den sozialen Erfordernissen der Jetztzeit entspricht.

Allem Anschein nach hat die SPD aus zwölf gemeinsamen Leidensjahren nichts gelernt. Sie sieht nicht das Opfer der vielen Männer und Frauen, die — wenn sie lebten — ihre politische Heimat in der Christlich-Demokratischen Union gefunden hätten.

Unsere Hoffnungen auf einen ehrlichen Wahlkampf werden durch die verleumderischen Äußerungen der SPD zunichte gemacht.

Frauen und Männer!

Scht Euch unsere Kandidaten an!

**An ihnen könnt Ihr die Unwahrhaftigkeit
der Behauptungen unserer Gegner erkennen!**

Gebt bei der kommenden Wahl die richtige Antwort auf solche Verdächtigungen durch Abgabe Eurer Stimme für die Kandidaten der CDU!

Christlich-Demokratische Union.

G. Meiners m.b.H., Schwelm BAG. 5 1514/20000 9. 10 C.

Wahlwerbung der CDU zu den im Oktober 1948 stattfindenden Wahlen

So muss Ihr Stimmzettel nach der Wahl aussehen:

Wahlbezirk I

1.	Arhelger, Heinrich, Milspe, Schemmstr. 7, Gewerkschaftsangestellter	KPD	
2.	Bangert, Julius, Milspe, Schachtstr. 30, Landwirt	SPD	
3.	Behrenberg, Wilhelm, Milspe, Birkenstr. 1, Arbeiter	KPD	
4.	Degenhardt, Walter , Schwelm, Schützenstr. 32, Ob.-Steuerinsp.	CDU	X
5.	Fley, Eugen , Milspe, Lindenstr. 9, Rentant	CDU	X
6.	Frese, Robert, Schwelm, Untermauerstr. 9, Hausmeister	SPD	
7.	von Hagen, Karl, Schwelm, Windmühlenstr. 12, Holzgroßhändler	FDP	
8.	Hahne, Eugen , Schwelm, Bahnhofstr. 20, Kaufmann	CDU	X
9.	Helling, Dr. Franz, Schwelm, Bahnhofstr. 71, Oberstudiendirektor	KPD	
10.	Isselstein, Wilhelm, Schwelm, Bahnhofstr., Kaufmann	FDP	
11.	Jungius, Otto, Schwelm, Hauptstr. 147, Angestellter	KPD	
12.	Kappel, Willi, Schwelm, Kaiserstr. 38, Polierer	SPD	
13.	Kappelhoff, Elfriede, Milspe, Feldstr., Hausfrau	SPD	
14.	Klingelhöller, Emil, Schwelm, Drosselstr. 6, Kriminalrat a. D.	KPD	
15.	Knäpper, Ernst, Schwelm, Feldstr. 27, Angestellter	SPD	
16.	Knäpper, Hanna, Schwelm, Altmarkt 14, Hausfrau	SPD	
17.	Lahme, Fritz, Milspe, Winkelstr. 8, Schlossermeister	FDP	
18.	Lambeck, Ernst , Schwelm, Kollenbuscherweg, Färbermstr.	CDU	X
19.	Pläcking, Carl, Schwelm, Moltkestr. 10, Studienrat	FDP	
20.	Roth, Eili , Schwelm, Blumenstr. 1, Hausfrau	CDU	X
21.	Springorum, Carl, Schwelm, Wilhelmstr. 31, Kaufmann	FDP	
22.	Stiens, Franz , Schwelm, Prinzenstraße, Schlosser	CDU	X
23.	Weiland, Friedrich, Schwelm, Hattingerstr. 65, städt. Arbeiter	KPD	
24.	Winkelsträter, Paul, Schwelm, Westfalendamm 10, Architekt	FDP	

Sechs Kandidaten dürfen Sie wählen: Hinter jedem Kandidaten der CDU aber nur ein X!

Nur ein Kreuz dürfen Sie machen, kein anderes Zeichen oder keinen anderen Zusatz, sonst ist der Stimmzettel ungültig!

Merken Sie: Ihre Stimme nur den Kandidaten der CDU!

wollte bei Leib-, Bett- und Küchenwäsche?

Weißt Du noch, wie Du um Deine Bezugsscheine betteln musstest? Und wenn Dir die große Ausnahme zu teil wurde, einen zu erhalten, dann standest Du im leeren Laden und bekamst nichts dafür, weil diese Ware andere Wege gegangen war?

Heute hast Du es leichter, denn die CDU hat die Zwangswirtschaft beseitigt und der freien Wirtschaft Raum gegeben...

Daran denken Sie bitte, wenn Sie bei dieser Wahl ihre Stimme abgeben: Geben Sie ihre Stimme nur den Kandidaten der CDU !“

Ernst Lambeck wird Schwelms erster CDU Bürgermeister, Ludwig Jennemann sein Stellvertreter

Diese CDU Argumente „zogen“. Das Wahlergebnis war so überragend, dass sie Ernst Lambeck zum ersten CDU-Bürgermeister Schwelms (bis 1951) wählten.

Dieser war schon 1945 an der Gründung der CDU-Ortsgruppe maßgeblich mitbeteiligt. Er, der nie der NSDAP angehört hatte, wurde schon nach Kriegsende von der Militärregierung in das erste Stadtparlament Schwelms berufen. In der CDU bekleidete er dann bis zum Jahre 1956 das Amt des stellvertretenden und bis 1972 das des ersten Vorsitzenden. Ab 1946 war er Mitglied des Kreistages.

(eine Laudatio auf Ernst Lambeck siehe Seite: 238)



Die CDU Fraktion 1948:
von links oben: Otto Müller, Albert Becker, Ludwig Jennemann, Oskar Westphal
und Walther Degenhardt, sitzend von links:
Walter Siepmann, Ernst Lambeck, Otto Hahne und Engelbert Goecke

In gleicher Sitzung wählte das Stadtparlament Ludwig Jennemann (CDU) zum 1. stellvertretenden Bürgermeister.

Ideologischer Kampf um die Schwelmer Konfessionsschule

Besonders mühselig war es, das Schwelmer Schulwesen wieder in Gang zu bringen. Die zehnklassige Volksschule in der Gasstraße war restlos zerstört, das Gebäude des Gymnasiums weitgehend durch Bomben geschädigt, die Turnhalle und die Klassenzimmer in der Volksschule Möllenkotten vernichtet. Auch sämtliche anderen Schulgebäude befanden sich in einem katastrophalen Zustand.

Die Bänke und die Einrichtungsgegenstände waren verbrannt oder von Bomben zerstört. In der Schule Potthoffstraße, wie in allen anderen Schulen auch, war keine Fensterscheibe mehr heil.

Zwar hatten mit Genehmigung der Militärregierung Anfang September 1945 im Kreisgebiet immerhin 18 Schulen ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, doch wie schwer waren die Unterrichtsstunden!

Da mussten einstweilen sogar die Kinder in der Schule Möllenkotten auf dem Fußboden sitzen. An anderer Stelle dienten selbstgezimmerter Holzbänke nicht nur als Sitzgelegenheit, sondern auch als Schreibpulte, vor denen man sich niederkniete. Hinzu kam noch die Schwierigkeit der Beschaffung von Schreibmaterial. Bleistifte, Schiefertafeln und Griffel waren kaum vorhanden. Für ein Schreibheft miserabelster Qualität musste man sogar ein halbes Pfund Altpapier abliefern.

Viele Leute, besonders Ausgebombte und Vertriebene, konnten aber selbst diese verhältnismäßig geringe Menge

Papier nicht aufbringen. Erst ab Mitte 1946 wandelte sich langsam die Situation zum Besseren.

Gleichzeitig mit dem Beginn des Schulbetriebes begann auch der Kampf um den Wiederaufbau der konfessionellen Schulen.

Als die katholische und evangelische Eltern und die Kirchengemeinden in Schwelm erfuhren, dass der Schulbetrieb der konfessionellen Schulen entgegen den Anordnungen der Militärregierung erst ein Jahr später beginnen sollte, organisierten sie kurzfristig eine Unterschriftensammlung gegen diesen Beschluss.

Das Ergebnis: Auf katholischer Seite sprachen sich 95 Prozent der Erziehungsberechtigten für die Wiederherstellung eines zeitgleichen katholischen Schulbetriebes aus. Auch die evangelischen Eltern wollten für ihre Kinder einen Schulunterricht in konfessionellen Schulen.

Mit diesem Ergebnis hatten der vor Lambeck amtierende Bürgermeister Klode und der Regierungspräsident Fries nicht gerechnet. Sie bevorzugten ihrer ideologischen Einstellung entsprechend die Förderungen von Gemeinschaftsschulen.

Doch letztlich einigten sich die „Kontrahenten“, Kreisschulrat, die Schulleiter, Vertreter der Stadt und der Kirchen, in einer Besprechung am 13. Juni 1946, auf den 23. August 1946 als Eröffnungstermin für einen konfessionellen Schulunterricht.

Weiter beschlossen Sie, die konfessionell ausgerichteten 11 Klassen mit 544 Kindern auf zwei Schulen, nämlich auf die Westfalendamm- und Potthoffstraßenschule zu verteilen.

Hier wurde dann wöchentlich abwechselnd am Vor- und am Nachmittag mit gekürztem Lehrplan unterrichtet.

Doch diese Art des Unterrichts wurde in den kommenden Monaten und Jahren immer mehr zu einem nicht haltbaren Zustand. Die Situation wurde fast unerträglich, als sich die Schülerzahlen in der katholischen Schule infolge des Zuzugs von Ostvertriebenen und Flüchtlingen noch um ein Vielfaches erhöhten und kein eigenes Gebäude zur Verfügung stand.

Deswegen setzte sich die CDU vehement für ein neu zu bauendes, konfessionelles Schulgebäude ein, was 1948 zu einem wichtigen Wahlkampfthema wurde.

Was aus dieser Angelegenheit wurde, das wird in einem der folgenden Kapitel detailliert beschrieben. Faktum ist, das das Thema Konfessionsschule bis heute eines der brisantesten kommunalpolitischen Themen geblieben ist.



Katholische Schule Eingang Gasstraße. Im Hintergrund die zerstörte Sakristei der Marienkirche



Die zerstörte und ausgebrannte Katholische Schule an der Gasstraße vom Pausenhof aus (Foto Privatbesitz Schmitz).

Unter Bürgermeister Ernst Lambeck begann ein neu strukturierter Wiederaufbau

Galten die ersten Jahre nach Kriegsende unter Schüssler und Klode noch der Orientierung, der Verbrauchsgüterbeschaffung, der Einquartierungen und der Enttrümmerung, so sollen nachfolgende Ausführungen einen Teil der großen Fülle dessen veranschaulichen, was während der Amtszeit Lambecks geplant, beschlossen, gefördert, ausgeführt, begonnen und zur Schau gestellt wurde.

Nach Währungsreform und Lambecks Wahl zum Bürgermeister, wurden für alle Bürger sichtbar, die im Oktober 1948 gemachten Wahlversprechen umgesetzt. Als erstes galt es nun, die Weichen für eine neue und großzügige Kernbebauung Schwelms zu stellen.

Einen diesbezüglich Antrag brachten Lambeck und seine CDU-Fraktion Anfang 1949 in den Stadtrat ein. Mit großer Mehrheit wurde eine großzügige Kernbebauung beschlossen. Nun konnte die Verwaltung neben Hilfsleistungen und Verbesserungen der Infrastruktur auch den Wiederaufbau des Stadtkerns angehen.

Weiterhin beschlossen die Ratsmitglieder, Schwelm in Gänze zum Neuordnungsgebiet zu erklären und stellten hierfür einen Neuordnungsplan auf. Dieser bildet die Richtlinie für den Ausbau.

Nun konnte Ende 1949 mit den Umsetzungen kommunaler Aufgaben, mit den für unsere Stadt sehr umfangreichen Bautätigkeiten und mit den umfassenden Vorplanungen für das gesamte Stadtgebiet begonnen werden.

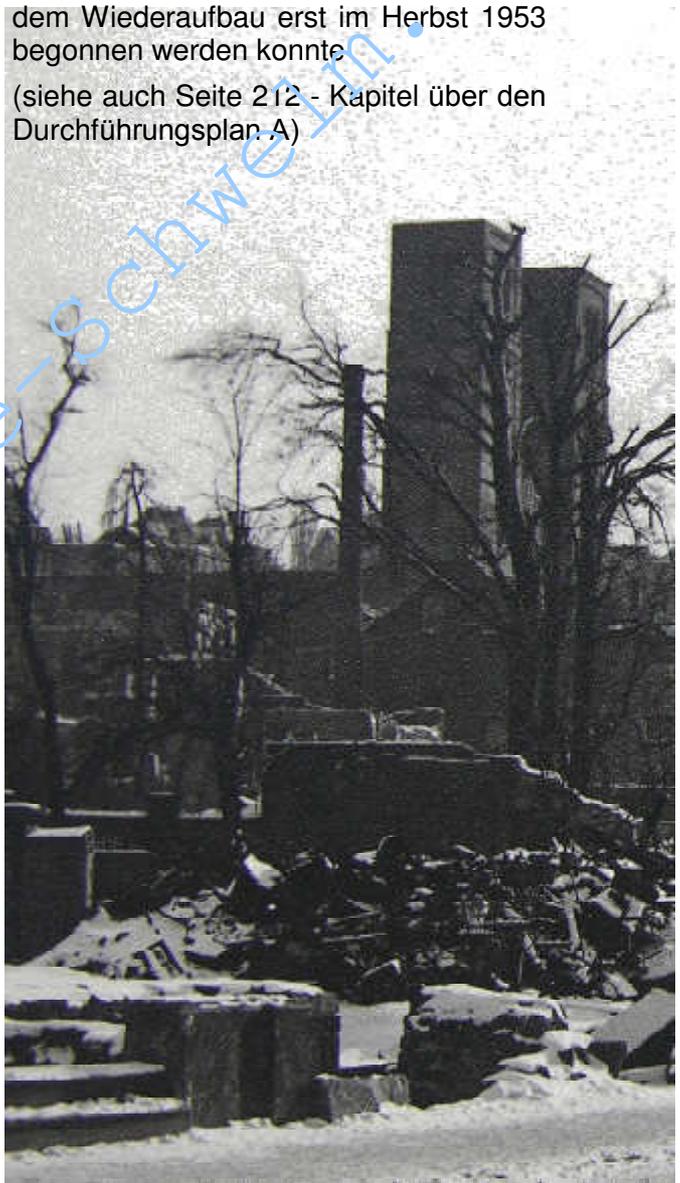
Die SZ schrieb:

„Man mag heute über die Art und Weise der Gesamtplanung oder Teile da-

von streiten wie man will, fest steht, dass neben Zustimmung zu einer Reihe sogenannter „bester alternativer Lösungen“ für den Wiederaufbau des Stadtkerns auch größte Bedenken und Ablehnung bestehen...!“

Die Diskussionen um die „besten Lösungen“, verbunden mit heftigen Einsprüchen einiger Anwohner gegen die Neubebauung der Bahnhofstraße und Untermauerstraße, führte dazu, dass hier mit dem Wiederaufbau erst im Herbst 1953 begonnen werden konnte.

(siehe auch Seite 212 - Kapitel über den Durchführungsplan A)



Das Bild rechts zeigt
die Bahnhofstraße
vor der Zerstörung

(unten)

Das ganze Ausmaß
der Zerstörung nach
dem Bombenangriff
am

3. März 1945

Die Innenstadt mit
oberer Bahnhofstraße
einschließlich
Hauptstraße und
Kirchen waren
gänzlich zerstört



Provisorische Gestaltung des Mär- kischen Platzes

Nicht nur der Stadtverwaltung, sondern auch den Stadtvertretern war das große Trümmerfeld in mitten der Stadt im wahrsten Sinne ein Dorn im Auge.

Vehement gedrängt von den (fast ausschließlich) ehemaligen Gewerbetreibenden der total zerstörten Bahnhof-, Haupt- und Untermauerstraße, hatte die Verwaltung schon lange nach Lösungen gesucht, den Platz bis zur endgültigen Nutzung einstweilen neu zu gestalten und zu belegen. Mit dieser Belegung wollte man den Einzelhändlern Möglichkeiten für die Ausübung ihres Gewerbes geben.

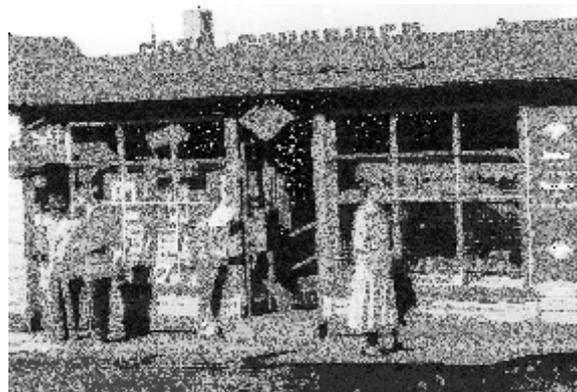
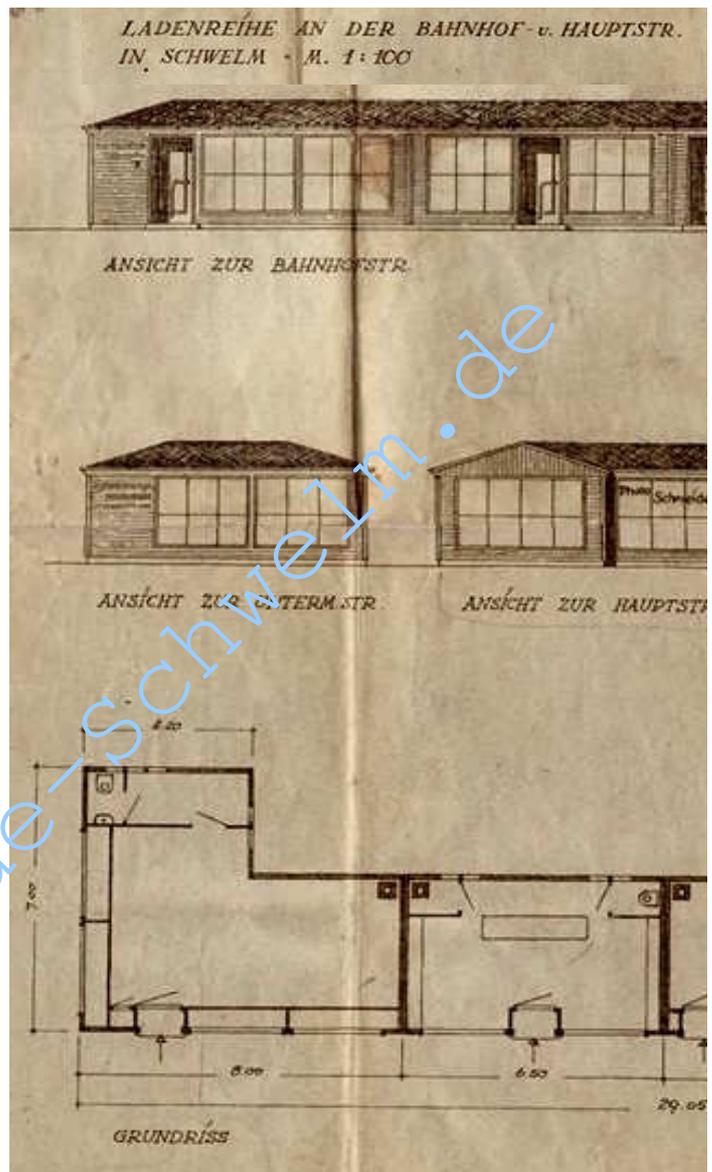
Auf Drängen der CDU-Fraktion beauftragte die Verwaltung Ende 1949 Stadtarchitekt Hilgenberg, diesbezügliche Pläne zu fertigen.

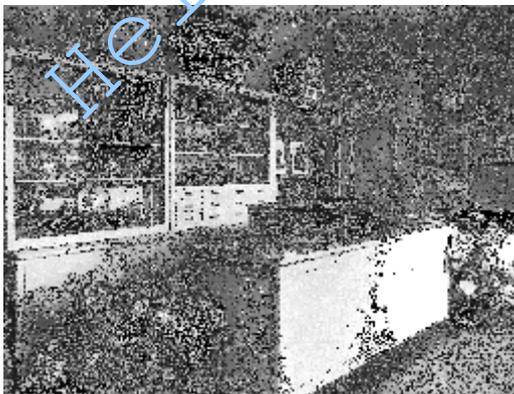
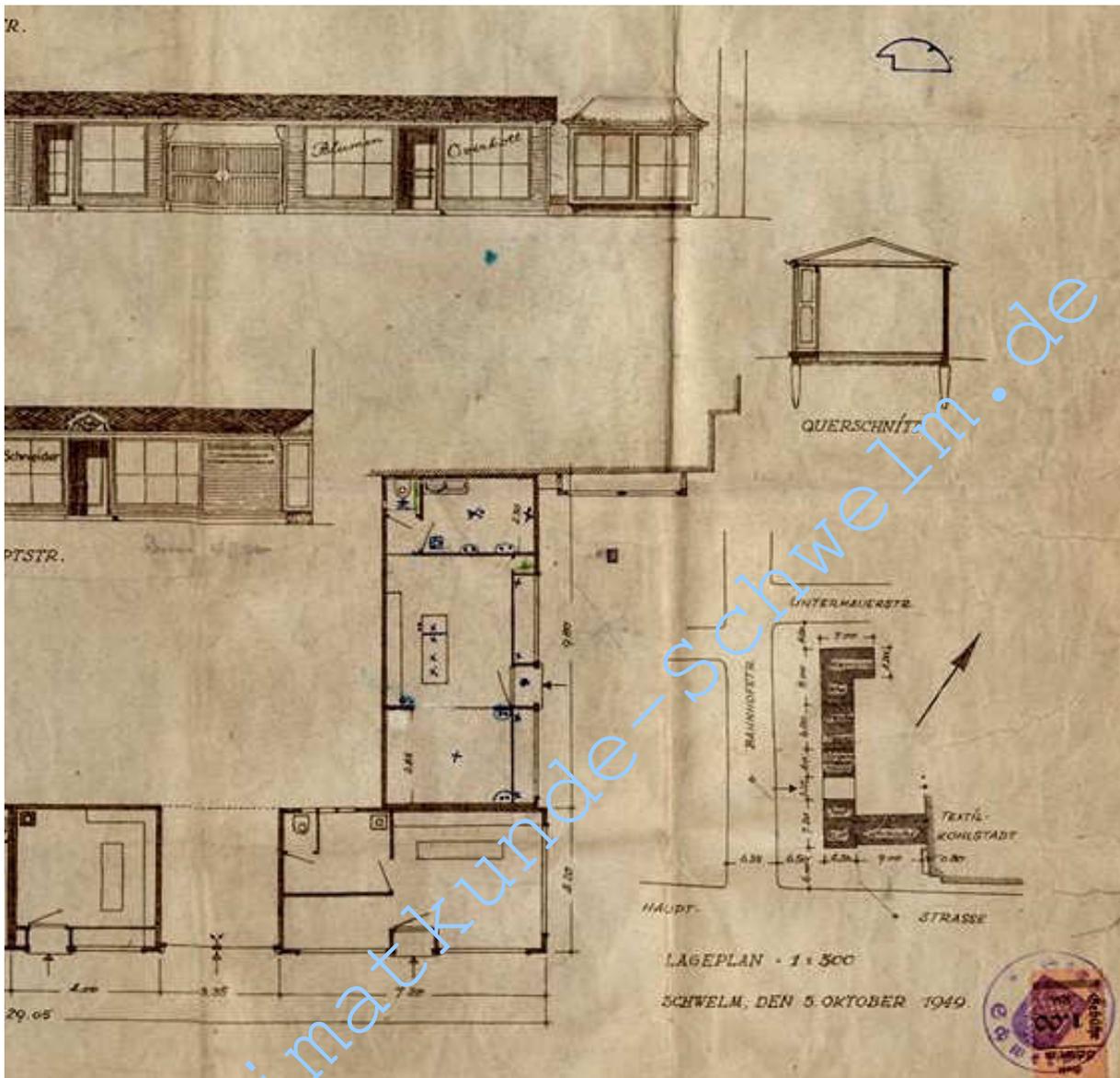
Sein ausgearbeiteter Plan, eine 10m lange Front an Geschäftslokalen in der Hauptstr., eine 29m lange Front in der Bahnhofstr. und eine 7m lange Front in der Untermauerstr. zu errichten, fand bei Politik, Verwaltung und Bevölkerung großen Anklang.

Folgende Gewerbe konnten dann ab Ende November 1949 ihre Ladenlokale dorthin verlegen: (aufgeführt in der Reihenfolge von der Hauptstraße bis zur Untermauerstraße)

Foto Atelier Schneider, Gärtnerei Overkott, ein Süßwarengeschäft, Tabakwaren Jürgensmeyer, Papier und Schreibwaren Olles, Werkzeuge Freitag & Sohn, die aber nur 5 Monate dort ihr Ladenlokal betrieben und es dann Radio Braun überließen.

Die Ausführung der Geschäftslokale geschah in Holzbauweise mit einer Stulpenschalung.





(oben) Ladenlokalreihe in der Innenstadt November 1949: Von Haupt-, Bahnhof- bis Untermauerstr. (rechts) Außen und Innen des Geschäfts - Foto Schneider - (Bilder: Foto Schneider)

Interessant wäre noch zu erwähnen, dass die Schaufensterscheiben alle die Maße 100 x 80 cm als Einheitsmaß hatten. Andere gab es nicht.

Der Märkische Platz Anfang der 1950er
Jahre im Wiederaufbau mit seinen
provisorischen Geschäftslokalen





Bau der katholischen Schule

Die CDU, die 1949 die Wahl gewonnen hatte, musste nun eines ihrer wichtigsten Wahlversprechen, den Neubau einer konfessionellen Grundschule, einzulösen.

So wurde neben anderen wichtigen Aufgaben das Thema Konfessionsschule vordringlichste Angelegenheit der neuen CDU-Ratsfraktion. Dabei hatten sie in ihrem neu ernannten Bürgermeister Ernst Lambeck einen ausgezeichneten Vorreiter.

Während Stadtdirektor Schüssler sich am 11. Oktober 1949 noch aus finanziellen Erwägungen eindringlich für den Wiederaufbau der Schule an alter Stelle eingesetzt hatte (alte Gasstr.), brachte die CDU und ihr Koalitionspartner FDP Anfang März im Stadtrat folgenden Antrag zur Abstimmung ein:



In der Aula der Engelbertschule:
Schüleröffnungsrede des stellv. CDU-
Bürgermeisters Ludwig Jennemann

„...der Rat möge beschließen, eine katholische Schule in Konkurrenz zur gleichzeitig geplanten Errichtung der Nordstadtschule zu bauen. ... und damit Schwelm den ersten Volksschulneubau im Ennepe-Ruhr-Kreis nach Kriegsende bescheren..“

Die diesbezügliche Ratssitzung am 14. März 1950 können wir heute als historisch bezeichnen. Denn an diesem Tag fasste die Stadtvertretung mit der knappen Mehrheit von 16 zu 15 Stimmen gegen die Stimmen von SPD und KPD den wegweisenden Beschluss, eine neue, katholische Schule zu bauen.

Diese neue Schule sollte in einem straßenmäßig bisher nicht erschlossenen Gebiet, aber in hervorragend geeigneter Lage in unmittelbarer Nähe der alten Stelle gebaut werden. Gemeint war das alte Osterfeld zwischen Marienkirche und Potthoffstraße.

Da im Vorfeld der Neubau einer Konfessionsschule nicht nur kontrovers, sondern auch ideologisch geführt worden war, kann das Ergebnis der Abstimmung ohne Zweifel als Sieg christlich orientierter Politik bezeichnet werden. Es war der erste überragende Sieg einer christlichen Partei über linke Ideologie!

Übrigens: Die Vertreter der FDP waren zwar mehrheitlich der Meinung *„die Schulform möge nach den jeweiligen Verhältnissen entschieden werden, ob die christliche Gemeinschaftsschule oder die Bekenntnisschule eingerichtet werden soll.“*

Doch da die von den Katholiken geforderte Konfessionsschule auch durchweg dem christlichen Weltbild ihrer Stadtrat - Vertreter am nächsten kam, stimmten sie für diese neue katholische Konfessionsschule.

schnitt des zweigeschossigen Gebäudes mit Nebenräumen, wurde am 13. Juni 1951 begangen. Schon am 9. Januar 1952 konnte die feierliche Übergabe erfolgen. Damit brauchte nur noch jede dritte Woche am Nachmittag Unterricht erteilt werden.

Ich möchte es an dieser Stelle vorweg nehmen: Auch für eine Erweiterung der Engelbertschule erwirkte die CDU im Rat die erforderliche Mehrheit.

Mit diesem „zweiten Bauabschnitt“, der am 1. August 1953 begann und am 5. November 1954 vollendet wurde, entstand ein weiterer zweigeschossiger Bau, der durch einen überdachten Verbindungsgang an den ersten angeschlossen wurde.

Nunmehr umfasste die Gesamtanlage 16 Klassenzimmer, ein Rektorzimmer, zwei Lehrerzimmer, ein Lehrmittelzimmer, eine 240 Quadratmeter große Aula, zwei Werkräume, eine Lehrküche mit Essraum und ein Schülerlesezimmer.

Zwei Tage vor dem Fest des heiligen Engelbert, der zum Namensgeber für die neue Straße und das an ihr liegende Schulgebäude wurde, fand die feierliche Einweihung der Schule statt.

Der stellvertretende CDU-Bürgermeister Ludwig Jennemann begrüßte an diesem Tag der Einweihung viele Vertreter der Regierung, des Kreises, der Stadt, der evangelischen Kirchengemeinde und der beteiligten Firmen.

Viele Bürger Schwelms und aus der Umgebung freuten sich mit Kreisschulrat Burkert, Pastor Lüttecke, Rektor Christoph bzw. Rektor Kropp, dem Lehrerkollegium und der ganzen Gemeinde über das gelungene Werk.

Sie sparten in Ansprachen und Glückwünschen nicht mit Lob.

Hintergrundwissen: Konfessionelle Schulform in Verfassung NRW verankert.

(offizielle Internetseite des Landes NRW)
In Nordrhein-Westfalen hat die Bekenntnisschule Verfassungsrang.

§ 12 Abs. 3 Satz 2

In der nordrhein-westfälischen Verfassung heißt es: „*In Bekenntnisschulen werden Kinder des katholischen oder des evangelischen Glaubens oder einer anderen Religionsgemeinschaft nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses unterrichtet und erzogen.*“

§ 26 Abs. 6

In diesem Absatz wird geregelt, dass „*Lehrerinnen und Lehrer an Bekenntnisschulen dem betreffenden Bekenntnis angehören und bereit sein müssen, an diesen Schulen zu unterrichten und zu erziehen.*“ Religionsunterricht wird in der Regel nur im Schulbekenntnis erteilt, Erziehungsberechtigte von Nicht-Bekenntniskindern müssen als Voraussetzung für die Aufnahme eine Einverständniserklärung über die Unterrichtung und Erziehung im Schulbekenntnis unterzeichnen.

§ 27 Abs. 3

Die Hürden für eine Umwandlung in Gemeinschaftsgrundschulen wurden im März 2011 geändert. Zur Umwandlung der Konfessionsschule in eine Gemeinschaftsschule sind die Stimmen der Eltern von **mehr als der Hälfte** aller Schülerinnen und Schüler erforderlich. Bis zu diesem Termin lag diese Umwandlungshürde bei zwei Drittel. Außerdem können seit Inkrafttreten des 11. Schulrechtsänderungsgesetzes auch bekenntnisfremde Lehrkräfte im Ausnahmefall zur Sicherung des Unterrichts an staatlichen Bekenntnisschulen unterrichten. Die Position der Schulleitung ist nach wie vor bekenntnisgebunden.



(oben) Die Engelbertschule
(unten) Das große Fenster in der Aula

Weitere Neuerungen: Der Besuch von Schulgottesdiensten an Bekenntnisgrundschulen von Schülerinnen und Schülern darf nicht mehr erzwungen werden. Außerdem kann ein nicht dem jeweiligen Schulbekenntnis entsprechender Religionsunterricht angeboten werden.

(Im Schuljahr 2013/14 waren von 2.891 öffentlichen Grundschulen 879 katholisch und 94 evangelisch, darüber hinaus gab es zwei jüdische Bekenntnisgrundschulen. In 75 Kommunen gab es im Schuljahr 2012/13 ausschließlich konfessionelle Grundschulen. Von den 535 öffentlichen Hauptschulen waren 42 katholisch und 5 evangelisch.)

Evangelische Bekenntnisschulen

Bedeutendster freier Träger von Schulen evangelischen Bekenntnisses sind in Deutschland die Evangelischen Landeskirchen. In den „neuen“ Bundesländern sind sie Träger der meisten evangelischen Konfessionsschulen und auch der häufigste Träger freier Schulen insgesamt.

Innerhalb der Gesamtheit der evangelischen Konfessionsschulen hat sich eine Strömung evangelikaler Schulen etabliert, die den Begriff „Bekenntnisschule“ – in abgrenzender Bedeutung zu allen anderen konfessionellen Schulen – speziell nur für Einrichtungen ihrer religiösen Prägung beanspruchen. Ein beträchtlicher Teil dieser Schulen hat einen gemeinsamen Dachverband, den Verband Evangelischer Bekenntnisschulen (VEBS) gebildet. Die meisten der evangelikalen Bekenntnisschulen entstanden seit den 1970er Jahren „als Reaktion gegen neomarxistische Schulreformen.“



Das Gebäude der katholischen Grundschule Schwelm bis zum Jahre 2014



An die Wählerschaft des Wahlkreises Ennepe-Ruhr-Süd

Als Kandidat der vereinigten Liste CDU-FDP stelle ich mich Ihnen vor:

Am 9. Oktober 1905 zu Schwelm geboren, besuchte ich von 1912 an die Volksschule und verließ 1922 mit der Obersekundarreife die Oberschule, ging nach Frankfurt am Main zur I.G. Farben-Industrie und arbeitete dort in der Versuchsfärberei bis zu meinem Eintritt in das väterliche Geschäft, in dem ich auch heute noch Schulter an Schulter mit den Besitzern unseres Betriebes praktisch an Farbfärberei und Maschinen in der Betriebsleitung tätig bin.

Seit 1933 im Kampf gegen den Nationalsozialismus in der „Bekennenden Kirche“ stehend, trat ich nach dem Zusammenbruch 1945 in das politische Leben ein. Ich wirkte in der Stadterweiterung von Schwelm und in den Ausschüssen, wurde 1948 in direkter Wahl in den Kreistag gewählt, dem ich auch heute noch angehöre; 1948 wählte mich der Rat der Stadt Schwelm zum Bürgermeister und bekräftigte diese Wahl erneut im Dezember 1949.

Durch dieses Amt bin ich einem großen Teil der Bevölkerung bekannt. Sie kann sich ein Urteil über meine kommunalpolitische Tätigkeit bilden. Sie weiß, daß ich ein absolutes Verständnis für die berechtigten Belange der Werkstätten habe und mich für deren Interessen immer einsetze und auch in Zukunft einsetzen werde, jedoch auch in gleichem Umfange für jene Initiativen einträte, die gemäß einer freien Entfaltung der Persönlichkeit aller Schaffenden für die Besserstellung unseres Volkes unbedingte Anforderung ist.

Die Bevölkerung weiß, daß die Wohnungsnot meine größte Sorge ist und daß es meiner Initiative gelang, das Wohnungshilfswerk zu gründen, welches bis heute ganz beachtliche Erfolge zu verzeichnen hat. Mit Hilfe der im ersten Jahr auf absolut freiwilliger Basis aufgebrachteten 101 150.— DM konnte die Finanzierung des Baues von zusätzlich

Landtagswahlen am 18. Juni 1950

Normalerweise gehören die Landtagswahlen 1950 nicht unbedingt zur Geschichte eines CDU-Ortsverbandes, doch hatte diese Wahl Besonderheiten, die mir als erwähnenswert erscheinen.

So stand die Endphase dieses Wahlkampfes ganz im Zeichen einer neuen Landesverfassung, die am 6. Juni 1950 vom Landtag zwar beschlossen, aber am Wahltag durch einen gleichzeitigen Volksentscheid bestätigt werden sollte. Da die in ihr verankerte Konfessionsschule sehr umstritten war, entzündete sich eine kontroverse Debatte, die in einem ideologischen Kampf zwischen christlichen und sozialistischen Parteien ausartete.

Stein des Anstoßes war die kurz vor der Abstimmung gehaltene Erklärung des SPD-Abgeordneten Heinz Kühn für seine Fraktion, in der er die neue Verfassung als zweifelhaften Akt sozialer Unzugänglichkeit eines staatspolitischen Föderalismus und des konfessionellen Separatismus bezeichnet.

Statt den geistigen Zwiespalt zu überbrücken, wäre diese Verfassung nur dazu geeignet, ihn noch mehr zu vertiefen.

Besonders prangert er die Verankerung einer konfessi-

111 Ihnen erstreckt werden.
 Und Sie weiß, daß ich immer dafür einträte, daß die unveräußerlichen Rechte einer göttlichen Ordnung auch im weltlichen Raum zur Anwendung gelangen, als Grundlage einer sozialen Lebensgestaltung.
 Sofern Sie bereit sind, mir Ihre Vertrauen zu schenken, werde ich auch dieses Vertrauens allezeit würdig erweisen und meine ganze Kraft zum Wohle der Allgemeinheit einbringen.
 Darum bitte ich am 18. Juni um Ihre Stimme.
Ernst Lamberck.

Präambel der NRW - Landesverfassung von 1950
„In Verantwortung vor Gott und den Menschen, verbunden mit allen Deutschen, erfüllt von dem Willen, die Not der Gegenwart in gemeinschaftlicher Arbeit zu überwinden, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen, haben sich die Männer und Frauen des Landes Nordrhein-Westfalen diese Verfassung gegeben: ...“

onellen Schulform in der Verfassung an und führte weiter aus, dass nur eine christliche Gemeinschaftsschule die beste und zukunftsträchtige Schulform im echten Geiste einer achtenden Duldsamkeit sei.

Abschließend bemerkte Kühn, dass nun die CDU nicht nur die Verantwortung für ein nicht mehr zeitgemäßes Schulsystem trüge, sondern auch durch die konfessionellen Bekenntnisschulen in der Landesverfassung eine völkerverhöhende Intoleranz fördere.

Ein weiterer kontroverser Punkt war die kurze Zeitspanne von 14 Tagen über das „Ja oder Nein“ zur neuen Landesverfassung. Diese „Volksabstimmung“ sollte mit der Landtagswahl stattfinden.

So beschwor der FDP-Abgeordnete Middelhaue das Haus, auf die Mahnung des greisen SPD Nestors Carl Severing zu hören und eine Mindestfrist von zwei Monaten einzuräumen, um die Verfassung in der Öffentlichkeit diskutieren zu können.

Zu tumultartigen Szenen kam es im Landtag, als die SPD die kurzfristige Zeitspanne zur Volksbefragung als eine Verhöhnung des Völkerrechts bezeichnete. Sie kündigte an, dass sie die Frage nicht ruhen lassen würde, ob es sich bei dem Zeitraum von 14 Tagen, staats-

rechtlich betrachtet, überhaupt um eine angemessene Frist zur Unterrichtung der Wählerschaft handele.

Nach Beruhigung der Abgeordneten warben CDU und Zentrum noch einmal für die Annahme der Verfassung u.a. mit der Verankerung einer Konfessionsschule .

Mit 110 Stimmen der CDU und des Zentrums wurde das Landesgrundgesetz gegen 97 Stimmen der SPD, FDP und KPD in dritter Lesung verabschiedet.

Die gleiche Mehrheit von CDU und Zentrum setzte die Kopplung der am 18. Juni 1950 stattfindenden Landtagswahl mit einem Volksentscheid über die Landesverfassung durch.

Verfassungsentwurf	Stimmen absolut
JA	3.627.054
NEIN	2.240.674
ungültig	496.555

Wahlergebnis Landesverfassung 1950

Heimatkunde-SchweIm.de

Die ersten Jubiläumsfeiern nach dem Krieg



**100 Jahre Sparkasse Schwelm
Kolpingsfamilie und Festzug
350 Jahrfeier und Stadtjubiläum**

Eröffnung der Ratsherrensitzung zum 350jährigen Stadtjubiläum



Jubiläumsheft der Sparkasse in Schwelm

Drei Jubiläen, die nach dem Krieg den Willen zum Neuaufbau prägten

Dass das Leben neben Ruinen, Enttrümmerung und Neuaufbau, zwischen Entbehrung Hunger und Not auch gesellschaftlich weiterging, davon zeugen drei Großveranstaltungen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren:

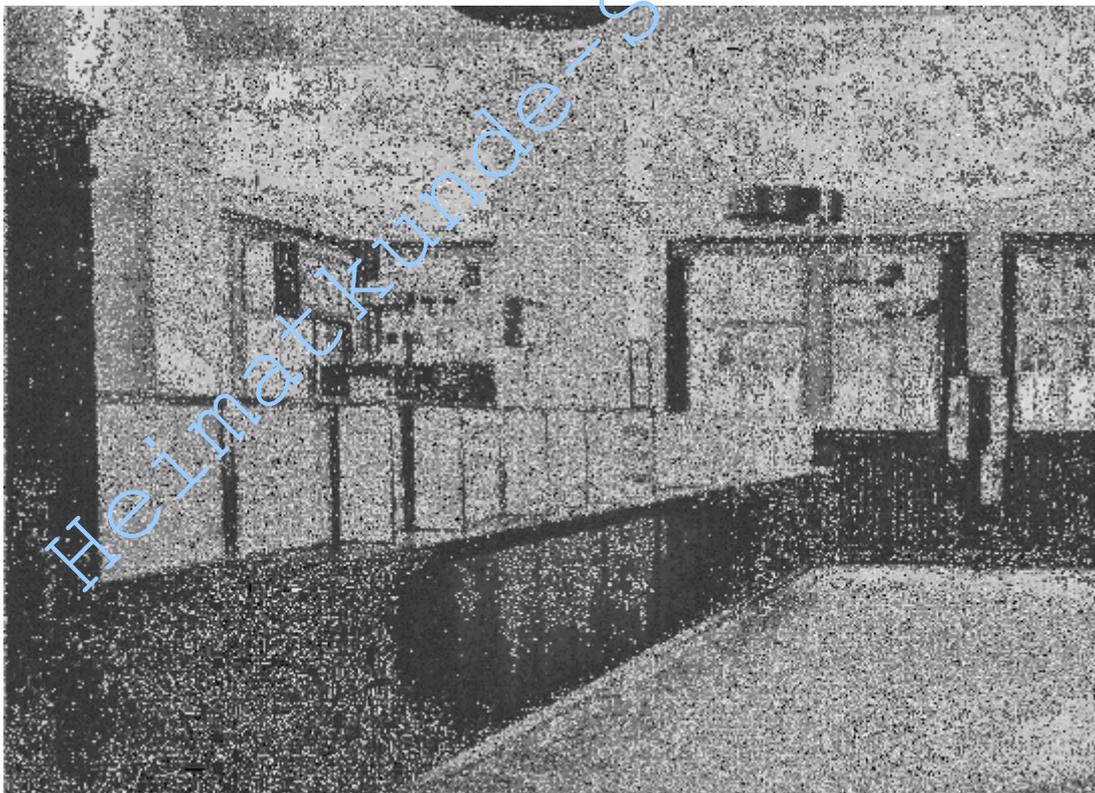
1946 das 100jährige Sparkassenjubiläum, 1949 Stiftungsfest mit Bergisch Märkischen Gesellentag der Schwelmer Kopingsfamilie und 1950 die Feier des 350jährigen Stadtjubiläums.

Für das Sparkassenjubiläum war Stadtdirektor Schüssler, für das Kolpingjubiläum der spätere CDU-Stadtverordnete und Kolpingsenior Otto Müller und für die 350 Jahrfeier Bürgermeister Ernst Lambeck (CDU) mit Dr. Hugo Siegert vom Verkehrsverein federführend.

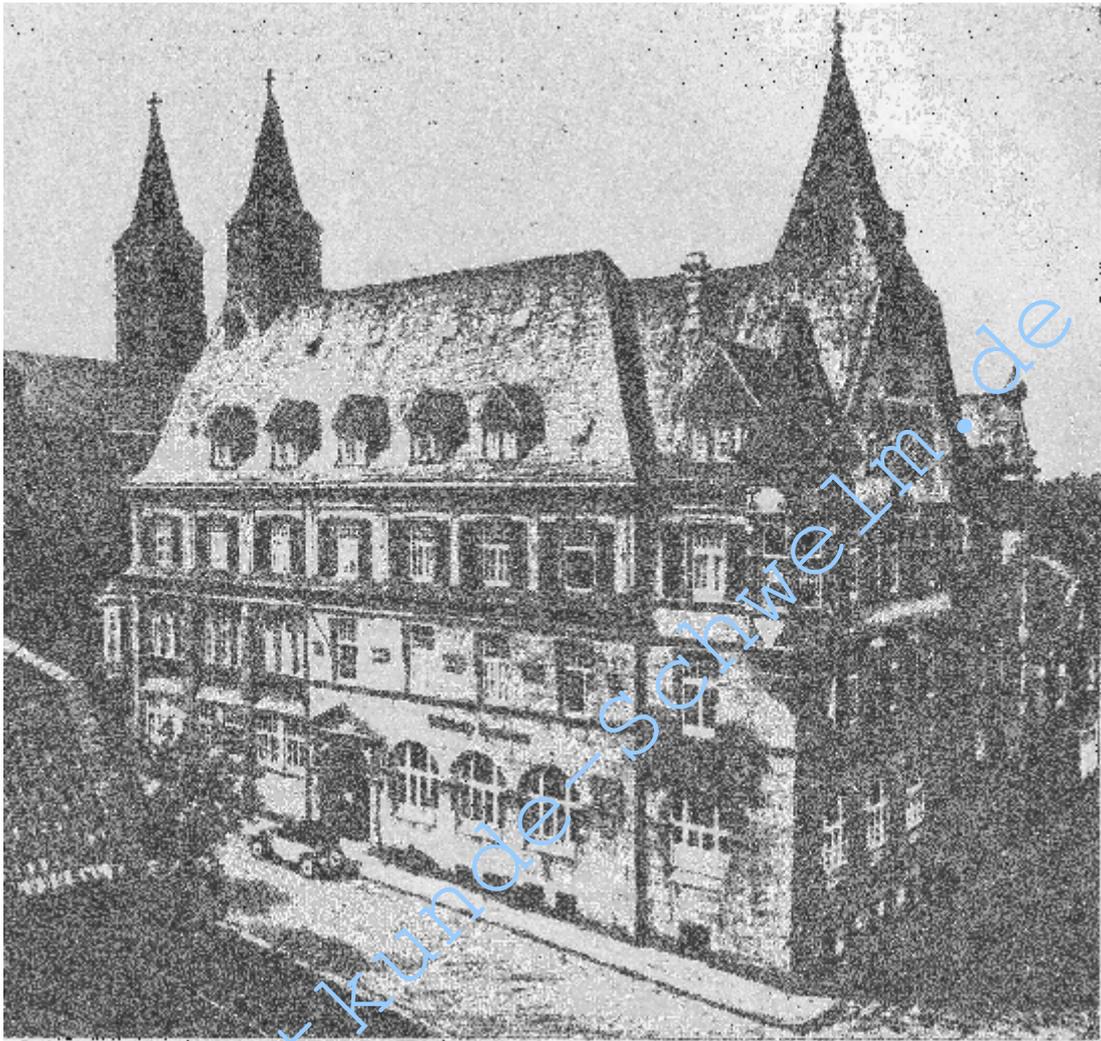
Beginnen wir mit dem 100jährigen Jubiläum der Sparkasse, die im Jahre 1914 auf Beschluss der Sparkassenverwaltung aus eigenen Mitteln an der Schulstraße Nr.1 neu erbaut wurde.

Die Verantwortlichen waren hoch erfreut, nach 68jährigem Bestehen der Sparkasse, es endlich zu einem eigenem Dienstgebäude gebracht zu haben. Dann kam der 3. März 1945. Das Gebäude wurde an diesem Tage, besonders der Dachstuhl, durch Bombenschwer beschädigt. Zum Glück blieb die gesamte Betriebseinrichtung unbeschädigt. So konnte nach Erlaubnis durch die Britischen Militärregierung der Bank- und Sparverkehr kurzfristig wieder aufgenommen werden.

Dieses war für die Stadt Schwelm sehr wichtig, da laut Sparkassensatzung alle



Die alte Kassenhalle der Schwelmer Sparkasse um 1943



Das Gebäude der Städtischen Sparkasse vor dem Kriege

Überschüsse in das arg gerupfte Stadtsäckel“ für gemeinnützige Zwecke flossen. Hier einmal einige Zahlen aus der Vergangenheit:

So bekam z.B. 1914 u.a. die Stadt für Kanalisation 630.000 Mark, die städt. Badeanstalt 10.000 Mark, das städt. Krankenhaus ca 180.000 Mark. Volksbücherei und Heimatmuseum 10.000 Mark.

Das Jubiläum, für Verwaltungsrat, Verwaltung und Angestellte ein klares Zeichen des Wiederaufbaus, sollte allen

Sparern und Anlegern Mut machen.

Bürgermeister Sternberg sagte in seiner Festansprache: *„Gerade der kleine Vermögensbesitzer kann sicher sein, dass er immer eine besondere Vorzugstellung genießen wird.“*

Stiftungsfest mit Gesellentag und Festumzug der Schwelmer Kolpingsfamilie

Um in den Zeiten des Wiederaufbaus ein besonderes Zeichen zu setzen, organisierten die Kolpingsöhne um Otto Müller herum anlässlich ihres 85. Stif-

tungsfestes den „Bergisch Märkischen Gesellentag“. (21. September 1947)

Wie sehr dieses Stiftungsfest mit seinem großen Festzug schon in die Zukunft wies

zeigten die Vor- und Grußworte in einer eigens zusammengestellten kleinen Festzeitschrift. Da hieß es u.a.:

... müssen wir Familie sein und der Erneuerung der Familie dienen! Wie unsere äußere Umwelt ein Trümmerhaufen in allen Städten ist, so ist ebenso der Wurzelboden unseres Volkes, Ehe und Familie, vergiftet. ... dabei geht es doch um die tiefsten und wichtigsten Geheimnisse christlicher Werte...

In der Familie geht es um Gott. Sie ist die Basis eines neuaufbrechenden christlich orientierten Volkes...

Äußeres Zeichen einer sich wieder aufrichtenden Kolpingsfamilie waren neben einem Handwerkerfestzug mit 20 Wagen und Darstellungen vieler Handwerksberufe, hunderte von mitziehen-

der Einladung gefolgt waren. Viele Schwelmer Bürger standen am Straßenrand und bewunderten die Darstellungen.

Höhepunkt und krönender Abschluss des Tages war dann eine Kundgebung auf dem Neumarkt mit ca. 2000 Teilnehmern.

Nebenbei bemerkt:

Allen Skeptikern zum Trotz war es den Organisatoren der Kolpingsfamilie innerhalb weniger Wochen gelungen, diesen Tag perfekt zu organisieren. So standen u.a. mehr als 100 Privatquartiere für Übernachtungsgäste zur Verfügung.

Zusätzlich neben allen anderen Aktivitäten sorgte eine weitere Attraktion für Furore: Die kräftige, stärkende Suppe für die vielen Teilnehmer des Festzuges und der Kundgebung. Sie sorgte für einen rundum sich greifenden Wohlfühleffekt - und das war zu der damaligen Zeit äußerst wichtig!



(oben): Der Einführungswagen des Handwerkerfestzuges mit dem Zeichen der Schwelmer (Kreis)Handwerkerschaft

links: Festheft für den Bergisch Märkischen Gesellentag und dem 85. Stiftungsfest mit Handwerkerfestzug



**Großartiger
Jubiläumsauftritt
in Schwelm**

Schwelm. Die alte Kreisstadt hat mit bemerkenswerten Veranstaltungen am Samstag ihre 350-Jahr-Feier begonnen. Vor dem Bahnhof und am Brunnen wehen die Fahnen des Bundes, des Landes und die neuen Fahnen der Stadt und des Kreises Ennepe-Ruhr. Die Nachbarschaft „Am Roten Wasser“ hat ihren Stadtteil durch Tore markiert. Auch in der Stadt sieht man vereinzelt Fahnen und Girlanden. Die Straßen und Häuser sehen schmuck aus. Fremde können sich am Bahnhof gleich beraten lassen.

**350 Jahrfeier der Stadt Schwelm
vom 12. bis 17. August 1950**

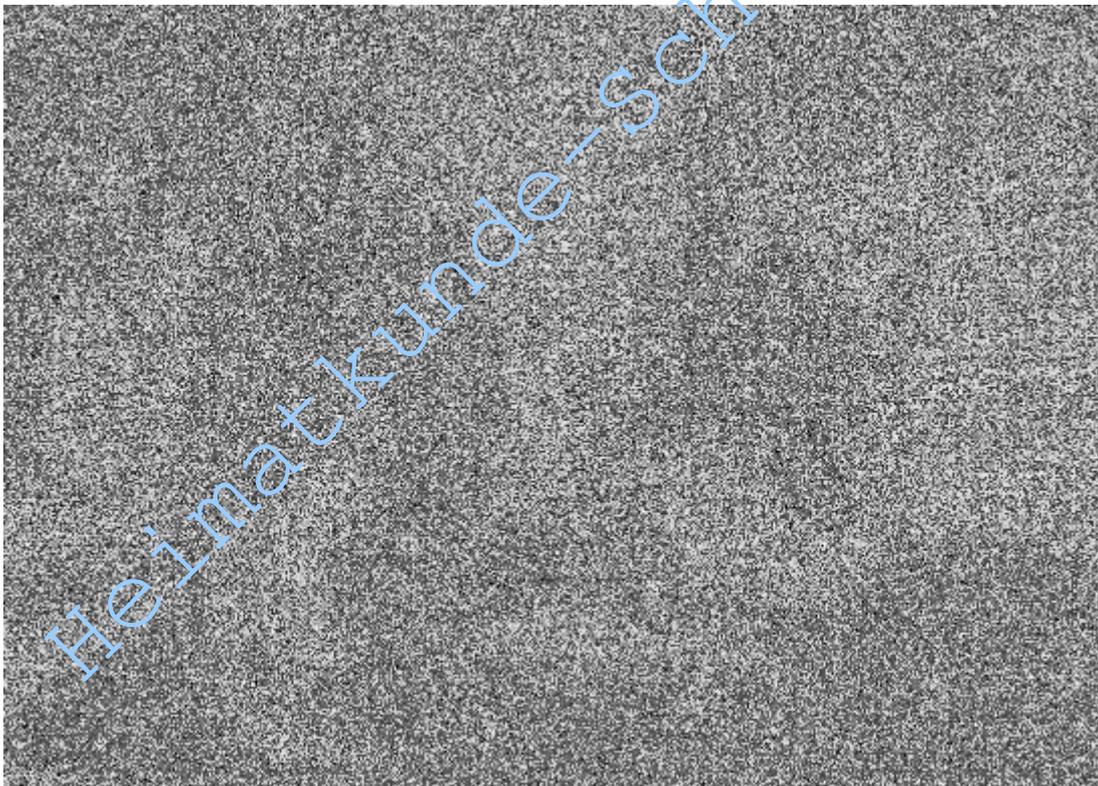
Dann kam das Jahr 1950 mit der 350 Jahrfeier für dessen Gelingen Bürgermeister Lambeck, Verwaltung, Verkehrsverein, Ausstellungsausschuss und viele Firmen und Handwerksbetriebe sich lange vorbereitet hatten.

Für Lambeck sollte das 350jährige Stadtjubiläum, welches neben vielen Mitorganisatoren besonders seine Handschrift trug, der Höhepunkt in seiner Amtszeit werden.

Die Westfälische Rundschau schrieb

über dieses herausragende Ereignis:

„... In der Frühe des Samstagmorgen, kaum hatten sich die Nebel verzogen, erschienen Bürgermeister Lambeck Stadtdirektor Schüssler, die Pastoren Kamp und Lütteke, sowie Herr Klevinghaus und legten Kränze für die Opfer des Krieges und der Toten der Stadt nieder... Unter großer Beteiligung der Bevölkerung fand danach die christliche Morgenfeier auf dem Neumarkt statt. Die Weisen des Posaunenchores und das gemeinsam gesungene Lied: „Lobe den Herrn“, leiteten die erhebende Stunde ein...“



Die 350 Jahrfeier der Stadt Schwelm begann am frühen Morgen des 12. August 1950 mit der Ehrung der Toten . Auf diesem Bild die Kranzniederlegung auf dem Ehrenfriedhof an der Bahnhofstraße. Stadtdirektor Hugo Schüssler (rechts) und Bürgermeister Ernst Lambeck (links) mit den Kränzen,

350-Jahrfeier

DER STADT

SCHWELM



VERANSTALTUNGSÜBERSICHT
MIT VERKEHRSPPLAN

August und September

1950

Das offizielle Einladungsheft zur 350 Jahrfeier

Pastor Vespermann von der evangelischen und Pastor Lütteke von der katholischen Gemeinde hielten die Ansprachen, die von Darbietungen beider Kirchenchöre umrahmt wurden.

Um 10.30 Uhr hatten sich die Schwelmer Ratsherren, ihre Gäste und Ehrengäste im Kongresszelt versammelt.

Der „Brunnen“ erlebte das Bild eines großen Tages, allein schon bei der Anfahrt der Wagen und dem Anmarsch der Besucher. Die Polizei lenkte den Verkehr tadellos.

Prächtige Blumendekorationen und das Schwelmer Stadtwappen umgaben die Bühne des Kongresszeltes. Das Kreisorchester Ennepe-Ruhr unter Heinz Rohr, musizierte Beethovens Egmont-Ouvertüre; sie gab der Feierstunde eine prächtige Einstimmung.

Am Tisch von Bürgermeister Lambeck und Stadtdirektor Schüssler saß u. a. der ehemalige, langjährige Bürgermeister Dr. Puller, der unter niederträchtigen Diffamierungen seinerzeit von den Schwelmer NSDAP-Ratsherren aus seinem Amt entfernt worden war. Zum

Zeichen der Hochachtung erhob sich spontan die ganze Festversammlung.

Neben Dr. Puller begrüßte Bürgermeister Lambeck viele, viele weitere Gäste, die alle namentlich hier aufzuführen nicht möglich ist. Nur einige seien stellvertretend erwähnt:

Die Vertreter der Landesregierung (in ihrer Begleitung der Oberregierungsrat Vahle, dem Schwelm seine Rettung mitzu verdanken hatte) und Ministerialrat Juschka, Kreispolizeichef nach 1945 in Schwelm. Weiter begrüßte er den britischen Oberst und Res. Officer Hickson, Vertreter der Regierung aus Arnberg, der Landeshauptmann Landrat Hühn, Vertreter der Eisenbahn, der Post, des Ruhrsiedlungsverbandes, der Gewerkschaften, der Städte aus der Umgebung und des Kreises und vieler anderer Behörden.

Der von den Schwelmer Nazis wegen seines jüdischen Geschlechts geschändete und im KZ inhaftierte, doch von seinen Patienten hochgeachtete Arzt Dr. Kurt Herz hatte aus Amerika einen lieben Grußbrief gesandt.



Von rechts: Verwaltungsleiter Schlösser, Stadtdirektor Schüssler, Bürgermeister a.D. Dr. Puller, Bürgermeister Lambeck, Dipl. Ing. Siepmann



(oben) Christliche Morgenfeier zu Beginn des Jubiläums auf dem Neumarkt.
(unten) „Bilder mit Eisbär“ in allen Posen waren 1950 „Highlights“ des Jahres

Die interessante und geschickt aufgebaute Ansprache des Bürgermeisters Lambeck fand beifällige Aufnahme.

Besonders gedachte er der 35 Söhne unserer Stadt, die sich noch in Kriegsgefangenenlagern in Unfreiheit befänden. Er appellierte an das Weltgewissen ihnen die Tore zur Freiheit zu öffnen.

Hintergrundwissen:

Als anlässlich der festlichen Ratsherrensitzung zur Eröffnung der Schwelmer Jubiläumsfeierlichkeiten Stadtvertreter und Gäste in der „Kongresshalle“ saßen, mutete dem Beobachter die Atmosphäre zunächst etwas merkwürdig an.

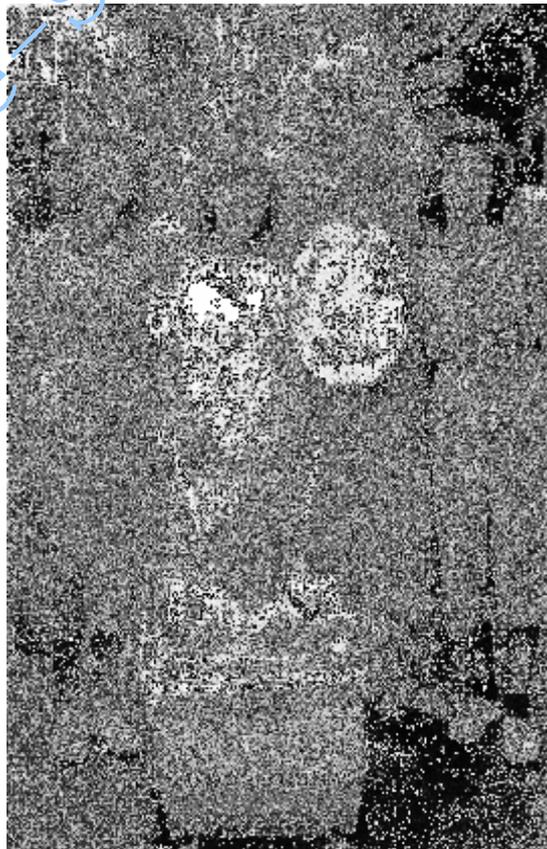
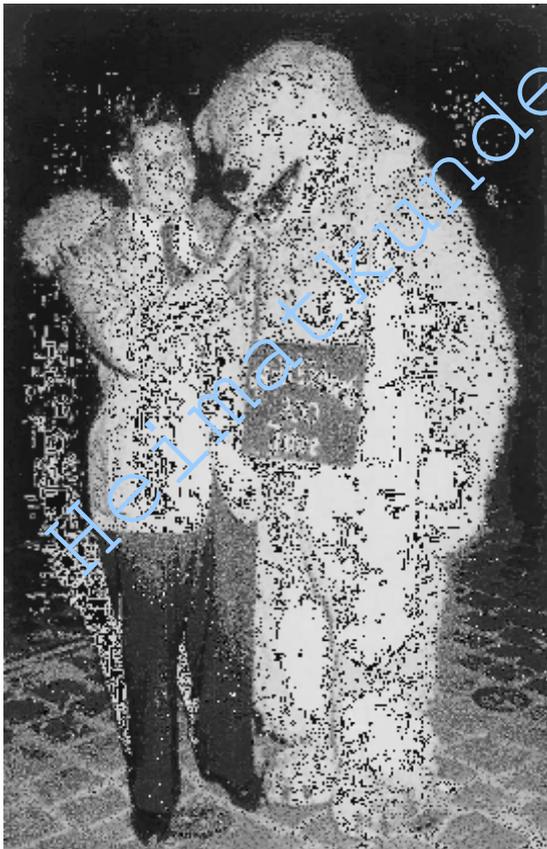
Die Kongresshalle war eigentlich keine „Kongresshalle“, wie man sie sich üblicherweise vorstellte.

Diese Kongresshalle war einfach ein simples, großes Festzelt, welches die Organisatoren von der Wuppertaler Ausstellung AFO als „Oberbayrisches Festzelt“ her kannten.

Es war recht ungewohnt in einem Zelt eine Ratsherrensitzung zu erleben. Doch gerade in dieser Besonderheit sahen die vielen Besucher und Gäste ein Zeichen von angemessener Bescheidenheit.

Besonders das Erscheinungsbild von Bürgermeister Lambeck kam gut an.

Lambeck wurde nach seiner Rede als unverbildeter, offener, charakterfester aber auch eigenwilliger Westfale empfunden und als einen Mann „Gottfried Kellerschen Prägung“ bezeichnet.





Gemeinsame Festzeitung, gemeinsame Werbung des Elektrohandwerks und die Installation von Kraftanlagen waren Glanzpunkte der Industrieschau.

**Industrieausstellung zum Stadtjubiläum vom 12. bis 17. August 1950
„Schau Schwelmer Wirtschaft im Spiegel der Zeit“**

Große Dinge brauchen großen Einsatz, so auch die große Jubiläumsausstellung zum Stadtjubiläum. Zum ersten Mal seit der Hitlerdiktatur wollte die Industrie und der Einzelhandel gemeinsam zeigen, dass man nach fünf Aufbau-Jahren und harter Arbeit wieder produzieren und anbieten konnte.

Federführend für das Gesamte und Teilbereiche waren :

Der Fabrikant Dr. Albano-Müller, Hauptstr.18, Schwelm, Vorsitzender, Dr. Hugo Siegert, Bahnhofstr. 25, Schwelm, Geschäftsführer, Vorstandsmitglied des





Messestand: „Modernes Licht“

Haupt- und Organisationsausschusses Fabrikant Otto Berning jr., Windmühlenstr.16, Schwelm, Fabrikant Walther Bever - Mohr, Hauptstr.100, Schwelm, Syndikus Dr. Paul Dreisbach, Geschäftsführer des Einzelhandels - Verbandes Südwestfalen, Kreisververeinigung EN, Hauptstr. 62, Schwelm, Karl Heinz Gülke, Geschäftsführer der Schwelmer Industrie- und Handelskammer, Bahnhofstr.42, Schwelm, Kaufmann Karl Krebs, Hauptstr.131 Schwelm, und Kaufmann Anton Kühn, Hauptstr., Schwelm.

Begeistert und positiv berührt vom Engagement der vielen Schwelmer Einzel-

händler, Industriellen, Vereinen und Verbänden, schrieb Bürgermeister Lambeck, der Protektor der Ausstellung, in der offiziellen Festbroschüre:

„Erstmalig in der Geschichte der Stadt Schwelm haben sich Industrie und Handel, Wirtschaft und Handwerk anlässlich des Stadtjubiläums aus einer vaterstädtischen Verpflichtung heraus entschlossen, in einer Leistungsschau unter dem Titel

„Schau Schwelmer Wirtschaft im Spiegel der Zeit“

ihre Erzeugnisse und Fertigungen auszustellen. Der Besucher wird überrascht sein von der Vielgestaltung dieser Aus-

stellung und über das, was in den Mauern unserer Stadt hergestellt wird.

Die Variationen der Erzeugnisse, nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ, sind das Geheimnis unserer Kraft, und die Tugenden des Fleißes und der Beharrlichkeit, sind mitbestimmend für die Aufwärtsentwicklung unserer Stadt, die nicht aufzuhalten ist, obwohl der Krieg Schwelm schwere Wunden geschlagen hat. Darum ist die Ausstellung im tiefsten Sinne des Wortes eine „Leistungsschau“.

Damit ist unserer Bevölkerung, ob Arbeiter oder Unternehmer, Ingenieur oder Kaufmann, ob Handwerker oder Gewerbetreibender, das denkbar beste Zeugnis ausgestellt.

Diese Leistungsschau beweist den Lebenswillen unserer Stadt in allen ihren Schichten und trägt damit einen befruchtenden Charakter in sich, der zwangsläufig in der Zukunft positiv sichtbar werden muss, wodurch der Erfolg der Ausstellung gesichert ist....“

Auszug aus dem großen Festprogramm der 350 Jahrfeier der Stadt Schwelm

Sonnabend, 12. August

9.00 - Christliche Morgenfeier für die gesamte Bevölkerung zur Eröffnung der 350-Jahrfeier der Stadt (Neumarkt)

10.30 - Feierliche Ratsherrensitzung (Kongresshalle)

12.30 - Empfang der Ehrengäste (Saalbau Reuter)

20.00 - Festkommers der Chorgemeinschaft „Eintracht“ aus Anlass des 75-jährigen Bestehens mit den ortsansässigen Brudervereinen (Kongresshalle)

Dienstag, 15. August

16.00 - Festliche Großkundgebung

Handel, Handwerk und Gewerbe -

Festredner: Syndikus Dr. Schild - Düsseldorf (für das Handwerk), Syndikus Dr. Hohenschwert - Münster (für den Handel)

18.00 „Der erste Schritt“ - Juniorenradrennen auf Tourenrädern rund um den



Ausstellung des Elektrogewerbes: Moderne Leuchten und Geräte

Neumarkt - Start: Moltkerstraße, Ziel:
Modernes Theater am Neumarkt

Donnerstag, 17. August

18.00 Großkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Metall (Kongresshalle)

Freitag, 18. August

10.00 Tagung der Leiter der Arbeitsämter im Bereich des Landesarbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen (Sängerheim)

Sonntag, 20. August

14.00 Traditioneller Festzug „1200 Joahr - Schwelm wie ät eß und woar“ mit historischen Gruppen durch die gesamte Stadt

Dienstag, 22. August

22.15 Höhenfeuerwerk inmitten der Stadt vom Dach der Schwelmer Brauerei. Abschluss des Volksfestes

Donnerstag, 24. August

10.00 Beiratstagung Einzelhandelsverband Südwestfalen (Sängerhelm)

Freitag, 25. August

10.00 Tagung des Deutschen Städtebundes, Arbeitsgemeinschaft Regierungsbezirk Arnsberg (Friedrichsbad)
20.00 „Lied überm Land“, Lieder, Tänze und Schnurren aus unserer westfälischen Heimat, Heimat- und Volksliederabend des Männerchors Eisenwerk Müller (Kongresshalle)

Sonntag, 27. August

10.00 Repräsentativer Boxkampf der Bezirke Südwestfalen und Industriegebiet im Westdeutschen Amateur-Boxsportverband (Kongresshalle)

Montag, 28. August

20.00 Fackelzug zu Ehren aller Schwelmer Toten und insbesondere in memoriam Pastor Nonne: „Flamme empor“

-

Hintergrundwissen Radrennen

„Rund um den Neumarkt“ 1950 - 1954

Als im Jahre 1950 unsere Stadt 350 Jahre alt wurde, und man die großen Festtage vorbereitete, kamen einige Freunde des Radsports, auf die Idee, mitten in die großen Veranstaltungen hinein einmal etwas ganz Neues einzubauen.

Federführend waren hierfür insbesondere der damalige Radrennfahrer Erich Bitter und Dr. Hugo Siegert, die dieses „Event“ realisieren wollten.

Trotz vehementer Unkenrufe bereiteten sie das erste Radrennen „Rund um den Neumarkt“ vor. Es wurde ein großer Erfolg, denn rund 10 000 Zuschauer säumten die Bürgersteige längs der Rennstrecke. Besonders die Beteiligung der Schwelmer Jugend, die in Altersgruppen eingeteilt war, war hervorragend.

Auch auswärtige Rad- und Rennfahrer waren mit am Start. Mitten in der Jubiläumswoche hatte diese Veranstaltung eine außergewöhnliche, ja werbewichtige Resonanz gefunden.

Das zweite Rennen „Rund um den Neumarkt“ 1951, wurde ebenfalls ein großer Erfolg. 1952 startete man das dritte, dem wiederum ca. 10 000 Zuschauer beiwohnten.

Vater Bitter führte ein Fahrradgeschäft in der Schulstraße, in dem auch sein Sohn Erich arbeitete. Da dessen Liebe aber dem Fahrradrennsport gehörte, wollte er unbedingt Profi-Radrennfahrer werden. Das gelang. Nach den Deutschen Meisterschaften 1954 in Dingolfing bekam er von der Fa. Torpedo einen Vertrag und wurde mit 21 Jahren der jüngste deutsche Radsport-Profi.

Zwei Jahre lang, von 1954 bis 1956, fuhr er hauptsächlich als Edel-Domestike für Hennes Junkermann und Klaus Bugdahl. 1958 beendete er seine Radsportkarriere aus gesundheitlichen Gründen.



Zum Stadtjubiläum baute die Nachbarschaft Winterberg in Höhe der Gaststätte



„Zur schönen Aussicht“ ein Stadttor zur Begrüßung der Festgäste.

Heimatkunde-SchweIm.de

Der Wiederaufbau geht weiter



**Anschaffung der neuen Stadtflagge
Siedlung Neue Heimat
Durchgangsplan A**



Als Schwelm seine neue Stadtfahne bekam

Was aber wäre ein Stadtjubiläum ohne eigene Stadtfahne gewesen!

Auch mit diesem „wichtigen“ Thema beschäftigte sich die Stadtvertretung am Dienstag, dem 4. Juli 1950.

Stadtdirektor Schüssler hatte auf Antrag von Bürgermeister Lambeck die Vorlage Nr. 24 / 1950 erstellt. Unter Punkt 12 der Tagesordnung, Schaffung einer Stadtfahne, wurde die Stadtvertretung gebeten, zu dem in der Sitzung vorzulegenden Entwurf für eine Stadtfahne bzw. Stadtflagge die Genehmigung zu erteilen.

Im Antrag hieß es:

Nach § 11 Abs, II der revidierten Deutschen Gemeindeordnung vom 1.4.1946 kann die Landesregierung Gemeinden das Recht verleihen, Wappen und Flaggen zu führen.

Bereits im Jahre 1939 hat die Stadt Schwelm bei dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen beantragt, ihr eine Stadtflagge zu verleihen. Die Farben sollten in rot – weiß gehalten werden, die den westfälischen Farben und dem Schwelmer Wappenfarben entsprechen.

Der damalige Antrag wurde der Stadt zunächst zurückgegeben, weil in dem vorgelegten Fahnenentwurf noch Anregungen des Staatsarchivs Münster berücksichtigt werden sollten. Die Angelegenheit kam aber 1939 wegen Ausbruch des Krieges nicht mehr zum Abschluss.

Nunmehr ist es angebracht, die Angelegenheit wieder aufzugreifen, zumal anlässlich der Jubi-

läumsfeierlichkeiten das Hissen einer Stadtfahne sehr wünschenswert erscheint.

Der Verwaltungsausschuss hat den vorgelegten Fahnenentwurf gebilligt, wobei die vom Staatsarchiv vorgeschlagenen Änderungen entsprechend berücksichtigt wurde.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Schon einige Wochen später, pünktlich zum Stadtjubiläum, begrüßte Schwelm die Besucher aus nah und fern mit ihrer neuen Stadtfahne.

Aus alten Sitzungs- und Verwaltungsvorlagen,

Wenn wir auf den nächsten Seiten die 50er Jahre weiter Revue passieren lassen, so ist es sicherlich interessant, einige der damaligen Verwaltungsvorlagen und Ratsbeschlüsse aufzuzeigen. Alle zeugen von der enormen Bandbreite politischen Handelns. Sie führen uns konkret vor Augen, wie groß der Aufwand war, den Verwaltung und Politik betreiben mussten, um den Bürgern ein neues Lebensgefühl zu vermitteln - ohne Hunger, Not und Furcht. Zusätzlich genoss die Planung und Erneuerung der Infrastruktur höchste Priorität.

So beherrschten besonders die Themen des Wiederaufbaus, die Schulthematik, die Renovierung des Städt. Krankenhauses, das Festlegen von Stadtgrenzen und Grundstückregelungen in der Bahnhofstraße, ihre Beratungen, ihre Sitzungen und Beschlüsse.

Für die CDU war es dabei besonders wichtig, dass durch ei -

ne bestmögliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadtvertretern, Verwaltung, Schulen und Kirchen, Polizei und Bevölkerung, die bevorstehenden Aufgaben zügig bewältigt werden konnten.

Eine allumfassende Frage stand bei allen Entscheidungen aber an erster Stelle: Wie kommen wir an Geld und Unterstützungshilfen um das alles bezahlen zu können!

Wie sehr die Stadt auf jede Geldeinnahme angewiesen war, zeigte schon eine Vorlage zur Verpachtung der Halle Wilhelmshöhe vom 27. März 1947.

Da hieß es: „... die Wilhelmshöhe in Schwelm wird an die Firma Agyris, Inhaber Herr Oskar Hubert, Arznei- und Nahrungsmittelfabrik in Schwelm, Lohestr. 33 zum Zwecke der Errichtung eines leichtindustriellen Betriebes vorläufig auf Dauer von 5 Jahren vermietet...

Die von dem Bau- und Verwaltungsausschuss entworfenen Vertrag festgelegten näheren Bedingungen werden gutgeheißen. Die Stadtvertretung wird um Zustimmung gebeten.“

Als 1950 die Fa. Agyris die Halle als Betriebsstätte aufgab, danach zwei obdach-

lose Familien bis Jahresende die Halle als Unterkunft nutzten, stellte die CDU den Antrag, die Wilhelmshöhe für den Schul- und Vereinssport umzubauen. Damit sollte das Fehlen von Sporthallen etwas zufriedenstellender gelöst werden.

Ende 1951 begannen die Umbaumaßnahmen zu einer Sporthalle mit sehr spartanischer Ausstattung. Spartanisch deshalb, weil für eine umfassende Heizungsanlage kein Geld da war.

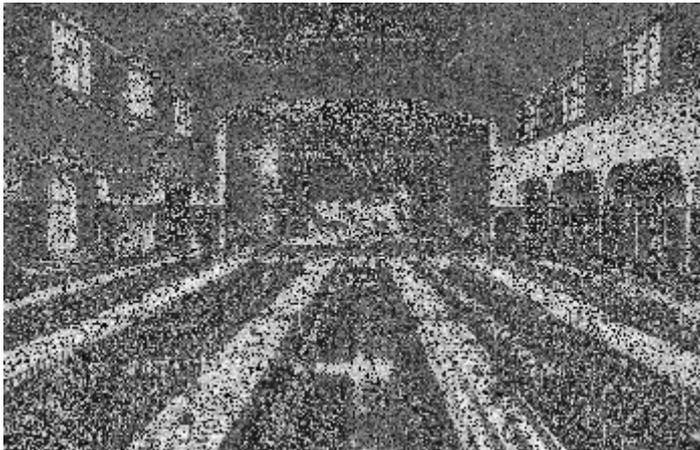
Das wirkte sich besonders im sogenannten Jahrhundertwinter 1962/1963 wegen andauernder Minusgraden sehr negativ aus und machte Sportveranstaltungen unmöglich. Doch gerade überdachte Hallen waren für sportliche Betätigung im Winterhalbjahr von besonderer Wichtigkeit.

Deshalb baute die Stadt zwischen 1959 und 1972, neue beheizte Turnhallen am Gymnasium, an der Realschule, an der Hauptschule West, an der Nordstadt- und der Engelbertschule.

Im Dezember 1969 wurde die Halle Wilhelmshöhe abgerissen, da sie nun nicht mehr benötigt wurde. Außerdem wäre eine umfangreiche Renovierung unbezahlbar gewesen.

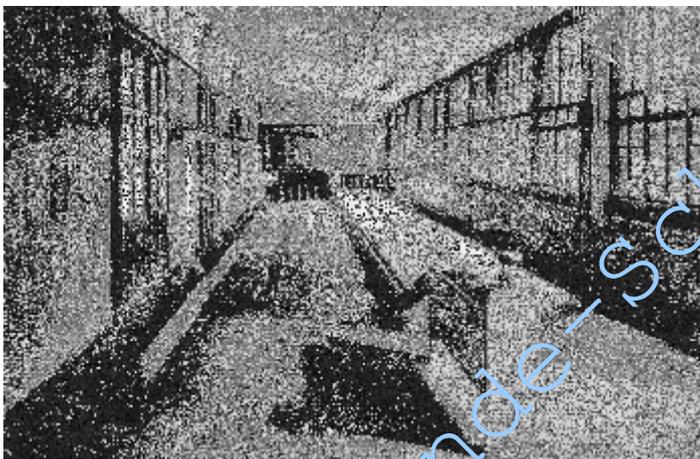


Die Wilhelmshöhe mit Festsaal und Sportstädte



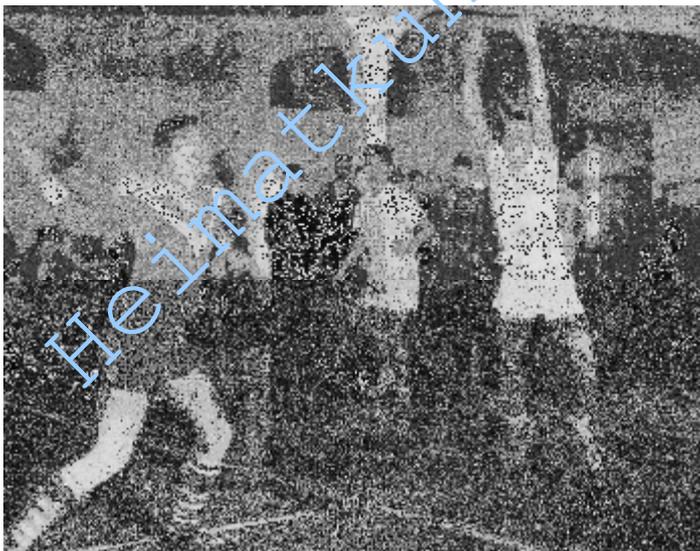
Schaffung von neuen Stellen für Stadt und Schule, Beendigung der Schulspeisung

Einem Stellenplan der Stadt vom 1. April 1947 entnehmen wir, dass sich knapp zwei Jahre nach Kriegsende die allgemeine Situation (Infrastruktur) in Schwelm schon erstaunlich normalisiert hatte. Dieser Stellenplan zeigt auf, dass die Zahl der städtischen Arbeiter auf über 130 Personen angewachsen war.



Auffallend waren die Anzahl der Hilfskräfte im städt. Krankenhaus (30), Entrümmern (31) und Brennholzbesorgung (21).

Bemerkenswert auch, dass zehn Arbeiter für die Beseitigung von Straßenschäden sorgten, sechs Arbeiter den Müll entsorgten und vier Gärtner neue Parkanlagen anlegten.



Auch die Planstellen an den Schwelmer Grundschulen sollten laut Ratsvorlage drei Jahre nach Wiederaufnahme des Schulbetriebs auf 70 erhöht werden.

In der Ratssitzung am 4. Juli 1950 hatten die Stadtvertreter hierüber zu entscheiden:

„... die Schuldeputation möge beschließen eine siebenzigste Lehrerstelle einzurichten...“

Die Wilhelmshöhe: Aus einer Festhalle mit Kegelbahn vor dem Krieg (oben und Mitte) entstand nach dem Krieg eine Sporthalle für Handball und Tennis (Foto oben und Mitte: Foto Schneider - unten Westf. Rundschau)

Im einzelnen hatten die Schulen im Sommer 1949 folgende Kinderzahlen:

Gemeinschaftsschule

Potthoffstraße 509, Möllenkotten 523, Westfalendamm 405, Winterberg 120,
= 1557 Kinder gleich 31 Planstellen

Evangelische Schule

Potthoffstraße 587, Möllenkotten 467, = 1054 Kinder gleich 21 Planstellen

Katholische Schule

Westfalendamm 544, Kath. Grundschule 194, = 738 Kinder gleich 14 Planstellen

Hilfsschule

Hilfsschule Lohmannsgasse 114 Kinder, gleich 4 Planstellen

Stellenplan
der städtischer Arbeiter.
Aufgestellt nach dem Stands vom 1. April 1947.

Lfd. Nr.	Verwendungsstelle	Art der Tätigkeit	Zahl	Arbeiter Tarifgruppe	Bemerkung
1	Rathaus	Boten	2	B TO.B.	
2	Volksschulen	Schulhausmeister	4	nach feststehenden Sätzen	
3	Kindergärten	"	2	wie vor	
4	Heimathmuseum	Hausmeister	1	wie vor	
5	Volksbücherei	"	1	" " "	
6	Bauhof	städt. Arbeiter	1	A TO.B.	
7	Straßenunterhaltung	" "	2	A TO.B.	
		" "	8	B TO.B.	
8	Straßenreinigung	" "	2	B TO.B.	
9	Stadtentwässerung	" "	3	B TO.B.	
10	Müllbeseitigung	" "	1	A TO.B.	
			5	B TO.B.	
11	Wald- u. Parkanlagen	Gärtner	3	A TO.B.	
			1	B TO.B.	
		Waldarbeiter	3	B TO.B.	
12	Desinfektionsanstalt	Desinfektor	1	A TO.B.	
13	Schlachthof	Arbeiter	2	B TO.B.	
14	Krankenhaus	Nachtpförtnerin	1	Vertragsentschädigung	
		Hausangestellte	29	Vertragsentschädigung	
15	Schreinerei	Meister	1	A TO.B. + Zul	
		Arbeiter	7	B TO.B.	
<u>Außerdem</u>					
16	Trümmerbeseitigung	Hilfsarbeiter	2	A TO.B.	
	Elektrik	"	29	B TO.B.	
17	Brennholzaktion	"	21	B TO.B.	

Festsetzung der Schwimmbadpreise

Eine weitere Vorlage (Nr.: 21/1950) für die Sitzung der Stadtvertretung am 4. Juli 1950 befasste sich mit der Neufestsetzung der Eintrittspreise und der Pacht für das Schwelmebad.

Schon vor einem Jahr waren Erhöhungen der seit Ende 1945 geltenden Eintrittspreise für das städtische Schwimmbad in Erwägung gezogen worden, um dadurch die Mittel für bauliche Ergänzungen zu beschaffen. Dazu gehörten auch die Verhandlungen mit dem Pächter über eine Pachtanhebung. Die Stadtvertreter hielten dieses für

gerechtfertigt und vertretbar, da die Verteuerungen der Baukosten und die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse aufgefangen werden sollten.

Doch der Rat erkannte, dass ohne Erhöhungen der Eintrittspreise die Kosten für dringende Erweiterungsarbeiten für das Bad nicht mehr getätigt werden konnten.

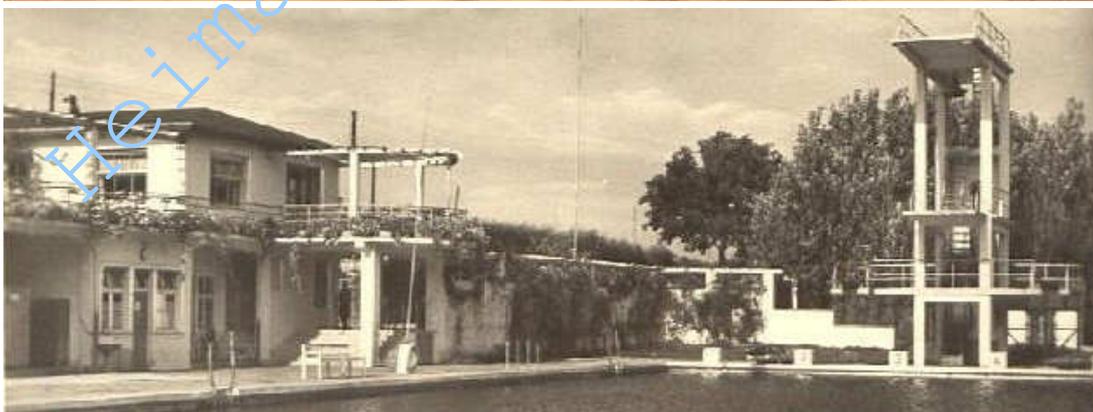
So legte die Verwaltung dem Rat der Stadt Schwelm am 4. Juli 1950 den Beschluss des Verwaltungsausschusses zur Abstimmung vor, Eintrittspreise und Pacht im Schwelmebad zu erhöhen.

Die Eintrittspreise für das Schwelmebad werden vom 1. Mai 1950 an für Erwachsene erhöht, und zwar für einmaligen Besuch von 0,25 auf 0,35 DM, für die Jahreskarte von 6,--DM auf 8,--DM. Erwerbslose aus Schwelm zahlen einen ermäßigten Eintrittspreis von 0,20 DM. Der Eintrittspreis von 0,15 DM für Kinder wird nicht geändert.

Die vom Pächter an die Stadt zu zahlende Pachtsumme erhöht sich vom Beginn des Pachtjahres 1950 an von 5.000,-- DM auf 5.500,-- DM. § 8 des Pachtvertrages ist entsprechend zu ändern.

Schwelm, den 29. Juni 1950.

Der Stadtdirektor:
Schüssler



(oben) Verwaltungsvorlage Nr. 21 / 1950 (unten) Schwimmbad mit Sprungturm



Die Schulspeisung, oft die einzige warme Mahlzeit am Tag

Die Schulspeisung und ihr Ende

Waren es in den Jahren Anfang 1947 bis Ende 1949 die Quäker- oder Hoverspeisen z.B. für die Kindergärten, wurde die sogenannte Schweden Speisung aus britischen Armeebeständen, bekannt als Schulspeisung, bis Ende 1950 gereicht. Sie gewährleistete Kindern wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag.

Als sich zum Jahresende 1950 die Versorgungslage besserte, bekamen über die Kreisverwaltung (Oberkreisdirektor Loges) alle Schulleiter ein Rundschreiben der Bezirksregierung (vom 12. Okt. 1950), dass speziell die Schulspeisung zum Jahresende auslaufen würde. Doch unterernährte Kinder im schlechten Ernährungs- und Kräftezustand sollten weiterhin übergangsweise davon profitieren. Das unterstrich selbiges Rundschreiben inhaltlich unmissverständlich:

... zur betreffenden Gruppe gehören die offensichtlich unterernährten Kinder im schlechten Ernährungs- und Kräftezu-

stand, mit schwächlicher Konstitution, Wechstunisschwächen durch Krankheit, geschwächte und besonders anfällige, sowie solche von Spätrachitis und Tbc befallenen Kinder mit Merkmalen der Aktivierung.

Der Gesundheitszustand dieser Schüler ist zunächst durch geeignete Kuren und Maßnahmen der Erholungsfürsorge zu bessern. Erst im Anschluss daran ist die Förderung des Gesundheitszustandes für diese Gruppe durch die Schulspeisung erfolgversprechend.

Bis zum 1. November des Jahres bitte ich, mir die Anzahl von Kindern ... aus schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen, damit wir für die weiterhin zu ergreifenden Maßnahmen einen Überblick erhalten um zu ersehen, wie hoch der tatsächliche Prozentsatz derjenigen ist, die einer zusätzlichen Ernährung aus gesundheitlichen und sozialen Gründen dringend bedürfen.

Es wird Wert darauf gelegt, dass die Aktion in engem Einvernehmen mit den Kreisschulräten durchgeführt wird.“

Die letzte Ratssitzung des Jahres 1950

Am 13. Dezember 1950 fand die letzte Ratssitzung des Jahres statt. Es war eine besondere Sitzung, da im Rahmen einer kleinen Feierstunde die neuen Ratsmitglieder eingeführt wurden. Damit verbunden waren auch die Ersatzwahlen für verschiedene städtische Ausschüsse.

Als erstes gab Stadtdirektor Schüssler den Jahresbericht der Verwaltung über diejenigen ihre Beschlüsse ab, die bisher noch nicht durchgeführt wurden.

Nach einer Intervention der KPD-Abgeordneten gegen einen Protokolleintrag wurden die Strafkammerschöffen und Geschworenen vorgeschlagen.

Die letzten Punkte der öffentlichen Sitzung waren die Verlängerung der Gültigkeitsdauer verwaltungspolizeilicher Verordnungen über die Entwässerung der Schwelmer Grundstücke, die Müllabfuhr Ehrenberger Straße und die Einrichtung einer weiteren Grünanlage auf dem Gelände des alten Friedhofs an der Bahnhofstraße. Mit der Annahme eines Nachtragshaushaltes endete diese Ratssitzung.

Aufbau der Siedlung „Neue Heimat“. Von den Baracken-Unterkünfte in der Hagener Straße und dem Schloss Martfeld (bis 1959)

Bevor wir mit weiterem Jahresrückblenden fortfahren, soll hier von drei Projekten berichtet werden, die während der 50er Jahre die Politik und Teile der Schwelmer Bevölkerung beschäftigten.

Da wäre als Erstes:

Aufbau der Siedlung „Neue Heimat“

Zu Beginn des Berichtes eine Erklärung: Geprägt von einer optimistischen und positiven Zukunftshaltung, suchten

Kolpingsöhne mit ihren Partnerinnen schon 1946 eine Möglichkeit, eine eigene Wohnung, bzw. ein eigenes Haus zu bekommen. Sie wollten heiraten, aber ohne Wohnung ging das nicht, denn die zur Verfügung stehenden Wohnungen bekamen nach dem Kriege erst einmal die Verheirateten!

Die zündende Idee, diese Situation zu ändern, hatte Otto Müller (CDU-Ratsherr und Kolpingsohn) mit Planung und Bau einer neuen Siedlung. Er hatte den in Velbert wirkenden Dr. Nikolaus Ehlen kennengelernt, der Erfahrungen mit Selbsthilfe - Siedlergruppen hatte. So lud Müller Interessierte zur Nachahmung ein und fuhr mit ihnen zu Ehlen nach Velbert.

Begeistert von den Ausführungen Ehlen's, gründeten dann am 19. September 1948 *Gerwin Arens, Josef Bunse, Norbert Geilen, August Graßkamp, Otto Müller, Herbert Pothmann und Alfred Steffen* mit weiteren drei ihnen nahestehenden Männern die Siedlergemeinschaft „Neue Heimat e.V.“

Das Stadtparlament stimmt zu

Schon Wochen vorher hatten die Siedler über die CDU-Fraktion an das Stadtparlament einen Antrag gestellt, ihnen ein Gelände an den „Roten Bergen“ in Erbpacht zu überlassen.

Dem stimmte der Rat am 13. Dezember 1948 zu. Als knapp ein Jahr später auf Antrag der CDU daraus ein Verkaufsbeschluss wurde, konnten dann am 8. Januar 1949 die Bauarbeiten beginnen.

An diesem Tag teilte sich die Siedlergemeinschaft in zwei Gruppen auf: Während die erste mit den Ausschachtungsarbeiten am Hause Geilen begann, machte sich die zweite daran, aus dem zerbombten Häusern in der Bahnhofstraße / Ecke Hauptstraße (altes Rat -

haus von 1718), der Pauluskirche und der Turnhalle Kaiserstraße die gebrannten Ziegel vom Lehmputz zu befreien. Dieses Baumaterial war kostenlos und zum Hochmauern ihrer Keller bestens geeignet.

Nebenbei bemerkt:

Die Abfuhr der gewonnenen Steine zur Baustelle erfolgte mit Fahrzeugen des Eisenwerks - mit Genehmigung der Werksleitung!

Da die Bauarbeiten zügig voranschritten, konnten die Siedler schon am 30. April 1949 die erste feierlicher Grundsteinlegung (Haus Geilen) feiern. Danach folgten wohl die härtesten Tage und Monate des Schaffens.

In Selbsthilfe und nachbarschaftlicher Zusammenarbeit wuchsen - nach der

Tagesarbeit in Büro und Fabrik und abends auf der Baustelle - die Siedlungshäuser im *Martfelder Weg*, *Harkort Weg* und *Am Alten Schacht* aus dem Boden.

Auch an weltlichen und geistlichem Beistand fehlte es natürlich nicht. Bürgermeister Lambeck und der Kolingpräses Vikar Hemeyer überzeugten sich mehrmals vor Ort vom Baufortschritt.

Im Sommer / Herbst 1951 wurden weitere 14 Siedlungshäuser bezugsfertig, die letzten beiden im Frühjahr 1953. Die Siedlergemeinschaft war unterdessen auf 17 angewachsen.

Von Spatenstich bis zur letzten Hausbezug waren nur 4 1/2 Jahre vergangen, Jahre harter Arbeit und manchen Verzichts.

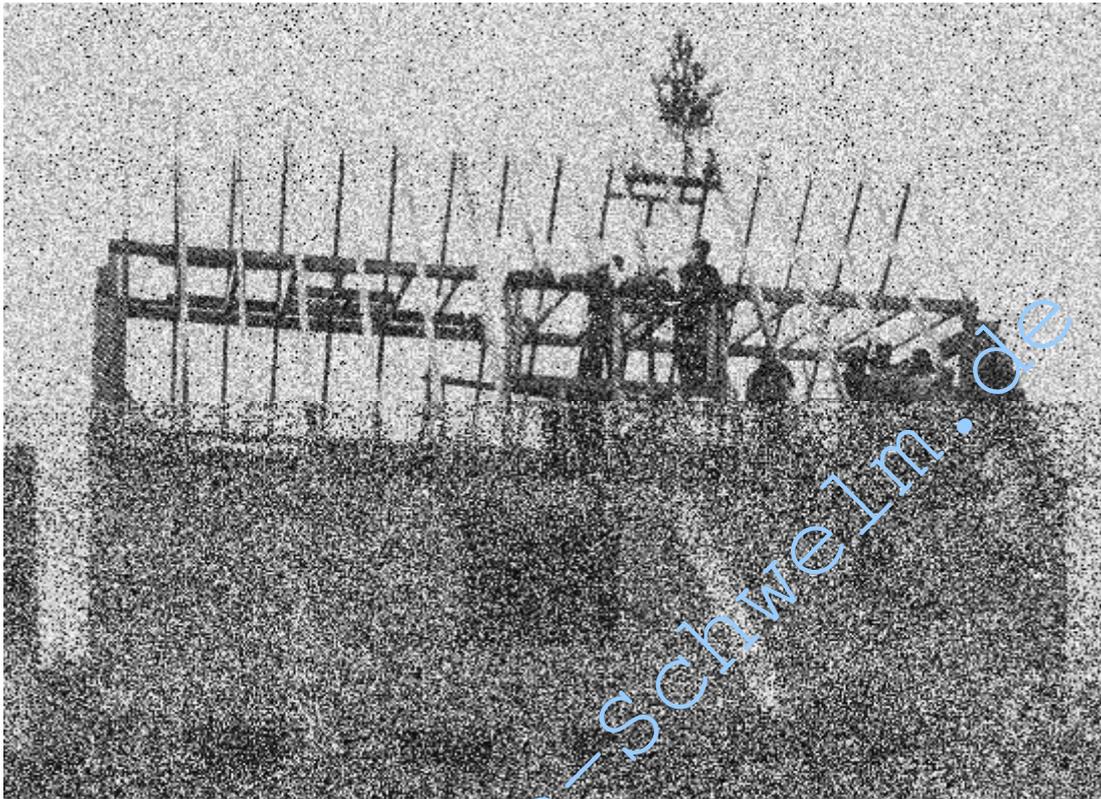


Enttrümmerung und Beschaffung von Baumaterial am Märkischer Platz

Anzumerken wäre noch, dass alle Ratsbeschlüsse nicht nur durch die Mehrheit der CDU gefasst worden waren, sondern auch fast alle Ratsvertreter ihr Votum zur Errichtung der „Siedlung Neue Heimat“ mit Wohlwollen und in großer Übereinstimmung gaben.



Grundstein Siedlung „Neue Heimat“ (Foto Otto Müller)



Vom Grundstein bis zum Dach: Siedlung „Neue Heimat“ (Foto Otto Müller)

Ehemalige Fremdarbeiterunterkünfte in der Hagener Straße - Gründung der Siedlergemeinschaft, Abriss.

Entstehung der Unterkünfte:

Vom Sommer 1942 an bis zum Frühjahr 1943 wurden (hauptsächlich) von den Schwelmer metallverarbeitenden Fabriken wie dem Eisenwerk, Rafflenbeul, Schubeis und Rondowerk für Rüstungsfabrikationen sehr viele Ost- und Fremdarbeiter angefordert.

Waren diese anfangs noch in diversen Sälen der Stadt untergebracht, reichte der Platz bald nicht mehr aus. Deshalb wurden sogenannte Stammlager und Wohnbaracken errichtet.

So beschlossen einige der Firmen Bauanträge für eigene Barackenunterkünfte einzureichen. Das Barackenlager des Eisenwerks (Stammlager) fasste über 300 Personen. Die Baracken des

Rondowerks standen auf dem Werksgelände und die Fa. Rafflenbeul hatte die Unterkünfte auf dem Brachland oberhalb der heutigen Hagener Straße errichtet.

Nach der schweren Bombardierung Schwelms am 13. April 1942, bei der auch das Bürogebäude der Fa. Rafflenbeul komplett zerstört wurde, verringerte sich die Zahl der Ostarbeiter.

Die Baracken an der Hagener Straße leerten sich und konnten nun den ausgebombten Wuppertaler Reichsbahnangehörigen zur Verfügung gestellt werden.

Die Reichsbahn kaufte dann mit Vertrag vom 14. Februar 1944 von der Firma Maschinenbau Alfred Berning in Schwelm besagte 20 Holzbaracken, um sie zu Wohnungen herzurichten. Eine dieser Baracken wurde der Firma Berning mietweise zur Weitervermietung an Angehörige ihres Werkes überlassen.

Deutsche Reichsbahn
Reichsbahndirektion Wuppertal

4. 56/1947

<p>Vorstand Reichsbahndirektion Wuppertal Wuppertal Oberlahn</p>	<p>General Walter Schmitt und Hermann Kötter 30.11.41</p>	<p>Reichsbahnpräsident Deutsche Reichsbahn - Reichsbank 21-45 Reichsbahnverwaltung Wuppertal, Hauptstr. 11 Reichsbankkonto 22111 37. 11.</p>
---	--	---

<p>Zu: Herrn Oberkreisdirektor des Ennepe-Ruhr-Kreises - Aln Preisbehörde für Mieten - <u>Schwelem</u></p>	<p>Zugang und Verarbeitungsnummer</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; width: fit-content; margin: 10px auto;"> <p>RECHTSABTEILUNG WUPPERTAL 1944 - 5. JULI 1947 Nr. _____</p> </div>
---	---

14B Pa 161 Dw Wt I/191/a 30. Juni 1947

Die Deutsche Reichsbahn hat mit Vertrag vom 1./4. Februar 1944 von der Firma Maschinenbau Alfred Berning in Schwelm 20 Holzbaracken an der Hagenerstraße (Gut Martfeld) in Schwelm käuflich erworben um sie zu Wohnungen herzurichten. Eine dieser Baracken wurde der Firma Berning mietweise zur Weitervermietung an Angehörige ihres Werkes überlassen. Nach § 8 des in Abschrift beigelegten Kaufvertrages sollte die Miete nach den Selbstkosten berechnet werden.

Diese Selbstkosten betragen:

a)	Kaufpreis und Umbaukosten	35 500,00 RM
b)	Gründerwerbesteuer	1 979,16 RM
Zusammen:		37 479,16 RM

§ 7

Von den 20 erworbenen Baracken sind einige zu Zt noch mit Ostarbeitern belegt. Davon vermietet die Reichsbahn weiterhin zu einem angemessenen, nach den Selbstkosten der Reichsbahn errechneten Mietpreis, der noch festgesetzt wird, 3 Baracken an die Firma Berning zur vorübergehenden Unterbringung von Ostarbeitern Schwelmer Firmen. Die übrigen zu Zt noch belegten Baracken sind Zug um Zug mit der Aufstellung der von der Reichsbahn nach § 6 zu liefernden Ersatzbaracken schnellstens zu räumen, spätestens jedoch am 30.6.1944. Die Fa Berning wird dauernd bemüht bleiben, auch die in den 3 erwähnten miethweise überlassenen Baracken untergebrachten Arbeiter anderwärts unterzubringen. Insbesondere wird die Firma Berning dafür Sorge tragen, daß eine dieser 3 Baracken schnellstens geräumt wird. Erst nach erfolgter Räumung dieser einen Baracke kann der Anspruch der Firma Berning auf Überlassung einer Wohnbaracke nach § 8 geltend gemacht werden. Ist die Räumung der erwähnten einen Baracke nicht spätestens am 30.6.1944 erfolgt, verzichtet die Fa Berning auf die Vermietung der Wohnbaracke nach § 8. Die Miete für die mit Ostarbeitern belegten Baracken an die Deutsche Reichsbahn zahlt - auch soweit in den überlassenen Baracken Arbeitskräfte anderer Schwelmer Firmen untergebracht sind - mit Wirkung vom 1. November 1943 ab die Firma Berning, die ihrerseits das infrage kommende Gehalt von den beteiligten Firmen einzieht. Die durch die Bewachung, Beheizung und Beleuchtung der Ostarbeiterbaracken, sowie sonstige allgemein übliche Lagerverwaltungs- und Betreuungsmaßnahmen entstehenden Kosten gehen mit Wirkung ab 1.11.1943 zu Lasten der Reichsbahn und werden am Mietentgelt gekürzt.

(links und oben) Auszug aus dem Kaufvertrag zwischen Fa. Berning und der Reichsbahndirektion über die Baracken an der Hagener Straße.

Hier lebte bis zum Abriss der Baracken noch der Rest der Ostfremdarbeiter, die nach dem Kriege in Schwelm geblieben waren. So kam es dazu, dass diese Barackensiedlung im Volksmund „Klein Moskau“ genannt wurde

Der Wohnraum in diesen Unterkünften war recht bescheiden. In einer Baracke befanden sich jeweils zwei Wohnungen. Eine bestehend aus je einer Küche und drei Zimmern und die beiden anderen zwei Wohnungen aus je einer Küche und zwei Zimmern.

Insgesamt standen also vierzehn Räume zur Verfügung. Der durchschnittliche Mietpreis für einen Raum betrug 1946 jährlich 227,55 RM oder monatlich 18,96 RM.

1949 - Die Siedlung Hagener Straße bekommt keine finanziellen Hilfen

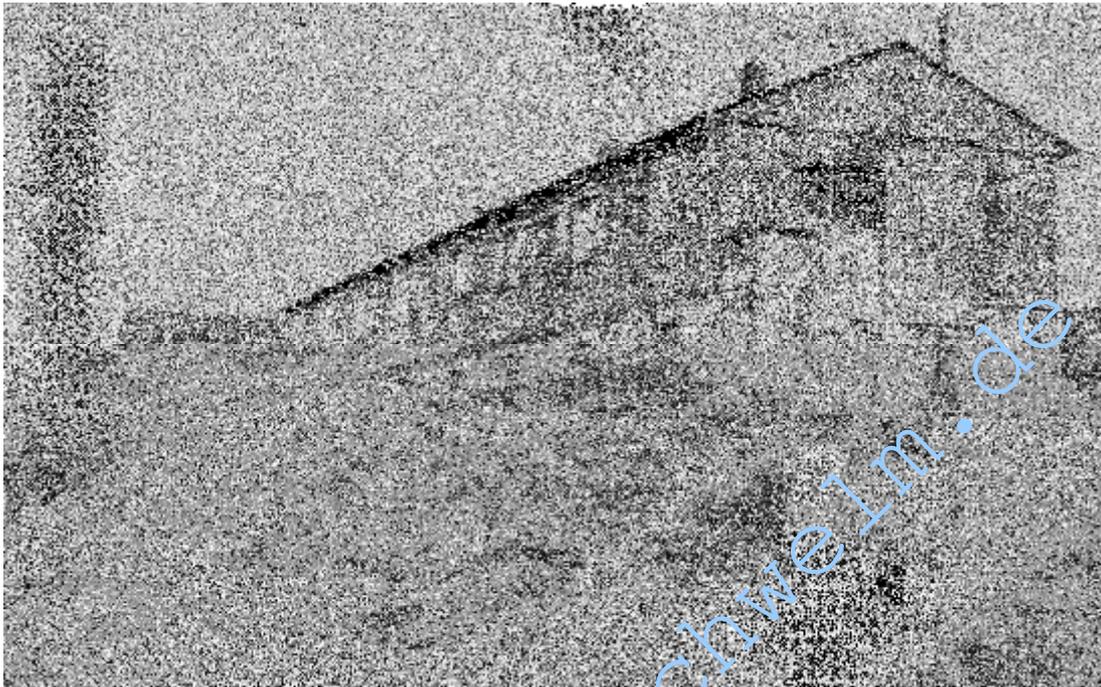
Wie wertvoll dieses Wohnangebot aber war, sollte dann die Nachkriegszeit zei -

gen. Bürgermeister Lambeck, auf dessen Initiative auch das Schwelmer Wohnungshilfswerk gegründet wurde, konnte trotz vieler Spenden und freiwilliger Hilfen einen Verfall der Holzhäuser nicht stoppen. Auch standen der Reichsbahn keine Mittel zur Verfügung, um wenigstens die notwendigsten Reparaturarbeiten durchzuführen.

Große Hoffnung, hierfür Geldmittel zur Behebung der ärgsten Schäden zu bekommen, keimte auf, als von der Kreisverwaltung 1949 die ersten Gelder für den Wiederaufbau bewilligt wurden.

Ein Zeitungsartikel der WR am 26. April 1949 berichtete diesbezüglich:

„Wie wir von der Kreisverwaltung Ennepe-Ruhr in Erfahrung brachten, suchen noch 8174 Personen eine Wohnung. Diese Zahl erhellt deutlich die Dringlichkeit des ersten Gebotes der Jetztzeit Neubauwohnungen zu schaffen.“



Ehemalige Fremdarbeiter-Unterkünfte
dienten bis in die 60er Jahre hinein als Notwohnungen

... Die Gemeinden des EN-Kreises planen, durch Instandsetzung, aber auch durch Um- und Ausbauten sowie Neubauten 500 neue Wohnungseinheiten zu schaffen. Daneben werden zahlreiche Kleinsiedlerstellen geplant und bezuschusst. Unklar ist, welche Zahlen zur Verwirklichung kommen.

Für die Finanzierung der genannten Wohnungseinheiten der Gemeinden sind 5 Millionen DM an Darlehen erforderlich! Beantragt wurden 1,5 Millionen DM. Inzwischen sind 751.000 DM bewilligt, aber nur 215.000 DM ausgezahlt worden. Weitere Ausschüttungen werden mit Ungeduld erwartet.

Doch die Hoffnungen auf Linderung der ärgsten Bauschäden wurden jäh zunichte gemacht, als die Anträge zur Geldbewilligung mit dem Vermerk zurückgewiesen wurde: „Behörde nicht zuständig“ Die Antragsteller, bzw. die Besitzer ka-

men aus einem anderen Landkreis, — und was den Geldzuschüssen noch weniger dienlich war, aus einem anderen Besatzungsgebiet.

1950 - Von Baracken- zur Siedlergemeinschaft.

Doch die Mieter gaben sich nicht geschlagen und wurden im August 1950 ihrerseits aktiv. Die Westfälische Rundschau berichtete 1950:

„Ende vergangenen Jahres erstand bei drei beherzten Männern der Siedlung der Gedanke, sämtliche Bewohner zu einer Siedlungsgemeinschaft zusammenzuschließen, was in einer Versammlung Anfang Februar dieses Jahres geschah.

Als eine ihrer größten Aufgabe hatte sich die Gemeinschaft zum Ziel gesetzt, durch Verhandlungen mit der Bundesbahn-Hauptverwaltung in Offenbach zu

erreichen, die monatlichen Mieteinnahmen in Höhe von etwa 1.200 DM für Instandsetzungsarbeiten zu verwenden.

„Es scheint jedoch sehr fraglich,“ so berichtet die Zeitung weiter, „ob diese Mittel ausreichen werden, den fortschreitenden Verfall aufzuhalten.“

Aber immerhin ist ein Anfang gemacht worden, ein erster Schritt unternommen, der zu einigen Hoffnungen berechtigt.

Wie der Vorsitzende der Gemeinschaft, Heinz Goldmann, erklärt, hat die Offenbacher Hauptverwaltung inzwischen ihre Genehmigung zu dem Vorhaben der Siedlungsgemeinschaft erteilt, so dass in aller Kürze die Eintragung in das Vereinsregister vorgenommen werden kann.

Über die bisher durchgeführten Selbsthilfearbeiten kann gesagt werden, dass die schlechten Wegeverhältnisse in etwa 400 Arbeitsstunden einigermaßen beseitigt wurden. Dafür wurden 200 Tonnen Schlacke verarbeitet.

Auch die Außenbeleuchtung hat inzwischen durch tatkräftige Mitwirkung der „Agfu“ eine Besserung erfahren.

Wie Vorsitzender Goldmann berichtet, sieht er, sobald sämtliche Formalitäten mit der Hauptverwaltung erledigt sind, seine erste Aufgabe darin, die sanitären Anlagen in den Wohnungen vollständig neu zu gestalten.

Unbedingt müssen auch die Anstricharbeiten an den Wetterseiten der Baracken durchgeführt werden.“

Trotz aller Bemühungen konnten die Baracken, nicht gerettet werden. Sie mussten einem neu erschlossenem Neubaugebiet weichen und wurden, als die Wohnraumnot sich stabilisierte, in den späten 60er Jahren abgerissen.

Schloss Martfeld - Zustand des Schlosses bis 1959

Es schrieb die Schwelmer Zeitung im Sommer 1959:

„Wenn wir die unwürdigen Verhältnisse in den Häusern der Barackensiedlung an der Hagener Straße benennen, so gehören sicherlich auch die Wohnungen im Schloss Martfeld dazu, das gegenüberliegend, bis 1960 bewohnt war.“

Die Schwelmer Zeitung berichtete noch 1959 über ihren Zustand:

„...was in langen Jahren die mehr als meterdicken Mauern von Schloss Martfeld an Feuchtigkeit einsogen, das saugt selbst dieser Sommer 1959 nicht heraus. Das stellten die Familie bekümmert fest, die ... nun in der ehemaligen Wasserburg eine Unterkunft fanden.

Sie bezogen dort Räume im Erdgeschoss des Südflügels, die früher zur Wohnung des landwirtschaftlichen Pächters gehörten. Wie traurig sah es beim Einzug aus. Die Feuchtigkeit hatte den Putz zernagt. Vergebene Liebesmühe, hier Tapeten kleben zu wollen. Nach kurzer Zeit fielen sie „traurig“ zu Boden.

Die Wasserleitung durchzieht nur einen Teil des dreiflügeligen Gebäudes. Die Bewohner vom Südflügel müssen das begehrte Nass aus der Waschküche holen. Diese befindet sich nicht etwa im Kellergeschoss.

Das gibt es nicht. Wahrscheinlich verzichteten die Bürgerbauer mit Rücksicht auf die Wassergräben darauf. Vielleicht machte ihnen aber auch der Felsen zu viel Mühe?

So erfüllten die Räume im Erdgeschoss des Mittelflügels die Funktion des Kellers. Man betritt sie vom Innenhof durch gewölbte Türen. Ein Mann von 1,80 m Größe muss sich bücken.

Schloß Martfeld, seinerzeit zum Ausländerlager Schwelm gehörend, ist nach seiner Räumung desinfiziert, seine Wohnungen sind instand gesetzt worden.

Auch das bestätigt die anderswo gewonnene Erkenntnis, dass die Ritter gar nicht so hochragende Recken und Hünen waren, sondern im Durchschnitt viel kleiner von Gestalt als die Männer von heute.

Das Erdgeschoss des Mittelflügels wird oben von einem mächtigen Gewölbe abgeschlossen. Man fragt sich, warum die Erbauer nicht das doch einfachere Bauen im rechten Winkel vorzogen? Jedenfalls kann man beruhigt sein: Dieses Gewölbe ist so fest gefügt, dass es noch Jahrhunderte die felschwere Last über sich tragen kann.

Von den Wünschen zurück zur Wirklichkeit: Wenn die Meteorologen auch mit

ihrer Prophezeiung eines strengen Winters Recht haben, können die Bewohner von Martfeld diese Gewölbe hoch mit Kohlen füllen!

Die hohen und feuchten Räume zu beheizen, ist kostspielig. Wie müsste man sich hier quälen, Versorgungsleitungen durch die uralten, aber noch recht widerstandsfähigen Mauern zu legen.

Zum Teil sind die ursprünglich groß angelegten Zimmer durch Zwischenmauern unterteilt, um im den Winter den beheizten Raum, zu reduzieren.

Äußerst schlimm und unangenehm war in den 50er Jahren war die herrschende Rattenplage. Obwohl das Verschwinden der Landwirtschaft zu einem Nachlas-



Schloss Martfeld um 1920
(Ansichtskartensammlung Schmitz)



Schloss Martfeld nach dem 2. Weltkrieg 1946
(Ansichtskartensammlung Schmitz)

sen dieser „Geißel“ führte, treiben diese lästigen Nager doch noch in Scharen ihr Unwesen. Die Mieter bemerkten sarkastisch: Nicht Ritter, sondern die Ratten spuken zuweilen nächtlich.

Weiter schreibt die Schwelmer Zeitung: „Das größte Zimmer in der Wasserburg Martfeld ist der ehemalige Rittersaal (von 8x8 m Fläche) im Obergeschoss. Den dort nach dem Krieg Einquartierten diente er aus der Not heraus als Schlafzimmer.“

Doch wie unzweckmäßig wirken heute die verwinkelten und verbauten Trennwände als sogenannte Raumaufteilung. Wünschenswert, wenn das Heimatmuseum hier einst einziehen könnte.

Das ist ja auch das Endziel der Stadt. Man kann ihr nur wünschen, dass es bald gelingen möge, denn eins ist un widersprochen: Das neue Museum bedarf ja keiner Beheizung, ausgenommen vielleicht ein Raum für den Museumsleiter.

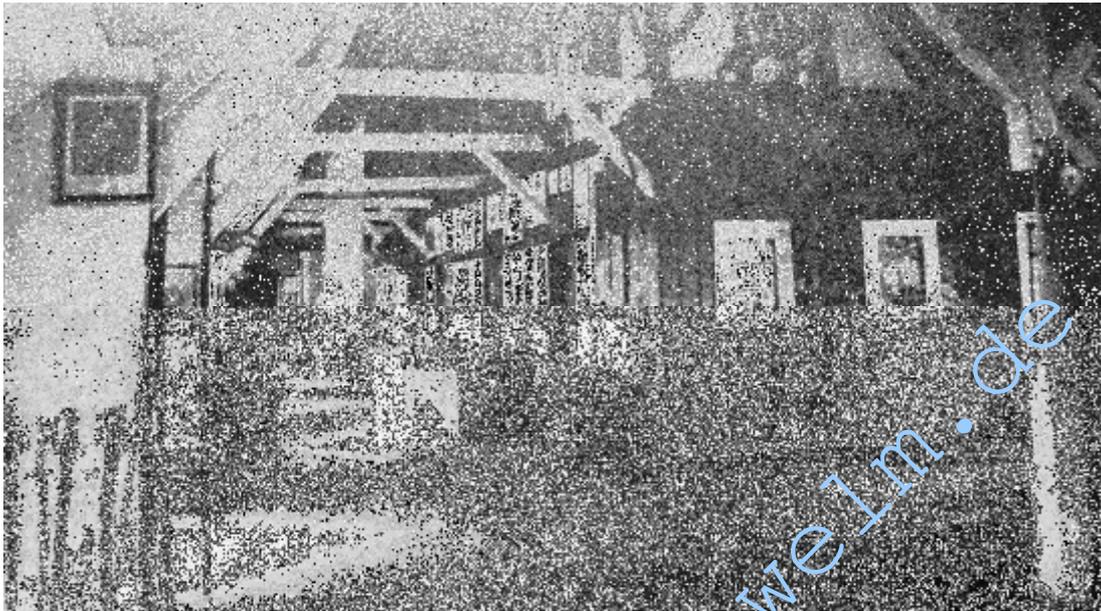
Auch auf Wasserleitungen (über der Wand, da sie sich kaum in das Bruch-

steingemäuer einzwängen lassen), und auf Ofenpfeifen quer durch ein ganzes Zimmer zum Kamin wäre das Museum nicht angewiesen, wohl aber auf vorherige Trockenlegung der Außenmauern ...“

All diese Überlegungen spiegelten sich in den CDU Vorlagen wider, mit denen besonders die Ratsvertreter um Ernst Lambeck diese Idee eines würdigen Platzes für Heimatmuseum und Stadtarchiv umgesetzt sehen wollten.

Doch erst nachdem der Besitzer des Schlosses Martfeld Freiherr von Hövel 1954 das Schloss mit allen seinen Ländereien an die Stadt verkaufte, konnten in den folgenden Jahren die nötigen Reparatur- und Umbauarbeiten am und im alten Schloss beginnen.

Zuvor hatte der Rat der Stadt Schwelm auf Antrag der CDU einstimmig beschlossen, das Kleinod „Schloss“ zum Mittelpunkt eines zukünftigen Freizeitparks zu machen. Mit dem Heimatmuseum konnten sie außerdem dem Schwelmer Verein für Heimatkunde eine „endgültige Heimstätte“ bieten.



Knapp 10 Jahre war das Heimatmuseum in dem alten Patrizierhaus an der Barmer Straße untergebracht. Ende 1951 erfolgte der Umzug zum Haus Martfeld, da die alte Bleibe in der Schule Potthoffstraße (Bild oben) für den Schulbetrieb gebraucht wurde. Erst 1954, als die Stadt vom Besitzer vom Hövel die komplette Immobilie erwarb, begannen die aufwendigen Renovierungsarbeiten für das Heimatmuseum mit angegliedertem Stadtarchiv. Beendet wurden die Arbeiten 1962.



1949 - Schloss Martfeld, Blick nach Süden.
Im Hintergrund die Neubauten
„Am Kollenbuscher Weg“



Archivbild aus dem Jahre 1950
Möbel aus mehreren Jahrhunderten haben im Museum ein Zuhause gefunden.

Mit dem angegliedertem Stadtarchiv wurden außerdem die diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften erfüllt.

Nachdem Ende 1962 alle Baumaßnahmen beendet waren, bildete der Antrag der CDU, den Freiherr von Hövel auf besondere Art und Weise zu Ehren den endgültigen Abschluss. In ihrem Antrag hieß es, der Rat der Stadt Schwelm möge beschließen, auf Grund der enormen Verdienste von Hövels den Weg von der Hauptstraße zum Schloss „Johannes von Hövel Weg“ zu benennen.

Bemerkenswert hierbei, dass trotz der absoluten Mehrheit der SPD alle Ratsmitglieder der Schwelmer Parteien den Antrag der CDU zustimmten!

1962 konnte nach langen Umbau- und Renovierungsarbeiten das Heimatmuseum mit angegliedertem Stadtarchiv im Haus Martfeld eröffnet werden.

Das Schloss Martfeld

... mit dem Schwelmer Heimatmuseum war früher eine Wasserburg mit Sitz ritterlicher Familien.

Erbaut Anfang des 14. Jahrhunderts, erstmals urkundlich erwähnt um 1750, boten ein spätmittelalterlicher Rundturm, ein Nordturm aus dem Jahre 1627 und der Nordflügel aus dem Jahre 1618 Schutz vor Feind und Plünderung.

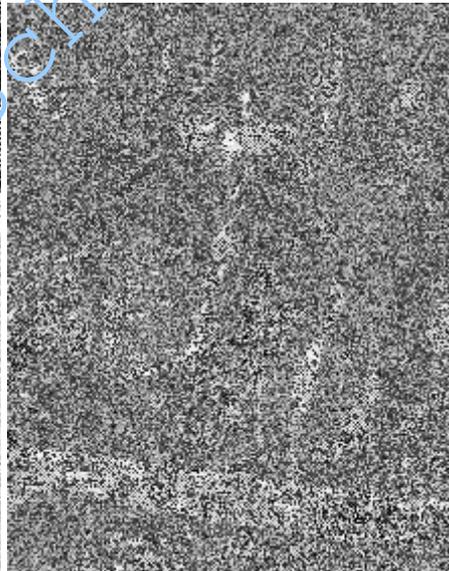
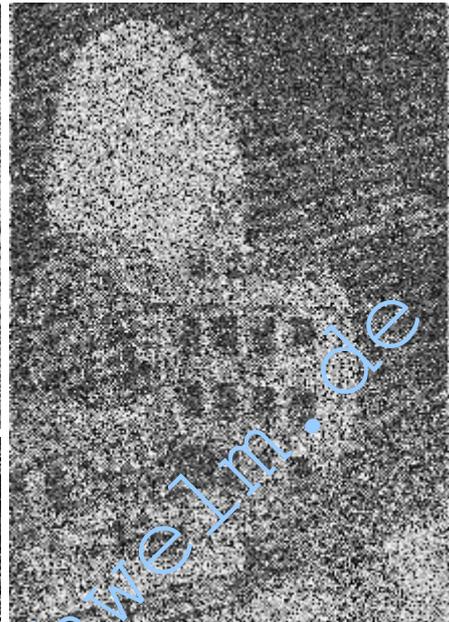
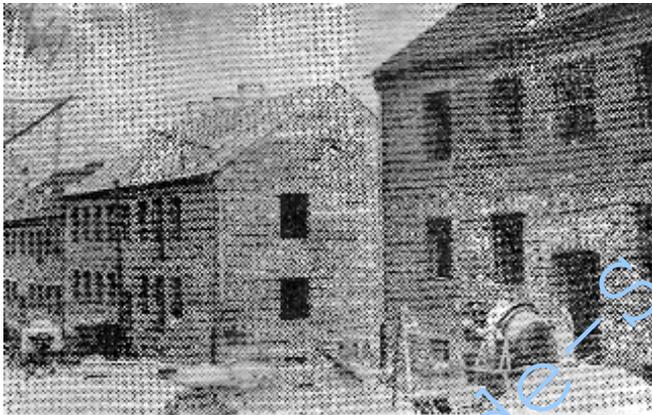
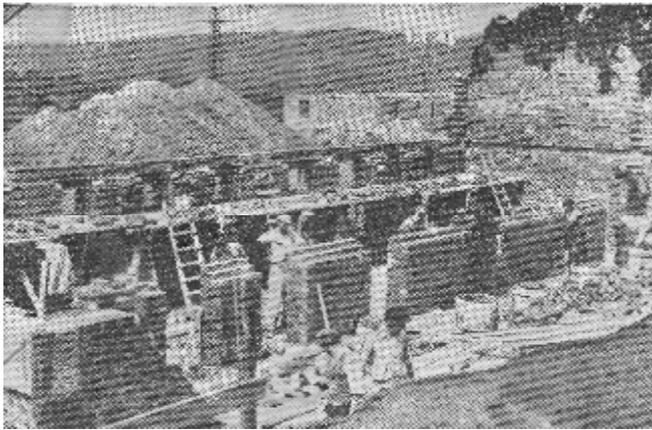
Ergänzt wird diese Anlage durch eine im nahen Park stehende neugotische Grabkapelle, die 1860 erbaut wurde.

Im Museum sind Ausstellungsstücke und Funde aus der heimatlichen Gegend zu sehen. Anschaulich und mit geschichtlichen Erklärungen versehen, sind sie die Grundlage zur geschichtlichen Definition des Schwelmer Raumes, insbesondere mit seinen geographischen Charakteristika. Zusätzlich ist dem Museum eine sehenswerte Münzsammlung angegliedert.

Freiherr von Hövel feierte seinen 75jährigen Geburtstag



Das Schwelmer Heimatmuseum wurde am 1. März 1962 eröffnet. Der Antrag der CDU, den Freiherr von Hövel auf besondere Art und Weise zu Ehren den endgültigen Abschluss. In ihrem Antrag hieß es, der Rat der Stadt Schwelm möge beschließen, auf Grund der enormen Verdienste von Hövels den Weg von der Hauptstraße zum Schloss „Johannes von Hövel Weg“ zu benennen. Bemerkenswert hierbei, dass trotz der absoluten Mehrheit der SPD alle Ratsmitglieder der Schwelmer Parteien den Antrag der CDU zustimmten! 1962 konnte nach langen Umbau- und Renovierungsarbeiten das Heimatmuseum mit angegliedertem Stadtarchiv im Haus Martfeld eröffnet werden.



Schwelm Aufbau 1949 /1950

Von links oben und darunter:
Neubau in der Tobienstraße
Links: Ruine Müller Möllenkotten
Links unten; Ölkinghauser Str.
Rechts oben:
Blick auf den Altmarkt
Rechts unten:
Bürgermeister Lambeck beim
Spatenstich

Die neue Bebauung

Wegen der zerstörten Gegend zwischen Bahnhofstraße und Altmarkt erklärte die Verwaltung dieses Gebiet zum Neuordnungsgebiet. Diesbezüglich schrieb sie einen Neugestaltungswettbewerb aus. Den ihrer Meinung nach besten Plan (Plan 25) brachte sie am 5. März 1949 in den Stadtrat ein. Da auch die große Mehrheit der Ratsherren von dem Vorschlag begeistert war, wurde diese Art großzügiger Neubebauung beschlossen.

Wenn wir heute auf die damalige Entscheidung zurückblicken, so hat es wohl keinen gravierenderen Beschluss mehr gegeben, (von dem Beschluss, die Innenstadt als Fußgängerzone umzugestalten einmal abgesehen) als die Umsetzung dieses Vorschlages.

Dieser berührte konkret nicht nur die Verbreiterung der Untermauer- und Bahnhofstraße, sondern auch die Innenstadt, die bis hin zur Schillerstraße mit einer Umgehungsstraße unwider -



ruflich ergänzt werden sollte.

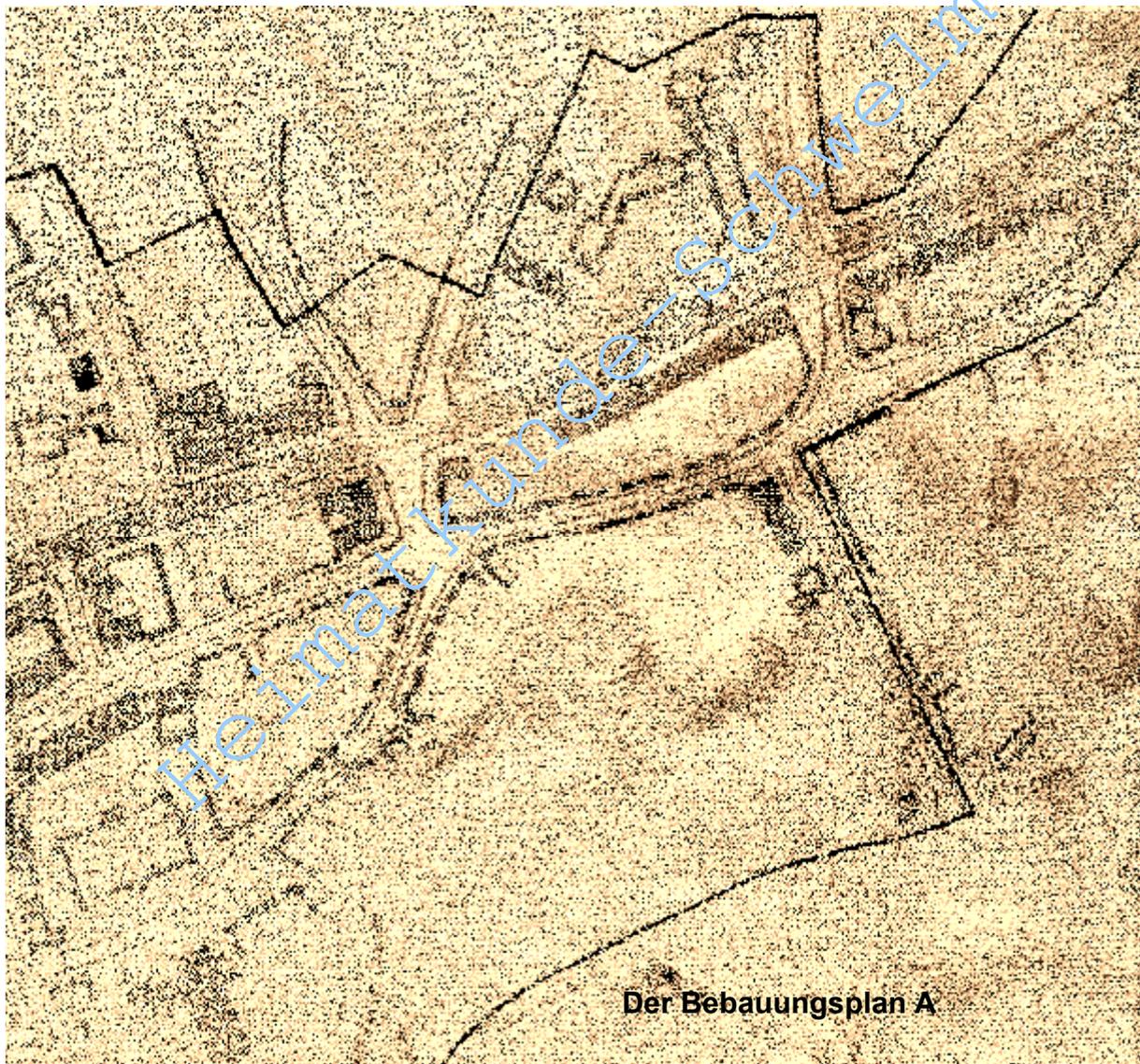
Von dieser alles entscheidenden Ratsitzung berichtete die WP: „... die Sitzung wurde von Bürgermeister Lambek pünktlich eröffnet. Zwei Vertreter der SPD fehlten entschuldigt.

... ein ungewohntes Bild bot der stark besetzte Zuhörerraum. ... Teilweise Erledigung fand Punkt 1 der Tagesordnung: Entgegennahme des Berichtes der Verwaltung über Beschlüsse der Stadtvertretung, die

bisher nicht durchgeführt werden konnten. CDU-Stadtvertreter Goecke bat um Zurückstellung, weil die Tagesordnung zu lang und zu wichtig sei.

Auch der zweite Punkt dauerte nicht lange. Für den ausgeschiedenen Peter Bayer (SPD) wurde Willi Ahland und für die FDP Heinz Unglaube in den Fürsorgeausschuss gewählt.

Die bereits begonnenen Bauten von Notwohnungen an der Barmer Straße fanden die Billigung der Stadtver-



tretung. Es wurde eine Summe von 90.000 DM für dieses Projekt bewilligt.

Etwas länger diskutierte man natürlich über den zweiten Nachtragsetat, der den Haushaltsplan des Jahres 1950 ausgeglichen hat.

Den angesetzten Einnahmen steht ein Minus von 25.650 DM, den Ausgaben ein Minus von 214.050 DM gegenüber. Damit konnte das Defizit von 188.400 DM im ursprünglichen Ansatz ausgeglichen werden. Darüber hinaus blieben der Stadt noch 457.600 DM übrig, die für wichtige kommunalpolitische Aufgaben aufgewandt wurden.

Der Etat wurde gegen die Stimmen der KPD angenommen. Knapper (SPD) bemängelte, dass die KPD den Etat im Ausschuss angenommen habe, im Plenum jedoch ablehne. Der Plan schließt nach den Änderungen im Nachtragsetat in Einnahmen und Ausgaben mit 6.401.700 DM ab.

Einstimmig stimmte die Stadtvertretung der Änderung der Fluchtlinie an der Ecke Bismarckstraße - Bahnhofstraße zu. Bei einer späteren Neubebauung des Grundstückes, das mit seiner baufälligen Ruine sich langsam zu einer ernststen Gefahr auswächst, muss die Baufluchtlinie nun so verlaufen, dass das Gebäude etwas zurückverlegt wird.

So verbleibt eine freie Ecke, die eine bessere Straßeneinsicht gewährleistet. Ebenso wurde der Änderung der Fluchtlinie an der Barmer Straße zugestimmt.

Gegen den vorgeschlagenen Parzellentausch von städtischem und privatem Grundbesitz hatte man nichts einzuwenden, um so mehr als es sich nur um wenige Quadratmeter handelte.



Müchlers Haus in der Bahnhofstr.
(Foto: Privatbesitz Schmitz)

Durchführungsplan A

Frühjahr 1951. Durchführungsplan A liegt vor und soll unter Bürgermeister Lambeck und der Verwaltung im Sängerheim mit der Bevölkerung diskutiert werden.

Wegen der Wichtigkeit des Planes, der mit einer vorgesehenen Parallelstraße zur Hauptstraße das Stadtbild außerordentlich und einschneidend verändern sollte, hatte der Rat diese Art des Dialoges beschlossen.

Zur Erinnerung: Dieser Plan sah eine neue Verkehrsstraße nach Osten hin vor, die an der Einmündung der Weststraße begann und mit der Einmündung in die Hauptstraße in Höhe der Schiller Straße

endete. Der Plan sah weiterhin vor, dass beim Bau der Parallelstraße die Hausgrundstücke von Dr. Richter (Wilhelmstraße) und das Grundstück Ramspott, Hauptstr.107 gebraucht wurden. Auch die Hintergebäude und Schuppen der Grundstücke Hauptstr. 93, 95, 97, 99, 101 und 103, sowie das Wohnhaus Hauptstraße 107 mit Nebengebäuden mussten dann weichen.

Die dann nördlich der neuen Straße verbleibenden privaten Gartenflächen hatten die Planer für eine Vergrößerung der Grünanlage zwischen Wilhelm- und Schillerstraße „in Anspruch“ genommen. Die Grünanlage würde damit um rund 3000 qm vergrößert.

Zurück zur Veranstaltung im Sängerkheim. Weil diese mit der Vorstellung des Planes für das Zukunftsbild so gravierend wichtig war, möchte ich den anschließenden Zeitungsbericht in der Westdeutschen Rundschau einmal ungekürzt wiedergeben.

Schwelm. 07. März 1951

Den Veranstaltern, Rednern und allen Besuchern dieser öffentlichen Aussprache gebührt Dank.

Der Abend brachte nicht nur die verschiedenen Meinungen, die in der Bürgerschaft zu dem Plane einer breiten Parallelstraße zur Hauptstraße bestehen zur Sprache. Er gab nicht nur den Schöpfern und Betroffenen des Planes die Möglichkeit, Ihre Gründe zu nennen, sondern er verlief - und das scheint das erfreulichste Ergebnis zu sein - in mustergültiger Disziplin.

Er ließ an den Werten demokratischer Formen glauben. Einem unziemlichen Einwurf zu Beginn der Debatte begegnete die Versammlung mit einstimmiger Ablehnung. Damit war der Abend

für eine sachliche Auseinandersetzung gerettet. Die Gefahr, das Thema zu zerreden, wurde gebannt, da sich die einzelnen Interessengruppen durch Redner vertreten ließen, die objektiv sprechen können.

Alle Redner sprachen mit Optimismus. Nicht ein einziges Mal wurden Zweifel in die Überlegung geworfen, die das Unge- wisse eines solchen Plans von vornherein undiskutabel machten. Der gesamten Bürgerschaft lag die Entwicklung der Stadt sehr am Herzen.

(Aufgabe dieses Berichtes ist es nicht, Stellung zu nehmen. Wir geben die Ausführungen der Redner in knappen Worten wieder -aus formellen Gründen in direkter, aber nicht authentischer Rede. Die Redaktion.)

Dann kamen die einzelnen Diskussions- teilnehmer zu Wort:

Bürgermeister Lambeck:

Der vorliegende Durchführungsplan A ist das Ergebnis der Arbeiten des Preis- ausschreibens und des Bauamtes. Vom Verwaltungsausschuss wurde der Vor- schlag zu dieser öffentlichen Diskussion gemacht.

Baurat Siepmann:

Die Stadtvertretung genehmigte am 6. Juni 1950 den auch vom Wiederauf- bauminister vom 15. August bestätigten erster Neuordnungsplan. Dieser Plan muss in Etappen verwirklicht werden.

Die erste Etappe soll die im Durchfüh- rungsplan A niedergelegte Anlage einer Durchgangsstraße parallel zur Haupt- straße von der Mündung der Weststra- ße durch die Untermauerstraße, durch die Gartenstraße südlich des Kranken- hauses und ostwärts der Wilhelmstraße bis zur Einmündung an der Ecke Schil- lerstraße/ Hauptstraße sein.

Ostwärts der Bahnhofstraße soll ein Platz als Auflockerung des Stadtbildes und zum Parken angelegt werden. Die neue Straße hat günstigere Verkehrsbedingungen und gibt die Gewähr für einen geschäftlichen Aufschwung.

Auswärtige Kommissionsmitglieder hielten diesen Plan für gut und sagten, dass selten ein Plan durch relativ geringen Aufwand einen so hohen Nutzen verspricht wie der Schwelmer Durchführungsplan A. Die Verlegung der Straßenbahn in die Kaiserstraße oder andere Straßen ist unzweckmäßig, da dadurch - wie Herdecke beweist - Schwelm zu einer toten Stadt würde.

Die Stadtvertreter und die Verwaltung haben durch die Kriegsschaden die einmalige Gelegenheit bekommen, wie es der ständig steigende Verkehr notwendig macht, Schwelm zukunftssicher zu ordnen.

Dr. Siegert:

Bevor ich meine Ausführungen machen kann, muss Klarheit geschaffen werden in wieweit die finanziellen Voraussetzungen zur Durchführung des Planes gegeben sind.

Stadtkämmerer Schüssler:

Die Verwaltung schätzt die Kosten auf 2,5 Millionen DM. Aus laufenden Einnahmen der Stadt ist diese Summe nicht zu schöpfen. Welche Landesmittel zur Verteilung gestellt werden, kann heute noch niemand sagen.

Stadtdirektor Schüssler:

Herr Dr. Siegert hat mit seiner Forderung recht. Wir können aber gegenwärtig beim besten Willen noch nicht wissen, wie weit uns das Land zu Hilfe kommt. Es geht jetzt vielleicht in erster Linie darum, grundsätzliche Meinungen zu dem Plane zu hören.

Dr. Siegert:

Wenn der Plan am Donnerstag von der Stadtvertretung beschlossen wird, so muss er durchgeführt werden. Wenn aber die finanzielle Basis nicht gesichert ist, das Geld nicht ausreicht, besteht die Gefahr, dass er Stückwerk bleibt und damit Kapital verbraucht und keinen Nutzen bringt.

Baurat Siepmann:

Der Unsicherheit der Baukosten kann natürlich niemand in der Kalkulation begegnen. Aber die genauen Kosten könnten von einer Kommission - wenn sie Tag und Nacht arbeitet - in wenigen Wochen festgestellt werden. In gleichem Atemzug möchte ich noch ergänzend bemerken, dass bei diesem Projekt die Entschädigung der Privatleute nicht formal, sondern nur sozial vertretbar erfolgen und die innere Zustimmung der Bürgerschaft finden muss.

Ich habe zwei Gutachten über die Kosten: Ein Sachverständiger gibt 5,3 Millionen an, der andere 7 Millionen. Die Verwaltung nennt 2,3 Millionen. Ziehe ich das Mittel der Gutachten, so bekomme ich 6,1 Millionen.

Das Mittel zum Verwaltungsvoranschlag ist damit also 4,2 Millionen. Wenn aber die Landesmittel nicht festgestellt sind, ist ein solches Risiko „inopportun“.

Es ist häufig Kritik am Bauamt geübt worden, es sei zu langsam und zeige zu wenig Initiative. Ich glaube, es ist mit zu viele Fragen belastet.

Ich schlage vor, dass ein ehrenamtlicher Beigeordneter das Bauamt und das Wohnungsamt in eine Hand nimmt und die restlichen und finanziellen Fragen klärt, die Verhandlungen mit vorgesetzten Behörden und Verbänden führt und damit Stadtdirektor und Baurat entlastet.

Dr. Richter:

Die Kritik an der finanziellen Grundlage des Planes ist berechtigt. Es darf keine Aufbaugeschädigten geben. Ich fürchte, dass der Bau eines Tages stehenbleibt oder dass die fehlenden Mittel vom Posten „Entschädigungen“ ergänzt werden.

Ich frage: Kann man nicht an der Brauerei vorbeikommen? Wenn dort ein Kulturdenkmal stünde, würde man da sicherlich auch nach Umwegen suchen.

Ein Anlieger der Bahnhofstraße:

Wir sollten es wie in Frankfurt machen. Im Stadtkern alle Grundstücke zusammenwerfen und neu verteilen.

Fabrikant August Heute:

Der Lkw-Verkehr braucht gute Durchfahrtsstraßen und die Schwelmer Industrie ebenfalls. Es müsste eine neue Straße über die Nordstraße (durch das Eisenwerk hin zur Talstraße) gebaut werden. Wenn ich zu bestimmen hätte, würde dieser Plan durchgeführt.

Dr. Richter:

Ich spreche im Namen von Menschen, die mich beauftragt haben. Ich bin peinlich berührt von der Handlungsweise der Stadt. Mein Protest im Namen meiner Mandanten wurde von der Stadt mit höflichen Worten zurückgeschickt, weil er zu spät komme.

Der Plan war in den „Amtlichen Bekanntmachungen“ aufgelegt, die „kein Mensch zu lesen bekommt“. Die Brauerei ist deshalb heute gar nicht vertreten. Wir brauchen ein neues Blatt, das auch gelesen wird. Wenn der Plan durchgeführt wird, dann ist Schwelm eine tote Stadt. Der Verkehr wird vielleicht zügiger, aber kein Mensch lässt mehr einen Groschen hier.

Im übrigen verstehe ich als Kraftfahrer

unter zügigem Verkehr die Fahrt auf einer Non-Stop-Straße. Die geplante Straße brauchte aber sieben Verkehrsampeln. Die Gefahrenstelle liegt zwischen Nockemann und Wimber. Sie lässt sich beseitigen mit ca. 200.000 DM. Die Straßenbahn müsste bei Wimber von der Hauptstraße abgeleitet werden und bei Nockemann zurückgeführt werden.

Wir haben jetzt eine einmalige Gelegenheit. Nicht meckern, bevor nicht alle Möglichkeiten durchgedacht sind. Ich warne die Stadtvertretung, die Stimme der Bürgerschaft zu überhören.

Rechtsanwalt Dr. Haarmann:

Die Brauerei ist nicht vertreten, um einen Streit wegen der Zahlen zu vermeiden. Ihre Bedeutung für die Stadt als größter Steuerzahler braucht nicht unterstrichen zu werden.

Stadtverordneter Frese:

... wenn wir genug Bier trinken!

Rechtsanwalt Dr. Haarmann:

Es gibt aber viele dringlichere und andere Probleme. Im Westen der Stadt fehlt die Kanalisation. Abwasser werden zum Teil noch in die Schwelme geleitet. Wie soll die Nord-Süd-Verbindung geregelt werden? Von Wuppertal fährt der größte Teil sowieso über die Höhenstraße. Demnächst soll bei Langerfeld die Autobahn vorbeigeführt werden. Auch das bedeutet Entlastung.

Bürgermeister Lambeck:

Ich danke für die sachliche Haltung aller Redner.

Dr. Siegert:

Wenn ich ein Haus baue, dann plane ich erst und frage dann nach den Mitteln. Wir wollen keine neue Steuerschraube anlegen, aber ich weise darauf hin, was wir in den Nachkriegsjahren bereits alles tun konnten.

Herr Reich:

Sie können sich darauf verlassen, dass die Verwaltung gerecht handeln wird.

Dr. Richter:

Ihre Bedenken, Schwelm würde eine tote Stadt werden, werden kaum zutreffen.

Dr. Haarmann:

Das Thema Kanalisation ist schon seit Monaten akut. Die Durchführung der zur Debatte stehenden Pläne schließt andere Arbeiten nicht aus.

Stadtvertreter Frese:

Die Brauerei könnte einmal selbst Vorschläge machen wie das Problem gelöst werden kann. Ich erinnere daran, dass sich vor Jahrzehnten unsere Stadtväter nicht entschließen konnten, eine Eisenbahnreparaturwerkstatt in Schwelm zu errichten. Später wurde das bedauert. Die Stadt, wie sie jetzt da steht, wurde vorwiegend von älteren Generationen bezahlt. Die Entwicklung schreitet fort. Wir müssen an die kommende Generation denken und hier Opfer nicht scheuen.

Stadtvertreter Hidding:

Ich gehöre zu der von Herrn Dr. Siegert genannten 3. Kategorie. Ich bin überzeugt, dass der Plan die fortschrittlichste Lösung ist, aber sehe meine Bedenken im Finanziellen. Besonders im östlichen Teil der Stadt scheinen die finanziellen Vorbereitungen noch nicht ausgereift zu sein. Wer für sich sprechen muss, zusammen mit den Flüchtlingen und den Menschen, die auf den Lastenausgleich warten, kann sich natürlich für den Plan nicht erwärmen.

Es lässt sich anderseits nur sagen: es muss eine gerechte Lösung angestrebt werden. Denn das A und O muss sein, Bürger der Stadt nicht zu schädigen.

Man sollte sich bescheiden und den Bau zunächst nur bis zur Bahnhofstraße führen, damit dort der Anschluss an den neuen Plan „Bahnhofstraße“ hergestellt wird.

Robert Seckelmann:

Ich spreche als Ausgebombter und für mich allein. Kein Mensch hilft uns in der Bahnhofstraße, dass wir unsere Häuser wieder hochziehen können. Wir müssen es selber schaffen. Dafür arbeiten wir. Ich kann mir denken, dass die Lasten für den Durchführungsplan A auf 30 000 Menschen der Stadt verteilt, wesentlich leichter sind, als für den Einzelnen, der sich sein Haus wieder errichten muss. Ich befürworte den Plan. Er wird die Konkurrenz stärken und die Geschäftswelt zu größeren Leistungen und größeren Erfolgen bringen. Er müsste aber in einem bestimmten Zeitraum durchgeführt werden.

Dr. Haarmann:

Ich warne die Stadtvertretung im Hinblick auf die zu erwartenden Prozesse, definitive Beschlüsse zu fassen, bevor die nötigen Mittel vorhanden sind.

Stadtverordneter Goeke:

Die Brauerei schreibt, dass der Maschinenpark, der abgebaut werden müsste, nicht an anderer Stelle neu aufgebaut werden kann, sondern vollständig erneuert werden muss. Die Maschinen sind mit dem Gebäude fest verankert. Die Kosten würden 1,5 Millionen für die Maschinen betragen. Ich bitte die Brauerei um Verständnis, für die Belange der Stadt.

Dr. Siegert:

Unser Bürgermeister ist ein Idealist. Er hat durch seinen Idealismus viel erreicht. Hier aber hilft uns der Idealismus nicht weiter. Ich wiederhole meinen alten Vorschlag: Erst die finanziellen Mittel bereit -

stellen, dann beschließen. Soviel ich weiß, stehen für solche Pläne keine normalen Landesmittel zur Verfügung. Es könnten nur ERP-Mittel helfen, und diese fließen wohl nicht mehr allzu lange.

Dr. Richter:

Ich gebe noch zu bedenken, dass der starke Verkehr am Krankenhaus den Kranken nicht zuträglich ist.

Stadtarchitekt Hilgenberg:

Der Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten im alten Stil würde die Entwicklung der Stadt auf hunderte von Jahren hemmen. Es gibt Darlehen und Zuschüsse des Landes zum Erwerb von Gelände, von aufstehenden Gebäuden und Gebäuderesten. Der Wiederaufbauminister wird aber mit Rücksicht auf stärker zerstörte Gebiete die Landesmittel für Schwelm nur dann ausgeben, wenn die Stadt auch gewillt ist, den Plan mit Energie durchzuführen.

Der Plan muss da sein. Wenn er nicht beschlossen ist, so hat die Stadt nicht das Recht, Bauten zu verändern, die den Fluchtlinien des Planes nicht entsprechen. Wenn der Plan beschlossen ist, läge er noch vier Wochen aus und

kann von den Betroffenen noch durch Einwendungen korrigiert werden.“

Der Abend war von etwa 150 Damen und Herren besucht. Ende der Diskussion gegen 23 Uhr.

Stadtratssitzung über den Durchführungsplan A

Zwei Tage später fand die diesbezügliche Ratssitzung statt. Neben anderen wichtigen Punkten entfachte sich eine „heiße“ Debatte, als der Tagespunkt Durchführungsplan A aufgerufen wurde.

Nachdem Baurat Siepmann noch einmal das große Projekt erläutert hatte führte der erste Redner, Hidding (FDP), aus, der Leitplan sei zwar beschlossen, aber abänderlich. Eine Änderung sei jedoch nicht opportun. ...

Er müsse aber die Vorlage bemängeln, da die Planung zwar ganz sei, aber die Feststellung der Kosten über den Daumen gepeilt wurde und zum großen Teil auf Schätzungen beruhe.

Die Gesamtannahme des Plans sei für die FDP nicht möglich. Wohl sei die Durchführung bis zur Bahnhofstraße dringend notwendig. Dann wäre aber ein neuer Durchführungsplan B über weitere Straßenzüge erforderlich.

WR vom 28. 9. 1950 - So kommentiert die Presse über den Bebauungsplan A:

... feiert die Schwelmer Stadtplanung im Dezember ihr zweijähriges Bestehen. Zwar sollte die Umsetzung der Pläne schnellstmöglich ... umgesetzt werden, doch abgesehen von einigen wirklich kleinsten Anfängen hat das Stadtbild noch keine wesentlichen Veränderungen erfahren.

So schaut mancher Kreisstädter mit einem bösen Gesicht nun schon zwei Jahre zum Bauamt hinauf und fragt sich im Stillen, wann eigentlich das beschlossene Neuordnungsprogramm seinen Lauf nimmt... Des Bürgers sicherlich berechtigter Unwille ahnt in seinem Grimm jedoch nicht, dass die Initiative zum Bauen und zur Neugestaltung ganz von ihm ausgehen müsste, denn die Stadt besitzt in jenen Gebieten, die von der Neuplanung erfasst werden sollen kein Grundstückseigentum... - Eine kleine Bemerkung, lieber Schwelmer Bürger, der Neuordnungsplan ist genehmigt und passiert im Augenblick die angeordnete Auslegefrist. Der Vorhang ist gefallen, der erste Akt ist beendet. Wir warten nun auf den zweiten....

Goecke (CDU) stimmte im Wesentlichen den Ausführungen Hiddings zu. Seine Fraktion sei grundsätzlich einverstanden mit der Durchführung bis zur Bahnhofstraße. Die Weiterführung könne aber erst erfolgen, wenn Berechnungen jedes einzelnen Projektes vorliegen. Der Wiederaufbau der Bahnhofstraße dürfe keineswegs ins Stocken geraten.

Frese (SPD) erklärte, es sei der politische Wille der Fraktion, der Entwicklung der Stadt zu helfen. Jetzt müsse zugefasst werden. Die Anlieger seien beunruhigt und fragten sich: was bekomme ich, was kann ich dann bauen? Die SPD stimme für die Annahme des Planes.

Bürgermeister Lambeck führte aus, dass er auch beim Bau der Neustraße für die Anlieger ebenfalls einschneidende und unangenehme Maßnahmen gefordert hätte. Aber sie seien notwendig gewesen. Die Stadt, sagte er weiter, würde 1951 mehr als 30 000 Einwohner

haben. Der Leitplan sei angenommen worden und zum Teil schon realisiert. Es müsse jetzt endlich der erste Schritt getan werden. Damit die Stadt ihre Versprechungen gegenüber den Anliegern realisieren kann, müsse endlich Klarheit über den Plan vom Freitagschen Haus bis zur Bahnhofstraße bestehen. Es müsse verhindert werden, dass jemand in die geplante Fluchtlinie hinein bauen könne.

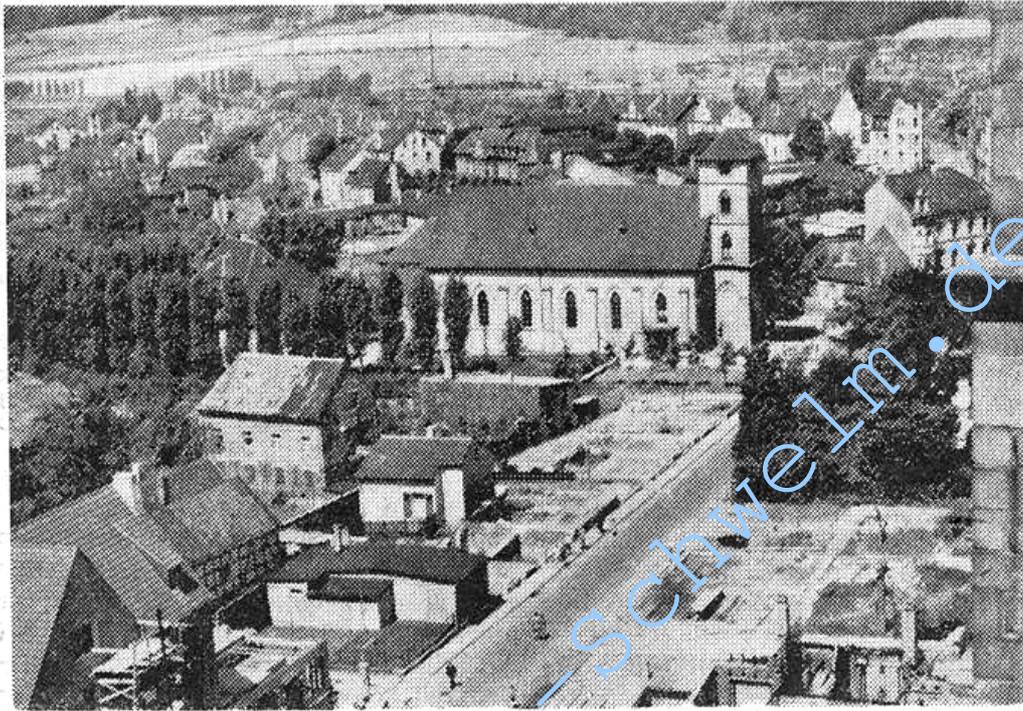
Der Etat der Stadt habe vor einem Jahr mit einem Minus von 188.000 DM abgeschlossen, jetzt sei ein Plus vorhanden. Aufgabe der Verwaltung müsse es sein, mit allen Betroffenen zu verhandeln und Voraussetzungen zu schaffen.

Stadtarchitekt Hilgenberg stellte fest, dass der Durchführungsplan A im Prinzip ein Fluchtlinienplan sei. Wenn diesem nicht zugestimmt wurde, gebe es keine Möglichkeit, ein planloses Bauen zu verhindern.



Nach Klärung der Grundstücksangelegenheiten konnte die Bahnhofstraße 1954 fertig gestellt werden (Foto Schneider)

Die obere Bahnhofstraße wartet auf Wiederaufbau



Unser zweites Bild aus den Fensterhöhlen des Glockenstuhles der Christuskirche gibt einen Blick in den zerstörten Teil der oberen Bahnhofstraße. In der linken unteren Ecke sehen wir den Neubau der Firma Brillen-Ziehms, dem sich der Bau des Bäcker- und Konditormeisters Bräker anschließt. Leider leidet die planmäßige Durchführung des Bräkerschen Hauses, die bis in die Gasse zwischen Neubau und der Metzgerei Dörre reicht, an der langsamen bürokratischen Abwicklung der Dinge im Zuge der Neuplanung, die hier bekanntlich die große Verkehrsumgehungsstraße durch die Untermauerstraße vorsieht und an dem Einspruch der Anlieger. Das Ziehmsche Haus wird im August verputzt und bezugsfertig sein. Auch die Konditorei Bräker wollte vor dem Stadtjubiläum hier ihren Betrieb mit einem Café eröffnen,

was aber durch die Baubehinderungen nicht möglich sein wird. Im Neuordnungsplan sind die Fluchtlinien dieses Wiederaufbaubereichs festgelegt, wobei die Bahnhofstraße eine wesentliche Erweiterung erfährt. Es sind aber noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, bis die Grundstücksanlieger alle unter einen Hut gebracht sind, um auch hier mit einem zügigen Wiederaufbau beginnen zu können. Im Mittelpunkt dieses Stadtviertels steht die Marienkirche als ein Symbol des opferbereiten Gemeinschaftswillens zum Wiederaufbau. Im Innern fehlt der Kirche nur die Orgel. Ihre Außenansicht wird sich später einmal durch den Wiederaufbau des schwerbeschädigten Kirchturms noch zu ihrem Vorteil verändern. Die Aufnahme wurde von Foto-Schneider gemacht.

Artikel der WR 1950-
(Foto: Foto Schneider)

Hidding (FDP) schlug vor, den Plan erst juristisch durcharbeiten zu lassen und stellte den Antrag, der Annahme des Planes nur bis zur Bahnhofstraße zuzustimmen.

Stadtdirektor Schüssler wies darauf hin, dass keine Chance bestehe, Zuschüsse zu bekommen, wenn der Plan nicht angenommen würde. Auch die Geschäftsentwicklung müsse mit der Bevölkerungszunahme Schritt halten. Er bat alle Fraktionen um die Zustimmung.

Jennemann (CDU) beantwortete die Ausführungen Hiddings dahingehend, dass die Fluchtlinie unbedingt festgelegt werden müsse.

Auf Antrag von Goecke (CDU) wurde eine Pause beschlossen, damit die Fraktionen später noch einmal zur Besprechung zusammentreten könnten. Nach Beendigung dieser Pause gab Bürgermeister Lambeck ausführliche Erläuterungen nach dem Gesetz.

Nach zweistündiger Diskussion wurde von allen Fraktionen gegen vier Stimmen der FDP bei einer Stimmenthaltung der FDP folgender Beschluss angenommen:

„Die Stadtvertretung schlägt in der heutigen Sitzung für den vorgelegten Durchführungsplan A einschließlich der dazugehörigen Unterlage für die Neuordnung der Stadt Schwelm den 5. 12. 1950 vor, für den die erforderliche Genehmigung beim Ministerium für Wiederaufbau beantragt werden soll.“

Für die in der Vorlage von der Stadtverwaltung vom 8. 3. 1951 bezeichneten, für Straßenzwecke benötigten Grundflächen, solle vorsorglich die Verleihung des Enteignungsrechts nachgesucht werden.“

Über eine eventuelle Enteignung hatte die Westfälische Rundschau schon am

5. März 1952 geschrieben. Unter der Überschrift: „Schwelm wünscht das Enteignungsgesetz - Voraussetzung zur Durchführung des Neuordnungsplanes“ erschien folgender Artikel:

„Laut Gesetz erfolgt der Wiederaufbau in den Gemeinden auf Grund von Durchführungsplänen nach Maßgabe des Leitplanes. Der Leitplan für die Stadt Schwelm wurde von den Stadtvertretern in der Sitzung vom 6. Juni 1950 in Gestalt des Neuordnungsplans, 1. Teilabschnitt Kerngebiet, beschlossen und vom Wiederaufbauminister am 15. August 1950 genehmigt. Ein Durchführungsplan wird von der Gemeinde für solche Gebiete aufgestellt, in denen der Aufbau in absehbarer Zeit durchgeführt werden soll.“

Nachdem die Stadtväter einen solchen Durchführungsplan beschlossen haben, muss er vier Wochen lang öffentlich ausliegen und bedarf dann der Genehmigung durch den Wiederaufbauminister.

Während der Auslegefrist können die Betroffenen gegen den Plan ihre Einwendungen vorbringen, über die dann die Gemeinde entscheidet. Wird eine solide Einwendung von der Stadt abgelehnt, so entscheidet der Minister für Wiederaufbau nach Durchführung eines Ortstermins. - Nach Eintreffen der ministeriellen Genehmigung muss die Gemeinde den Durchführungsplan förmlich feststellen und diese Feststellung bekanntmachen.“

Die Wirkungen, die sich hieraus ergeben, sind sehr erheblich. Unter anderem kann die Stadt einen Grenzausgleich anordnen, Grundflächen des Gemeinbedarfs in ihr Eigentum überführen, Grundstücke umlegen, zusammenlegen und neu ordnen, sowie Grundeigentum enteignen und beschränken.

Mit der Grundstücksneuordnung an der westlichen Bahnhofstraße ist die Regelung der Besitzverhältnisse an der neuen Untermauerstraße (von Bahnhofstraße bis Weststraße) und die Offenlegung dieses Straßenteils verbunden.

Die Stadt will nun an dieser Stelle nicht um jeden Preis zu Enteignungen schreiten. Sie würde es aber begrüßen, wenn es zu freiwilligen Übereinkommen käme.

Um aber im Falle der Notwendigkeit von Enteignungen keine Zeit zu verlieren, wurde mit dem Antrag auf Genehmigung des Durchführungsplan gleichzeitig die Verleihung des Enteignungsrechts beantragt.

Für eine etwaige Enteignung kommen zunächst folgende Grundstücke in Betracht:

Hermann Pröpper mit etwa 130 qm, vier Kinder des Dr. Albano-Müller und drei Kinder des Dr. Vits mit etwa 875 qm, Richard Tackenberg mit etwa 133 qm, Erwin Eisermann mit etwa 285 qm, Fritz Dörre mit etwa 168 qm und Fritz Hesterberg mit etwa 360 qm.

Als Entschädigung für den Erwerb dieser Flächen einschließlich aufstehender Gebäude werden rund 80.000 DM erforderlich sein.

Der Gesamtbetrag, den die Stadt für den Grunderwerb, Gebäudeentschädigung u. a. zu zahlen haben wird, wurde auf 2,5 Millionen DM geschätzt.

Die Stadtväter werden über diese Fragen die erste Entscheidung zu treffen haben.

Wie geschrieben stimmten die Stadtvertreter gegen 4 Stimmen der FDP mehrheitlich der Grundstücksneuregelung und damit auch dem Durchführungsplan A zu.

Fassen wir noch einmal einige Ereignisse aus den Jahren 1950 /1951 zusammen: Die damaligen Planer und Neugehalter hatten es in kleinen Trümmerstädten wie in Schwelm recht schwer, ihre Pläne zum Neuaufbau umzusetzen. Ihre Maßnahmen scheitern sehr oft schon an den Einsprüchen der Grundstückseigentümer und Nachbarn.

Großstädte, die ganze Stadtteile wieder errichten mussten, schufen sich zum Handeln sehr schnell die nötigen gesetzlichen Grundlagen und setzten z. B. zur Klärung aller Streitfragen einen Grundstücks-Ausschuss ein. So ging es dort zügig voran, wogegen in einer kleinen Stadt wie Schwelm neue Ordnungsmaßnahmen oft an vorgenannten Gründen scheiterten.

Einige Beispiele hierfür waren u.a. das Neubau - Torso des Bäcker und Konditormeisters Bräker an der Ecke Bahnhof/Untermauerstraße, dass zu einem Einspruchskuriosum wurde. Letztlich nur wegen des Einspruchs über die Zuschlagung eines Streifens von 1,5 m Breite einer angrenzenden Grundstückgasse, der zur Erneuerung der neuen Fluchtlinie gebraucht wurde ergaben sich nicht nur Zwickigkeiten und arge Verzögerungen, sondern sie endeten auch mit der Einstellung der Arbeiten. Diese konnten erst nach jahrelangen Verhandlungen wieder aufgenommen werden um den Bau zu beenden.

Ein weiterer Fall war der Neubau Mebus in der Hauptstraße. Da auf einem Teil des Grundstücks das Behelfshaus von Frau Uhr stand, was ihr amtlich genehmigt worden war, klagte sie gegen Stadt und Kreis beim Oberverwaltungsgericht gegen den Neuordnungsplan. Die Angelegenheit wurde durch Zuweisung eines neuen Grundstücks am Altmarkt gelöst und Mebus konnte weiterbauen.



Neuaufbau 1953 / 1954: (oben) Die obere Bahnhofstraße
(unten) Neubau Bräker und Dörre

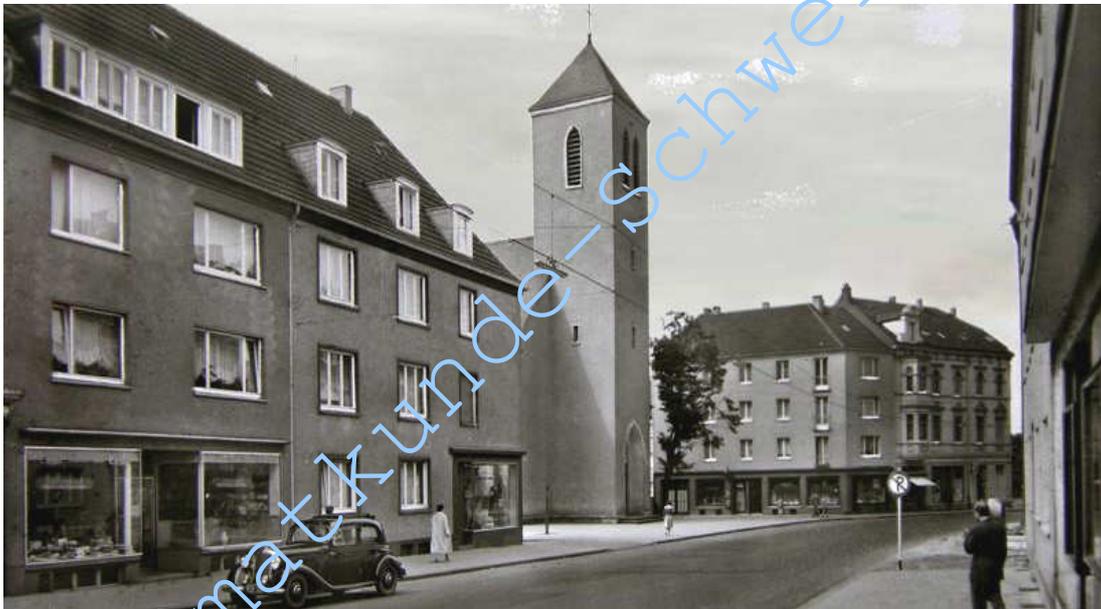
Hintergrundwissen:

Begonnen mit dem 1949 eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion über die Kern- bzw. den Wiederaufbau, wurden nach dem Kriege insgesamt 1138 Wohnungen mit 3463 Räumen in unserer Stadt gebaut, bzw. ausgebaut.

Mitte der 60er Jahre, so kann man ohne Übertreibung sagen, waren in Schwelm fast

alle Baumaßnahmen, die der Rat der Stadt geplant und bewilligt hatte, auch abgeschlossen. Lothar Hense, Redakteur der Westfälischen Rundschau schrieb :

„So wie u.a. die Siedlung Neue Heimat an den „Roten Bergen“ (Seite 196) rasant entstand, wurde in den



Der Wiederaufbau der Bahnhofstraße begann 1954
(rechte und linke Seite)

zurückliegenden Jahren Schwelm in einem solch schnellen Tempo neu geplant, neu aufgebaut, neu gestaltet und die Kriegsschäden beseitigt, dass es die Bürger rückblickend selber nicht fassen konnten, was sie da geleistet hatten...“

Unter Bürgermeister Lambeck wurden zwischen 1948 und 1951 die Voraussetzungen für dem Wiederaufbau mit Neu-

gestaltung der Schwelmer Innenstadt geschaffen.

Dazu gehörten insbesondere die Kernstücke der Innenstadt mit Hauptstraße und nördlichen Altmarkt, die Umgestaltung und Verbreiterung der Untermauer – und Bahnhofstraße, und ein näheres Anbinden der Randbezirke an die traditionellen Innenstadtbezirke Schwelms.



Bild oben:
Verkehrsschlauch Hauptstraße

Bild Mitte:
Zerstörte Städt. Sparkasse von
der Untermauer- / Casinostraße
aus.

Bild unten:
Der Altmarkt nach der Beseiti-
gung von Trümmern. Links und
im Vordergrund die „alte“ Straße
„In der Saake“



Zwei „menschliche“ Projekte

Zum Abschluss der Benennung der wichtigsten innerstädtischen Baumaßnahmen in der Zeit von CDU - Bürgermeister Ernst Lambeck müssen noch der Bau einer neuen Bedürfnisanstalt auf dem Neumarkt und der Bau der Kläranlage mit Einbettung der Schwelme genannt werden.

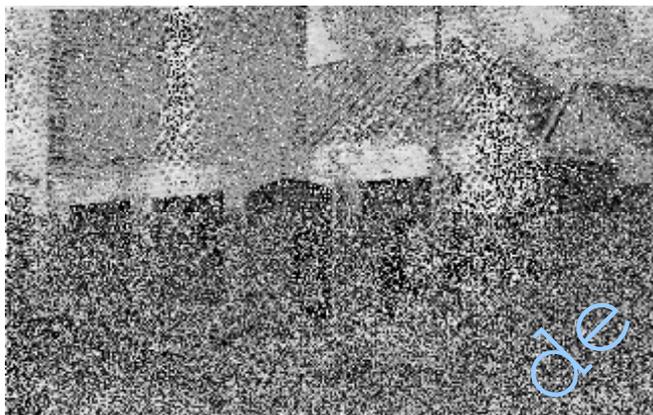
Mit der Fertigstellung der neuen Bedürfnisanstalt mit einem kleinem Fahrkartenverkaufsgeschäft für Bahnreisende, konnte endlich das alte Männerpissoir gegenüber der Commerzbank, das den Krieg überstanden hatte, abgerissen werden.

Die WP schrieb in einer humorvollen Glosse am 11. 01. 1950:

*„Moorbad am Neumarkt“
Festes Schuhwerk und ein guter Wille mussten Samstag den Weg in den Pavillon am Neumarkt begleiten, wenn man nicht im Schlamm stecken bleiben wollte... Hoffentlich erbarmt sich das Bauamt, ehe der erste Kreisstädter hier ein Moorbad genommen hat, bevor die Fahrkarte überhaupt bezahlt ist...*

Bei den Menschen in der Stadt kam dieses „neue Bauwerk“ gut an und nicht nur die neue Fahrkartenausgabe der Bundesbahn wurde ausgiebig genutzt.

Eine wichtige Frage der Nachkriegsjahre war das Einbetten der Schwelme in ein hochwassersicheres Bachbett, das in der so wichtigen neuen Kläranlage an der Talstraße enden sollte.



Der unvollendete Bau Bräker in der Bahnhofstraße

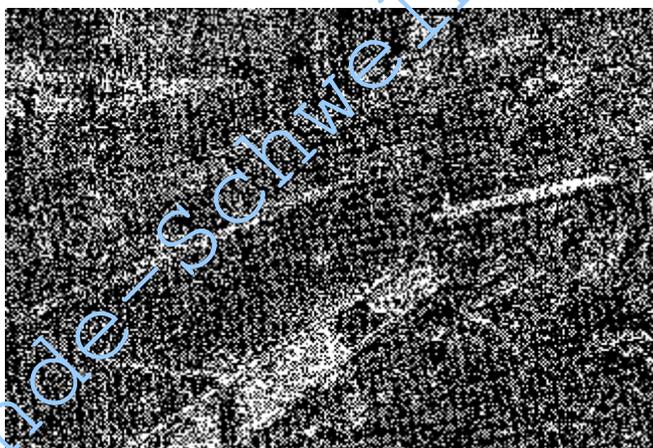


Bild: Neubau Mebus in der Hauptstraße

Anmerkung der WR am 14.03. 1951

Wenn der so notwendige Bauzaun an der Schwelmer Hauptstraße nicht wäre, würden die Passanten nicht so viele Mühen haben, festzustellen, was dahinter im Baugrund geschieht. Nun, unser Reporter bannte die Arbeitsvorgänge am Hause Mebus auf den Film.

Man sieht, der Wiederaufbau geht fleißig voran.

Zum Thema Kläranlage, einschließlich der Vorgeschichte schrieb die SZ Ende 1951 einen Artikel folgenden Inhalts:

„Waren das noch Zeiten, als Großpapa die Großmama auf dem Gondelteich der „Schnupftabaksmühle“ übers Wasser steuerte und auf dem Wasserkarussell vergnügtes Treiben herrschte. Wenn aber Großpapa sich heute

die Stätte seliger Jugenderinnerungen einmal ansehen wollte, so ziehe er heute bei diesem Wetter besser Gummistiefel an.

Seitdem vor vier Wochen die Männer auf dem Gelände der ehemaligen Schnupftabakmühle ihre Hacken und Schaufeln in Betrieb setzten, öffnete Petrus die Himmelsschleusen noch und noch.

Einziger sichtbarer Baufortschritt bisher: Ein riesiges weiches Lehmbad auf der gigantischen Baustelle der neuen Kläranlage des Wupperverbandes. Ob in dieser Zeit schon was anderes geschehen ist?

Sehr viel sogar, meinte in ihrem Artikel die SZ und schrieb u.a.:

„... man sehe sich nur die Berge einmal an, die im Zuge der Erdbewegungen bereits entstanden sind. Die Schachtarbeiten für das neue Schwelmebett wurden schon abgeschlossen.

Die Schwelme soll künftig etwas anders verlaufen, als es bisher der Fall war und im neuen Bett wird die Sohle des

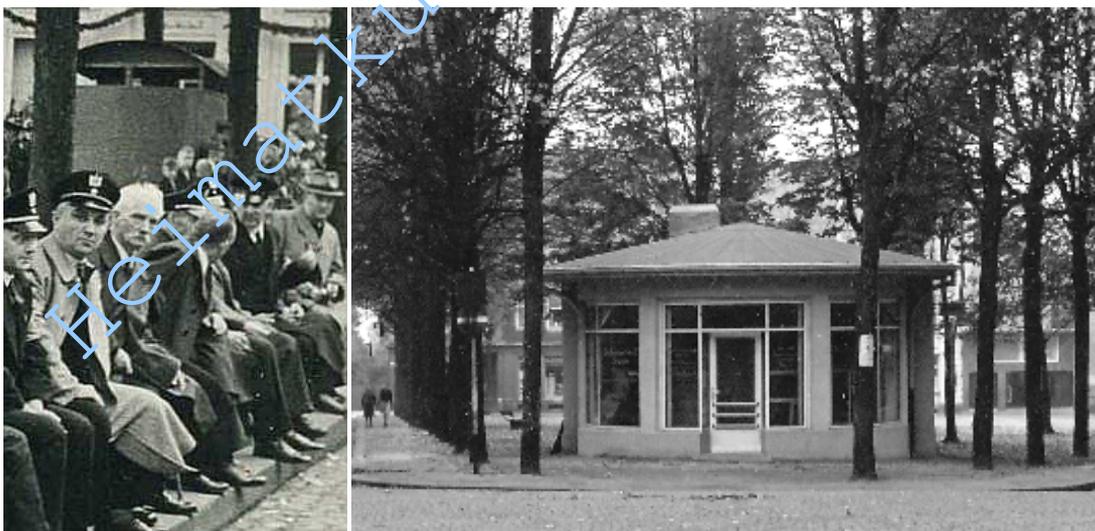
Flüsschens betoniert.

Auch an der eigentlichen Kläranlage ist manches schon geschehen. Die alten Becken, in denen nur eine äußerst behelfsmäßig Klärung möglich war, werden mit den Erdmassen, die ein Kranbagger hervorholt, zugeschüttet.

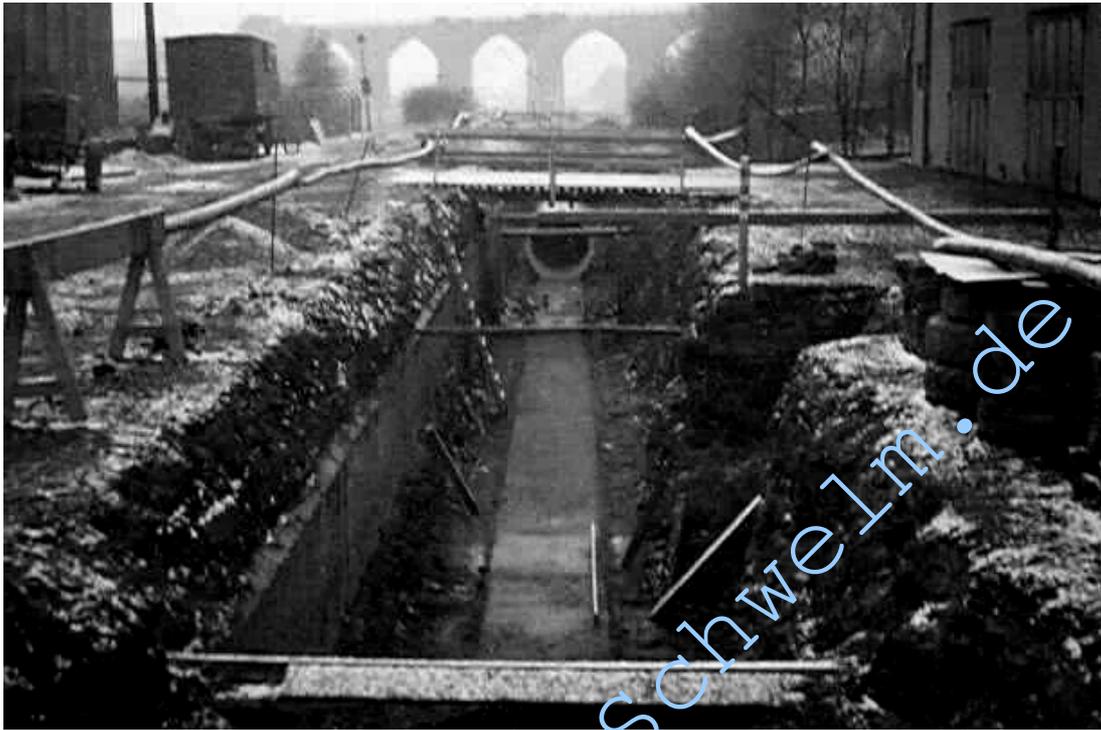
Später sollen an ihrer Stelle große Trockenplätze die Überreste des Abwassers der Kreisstadt zu Gartendünger austrocknen lassen.

Aber auch am Einlauf der Anlage sind schon große Arbeiten vorgenommen worden und wer etwas von einer Kläranlage versteht, erkennt dort bereits die Stelle, in der im Hauptkanal später der Grobrechen seinen Platz finden wird und wo schon der Überlauf durch entsprechende, Schachtarbeiten seinen Platz gefunden hat.

Mehr als mannshoch ist die Tiefe dieser Gräben, die bereits bis zum Einlauf in die Klärbecken vorhanden sind. Die Becken nehmen einen Platz von 35 mal 30 Metern ein und erhalten an der tiefsten Stelle eine Tiefe von 9 Meter.



1950 löste die neue Bedürfnisanstalt (rechts) am oberen Neumarkt das alte Männerpissoir (links) am unteren Neumarkt - im Hintergrund - ab.



Die „Schwelme“ im neuen Flussbett, hier in einem Kanal in der Talstraße
(Foto: Ernst Rudolph Nicolay)

Der Bagger wird sich also noch weiterhin ins Erdreich senken müssen

Der Wärter bekommt mit seiner Familie endlich eine entsprechende Unterkunft in einem neuen Häuschen, das unterhalb der Talstraße errichtet wird und schon recht gute Fortschritte macht“

Noch ein paar Zeilen zum Klärwerk selber:

Das Klärwerk wurde ab 1951 in drei Etappen gebaut. Das von Bürgermeister Lambeck forcierte Projekt konnte 1952 von seinem Nachfolger Bürgermeister Homberg eingeweiht werden.

Wie zur damaligen Zeit noch üblich, wurden die Schwelmer Abwässer nur mit Hilfe von Maschinen und betreffenden Geräten; maschinell gereinigt.

Das Klärwerk bestand aus Rechen, der erste Stufe der Wasserreinigung, Sand -

fang, in dem die Verunreinigung aus dem Abwasser entfernt wird, einem Regenklärbecken und Vorklärbecken.

In den Jahren 1957 bis 1959 wurden in einem zweiten Bauabschnitt die Bauwerke zur Schlammbehandlung und zur biologischen Reinigung errichtet. Hierbei handelte es sich um: zwei Faulbehälter einschließlich Maschinenhaus, zwei Belebungsbecken und ein Nachklärbecken, eine Pumpstation und einen Gasbehälter.

Was 1951 noch geschah

Grundstückkauf für Nordstadtschule - aber immer noch Kohlenmangel

Anfang Januar erschien in der Ausgabe der WR vom 26.Jan.1951 die Meldung, dass in diesen Tagen der Ankauf des Geländes für die Nordstadtschule unter-

schriftsreif sei. Auch die Pläne für den Schulneubau seien fertig und müssten von Arnberg nur noch genehmigt werden.

Damit löste Bürgermeister Lambeck mit seiner CDU-Fraktion das Versprechen ein, als „Gegenleistung“ für den Bau der Engelbertschule für einen Neubau einer Schule in der „Nordstadt“ zu stimmen.

Doch viele Schwelmer sahen dieses Projekt - zu diesem Zeitpunkt die Schule zu bauen - recht kritisch, da noch nicht einmal genug Heizmaterial für andere Schulen zur Verfügung stand.

Ein WR Bericht vom 31. Jan 1951 bestätigte diesen Mangel und schrieb:

„... zwar hat auch die Kreisstadt für ihre Schulen ein wenig von der Sonderzuteilung an Heizstoffen mitbekommen, doch es reicht immer noch nicht zu mehr, als zur Beheizung der Berufs- und Oberschule, die Abschlussjahrgänge voll zu unterrichten. ... in allen anderen Schulen und Klassen muss der Kurzunterricht beibehalten werden.“

Der Bedarf an Koks in den großen Schulgebäuden ist viel zu umfangreich, als dass mit den schmalen Zuteilungen eine Besserung der Versorgung erreicht werden könnte. Allein die Oberschule braucht je Tag etwa 1/4 Tonne Koks.

Es ist nunmehr das Ziel der Stadtverwaltung nachdem die Versorgung der Berufsschule für etwa einen Monat gesichert ist, aus den jetzt eingehenden Zuteilungen einen kleinen Vorrat anzusammeln. Dann, wenn dieser für 14 Tage ausreicht, kann der voller Unterricht auch in einer anderen Schule aufgenommen werden.

Nicht eher aber sollen irgendwelche Experimente versucht werden. Die letzten Lieferungen an Heizmaterial reichten,

um Verwaltung, Schulzahnklinik und Volksbücherei spärlich zu beheizen - doch nur voraussichtlich eine Woche lang, dann ist der Vorrat sicherlich wieder zu Ende ...“

Doch der Stadtrat erteilte die Baugenehmigung nachdem im September die Kosten für die Nordstadtschule von 720.000 DM feststanden.

Visitenkarte Bahnhof und Vorplatz: Beide sollen schöner werden

Nicht selten hörte man in anderen Städten des Südkreises den Stoßseufzer, man müsse, um zum Bahnhof zu gelangen, erst eine „Weltreise“ machen. So stand es am 13. Januar 1951 in der SZ.

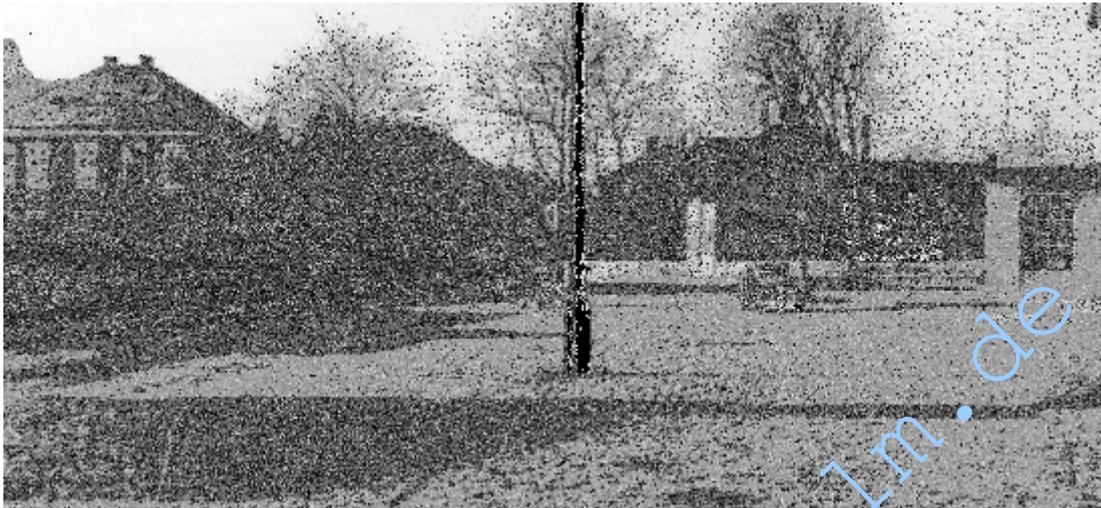
Der Schwelmer hat das nicht nötig, denn sein Bahnhof kann wirklich nicht besser liegen.

An diesen Vorteil haben die Schwelmer selten gedacht, denn sonst müssten sie doch in den vergangenen Jahrzehnten das Bild um den Bahnhof herum anders gestaltet haben, als es heute ist.

Gewiss, im letzten Jahr wurde das Vorbahnhofsgelände endlich zu einer schmucken Grünanlage, aber sonst ... ?

Schwelm ist eine Mittelstadt von nahezu 30 000 Einwohnern. Ihr Zentrum liegt indessen immer noch in der Nähe des Kirchturmes und nicht in der Nähe des Bahnhofs. Im Gegenteil, eine der Straßen, die besonders vom Zug aus ins Auge gefasst werden kann, gleicht eher der Ladestraße eines Güterbahnhofs als dem Ambiente in einer Kleinstadt

Das sieht auch die Schwelmer CDU so und ist der Meinung, dass selbst bei gering vorhandenen Geldmitteln ein klein wenig Repräsentation nicht schaden könnte. Selbst wenn man wenig auf die Geltung und das Bild nach außen Wert lege, brauchte die Märkische Stra-



Der Bahnhofplatz Anfang 1945



Das Bahnhofshotel

ße nicht so auszusehen, wie sie sich heute dem Auge darbietet: Buckeliges Kopfsteinpflaster, keine Gehsteige und der Blick auf die Hinterfront der Häuser der Kaiserstraße - kurz, kein einladendes Bild.

Eine saubere Linienführung der Straße, Gehsteige zu beiden Seiten und Bäume würden sicherlich Wunder bewirken.

Man sollte ruhig an eine Planung denken und auf der anderen Seite versuchen, aus der Umgebung des Bahnhofs ein neues Geschäftsviertel zu machen.

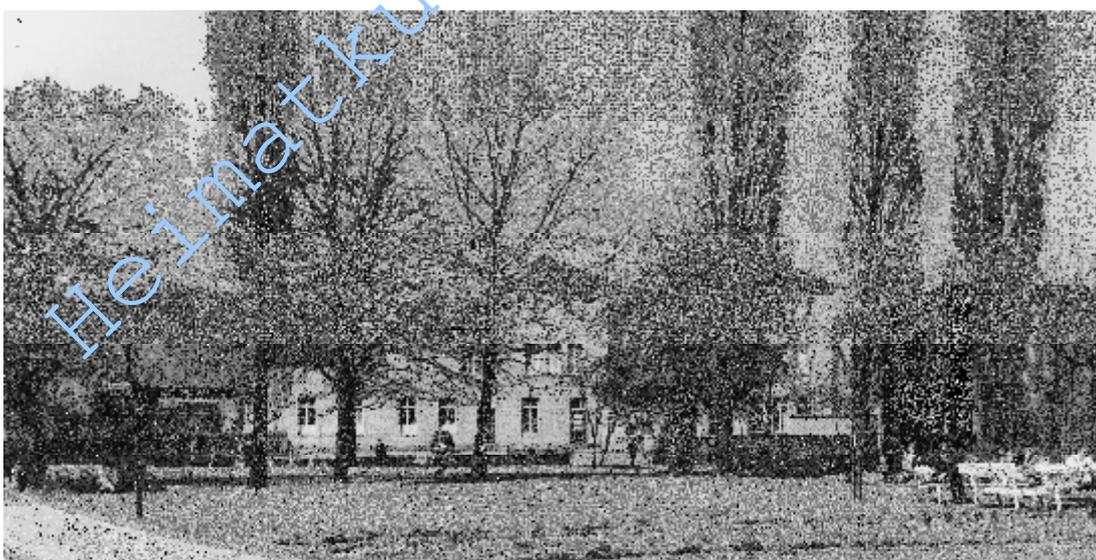
Der Schwelmer Bahnhof, der einzige Personenbahnhof der Kreisstadt nach dem Ausfall der Züge auf der Rheinischen Strecke ist nicht so „Ohne“.

Nicht nur, das die Bundesbahn in aner kennenswerter Weise ein rechtsstaatliches Gebäude daraus machte, das mit seiner großen Halle schon durchaus einer Mittelstadt angemessen ist, es ist auch verkehrsmäßig in Schwelm einiges los. Sind es doch insgesamt 55 Eil- und Personenzüge, die jeden Tag in

beiden Richtungen von Schwelm abgehen. Dazu kommen die 86 Nahverkehrszüge pro Tag. In den Abendstunden, wenn der Andrang auf den Höhepunkt steigt, ist mitunter die große Halle fast schon zu klein, um - zumal an Regentagen - die große Zahl der Wartenden aufzunehmen. Die Zahl der in einer Woche ausgegebenen Fahrkarten beträgt rund 91 000.

Nach früheren Statistiken ist in Schwelm die Zahl der Ankommenden größer als die der Abfahrenden.

So kann man, selbst wenn die Statistik heute nicht mehr ganz genau stimmt, in jeder Woche mit einem Personenaufkommen von 180 000 Pendler, Nah- und Fernreisenden einigermaßen zutreffend rechnen.



(oben) Die Bahnhofsanlagen entstehen (unten) Die fertige Anlage als Visitenkarte



Die Märkische Straße 1943 von der Bahn aus gesehen -
mit Blick auf die Fz. Heute

Verein für Heimatkunde fordert Grünflächenplan für Schwelm

Am 21. März 1951 hielt der Verein für Heimatkunde in der Aula der Berufsschule an der Südstraße seine Jahreshauptversammlung ab.

Neben zahlreichen Ehrengästen begrüßte Vorsitzender Dr. von Kürten auch Ernst Lampeck, Bürgermeister Schwelms und Vorsitzender des Verschönerungsvereins.

In seiner Rückschau erwähnte Dr. von Kürten u.a., dass der Verein am 16. Juni 1951, die Ruhestätten von Dr. W. Tobien und Jakob Theisen auf dem Friedhof an der Bahnhofstraße mit Kränzen geschmückt hätte.

In diesem Zusammenhang wies er auf den heute wichtigsten Tagesordnungspunkt hin: Antrag eines Grünflächenplans für Schwelm.

In dieser Denkschrift bat der Verein den

Stadtrat, dieser möge diesen Antrag zum Wohle und zur Nutznießung der Bürger beschließen und so schnell wie möglich umsetzen.

Diese Denkschrift, so betonte Dr. von Kürten, habe man auch den Parteivorsitzenden, der Stadtverwaltung, dem Verkehrsverein, dem Verschönerungsverein und dem Sauerländischen Gebirgsverein zugestellt.

Weiterhin wies er nochmals darauf hin, wie wichtig für die Bürger einer Stadt der Größe Schwelms naturentsprechende Ruhe- und Rückzugszonen seien.

Von Kürten schloss diesen Tagesordnungspunktes mit den Worten: Wir fordern einen geschlossenen grünen Rahmen, der sich von den freien Flächen der kleinen, nicht bebaubaren Tälchen des Nord- und Südhanges bis zu den Freiflächen im Stadtkern hinzieht. Sein Wunsch wäre ein positiver Beschluss des Stadtrates und zügige Umsetzung.



(oben) Im Schwelmewald
(unten) Die Max Klein Hütte am Ehrenberg war
Erholungs- und Ruhepunkt mit Weitblick



Auf Grund dieser Denkschrift stellte Ernst Lambeck (CDU) in einer der nächsten Ratssitzungen diesbezüglichen Antrag.

Dieser wurde von den Stadtverordneten nicht nur einstimmig angenommen, sondern auch noch um die Aufforstung der Schwelmer Wälder erweitert. Das war, wenn wir es heute im Nachhinein betrachten, weitsichtig und zukunftsweisend.

So wurden zu Beginn des neuen Jahres vorrangig die zur Wiederaufforstung vorgesehenen Kahlfelder des städtischen Waldbesitzes für die Anpflanzung vorbereitet.

So stellte die Stadt für den Wildeborn und den Waldlustwald rund 13 500 Buchen, Lärchen und Ahorn bereit. Im Herbst 1951 pflanzten die Waldarbeiter noch einmal 400 Stück nach.

Nachdem die katholische Kirchengemeinde ihren alten Friedhof an der Bahnhofstraße der Stadt übergeben hatte, wurde dieser zum Bürgerpark ausgebaut.

Außerdem bettete man die Toten des 2. Weltkrieges auf dem integrierten Ehrenfriedhof in neue Grabstätten mit einheitlichen Gedenkgrabsteinen.



(oben) Parkanlagen Bahnhofstraße - (unten) Die Waldlust

Heimatkunde-SchweIm.de

Weiterer Wiederaufbau



**Bürgermeisterwechsel
Grenz- und Aufbaumaßnahmen
Die Geschäftswelt blüht wieder auf**

Bürgermeisterwahl November 1951

Die Zukunft zu gestalten hieß für Ernst Lambeck nicht nur eine christliche Gesinnung, Mut und Weitsicht zu haben und dieses zu vermitteln, sondern auch von den Bürgern Schwelms zu verlangen, das eigene „Ich“ zum Wohle der Allgemeinheit ein wenig zurückzustellen. Insbesondere galt dies für den Durchführungsplan A.

Dass hier die geplanten Grundstücksfragen bei vielen betroffenen Anwohnern nicht immer auf Gegenliebe stieß, musste Lambeck besonders in den letzten Monaten seiner Amtszeit - trotz Anerkennung seiner Verdienste um Schwelm - fast täglich erfahren.

Nicht nur der Durchführungsplan A und andere Schwelmer Bauvorhaben, die oftmals mit unliebsamen Entscheidungen verbunden waren und unzählige Einsprüche mit sich brachten, hatten Lambeck bei so manchem Bürger viele Sympathien gekostet. Auch die äußeren Einflüsse, wie das Erstarken der Gewerkschaften, die 1951 die Mitbestimmung durchsetzten, ließen viele Arbeitnehmer von der CDU zur SPD schwenken..

Schwerwiegender war aber sicherlich auch die wirtschaftliche Situation seines Färbereibetriebes, welches zur Leitung und Führung einen voll engagierteren Chef benötigte.

All diese Gründe bewogen Lambeck bei der Kommunalwahl 1951 nicht mehr als Bürgermeisterkandidat anzutreten.

Ab sofort beschränkte er sich nur noch auf seinen CDU-Vorsitz, sein Kreismandat und als Vorsitzender des Verschönerungsvereins.

Die Wahl zum neuen Bürgermeister brauchte 3 Wahlgänge

Im Schwelmer Stadtparlament hatte

es seit 1918 verhältnismäßig selten eindeutig klare Mehrheitsverhältnisse gegeben.

Meist war die politische Lage so, dass sich die Linke und die Rechte starkemäßig in etwa die Waage hielten. Auf Grund dieser Situation waren Wahlen und Abstimmungsmehrheiten immer etwas schwieriger. Hatte man aber dann Ergebnisse geschaffen arbeitete man zumeist auch zum Wohle des Ganzen recht gut zusammen.

Selbstverständlich war es unvermeidbar, dass hin und wieder die Gegensätze scharf aufeinander prallten und es dann zu unvermeidlichen KampfAbstimmungen kommt.

So auch die Bürgermeisterwahl Ende 1951. Laut SZ vom Dienstag, den 4. Dezember 1951 waren die Stadtverordnetenvertreter am Vortag im Rathaus zusammen gekommen, um den Schwelmer Bürgermeister zu wählen.

Nach Auszählung aller Stimmen zeichnete sich ein Patt zwischen dem rechten und linkem Spektrum ab. Die Sitzung leitete Stadtverordneter Sternenberg als Alterspräsident.

Vor dieser Wahl kam es noch zu einem Fauxpas, da die CDU in letzter Minute - entgegen ihrer Ankündigung - doch noch einen Kandidaten, den Stadtverordneten Walter Siepmann, als Bürgermeisterkandidat vorschlug.

Auf Grund dessen machte Stadtverordneter Knäpper (SPD) den Einwand, dass sich alle vor der Wahl darüber einig gewesen seien, dass, wenn Bürgermeister Lambeck für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stehen würde, alle für den Kandidaten der SPD stimmten. Er bezeichnete das Verhalten der CDU als unfair.

Die KPD betonte, dass sie aus einer hinter ihr liegenden Erkenntnis heraus keinen Kandidaten aufgestellt hätte. Sie werde im Interesse der Arbeiterklasse dem Kandidaten der SPD ihre Stimme geben.

Stadtverordneter Goecke (CDU) betonte noch einmal, dass sich oftmals aus der Praxis heraus politische Situationen ergäben, die zu einer gänzlich neuen Beurteilung der Situation führten.

Aus dieser Erkenntnis heraus habe die CDU es vorgezogen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Damit war die Aussprache beendet. Als Wahlvorschläge wurden nun offiziell Heinrich Homberg von der SPD und Walter Siepmann von der CDU benannt.

Die SZ berichtete: „... während die Stimmzettel verteilt wurden saßen beide Kandidaten friedlich nebeneinander. Der Zufall brachte es mit sich, dass ihre Plätze die Naht zwischen rechts und links bilden. Vielleicht auch für die Zukunft ein gutes Ohmen: Beide Kandidaten sind Jahrgang 1904, Möllenkotter Jungs und Schulkameraden...“

Der Ausgang des ersten Wahlgangs war wie erwartet: Das Wahlergebnis war unentschieden. Auch der anschließende zweite Wahlgang ergab das gleiche Ergebnis 16:16. Nun musste eine Stichwahl entscheiden...

Alterspräsident Sternenberg stellte auf Grund dieser Situation fest, dass nun innerhalb zwei Wochen der dritte Wahlgang erfolgen müsse.

Einstimmig einigten sich die Parteien auf den 12. Dezember 1951, 17.00 Uhr. Zur erneuten Wahl des Bürgermeisters mit Stellvertreter als einzigen Punkt.

Sternenberg bemerkte zum Abschluss dass, wenn keiner der beiden Kandida-

ten zurückträte, bzw. keine der Fraktionen auf einen Kandidaten verzichte, auch in der nächsten Sitzung das Wahlergebnis auf ein Patt hinauslaufen würde.

Bleibe es bei diesem Ergebnis, so Sternenberg, habe nach dem Gemeindegewahlgesetz die Wahl des Bürgermeisters durch die wahlberechtigten Einwohner der Stadt Schwelm zu erfolgen.

Zum Schluss seiner Ausführungen nahm Sternenberg die Gelegenheit wahr, dem scheidenden Bürgermeister Ernst Lambeck, der auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, herzlicher Dank und Anerkennung für die vorbildliche Führung seines Amtes auszusprechen.

Homberg wird Bürgermeister

Dann kam der 12. Dez. 1951: Mit 20 Minuten Verspätung begann die im Sängerkreis einberufene Sitzung der Stadtvertreter mit der einzigen Tagesordnung: Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter.

Die unübliche Verspätung zeigte, dass man sich bis zur letzten Minute über Parteikandidaturen hinweg um eine für die Bürgerschaft befriedigende Lösung bemüht hatte.

So erklärte Walter Siepmann (CDU), nicht mehr kandidieren zu wollen, um der Stadt die Kosten einer Urwahl in Höhe von ca. 7.000 DM zu ersparen. Auch seine Fraktion verzichtete auf die Neuaufstellung eines Kandidaten.

Dazu die SZ: „Das umgekehrte Bild hatten wir im vergangenen Jahre als Heinrich Homberg und die SPD-Fraktion aus dem gleichen Grund Verzicht leisteten.“

Als einziger Kandidat stand jetzt Heinrich Homberg zur Wahl, die aber immer noch nicht gesichert war.

Um allen Missgeschehen aus dem Weg zu gehen, einigten sich nun die Parteien

nach einer erneuten Beratung über die Wahl der stellvertretenden Bürgermeister. Sie beschloss, statt bisher zwei, jetzt drei stellvertretende Bürgermeister zu wählen. So geschah es.

Gewählt wurden Walter Siepman (CDU) als erster, August Wilhelm Peter (FDP) als zweiter, und Paul Kübler (KPD) als dritter stellvertretenden Bürgermeister.

Der Wahlgang zum Bürgermeister

Nach dieser Wahl begann die Bürgermeisterwahl.

Als erstes schlug Stadtverordneter Knäpper (SPD) kurz und knapp Heinrich Homberg zur Wahl als Bürgermeister vor.

Danach folgte Fraktionsführer Goecke (CDU). Er erklärte, dass die Fraktion Siepman habe vorschlagen wollen, der aber von einer Kandidatur aus den vorgenannten Gründen absehe.

Alterspräsident Sternberg war mit dieser Erklärung nicht zufrieden und stellte die Frage, ob die CDU definitiv keine Vorschläge machen würde.

Hierauf erklärte Goecke noch einmal, dass seine Fraktion nach der Erklärung Siepmanns von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand nehme. Noch einmal betonte er:

„Wir kennen die Stimmung der Bürger über eine eventuelle kostspielige Urwahl. Meine Fraktion achtet hier die demokratischen Grundsätze.“

Nachdem Sternberg die Feststellung machte, dass damit nur ein Kandidat aufgestellt sei, wurde zur geheimen Wahl geschritten.

Obwohl alles scheinbar klar war, erwarteten alle mit einer gewissen Spannung das Zählergebnis der abgegebenen Stimmzettel.

Dann das Ergebnis: Von 32 Stimmen entfielen 17 auf Heinrich Homberg, 14 wurden ohne Kandidatenbezeichnung abgegeben und ein Stimmzettel war ungültig gemacht worden.

Damit war Heinrich Homberg gewählt und neuer Schwelmer Bürgermeister.

Laudatio auf Ernst Lambeck

In seiner Antrittsrede bedankte sich Homberg für das Vertrauen, um anschließend den alten Bürgermeister Ernst Lambeck zu belobigen:

„Ernst Lambeck hat sich hundertprozentig für seine Heimatstadt eingesetzt und eine Leistung vollbracht, die kaum ein Mensch, der zudem auch im Berufsleben stehe, im gleichen Maße durchführen könne...“

Auch Stadtverordneter Jungius (KPD) versagte dem scheidenden Bürgermeister seine Anerkennung nicht. Er hob aber hervor, dass seine Fraktion aus grundsätzlichen Erwägungen heraus keinem Kandidaten jener Fraktionen ihre Stimme geben würden, deren Vertreter im Bundestag mit den Besatzungsmächten des Westens eine gemeinsame Politik betrieben.

Stadtverordneter Knäpper sicherte dem neuen Bürgermeister die Hilfe seiner Fraktion zu und fand außerordentlich dankende Worte für den Scheidenden.

Stadtverordneter Hidding (FDP) betonte in seiner Laudation auf Lambeck:

Ich kann mich allen Dankesworten meiner Vorredner anschließen, Ernst Lambeck war ein außergewöhnlicher Bürgermeister. Wir haben ihm viel zu verdanken.“

Nach all diesen anerkennenden Worten blieb Stadtverordneter Goecke nur noch übrig auch seitens seiner Fraktion und seiner politischen Freunde dem schei-

denden Bürgermeister noch einmal öffentlich Dank auszusprechen. Dem neuen Bürgermeister sicherte auch er eine sachliche, ehrliche und objektive Mitarbeit zu.

Ehrenteller der Schwelmer Stadtverwaltung an Ernst Lambeck

Zum Schluss betonte Stadtdirektor Schüssler, der drei Jahre mit Lambeck aufs Engste zusammen gearbeitet hatte, seine tiefe und herzliche Verbundenheit zu ihm.

In einer umfassenden Laudatio würdigte er noch einmal Lambecks Verdienste, besonders dass dieser in seiner Amtszeit 250.000 DM in die Bauwirtschaft hineingepumpt hätte und durch sein gegründetes Wohnungshilfswerk mehr als 300 Wohnungen bewohnbar gemacht hätte.

Damit sei das Ansehen der Stadt erheblich gewachsen, denn die Nachbarstädte hätten solchen Erfolg nicht vorzuweisen.

„Deshalb hat sich die Stadtverwaltung entschlossen“ so Schüssler, *„Ernst Lambeck als Dank und Anerkennung für seine unermüdliche und objektive Geschäftsführung mit dem Ehrenteller der Stadt auszuzeichnen“*.

Die Übergabe des Ehrentellers erfolgte unter starkem Beifall des Hauses.

Der so geehrte ehemalige Bürgermeister Ernst Lambeck brauchte anschließend einige Zeit der Sammlung, um dann an das Rednerpult zu treten.

Mit tiefbewegter Stimme sagte er: *„Ich habe bei meinem Amtsantritt versprochen, nicht als Exponent einer Partei, sondern als Not - Anwalt aller das Amt des Bürgermeisters zu führen... Ich habe mich vor Gott und den Menschen bemüht dieses Versprechen zu halten.“*



Heinrich Homberg 1952
Bürgermeister von Schwelm

Nachtrag auf die Amtszeit von Bürgermeister Ernst Lambeck.

1951 - Fast sechs Jahre waren es her, seit der letzte Schuss des vergangenen Krieges fiel.

Fast alle Trümmer und die dringendsten materiellen Schäden waren beseitigt, doch viele Bürger aus dem Personenkreis der Betroffenen warteten immer noch auf eine generelle Regelung ihrer berechtigten Entschädigungsansprüche, die der Krieg verursacht hatte.

Blicken wir noch einmal zurück auf die Amtszeit von Ernst Lambeck, der die Kommunalpolitik im Allgemeinen als eine sehr nüchterne und sachliche Angelegenheit betrachtete. Dabei verleugnete er nie seine christliche Gesinnung.

In diesem Geiste verwaltete er seine Heimatstadt und setzte Prioritäten, die da waren:

Aufbau der zerstörten Häuser, Unterbringung der Flüchtlinge, eine neue Kanalisierung und Straßenbau, Ansiedlungen von weiteren Industrien, die Gewährleistung von Gas, Wasser und Stromversorgung, Begabtenförderung durch zusätzliche Lehrkräfte, eine zukunftsweisende Verkehrsführung und der Wohnungsbau.

Nach wenigen Wochen im Amt, erkannte er, dass diese Ziele mit üblichen Parteiparolen und fruchtlose Polemik nicht zu bewältigen waren. und die schwierigen Entscheidungen in Verwaltung und Ausschüssen nur durch ein faires Miteinander geleistet werden konnten.

So war es wohl eine besonders glückliche Fügung in dieser Zeit, dass mit ihm und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Engelbert Goecke, sowie dem Stadtdirektor Paul Schüssler, ihm Männer aus Verwaltung und Politik zur Seite standen, die genauso wie er pragmatisch denkend das Machbare veranlasseten, um Schwelm zukunftsweisend zu gestalten und wieder neu aufzubauen.

Wie beschrieben beruhte das Fundament des Lambeckischen Handelns und Denkens auf seiner christlichen Gesinnung, aus der er seine ganze Kraft schöpfte.

Das bestätigte auch in einer seiner Wahlkampfreden an die Schwelmer Arbeiter, just zu der Zeit, als die Gewerkschaften vehement die staatlich verordnete Mitbestimmung forderten:

Lambeck sagte:

„... nur in der Verbindung von Demokratie und im christlichem Geist können wir die soziale Frage der Mitbestimmung und eine gerechtere Entlohnung regeln.

Und weiter:

„... nur in einem von christlicher Verantwortung getragenen sozialen Staat wird

die Arbeit als menschliche Leistung wieder Wert und Würde erlangen...“

Nachzutragen wäre noch, dass unter Ernst Lambeck die Schwelmer CDU-Ortsunion eine der größten und aktivsten im Ennepe-Ruhr-Kreis wurde. Im Oktober 1945 gründete Lambeck die CDU-Kreispartei mit und bekleidete 23 Jahre hier das Amt des stellvertretender Kreisvorsitzenden.

In einer „Laudatio“ des späteren CDU-Geschäftsführers Paul Frech würdigte der neben Lambecks politischen Wirken auch dessen Einsatz als Vorsitzender im Schwelmer Verschönerungsverein.

Frech sagte u.a.:

„... Ernst Lambeck war ab 1952 1. Vorsitzender des Schwelmer Verschönerungsvereins. Er erntete für die Gestaltung des eigenen großen Erholungsgebiets mit Bänken, Wanderwegen und Ruhezonen, viel Lob, Dank und Anerkennung...“

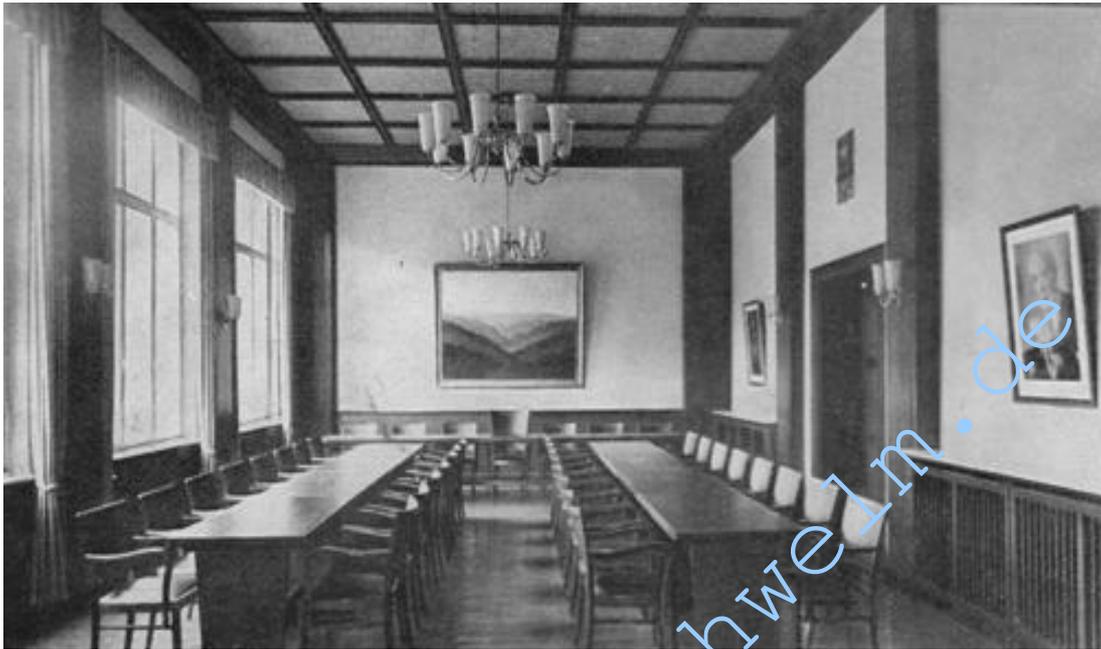
Der neue Stadtrat nach der Kommunalwahl 1952

Nun aber wieder zurück zur aktuellen Politik. Mit Spannung schauten alle dem Wahlergebnis 1952 entgegen.

1948 waren die CDU mit 9, die FDP mit 7, die SPD mit 11 und die KPD mit 3 Stadtvertretern in den Rat eingezogen. Wie war das Ergebnis wohl dieses Mal?

Am späten Abend stand das Ergebnis fest: Danach verlor die CDU einen Sitz und kam auf 8 Mandate, die FDP kam auf 6 Mandate und die KPD erhielt 2 Sitze. Nur die SPD kam von 11 auf 12 Sitze und die Wahlbeteiligung 77,53 %.

Nach der konstituierenden Ratssitzung zogen dann auf Seiten der CDU folgende Abgeordnete in den Rat der Stadt:



(oben) Der Sitzungssaal im Rathaus in den 50er Jahren
(unten) So lange das Rathaus noch nicht fertiggestellt war, fanden die Ratssitzungen im Sangerheim in der Oberstadt statt.

1. Kaufmann **Albert Becker**, Potthoffstraße 16, geboren am 13.10. 1903 in Schwelm. Mitglied des Stadtparlaments seit September 1946. Albert Becker ist Mitglied des Wirtschafts- und des Schlachthofausschusses. Geschäftsführer der Schwelmer Kolpingsfamilie.

2. Steueramtmann **Walter Degenhardt**, Schützenstr. 32, geboren am 15. 10. 1899 in Schwelm. Mitglied des Stadtparlaments seit September 1946. Degenhardt ist Mitglied des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für die höheren Lehranstalten. Mitglied der Schwelmer Kolpingsfamilie

3. Techn. Angest. **Ludwig Jennemann**, Jesinghauser Straße 27, geboren am 13.9.1914 in Schwelm. Mitglied des Stadtparlaments seit September 1946. Jennemann ist Vorsitzender des Volkshochschulausschusses und Mitglied des Hauptausschusses. Mitglied der Schwelmer Kolpingsfamilie.

4. Färbereibesitzer **Ernst Lambeck**, Kollenbuscher Weg 10, geboren am 9. 10. 1905 in Schwelm. Mitglied des Stadtparlaments seit Oktober 1948, von November 1948 bis Dezember 1951 Bürgermeister der Stadt. Lambeck ist Mitglied des Hauptausschusses und Vorsitzender des Krankenhausausschusses. Mitglied des CVJM.

5. Schneidermeister **Engelbert Rath**, Blücherstraße 32, geboren am 24. 6. 1905 in Schwelm. Mitglied der Stadtverordnetenversammlung seit November 1952. Rath ist Mitglied des Kulturausschusses und des Volkshochschulausschusses. Mitglied der Kolpingsfamilie Schwelm.

6. Uhrmachermeister **Walter Siepmann** Hauptstraße 133, geb. am 31. 08. 1904 in Schwelm. Mitglied des Stadtparla-

ments seit September 1946. Siepmann ist Vorsitzender des Kultur- und Mitglied des Technischen Ausschusses, des Volkshochschulausschusses, des Krankenhausausschusses und des Stadtausschusses für Jugendpflege.

7. Bandwirker **Rudi Speckenbach**, Hauptstraße 19, geb. am 18. 8. 1913 in Schwelm. Mitglied der Stadtverordnetenversammlung seit November 1952. Speckenbach ist Mitglied des Wohnungs- und des Fürsorgeausschusses.

8. Volkswirt **Dr. Wilhelm Wiesemann**, Hauptstr.67 a, geb. am 8. 6. 1900 in Schwelm. Mitglied der Stadtverordnetenversammlung seit November 1952. Dr. Wiesemann ist Mitglied des Haupt- und des Finanzausschusses, des Rechnungsprüfungs- und des Technischen Ausschusses.

Die neuen Stadtvertreter:

Die SPD konnte in direkter Wahl 11 Sitze erringen, und zwar Robert Frese, Alfred Hauck, Karl Piller, Agnes Piekarski, Fr. Schmalenbach, Eugen Leckebusch, Gustav Holberg, Heinrich Homberg, Richard Feldmann, Robert Lüttger, Ernst Knäpper und von der Reserveliste Heinz Tschöpe.

Die CDU holte in direkter Wahl 2 Sitze, und zwar Ludw. Jennemann und Engelbert Rath. Aus der Reserveliste treten ein: Ernst Lambeck, Walter Siepmann, Albert Becker, Dr. Wiesemann, Walter Degenhardt und Rudi Speckenbach.

Auch die FDP errang zwei Sitze in direkter Wahl, und zwar Paul Hidding und Georg Scholz. Aus der Reserveliste treten ein: Dr. Stolle, Walter Bevermohr, Aug. W. Heute und Heinz Unglaube.

Von der KPD treten in das Stadtparlament: Paul Kübler und Theodor Müller.

Vom BHE treten ein: Erwin Hett und Martin Klemt.

Die SZ berichtet:
Wahltag 1952 in Schwelm

Ergebnisse in 15 Wahlbezirken

Wahlbezirk I, Wahllokal Kaufmann: Robert Frese SPD 402; Heinrich Hahne CDU 253; Gustav Hülsenbeck FDP 195; Franz Neubacher BHE 32; Georg Thiele FSU 10; Paul Wiggers KPD 60.

Wahlbezirk II, Wahllokal Ranft: Friedrich Gohle CDU 204; Ekkehard Gürke FSU 17; Alfred Hauck SPD 487; Paul Lazik BHE 42; Gerhard Luther KPD 117; Heinz Unglaube FDP 161.

Wahlbezirk III, Wahllokal Kerkhoff: Richard Bartsch BHE 71; Karl Hohmann CDU 182; Gerhard Kalthoff FDP 162; Martha Kettler FSU 16; Paul Kübler KPD 87; Karl Piller SPD 478.

Wahllokal IV, Wahllokal Reuter: Paul Frese KPD 109; Otto Müller CDU 212; Agnes Piekarski SPD 457; Johannes Poppe BHE 53; Dr. Alfred Stolle FDP 117; Heinrich Walther FSU 24.

Wahlbezirk V, Wahllokal Schulthoff: Walther Bever-Mohr FDP 226; Walter Birkelbach KPD 107; Hertha Horn BHE 75; Johann Liedtke FSU 13; Friedrich Schmalenbach SPD 475; Walter Siepmann CDU 299.

Wahlbezirk VI, Wahllokal Krägeloh und Städt. Krankenhaus: Heinz Dorn KPD 61; Ernst Lambeck CDU 304; Eugen

Leckebusch SPD 430; Otto Mennenöh FDP 307; Michel Pallaks BHE 84; Robert Wagner FSU 16.

Wahlbezirk VII, Wahllokal Dittmar, Kaiserstr.: Dr. H. Buddeberg FDP 240; Erwin Hett BHE 64; Gustav Hollberg SPD 390; Eugen Schüßler KPD 54; Fritz Speckenbach CDU 252; Adolf Thielmann FSU 29.

Wahlbezirk VIII, Wahllokal Birstinghaus: Eugen Birkelbach KPD 61; Walter Degenhardt CDU 324; Karl Gürke FSU 28; Paul Hidding FDP 350; Josef Köhler BHE 73; Heinz Tschöpe SPD 308.

Wahlbezirk IX, Wahllokal Dittmar, Bahnhofstr.: Valentin Danesch BHE 54; Ludwig Jennemann CDU 398; Friedrich Lindenberg KPD 43; Karl Müller SPD 345; Aug. Wilh. Peter FDP 311; Theodor Steegh FSU 13.

Wahlbezirk X, Wahllokale Prange und Marienhospital: Hubert Drüing FSU 18; Fr. W. Grau SPD 354; Heinrich Kistner FDP 363; Richard Neckibirr KPD 39; Engelbert Rath CDU 450; Ursula Wiegand BHE 64.

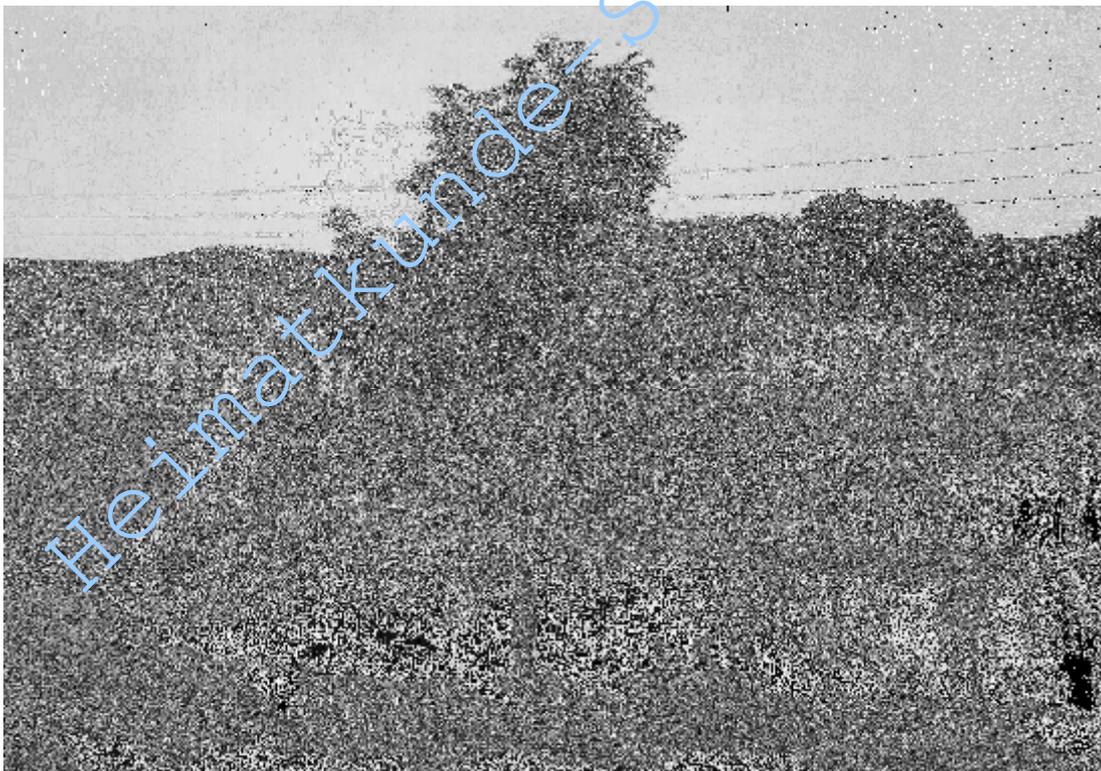
Wahlbezirk XI, Wahllokal „Sängerheim“: Ernst Degenhardt FDP 193; Ernst Hasselbeck FSU 21; Robert Hein-

Wahlbezirk	CDU	FDP	SPD	KPD	BHE	FSU
1. Kaufmann	253	195	402	60	32	10
2. Ranft	204	161	487	117	42	17
3. Kerkhoff	182	162	478	87	71	16
4. Reuter	212	117	457	109	53	24
5. Schulthoff	299	226	475	107	75	13
6. Krägeloh	302	307	430	61	84	16
7. Dittmar, Kaiserstr.	252	240	390	54	64	29
8. Birstinghaus	324	330	308	61	73	28
9. Dittmar, Bahnhofstr.	389	311	345	43	54	13
10. Prange	450	253	354	39	64	18
11. Sängerheim	214	193	372	89	23	21
12. Rheinischer Hof	264	161	424	70	55	31
13. Ettmann/Rosendahl	221	189	409	121	58	40
14. Schulz	235	271	255	79	43	9
15. Thiele/Püls	185	141	450	108	58	48
Insgesamt:	3 986	3 267	6 036	1 205	850	333
Zahl der Sitze 30	8	6	12	2	2	—

Wahlergebnisse in den Bezirken bei der Kommunalwahl am 9. November 1952



Der Städtische Schlachthof an der Würtherstraße



Sportplatz des „FC Schwelm 06“ in den 30er Jahren

Aufbaupolitik von Lambeck wird von Homberg fortgesetzt

Abgesehen von allen eigenen parteipolitischen und stadtbaulichen Entscheidungen, - auf einige möchte ich nachfolgend noch näher eingehen -, setzte Homberg erst einmal die Schwelmer Auf- und Gestaltungspolitik Lambecks kontinuierlich fort.

So wurde 1952 der Schlachthof (das Krankvieh- und Pferdeschlachthaus an der Wörtherstraße) wieder aufgebaut und in Betrieb genommen.

Es folgten 1953/ 54 die Erweiterungen mit den Erneuerungen der Schlachthallen und Schnellkühlräume.

Zügig gestalteten sich auch die Renovierungs- und Erweiterungsarbeiten im Städtischen Krankenhaus an der Wilhelmstraße.

Das Herzstück der Arbeiten lag in der Modernisierung der Ambulanzräume.



Wahlplakat 1953: Kalter Krieg
(Archiv für Christlich-Demokratische Politik ACDP)



Das ehemalige evangelische Krankenhaus in der Wilhelmstraße,
nach dem Krieg - Städtisches Krankenhaus

Wie sehr waren die Schwelmer Fußballfans erfreut, als ihre Sportplätze erneuert und mit der Neuanlage des Sportplatzes in den „Roten Bergen“ die ärgste „Platznot“ behoben wurde. 1953 / 1955 errichteten verschiedene Bauherren die Wohnhäuser an der oberen Blücherstraße. 1954 konnte die Stadt neben dem Sportplatzgelände an der Hagener Straße (heute VfB Platz) auch die zum Haus Martfeld gehörenden letzten 104 Morgen Land erwerben.

Dass dieses Land zu die Ländereien am Ländchen gehörten, kam der Stadt bei ihren Planungen sehr gelegen. Juwel im Märkischen Gymnasium wurde 1955 die komplett renovierte große Aula.

Weitere Ankäufe waren: Haus Middelhave (vormals Haus Harzeck) und Parzellen in der oberen und unteren Graslake als Gewerbegebiete. Zusätzlich erwarb die Stadt das Gelände zwischen Jesinghauser- und der jetzigen Pastor-Nonne-Straße als Baugelände. Weiter konnten neben Teilen des alten

Friedhofes an der Bahnhofstraße, zahlreiche Grundstücke im Norden der Potthoffstraße und in Möllenkotten, die Pestalozzi Schule, der heutige Parkplatz in der Drosselstraße, in der Hauptstraße Haus Max Klein, Grundstücke an der Arndt- und Obermauerstraße erworben werden. Nicht unerwähnt sollte der Ankauf des Schultenhofs und der Kauf des Vesterbergs bleiben.

Weitere Projekte waren 1958: Bau und Ankäufe von wichtigen Hauptverkehrsstraßen, wie Hattinger Straße, Talstraße und Berliner Straße (B 7). Aufschließung des Ochsenkamps, der Graslake und des Gewerbegebietes in der Graslake.

1959 wurde die Wasserleitung zu den Gehöften im Ehrenberg gelegt und der Sportplatz an der Rennbahn als Schulzentrum für Sport und Leibesübung ausgebaut.

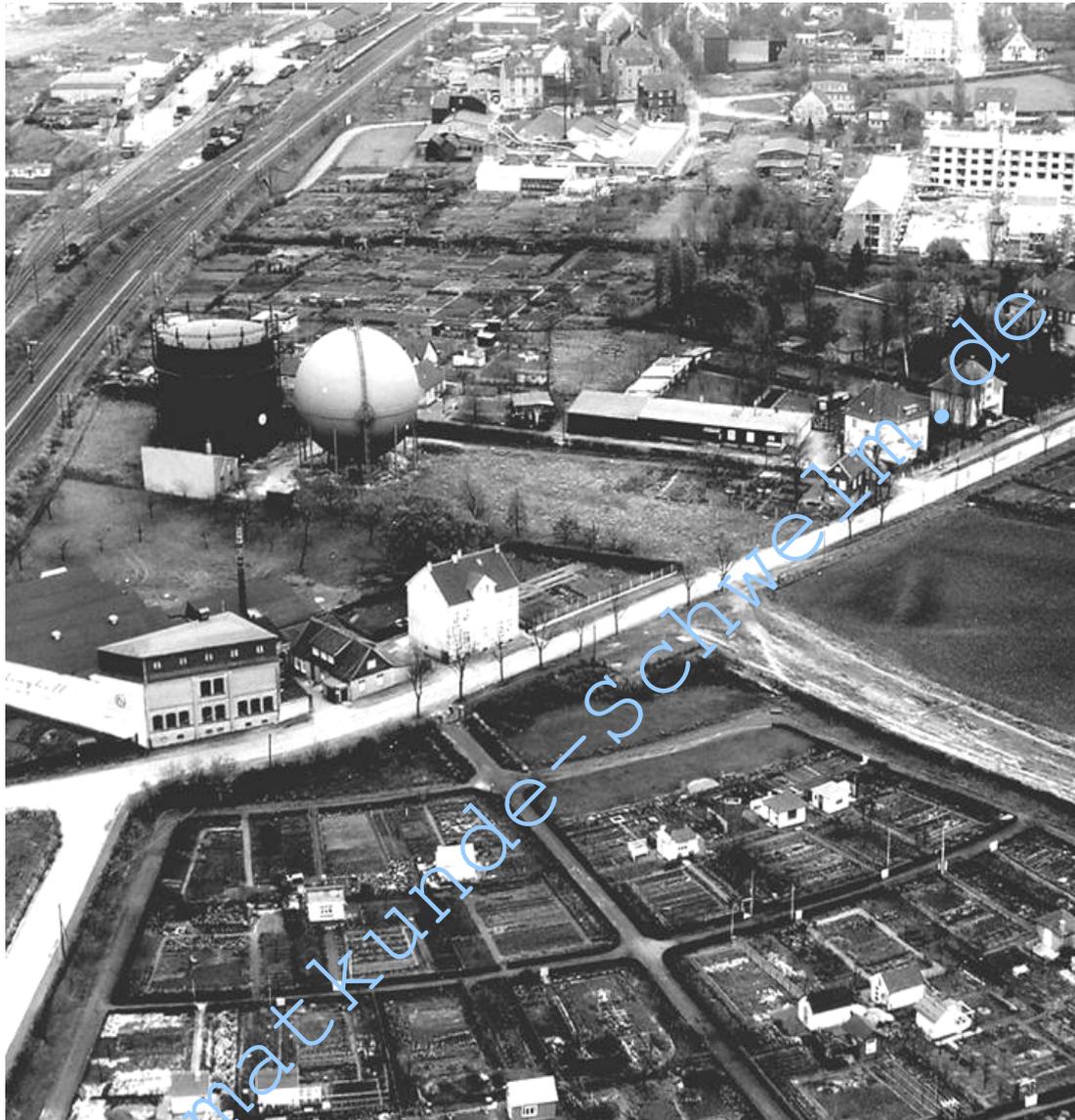
Außerdem wurden ca. 600 Morgen Wald der Stadt und des Schwelmer Verschönerungsvereins (ca. 190 Morgen mit 330 000 Pflanzen) aufgeforstet.



Harzeck Dr. Middelhave



(oben) Nach Bombenabwurf am 3. März 1945 auf Bauernhof Münzel
„Am Ländchen“ (unten) Haltestelle Altmarkt in der Hauptstraße



Historisches Bild von der Graslake und des Ochsenkamps aus den 50er Jahren:
 Bild unten: vorne links die Saarstraße, Mitte die neuen Gartensiedlungen, rechts
 breiter Feldweg, später der Ochsenkamp

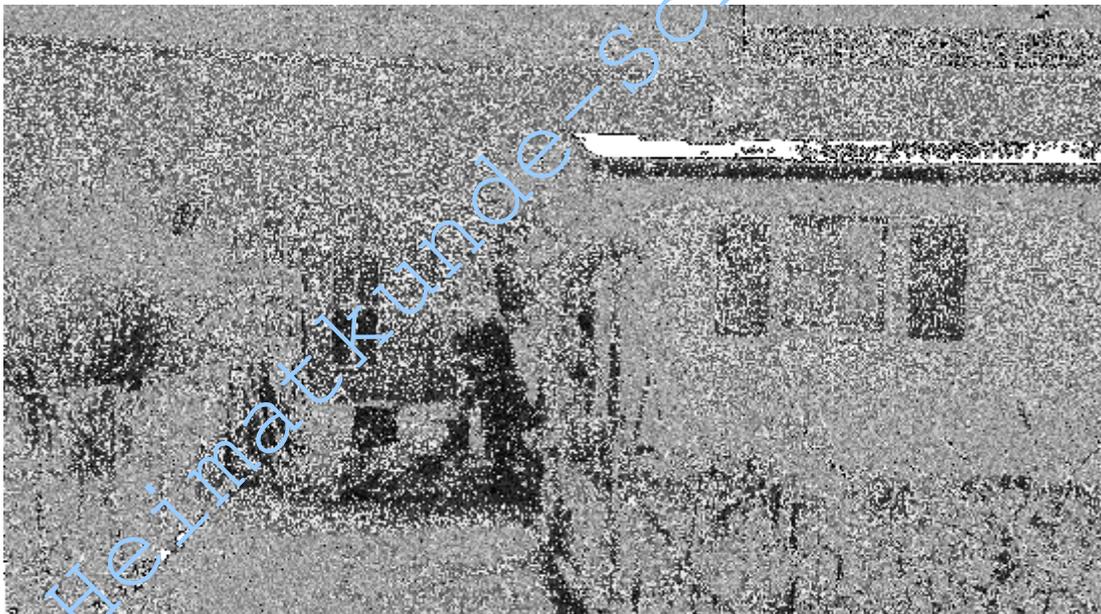
Bild Mitte links und Mitte:

Die Blücherstr. mit der Fa. Textil Röllinghoff, darüber die Gaskessel, die Schwelm
 mit Energie versorgten und daneben die Wohnbaracken für die Umsiedler und
 Vertriebenen, anschließend hinter den Bäumen (Park) die Villa Kuhlmann.

Bild von links:

Fa. Zassenhaus, Viktoriastr. und das Neubaugebiet Straßburger- und
 Lothringerstraße.

Am oberen Rand das Gebiet der Nachbarschaft „Aechte de Muer“



(oben) Siedlungsgebiet Glatzer- und Tilsiter Weg (unten) Die Eisenwerkhäuschen für Ausgebombte wurden in den 70er Jahren abgerissen (Foto M. Nentwig)

Abschließend wären noch die Erschließung und Bebauung der zahlreichen Wohngebiete zu benennen u.a.: An der Rennbahn, Ochsenkamp, Kant- und Hengelstraße, Eugen- und Ottostraße, an

der Hagener Straße, am Tilsiter- und Glatzer Weg. Auch an der Jahnstraße, der Sternenburg- und Tannenstraße, Zum Löhken und Große Weide, sowie Köttchen und südlich der Taubenstraße

schossen im wahrsten Sinne die Häuser wie Pilze aus dem Boden.

Mit einem neuen Hauptverwaltungsgebäude in der Herzogstraße bescherte das Finanzamt den Schwelmern ein richtiges schmuckes funktionales Gebäude.

Was für eine Leistung und Voraussicht der damaligen Ratsvertreter und der Verwaltung, an der Spitze Karl Schüssler!

Das Geschäftsleben in Schwelm bildet sich

Anfang bis Mitte der 50er Jahre begann auch wieder das geschäftliche Leben in Schwelm. Der Verkehrsverein, dem u.a.

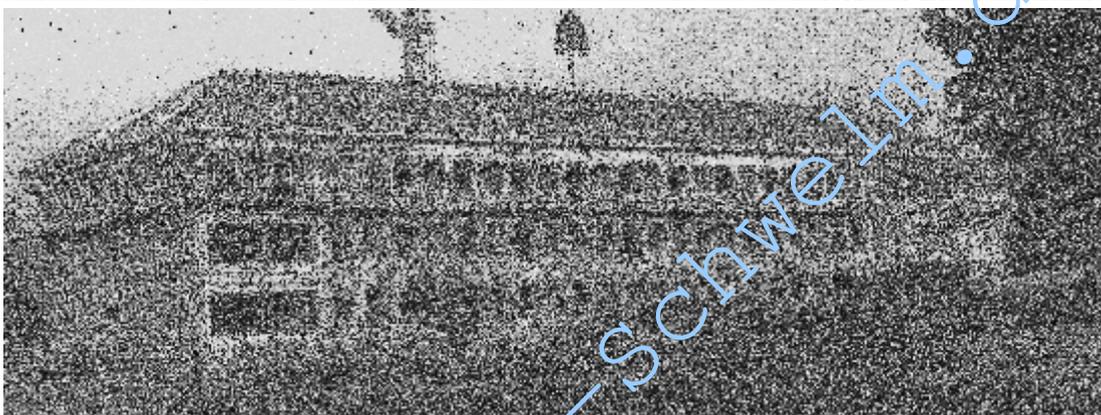
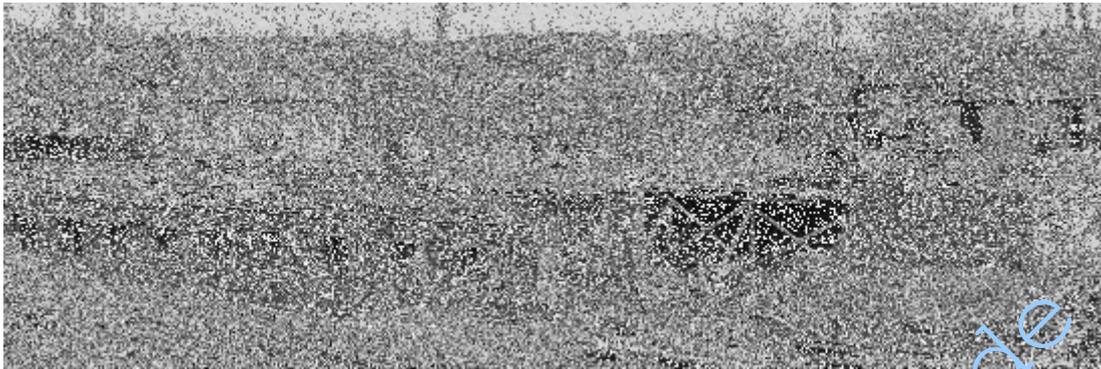
auch die Werbung für den Einzelhandel oblag, arbeitete eng mit der Schwelmer Politik und der Schwelmer Verwaltung zusammen.

Besonders ihr Vorsitzender Dr. Hugo Siegert legte diesbezüglich immer sehr viel Wert auf eine gute Zusammenarbeit. Sein Slogan: „*Nur zusammen sind wir stark*“.

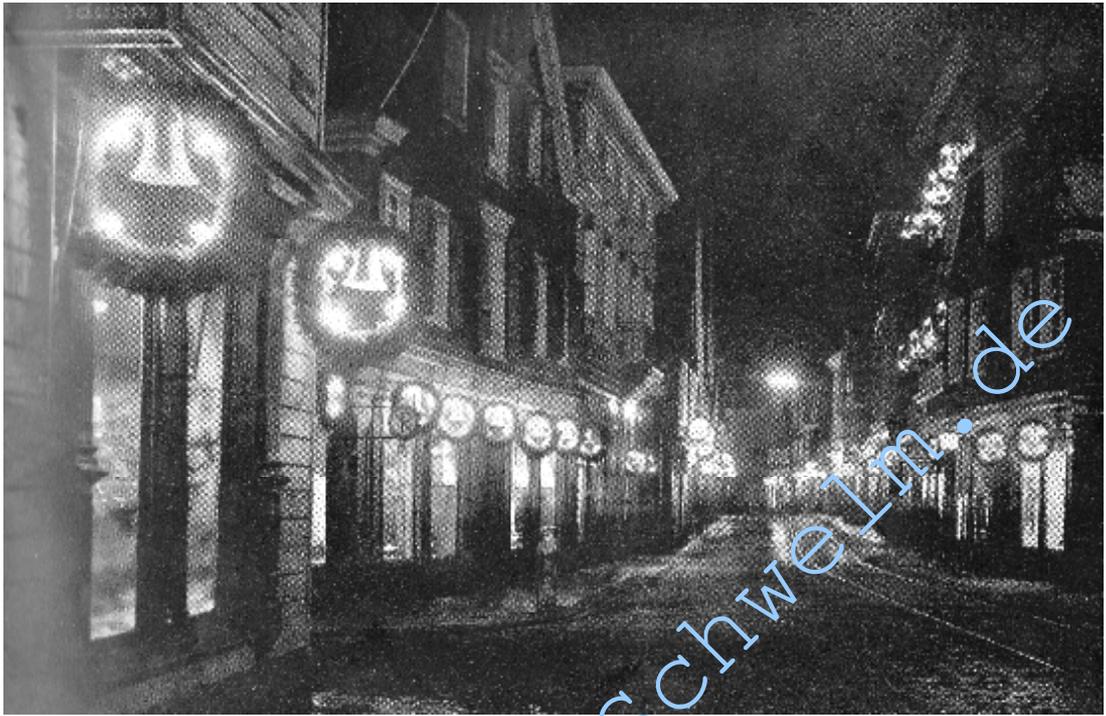
Man kann mit Fug und Recht sagen, dass von dieser guten Zusammenarbeit zwischen Politik, Behörden und der Schwelmer Bürgerschaft, einbezogen die Schwelmer Vereine, der Einzelhandel seinen steilen Aufschwung verdankte.



1957 - Neubau des Finanzamtes in Schwelm, Herzogstraße
(Fotos: Ernst Rudolph Nicolay)



(oben) Finanzamtrohbau (Mitte) Richtfest
(unten) Das fertige Finanzamt in der Herzogstraße





(oben) 1953: Eine der ersten Werbebroschüren über Schwelm, Herausgeber Verkehrsverein e.V. Schwelm im Auftrag der Stadt Schwelm. Druck Scherz & Co Schwelm, noch mit dem Vermerk: Gedruckt in Deutschland
 (links) Schwelmer Weihnachtsbeleuchtung 1950 / 1951

Auf Initiative des Verkehrsvereins wurde im Jahre 1950 erstmals eine Weihnachtsbeleuchtung als besondere Werbung des Einzelhandels in der Schwelmer Innenstadt installiert. Dies war nicht nur „DIE“ Sensation sondern auch „DER“ Anziehungspunkt schlechthin!

1953 erschien vom Verkehrsverein herausgegeben und vom Vorsitzenden Hugo Siegert initiiert, die erste Werbebroschüre unter dem Slogan:

„Schwelm, Stadt voller Herz und Gemüt“.

Wiederaufbau des Schwelmer Herzstücks

Was wäre der Schwelmer Wiederaufbau Anfang der 50er Jahre ohne die Neugestaltung seines Herzstückes zwischen Haupt- und Casinostraße, zwischen dem ehemaligen alten Rathaus und dem Hotel Märkischer Hof?

Die SZ berichtet im Mai 1954: „Um ungestört arbeiten zu können, errichtet die Schwelmer Baufirma Schaumburg & Sieper rund um die Baustelle auf dem Grundstück des ehemaligen Märkischen Hofes einen Bauzaun. ...Immer wieder führt der Weg der Schwelmer jetzt dort hin, um von hier aus den Fortschritt der umfangreichen Bauarbeiten zu beobachten. Kein Wiederaufbau in unserem zerstörten Stadtkern fand so allgemein großes Interesse, wie dieser Teil, der so lange auf sich warten ließ, um den schon mancherlei Pläne geschmiedet wurden und der endlich Wirklichkeit wird...“

Nach den Plänen des Architekten Paul Winkelsträter, der auch für die Bauleitung verantwortlich ist, entsteht nun dieser U-förmige Gesamtkomplex. Bauherr ist H. W. Dörken, der Inhaber der „Vereinigten Emailierwerke Rhenania Schwelm“. Seiner Initiative es zu verdanken, dass auch der letzte Abschnitt des Wiederaufbaus im Zuge der Hauptstraße, seiner Vollenendung großzügig entgegengeht.

Die bebaute Fläche umfaßt 851 qm., der umbaute Raum 11 500 cbm und ist damit, als Einheit gesehen der größte Wohn- und Geschäftshausblock unserer Stadt.

Das Gebäude, drei Stockwerke hoch mit zum Teil ausgebautem Dachgeschoß, wird vier Ladengeschäften und 29 Familien je drei Zimmer, Kochküche und Bad Wohnraum geben.

Das Gebäude wird von vier Straßen um-

säumt: In seiner breitesten Front von der Hauptstraße, nach Westen hin von der Bahnhofstraße, nach Osten, (in der Nachbarschaft der Städtischen Sparkasse) von der Casinostraße und nördlich von der Untermauerstraße.“

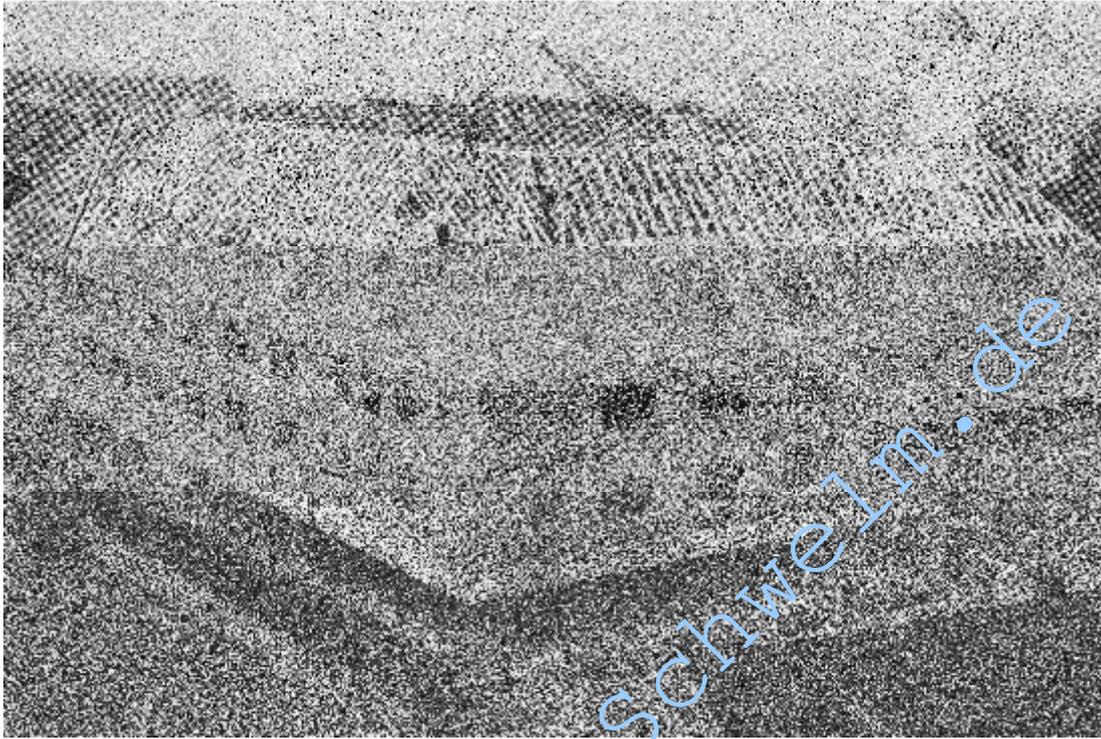
Märkischer Platz: Parkplatz oder Grünanlage

Nach Fertigstellung des Gebäudes im Herbst d. J., sollten jetzt auch die westlich gelegenen Baracken-Verkaufspavillons abgerissen werden. Nach den Neuordnungsplänen der Stadt, die dieses Grundstück käuflich erwarb, soll nun hier ein Parkplatz entstehen. Doch die CDU mit dem dem Verschönerungsverein angehörenden Ernst Lambeck und viele Bürger wollten mitten in der Stadt eine Grünanlage mit Bänken als Ruhemöglichkeit.

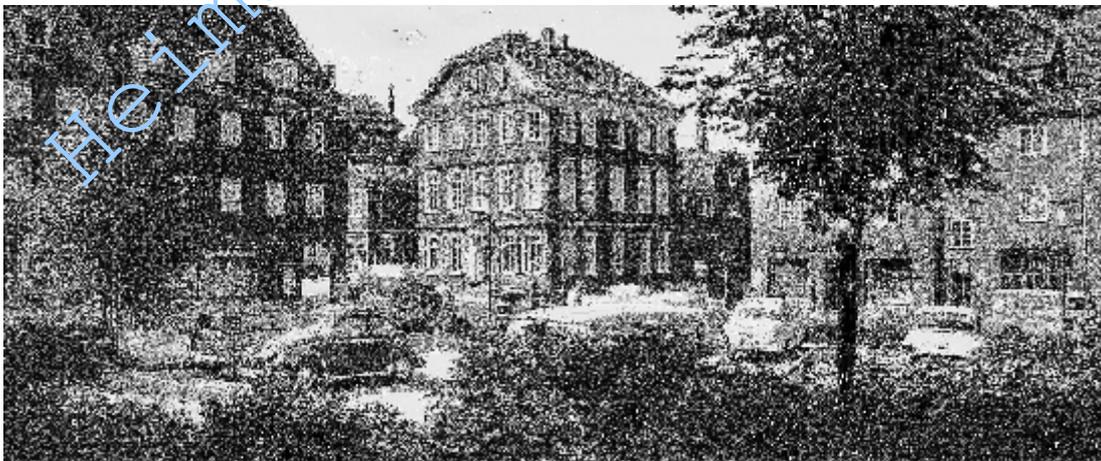
So wurde im Rat der Stadt Schwelm über die Nutzung dieses Platzes sehr kontrovers gestritten. Letztlich fanden die Stadt- und Verwaltungsvertreter einen für alle tragbaren Kompromiss: Der Parkplatz wurde gebaut und in eine Grünanlage eingebettet. Oder wurde eine Grünanlage angelegt mit der Möglichkeit darin zu parken? Egal, jeder hatte das was er wollte!



Lageplan des Projektes



Zeitungsnotiz August 1954: Lang und schwierig war der Weg, bis mit dem Wiederaufbau - insbesondere der Mittelstadt - auf dem Grundstück des ehemaligen Märkischen Hofes begonnen werden konnte. Als hier Mitte Mai diesen Jahres der große Bagger der Firma Heidtkamp zur Trümmerräumung und Ausschachtung angesetzt wurde, war das Gelände der Anziehungspunkt der Schwelmer, die mit großem Interesse und staunend die schnelle Arbeit betrachteten. Als dann Ende Mai die Bauunternehmung Schaumburg & Sieper mit den Fundamentierungs- und Mauerarbeiten begann, konnte man sich schon ein Bild von dem 12 000 cbm umbauten Raum des Gebäudes mit angrenzendem in Anlagen eingebetteten Parkplatz machen.



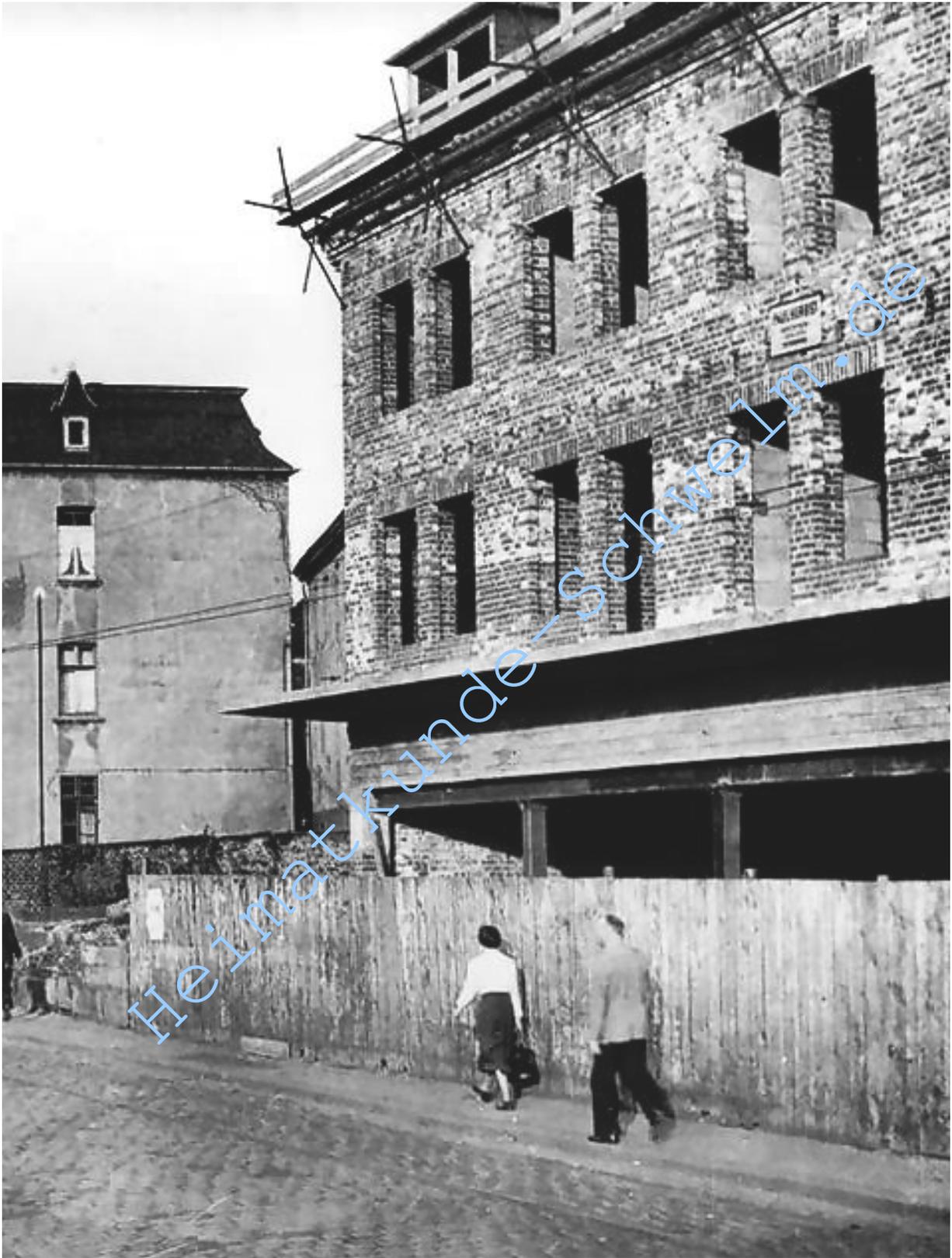
Wiederaufbau 1952 -1954.

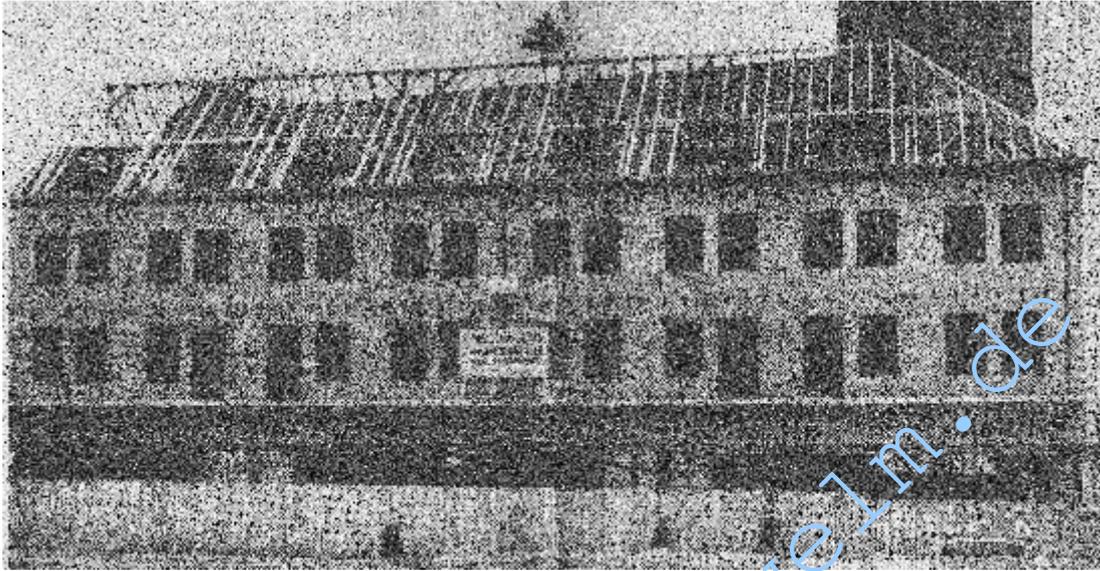
Das Schwelmer Herzstück zwischen Bahnhof-, Haupt- und Casinostraße.

Links im Bild die Städtische Sparkasse, davor die Casinostraße,
davor das Grundstück des Märkischen Hofes.

Rechts im Hintergrund war der Pavillon Nockemann noch nicht errichtet,
rechts vorne im Bild der Neubau Mebus - später Haschi.







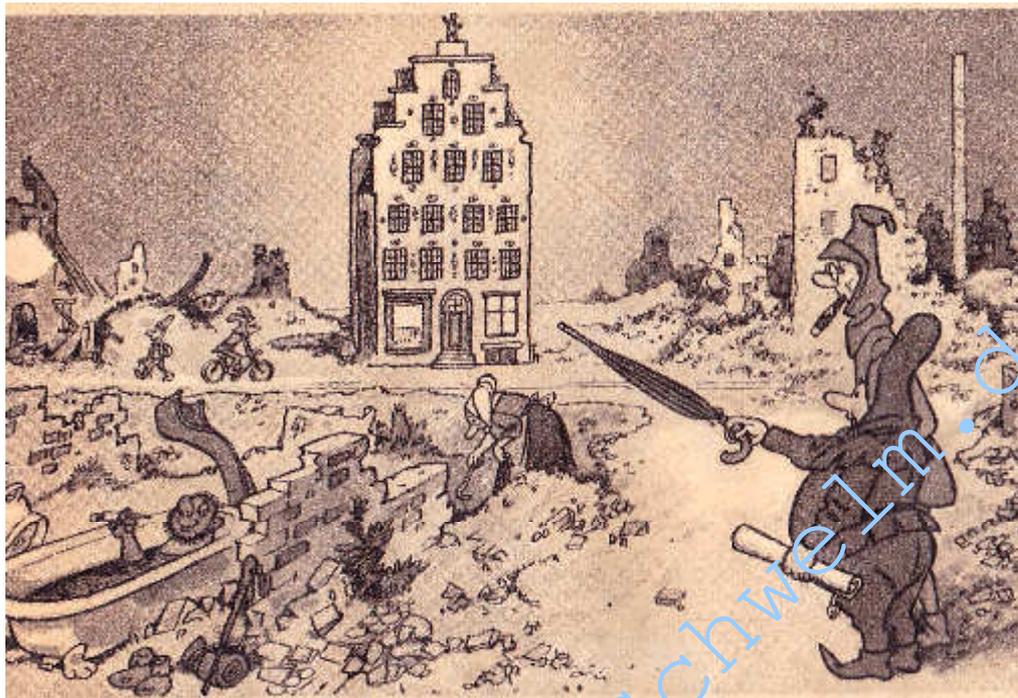
Richtfest Neubau Mebus. Später bezog hier Haschi seine Geschäftsräume



8. August 1956
Sparkassenum-
bau zu einem
modernem
Geldinstitut.
Prunkstück war
die lichtdurchflu-
tete, großräumige
Kassenhalle







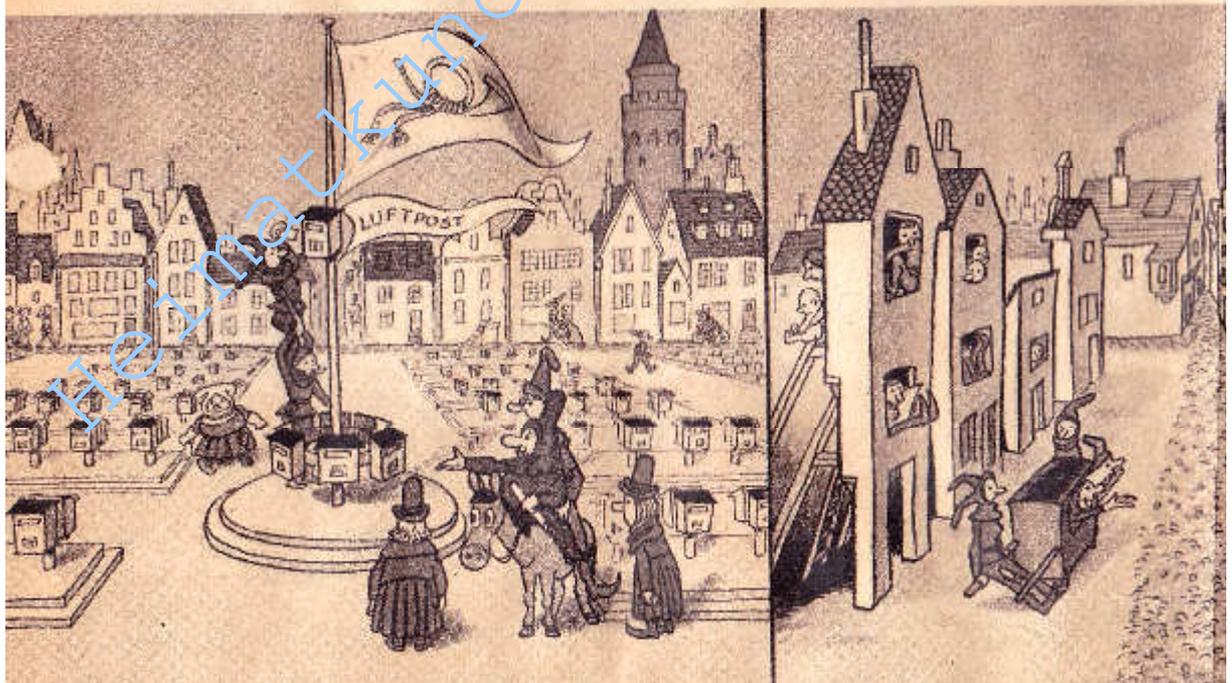
Links: »Die ganz
wird genau so
wie sie war.
Haus kommt
soll eine Grünfl

Rechts: »Nach d
nen Grundsätz
wir hier eine re
gend und da
eine reine We
gebaut. Das f
Volksgesunde
kommen die H
viel an die fri

Zeichnungen: Reinhold Escher

Unten: »Und hier haben wir
versuchsweise eine reine Brief-
kasten - Gegend errichtet.«

Unten: »Weil wir die
sehn die Häuser jetzt so
dieser neuen Prachtstra
fürlich wertvoller gew
wird von den Hauseiger



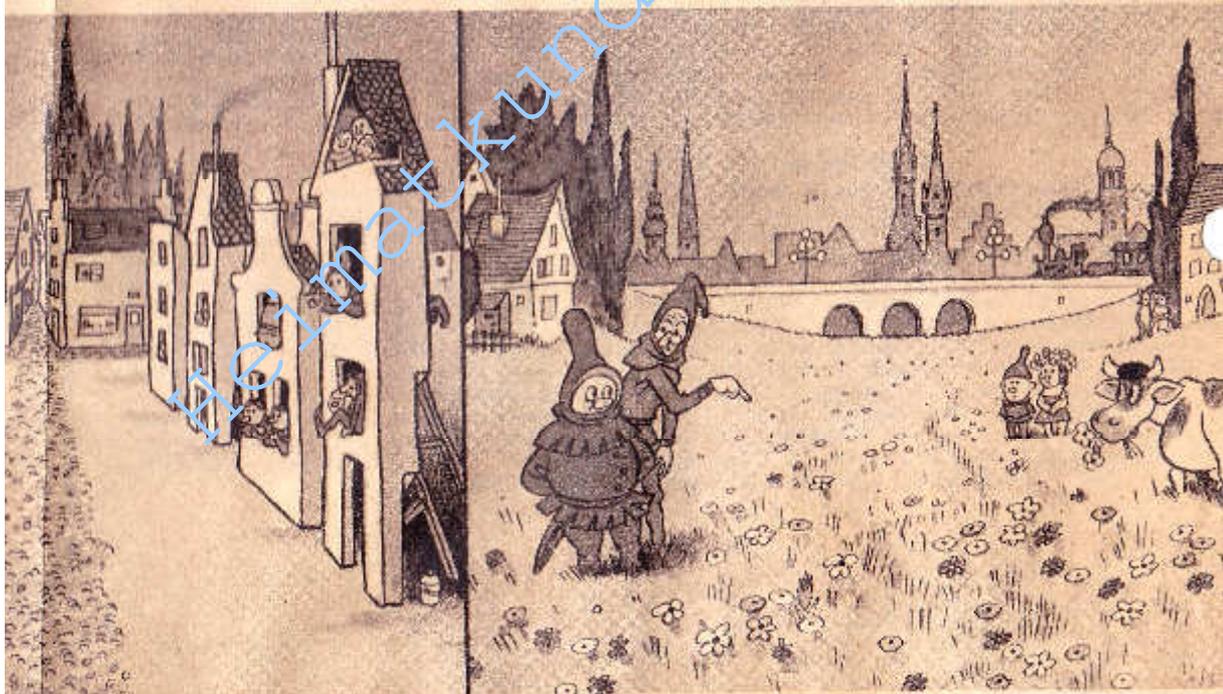
ganze Gegend
so aufgebaut,
war. Nur das
mit weg. Da
rünstfläche hin!«

nach den moder-
nsätzen haben
ne reine Laden-
id dort drüben
e Wohngegend
as fördert die
ndheit. — So
die Hausfrauen
e frische Luft!«



die Straße verbreitert haben,
tzt so aus! Durch die Lage an
htstraße sind die Häuser na-
geworden. Der Wertzuwachs
eigentümern gern versteuert!«

Unten: »Hier muß auch etwas
unternommen werden! So viele ver-
schiedene Farben sind direkt ver-
wirrend! Im nächsten Jahr kommen
hier jedenfalls nur weiße Blumen hin!«



Heimatkunde-SchweIm.de

Die soziale Infrastruktur



Soziale Projekte Nachbarschaften und Heimatfest Der 17. Juni 1953

Festzug 1957 Aechte de Muer

**Hintergrundwissen:
Christliche Werte für die Zukunft
Deutschlands**

Wenn wir heute altbetagten Menschen zuhören, die uns aus der unmittelbaren Nachkriegszeit erzählen und in die CDU eintraten, dann erfahren wir nicht nur von einer begeisterten, allgemeinen Aufbruchstimmung, sondern auch von ihrer Erleichterung, dass sie den Naziterror und die Schrecken des Krieges heil überstanden hatten.

Deshalb waren viele gewillt, eine bessere, und vor allen Dingen eine demokratische Zukunft zu bauen. Das bei ihnen verankerte christliche Verantwortungsbewusstsein motivierte sie zum politischen Engagement.

So waren es gerade die traditionellen, christlichen Werte, die den Menschen den Weg in eine hoffnungsvollere Zukunft wiesen. Sie boten ihrer Meinung nach den besten Schutz vor Radikalismus und Faschismus. Ein noch einmal? - Nie wieder!

Manch einer wollte auch angesichts der grausamen Verbrechen nicht länger beiseite stehen, denn ihr damaliges Schweigen und Nichtwahrhabenwollen hatten sie mitschuldig werden lassen.

Ein alter Mann von 91 Jahren erzählte mir mit Tränen in den Augen:

„Diese Schuld wollte ich abtragen durch meinen persönlichen Einsatz für eine christliche Gestaltung des Lebens, zu der es keine Alternative gibt!“

Dieser Einsatz auf der Basis christlicher Werte und Traditionen war kein auf Schwelm beschränktes Phänomen, sondern überall in Deutschland zu spüren.

Nach dem unheilvollen Krieg und vollständigem Zusammenbruch suchten viele Menschen nach verlässlichen, unzerstörbaren Grundsätzen. Sie hatten erfahren, dass andere (Polit)-Ideologien keine Alternative boten und geboten hatten...



Wahlplakate aus dem Jahre 1951:
Themen Deutsche Einheit
und Adenauer standen als
Wahlslogan an erster Stelle.

Aufbau der sozialen Infrastruktur Anfang der 50er Jahre

Wenn wir auf den nachfolgenden Seiten ein wenig näher auf die ersten zehn Nachkriegsjahre der noch jungen Bundesrepublik zurückblicken, so können wir diese Zeit in zwei Abschnitte teilen.

Der erste Abschnitt, nennen wir ihn einfach einmal die schlechte Zeit, war geprägt von Hunger, Heiz-, Gebrauchsgüter- und Wohnungsmangel. Es war die Zeit bis zur Währungsreform im September 1948.

Als zweiten Abschnitt möchte ich die Jahre des Wiederaufbaus benennen, die wir heute als die Zeit des Wirtschaftswunders bezeichnen. Möglich hatte das Ludwig Erhard (CDU) mit seiner sozialen Marktwirtschaft gemacht, die er zusammen mit Konrad Adenauer gegen SPD und KPD durchsetzte.

Bei der Bundestagswahl am 6. September 1953, bei der die CDU mit 45,2 Prozent stärkste Partei wurde, bekannte sich Konrad Adenauer nochmals ausdrücklich zu den christlichen, sozialen Werten, zu einer freien Marktwirtschaft und einer demokratischen Staatsform.

Damit waren nicht nur die Zwangswirtschaft des 3. Reiches endgültig aufgehoben, sondern auch die von Sozialdemokraten und Kommunisten geforderte Einführung staatlich gelenkter Planwirtschaft misslungen.

Mit den sprudelnden Steueraufkommen des beginnenden Wirtschaftswunders ließen sich nun nicht nur in der gesamten Bundesrepublik, sondern auch in den Kommunen, neue und soziale Infrastrukturen aufbauen.

Auch diese gehörten neben Wiederaufbau und Stadtplanung zu den primären Aufgaben von Politik und Verwaltung.

Hintergrundwissen

Besonders nach dem Kriege wollten die sogenannten linksstehenden Parteien im neu entstehenden demokratischen Deutschland ihre eigene, antirationale Lebensform und gleichgeschaltete Ideologie durchsetzen. Im Gegensatz dazu diente der CDU ein christlich soziales Fundament. Das hieß: Formung des Menschen nach christlichen Werten, um dadurch die Gesellschaft zu formen.

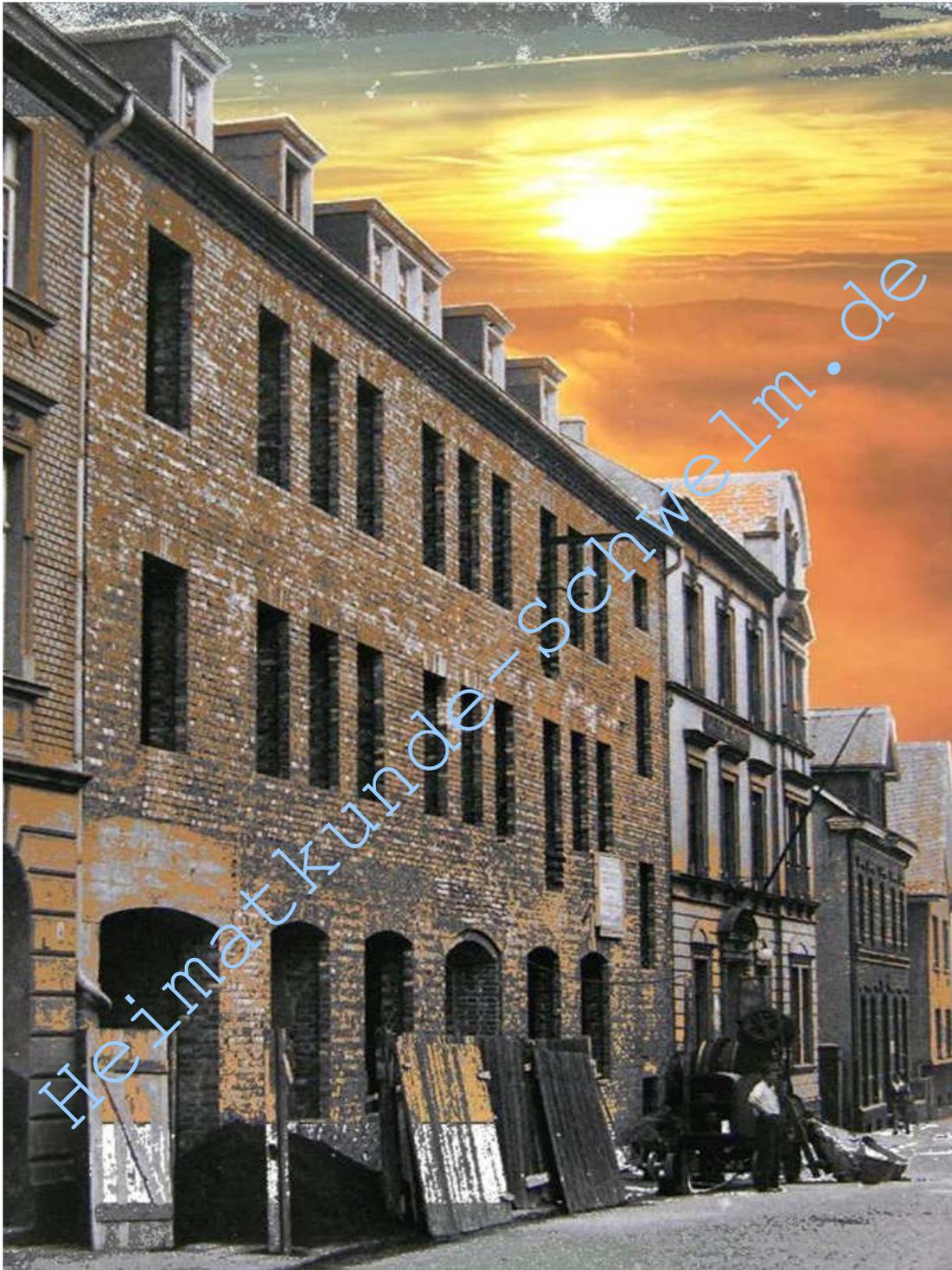
Doch bald prallten wegen dieses „Geldsegens“ die verschiedenen Ideologien (Weltanschauungen) der Parteien hart aufeinander.

Es war der Kampf zwischen den sozialistisch ausgerichteten Ratsmitgliedern der SPD und KPD und der auf christlichen Werten und sozialer Marktwirtschaft ausgerichtete und handelnde Vertreter der CDU.

So aufgestellt, gingen auch in Schwelm die Vertreter von „Rechts und Links“ daran, die allgemeine soziale Infrastruktur neu aufzubauen oder Traditionelles dem Zeitgeist entsprechend neu zu gestalten,

Zu diesem Neuaufbau gehörten u.a.:

1. alle Bildungseinrichtungen, wie u.a. die Grundschulen, Gymnasium und Volkshochschule.
2. die Sicherstellung des Feuerwehrdienstes, Krankenhauswesen mit Rettungs- und Fürsorgedienstleistungen.
3. alle kulturellen Veranstaltungen, Bibliotheken, Museen, Gewährung der öffentlichen Sicherheit.
4. die Unterstützung von Vereinen, besonders im musikalischen und sportlichen Bereich.
5. und letztlich das Schwelmer Nachbarschaftswesen mit Heimatfest und Festzug.



1952 wurde das Kolpingjugendwohnheim eröffnet
(Foto Archiv der Kolpingsfamilie Schwelm)

Dabei führten oftmals die parteilichen, ideologischen Vorstellungen zu heftigen Diskussionen. Gut, dass Stadtdirektor Schüssler und Bürgermeister Lambeck pragmatisch denkend, fast immer einen für alle zufriedenstellenden Kompromiss fanden.

Beispiele sozialer Infrastruktur

Bevor wir uns aber mit den vor genannten „Sachgebieten und Vereinen“ beschäftigen, sollten wir einige soziale Einrichtungen benennen, die in den 50er Jahren entstanden. Hierbei müssen wir feststellen, dass dabei oft nach dem Motto verfahren wurde: Stimmt Du für mein Projekt, dann stimme ich auch für Deins.

Dazu einige Beispiele:

Am 1. Januar 1950 schenkte Johann vom Hövel, Besitzer des Rittergutes Schloss Martfeld, der Arbeiterwohlfahrt ein Stück Land am Ländchen.

Die AWO die sich zur Aufgabe gestellt hatte, sozial schlechter gestellte Arbeitnehmer zu unterstützen, wollte hier ein kleines Vereins- und Erholungsheim errichten. Für dieses Projekt hatte sich die SPD vehement eingesetzt.

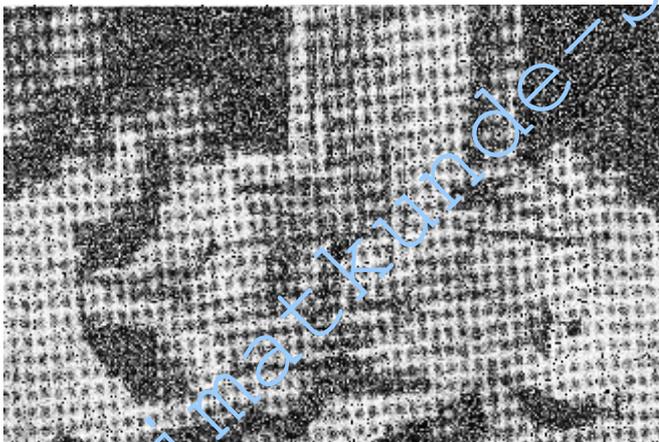
Zur gleichen Zeit setzten sich auch die im Stadtrat sitzenden CDU-Vertreter, an ihrer Spitze Otto Müller und Albert Becker für das Bauvorhaben der Kollingsfamilie ein, ein Jugendwohheim für Obdachlose, keine Lehrstelle und Arbeit findende Jugendliche, zu bauen.

So stimmte die CDU für das Projekt der AWO, obwohl das Land eigentlich nur landwirtschaftlich genutzt werden durfte, und so auch kein alternativer Nutzungsplan vorlag.

Im Gegenzug unterstützte die SPD-Fraktion den Bau des Jugendwohnheims, obwohl das zur Verfügung stehende Geld primär für den Wohnungsbau verwendet werden sollte.



Das Schwelmer AWO Heim: Mutter-Kind Urlaub



Das Adolf Kolping Jugendwohnheim bot jungen Männern, die aus strukturalarmen Gegenden nach Schwelm kamen (u.a. aus dem Emsland) und in ihrer Heimat keine Lehrstelle fanden, Kost, Logis und Freizeitgestaltung.

So konnten sie hier, wo viele Kräfte für den Wiederaufbau benötigt wurden, ein Gewerk erlernen.

Im Jahre 1952 / 1954 befürwortete die SPD auch den Bau eines dem katholischen Kindergarten angeschlossenen katholischen Jugendheims am Marienweg.

Ob dieser Entscheidung drückten im Rahmen der Einweihung am 12. September 1954 die CDU-Stadtratsvertreter Walter Degenhardt und Engelbert Rath, die sehr viel Herzblut in dieses soziale Projekt gesteckt hatten, in ihren Reden

ihre besonders Freude und besonderen Dank an die Ratsfraktion der SPD aus. Ausgesprochen glücklich über die Fertigstellung dieses Jugendheims war auch der spätere Landtagsabgeordnete der CDU, Leonhard Kuckart.

Dieser führte zur damaligen Zeit als „Pfarrjugendführer“ die über einhundert Kinder und Jugendliche zählende Katholische Jugend und leitete als „Gruppenleiter“ diverse Jugendgruppen.



Mitglieder der Kolpingsfamilie
Schwelm als Stadtverordnete:

Otto Müller, Engelbert Rath,
Albert Becker, Walter Degenhardt
Bild rechts: Leonhard Kuckart

Bild unten:
Rohbau des katholischen Kinder-
gartens mit Jugendwohnheim
1952/ 1953



Zwei weitere Projekte sozialer Infrastruktur waren „Herzensbedürfnisse“ der evangelischen Gemeinde und wurden von den evangelischen CDU-Stadtverordneten Ernst Lambeck und Ernst Hüsken eingebracht: Das Kinderheim an der Lessingstraße und ein Lehrlingsheim an der Blücherstraße.

Das Kinderheim an der Lessingstraße sollte wieder für elternlose und sozialbedrohte Kinder als ein Hort entstehen, wo sie in einer geborgenen Atmosphäre heranwachsen konnten.

Dieses Haus, das von Bombenangriffen auf Schwelm verschont wurde, hatte direkt nach dem Kriege als Ersatzkirche für evangelische Gottesdienste gedient, da die zerstörte Christuskirche noch nicht wieder aufgebaut worden war.

Nachdem der Rat der Stadt beschlossen hatte, das evangelische Kinderheim an der Lessingstraße in konfessioneller Trägerschaft zu unterstützen, begann Hausvater Sprinz 1947 mit dreißig Kindern den Kinderheimbetrieb. 1955 übernahm Familie Cohrt das Haus.

Das zweite Projekt war ein Lehrlingsheim, welches nach Wunsch des Presbyteriums an der Blücherstraße für Jugendliche, die in ihrer Heimat keine Lehrstelle fanden, errichtet werden sollte.

1953 erteilte der Rat der Stadt die Baugenehmigung. Die Gästeliste zur Einweihungsfeier 1954 zeigt, welchen Wert dieses Haus hatte. Die SZ schrieb:

„... begrüßte der Geschäftsführer des Kuratoriums, Dr. Hahne ... Pastor Stork als Vertreter der Kreissynode, Bürgermeister Homberg, Kreisdeputierten Kistner für den verhinderten Landrat Hühn, Herrn Banze vom Landesarbeitsamt Düsseldorf, Pastor Dr. Tegtmeyer aus Bethel, den Vorsitzenden des Verschönerungsvereins und ehemaligen Bürgermeister Ernst Lambeck, CVJM-Kreispräsident Köster, Mitglieder des Kirchenchors und der Singgemeinde unter der Leitung von Kantor Littmann, die auch für den musikalischen Rahmen sorgten.“

Die Gruß- und Glückwünsche übermittelten telegraphisch Dr. Albano-Müller,



Evangelisches Kinderheim, heute Christian-Ehlhard Haus



Das evangelische Lehrlingsheim, ein Pondon zum Adolf-Kolping Jugendwohnheim

der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums, Landespfarrer Puffland von der Inneren Mission Westfalen. Präses Ernst Wilm und Minister Dr. Schmidt. Geldgeschenke überbrachten Pastor Stork (für die Synode) und Kreisdeputierter Kistner (für den Kreis).

Danach überreichte Bürgermeister Homberg für die Stadt Schwelm ein Bild vom Innenhof der Wartburg. Ernst Lambeck pflanzte im Vorgarten einen japanischen Kirschbaum und empfahl ihn der Pflege der Lehrlinge, von denen 20 bereits einzogen waren.

Anschließend hielt Pastor Unterberg seine Festansprache. In dieser hatte er das Pauluswort: „Wie uns Barmherzigkeit widerfahren, so werden wir nicht müde“ herausgestellt und resümierte, das Lehrlingsheim sei nach dem Alters- und Kinderheim das dritte Gebäude der evangelischen Kirchengemeinde, das unmittelbar der Not diene. Bemerkenswert waren seine weitere Worte:

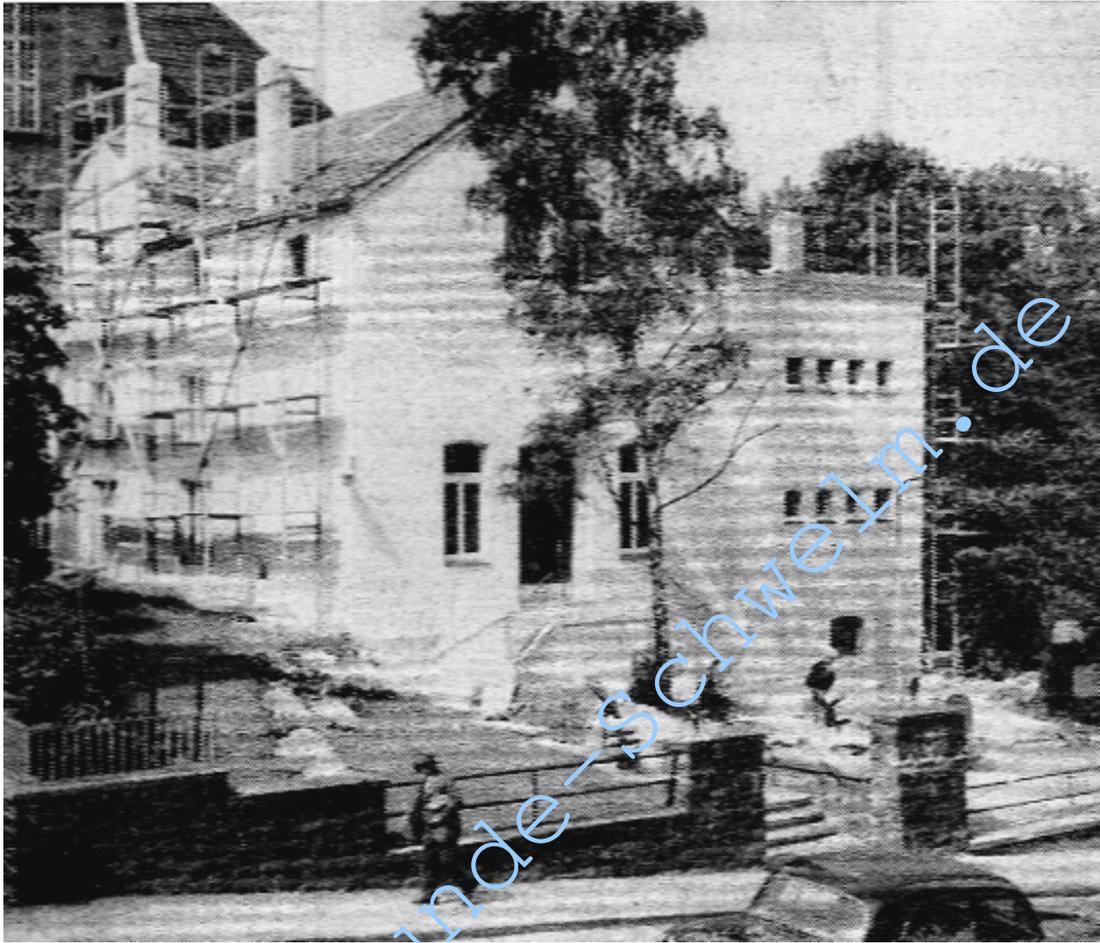
„Die Notwendigkeit dieses Hauses sei

Führmesblatt der menschlichen Beziehungen untereinander, erwachse es doch auf dem furchtbaren Elend des Krieges und damit der Kainsgesinnung mit Neid, Habgier, Hass und Bruderkrieg. ... es sei eine steingewordene Anklage gegen die Zerrissenheit der menschlichen Gesellschaft, aber auch ein lebendiges Zeichen der Barmherzigkeit Gottes.“

Selbst ein Fernsehapparat fehlte nicht. Dieser war von der Stiftung „Alters-, Jugendarbeiter- und Lehrlingsheime“ des CDU-Ministerpräsidenten des Landes NRW Karl Arnold gestiftet worden. Damals eine Besonderheit!

Übrigens: Da die SPD bei den von der CDU unterstützten kirchlichen Projekten viel Entgegenkommen gezeigt hatte, erhob die CDU auch keine Einwendungen gegen den Kauf des der Stadt gehörenden Hauses Drosselstraße 16.

Dieses Haus, welches bis in die 30er Jahre der evangelischen Kirchengemeinde



Das Faikenheim in der Drosselstraße

meinde gehört hatte und in den 40er Jahren die Schwelmer Volksküche beherbergte, wollte die Jugendorganisation der SPD „Die Falken“ als Jugendheim umbauen.

1952 begannen auch die sehr schwierigen Verhandlungen der SPD (durch Bürgermeister Homberg) mit den Vertretern der katholischen– und der evangelischen Kirchengemeinde und der CDU-Fraktion über die Umänderung der konfessionellen Friedhöfe in einen kommunalen Friedhof.

Dieses kam aber erst zustande, nachdem 1953 auch die CDU dieser Umwandlung zustimmte.

Zum Schluss möchte ich aber noch eine Einrichtung benennen, an der alle Parteien sehr viel Interesse hatten: Die Im Jahre 1872 gegründete Volksbibliothek Schwelm.

Basierend auf dem Ratsbeschluss vom 17.02.1938, die Volksbücherei mit Beginn des Rechnungsjahres 1938 in das Eigentum und die Unterhaltung der Stadt Schwelm zu übernehmen und die Bezeichnung „Stadtbücherei“ zu verwenden, beschlossen die Ratsvertreter 1953 umfangreiche Sanierungsarbeiten.

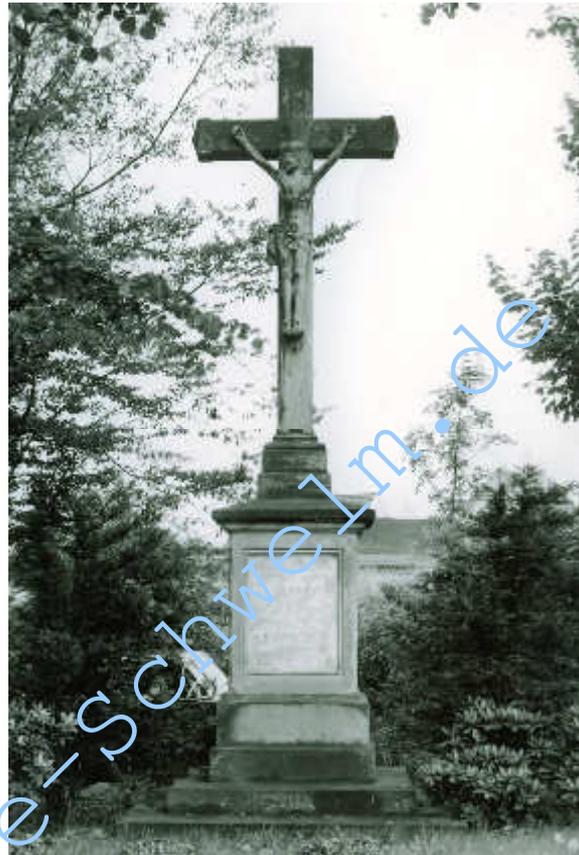
Dazu gehörte auch ein neuer Außenanstrich.

So hatte jeder der Parteien das bekommen, was er gerne als Prestige seiner Wählerschaft auch vorweisen wollte. Die SPD bekam ihr AWO Heim, das Jugendheim für die Falken und den Kommunalen Friedhof. Die CDU ihr Jugendheim mit Kindergarten im Marienweg und ein Jugendwohnheim. Die evangelischen CDU-Ratsvertreter das Kinder- und Lehrlingsheim!

Rückblickend kann man sagen, dass in den 50er Jahren speziell das gestaltende „Geben und Erhalten“ zwischen den verschiedenartigen Parteien dem Aufbau und der sozialen Infrastruktur sehr zugute kam.

(oben)
Friedhof Oehde - Das alte Kreuz an den Priestergräbern (Foto Privat)

(unten) Renovierung (Außenanstrich) der Stadtbücherei an der Schulstraße 1953





1952/1952

DER Festzug

„Nu kür Du!“

Willkommen in Schwelm!

Wieder einmal ist es so weit: Der dritte Sonntag im August kommt heran und mit ihm unser Schwelmer Heimatfest. Es hat noch nicht eine so lange und stolze Tradition wie etwa die Volkfeste einzelner rheinischer Großstädte, aber es hat sich in den Herzen unserer Schwelmer Bürger einen festen Platz erkämpft, und viele würden etwas vermissen, wenn man ihnen diese paar unbeschweren Freudentage im August nehmen wollte. Darüber hinaus hat eben unser Fest, und insbesondere natürlich der Festzug, auch seine starke Anziehungskraft in der weiteren Umgebung unserer Stadt, wovon die alljährlich festzustellende große Zahl auswärtiger Besucher ein deutliches Zeugnis ablegt.

Möchte auch in diesem Jahre, das ist unser aller Wunsch, die Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf nehmen und vor allem das besondere Wohlwollen des Wettergottes finden, damit nicht ein großer Aufwand nutzlos verfliegt, wird nun damit wir um Ende alle sagen können:

„Was das nicht mal wieder prima
„Nu kür Du!“

Sobwürler, Stadtdirektor

Verkehrsverein, Heimatstauschuß und Nachbarschaften anbieten allen Gärten unserer Stadt, allen Besuchern aus Nah und Fern und allen Schwelmern zuvor herzlich Willkommen! Wir wünschen frohe und gemütsreiche Stunden im alten Schwelm!

Es ist nun wieder so weit: Nach sorgfältigen Vorbereitungen steht der Festzug. Sie sehen ihn vor Ihren Augen und können nun mit uns das Motto sprechen lassen:

„Nu kür Du!“

Es soll feststehen, daß wir trotz aller Schwierigkeiten die Tradition auch im Jahre 1952 fortgesetzt haben und daß wir alle Freunde unserer Sache, alle Gärten aus Nah und Fern bitten, jetzt, nachdem alles vorbei ist, zu sprechen: ... „Nu kür Du!“

Der Festzug läuft zum achten Male in der durch den Krieg ununterbrochenen Folge. Die Stadtkirmes aber schirft an die alte Kirmes auf dem Altmarkt und in der Kölner Straße an, die vor 30 Jahren letztmalig stattfand. Mitbin dürfen wir von Tradition sprechen. Das verpflichtet uns dazu, den Gedanken mit unseren besten Kräften zu pflegen, was wir versprechen. Das Schwelmer Heimatfest ist der erste Fremdenverkehrswerber unserer Stadt, dabei sind wir uns der Verantwortung bewußt, die wir als Träger der Idee auf uns geladen haben.

Wir grüßen daher alle Heimatfestbesucher! Wir danken ihnen, daß sie kamen und wünschen ihnen Freude noch und noch.

Rechtsanwalt Horst Haarmann
1. Vorsitzender

Erich Müller
derzeit präsidierender Obmann

Dr. Hugo Siegert
Vorsitzender des Heimatfest-
ausschusses

Ernst Winkelsträter
Heimatfestpräsident

Lesen Sie im Innern des Blattes:
Dankes und Verleites rund um „Nu kür Du!“
Das vollständige Programm des Festzuges
mit genauer Beschreibung der einzelnen Gruppen.

Schwelmer Politik und Vereine Besondere Pflege des Nachbarschaftswesens

Nach dem Kriege erlaubte die Britische Besatzungsmacht sehr wohlwollend wieder allen Vereinen ihre Zusammenkünfte. Grundvoraussetzung war eine demokratische, sportliche, heimatkundliche, traditionelles Brauchtum pflegende Ausrichtung. Sie sah in diesem Vereinswesen eine Vorreiterfunktion für den gesellschaftlichen Wandel von einer Diktatur zur Demokratie.

Schnell hatten die Besatzer erkannt, dass sich hier Menschen, ob Studierende, Beamte oder Arbeiter ständeübergreifend gerne zusammenfanden und neben ihrem Hobby auch die Tagesereignisse und politisch-philosophische Zeitprobleme durchdiskutierten. Hier wurde unter Gleichgesinnten oft die Basis von neuausgerichteten, politischen Vorstellungen geboren.

Dieses Vereinswesen trug beim Neuanfang entscheidend dazu bei, dass sich das neue, demokratisch, auf christlichen Werten basierende Wertesystem einer CDU sehr schnell verbreitete und manifestierte.

Aber auch die Arbeiter, die sich z.B. in diversen Sport-, Gesangs- und Wohlfahrtsvereinen zusammengeschlossen hatten, fanden hier ihr Interessengebiet.

Es gab in Schwelm eine Ausnahme! Die Schwelmer Nachbarschaften. Hier fanden sich Schwelmer Bürger, die Schwelmer Parteien, Mitglieder des Verkehrs- und Verschönerungsvereins und die Behördenvertreter zu einer politisch und religiös neutralen Zweckgemeinschaft mit dem Ziel zusammen:

Die Gestaltung und die Ausrichtung eines Schwelmer Volksfestes, späterhin Heimatfest genannt, mit einem Festzug.

Das Volks- oder Heimatfest

Von solch einem Vorbereitungsgepräch berichtete 1952 die SZ:

„Der Volksfestausschuss, Mitglieder aus der Verwaltung, des Stadtrates und des Verkehrsausschusses, sowie Vertreter der Nachbarschaften kamen gestern am Abend im Bahnhofshotel zusammen, um am Traditionstag (11. Januar) wie alljährlich das Motto für den neuen Volksfestzug für 1952 zu „küren“.

Zwanzig Vorschläge waren eingegangen, darunter „Haget dat gedacht?“ „Komm kiek es!“ „Dat is wat für usere Blagen,“ „Vie hot dūrch,“ „Ganz Schwelm steht Kopp,“ „Et kömmt drop an,“ „Holl die fast.“

Bei den vielen „Mottos“ musste in „gewissenhafter Wahl“ erst richtig entschieden werden bis endlich als strahlender Sieger „Nu kür Du“ übrigblieb.

„Nu kür Du“ konnte der Leiter der Versammlung, Vorsitzender des Heimatfestausschusses Dr. Fritz Siegert, dann auch dem amtierenden Volksfestpräsidenten Walter Bever Mohr zurufen, der eine humorgesegnete Rede hielt, in der dem Volksfest auch in diesem Jahr Glück und Segen wünschte, damit es seinen alten Sinn erfülle.

Über allen kleinen Uneinigkeiten und Zwistigkeiten hinweg ein einigendes Band für ganz Schwelm zu weben.

Bei der Wahl des Präsidenten der Nachbarschaften wurden Ernst Winkelsträter als Präsident und Walter Bever Mohr als Stellvertreter gewählt ...

Bürgermeister Homberg, der als frisch gewählter Bürgermeister Schwelms zum ersten Mal bei dieser Veranstaltung zugegen war, versprach, dass auch dieses Jahr die Stadt trotz schmaler Kassenlage einen Zuschuss beisteuern wird.“

(weiter Seite 278)



Rund um das Heimatfest Anfang der 50er Jahre: (oben) Reklame für die Boxbude
(unten) Das Süßigkeitsgeschäft im Volksmund „Hexenhaus“ und die Losbude



(oben) Traditionelles Riesenrad und die Oberstädter Wäsche (Foto Stadtarchiv)
(unten) Bahnhofstraße - Der Festzug ist aus (Bild Foto Schneider)



(oben) Das Westfalenross 1953 im Festzug
 (unten) August Püttmann mit seiner Ehefrau

Welch hohen Stellenwert dieses Volksfest mit seinem Festzug bei allen Schwelmern hatte, brachte anschließend Stadtdirektor Schüssler zum Ausdruck, indem er u.a. sagte:

„... dieses noch junge Heimatfest hat zwar noch nicht die vornehme Tradition wie die Volksfeste einiger rheinischer Großstädte, doch hat sich dieses in den Herzen der Schwelmer Bürger seinen festen Platz erobert.

Es würde vielen fehlen..., insbesondere der Festzug hat eine sehr starke Anziehungskraft in der weiten Umgebung unserer Stadt, wovon die alljährlich große Zahl auswärtiger Besucher ein deutliches Zeugnis ablege...“

Wahrzeichen, bzw. äußeres Zeichen des Schwelmer Heimatfestzugs war ab 1953 das Westfalenross. Auch hier berichtete die SZ:

„Der zur Nachbarschaft „Achte de Muer“ gehörende, bei Ibach arbeitende Klavierbauer August Püttmann baute für den Festzug dreimal das Westfalenross. Dreimal, weil das erste durch Witterungseinflüsse zerstört wurde, das zweite verbrannte und das dritte, bis der „Zahn der Zeit“ an ihm genagt hatte, nur bis in die 80er Jahre den „Strapazen“ des Festzuges widerstand.“

Das Vierte, welches heute noch mitgeführt wird, baute Emil Schulte von der Nachbarschaft Fronhof.

1952: Das Schwelmer Volksfest macht Sorgen

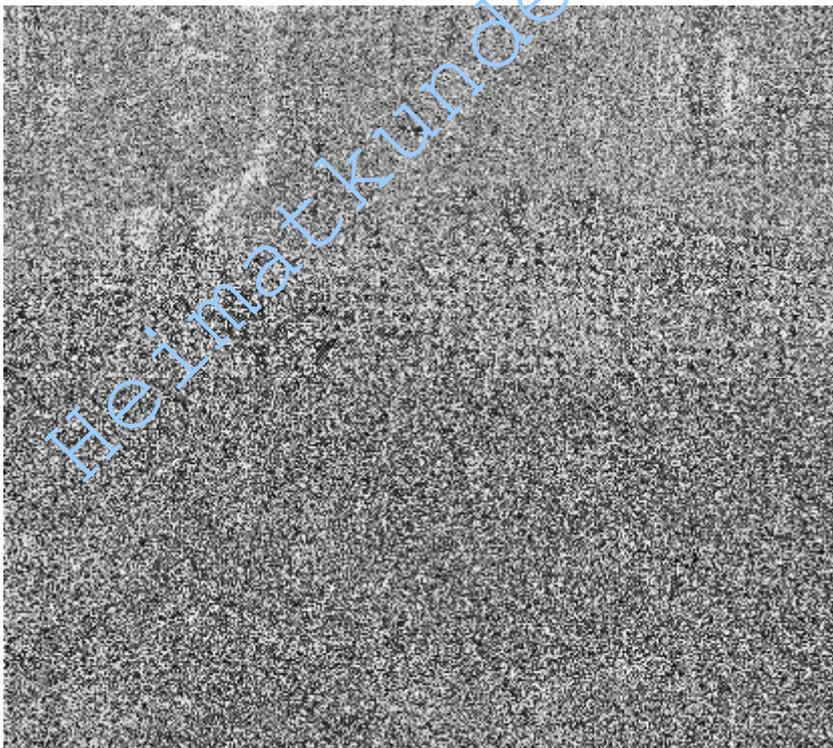
Fast zu einem Eklat kam es am 21. März 1952 im Volksfestausschuss, als es um die alljährlich Finanzierung des traditionellen Volksfestes mit Festzug ging. Die Stadtverwaltung war nicht bereit, das Defizit, zwischen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.400 DM zu übernehmen. Auch der jährliche Zuschuss für die Nachbarschaften von 200 DM sollten gestrichen werden.

Dagegen argumentierten Festausschuss und Nachbarschaften, ohne städtischen Zuschuss wäre kein Heimatfestzug und die enorme Werbewirksamkeit für Schwelm mehr möglich. Die Verwaltung solle lieber das Standgeld nach Abzug der städtischen Kosten in voller Höhe dem Verkehrsverein und den Nachbarschaften zur Verfügung stellen und keine anderen (städt.) Verpflichtungen damit bezahlen.

Als Obernachbar Weinreich (Oberstadt) und Walter Bever Mohr diese Diskussion einfach als beschämend bezeichneten und Dr. Siegert mit den Schlussworten: „Da Verkehrsverein und Nachbarschaften nicht dafür da sind, den städt. Haushalt zu sanieren, bzw. auszugleichen, findet der Zug dieses Jahr nicht statt!“ einigten sich alle Anwesenden auf eine weitere Zusammenkunft.

Die Nachricht, dass der Volksfestzug in diesem Jahre ausfallen solle, löste in der Schwelmer Bevölkerung lebhaftere Diskussionen aus. Hier einige Aussagen:

„... Der Volksfestzug ist eine gute Einrichtung. Um so bedauerlicher die Sturheit der Stadtverwaltung. Finanzamt und Stadt sind doch Nutznießer, die ernten wollen, wo sie nicht gesät haben. Beide sollten mit ihren Forderungen heruntergehen. Wir alle halten den Zug für wünschenswert. Überall be-



Heimatfestzug
1950:
Laut SZ verfolgen
rund 130 000
Zuschauer den
Schwelmer
Heimatfestzug
durch die
Innenstadt
Signum des
Dachverbandes
Der Schwelmer
Nachbarschaften



neidet man uns um den prächtigen Volksfestzug. ... Da können wir Schwelmer uns in die Brust werfen. Wenn der Zug ausfallen würde, können wir unseren Stadtvätern nicht den Vorwurf der Kurzsichtigkeit ersparen...

Und eine letzte Stimme: „... Und überdies, auch die Schwelmer Gewerbetreibenden und die Verkehrsgesellschaften haben vom Volksfest dank ihrer Einnahmen erheblichen Nutzen. Das Fest und der Zug müssen unbedingt stattfinden. Es ist auch ein Fest der Begegnungen“

Am 10. Juni kam dann die erlösende Nachricht: „Heimattfest und Festzug 1952 finden statt!“

Was war geschehen? Vor der letzten Sitzung an der Oehde bei Ettman war durchgesiebert, dass der Finanzausschuss auf Veranlassung des Verwaltungsausschusses zu den im Haushaltsplan verankerten Betrag von 4.000

DM noch 1.000 DM für das Schwelmer Volksfest 1952 und den Volksfestzug bewilligt hatte. - Ein außerordentlicher Beschluss, obwohl im Haushaltsplan des Festausschusses immer noch ein Defizit für den Festzug von 500 DM vorhanden war.

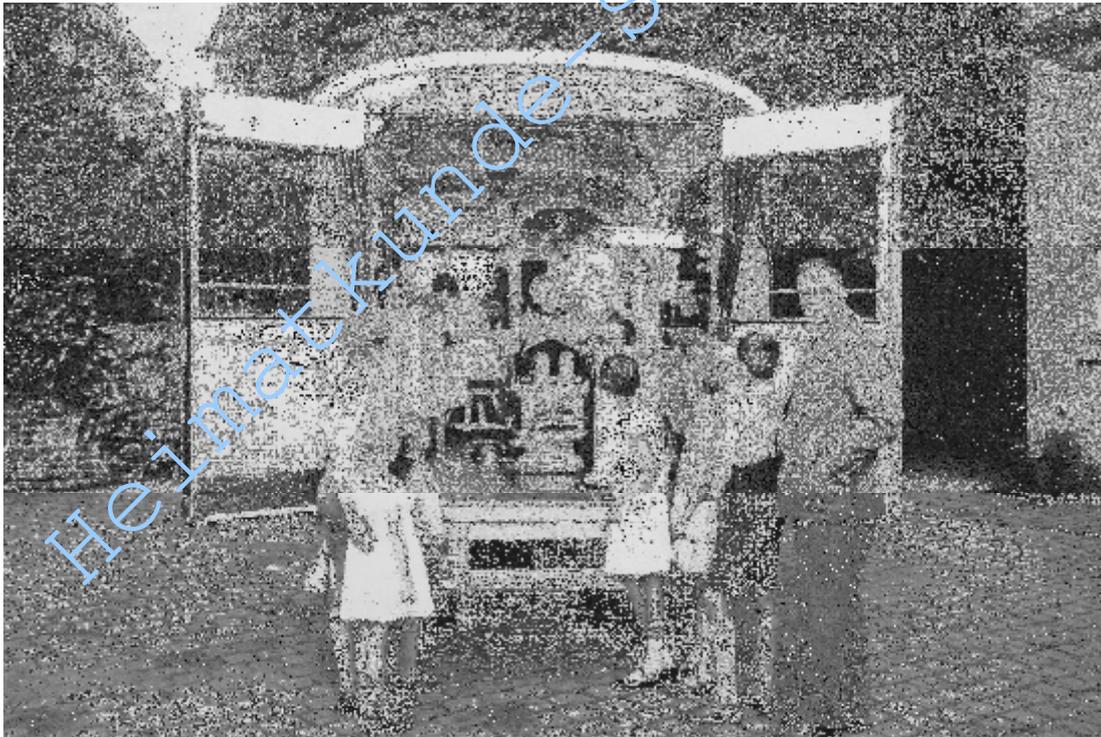
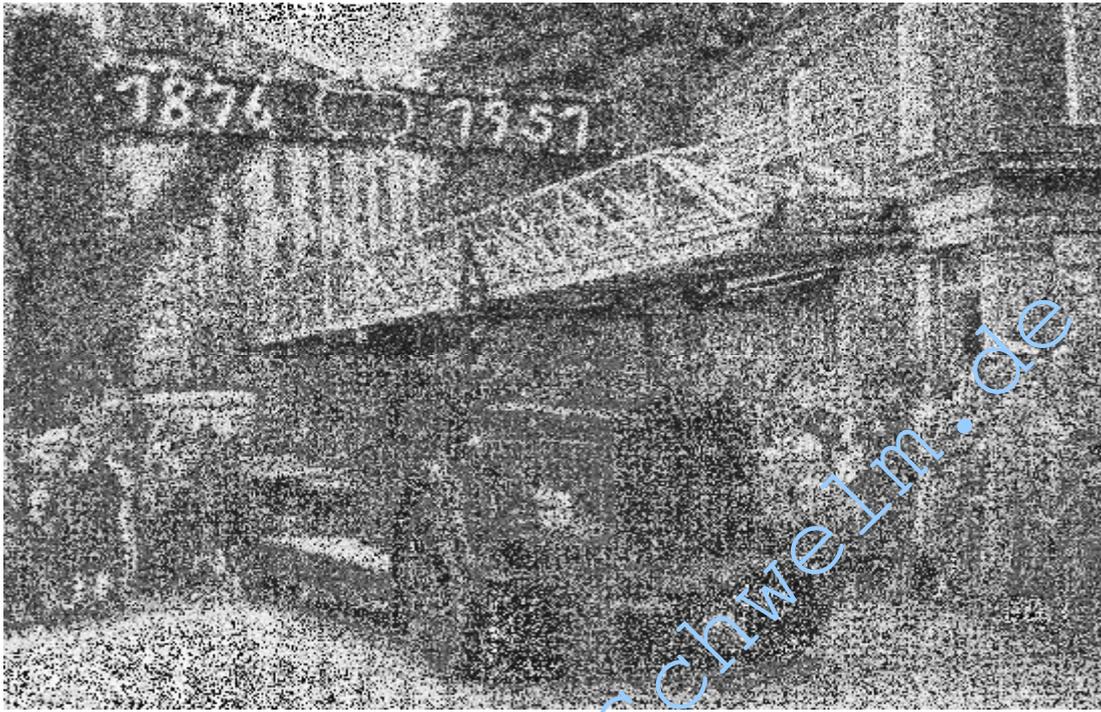
Bei soviel Entgegenkommen der Stadt regten sich nun auch einsichtige interessierte Kreise in der Bevölkerung, die sich in ihrer Gesamtheit dafür starkmachen wollten, diesen Betrag noch irgendwie aufzubringen. So entstand die bis heute durchgeführte Industrie- und Gewerbesammlung.

Und die Reaktionen in den Nachbarschaften? Sie freuten sich über das Entgegenkommen und beschlossen den Volksfestzug auf jeden Fall durchzuführen und zwar nun erst recht mit doppelten Anstrengungen und besonderem Idealismus. ... „Nu kür Du!“



Nun, da das Heimattfest 1952 mit seinem Festzug gut verlaufen war, haben alle wieder gut lachen!
Von links Bürgermeister Homberg, Nachtwächter Sander und Arno Blankenburg



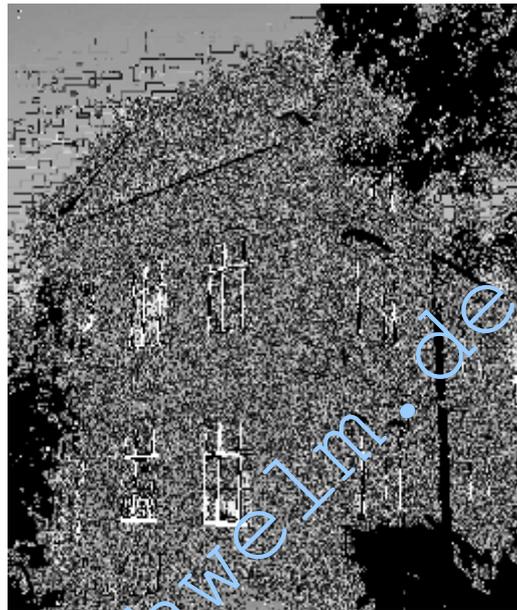


(oben) Leiterwagen der Freiwilligen Feuerwehr bei ihrem 75jährigen Jubiläum 1951
(unten) Die neue mobile Zahnklinik

**Von der Politik und Verwaltung um-
sorgt: Feuerwehr, Deutsches Rotes
Kreuz und Gesundheitsprophylaxe**

Es gab in den Nachkriegsjahren sicher-
lich keine wichtigeren Vereine oder Ver-
bände als diejenigen, welche sich um
Brand, Gesundheit und menschliche
Fürsorge kümmerten. Diese der Nach-
kriegszeit entsprechend anzupassen,
neu aufzubauen und zu unterstützen,
besonders als städtische Dienstleistung
den Bürgern gegenüber, war in der Poli-
tik oberstes Gebot.

Zu diesen wichtigen Gemeinschaften
gehörten in erster Linie die Bereitschaft
des DRK und die Feuerwehr. Die
Schulzahnklinik, teilweise sogar mobil,
und eine öffentliche Sauna (ab 1951)
dürfen wir als zeitgemäße Besonderheit
hinzufügen.



Schulzahnklinik in der Südstraße



DRK Haus in der Hauptstraße



Die Sauna, eines der letzten Projekte, das die CDU-Fraktion am Ende der Amtszeit von Bürgermeister Ernst Lambeck vehement mit unterstützte, war die vom nachfolgenden SPD Bürgermeister Homberg geplante und 1952 fertiggestellte öffentliche Sauna im Schweimer Schwimmbad.

17. Juni 1953

Bevor wir über die zweite Hälfte der 50er Jahre berichten, sei an dieser Stelle an einige Ereignisse erinnert, die sehr gravierend in die deutsche Politik eingriffen.

Da war zuerst der Volksaufstand am 17. Juni. Ort des Geschehens: Berlin. Schon einen Tag vorher hatten Ostberliner Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Arbeitsnormen und die Preise für Grundnahrungsmittel um 10% erhöht worden waren. In Protestzügen forderten sie außerdem die Abschaffung der Zonengrenze und freie, geheime Wahlen, Bildung einer neuen Regierung und die Auflösung der Nationalarmee.

Doch als sie die rote Fahne vom Brandenburger Tor holten, verhängt der



sowjetischen Militärkommandant den Ausnahmezustand. Schüsse fallen, Panzer fahren auf. Menschen werden erschossen. Der Aufstand wird von russische Soldaten (gezwungenermaßen) blutig niedergeschlagen. Später wurden in der Sowjetunion 18 von ihnen zum Tode (wegen Befehlsverweigerung) verurteilt und erschossen, weil sie sich geweigert hatten, auf Deutsche zu schießen

Am hl. Abend des Jahres 1953 stellten die Westdeutschen eine rote Kerze als Zeichen der Verbundenheit in die Fenster.

Adenauer gewinnt 1953 die absolute Mehrheit

Als zweites Ereignis muss hier die CDU / CSU genannt werden, die als haushoher Gewinner aus den zweiten Wahlen zum Deutschen Bundestag hervorging. Mit 45,2 Prozent gewinnt



CDU Wahlplakat 1953



Briefmarken zum Gedenken an den 17. Juni 1953

sie die absolute Mehrheit der Abgeordnetenmandate im Parlament.

Die SPD kann dagegen ihren Stimmenanteil von 28,8 Prozent nur knapp behaupten.

Mit 9,9 Prozent ist eine gemeinsame Liste von FDP, DVP und BDV ebenso im Parlament vertreten wie die BHE, die DP und das Zentrum.

Mit großer Erleichterung, vor allem im Ausland, wird registriert, dass die rechts-extremen Parteien ebenso wie die KPD den Sprung in den Bundestag nicht geschafft haben.

Der Erfolg der CDU hat mehrere Gründe: Die blutige Niederwerfung des Aufstandes vom 17. Juni, sowie die Erfahrung des Koreakriegs. Diese ließen in der Bevölkerung die Bereitschaft wachsen, eine Politik der schroffen Abgrenzung gegen den Osten zu unterstützen.

So betonte der alte und neue Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung im Bundestag:

„Die Regierung wird zum Wohle des Volkes an der freien, marktwirtschaftlichen Orientierung ihrer Politik festhalten.“

Als Schutz vor sowjetischen Machtansprüchen betonte er ausdrücklich, sich noch fester an die westliche Gemeinschaft zu binden.

Heimatkunde-SchweIm.de

Die 50er Jahre neigen sich dem Ende zu



**Spätheimkehrer
CDU erringt absolute Mehrheit**

Der Stadtrat im Jahre 1954

Am 5. Mai 1955 endete der Besatzungsstatus

Bevor wir weiter das „Schwelmer Geschehen“ der 50er und 60er Jahre Revue passieren lassen, möchte ich auf den nachfolgenden Seiten Einiges in Erinnerung rufen, was in der großen Politik geschah und so wichtig für die weitere Entwicklung von Stadt und Land war.

Ich hoffe, dass durch diesen kleinen Rück- und Seitenblick die zeitlich folgenden politischen, gesellschaftsrelevanten Ereignisse dem Leser transparenter, erkennbarer und verständlicher werden.

Beginnen wir mit dem 5. Mai 1955, als an diesem Tage die Bundesrepublik durch Verträge mit den westlichen Besatzungsmächten ihre (fast) Souveränität wiedererlangte.

An diesem Tag wurde leider noch einmal deutlich und bestätigt, dass die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt kein Interesse an einer Wiedervereinigung hatte, geschweige denn dieser zuzustimmen. Die Sowjets wollten nach wie vor als Preis einer Wiedervereinigung die Zementierung eines zweiten deutschen Staates und die Bolschewisierung Gesamtdeutschlands.

Scharf ging Adenauer in diesem Zusammenhang den stellvertretenden Partei- und Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner an, (dessen politische Wurzeln lagen in der KPD) als dieser nicht müde wurde zu behaupten, dass eine Wiedervereinigung nur durch die Neutralität Deutschlands und durch eine Nichtmitgliedschaft in der Nato zu erreichen wäre. Dabei bekräftigte Adenauer noch einmal ausdrücklich, dass eben diese Wiedervereinigung nur in Freiheit und eingebettet in westlichen Allianzen erstrebenswert sei:

„Das deutsche Volk lehnt jede Bolschewisierung mit aller Entschiedenheit ab!“

Anlässlich seiner Jahresabschlussrede am 29. Dezember 1955 betonte Adenauer noch einmal ausdrücklich:

„... bedarf es keiner besonderen Unterstreichung, dass die Schaffung eines freien wiedervereinigten Deutschlands unverrückbar das oberste Ziel unserer Politik bildet ...“

Rückblickend auf die geleistete Arbeit der CDU, an deren Ende oftmals schwer erkämpfte und erstrittene Beschlüsse und Gesetze standen, erinnerte Adenauer weiter u.a. an:

Die Verbesserung der Lage der Rentempfänger, Hilfe für die Sowjet-Zonen-Häftlinge, Abgeltung von Besatzungsschäden und das Wirksamwerden der Familienausgleichskassen.

Ferner erinnerte er an das landwirtschaftliche Paritätsgesetz, das Personalvertretungsgesetz, das Verkehrsfinanzgesetz und das Gesetz über das Mietpreisrecht.

Schließlich, so sagte Adenauer, gelang es auch, den mehrjährigen Streit über die Finanzverfassung der Bundesrepublik und Ländern durch einen Kompromiss aller hier Beteiligten zu bereinigen.

Auf dem Arbeitsprogramm des neuen Jahres standen, so kündigte Adenauer ferner an, u.a. das Zweite Wohnungsbaugesetz, die Fürsorge für die Körperbehinderten, die Tuberkulosehilfe und der Abschluss der Gesetzgebung über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts.

Ebenso müssen die steuerlichen Begünstigungen (Privilegien) und die besonderen Anliegen einzelner Berufsstände, insbesondere des gesamten

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 123. Redaktion: Bonn, Presshof IV, Zimmer 48 (Tel. 2 14 08), Güterstraße

Nr. 87

Bonn, den 9. November 1955

IX. Jahrg.

„Union in Deutschland (UiD)“ ist ein hervorgegangener Informationsdienst für aktive Parteimitglieder, der seit 1949 von der CDU-Bundesgeschäftsstelle herausgegeben wurde und über die politische Arbeit in den verschiedenen Parteigremien berichtete.

Hintergrundwissen:

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung, das Finanzverfassungsgesetz zwischen Bund und Länder vom 23. Dezember 1955.

Artikel 107:

Der Ertrag der Finanzmonopole und das Aufkommen der folgenden Steuern stehen dem Bund zu:

Die Zölle, die Verbrauchsteuern, soweit sie nicht nach Absatz 2 den Ländern zustehen, die Umsatzsteuer, die Beförderungsteuer, die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben, die Abgabe "Notopfer Berlin",

die Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer.

Das Aufkommen der folgenden Steuern steht den Ländern zu

die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer, die Verkehrsteuer, soweit sie nicht nach Absatz 1 dem Bund zustehen, die Biersteuer, die Abgaben von Spielbanken, die Realsteuern, die Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis.

Rechts:

**Ausschnitt aus CDU
Werbespott 1957**

Begleitender Text:

*Am Puls der Hebel und der
Schalter, regiert ein kluger Mann
den Staat.*

*Verehrt als tüchtiger Verwalter,
Geschätzt durch seinen weisen
Rat.*

*Wer stellte nach den Untergän-
gen, die Hebel wieder ein,
Und wir, die an der Leitung hän-
gen. Wir können sehr beruhigt
sein.*



Mittelstandes, neu geregelt werden. Genau so wichtig wäre aber auch das Kriegsfolgeschlussgesetz, das Kartellgesetz, das Parteiengesetz und wahrlich nicht zuletzt ein neues Wahlgesetz für den Deutschen Bundestag.

Die letzten Kriegsgefangenen kehren heim

Was wäre ein CDU-Rückblick ohne den September 1955, als Konrad Adenauer die Sowjetunion besuchte und in Moskau die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen erwirkte.

Es war ein schwerer Gang, denn hinzu kam noch, dass einen Monat vorher der Vorsitzende des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts das Verbot der KPD verkündet hatte.

In der Urteilsbegründung stellten die Richter die Verfassungswidrigkeit der KPD fest, indem sie klar und unmissverständlich begründeten, dass die Diktatur des Proletariats mit der im Grundgesetz verankerten freiheitlichen, demokratischen Ordnung nicht vereinbar sei.

Die Zeitung „Die Welt“ schrieb:

„... der Besuch Adenauers im September 1955 erwies sich als seine populärste Reise überhaupt. ... dabei war Adenauer anfangs unentschlossen, ob er die Chance wahrnehmen sollte, weil seine Politik sehr stark vom Streben nach einer konsequenten Westbindung der Bundesrepublik geprägt war. Schließlich willigte er ein und flog am 8. September 1955 nach Moskau...“

Die Reise diente nicht nur den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die die sowjetische Regierung unter der Staats- und Parteiführung von Nikita Chruschtschow und Nikolai Bulganin der Bundesrepublik anbot, sondern auch der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der russi-

schen Gefangenschaft in ihre deutsche Heimat.“

Die Verhandlungen erwiesen sich als sehr schwierig. Erst als Adenauer mit dem Abbruch drohte und abreisen wollte, kam es zu Ergebnissen. Dank seiner konsequenten Verhandlungsführung mit der sowjetischen Regierung erwirkte er, dass schließlich alle 9 626 Gefangenen als sogenannte Spätheimkehrer wieder in ihre Heimat zurückkehren durften.

Zu dieser Heimkehrerzahl muss man wissen, dass die 9 626 Spätheimkehrer ohnehin nur ein Rest von über 380 000 deutsche Soldaten waren, die die Zeit der Gefangenschaft nicht überlebten. Offiziell galten in Deutschland zum selben Zeitpunkt gar mehr als 1,3 Millionen als verschollen.

Die Schlagzeile in der „die Welt“ hieß:
„...für diesen Erfolg wurde der 79-jährige Kanzler in der Bundesrepublik als Held gefeiert. Wie nie zuvor wurde er von den Deutschen bejubelt. ...“

Der Staatsbesuch hatte ihn zum populärsten Politiker gemacht. Er war es wohl auch, der trotz seines Alters von 81 Jahren seiner Partei bei den nächsten Bundestagswahlen am 15. September 1957 mit 50,2 % die absolute Mehrheit verschaffte...“

In Schwelm wurden die Heimkehrer am Bahnhof auf das Herzlichste empfangen. Vertreter der Politik, der Verwaltung, der Kirchen und Vereine standen mit Blumen am Bahnsteig und erwarteten die Heimkehrer, die direkt aus dem Durchgangslager Friedland nach Schwelm gekommen waren.

In einem Autokorso traten sie nach ihrer Ankunft eine Rundfahrt durch die Innenstadt an, wobei sie von tausenden Schwelmern ob ihrer Heimkehr jubelnd willkommen geheißen wurden.

Sitze der Parteien im 3. Deutschen Bundestag 1957

Stand bei der Wahl



Russland - Heimkehrer Albert Schröder berichtete in der Westfalenpost.

„... konnte ich im ersten Transport der Entlassungswelle nach fast zehnjähriger Gefangenschaft in der Sowjetunion in die Heimat zurückfahren.

Am 25. September 1953 passierten wir die Grenze zur Freiheit in Herleshausen und wurden dort mit Bussen ins Lager Friedland gebracht.

Wir Heimkehrer waren überwältigt von dem überaus herzlichen Empfang den uns die Bevölkerung unterwegs und in dem offiziellen Lager bereitere.

Nachts wurden die Namen der Heimkehrer im Radio durchgesagt. Meine Frau hörte die Durchsage, lieh sich sofort ein Auto und fuhr mit unserer damals 14jährigen Tochter nach Friedland, wo sie morgens als Frau eines Heimkehrers eintraf.

Unsere Begrüßung war vor der Roten Kreuz Baracke, dort wurde auch dieses Bild fotografiert.

Das Bild wurde dann in vielen Zeitschriften abgedruckt und wird mich wohl immer an dieses Erlebnis erinnern

Nach unserer Begrüßung begann für meine Familie und mich nach der langen Trennung ein neues schönes Leben.



Aber wir sollten auch nicht verschweigen, dass sich besonders in diesen Jahren, der „Kalte Krieg“, Ost gegen West, immer mehr zuspitzte.

Auf Grund des atomaren Wettrüstens, der Suezkrise und dem Bau von Interkontinentalraketen ließ Eisenhower per Doktrin verkünden, dass die USA überall und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln (einschließlich atomarer Waffen) pro westliche Regime vor kommunistischer Unterwanderung oder einer Bedrohung durch die Sowjetunion schützen würde.

Doch auch der Wunsch nach einem versöhnlichen Miteinander wurde immer lauter. Die Sehnsucht nach friedlichem Zusammenleben mit den vielen zugereisten Volksgruppen führte dazu, dass auch in Schwelm 1957 ein Schwelmer Koordinierungsausschusses gegründet wurde.



Gründung der Jungen Union in Schwelm

Im November 1957 gründeten im Café Hoppe / Lange u.a. Georg Kurek, Friedrich Wilhelm Nockemann, Walter Könnner und Franz Josef Stiens die Schwelmer Junge Union

Café Hoppe / Lange in der Schulstraße



Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms erwächst der CDU durch die SPD eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz

Nach teilweise verheerenden Wahlniederlagen setzte sich auch bei der SPD immer mehr die Einsicht durch, dass eine sozialistisch geprägte Gesellschaftsordnung von den Bundesbürgern mehrheitlich abgelehnt wurde. Deshalb traf man sich am 15. November 1959 in Bad Godesberg auf einem außerordentlichen Parteitag, um ein neuzeitliches Grundsatzprogramm zu beschließen. Dieses beinhaltete ein neues Politikverständnis und ein neues Gesellschaftsbild. Hier einige Punkte:

Aus einer bisherigen marxistisch geprägten Arbeiterpartei mit der Intension, eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu errichten, sollte eine linke Volkspartei werden, die sich für alle Schichten der Bevölkerung öffnete. Ab sofort wäre so auch ein Zusammenarbeiten, mit den bürgerlichen Parteien möglich.

Deshalb schlug eine diesbezüglich eingesetzte Programmkommission - entgegen jahrzehntelang anders proklamierten Zielen - vor, unverzichtbar die Marktwirtschaft und den Pluralismus als Basis der politischen Arbeit zu machen.

Ein geschickter Schachzug! Denn mit diesem Beschluss verzichtete die SPD auf das langfristige Ziel, Westdeutschland in eine sozialistische Gesellschaft umzuwandeln. Damit konnte sie in den folgenden Jahren viele Wähler aus dem bürgerlichen Lager überzeugen.

Die CDU-Verantwortlichen konnten nur zur Kenntnis nehmen, dass mit diesem Programm die Arbeiterbewegung endgültig in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik angekommen und integriert worden war. Die kommenden

GRUNDSATZ PROGRAMM

Grundsatzprogramm
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.
Beschlossen vom
Außerordentlichen Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands in Bad Godesberg
vom 13. bis 15. November 1959

Mit dem dem Godesberger Programm veränderte die SPD ihre Ausrichtung. Sie wandelte sich von einer sozialistischen Arbeiterpartei hin zu einer Volkspartei und bekannte sich zur Marktwirtschaft.

Wahlen sollten dieses eindeutig belegen. Doch sehr viele CDU-Mitglieder trauten diesem SPD Wandel nicht. So machte in Unionskreisen eine einzige Frage die Runde: „Wann wird aus einem Saulus ein Paulus?“ eine Frage, die auch heute noch brandaktuell ist!

Rückblickend kann man sagen, dass die SPD mit ihrem Godesberger Programm zwar die Arbeiter in die bestehende Gesellschaftsordnung integrierte, aber gleichzeitig ihrem linken Flügel die Grundlagenideologie und damit auch eine gewisse Mitbestimmung entzog.

Die Folge war, dass nun viele Jusos mit der Ideologie der sogenannten 68er Bewegung sympathisierten, die eine ganze Gesellschaft verändern sollte.

Bis heute wird über diese ideologische Veränderung in konservativen Kreisen „heiß“ diskutiert und immer wieder eine gesellschaftliche Rückbesinnung auf christliche Werte gefordert.

Die CDU und ihre ihr nahestehenden Persönlichkeiten planen Ende der 50er Jahre Erholungs- und Entspannungsgebiete an der Peripherie Schwelms

Derjenige, der Ende der 50er Jahre intensiv die Zeitung las, musste feststellen, dass sich das Leben in Schwelm nicht mehr nur um Aufbau und Erneuerungsarbeiten drehte.

Zum Ende des Jahrzehnts hatten sich - mit der CDU zusammen - heimatliebende Männer wie Kürten, Böhmer, Erfurt und Lambeck mit dem Ziel zusammengefunden, im südlichsten Ennepe-Ruhr-Kreis die grünen Landstriche unter besonderen Schutz zu stellen.

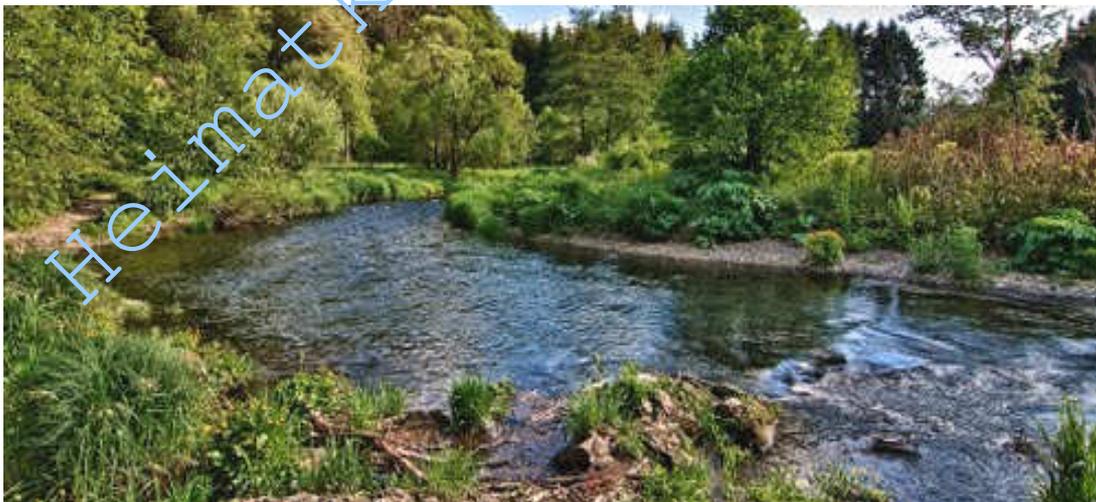
Dazu gehörte insbesondere die Wupperschleife am Fuße des Beyenburger Stausees. Diese sollte für alle Zukunft ein Fleckchen unberührter Erde bleiben und allen Menschen der umliegenden Städte als Erholungs- und Entspannungsgebiet dienen. Dieses Gebiet eignete sich besonders als Ausgleich vom Treiben des hektischen Alltags.

Dr. von Kürten war Bezirksbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege

im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlebezirk. Er hatte nach sechs Jahren vieler persönlicher Vorsprachen und intensivsten Schriftverkehrs bei der „Höheren Naturschutzbehörde“ erreicht, dass die Wupperschleife Bilstein-Diepenbecke zum Naturschutzgebiet erklärt und in das Landesschutzbuch des Landes Nordrhein-Westfalen eingetragen wurde. Damit unterstand dieses Gebiet ab sofort einem besonderen Schutz.

Das neue Naturschutzgebiet, etwa ein Quadratkilometer groß, gehörte in Teilen noch zum Gemeindebezirk Ennepetal. Im Westen und Südwesten grenzt es an die Wupper, die hier eine der schönsten Flussschleife des Landes bildet.

Inspiziert von soviel Engagement, empfahl sechs Jahre später die SZ vom 7. Juni allen Lehrern des Kreises, mit ihren Klassen einmal eine Wanderung oder eine Fahrt in dieses Gebiet zu unternehmen, denn diese Landschaft, abseits vom hektischen Getriebe des Alltags, biete herrliche Möglichkeiten für Lehr- und Unterrichtszwecke,



Naturschutzgebiet Wupperschleife



Dr. von Kürten (Mitte) zeigt den Journalisten der Schwelmer Tageszeitungen
das neue Naturschutzgebiet

Heimatkunde-SchweIm.de

Die Ruhe vor dem Sturm Der Anfang der 60er Jahre



Mauerbau Die Zeit des Dr. Wiesemann Turnhallen- und Schulneubauten

Viktoriastraße mit Blick auf die alte Reichsbank



Panoramaansicht von Schwelm 1960

Zwischen Wohlstand und Protest

Unter Bundeskanzler Adenauer hatte die CDU ihr proklamiertes Ziel erreicht. Anfang der sechziger Jahre hatte sich (West) Deutschland, 15 Jahre nach Kriegsende, politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich, dank der freien Marktwirtschaft, zu einer wohlhabenden, demokratischen Bundesrepublik Deutschland gewandelt.

Die Regierung mit ihrem „Cher“ Bundeskanzler Adenauer hatte sich außerdem durch die NATO Mitgliedschaft und Anbindung an den Westen fest in die Gemeinschaft der Weststaaten eingefügt. Sie hatte allen Versuchen Stalins widerstanden, Westdeutschland zum Kommunismus herüberzulocken.

Das, was heute die Meisten vergessen haben ist allerdings, dass die SPD gern auf das Angebot des Ostens zu Gesprächen über eine neutrales Deutschlands eingegangen wäre. Aber die Deutschen zeigten durch ihr Wahlverhalten, dass sie dieses nicht wollten und vertrauten der CDU.

Warum sollten sie auch? Denn Anfang der 60er Jahre erlebten, dank der Politik der CDU, die Deutschen „ihr“ Wirt-

schaftswunder. Arbeitslosigkeit war ein Fremdwort. Die „Soziale Marktwirtschaft“ der CDU mit freiem Markt, freiem Handel und mit sozialer Verantwortung, hatte sich gegenüber Planwirtschaft und sozialistischer Gleichmacherei durchgesetzt. „Wohlstand für alle“ war keine utopische Floskel.

Kommunismus in den Ostgebieten

In der sowjetischen Besatzungszone hatte die staatliche Einheitspartei SED alles unter Kontrolle. Kommunistisch und sozialistisch ausgerichtet, zwang sie die Menschen im Sinn „ihrer Gesinnung“ zu leben, zu handeln und zu denken.

Wer nicht tat, was die SED anordnete, musste mit Repressalien rechnen. Wie im Dritten Reich durch die Gestapo, wurden die Menschen nun durch die Staatsicherheit bespitzelt. Sie mussten sogar hinnehmen, dass sie wegen freier Meinungsäußerung gegenüber dem Staatsdenken ins Gefängnis gesperrt wurden.

Deshalb flüchteten jedes Jahr viele Tausende Frauen und Männer, ja sogar ganze Familien in den "goldenen Westen".

So verlor die Wirtschaft der DDR viele wertvolle Arbeitskräfte. Um dieses zu unterbinden, plante Ulbricht einen Mau-



Panoramaansicht von Schwelm 1960

erbaut als unüberwindbares Grenzhindernis.

Der Mauerbau

Adenauer und seine CDU, die immer noch hofften, durch Diplomatie und Gespräche eine friedliche Wiedervereinigung zu erreichen, um die DDR mit der Bundesrepublik zu vereinigen, mussten sich am 13. August 1961 eines Besseren belehren lassen.

An diesem Tag verschloss Ulbricht die Grenze nach Westdeutschland mit einer Mauer. Damit wurde jede Flucht unmöglich. Derjenige sogar, der bei der „Republikflucht“ erwischt wurde hatte mit drastischen Strafen zu rechnen. Auf ihn wartete das Zuchthaus mit unseligen grausamen Folterungen und schwersten Diskriminierungen.

Alle dachten nun, dass ein neuer Krieg unabwendbar sei. Doch die neue amerikanische Politik unter Kennedy wollte keinen Krieg. Im Gegenteil, um Ruhe und Frieden einkehren zu lassen, erkannte die USA die Existenz zweier Staaten auf deutschem Boden an.

Ein dritter Weltkrieg, dieses mal mit Atomwaffen, war gerade noch einmal verhindert worden.

Die erste „Große Koalition“

1963 trat Adenauer mit 87 Jahren zurück. Ludwig Erhard, der Vater des Wirtschaftswunders, wurde Bundeskanzler.

Es war zu der Zeit, als nach vielen Jahren des Wachstums die Wirtschaft anfang „zu lahmen“ und eine Rezession einsetzte. Dieser Rezession folgten höhere Preise, Arbeitslosigkeit setzte ein. Was aber für den Staat viel schlimmer war, dass waren die verminderten Steuereinnahmen. Eine große Koalition wollte retten, was zu retten war und stellte viele Millionen Mark für Konjunkturprogramme zur Verfügung. Damit brachte sie zwar die Wirtschaft wieder in Schwung, doch um welchen Preis! Es war der Beginn einer immer schneller steigenden Staatsverschuldung.

Jugendliche und Studenten, die die Grausamkeiten des NS-Regimes nicht miterlebt hatten und bisher all ihre Wünsche erfüllt bekommen hatten, fingen nun an ein herrschendes System mit ihren Werten anzuzweifeln, sich sogar dagegen aufzulehnen. Die danach einsetzenden Geschehnisse (Kulturrevolution) und die Aufarbeitung der so genannten „68“ Generation werden ab Seite 346 ausführlich beschrieben.



„Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt.“

Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“

Ulbricht am 15. Juni 1961
auf einer internationalen Pressekonferenz in Ostberlin



Berlin: Walter Ulbricht Neues Deutschland Mauerbau Ansichtskarte 1961

Aus dem Kölner Manifest 1961

Die Erfolge unseres Volkes unter der Führung der Union sind jedem sichtbar. Wer das Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wer unsere Zukunft sichern und wer den Weg nach oben weitergehen will, wählt die CDU Deutschlands.

Sehen wir uns das damalige Zeitgeschehen noch ein wenig genauer an. In dieser emotionsgeladenen Atmosphäre standen am 17. September 1961 die Bundestagswahlen an. Adenauer, der zum vierten mal kandidierte, wurde dabei von der Opposition stark unter Beschuss genommen. Sie hielten ihm vor, solange damit gewartet zu haben, nach dem Mauerbau nach Berlin zu fahren, um sich solidarisch mit der Bevölkerung zu zeigen.

Mit diesen Argumenten und mit ihrem Godesberger Programm konnte die SPD die absolute Mehrheit der CDU zwar brechen, doch bis zur Regierungsübernahme im Jahre 1969 sollten noch weitere turbulente Jahre vergehen.

Einstweilen erschien 1961 als Standortbestimmung das Kölner Manifest. Hier ein Auszug:

„Deutschland, nach dem 2. Weltkrieg verachtet und verlassen, hat in der Bundesrepublik unter Führung der Union Achtung und Freundschaft in der freien Welt erworben und Sicherheit vor dem sowjetischen Imperialismus gewonnen. Noch aber leben siebzehn Millionen Deutsche in der Zone unter täglich neuen Bedrückungen eines fremden Gewaltregimes. Ihnen bleiben wir mit unserer ganzen politischen Arbeit leidenschaftlich verbunden.

Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat unter Führung der Union den konfessionellen Hader und die klassen-

kämpferische Zwietracht überwunden und sich aus Armut und Not zu wachsendem Wohlstand emporgearbeitet...

... werden wir auch in Zukunft, in Verantwortung vor Gott und den Menschen, unsere politischen Entscheidungen treffen, die Freiheit aller Deutschen, den Frieden der Welt, die Einigung Europas, die atlantische Gemeinschaft.

Die CDU Deutschlands ist Garant für:

1. die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen.

2. das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Freiheit der Hauptstadt Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit... Und weiter: Die CDU will

- die Freiheit des Bürgers*
- die Förderung der Familie*
- die freie Entfaltung der Gesellschaft*
- Eigentum für jeden und Wohlstand für Alle und die soziale Ordnung in Stadt und Land.*

Die CDU fordert deshalb

1. die Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum, Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaues, des Prämiensparens und der Volksaktie;

2. solide Ausbildung unserer Jugend..., Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, familiengerechte Förderung aller Begabten von der Fachschule bis zu den wissenschaftlichen Hochschulen, für jeden die gleiche Chance nach Begabung und Neigung;

3. Stärkung der Familie, Ausbau des

Kindergeldes, Entlastung der Mütter, Sorge für die Alten, Förderung von Wohneigentum, familiennahe Kindergärten und Spielplätze;

4. Der Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern, Schaffung und Pflege von Erholungs- und Wandergebieten.

5. Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohndichte, mehr Grünflächen in unseren Städten, Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse, Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft ...

Anzumerken wäre noch, dass die FDP wie versprochen eine Koalition mit der CDU/CSU einging und am 7. November 1961 Adenauer zum Bundeskanzler wählte. Sie setzte aber durch, dass dieser noch in selbiger Legislaturperiode das Amt an einen Nachfolger abtreten sollte.

„Christlich - demokratisch“ nur in Einklang aller christlichen Glaubensgemeinschaften

Anfang der 60er kam die Diskussion auf, die Protestanten in der Partei wären nur dazu da, die katholischen Interessen zu unterstützen.

Aus diesem Grund hatte die CDU-Ortsunion Schwelm am 20. November 1962 den Landtagsabgeordnete Albert Pürsten zu einem Vortrag geladen. Thema: „Der evangelische Christ in der CDU“. Anwesend waren neben dem 1. Kreisvorsitzenden Eugen Fley, Gäste aus Gevelsberg und Ennepetal.

Pürsten sollte mit seinem Vortrag die mancherorts falschen Vorstellungen von der Stellung des evangelischen Christen in der CDU beseitigen und auf die gemeinsame Aufgabe beider Konfessionen in der Partei hinweisen.

Pürsten wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die Union unter der maßgeblichen Mitbeteiligung der evangelischen Politiker entstanden war. Die Leistungen und die Erfolge der vergangenen Jahre wären ohne Männer wie Ehlers, Gerstenmaier, Schröder und Erhard nicht denkbar gewesen.

Weiter benannte er Stegerwald, Kaiser, und Schwerin, die schon vor der Zeit des Nationalsozialismus klar erkannt hatten, dass eine politische Partei keine einseitige konfessionelle Richtung vertreten dürfe, weil sie sich dadurch selbst zerstöre.

Die nicht abzustreitende Aktivität katholischer Kreise ordnete er als traditionsbedingt ein. Leider würden auch heute noch viele evangelische Christen nicht selten dadurch auffällig, dass viele aus ihrer Glaubenshaltung heraus Politik und Glauben für miteinander unvereinbar hielten. Aus diesem Grund würden sie daher nicht aktiv und nähmen am politischen Geschehen nicht teil. Es ist aber für eine christliche Partei unerlässlich, so Pürsten weiter, dass die Aufgaben in unserem Staat von Christen aller Konfessionen wahrgenommen werden.

Gerade der Christ mit seinen christlichen Werten könnte einem etwaigen Machtmissbrauch durch den Staat oder den zerstörerischen politischen Fanatiker am ehesten entgegenwirken.

In diesem Zusammenhang betone er in aller Deutlichkeit, dass das „C“ im Namen der Partei nichts mit „kirchlich“ oder „katholisch“ zu tun hat, sondern dass hier Politiker in gemeinsamer, christlich-sozialer Verantwortung handeln.

Wenn der politische Gegner behauptet, evangelische Christen unterstützen durch ihre Arbeit in der CDU nur die

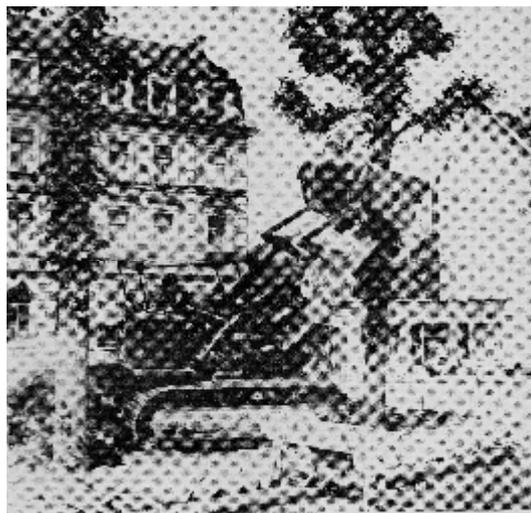
katholischen Interessen, um mit dieser Behauptung einen Keil in die Konfessionen treiben zu wollen, so sei das einfach unwahr. Dazu würde gerne das Beispiel bei Entscheidungen in der Schulpolitik zitiert.

Pürsten: Wenn als scheinbarer Beweis immer wieder unsere schulpolitischen Entscheidungen angeführt werden, so ist dem entgegenzuhalten: Die CDU tritt nicht nur für Konfessionsschulen ein. Für sie ist in erster Linie das Elternrecht mit freier Entscheidung maßgeblich. Dieses Recht hatten wir uns gemeinsam erstritten und es in der Verfassung verankert.

Die CDU wehre sich mit aller Entschiedenheit dagegen, von atheistisch geprägten Kommunal-, Kreis- und Landtagsabgeordneten nur als katholische Partei diffamiert zu werden.

Behauptungen dieser Art erfolgen entweder aus ungenügender Sachkenntnis oder verfolgen Absichten, die der CDU nur schaden sollen.

In der anschließenden Aussprache wurde ausdrücklich auf die gute Zusammenarbeit der Schwelmer katholischen, evangelischen und freikirchlichen Partei-, Rats- und Fraktionsmitglieder hingewiesen. Der lang anhaltende Beifall bestätigte das.



Wegen der Ost-West Straße muss der Baumbestand an der Spitze der Bahnhof-/Schulstraße dem Verkehr weichen.

Kurzer Prozeß machte der Frontlader der Firma Küppersot Freitag mit den zwölf Ländern auf der Grünanlage vor der Landeszentralbank. Für die 60 PS waren auch die Wurzeln kein Hindernis. Was in fast 50 Jahren gewachsen war, wich in drei Minuten. Das Schauspiel lockte viele Zuschauer. Manches Wort des Bedauerns fiel.

Unerbittlich fordert Moloch Verkehr seine Opfer: Büsche, Häuser, Bäume. Klagen hilft da wenig. Das Notwendige und Nützliche muß getan werden. Respekt vor diesem Frontlader! Ob Felsen oder Baumwurzeln: er reißt sie aus dem Erdreich, als wäre es Spielzeug. Wie unverständlich und mühevoll war es früher mit Spitzhacke, Handsäge und Beil.

Lange geplant

Schon lange plant man eine Verbesserung an diesem wichtigen Verkehrsknotenpunkt der Stadt, so erklärte uns Polizeikommissar Busch, der Leiter der Polizeistation Schwelm. Der Bau der Autobahn und die Sperrung der Fußstraße geboten schnelles Handeln. Bald verstärkte die Umleitung den Strom der Fahrzeuge — und dann gibt es keine Hilfe mehr. Die Stadtverwaltung verschloß sich der Notwendigkeit nicht und stimmte in ihrer letzten Sitzung dem Projekt zu.

Zweigeteilter Verkehrsstrom

Die Grünanlage wird nach Norden länger und schmaler in der neuen Form verlegt. Über das Fundament der früheren Bankstraße, vorbei an der Nordseite der Bank, wird eine Fahrbahn gebaut, um den vom Norden (unten) kommenden Verkehr von der Bahnhof- in die Schulstraße (Richtung Kaiserstraße) zu überführen. Der Gegenverkehr wird sich nun, gleichfalls einbahnig, südlich an der verlegten Grünfläche vorbei bewegen. Diese Aufteilung in zwei einbahnige Verkehrsströme bringt wesentliche Entlastungen und Verbesserungen.



Dr. Wilhelm Wiesemann CDU

Er sagte u.a. über sich:

„Ich bin seit 1952 Schwelmer Stadtverordneter und Mitglied des Hauptdes Finanz-, des Technischen- und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. Meine Tätigkeit ist ehrenamtlich, die ich als gebürtiger Schwelmer für meine Vaterstadt gern ausübe,

Hierfür bringe ich die fachliche Voraussetzungen mit, weil ich nach meinem wirtschaftswissenschaftlichen Studium zunächst die Verwaltungslaufbahn wählte.

Bis 1933 war ich eine Zeit lang bei der Kreisverwaltung des Ennepe-Ruhr-Kreises tätig. Nach 1933 wurde ich freiberuflicher, beratender Volks- und Betriebswirt. Ich denke, dass meine lange Verwaltungspraxis und eine fast zwanzigjährige wirtschaftsberatende Tätigkeit mir soviel Erfahrungen vermittelt haben, die ich auf der politischen Ebene sehr fruchtbar einbringen kann...“

Die Zeit des Bürgermeisters Dr. Wilhelm Wiesemann (1963/65)

Wenn wir rückwirkend zur Bundestagswahl die Kommunalwahl im März 1961 betrachten, müssen wir bei den Ereignissen sicherlich auch nicht nur das Lokale, sondern auch das gespannte Ost - West Verhältnis mit einbeziehen.

In dieser angespannten Atmosphäre fanden die Kommunalwahlen statt, bei denen die Schwelmer CDU als die große Gewinnerin hervorging. Ihr Stimmenanteil war nach Auszählung der Stimmzettel von 4 899 auf 6 845 angestiegen.

Die SPD hingegen verlor nicht nur vier Wahlbezirke, sondern auch die absolute Mehrheit im Stadtrat, was auch gleichzeitig ein politisches Patt bedeutete. Ein großartiger Erfolg für Dr. Wiesemann mit „seiner“ CDU!

So war es auch keine Überraschung, dass am 30. März die Bürgermeisterwahl unentschieden ausging. Deshalb einigten sich die Parteien hinsichtlich der weiteren Amtszeit am 6. April 1961:

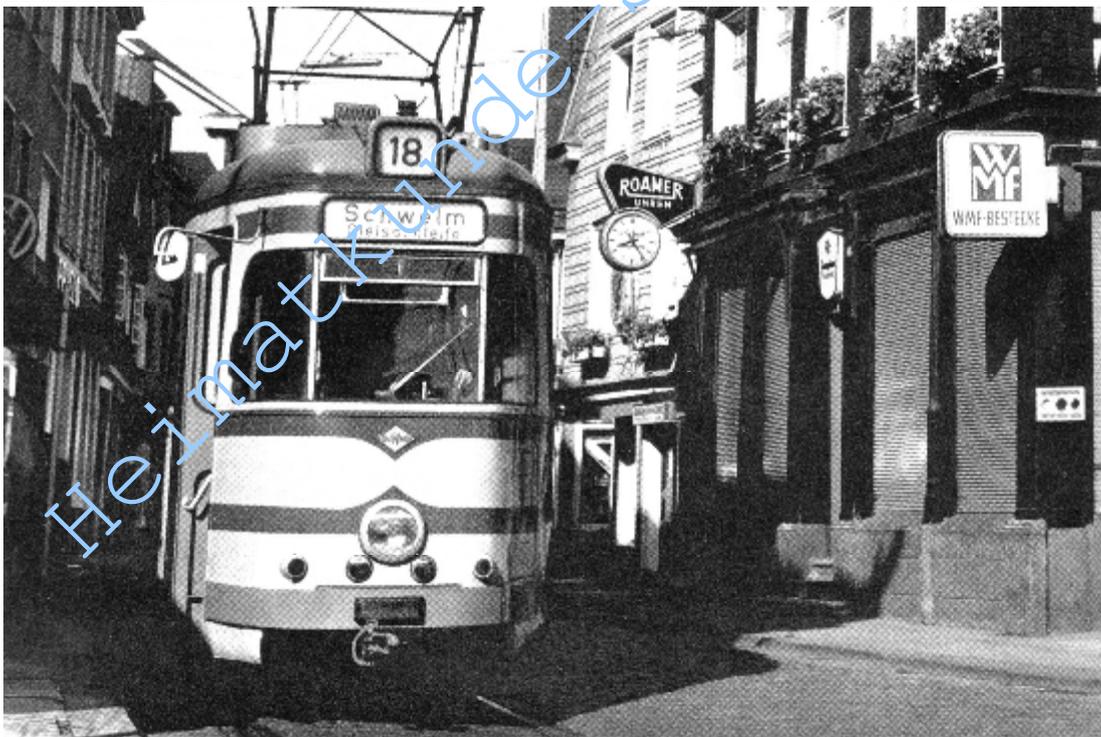
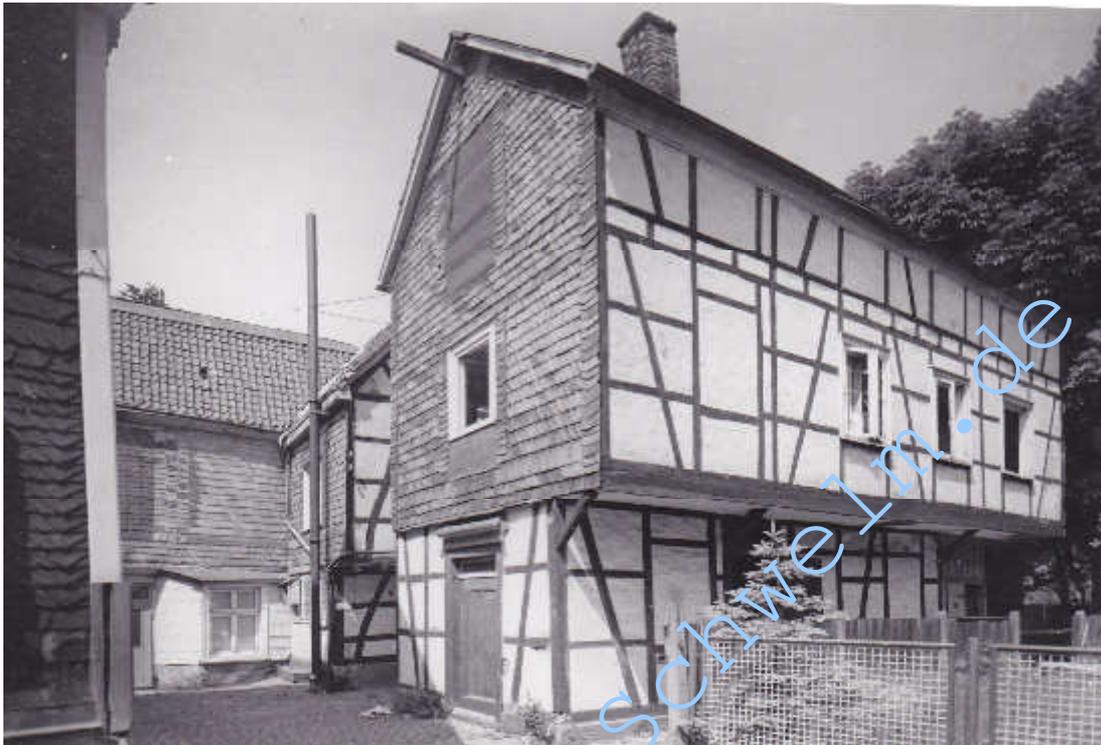
Heinrich Homberg übernahm in den ersten zwei Jahren das Amt des Bürgermeisters und Dr. Wilhelm Wiesemann die letzten.

Leider hatte sich das Verhältnis zur SPD in Schwelm schon vor Wiesemanns Amtsantritt sehr verschlechtert und immer weiter abgenommen.

Dieses sehr unterkühlte Verhältnis eskalierte im Oktober 1961 zu einer heftigen Kontroverse, weil die SPD nach Meinung der CDU vor der Wahl das Kreishaus immer mehr missbrauchte, um hier Ratsgäste, die der SPD nahe standen, zu empfangen und zu ehren.

Kommentar in der SZ:

„Einen Wahlkampf sollte man nicht führen mit dem, was der Allgemeinheit gehöre. Also: alle Kreis- und Rathäuser frei von Wahlpropaganda halten!“



(oben) Im Hinterhaus wohnte bis zum Abriss Bürgermeister Dr. Wiesemann.
Vorne schlängelte sich die Straßenbahn durch die enge Hauptstraße (unten)



Der Stadtrat mit den Bürgermeistern Ernst Homberg SPD (1961/62) und



Bürgermeister Dr. Wilhelm Wiesemann (1963/64)





(oben) Ratssitzung 1963, von rechts: Ludwig Jennemann, Otto Müller, Albert Becker - (links unten) u.a. Bürgermeister Dr. Wiesemann und Frau Maria Knobe als Zuhörer bei der 350. Jahrfestfeier im Rittersaal Schloss Martfeld.
(Foto Friedhelm Bühne)

1963 übernahm, wie vom Stadtparlament beschlossen, Dr. Wiesemann die Amtsgeschäfte des Schwelmer Bürgermeisters. Damit lagen nun wichtige Bauprojekte und eine weitere Stadtsanierung, mit in seinen Händen.

Sozusagen als Beginn seiner Amtszeit gab Beigeordneter Karl Schneider Ende 1963 seinen Etatbericht mit den Worten ab, dass es noch keiner Generation in 15 Jahren gelungen sei, ein solches Maß an Erfolgen zu erarbeiten.

Er hob hervor, dass von 1948-1963, 14,6 km Straßen, 7,6 km Wirtschaftswegen und 26 km Entwässerungskanäle gebaut worden seien. Dafür wurden

13,8 Millionen DM investiert. Der Neubau von Schulen hätte 9,2 Mio DM erfordert und für Verbesserung alter Schulen seien 240.000 DM ausgegeben worden.

Weiter führte er aus:

„Die neuen Turnhallen haben 1,1 Mio gekostet. Für den Ausbau von Sportplätzen sind 314.000 DM ausgegeben worden. Für den Bau stadteigener Wohnungen wurden 1,2 Mio DM aufgewendet. Der Wohnungsbau zugunsten minderbemittelter Wohnungssuchender ist durch Gewährung von Darlehen in Höhe von 510.000 DM gefördert worden und insgesamt wurden 173 ha Grundstücke gekauft.“

Darüber hinaus wurden ein großer Teil der Wohnungsbauten durch den zehnjährigen gesetzlich normierten Verzicht auf die Grundsteuer gefördert und der Ankauf von Grundstücken hätten 4,9 Millionen erfordert. Hierzu sei noch zu bemerken, dass die 173 ha Land, bzw Grundstücke mehr als 10 % der Gesamtfläche des Stadtgebietes betragen.

Allein aus diesen Zahlen ergebe sich, so Karl Schneider, für die Jahre 1948 bis 1963 ein Investitionsaufwand von 36,3 Mio DM. Dem steht eine Schuldenlast von 7.762.000 DM per 31. Dezember 1963 gegenüber.

In der gleichen Zeit seien aus Landesmitteln für Neu- und Wiederaufbau von Wohnungen 29,5 Mio eingegangen, womit 3566 Wohnungseinheiten hätten gefördert werden können.

Als Resümee könne man sagen, dass der Erfolg, der in diesen nüchternen Zahlen seinen Ausdruck finde, eine eindrucksvolle Leistung darstelle, mit der man sich vor nachfolgenden Generationen nicht zu schämen brauche.

Bei Allem ist aber entscheidend, dass aus jeder Situation immer das Bestmögliche herausgeholt werden muss. Das sollten sich alle Stadtvertreter und die komplette Verwaltung vornehmen.

Zum Schluss seiner Etatrede mahnte Schneider an, dass die Finanzierung des Investitionsbedarfs weiterhin das Zentralproblem der kommunalen Finanzpolitik bleiben muss.

„Ich hoffe, dass bei der Verwirklichung der Finanzreform Mittel und Wege gefunden werden, die der besonderen Situation der Gemeinden gerecht werden.

„... Zunächst aber wollen wir unsere Hoffnung dem kommenden Jahr widmen, welches uns doch noch beachtliche Möglichkeiten bieten wird.“

In größeren Zeiträumen denken

Auch in der Jahresabschlussrede zum Ende seiner Amtszeit klangen die Worte von Dr. Wiesemann recht optimistisch, wobei ein mahnender Unterton nicht zu überhören war. Wiesemann sagte:

„... eine Stadt muss in größeren Zeiträumen denken, wenn sie neue Schulen baut, neue Wohnviertel erschließt und neue Verkehrsstraßen plant. Denn dann wird durch all solche Maßnahmen letztlich das Bild der Stadt für ein Jahrhundert und mehr geprägt.

Ob es ein gutes Bild wird, kann man nicht am Ablauf eines Jahres messen. Doch es erscheint uns mehr denn je notwendig, dass gerade die Stadtväter ihren Blick auf einen größeren Zeitraum richten, ... eine zukünftige Ordnung gestalten. Da aber die zukünftige Ordnung aus der Gegenwartigen und aus der Vergangenen erwächst, muss unser Blick auch die geschichtliche Vergangenheit unserer Stadt erfassen.

Wenn wir den Standort unseres Gemeinwesens richtig bestimmen wollen, dürfen wir auch nicht nur auf unsere Stadt und ihre Entwicklung blicken. Ebenso wichtig ist es, auch die Entwicklung unserer Nachbarstädte zu verfolgen, uns mit ihnen zu vergleichen und an ihren Leistungen die Eigenen zu messen. Dabei erkennen wir, dass die Sorgen und Nöte unserer Stadt dort häufig die Gleichen sind. So vermittelt uns der Blick über unsere kommunalen Grenzen die Einsicht, dass wir versuchen müssen, mit diesen Sorgen und Nöten gemeinsam fertig zu werden.

Mit der Gründung des Krankenhaus-Zweckverbandes durch die drei Städte Ennepetal, Gevelsberg und Schwelm am 9. Dezember 1963 dürfte sicherlich eine Epoche enger kommunalpolitischer



Der alte Sportplatz des Gymnasiums musste dem Anbau weichen.

Zusammenarbeit eingeleitet worden sein.

Die Stadt Schwelm begrüßt diese Entwicklung der Städtezusammenarbeit, weil gewisse Einrichtungen, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen sollen, nur durch die zusammengefassten Kräfte dieses größeren Raumes geschaffen werden können.

So sehr wir deshalb einer engen Zusammenarbeit das Wort reden, so sehr glauben wir aber, vor übereilten, weitergehenden Ideen eines Zusammenschlusses der

drei Städte heute noch warnen zu sollen. So tiefgreifende kommunalpolitische Wandlungen kann man nicht von heute auf morgen bewerkstelligen, sie brauchen eine lange Zeit der Reife. Auch in dieser Hinsicht halte ich meine Mahnungen für gerechtfertigt, im kommunalpolitischen Leben in größeren Zeiträumen zu denken.

...Ich wünsche allen Bürgern unserer Stadt ein friedvolles und erfolgreiches Jahr 1964.“



Skulptur in der Engelbertturnhalle



Gedenktafel in der Realschule

In die Amtszeit von Bürgermeister Dr. Wiesemann fielen sehr viele Aktivitäten und Bauprojekte, die nicht nur die Stadt Schwelm in Angriff nahm bzw. beendete.

Auch Geschäftsleute, Kirchen und Wohnungsgenossenschaft taten das Ihrige dazu, sicherlich nicht immer ohne Problematik.

Die Wichtigsten u.a. waren:

Der Turnhallenbau Engelbertschule, der Turnhallenbau Nordstadtschule, Anbau Märkisches Gymnasium, Realschulbau,

Umwandlung der alten Schulzahnklinik in eine Volkshochschule, Aus- und Umbau von Haus Martfeld, Abriss des Hauses Max Klein an der Hauptstraße

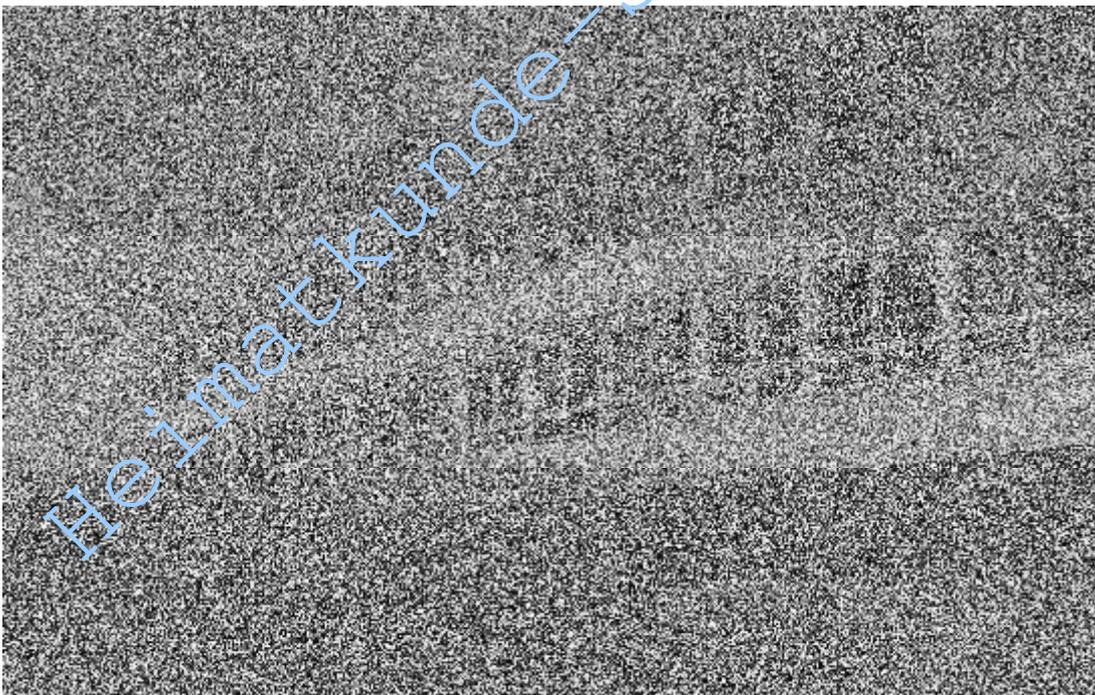
Evang. Kirchengemeinde Gemeindezentrum West, Baubeginn Kirche Hl. Geist,

Baubeginn der neuen Commerzbank, Neubau Kaufhaus für Alle, Beendigung des Neubaus Bräker,

Neubauten der Sozialen Wohnungsgenossenschaft an der Metzger Straße



Bürgermeister
Dr. Wiesemann



Aus der SZ: Die großen Fenster in der Dietrich-Bonhoeffer-Realschule lassen viel Licht und Sonne in die Klassenräume. Zweckmäßig und modern wurde hier gebaut. Vom Ländchenweg bietet sich dieser Anblick auf Klassentrakt und Atrium.



Bevor das „Kaufhaus für Alle“ als schmuckes Geschäftshaus neu entstand, wurde das Eckhaus, das Textilgeschäft Wimber, abgerissen. Schlimm war das politische Gezerre um die Baugenehmigung, die nach vielen Planänderungen erteilt wurde. (unten) Auch die Lohmannsgasse veränderte ihr Gesicht. Hier eine alte Ansicht.



Am 25. Mai 1964 konnte die Commerzbank während der Neubauphase in die abgebildete Baracke umziehen. Die Kunden der Bank meinten scherzhaft, dass hier mehr Platz vorhanden sei als im alten Gebäude. Selbst moderne Panzerschränke wurden eingebaut und sind nach Auskunft der Bank einbruch- und explosionsicher.



Schwelmer Innenstadt im Jahre 1963

Wiesemann: Viel mehr verwirklicht als 1955 geplant

In seiner letzten Rede vor den Kommunalwahlen Ende 1964 gab Bürgermeister Dr. Wiesemann vor CDU-Mitgliedern einen detaillierten Bericht über die vergangenen 10 Jahre.

Er erinnerte hierbei an die Ratssitzung im November 1955, wo ein Generalwirtschaftsplan der Verwaltung für die Stadt Schwelm von den Stadtvertretern verabschiedet wurde.

Zu Beginn betonte er, dass ohne die kompetenten Vertreter der CDU und deren Zustimmung manches in der Folgezeit nicht in Angriff genommen worden wäre.

Er sagte: „Der Generalwirtschaftsplan beinhaltete vier Stufen, bei der in der ersten Stufe nur der Neubau einer dreiklassigen Landschule an der Weuste unerfüllt blieb. Auf Grund dortiger rückläufiger Schülerzahlen reichte die Schule Winterberg.

Verwirklicht aber wurden innerhalb der folgenden zwei Jahre u.a.:

Das Feuerwehr-Gerätehaus an der August - Bendler - Straße, die Erweiterung des Amtsgerichts, der Neubau der Schule Arndtstraße, der Wiederaufbau der Turnhalle Kaiserstraße (allerdings erst 1959 statt bis 1957), das Schlachthof-Stallgebäude, und Neugestaltung des Sportplatzes Rennbahn für Schul- und Allgemeinsport.

In der Stufe II, in der Baumaßnahmen innerhalb von fünf Jahren (bis 1960) ausgeführt werden sollten, wurde ein geplantes städt. Jugendheim nicht gebaut, da vor allem die konfessionellen Verbände und Kirchen sich eigene Jugendheime oder zumindest Versammlungsräume schufen. Zuerst war das die katholische Jugend am Marienweg,

parallel dazu die evangelische Jugend im Feierabendhaus, Martin-Luther-Haus und im Gemeindehaus Kaiserstraße. Hinzu kam noch für die konfessionslose Jugend der Umbau des ehemaligen Bethauses Drosselstraße 16 zum Falkenheim.

Der Wunsch nach einem städtischen Jugendheim oder Jugendzentrum wurde deshalb auf später verschoben.

Verwirklicht aber wurden: Die Wasserversorgung Ehrenberg, die Erweiterung des städtischen Bauhofs, der erste Bauabschnitt der Trauer- und Leichenhalle, der Bauabschnitt Sportplatz Rote Berge, die Bedürfnisanstalt am Märkischen Platz. Daraus wurde ein Verkaufspavillon mit im Kellergeschoss benutzbaren Toilettenanlagen.

Das, was in der zur Zeit laufenden Stufe III (1960 — 1964) noch unerledigt blieb aber teilweise schon im Plan vorliegt, ist eine achtklassige Volksschule mit Turnhalle im Westen der Stadt. Für diese zukünftige Schule erwarb die Stadt aber das wertvolle Grundstück am Ochsenkamp, eine Bedürfnisanstalt an der Barmer Straße, eine elektrische Zentralsteuerung für die Straßenbeleuchtung, eine Umwälzanlage für das Schwelmebad und der Bau eines neuen Rathauses.

Errichtet und gebaut wurde aber:

... ein Spielplatz für die Schule Nordstadt, die Bauhoferweiterung mit Garagen, der zweite Bauabschnitt der Trauerhalle, die gleichzeitig mit einer großzügigen Toilettenanlage versehen wurde. Damit erledigte sich die separate Toilettenanlage an der Barmer Straße.

In der 4. Stufe (1964-1965), also gegenwärtig, wurde 1955 insbesondere der Bau einer Realschule, der Bau einer Turnhalle für die Nordstadt- und Engelbertschule und ein Denkmal für den Eh -

renfriedhof beschlossen. Dazu sei noch zu berichten, dass über ein Denkmal am Ehrenfriedhof die Meinungen sehr auseinander gingen, doch auch dafür fand sich im Rat eine Lösung.

All dies Aufgezeigte galt in dem im Jahre 1955 aufgestellten Generalwirtschaftsplan als sehr kühn und optimistisch. Dass dieser Plan aber nicht nur im wesentlichen termingerecht erfüllt werden konnte, sondern auch zum Teil schon früher verwirklicht wurde, darüber können Verwaltung und Politik sehr stolz sein. Das gleiche gilt für den Erweiterungsbau des Märkischen Gymnasiums.

Ich darf noch einmal auf die beiden Turnhallen für die vorgenannten Volksschulen zurückkommen. Es ist der außerordentlich guten Zusammenarbeit von Bauamt und Politik zu verdanken, dass schon vor der geplanten Zeit diese Projekte fertiggestellt werden konnten.

Über das selbst gesetzte Soll hinaus haben wir deshalb noch den Umbau der Turnhalle Schillerstraße und einen Hallenneubau Arndtstraße in Planung gebracht.

Noch ein Wort zur geplanten Weststadtschule. Weil in Schwelm die Einwohner- und Geburtenzahlen konstant blieben und nicht weiter anwachsen, konnte das Raumproblem durch eine Neueinteilung der Schulbezirke einstweilig auch ohne Neubau in der Weststadt gelöst werden. Sicherlich schließt das zukünftige Planungen nicht aus.

Besonders erfreut bin ich, dass das Un erledigte gegenüber dem, was in gut acht statt zehn Jahren mehr geleistet wurde an Umfang so sehr gering ist. Eine erfreuliche Bilanz!

Zum Abschluss meiner Ausführungen

möchte ich noch einmal auf einen wirklich dringenden Rathausneubau verweisen, der wie es heute aussieht wegen anderer sozialer Bauvorhaben zurückgestellt werden muss. Dieser Neubau wird weiter Wunsch und Traum bleiben.

Als außerordentlich unglücklich, ja sogar als undurchführbar, halte ich im Anbetracht fehlender Geldmittel den Plan, das jetzige Krankenhaus nach Errichtung des Neubaus am Martfeld zum Rathaus zu machen. Gott sei Dank denkt die Mehrheit der Ratsmitglieder, insbesondere die komplette CDU-Ratsfraktion, genauso wie ich.

Daher: schafft bessere Pläne (Vorschläge) für das Problem Rathaus, denn mit ausgedienten Altbauten anno Tobak hat man ja die Verwaltung mehr als nur einmal überfüttert.

Wenn schon ein Wechsel, dann auch schon eine Verbesserung und Verschönerung - und damit möchte ich schließen, - nicht einen Umzug in ein architektonisches Flickwerk!“

Hintergrundwissen:

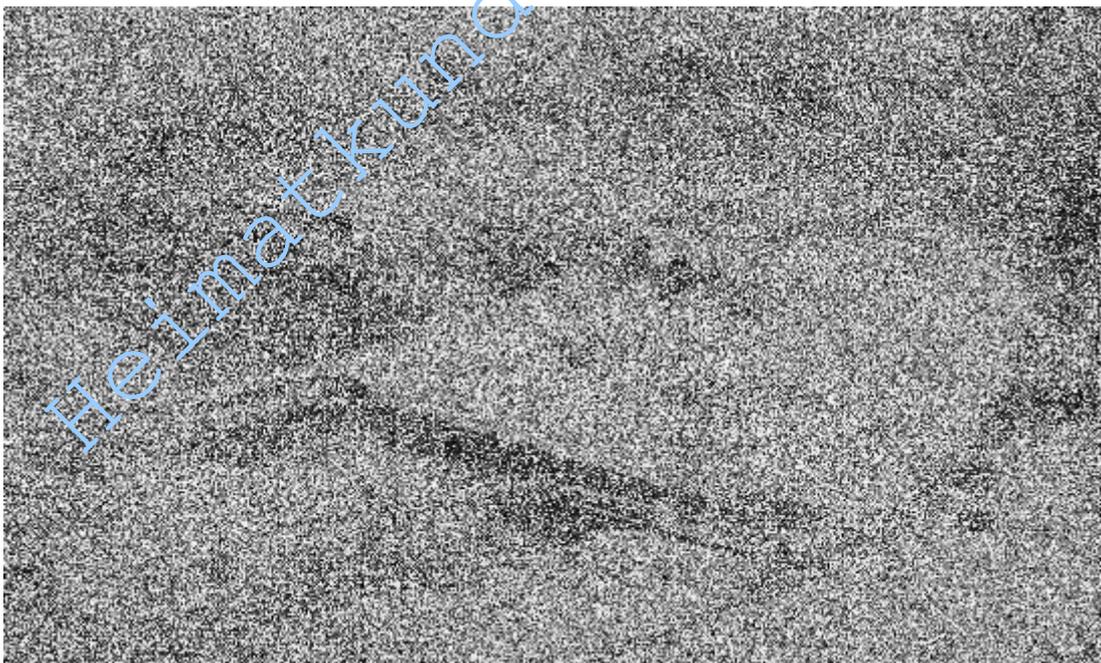
Parallel zu den vielen Bauprojekten wurden nach dem Krieg bis 1965 u.a.

folgende Straßen neu gestaltet, bzw. errichtet:

Am Steinbruch, Am Ochsenkamp, August-Bendler-Str., Bahnhofstr., Carl-vom-Hagen Str., Friedrich-Ebert-Str., Hattinger Str., Haynauer Str., Jahnstr., Kantstr., Casinostr., Kolpingstr., Lothringer Str., Märkische Str., Oehder Weg, Saarstr., Steinwegstr., Straßburger Str., Talstr., Theodor-Heuß-Str., Hegelstr., Unter- und Obermauerstr., Ulmenweg, Viktoriastr.



1963 - Der Neubau der Brücke Markgrafenstr. / Prinzenstr. / Nordstr. war notwendig geworden, weil sie wegen der Elektrifizierung der Bundesbahn angehoben werden musste. Im Zuge der Baumaßnahmen wurde die verbreitert und bietet nun genügend Platz für den fließenden Straßenverkehr. Das Bild zeigt das völlig neue Gesicht der Brückenzufahrt von der Ladastraße der Markgrafenstraße aus.



Neue Brücke im Zuge der Neuführung Hattinger Str. über Rheinische Eisenbahn.

Heimatkunde-SchweIm.de

Ehre wem Ehre gebührt



**Ehrungen und Geburtstage
Jubiläen und Gedenkfeiern
Immer noch Wohnungsnot**

Jubilarin Frau Maria Knobe

Von Ehrungen, Geburtstagen Jubiläen und Gedenkfeiern

Neben der Politik, den Rats- und Fraktionssitzungen, prägten in den Jahren 1965/66 viele Ehrungen, Geburtstage und Jubiläen das „CDU Leben“. Stellvertretend für all diese Feiern möchte ich einige aufzählen.

Beginnen wir 1965 mit der Übereichung des Ehrentellers der Stadt Schwelm an Dr. Wilhelm Wiesemann an seinem 65. Geburtstag.

1965 gedachten die Ratsvertreter in einer Totengedenkfeier Ministerialrat Willi Vahle, Mitbegründer der CDU Ortsunion.

1965 Übereichung des Ehrentellers der Stadt Schwelm und Ehrung zum 40 jährigen Dienstjubiläum des Beigeordneten Karl Schneider.

1965 Ehrung zum 60. Geburtstag der CDU-Stadtverordneten Maria Knobe.

1966 Große Mitgliederehrung aus den Gründertagen der CDU.

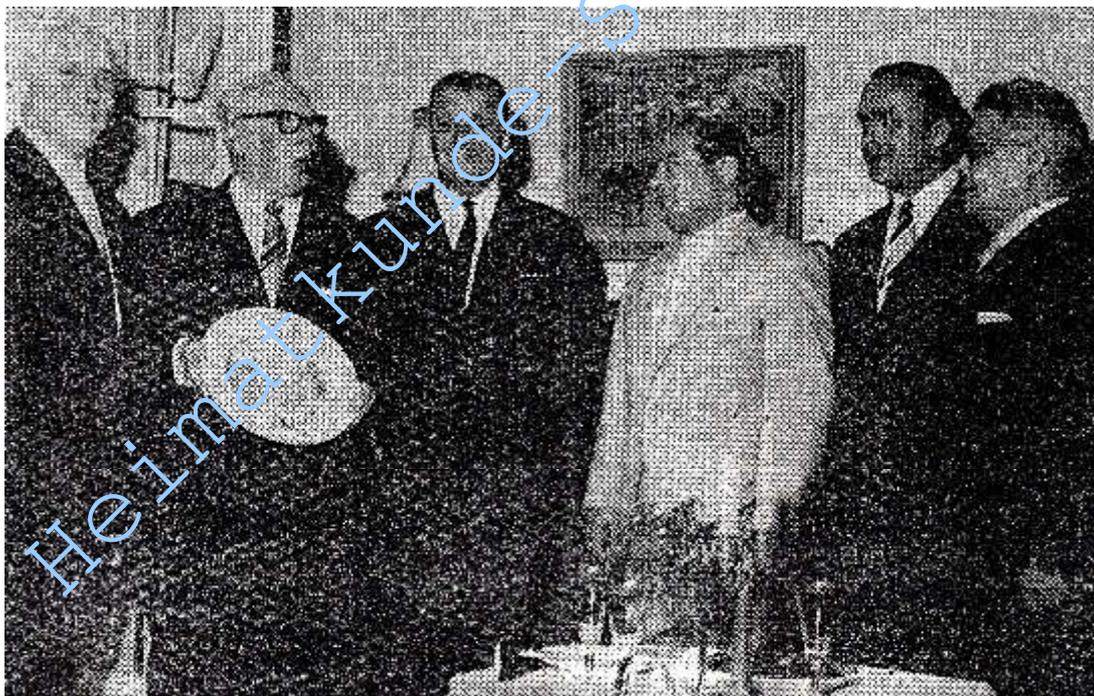
Dr. Wilhelm Wiesemann

Die SZ berichtete:

„ Am Dienstag, den 6. Juni vollendet Dr. Wilhelm Wiesemann, Sternenburgstr. 24, sein 65. Lebensjahr. Die Stadt will ihn für seine Verdienste um das Wohl seiner Vaterstadt offiziell mit der Überreichung des Ehrentellers der Stadt würdigen..“

Über seinen Lebensweg schrieb die SZ weiter:

„Der gebürtige Schwelmer studierte nach dem Abitur am hiesigen Gymnasium an den Universitäten Münster,



Überreichung des Ehrentellers der Stadt Schwelm am 9. Juni 1965 an Dr. Wilhelm Wiesemann Von links: Stadtdirektor Paul Schulte, Dr. Wiesemann, Bürgermeister Heinrich Homberg, Horst Stadie (SPD). Klaus Wahn (FDP) und Beigeordneter Karl Schneider

Köln und Göttingen Staats- und Wirtschaftswissenschaft und promovierte zum Doktor der Staatswissenschaften.

Nach informatorischer Tätigkeit bei der Kreisverwaltung in Schwelm und beim Montanus-Verlag in Siegen widmete er sich ein Jahr lang dem Studium der Sprache, Wirtschaft, Kultur, des Gesangs und der Musik in Italien.

1927-1933 gewann er als wissenschaftlicher Assistenz- und Umgemeindungsreferent bei der Kreisverwaltung Schwelm tiefen Einblick in kommunalpolitische und verwaltungstechnische Zusammenhänge.

Später baute er sich eine freiberufliche Praxis als beratender Betriebs- und Volkswirt auf und fungierte seit 1937 nebenamtlich als Finanzberater und Synodalrechner des Kirchenkreises Schwelm und Rendant der Evangelischen Kirchengemeinde Haßlinghausen.

Der zweite Weltkrieg forderte von Dr. Wiesemann sechs Jahre, von September 1939 bis September 1945, in der Lazarettverwaltung als Dienststellenleiter. Seine Mitgliedschaft in der bekennenden Kirche war Einstellung und Bekenntnis zugleich.

1952 wurde er als CDU-Abgeordneter in das Stadtparlament und am 2. April 1963 von diesem als Bürgermeister gewählt, bevor am 6. Oktober 1964 sein Vorgänger Homberg in diesem Amt auch sein Nachfolger wurde.

Dr. Wiesemann ist seit 1952 Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses, Vorsitzender der Rechnungsprüfungskommission, seit 1956 Vorsitzender der CDU-Fraktion (bis 1970), Mitglied des Sparkassenrates und seit mehreren Jahren Vorsitzender des Schwelmer Haus- und Grundstücksvereins.

Seine Liebe zur Heimat bezeugt auch der Titel seiner Doktorarbeit: „Die Entwicklung der Eisenindustrie im Hochgericht Schwelm bis zur Einführung der Gewerbefreiheit“.

Bildungs- und Berufsweg offenbaren, mit welchem Rüstzeug Dr. Wilhelm Wiesemann als 52jähriger seine ehrenamtliche Laufbahn als Kommunalpolitiker begann.

Seine Worte in den Stadtverordnetensitzungen konzentrieren sich auf das Wesentliche. Von rhetorischem brillanten und aufgeblähten „Fensterreden“ hält er gar nichts, umso mehr von nüchterner Sachlichkeit und gewissenhafter Genauigkeit.

Das spüren die Ratsvertreter, wenn er mit unbestechlichen Zahlen den Etat durchleuchtet oder seinen Rechnungsprüfungsbericht abgibt. Sein bekanntester Spruch war: „Wer mehr gibt, als er hat, ist ein Lump.“

So gewährte er nie mehr, als die Stadt seiner Meinung nach verkräften konnte, verzichtete auf jeglichen äußeren Effekt, fernab jeder Demagogie, die sich den Bürgern anbiederte, um sie zu gängeln. Er versprach in seiner Amtszeit nie mehr als er halten konnte und suchte mehr das Verbindende als das Trennende...“

Anmerkung: Dr. Wiesemann konnte mit seiner direkten und sachlichen Art sicherlich nicht die Bürgermassen begeistern. Aber an ihm hatten die Schwelmer einen Garant pragmatischen Handelns und einer sparsamer Haushaltsführung.

Mit seiner geliebten Musik und seinen musikalischen Kenntnissen, die er gerne auch der Allgemeinheit nutzbar machte, schaffte Dr. Wiesemann als Berater und Programmgestalter des Städtischen Konzertvereins ein Gegengewicht zum politischen Alltag.

Ministerialrat Willi Vahle

Die letzte Ehre erwiesen Ministerialrat i.R. Willi Vahle die Vertreter der Stadt Schwelm. Es waren:

Bürgermeister Dr. Wilhelm Wiesemann, Stadtdirektor Paul Schulte, Beigeordneter Karl Schneider, Stadtamtmann Wilhelm Hollkott, Kreisdeputierter Walter Degenhardt und Oberamtmann Reinwald für den Ennepe-Ruhr-Kreis.

Unter den zahlreichen Freunden des Verstorbenen geleiteten ihn Oberstadtdirektor i. R. Sasse aus Hagen, die aus Schwelm stammenden Beigeordneten Becker und Dellen, Neuß, und Oberkreisdirektor i. R. Wilhelm Loges.

Alte Zeitungsartikel berichten, dass Willi Vahle des Öfteren von Düsseldorf nach Schwelm kam, um hier noch eine Reihe heimatkundlicher Vorträge zu halten. Die meisten seiner Referate bezeugten die Geschehnisse der letzten Kriegstage, die er als Schwelmer Bürgermeister miterlebte und positiv beeinflusste.

Vahle verstarb kurz vor Vollendung des 66. Lebensjahr an einem Herzinfarkt.

Bei seinem letzten Besuch in Schwelm hatte er noch ein Bild aus dem Jahr 1919 mitgebracht, welches die Versammlung der Schwelmer Kommunalbeamten im „Prinz von Preußen“ zeigte. Das waren u. a. der ehemaligen Bürgermeister Dr. Puller, Stadtbaurat Bußmann, Sparkassendirektor Wollmerstädt, Gaswerksdirektor Bergen und der Verwaltungsangestellte Oberstadtssekretär Rohwer.

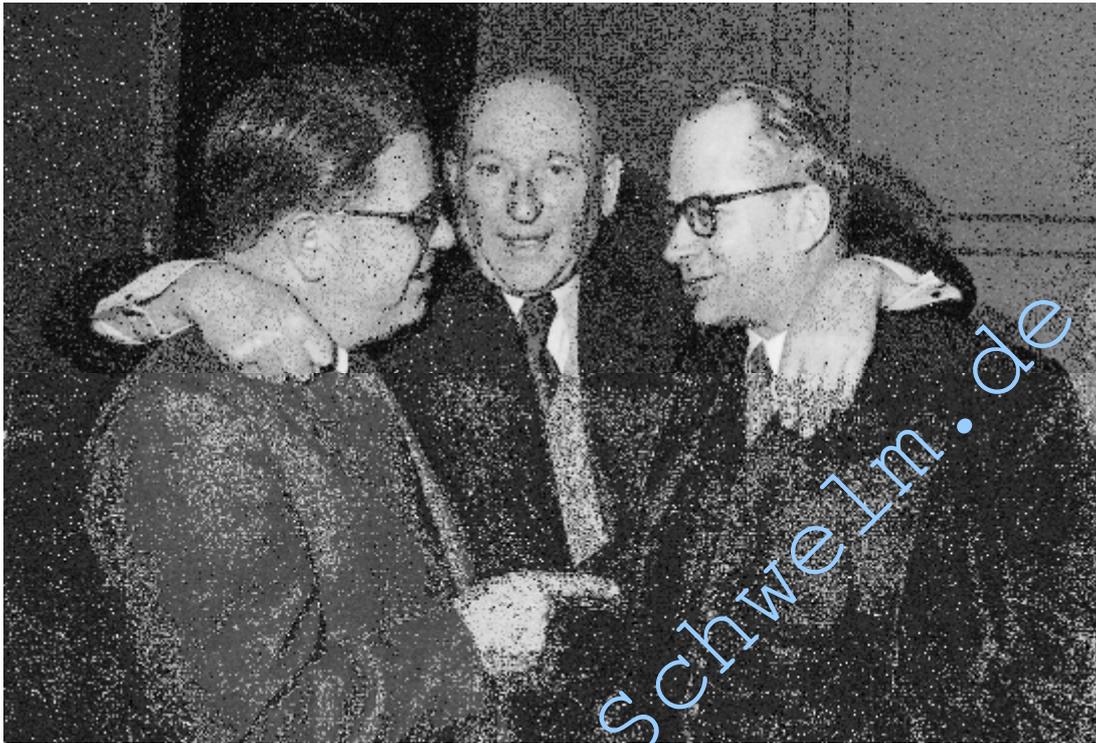
Mit Vahle verstarb „der“ Mann, der Schwelm zu Ende des Krieges vor der Zerstörung der Amerikaner rettete.

Beigeordneter Karl Schneider

Der Beigeordnete der Stadt Schwelm, Karl Schneider, geboren am 25. September 1909 in Schwelm, feierte am 1. April 1965 sein 40jähriges Dienst- und Ortsjubiläum. Nach Besuch des Schwelmer Realgymnasiums trat er mit der Obersekundareife am 1. April 1925



Amtmann Hollkott, Landrat Hühn, Willi Vahle



Beigeordneter Karl Schneider (CDU) , Stadtdirektor Schüssler (ohne Brille) und Amtmann Hollkott (SPD) (Foto Stadtarchiv Schwelm)

den Dienst in der Schwelmer Stadtverwaltung an.

Nach den Verwaltungsprüfungen (1930 und 1934) mit Prädikat wurde er 1942 zum Inspektor, 1952 zum Oberinspektor, 1955 zum Amtmann und 1957 zum Beigeordneten. Karl Schneider leitete viele Jahre die Finanzabteilung bzw. die Kämmerei, ehe ihn die Stadtverordneten in sein jetziges Amt wählten.

Als Beigeordneter ist er allgemeiner Vertreter des Stadtdirektors, Dezernent des Dezernates II mit den Ämtern Kämmerei/Steueramt, Stadtkasse, Liegenschaftsamt, Schlachthof, Krankenhaus und Schulzahnklinik.

1950 wurde er Mitglied der CDU.

Die Stadt überreichte ihm für seinen enormen Einsatz in der Verwaltung im Sitzungssaal den Ehrenteller der Stadt.

Wenn es um den zu erstellenden Haushaltsplan ging, erwies sich Karl Schneider als wahrer Experte. Selbst der sehr kritische Bund der Steuerzahler hatte bei einer Überprüfung des Schwelmer Haushaltplanes nie etwas auszusetzen und erkannte dieses manchmal sehr komplexe Zahlenwerk lobend an.

Besonders erfreulich für den Jubilar Karl Schneider ist, dass in den ganzen Jahren seine Arbeit die uneingeschränkte Anerkennung aller drei Fraktionen im Stadtparlament fand. Landrat Hühn beendete seine Laudatio mit dem Satz:

„... sein Wort hat auch bei anderen kommunalen Entscheidungen Gewicht, weil die Ratsmitglieder wissen, dass Karl Schneider immer das allgemeine Wohl anstrebt und sich müht, alles auf einen Nenner zu bringen!“

Maria Knobe

Zu den Jubilar-Feiern des Jahres 1964 gehörte sicherlich auch die Ehrung der CDU-Stadtverordneten, Frau Maria Knobe anlässlich ihres 60. Geburtstages. Als äußeres Zeichen erhielt sie von Bürgermeister Homberg ein Glückwunschschreiben der Stadt, Blumen und ein persönliches Geschenk.

Einige Daten aus ihrem Leben:

Geboren in Dortmund-Asseln, verzog sie 1912 mit ihren Eltern nach Bigge, Kreis Brilon, wo sie bis 1924 wohnte.

1925 bekam sie eine Stelle als Sekretärin an der Staatl.-Städt. Kunstgewerbeschule in Halle a. d. Saale.

Dort heiratete sie 1928 bekam zwei Kinder und zog 1936 nach Schwelm. Hier erwachte ihr Interesse an Politik. Sie merkte schnell, wo es hinführt, wenn man demokratische Grundrechte nicht wahrnimmt.

Sie beschloss, sobald nach Kriegsende die Möglichkeit wieder gegeben war, in der sich gründenden CDU, Politik aktiv mitzugestalten.

Als Sozialhelferin von der Caritas 1945 vorgeschlagen und gewählt, wurde sie als eine der wenigen Frauen Mitbegründerin des CDU-Ortsverbandes.

Hier sah sie ihr politisches Engagement als Christin und Katholikin. Sie glaubte dass in dieser Partei das „C“ nicht nur als Aushängeschild diene, sondern auch praktiziert würde.

Bereits 1952 ließ sie sich von der CDU für das Stadtparlament aufstellen. Der Wahlbezirk war der Winterberg.

1956, wurde sie auf Vorschlag einflussreicher Bürger und der CDU-Ortsunion in den Sozialausschuss des Stadtparlamentes gewählt, der sich aus je 50 v. H. Parlamentariern und 50 v. H.

fachlich geeigneten Bürgern zusammensetzt.

1961 stellte sie sich erneut für die CDU zur Wahl und wurde Stadtverordnete. Ihr Fachgebiet blieb der Sozial- und Wohlfahrts- und der Krankenhausausschuss.

Neben ihrer politischen Tätigkeit leitete sie ab April 1953 als Vorsitzende die Frauen- und Müttergemeinschaft in der kath. Gemeinde St. Marien Schwelm, die 520 Mitglieder zählte.

Hier betreute sie diejenigen Frauen, deren „*Bildung der Mutter im christlichen Sinne*“, bedurften.

Ehrung von Gründungsmitgliedern

„Das herausragende politische Element nach dem letzten Krieg war in der CDU, dass sie die Menschen beider Konfessionen zu einer Politik in christlicher Verantwortung zusammen brachte.“

Das stellte Anfang September 1966 in einer Feierstunde zur Ehrung der Mitgründer der CDU-Ortsunion ihr Vorsitzender Ernst Lambeck in den „Wicküler Stuben“ heraus.

„Mit dieser Macht des politischen Willens,“ so sagte er weiter, *„wolle man weiterhin dem Recht zum Recht verhelfen. Niemals in ihrer Geschichte habe die CDU ihre Arbeit als ein Werk für ihr Eigenleben angesehen, sondern immer habe sie im Interesse der gesamten Bevölkerung gehandelt.“*

„Rückblickend“, so beendete er seine Rede, *„dürfe man stolze Erfolge aufzeigen, die aber auch in der Zukunft durch politische Kraft untermauert werden müssen.“*

Als Gastredner war NRW-Justizminister a. D. Friedrich Vogel eingeladen. Dieser ging in einem umfangreichen Referat auf die Große Koalition ein. Er unterstrich, dass die SPD sich als regierungsfähig

erwiesen habe und Finanzminister Strauß und Wirtschaftsminister Karl Schiller ein gutes Gespann darstellten. Absolute Wachsamkeit sei aber im Kräftespiel Düsseldorf - Bonn geboten.

Danach folgte die Jubilarehrung. Kreisvorsitzender Eugen Fley überreichte den Jubilaren der CDU-Ortsunion, die über 20 Jahre dabei waren, Ehrenplaketten und Urkunden mit den Unterschriften von Konrad Adenauer, Josef Hermann Dufhues (Bundesvorsitzender der Jungen Union) und seiner eigenen.

In einer kleinen Laudatio betonte er vor allem die enge Verbundenheit zum 2. Kreisvorsitzenden Ernst Lambeck

und unterstrich nochmals den Wert und Zweck einer christlichen Partei.

Die Namen der Jubilare, die teilweise auch Gründungsmitglieder waren:

Der 83jährige Wilhelm Pothmann, August Baldes, Albert Becker, Walter Degenhardt, Erich Hampel, Ernst Hüsken, Albert Jakoby, Ludwig Jennemann, Paul Jungheim, Eduard Lambeck, Mathias Lauer, Gustav Mann, Karl Plutz, Herbert Pothmann, Walter Siepman, Rudolf Speckenbach und Heinrich Spormann.

Die Namen der Damen: Margarete Kappel, Elisabeth Klein, Margret Lambeck, Maria Knobe, Anni Mittelmann und Erna Wittenborn.



Jubilarehrung 1966 in den Wicküler-Stübchen Hauptstr.
mit (oben links) Friedrich Vogel, MdB



Haus Hahne, Bahnhofstr. 20

Eugen Hahne: Gründungsmitglied der CDU wird 70 Jahre

10. September 1964. Eugen Hahne, Bahnhofstraße 20, Inhaber der gleichnamigen Bandweberei, feiert seinen 70. Geburtstag.

Solch ein Tag ist besonders dazu geeignet, einmal auf die vergangenen Jahre seines Lebens zurückzublicken.

In der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gründete er 1932 seine Firma, mit der er am 1. Mai 1957 sein Silberjubiläum feierte.

Als die Zeit des Nationalsozialismus vorbei war, war es für ihn ein Herzensbedürfnis aktiv mitzuhelfen den „politisch verfahrenen Karren“ im wahrsten Sinne wieder „aus dem Dreck zu ziehen“.

Deshalb wurde er Im August 1945 Mit -

begründer der Schwelmer CDU und gehörte bis 1952 dem Stadtparlament an.

Leider zwang ihn ein schwerer Herzinfarkt sich von dieser ehrenamtlichen Tätigkeit zurückzuziehen.

Bekannt wurde er in den darauffolgenden Jahren, als er sich ganz besonders nachdrücklich für die aus Ost- und Mitteldeutschland vertriebenen Industriellen einsetzte. Er ermöglichte und erleichterte ihnen durch vernünftige Rahmenbedingungen in unserer Stadt eine Wiedergründung ihrer Betriebe.

In jüngeren Jahren gehörte er auch dem Vorstand des „Schwelmer Fußballclubs von 1906“ an. Er war entscheidend daran beteiligt, dass der Club 1921 das heutige Sportplatzgelände vom Freiherrn von Hövel pachten konnte, das dieser dann in den fünfziger Jahren dem Verein verkaufte.

Die freundschaftlichen Beziehungen zu Freiherrn von Hövel machten es möglich, dass die Stadt kurz nach der Währungsreform den Wald zwischen Ländchen und Schwelmequelle zu günstigen Bedingungen erwerben konnte.

Dieses Waldgebiet wurde dann der sogenannte Stadtwald, ein Wandergebiet für Spaziergänger und Naturfreunde. Ein bis heute sehr wertvolles Erholungsgebiet für unsere Stadt.

Trotz seiner Krankheit nimmt Eugen Hahne immer noch lebhaften Anteil an den Ereignissen in seiner Vaterstadt.

Am Tag, als Ernst Lambeck 65 Jahre alt wurde

Ein weiterer außergewöhnlicher Politiker und Mensch war Ernst Lambeck. Deshalb lassen Sie anlässlich seines 65. Geburtstages noch einmal kurz seine Vita aus der SZ an uns vorüber ziehen.

„Ernst Lambeck, geboren in Schwelm am 9.10. 1905, Sein aufrechter, elastischer Gang lassen ihn an seinem 65. Geburtstag weit jünger erscheinen.“

Mit einem außergewöhnlichen Gedächtnis versehen, speicherte er Geschehnisse, und „speicherte“ er Zahlen und Daten mit größter Zuverlässigkeit.

Diese Veranlagung kam ihm nicht nur für seinen Beruf als Färbermeister und selbständiger Unternehmer zugute, sondern auch in der Kommunalpolitik.

So merkte er es seinen politischen Widersachern sofort an, wenn diese Tatsachen auf den Kopf stellten. Sogenannte „Dolchstoßlegenden“ durchschaute er und wusste sie zu entlarven.“

Gläubiger Christ in evangelischer Tradition

Der in der christlichen Tradition seines Elternhauses aufgewachsene Ernst



Ernst Lambeck
Färber- und Bürgermeister

Lambeck ließ sich auch nicht von den äußeren Erfolgen der nationalsozialistischen Gewaltpolitik blenden. Er erkannte mit hellwachem und kritischem Sinn, dass es ein spezifisches „deutsches“ Christentum (Deutsche Christen) nicht geben konnte, verfiel nicht dem gesteuerten Antisemitismus und fand folgerichtig zur Bekennenden Kirche.

Im Widerstand

Nachweislich hatte Lambeck Kontakt mit Hitlergegnern aus anderen politischen Richtungen. Dazu gehörte auch der Sozialdemokrat Hugo Schüssler, der nach Kriegsende erster Schwelmer Bürgermeister und nach der Einführung des englischen Prinzips der Gewaltenteilung, erster Stadtdirektor wurde.

Lambeck erlebte - bis er 1956, 65-jährig, in den Ruhestand trat - drei Bürgermeister: Heinrich Sternberg (FDP), Otto Klode (SPD) und Heinrich Homberg (SPD).

Drei Jahre Bürgermeister

Auf seine dreijährige Zusammenarbeit mit Hugo Schüssler (5. Nov. 1948 - 11. Dez. 1951) blickte Lambeck besonders gern zurück. In dieser Zeit fielen bedeutende Entscheidungen, die auch heute noch positiv nachwirken.

Noch einmal zur Erinnerung:

Von 1948 bis 1952 waren die 32 Sitze im Stadtparlament so verteilt: SPD 11, CDU 8, FDP 7, KPD 5.

Bei der Bürgermeisterwahl entfielen am 5. November 1948 24 Stimmen auf Ernst Lambeck, der sich jeweils am Ende eines Amtsjahres zur Wiederwahl stellen musste.

Zweimal wurde er erneut wiedergewählt, musste aber Ende 1951 aus zwingenden beruflichen Gründen auf eine vierte Kandidatur verzichten.

Die Wohnungsnot

Durch Bomben zerstörte Häuser, heimkehrende Soldaten, Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem Osten und zahlreiche Eheschließungen steigerten die Wohnungsnot. Wer am Amt nicht ans Ziel gelangte, wandte sich an den Bürgermeister. Dazu Ernst Lambeck: „*Ich wurde zum zweiten Wohnungsamt.*“ Dieses Engagement führte zur Vernachlässigung des eigenen Betriebes. Aus diesem Grunde stellte sich Lambeck für ein viertes Amtsjahr auch nicht mehr zur Verfügung.

Wohnungshilfswerk

Gerne erinnern sich die Schwelmer an die Anfangszeit Lambecks als Bürgermeister, als er das Wohnungshilfswerk der Stadt mit gründete. Er selbst sammelte in „seinen“ drei Jahren bei Industrie und Handel fast 300.000 DM.

Die folgenden 19 Jahre kam die gleiche Summe zusammen, obwohl ja der Wert des Geldes gerade im Verhältnis zum Bauindex besonders stark sank. Diese „Sammelaktionen“ kann man gar nicht hoch genug und gebührend würdigen.

Zwei Schulen

Vor genau 20 Jahren - also bei der Vollendung des 45. Lebensjahres - tat Ernst Lambeck den ersten Spatenstich zum Bau der Schule Engelbertstraße. SPD und KPD hatten vehement dafür gestimmt, dass erst die Nordstadtschule gebaut würde. Doch CDU und FDP plädierten für die Priorität der katholischen Schule, weil diese ja ihr Gebäude durch Bomben verloren hatte.

Bei 16:16 Stimmen entschied die des Bürgermeisters. SPD und KPD erhoben Einspruch in Arnsberg. Doch eine Regierungskommission bestätigte die Legalität des Ratsbeschlusses. Zudem war auch dies ein wichtiges Argument:

Im Gegensatz zum Grundstück in der Nordstadt, über dessen Erwerb mit den drei Besitzern noch verhandelt werden musste, stand das Grundstück für die katholische Schule sofort zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass die Stadt noch zwei weitere Grundstücke, durch kluge Verhandlungen von Lambeck, erwerben konnte: Das war am 31. 12. 1949 der Martfelder Wald (von Freiherrn von Hövel) für 72.000 DM, und das Gelände des heutigen Kommunalfriedhofs an der Oehde (von den Erben Bölling) für 50.000 DM.

Mann der ersten Stunde

Ernst Lambeck gehörte zu den Politikern der ersten Stunde. Die Militärregierung ernannte ihn am 14. Januar 1946 zum Mitglied des Kreistages.

Ehrenämter

Ernst Lambeck, Mitgründer der CDU in Stadt und Kreis, leitete seit 1951 die Schwelmer CDU-Ortsunion, war seit 1952 Vorsitzender des Verschönerungsverein, von 1952 bis 1970 Mitglied des AVU Aufsichtsrates, und seit Gründung des Sparkassenrates in Schwelm (1948) ununterbrochen sein Mitglied.

Getragen von dem Willen nach unbedingter Gerechtigkeit auf der Grundlage einer christlicher Werte führte er seine Amtsgeschäfte. Diesbezügliche Worte des politisch Andersdenkenden Hugo Schüssler (SPD) über Ernst Lambeck haben deshalb besonderes Gewicht. Sie wurden unterstrichen durch den Beschluß des Rates, ihm den Ehrenteller der Stadt zu überreichen.

Im Sohn aktiv

Seine Ehefrau, eine gebürtige Schwelmerin, avancierte zusammen mit gemeinsamen Sohn und Tochter zu Stützen des Familienbetriebs. Als sein Sohn Martin volljährig wurde, wählte ihn

die CDU Fraktion in den Technischen- und in den Sportausschuss der Stadt.

Freudentage

Besondere Freudentage im politischen Leben von Ernst Lambeck waren die Besuche prominenter Vertreter seiner Partei in Schwelm. Es waren:

Bundeskanzler Konrad Adenauer, Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke, Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, Außenminister Gerhard Schröder, der Ministerpräsident Bayerns Franz Josef Strauß, ein weiteres Mitglied des Bundestages, Karl Theodor von Guttenberg, der Ministerpräsident von NRW Franz Meyers, Vorsitzender der CDU - Fraktion in NRW Heinrich Köppler und der Präsident des Bundestages Kai-Uwe von Hassel.



Ernst Lambeck 1977
Gedenkfeier zum 17. Juni 1953

Heimatkunde-SchweIm.de

Das Ende der Ära Adenauer



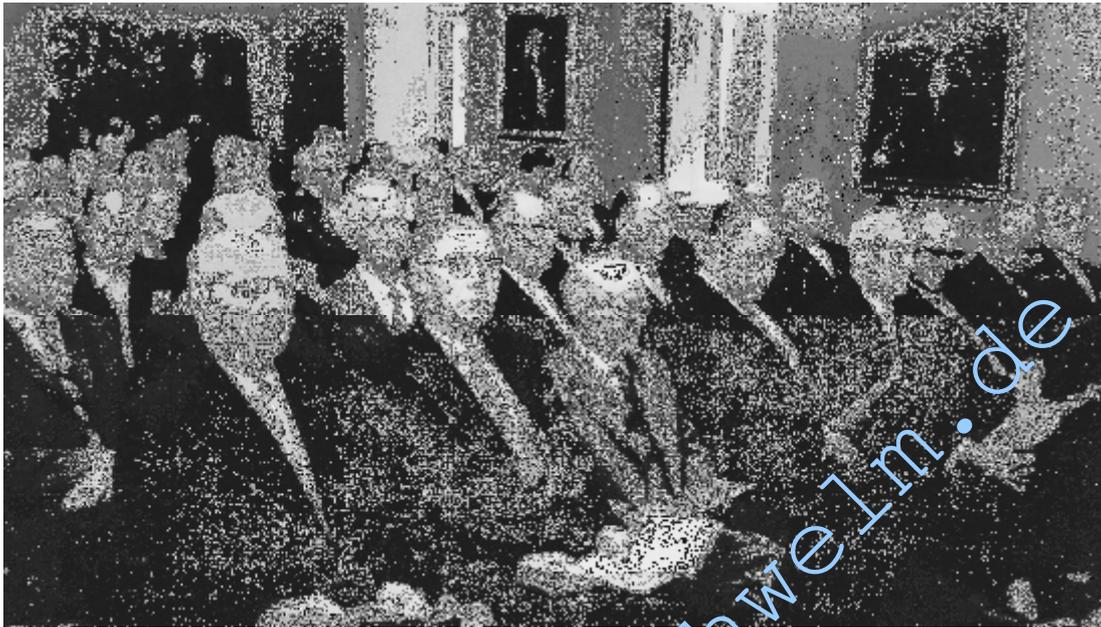
375 Jahre Schwelm

Adenauer in Schwelm

Erinnerung an die Jüdische Synagoge

Gebietsreform

Eine seiner letzten Reden im Bundestag



Feierstunde zur 375 Jahrfeier im Rittersaal von Schloss Martfeld. Von links: Dr. Adolf Böhmer, Dr. von Kürten, Ernst Knäpper vom Landschaftsverband, Bürgermeister Homberg und Stadtdirektor Schulte

Eine würdige Jubilarin: Schwelm wird 375 Jahre alt

Schon in den Vorbereitungen hatten die Stadtverordneten beschlossen, keine aufwendige Feier zum 375jährigen Stadtjubiläum zu begehen. Stattdessen trafen sie sich am 18. Juni 1965 im neu renovierten Rittersaal in Schloss Martfeld.

Die Gratulationen eröffnete Ernst Knäpper aus Münster vom Landschaftsverband Westfalen, der zur heimatlichen Kulturpflege 5.000 DM überbrachte.

Der nächste war Landrat Kurt Fedde, der der Jubilarin ein blühendes Gemeinwesen bescheinigte. Dieses hätte sie ihren Bewohnern zu verdanken, die in den Nachkriegsjahren bis heute, einen unbeschreiblichen Aufbauwillen mit gesundem Selbstbewusstsein bewiesen hätten.

Bürgermeister v. Schemm aus Gevelsberg hatte ein Standbild eines Hammerschmiedes mitgebracht, der einen Ring schmie-

dete und damit die Zusammenarbeit der Nachbarstädte versinnbildlichte.

In seiner weiteren Rede wies er auf die freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Bande hin, die beide Städte verknüpften.

Der Ennepetaler Bürgermeister Sondermann war mit einer großen Blumenvase zur Stelle und lobte, wie der Gevelsberger Bürgermeister, die Freundschaft zwischen beiden Städten.

Bürgermeister Homberg und Stadtdirektor Schulte bedankten sich im Namen der Stadt für die Glückwünsche.

Wohlthuend war an diesem Festakt, dass auf eine offizielle Sitzordnung verzichtet worden war. So saßen in bunter Reihe die Stadtverordneten neben Behördenvertretern, Schulleitern und Geistliche neben Wirtschafts- und Nachbarschaftsvertretern und

Landsmannschaften mit den Schwelmer Ehrenbürgern zusammen.

Nach einem musikalischen Vortrag des CVJM, einer Triosonate in F-Dur von Telemann, sang der Mädchenchor des Märkischen Gymnasiums Werke von Wolters und Jens Rohwer.

Danach wurden die Gäste zu einem kleinen Umtrunk im Nordturm geladen. Dieser war mit Bildern vom Ehrenbürger Dr. Wilhelm Tobien und vom Ehrenbür-

Jakob Theisen geschmückt, die vor 75 Jahren das Heimatmuseum begründeten. Museumsdirektor Dr. Adolf Böhmer offerierte während dessen den Anwesenden, dass das umfangreich renovierte Museum ab sofort für jedermann geöffnet sei.

Nachzutragen wäre noch, dass der alte Kuhstall von 1848 abgerissen worden war und sich der Platz als Parkplatz bewährte.



Die Türme von Schloss Martfeld

Dr. Konrad Adenauer freundlich empfangen

Kerzengrade stand er im offenen Wagen

Der 89jährige Altbundeskanzler beeindruckte die Schwelmer durch seine Frische

Wahlkampf 1965. Es ist der 14. September 1965. Wahlkampfveranstaltung der CDU auf dem Neumarkt:

Dr. Konrad Adenauer kommt!

Einen Tag später, Mittwoch, den 15. September 1965, schreibt die SZ:

... mit nur knapp 5 Min. Verspätung, statt der angesagten 20 Min., fuhr Dienstag Abend Dr. Konrad Adenauer durch das dichtbesetzte Spalier am westlichen Neumarkt auf die Rednertribüne zu. Über ihr prangte ein Transparent mit Willkommensgruß.

Der 89jährige stand ungebeugt im angemieteten Mercedes 300 und dankte mit erhobener Hand für Beifall und Begrüßungsrufe, unter denen wir auch das vertraute „Conny“ vernahmen.

Er wirkte rank und schlank, sein Gesicht schmäler als auf den Wahlplakaten, die den gut besuchten Neumarkt umgaben.

Der Begrüßungsjubel erstickte die Ansprache des Berliner CDU-Vorsitzenden Franz Amrehn der nur einen Bruchteil dessen sagen konnte, was er auf dem Herzen hatte.

Ernst Lambeck überreichte dem Altbundeskanzler ein Blumengebilde und dankte ihm, dass er die Bürde des Wahlkampfes trotz seines hohen Alters auf sich genommen habe. Sofort hatte der also herzlich Begrüßte die Lacher auf seiner Seite, als er diese Last als wahre Lust bezeichnete, zumal ein so freundlicher Empfang ein Labsal sei.

Dr. Konrad Adenauer stellte noch einmal als Grundlagen seiner Politik heraus: Anschluss an die freien, westlichen Völker Europas, Bekenntnis zur

Nato- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel, Deutschland und Europa zu einigen. Süffisant bemerkte er:

„Wenn es auch einmal „Familienkrach“ gibt, wie jüngst mit Frankreich bei der EWG, so sage man sich die Meinung und steuere dennoch aufs gemeinsame Ziel zu.“

Weiter sagte Adenauer:

„Ein einiges Europa ist die größte Militär- und Wirtschaftsmacht der Welt und bester Bürge für den Frieden. Dafür setze ich mich mit meiner ganzen Kraft ein!“

Der SPD hielt er vor, sie habe zu vielen Entscheidungen Nein gesagt, die sich nachher als richtig herausgestellt und Deutschland wieder in den Kreis der freien Völker zurückgeführt hätte. Das waren:

1950 - Die SPD sagte nein zum Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat - und sagt nein zur Entscheidung der CDU zum Eintritt in die Montanunion.

1951 - Die SPD sagte nein zum Plan Robert Schumanns für eine gemeinsame europäische Außenpolitik.

1952 - die SPD sagte nein zur Montanunion und verweigerte die Mitarbeit an einer europäischen Verfassung.

1954 - Die SPD sagte nein zu den Römischen Verträgen.

1955 - Die SPD sagte nein zum Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union.

1960 - Der SPD-Pressedienst schrieb zu meinem 84. Geburtstag: *„Ich, Adenauer, gehöre zu den Architekten einer Politik, für die es keine Zukunft gibt...“.*

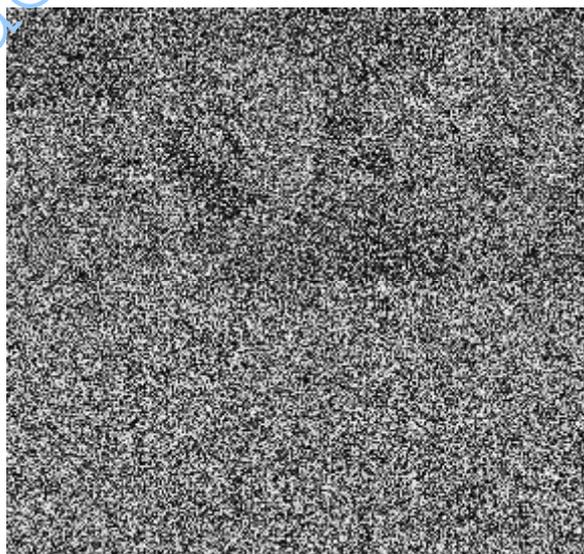
Diesbezüglich antwortete Adenauer: „Erst als die SPD Ende der 50er Jahre sah, dass die Entwicklung an ihr vorbeiging, suchte sie den Anschluss an die Europa-Politik. Heute will die SPD immer noch ein sozialistisches Europa. Das könnte sie nur im Bund mit den Kommunisten oder links stehenden Parteien erreichen. Hier liegt nicht nur die Gefahr für die Freiheit Europas sondern auch für Deutschland.“

Adenauer endete mit dem Hinweis an die Wähler: „Wählen Sie nicht die, die die Situation in der Welt verkannt und zu allem Nein gesagt haben, machen Sie denen die Freude nicht! Was sich dagegen 16 Jahre bewährt habe, verdiene erneut Vertrauen: Keine Experimente!“

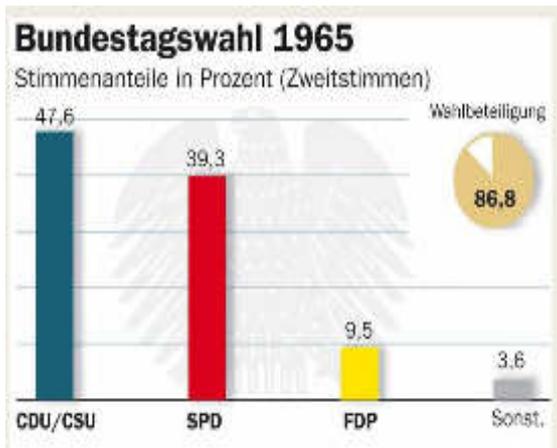
Zur Anrede „meine lieben Parteifreunde“ ergänzte er, das seien sicherlich die meisten der Versammelten und fügte hinzu: „Wer et noch nich is, kann et ja noch werden!“

Der hiesige CDU-Bundestags-Kandidat Friedrich Vogel versprach, im künftigen Bundestag im Sinne des Altbundeskanzlers zu wirken. Fast beschwörend wandte er sich aber an Adenauer, dass sich die Junge Union des Kreises ausdrücklich gegen eine eventuelle große Koalition ausgesprochen hätte. (Nach internen Berichten war durchgesickert, dass Adenauer ein Bündnis CDU/SPD in seine taktischen Überlegungen einbezogen hatte.)

Gern hätte man ihn noch einmal zu diesem Thema angesprochen, was aber aus Zeitmangel nicht möglich war. Es war auch kein Hinderungsgrund, Adenauer ebenso freundlich zu verabschieden, wie er begrüßt worden war.



oben: Wahlplakat der CDU 1965 - unten: Adenauer in Schwelm. Ihn begrüßen Friedrich Vogel (links), Ludwig Jennemann im Hintergrund und Ernst Lambeck (rechts)



Die Bundestagswahl 1965 bestätigt Ludwig Erhard im Amt des deutschen Bundeskanzlers. Er bildet eine Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP

Der Wahlkampf 1965 wird ideenreicher als die Wahlkämpfe davor. Die Parteien nehmen die Amerikaner zum Vorbild und bieten den Wählern ein Feuerwerk von Werbeeinfällen.

Die CDU/CSU verfehlt mit 47,6 % knapp die absolute Mehrheit.

Der Bundestag, der am 16. Oktober 1963 Ludwig Erhard zum Bundeskanzler wählte, schenkte dem langjährigen Wirtschaftsminister und "Vater des Wirtschaftswunders" weiterhin das Vertrauen und wählt ihn zum neuen Bundeskanzler. Erhard setzt die bisherige Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP fort. Mit dieser Wahl wird die Bundesrepublik seit Gründung ununterbrochen von einer christlich-konservativen Regierung geführt.



Sie brachten Wohlstand und Sicherheit für alle:
Bundeskanzler Konrad Adenauer und sein Nachfolger Ludwig Erhard



Südstraße/Fronhof : Hier stand die Schwelmer jüdische Synagoge.
Einweihung einer Gedenktafel
(Fotos : Friedhelm Bühne)

Niemals darf der Holocaust in Vergessenheit geraten: Der Auschwitz Prozess 1965

In diesem Jahr (2015), wo wir auf 70 Jahre CDU zurückblicken, jährt sich auch das grauenhafte und unfassbare Geschehen der Völkermorde von Auschwitz, Dachau, Buchenwald und weiterer Konzentrationslager. Sie mahnen uns gegen das Vergessen.

Anno 1965, zwanzig Jahre nach dem Untergang des Dritten Reiches, findet der weltweit beachtete Auschwitz-Prozess gegen Angehörige der SS-Mannschaft des Konzentrationslagers mit der Urteilsverkündung sein Ende.

Schon seit 1963 wurde dieser große und sicherlich wichtigste Strafprozess der deutschen Nachkriegsgeschichte geführt, dem noch fünf

weitere folgen sollten. Fast 400 Zeugen wurden gehört. Das Urteil des ersten Prozesses:

Sechs Angeklagte wurden wegen Mordes und Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord zu lebenslangem Zuchthaus, elf Angeklagte zu Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und vierzehn Jahren verurteilt. Drei wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Der Prozess löste in der Bevölkerung, der Justiz und im Parlament eine Verjährungsdebatte über Mord aus.

Deshalb debattierte in einer außerordentlichen sachlichen Sitzung der Deutsche Bundestag am 9. März 1965 über die Verjährungsfristen bei Mord.

Er beschloss den Strafverfolgungszeitpunkt nationalsozialistischer Straftaten auf das Jahr 1949, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland festzulegen. Damit konnten Morde der NS-Diktatur erst einmal bis Ende 1969 verfolgt und geahndet werden.





Wilhelm Loges verstarb nach längerer Krankheit in der Nacht zum 16. Dezember 1969 im Marienhospital in Schwelm. Auf seinem letzten Weg begleiteten den der CDU angehörenden ersten Oberkreisdirektor des EN-Kreises nach dem Krieg (von 1946 bis 1954) die führenden Männer von Kreis und Stadt, an ihrer Spitze der stellvertretende Landrat Degenhardt (CDU), Oberkreisdirektor Dr. Schulz, Kreisdirektor Homberg (SPD), Stadtdirektor Schulte und der CDU-Vorsitzende Lambeck.

1969: Der Kreishausneubau

31. Juli 1969. Der NRW Landesfinanzminister Hans Wertz, war eigens gekommen, um gleichzeitig zum 40jährigen Bestehen des Ennepe-Ruhr-Kreises auch den Grundstein zum Kreishausneubau zu legen.

Hans Wertz sprach dabei auch klar zur bestehenden Neugliederung: „Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat Zukunft, denn er erfüllt wichtige Aufgaben.“

Zum gleichen Thema sagte Landrat Rolf Meyer, nach Begrüßung und Überbringung seiner besten Wünsche zum Kreishausneubau:

„Dieser Kreishausneubau gilt als Zeichen, dass der Kreis seinen Sitz in Schwelm behält.“

Auf Grund seiner besonderen Lage ist das bei allen sachkundigen Planern und objektiv urteilenden Politikern unbestritten.“

Die Anwohner der Baustelle bat er herzlich um Verständnis für unausweichliche Belästigungen.

Nach Oberkreisdirektor Dr. Schulz als letzter Festredner hatte der Polier der Großbaustelle das Wort. Er verlas den Wortlaut der einzumauernden Urkunde.

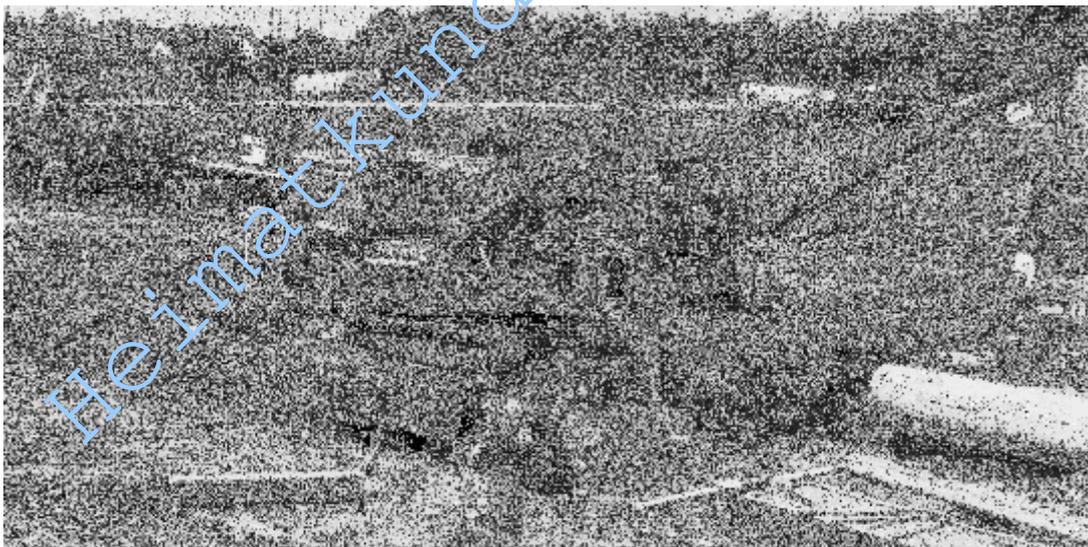


Danach beendeten Minister, Landrat und Oberkreisdirektor die offizielle Grundsteinlegung mit den traditionellen drei Hammerschlägen auf den Grundstein.

Dabei wurde den Männern vom Bau noch einmal alles Gute gewünscht und

dem Verwaltungszentrum einen zügigen Fortschritt bei der Fertigstellung der Baumaßnahmen.

Der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm unter Leitung von Obermusikzugführer Egon Komischke umrahmte diese besondere Veranstaltung.



(oben) Bei der Grundsteinlegung, von links: Landrat Meyer, Landesminister NRW Hans Wertz, Oberkreisdirektor Dr. Schulz. (unten) Das Baugelände zwischen Westfalendamm, Lessing- und Hauptstraße. Als erstes wurden die Kanäle gelegt. (Foto oben Friedhelm Bühne, unten Stadtarchiv Schwelm)

Grundsteinurkunde

Am 21. April 1965 beschloss der Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises einstimmig den dringend gebotenen Neubau des Kreishauses.

Heute, am 40. Jahrestag der Gründung des Kreises, legen wir in der Kreisstadt Schwelm, auf dem Grundstück zwischen Haupt-, Lessing-, Drosselstraße, Westfalendamm den Grundstein zum Neubau in der Hoffnung auf einen zügigen und glücklichen Verlauf der Bauarbeiten sowie in der festen Überzeugung, dass dieser Industriegroßkreis an Ennepe, Ruhr und Volme mit einer Fläche von 413,34 qkm und 277 300 Einwohnern, den städtische Kultur und landschaftliche Vielfalt ausgewogen prägen, dank dieser seiner Struktur eine Zone des Ausgleichs im Spannungsfeld umliegender Großstädte, weiter eine fortschrittliche und gedeihliche Entwicklung nehmen wird.
Schwelm, den 30. Juli 1969

Rolf Meyer, Landrat, MdL, Walter Degenhardt, stellvertretender Landrat,
Heinrich Kistner, stellvertretender Landrat, August Staat, stellvertretender Landrat
Hansjörg Raufelder, Vorsitzender der Fraktion der SPD, Eugen Fley, Vorsitzender der
Fraktion der CDU, Heinrich Kistner, Vorsitzender der Fraktion der FDP

Heinz Bärenfänger, Kurt Beckel, Benedikt Freiherr von Boeselager, Erich Brinkmann, Wilhelm Bruckner, Hans Dickhaus, Ernst Ellinghaus, Gustav Adolf Feidhaus, MdL, Friedhelm Felsch, Helmut Fischer, Werner Grotthaus, Otto Henneke, Erna Hermes, Wilhelm Herold, Ewald Hinnenberg, Hans Hollender, Heinrich Homberg, Karl-Heinz Hübner, Albert Hähn, Elisabeth Ischebeck, Otto Ising, Willi Kappel, Hermann Kesting, Friedrich Kicker, Alfred Klother, Paul Knäpper, Hugo Köpper, Ernst Lambreck, Walter Lenz, Karl Mähler, Else Nielinger, Helmut Patzle, Ewald Potthoff, Johannes Prange, Werner Rademacher, Grete Roland, Karl Ronsdorf, Hans Schafpauzen, Helmut vom Schemm, Johann Simon, Albert Smits, Pildegard Stock, Heinz Stolte, Gerhard Suckrau, Franz Wohllaub, Dr. jr. Paul Schulze, Oberkreisdirektor Ernst Homberg, Kreisdirektor, Wilhelm Röse, Kreisoberamts- rat, Vorsitzender des Personalra Günter Laskowski, Wolfgang Thenhaus, Klaus Kafka, Architekten



Das neue Kreishaus

Heinemann: Einsatz für Schwelm und Kreis

Bundespräsident Dr. Dr. Heinemann erhielt gestern den Ehrenbürgerbrief seiner Geburtsstadt Schwelm. Bei einem Empfang auf Schloß Martfeld dankte der Rat der Stadt dem Bundespräsidenten „für die Treue und Anhänglichkeit, die er über sein verdienstvolles und politisches Wirken hinaus seiner Geburtsstadt bewiesen hat“. Bürgermeister Heinrich Homberg betonte, die Schwelmer Bürger erfülle es immer mit Stolz, daß Dr. Heinemann oft die Gelegenheit wahrnehme, um seiner Geburtsstadt einen Besuch abzustatten.

Der Bundespräsident verwies in seiner Dankesrede darauf, daß er sich zwar mit Schwelm verbunden fühle, es ihm aber zweifelhaft erscheine, womit er überhaupt das Ehrenbürgerrecht verdient habe. Obwohl die Mitbestimmung eine stets größere Rolle im Leben aller Menschen spiele, so könne aber kein Mensch über Ort und Zeit seiner Geburt mitbestimmen. Er selbst sei im übrigen nur ein Jahr in Schwelm geblieben, da dann Vater und Mutter fortgezogen seien. „Ich war mir sogar lange völlig im Ungewissen, wo eigentlich mein Geburtshaus stand“, gestand der Bundespräsident. Dennoch bedankte er sich herzlich für das ihm verliehene Ehrenbürgerrecht. Soweit er könne, werde er sich für das Gedeihen der Stadt und des Ennepe-Ruhr-Kreises einsetzen.

Aus der Ernennungsurkunde:

Für Treue und Anhänglichkeit, die er über sein verdienstvolles und politisches Wirken hinaus seiner Geburtsstadt bewiesen hat, wird Dr. Dr. Gustav Heinemann die Ehrenbürgerschaft der Stadt Schwelm verliehen



Ehepaar Hilde und Gustav Heinemann

Ehrenbürgerwürde für Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann

Was für die mit Mehrheit im Stadtrat regierenden SPD-Ratsmitglieder ein absolutes „Highlight“ war, nämlich die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Dr. Dr. Gustav Heinemann, empfanden andere, insbesondere viele CDU-Mitglieder, als nicht angebracht und äußerst prekär.

Heinemann, so argumentierten sie, hatte, außer dass er in Schwelm geboren war, so gut wie keinen Bezug zu seiner Geburtsstadt. Denn schon nach einem Jahr zogen er und seine Eltern fort, um sich in Essen niederzulassen.

Schwerer aber wog bei den CDU Verantwortlichen der Austritt aus der CDU im Jahre 1952, nachdem er sich vehement gegen die Bündnis- und Außenpolitik Adenauers gestellt hatte.

Auch die von Heineman gegründete links gerichtete Partei GDV, stieß auf große Ablehnung.

Eine weitere Abneigung gegen die Ehrenbürgerschaft Heinemanns erregte auch seine Tochter Uta Ranke Heinemann. Diese, am 25. September 1953 zum kath. Glauben übergetreten, griff in wohl einmaliger zynischen Art und Weise die katholische Kirche wegen Mariendogma und Sexualmoral an.

Trotz Bedenken der CDU fand dann am 7. September 1969 im Rittersaal von Schloss Martfeld der Festakt zur Ernennung zum Ehrenbürger statt. Anschließend bedankte sich Heinemann zwar recht herzlich für die große Ehrung, bemerkte aber selber, dass er sicherlich nicht durch die Atmosphäre seiner Geburtsstadt geprägt worden sei.

Da würden auch nicht die Auszüge des Tagebuchs seines Vater Otto Heinemann reichen, in denen dieser schriebe, dass er in den acht Jahren seiner Tätigkeit hier im Sparkassen- und im Krankenkassenwesen entscheidende Eindrücke für sein Leben gesammelt habe.

Zum Schluss bedankte sich der Bundespräsident noch einmal mit der Versicherung, die Bande zu seiner Geburtsstadt weiterhin zu vertiefen.

Nachtrag: Die Ernennung zum Ehrenbürger lehnte die CDU auf Grund Heinemanns Vita strikt ab. Aus Protest legte deshalb der Stadtverordnete Emil Nockemann sein Ratsmandat mit sofortiger Wirkung nieder.

Sylvesterbrief Ernst Lambecks

Die Rückschau auf die Jahre 1945 bis 1969 möchte ich mit den Sylvestergrüßen des Vorsitzenden der CDU-Ortsunion Ernst Lambeck beschließen. Er schrieb:

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU,

wenn in mitternächtlicher Stunde die Glocken über Stadt und Land ihren ehernen Mund erschallen lassen, schreiten wir in das 7. Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. Möge der vor uns liegende Zeitabschnitt einem jeden von uns das Wünschenswerte bringen, was wir von ihm erwarten, vor allem Gesundheit und eine zukunftsfrohe Tätigkeit, gleich wo immer wir auch unserer Beschäftigung nachgehen.

...offen müssen wir eingestehen, dass das Jahr 1969 die politischen Erwartungen der CDU nicht erfüllen konnte. Nur mit Hilfe der FDP gelang es der SPD erstmalig nach 50 Jahren (1919 Friedrich Ebert), wieder den Bundespräsidenten zu stellen. Erst im dritten Wahlgang unterlag Gerhard Schröder (CDU), mit knappen 6 Stimmen weniger, Gustav Heinemann.

Wie wenig dieser Linkskurs von den sonst zur FDP stehenden Wählern honoriert wurde, zeigt das Ergebnis der Bundestagswahl vom 28. September 1969. Die FDP ging von 49 auf 30 Sitze im Bundestag zurück.

Das in der Wahlnacht die Koalition zwischen SPD und FDP schon perfekt war, lässt unzweideutig erkennen, dass hier ein Wechsel seitens der SPD für die Wahl Heinemanns einzulösen war. Dabei scheiterte die CDU nur mit 7 Sitzen an der absoluten Mehrheit. Wahrlich nach 20jähriger Regierungszeit ein ganz beachtliches Resultat.

Nun belebt eine sehr starke CDU-Opposition den Bundestag und fordert von Willy Brandt und seinen Mannen Taten und keine Sprüche. Der Zeitpunkt ist noch verfrüht, hier schon zu einem abschließenden Urteil zu kommen. Fest steht, dass die Regierung es schwer haben wird. (Gemeinsamer Markt, Ostpolitik, besonders DDR Preise, Löhne)

Wenden wir uns aber besonders dem politischen Geschehen im Ennepe-Ruhr-Kreis und in unserer Stadt zu:

Am 26. November 1969 wurde in Düsseldorf das Gesetz zur Neuordnung des Ennepe-Ruhr-Kreises beschlossen. Waldbauer wurde Hagen zugeordnet, obwohl in diesem Gebiet keine Anhörung der Verwaltung und der Bürger stattfand.

Die oft gerühmte Selbstverwaltung des Freiherrn von Stein, die immer gern in Feierstunden besonderer Art erwähnt wird, ist offenbar gegenstandslos.

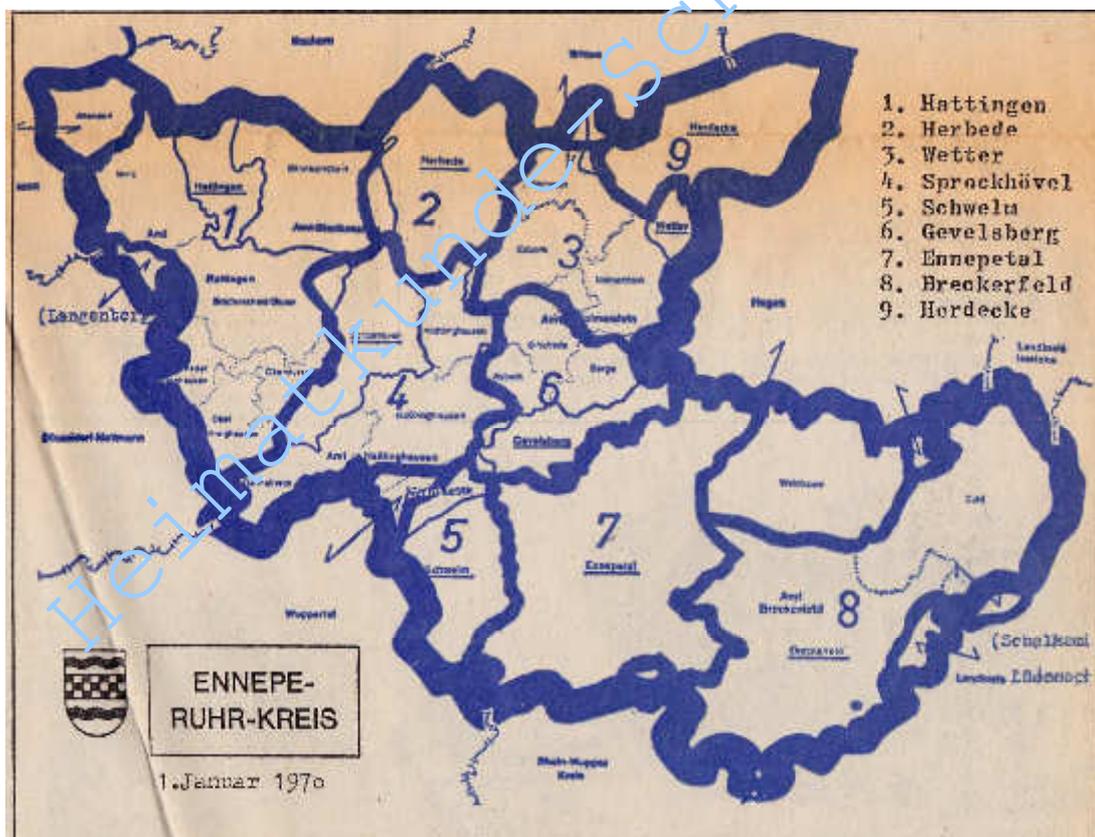
Altendorf kommt zu Essen. In wieweit die Ballungsräume ihre kommunalen Pflichten in den Außenbezirken sehen

und wahrnehmen, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls das Beispiel Langerfeld lässt nicht ermutigend nach vorne schauen (Langerfeld kam 1929 zu der neuen Großstadt Wuppertal).

Sechs Wochen nach der Bundestagswahl fand in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahl statt.

Die Ergebnisse ließen erkennen, dass die neue Bonner Koalition hier nicht Sieger war, sondern die CDU verlorenes Terrain zurückgewinnen konnte.

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Ennepe-Ruhr Kreises wird bei uns die Wahl am 15. März 1970 nachgeholt. Der Wahlausschuss der Schwelmer Ortsunion hat ein besonderes Programm für den



Die Gebietsreform war am 1. Januar 1970 abgeschlossen.

Wahlkampf ausgearbeitet, welches die volle Billigung des Vorstandes fand.

In wenigen Wochen (Oktober) wird der Wahlkampf beginnen. Mit gewissenhafter Kleinarbeit und zähem Fleiß und einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit muss es der CDU gelingen, das Gesicht des kommenden Stadt-Parlamentes entscheidend zu bestimmen. Nicht minder ernst sind die Wahlkampfaufgaben auf Kreisebene wahrzunehmen.

Bleibe noch zu berichten, dass sich unsere Mitgliederversammlungen eines echt guten Besuches erfreuten. Erfreulich auch, dass es in diesem Jahr gelang, mehr als 30 neue Mitglieder zu werben. Möge den alten und neuen Mitgliedern die CDU immer ihre politische Heimat sein!

Trauer erfüllt uns, dass drei unserer Mitglieder aus dieser Zeitlichkeit abgerufen wurden:

Fabrikant Otto Berning, der treue Förderer unserer Sache, Wilhelm Loges, der erste von der Militärregierung ernannte Oberkreisdirektor von 1946 bis 1954 und

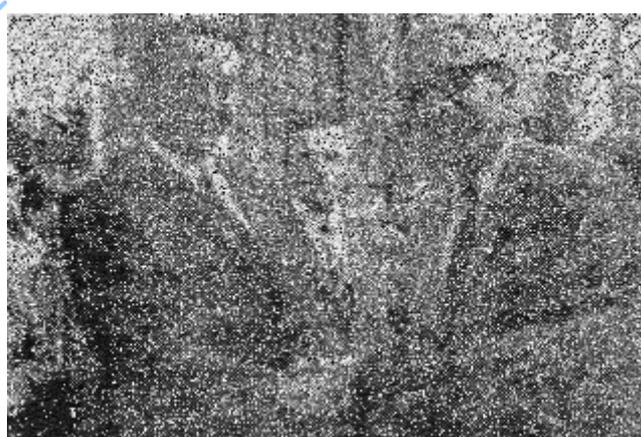
Schmiedemeister Franz Scholand, seit 1946 Mitglied des ersten von der Militärregierung ernannten Stadtparlamentes. Ihr Gedenken lebt bei uns fort.

Dieser Gruß kann nicht hinausgehen, ohne einen herzlichen Dank all denen zu sagen, die immer da waren, wenn die Arbeit in der Partei, im Stadtparlament und in den Ausschüssen es erforderte.

Aber bei aller Arbeit und Mühsal ist es doch immer wieder als Tatsache beglückend, dass sich vor fast 25 Jahren Frauen und Männer beider Konfessionen zu einer politischen Einheit, der CDU, zusammengefunden, die dann zu einem politischen Faktor wurde, der aus dem politischen Geschehen der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken ist.

Lassen Sie uns aus dieser Gesinnung und Verpflichtung zukunftsfröh und willensstark in die 70er Jahre gehen.

Ernst Lambeck
(Vorsitzender)



28. September 1969 Bundestagswahlen.
Am 12. September 1969 kam Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel (rechts) mit Friedrich Vogel (links) - am 22. September besuchte Kanzler Kurt-Georg Kiesinger Schwelm,

Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder besuchte auf Einladung der Schwelmer CDU-Ortsunion das Schwelmer Eisenwerk.

Dr. Albano-Müller, die Direktoren Stein und Zimmermann. Sowie Diplom Ingenieur Schroeder, Dr. Dahmann, Dr. Neitzel und die Vertreter der CDU, MdB Friedrich Vogel, Stellvertr. Kreisdirektor Walter Degenhardt, Eugen Fley, Ernst Lambeck, Dr. Wiesemann, Dr. Happe, Friedrich Wilhelm Nockemann und Kreisgeschäftsführer Schaller hatten sich zu seiner Begrüßung eingefunden.



Gang durch das Schwelmer Eisenwerk - von links: Außenminister Dr. Gerhard Schröder, Dr. Vits, Friedrich Vogel und Dr. Albano-Müller



Das Schwelmer Eisenwerk in den 60er Jahren



Am Zylinderbahnhof (Oehde) sagte nicht nur eine ganze Nachbarschaft sondern auch viele Schaulustige Danke und nahmen Abschied. (Fotos: Friedhelm Bühne)

Die letzte Fahrt der Straßenbahn am 25. April 1969

Die letzte Fahrt der blumenbekränzten Straßenbahnwagen der Linien 8 und 18, die am späten Samstagnachmittag von Oberbarmen heraufkamen, glich einem Triumphzug. Hunderte von Fotoapparaten hielten das Ereignis im Bild fest. Froh gestimmte Menschen winkten aus den Fenstern. An der Oehde, am Altmarkt und an der Wilhelmstraße standen die Menschen so dicht gedrängt wie beim Heimatfestzug.

Dann setzte sich der Konvoi in Bewegung. An der Oehde wurden die Wagen durch ein Schild mit der Aufschrift „Abschied vom Zylinderbahnhof“ gestoppt. Mitglieder der Nachbarschaft „Oehde“, schwarz gekleidet und mit Zylinder, boten hinter einer extra aufgestellten Theke einen Schnaps an.

Den zweiten Stopp gab es bei der Wirtschaft Jürgensmeyer und auch Sportklausenwirt Willi Fanslau bot beim dritten Halt einen Umtrunk.

Als vierter brachte Emil Schirmer die Wagen zum Halten. Stadtwerkedirektor Graf mit leichter Übertreibung: „Ich bin kein Vorstand mehr, sondern ein Vorschwank!“

In der Wagenhalle am Brunnen hatten die Wuppertaler Stadtwerke Bänke und Tische aufgestellt, an denen man sich mit Bier und hausgemachten Frikadellen laben konnte. Über eine Korbflasche heimischen Kornschnapses, die die Nachbarschaft Brunnen mitgebracht hatte, herrschte recht frohe Stimmung.

Zum Schluss meinte ein Ratsmitglied: „Das Nächstliegende haben wir vergessen - den Dank an die Schaffner, die uns immer so brav gefahren haben!“

Ehrung für Walter Degenhardt

Wegen seiner kommunalpolitischen Verdienste überreichte im März 1970 Landrat Meyer in einer Feierstunde Walter Degenhardt das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande.

Damals sagte Landrat Meyer wörtlich: "Diese Auszeichnung ehrt keinen ehrlicher als Sie, lieber Kollege Degenhardt."

Die Vita des Walter Degenhardt:

Am 15.10.1899 in Schwelm geboren, zählte Degenhardt zu den verdienstvollsten Männern der ersten Stunde. Er war Kreistagsabgeordneter seit November 1945 bis zur Neuwahl des Kreistages im März 1970 und bis dahin auch der Dienstälteste unter den stellvertretenden Landräten. In dieser langen Zeit hatte er stets loyal mit den vier Landräten Walter Freitag, Otto Hühn, Kurt

Felde und Rolf Meyer zusammen gearbeitet. In seiner Eigenschaft als Kreistagsabgeordneter der CDU gehörte Degenhardt von Anfang an dem Kreis Ausschuss an, war stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für den Kreis hausneubau und des Beschlusses Ausschusses.

Auch gehörte er dem Verwaltungsrat der Verkehrsgesellschaft Ennepe-Ruhr an.

Zehn Jahre lang war er CDU-Stadtverordneter der Stadt Schwelm, und zwar von Januar 1946 bis November 1956. In der Zeit von Januar 1945 bis November 1948 versah er zudem das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt Schwelm.

Walter Degenhardt war im August 1945 Mitbegründer der CDU-Ortsunion in Schwelm.



Walter Degenhardt mit seiner Frau, links OKD Dr. Schulz Rechts: Landrat Meyer

Heimatkunde-SchweIm.de

Die Zeit der „68er“ Generation



**Die Gesellschaft verändert sich
Die 70er Jahre
Revolution um Einfluss und Macht
Kampf um christliche Werte**

Die 68er Generation

Mit den „68ern“ begann der politische und gesellschaftliche Umbruch

Vorwort:

Wenn wir heute auf diese Zeit zurückblicken, kommen immer wieder, und das fast zwangsläufig, zwei Fragen auf. Die erste wäre:

„War diese Bewegung der „68er“ notwendig für den Weg einer persönlichen und damit eines verbundenden Übergangs in die moderne Gesellschaft? Oder andersherum gefragt: *„Ist die „68er“ Generation für Werteverlust, Pillenknick, Geburtenrückgang und Bildungsnotstand verantwortlich?“*

Meine Antwort lautet: *„Ob notwendig oder nicht, fest steht, dass die „68er“ die christliche Werteordnung in Erziehung, Sexualleben und den gesamten Kulturapparat nachhaltig veränderte“.*

Die zweite Frage lautet: *„Haben die „68er“, mit dem Bekämpfen und Abschaffen der christlichen Werteordnung der Adenauer-Ära mit ihren „befreienden Werten“ das Tor zur Liberalisierung für eine bessere Gesellschaftspolitik geschaffen?“*

Meine Antwort ist auch hier ein klares *„Nein!“*. Zwar wurde die bestehende gesellschaftsmäßige Werteordnung umgestülpt, (über die Wertigkeit lässt sich trefflich streiten), aber im eigentlichen Sinne verirrte sich mit nachhaltiger Wirkung die „68er“ Bewegung politisch schrecklich. Ihre angebliche Antiautorität war politisch noch totalitärer als die alte, und das in haarsträubender Weise. Ihre angebliche Freiheit wurde zur Unfreiheit des Andersdenkenden. - Aber lassen Sie uns die Entwicklungen dieser Zeit der Reihe nach aufarbeiten:

Fragt man heute die mittlerweile „in die Jahre gekommenen“ Mitglieder der CDU und der Jungen Union nach den

ihnen noch in Erinnerung gebliebenen Ereignissen der 60er und 70er Jahre, so werden die meisten antworten: Studentenunruhen, Vietnamkrieg, RAF, Gastarbeiter, Mondlandung, Berliner Mauer, die Grünen, SPD-Regierung, die Pille, Flower-Power - und wir jungen Männer hatten (fast) alle lange Haare.

Zu dieser Zeit war die Junge Union stark engagiert und gehörte mit anderen politischen Gruppierungen zu denen, die in den Widersprüchlichkeiten und der Zerrissenheit der damaligen Zeit einen Weg suchten, einen Weg für sich persönlich und für die, die in ihrer gesellschaftlich, politischen Verantwortung standen.

Nicht nur die Junge Union war selbst betroffen, sondern mit ihr auch Mitglieder und Funktionsträger der CDU. Wenn diese „Damaligen“ heute zurückblicken, sind die meisten nach über 50 Jahren immer noch sehr berührt von dieser Zeit, die sie zweifelsohne prägte und formte. Doch egal wie man handelte, alles geschah auf der Basis einer christlichen Werteordnung.

Meine Rückschau beginnt zu der Zeit als unter anderem der Minirock bei den „Alten“ einen Schock auslöste, das Händchenhalten in der Öffentlichkeit fast schon unsittlich und anfänglich meine Vespa das Größte waren.

Aber auch an der Berichterstattung im Fernsehen über Kommunen, Demos und der Sit-Ins fand ich großes Interesse (Neugierde). Es war eine Zeit, in der die Löhne stiegen und man sich wieder etwas leisten konnte.

Dann endlich ging der Traum vom eigenen Auto, einem VW Käfer, in Erfüllung. Was war das schön, Wochenendausflüge und Spazierfahrten zum Sonntagsvergnügen.

Irgendwie war unsere Welt in Ordnung, alles verlief in geordneten Bahnen. Wirklich alles?

Dann kam dieser schicksalsträchtige 2. Juni 1967. An diesem Tag besuchte der Schah von Persien West - Berlin. Der Protest gegen ihn und die Menschenrechtsverletzungen in seinem Lande nahm sein gefürchteter Geheimdienst zum Anlass, auf demonstrierende Studenten einzuschlagen.

In dieser aufgeheizten Stimmung wird der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten, der nach neueren Erkenntnissen inoffizieller Mitarbeiter der Stasi war, erschossen.

Dieser Tag mit diesem Ereignis radikalisierte die Studentenbewegung. Es entstand eine Generationenrevolte, die alles bisherige in den Schatten stellte, was seit Jahrhunderten als höchste Tugend gegolten hatte: christliche Werte, keusche Enthaltbarkeit, sitzames Bescheiden und Respekt vor Gesetz und Obrigkeit. Heute nennen wir diese Generation die „68er“.

Ihre Vertreter waren u.a. die Studenten: Rainer Langhans, Fritz Teufel, Daniel Cohn-Bendit, Rudi Dutschke & Co. Sie demonstrierten gegen die „Regierenden und die verkrustete Gesellschaft“, wenn es sein musste mit Gewalt, mit Steine werfen und richtiger Randalen. Marx, Lenin, Che Guevara und Ho Chi Minh waren ihre Helden.

Sie wollten die Welt verändern und eine Gesellschaft ohne Autoritäten und Zwang errichten. Sie wollten Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden in einem Staat mit neuer politischer Ordnung, auf der Grundlage sozialistisch kommunistischer Utopien. Diese selbst ernannten Umweltschützer gründeten eine neue Partei: Die Grünen.

Um es vorweg zu nehmen: Ihre prokla -

mierte Kulturrevolution fand so nicht statt. Stattdessen aber gaben sie den Anstoß zu einer grundlegenden Erneuerung der politischen Kultur und zu einem gewandelten gesellschaftlichen Denken.

Ein kleiner Teil dieser „Protestler“ avancierte dann zur Rote Armee Fraktion (RAF), einer linksextremistischen und terroristischen Vereinigung, die von ihrem Selbstverständnis her kommunistisch und antiimperialistisch ausgerichtet war. Gründungsmitglieder waren u.a. Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler und Ulrike Meinhof.

Ein anderer Teil der Protestler, wie z. B. Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer oder Gerhard Schröder wurden 30 Jahre danach hohe Regierungsvertreter, wobei Gerhard Schröder als erster Bundeskanzler seinen Amtseid ohne den Zusatz „So wahr mir Gott helfe“ ablegte.

Wenn ich mich an diese "wilden 60er Jahre" erinnere, fällt mir immer wieder der Leitspruch dieser APO-Aktivisten ein:

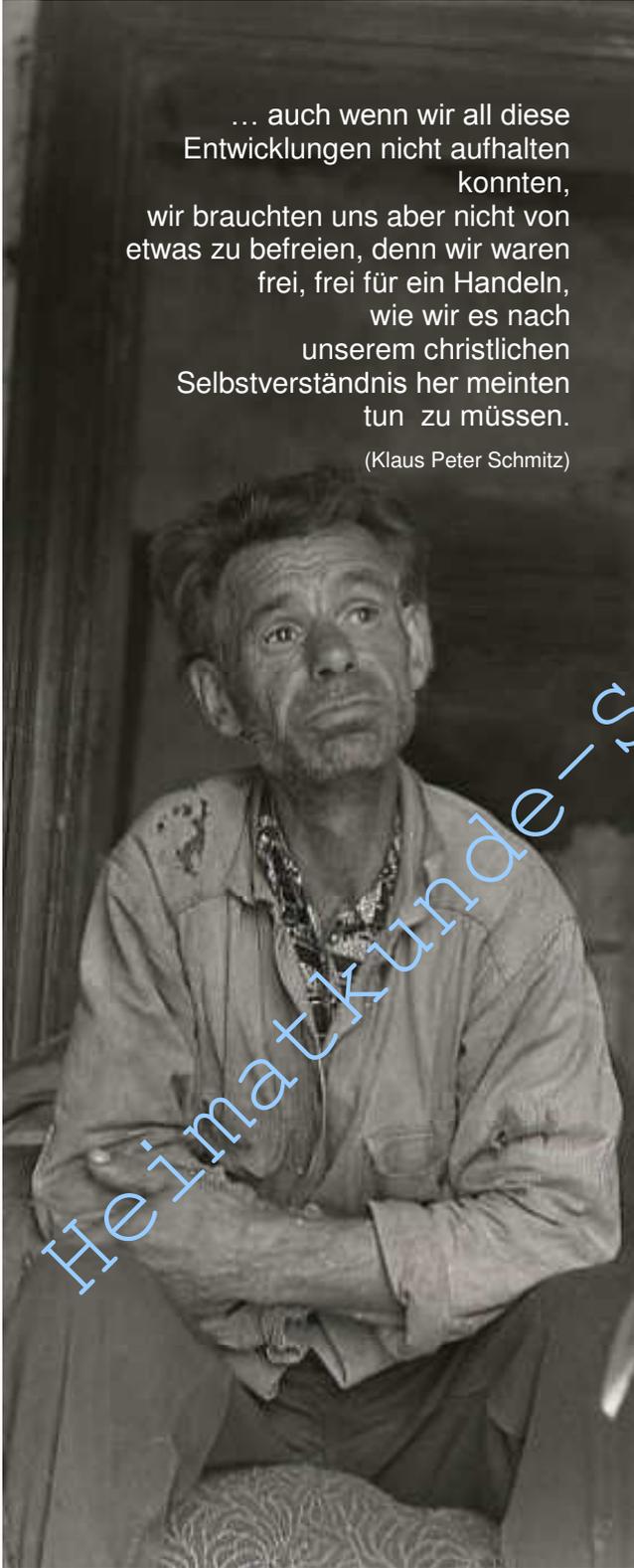
"Macht kaputt, was euch kaputt macht - und das auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen".

Da machte z.B. das kleine rote Schülerbuch, eine Anlehnung an die Mao Bibel, die Runde. Es war eine Anleitung für Jugendliche und Schüler, sich von allen alten Autoritätsnormen und speziell von allen christlichen Glaubenswerten „zu befreien“.

Übrigens:

Hier finden wir die gesammelten Gedanken, die große Teile der heutigen Gesellschaft (Generation) prägt.

Hier ist die Basis der links orientierten Politiker, das Postulat ihrer Nachhaltigkeit, das Ziel ihrer Erziehung und wichtigen gesellschaftsrelevanten Umstrukturierung begründet!



... auch wenn wir all diese
Entwicklungen nicht aufhalten
konnten,
wir brauchten uns aber nicht von
etwas zu befreien, denn wir waren
frei, frei für ein Handeln,
wie wir es nach
unserem christlichen
Selbstverständnis her meinten
tun zu müssen.

(Klaus Peter Schmitz)

Und die Studenten demonstrieren gegen die bis dahin totgeschwiegene Nazi-Vergangenheit vieler bundesdeutscher Politiker und bewirkten eine (allmähliche) Beschäftigung mit der jüngsten deutschen NS Geschichte.

Desweiteren war da noch dieser elendige Vietnamkrieg, der immer blutiger und brutaler wurde. Wenn ich an den Film „Wir waren Helden“ denke, läuft es mir noch eiskalt den Rücken herunter.

Und da man gerade „so schön am Demonstrieren“ war, wurden die 60er Jahre zusätzlich auch noch das Jahrzehnt der sexuellen Revolution. 1961 kam die Pille auf den Markt und mit ihr auch zwangsläufig die Liberalisierung der sexuellen Moral.

Ab Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre begann sich dann manches langsam, aber stetig zu ändern. So auch die bislang geltenden Rollenmuster von Männern und Frauen. Die neu entstehende Frauenbewegung forderte die absolute Gleichberechtigung in und für alle Lebensbereiche, Gesellschaft und Arbeitswelt.

So war es nur eine Frage der Zeit, dass sich auch immer mehr Frauen und Mädchen in der CDU und in der Jungen Union aktiv betätigten.

Unaufhaltsam und nicht aufzuhalten war auch die Drogenwelle. LSD und Haschisch griffen in der Mitte der sechziger Jahre von England auf Deutschland über.

Das war gleichzeitig die Geburtsstunde einer neuen Rock-Pop-Kultur, den Hippies, die sich der

Konsumgesellschaft einfach verweigerten. Sie vernachlässigten ihre Kleidung und Körperpflege, ihre Haare trugen sie bis auf die Schultern und hielten geregelte Arbeit für „total überflüssig“

"Love, Peace and Happiness" - der Slogan der Flower - Power-Bewegung (begeisterte durch die durch den Vietnamkrieg ausgelöste zunehmende Politisierung zu "make love, not war".

Im August 1969 traf sich die internationale Beat- und Rockszenen zum legendären bis heute unübertroffenen Woodstock - Rockfestival.

Auch ein noch bis heute nicht gelöstes Problem war die Situation der sogenannten Gastarbeiter, anfangs fast ausschließlich junge Männer.

Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre waren sie aus Italien, Portugal, Griechenland, Spanien, der Türkei und Jugoslawien nach Deutsch-

land gekommen. Die deutsche Wirtschaft brauchte dringend Arbeitskräfte. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die „Gastarbeiter“ selbst gingen dabei von einem befristeten Aufenthalt aus, zumal sie oftmals nur in einfachen Holzbaracken in der Nähe ihrer Arbeitsstellen untergebracht wurden.

Sprachprobleme, die fremde Umgebung, die zum Teil ungewohnte Arbeit, unterschiedliche Mentalitäten: Die Männer fühlten sich alleine und hatten großes Heimweh! So holten immer mehr ausländische Beschäftigte Mitte der sechziger, Anfang der siebziger Jahre ihre Familien nach Deutschland und blieben.

Heute ist die Mehrzahl ihrer Kinder hier geboren und wachsen mit uns auf. Die Zahl der ausländischer Mitbürger stieg (bis 2013) auf über sieben Millionen.

Nur - die daraus entstandenen Probleme sind bis heute noch nicht gelöst!



1961 - einer der ersten Gastarbeiter (links) aus Algerien .
Auf dem Bild rechts: Autor dieses Buches Klaus Peter Schmitz

Mitte der 70er fanden diese „wilden“ Jahre ihr Ende. Sie hatten der Gesellschaft, speziell der Jugend mit ihrem „Kaputt machen“ und „Sich befreien“ keine gültige Antwort gegeben.

Im Gegenteil! Sie veränderten zwar, wie eingangs geschrieben, in kurzer Zeit die als verkrustet geltenden Gesellschaftsregeln, doch Sie hinterließen bis heute mehr Fragezeichen als Antworten in einer sich immer mehr globalisierenden Welt. Eine Alternative zu einer christlichen Werteordnung? - Fehlanzeige!

Speziell in dieser Zeit, in der nun auch einige CDU-Mitglieder alles und jedes in Frage stellten, mussten die Parteiverantwortlichen von ihrem gesellschaftlich, christlich ausgerichteten Selbstverständnis her klare Orientierung geben.

So diskutierten sie in Sitzungen und Versammlungen oftmals bis spät in die Nacht und suchten nach Lösungen. Das Ergebnis war die Erkenntnis, dass es nicht mehr genügte, „die alten Schriften zu studieren“, die auf Tradition und alten Zeiten fundierten.

Nein, und darin war sich der überwiegende Teil der CDU-Parteiführung einig, wenn sie zukünftig den Menschen eine zeitgemäße, gesellschaftliche und politische Orientierung geben wollten, so mussten die christlichen Werte auch zeitnah und neu interpretiert werden.

Früher für alle selbstverständlich, nun aber neu und so schwierig, doch für die bis heute „Dabeigewesenen“ rückblickend immer noch faszinierend und aufregend.



Die „68er“ Jahre im Spiegelbild der Ereignisse

Ab den 70er Jahren veränderte sich Gesellschaft- und Politikverhalten.

Auch von 1961 bis 1973 hatte Ernst Lambeck die Schwelmer CDU sehr stark geprägt. Durch seine Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit als Vorsitzender (seit 1951) verstand es Ernst Lambeck meisterhaft, neue Mitglieder für die Schwelmer CDU zu gewinnen.

So konnte die CDU ihren Mitgliederstand zwischen 1961 und 1972 mehr als verdoppeln. Gezielt hatte Ernst Lambeck Bürger aus den verschiedensten Schichten und Gruppierungen der Stadt Schwelm angesprochen, sich aktiv an der Kommunalpolitik zu beteiligen.

Er gewann u.a. den Rechtsanwalt und Notar Karl-Heinz Schmerfeld für eine Ratstätigkeit. Karl-Heinz Schmerfeld war neben seiner Tätigkeit in der CDU maßgeblich in der Sportbewegung tätig, so als langjähriger Präsident des Westdeutschen Handballverbandes.

Auch einen der bedeutendsten Unternehmerpersönlichkeiten aus Schwelm, Wilhelm Erfurt, überzeugte Ernst Lambeck, dass auch Unternehmer mitgestaltend im politischen Raum tätig werden sollten.

Dieses vielfache Fachwissen spiegelte sich so auch im Wahlergebnis bei der Kommunalwahl 1970 wider. Bei dieser Wahl gewann die CDU 5 Mandate hinzu.

Zeitgemäße Wege beschreiten, das sollten keine Papiernotizen bleiben. Und so zeigten in der Folgezeit die Mitglieder Mut, in dem sie der immer stärker nach vorne strebende Jugend bei Vorstandswahlen ihr Vertrauen schenkten.

Es bildetet sich nun eine Mannschaft, die unter der Führung des neuen Fraktionsvorsitzenden Leonhard Kuckart aus

acht altbewährten und aus acht neuen Kommunalpolitikern bestand.

In der Jahreshauptversammlung 1971 beendete der langjährige Fraktionsvorsitzende Dr. Wilhelm Wiesemann (von 1953-1970) seine aktive Laufbahn. Er wurde durch die Überreichung einer von Heimatkünstler Hans Dost gefertigten Urkunde und einem Blumenstrauß für Engagement und Leistung geehrt.

Zu den jungen Mandatsträgern gehörten Friedrich Wilhelm Nockemann und Paul Frech.

Genauso änderte sich im gleichen Jahr der Vorstand der CDU-Ortsunion:

Ernst Lambeck blieb zwar noch für zwei Jahre 1. Vorsitzender der CDU, doch mit Friedrich-Wilhelm Nockemann als 2. Vorsitzender drängte die Jugend nach. Georg Kurek als Kassierer, Kurt Krause als Schriftführer und Gustav Mann als Ehrenvorstandsmitglied komplettierten 1971 den neuen Vorstand.

Hinzu kamen 10 Beisitzer, sowie der Vorsitzende der Schwelmer CDU-Ratsfraktion Leonhard Kuckart.

Neue Wege beschreiten hieß 1971 aber auch schwerpunktartige Themen im Rat bürgernahe Anträge einzubringen und in Arbeitskreisen zu arbeiten.

Ein Antrag der Ratsfraktion beinhaltete ein Gesamtkonzept für mehr Altenhilfe, welches von der Jungen Union ausgearbeitet worden war. Hier eingeschlossen war auch ein fahrbarer Mittagstisch.

Dem Protokollbuch der CDU entnehmen wir:

„... obwohl der Antrag im Sozialausschuss immer noch auf seine endgültige Beratung wartet, werden Teile daraus bereits verwirklicht und die hilfebedürftigen Menschen mit einer warmen Mahlzeit versorgt. Dieser jetzt endlich ange -



Rats- und Sitzungsgelder, sowie ein Teil der Aufwandsentschädigung für stellv. Bürgermeister wurden in den 70er Jahren freiwillig in die Parteikasse eingezahlt.

laufene, fahrbare Mittagstisch geht auch wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, der Bürgermeister sei der Initiator, auf eine Initiative der JU zurück...“

Auch in den Arbeitskreisen wurde sehr intensiv gearbeitet. Da war als erstes der Arbeitskreis „Wirtschaft und Struktur“, den die Ratsmitglieder Otto Müller und Wilhelm Enunt leiteten.

Arbeitskreis 2, „Jugend und Soziales“ hatte Ratsmitglied Paul Frech übernommen. Für den Arbeitskreis 3, „Schule und Kultur“ war Ratsmitglied Ernst Hüsken federführend und den 4. Arbeitskreis „Sport und Freizeit“ leitete Ratsmitglied Hans Bühlhoff.

Als besonderes „Highlight“ muss auch die eingerichtete CDU-Geschäftsstelle in der Hauptstraße genannt werden, deren Kosten ohne erhebliche finanzielle Aufwendungen aus Sitzungsgel -

dern und freiwilligen Spenden nicht zu stemmen gewesen wäre.

Der alljährlichen Neujahrsgruß von Ernst Lambeck endete mit den Worten:

„... dieser Gruß. erscheint mit dem Ziel ein noch stärkeres Interesse und eine noch bessere Verbindung zu den Mitgliedern zu suchen und auch zu finden. Dieser Gruß gilt besonderes all denjenigen, die nur wenig an dem Parteileben teilnehmen können.

Erfreulich vollzog sich die Werbung neuer Mitglieder. Das Ergebnis ist gut, und gibt Mut für die Zukunft. Die neuen Mitglieder seien herzlich willkommen. Ich wünsche dass sie in der CDU immer ihre politische Heimat finden mögen..

Helfen Sie alle mit, unsere Ziele zu erreichen: Durch Beharrlichkeit und politische Aktivität. Denn schon im Wollen liegt Gelingen“.

Bundestagswahl 1972

Den Optimismus für einen baldigen CDU Regierungswechsel bei der Bundestagswahl 1972 erfüllte sich nicht so, wie Lambeck es sich gewünscht hatte. Zwar erreichte die CDU mit 44,9 % ein respektables Ergebnis, doch die SPD hatte diesmal „die Nase vor“ und erreichte 45,8% - acht Mandate mehr.

Dieses gute Wahlergebnis lag wohl in der Mitgliederstruktur und den Aktivitäten der SPD-Ortsverbände begründet, die satzungsgemäß wesentlichen Einfluss auf das politische Geschehen nehmen konnten. Dagegen befanden sich die CDU-Ortsverbände noch in der Erneuerung eines strukturellen Aufbaus und waren so noch relativ schwach.

Ein weiterer Punkt des SPD Erfolges war sicherlich auch das im Juni 1970 herabgesetzte Wahlalter von 21 auf 18 Jahre. Damit wurde vielen der SPD zugetanen jungen Leuten drei Jahre früher als sonst, die Teilnahme an einer Wahl ermöglicht.

Auch die Ortsunion verändert sich

Den 1. Januar 1972 möchte ich als großen Einschnitt, ja vielleicht sogar als Stichtag im politischen Leben der CDU-Ortsunion benennen. Zwar war die „alte Garde“ mit Ernst Hüsken, Maria Knobe, Otto Müller, Gregor Spormann und Rudi Speckenbach noch mehrheitlich im Rat der Stadt vertreten, doch der „Aufstieg“ der Jungen - und damit das Abschneiden so manchen alten Zopfes - war nicht mehr aufzuhalten.

U.a. mit Walter Braun, Hans Bülhoff, Leonard Kuckart, Paul Frech, Georg Kureck und Friedrich Wilhelm Nockemann war eine neue Generation herangewachsen, die unkonventionell klar und kompetent CDU-Politik machten und vertraten.

Sie scheuten auch keine politische Auseinandersetzungen, sei es mit den „alten“



CDU-Mitgliedern oder mit dem politischen Gegner. Hinzu kam, dass der Aufstieg der „Jungen“ auch durch den großen Aderlass älterer Mitglieder forciert wurde, die 1971 verstarben, .

Es waren die Mitglieder Ludwig Jenemann, über Jahre stellvertretender Bürgermeister und Gründungsmitglied, Ratsmitglied Walter Degenhardt, der stellvertretender Oberkreisdirektor und Gründungsmitglied Wilhelm Jacoby, sowie Wilhelm Klapper und Bernhard Gorzysky.

Wie gesagt, man scheute die politische Auseinandersetzung nicht. Die Kommunalwahl 1975 schon fest im Blick, waren es wieder einmal die Jungen, und ganz besonders Fraktionsvorsitzender Leonard Kuckart, der

die mit Mehrheit regierende Rats-SPD ob ihres demokratischen Missverhaltens scharf angriff.

Im Archiv fand ich einen Brief vom 12. April 1972, der dieses beweist. Da heißt es:

Liebe CDU Mitglieder, liebe Bürger

Wie gut oder schlecht das demokratische Verhalten einer Partei ist, kann man sehr oft an ihren personellen Entscheidungen messen.

Das gilt insbesondere für den kommunalen Bereich, in dem fast ausschließlich sachbezogene und keine parteipolitischen Entscheidungen zu treffen sind.

Dieser Sachbezogenheit sollten auch personelle Fragen untergeordnet werden, denn nur so wird man den kommunalen Belangen und Wünschen der Bürger gerecht. In unserer Stadt legt die Mehrheitspartei SPD seit geraumer Zeit keinen Wert mehr auf diesen guten und notwendigen demokratischen Stil.

Hier die Beweise:

1. Nach dem Tod unseres Parteifreundes und stellvertretenden Bürgermeisters Ludwig Jennemann wird diese Position nunmehr von einem Mitglied der SPD-Fraktion eingenommen. Damit stellt die SPD alle drei Bürgermeister und schließt fast 44% der Bevölkerung von der Repräsentation aus.

2. Aufgrund einer Absprache zwischen den Fraktionen wurde der stellvertretende Vorsitz im Hauptausschuss der CDU zugestanden. Diese Absprache hat die SPD gebrochen und diese Position mit einem Mitglied ihrer Fraktion besetzt.

3. Im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Ennepe-Ruhr (VER) verfügt die Stadt Schwelm über einen Sitz. Es ist selbstverständlich, dass dieser Sitz von der stärksten Fraktion beansprucht wird.

Genau so selbstverständlich sollte es aber auch sein, dass der Stellvertreter hierfür von der zweitstärksten Fraktion, der CDU, gestellt wird. Nicht so in Schwelm, hier stellt die SPD beide Kandidaten.

Warum macht das die SPD? Seit der letzten Kommunalwahl fürchtet die SPD in Schwelm um ihre Mehrheit; sie ist nervös und gereizt.

Die gute sachliche Arbeit der CDU-Fraktion und ihre kommunalpolitischen Aktivitäten sorgen für die Unruhe in der SPD. Ihre Fraktion wird nachweislich



immer unsicherer, und dadurch auch immer unsachlicher.

Aus diesem Grunde ist es unerträglich, dass alle noch so sachlich und begründeten Anträge der CDU-Fraktion abgelehnt werden.

Leonhard Kuckart weiter: Wir empfinden diese Entscheidungen gegen die CDU unverstündlich. Nur werden sich diese Gepflogenheiten noch als Bumerang erweisen, da die SPD das feine Gespür der Bevölkerung unterschätzt!

Trotz dieses unqualifizierten Verhaltens der SPD wird sich die CDU-Fraktion kei-

nen Augenblick von ihrer verantwortungsbewussten und sachlichen Arbeit abbringen lassen.

Das steigende Vertrauen unserer Schwelmer Bürger wird uns Ansporn zu weiteren Aktivitäten sein.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, dass unsere Sorge vorrangig der Zukunft unserer Stadt und ihrer Bürger gilt. Unser persönlicher Einsatz gilt einem modernen und liebenswerten Schwelm.

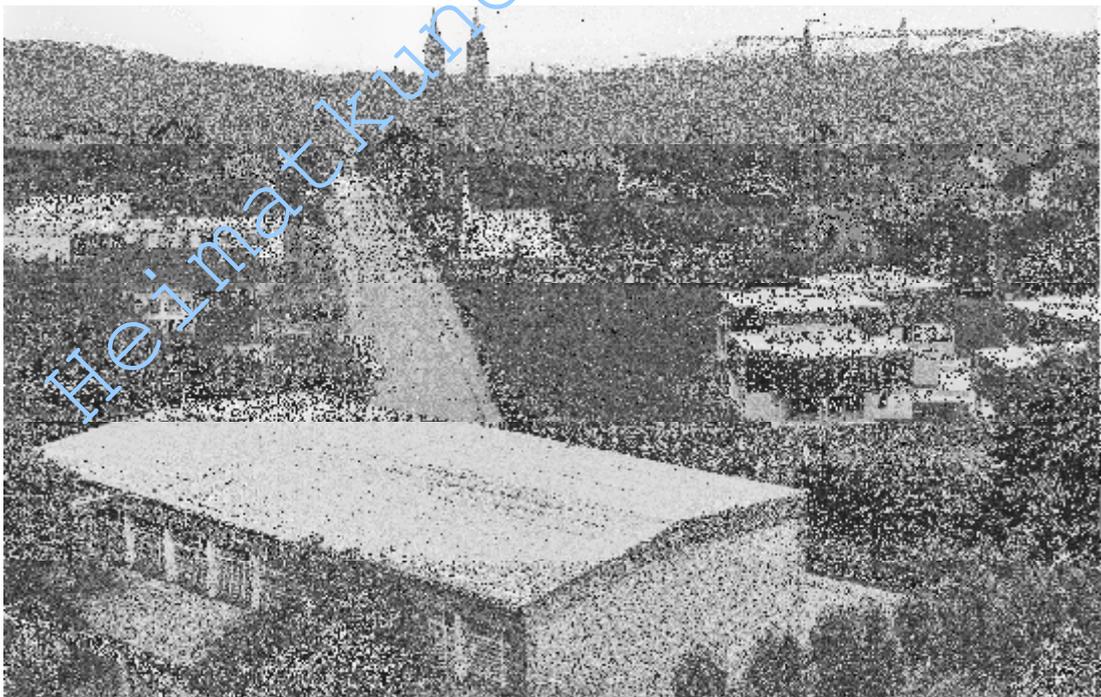
*gez. Leonhard Kuckart
CDU - Fraktionsvorsitzender*



Der heutige Märkische Platz an der Kreuzung Bahnhofstr. / Untermauerstr.
mit Blick auf die 1968 gesprengte Marienkirche



1970: Leonhard Kuckart MdB
wird für die Schwelmer CDU
Fraktionsvorsitzender
1968: Behelmung der
Christuskirche
1969: Blick auf Westfalen-
damm. Vorne die Turnhalle
der neuen Realschule



Ernst Lambeck verabschiedet sich mit dem letzten Weihnachtsrundbrief im Dezember 1972 als Vorsitzender

Am Ende seines aktiven, politischen Lebens schrieb Ernst Lambeck im Sylvesterrundbrief seinen CDU-Mitgliedern sozusagen als Vermächtnis:

„Das Wahlergebnis vom 19. September 1972 braucht uns nicht zu entmutigen. Zwanzig Jahre kämpfte die SPD um die Macht, um nun mit der FDP zu regieren. Die Zeit wird lehren, ob die Ostverträge, der Grundlagenvertrag und als Alternative ihre links gerichtete Ideologie, über die die Befürworter heute schon bedenkliche Gesichter machen, für die Menschen spürbare Verbesserung bringen. Die CDU als Opposition wird ihr Wächteramt sehr ernst nehmen“

Am 28. März 1973 lud Ernst Lambeck zum letzten Mal als Vorsitzender der CDU die Mitglieder zur Jahreshauptversammlung ein.

Bei den Vorstandswahlen vollzog sich an der Spitze der Partei ein als mutig zu nennender Generationenwechsel. Neuer 1. Vorsitzender wurde der junge Friedrich Wilhelm Nockemann und als Schriftführer Paul Frech gewählt.

Und sie legten sofort pragmatisch los. Das was sich die Mitglieder seit Jahren gewünscht hatten, eine neue, großräumigere Geschäftsstelle, wurde in Angriff genommen. Im ehemaligen Cafe Koch wurde man fündig und konnte schon bald „Erfolg“ melden. Am 9. Juni 1973 schrieben sie an die Mitglieder.

Liebe Parteifreunde,

sehr wahrscheinlich werden Sie schon aus der Presse (oder aus der letzten Mitgliederversammlung) erfahren haben, dass die CDU Schwelm ein neues Geschäftslokal angemietet hat. Die

neuen Räumlichkeiten bieten nicht nur mehr Platz sondern auch mehr Möglichkeiten für die Arbeit der CDU-Ortsunion. Im Besonderen sollen zukünftig auch bestimmte Zielgruppen (Vereine, Verbände, Organisationen, Nachbarschaften) zu einem Gedankenaustausch eingeladen werden. Bei diesen vorgesehenen Gesprächen möchten wir Sie, falls Sie Mitglied einer der oben erwähnten Vereinigungen sind, bei der Gesprächsvorbereitung mit einbeziehen.

Für die zukünftige Arbeit der CDU-Schwelm ist es von sehr großem Interesse, welche Vorstellung Sie als Mitglied der CDU von dieser Arbeit haben. Deshalb würden wir uns freuen, wenn Sie den beigelegten Fragebogen beantwortet zurücksenden. Für Rückfragen stehen Ihnen die Unterzeichner zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Werner Maikranz - Paul Frech



Cafe Koch an der Ecke
Hauptstraße / Obermauerstraße

Mit der Fertigstellung der neuen Geschäftsräume im Cafe Koch Hauptstraße 26 konnten am 9. Juni 1973 auch wieder „Sprechstunden für die Bürger“ abgehalten werden. An diesem Tage versahen diesen Dienst das Ratsmitglied Paul Frech und der Fraktionsvorsitzende Leonhard Kuckart.

Den Sylvesterrundbrief 1973 schrieb am Jahresende der Vorsitzende Friedrich Wilhelm Nockemann.

Verbunden mit den besten Wünschen zum neuen Jahr bedankte er sich im Namen der CDU noch einmal ganz herzlich bei allen Beteiligten, die es in ihrer Freizeit ehrenamtlich ermöglicht hatten, die neuen Geschäftsräume herzurichten. Besonders lobte er auch die Spenderinnen und Spender, die „so manche Mark“ gegeben hatten, um das komplette Inventar in der Geschäftsstelle kaufen zu können.

Besondere ehrende und dankend Worte fand Friedrich Wilhelm Nockemann für den langjährigen Vorsitzenden Ernst Lambeck, der aus gesundheitlichen Gründen auf eine neuerliche Wiederwahl als Vorsitzender verzichtet hatte.

Dann schwor Friedrich Wilhelm Nockemann die CDU-Mitglieder auf das Wahljahr 1975 ein, indem er von ihnen ganzen Einsatz erbat. Er schloss mit den Worten: „Ich wünsche mir im nächsten Jahr eine stetige Aufwärtsentwicklung, damit wir auf einen positiven Ausgang der Landtags- und Kommunalwahlen im Mai 1975 hoffen können...“

In dem neuen Geschäftslokal konnte nun auch wieder der sehr beliebte „Altentreff“ stattfinden. Desgleichen traf sich hier auch wieder die CDU-Frauenvereinigung auf Kreisebene, in der sich die Schwelmerin Maria Grötschel sehr aktiv einsetzte.

Ob ihres Einsatzes wurde Maria Grötschel 1974 in den Bezirksvorstand der Frauenvereinigung der CDU gewählt.

Auch im Vorstand die CDU-Ortsunion hielt man das Engagement der Frauen für sehr wichtig. So schrieb Paul Frech in einem Rundbrief 1974 ein offenes Wort an alle weiblichen Mitglieder der CDU-Schwelm und an die Ehefrauen der Mitglieder:

„... dass die Frauen eine große Hilfe in der Partei seien. Doch leider stellten wir in der Vergangenheit fest, dass u. E. viel zu wenig Frauen unserer Partei die nötige Hilfe und Unterstützung gewährten. So sind wir der festen Überzeugung, dass sich für die Zukunft sicherlich noch manches verbessern lässt.“

Es ist uns klar, dass nicht jedes Mitglied aktiv tätig sein kann, aber vielleicht ist es der einen oder anderen unserer Damen möglich, sich mit kleineren Aufgaben zu befassen und zu beschäftigen, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Da sich die CDU als Dienstleistungspartei versteht, sind wir alle dazu aufgefordert, auch viele Dienste anzubieten.“

Besuchen Sie uns doch einmal in unserer Geschäftsstelle, Hauptstraße 26, in der samstags von 11.00 Uhr - 12.30 Uhr Kontakte geknüpft oder vertieft werden können. Wir freuen uns über Ihren Besuch!“

Sich an alle Mitglieder wendend, schloss Paul Frech mit den Zeilen:

„Wir haben aber auch an alle die dringende Bitte: Nehmen sie an unseren Veranstaltungen auf Ortsebene teil, um auch da die Geschlossenheit der CDU nach außen hin unter Beweis zu stellen.“

Wenn sie Anregungen haben oder Kritik an getaner oder unterlassener Arbeit üben wollen - der Schwelmer CDU-Vorstand ist dafür aufgeschlossen.“

Was aber zur besonders Freude Anlass gab, waren die regelmäßigen Treffen der Jungen Union.

Selbst kommunalpolitische Seminare wurden abgehalten. So fand z.B. im Januar 1974 eine Veranstaltung unter dem Thema „Jugend und Sozialpolitik in der Gemeinde“ mit dem Referenten Dr. Bernhard Happe, aus der EN-Kreistagsfraktion statt. Diese Veranstaltung fand großen Anklang.

Diese Seminarreihe fand am 7. Juni 1974 ihre Fortsetzung, als Friedrich Vogel MdB im Kreishaus zum Thema: „25 Jahre Grundgesetz“ referierte.

„Die Bude zum Bersten voll“ war die Schlagzeile am 12. Juni 1974 in der SZ über die Liveübertragung der Eröffnung der Fußball-Weltmeisterschaft am „Josefshof“ bei Mitglied Horst Mexner. Hierzu hatte die Junge Union mit Spießbraten und Geselligkeit eingeladen.

Das absolute „Highlight“ für die Junge Union aber war die von Paul Frech organisierte Berlinfahrt der Jungen Union des ganzen Enne-

pe-Ruhr-Kreises. Hier hatten auch Nichtmitglieder die Möglichkeit, daran teil zu nehmen.

Erschütternd, ja geradezu beklemmend, waren die Eindrücke, die die jungen Leute von der Besichtigung der Mauer eines gewaltsam geteilten Deutschlands mit nach Haus brachten.

Was wäre aus 1974 noch zu vermelden?

Zum ersten Mal wurde miteinander gefeiert. Der „Tanz in den Mai“ im Saal des Kolpinghauses mit den „Kaals“ erfreute Mitglieder und Gäste ebenso wie das einige Monate später stattfindende „Herbstfest“.

Bei der Kreisversammlung der CDU am 11. Mai 1974, bei der die Anwesenden Leonhard Kuckart und Paul Frech als Delegierte zur Bezirks- und Landesversammlung der CDU und den Vorsitzenden der Schwelmer CDU, Friedrich Wilhelm Nockemann, zum stellvertretenden Delegierten wählten.

Auf dieser Versammlung wurde auch das neue kommunalpolitische Grundsatz-

Die Kaals: Norbert Rademacher, Bernd Oesterling und Klaus Peter Schmitz

Sie sorgten seit ihrer Gründung 1968 bis in das 20ste Jahrhundert hinein mit wechselnder Besetzung für viel Frohsinn und gute Laune.

Mit ihren deftigen, aber immer von Zoten freien, selbstgetexteten Liedern waren sie gern gesehene Musiker.

In Erinnerung ist insbesondere die musikalische Geschichte über die Entstehung der Schwelmer Nachbarschaften geblieben.



programm (1975) vom Kreisvorstand den Ortsverbänden zur Diskussion vorgelegt. Da sich dieses Programm durch einen betont liberalen Grundzug auszeichnete, sollte es laut Beschluss auch allen CDU-Mitgliedern in Schwelm zugestellt werden.

In einem Begleitrundschreiben führte Leonhard Kuckart aus:

„Wenn die CDU die Kommunal- und Landtagswahlen im kommenden Jahr gewinnen will, dann muss es ihr gelingen, alle Parteimitglieder zu aktivieren und durch Informations- und Bildungsveranstaltungen zu wertvollen Multiplikatoren christlich demokratischer Politik zu machen. Bitte bringen Sie Ihre Verbundenheit mit der CDU und den politischen Vorstellungen der CDU damit zum Ausdruck, dass Sie möglichst

alle angebotenen Veranstaltungen besuchen. Die CDU geht 1975 in den Wahlkampf mit dem Versprechen, das jeder in unsere Stadt seine Persönlichkeit frei entfalten kann. Deshalb lehnt die CDU eine zentralgesteuerte und verordnete Planwirtschaft rigoros ab. Das Gleiche gilt für Schul- Vereins- und Kulturpolitik. Wir werden alles dafür tun, das es der CDU gelingt, hierfür eine möglichst große Zustimmung zu bekommen.“

Die Sparkassen - Affäre

Das Thema Nr. 1 im Vorwahlkampf aber war die sogenannte Sparkassenaffäre. Was war der Anlass? Durchgesickert war, dass Vorstandsnmitglieder der Sparkasse und Mitglieder des Sparkassenverwaltungsrates, teilweise SPD Mitglieder, sich zum Bau ihrer Eigenheime besonders günstige Darlehen zugebilligt



Landtagswahl 1966: MdB Friedrich Vogel, und sein Team vor der Geschäftsstelle der Schwelmer Zeitung

hätten ...und dass mit Billigung der übrigen SPD-Verwaltungsratsmitglieder, die dort die Mehrheit hatten.

Hierzu nahm Paul Frech in den CDU-Vereinsnachrichten vom 29. Mai 1974 Stellung. Er fasste die Ereignisse wie folgt zusammen:

„Immer wieder werden Vorstand und Ratsmitglieder der CDU-Schwelm von Bürgern und Parteifreunden daraufhin angesprochen, dass die Haltung der Ratsfraktion in der sogenannten Sparkassenaffäre nicht eindeutig und fest genug sei, so dass bei einigen der Eindruck entstanden ist, dass Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Sparkasse zu schonend behandelt werden.

Hierzu möchte Ihnen die CDU mitteilen, welche Initiativen bis zum heutigen Zeitpunkt von der CDU-Ratsfraktion zur Sparkassenaffäre beschlossen und eingeleitet wurden:

1. Auf Antrag der CDU-Fraktion im Hauptausschuss wurde der Tagesordnungspunkt "Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse" von der Tagesordnung abgesetzt.

2 Die CDU unterstützt den Antrag der FDP auf Einsetzung eines Sonder-Ausschusses zur Klärung der Vorkommnisse bei der Städt. Sparkasse.

3. Die CDU hat einen eigenen Antrag eingereicht, der zukünftig sicherstellen soll, dass von der Sparkasse nur noch dann Kredite an Verwaltungsratsmitglieder vergeben werden dürfen, wenn sie im Sparkassenverwaltungsrat einstimmig so beschlossen wurden.

4. Mitglieder des Sparkassenverwaltungsrates mit den CDU-Vertretern im Sonderausschuss führten ein Informationsgespräch mit einem Vorstandsmittglied einer der größten Sparkassen in

Nordrhein-Westfalen. Hier wurden zur Klärung der Rechtslage zu den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen Gespräche geführt!

Insbesondere galten die Vorwürfe den Sparkassenvorstandsmitgliedern, sowie dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Döll und Mitgliedern des Verwaltungsrates, insbesondere dem Stadtdirektor Schulte.

5. Die CDU-Fraktion hat einen Antrag auf Abberufung des Vorsitzenden des Sparkassenverwaltungsrates, Stadtdirektor Paul Schulte in den Rat der Stadt Schwelm eingebracht.

6. In der Zwischenzeit haben verschiedene Mitglieder der Fraktion mit verschiedenen Stellen und in verschiedenen Gremien Gespräche geführt, die der Klärung und Entscheidungsfindung der Fraktion dienen.

Wir bitten alle CDU-Mitglieder, dafür Verständnis zu haben, dass eine abschließende, rechtliche, politische und moralische Wertung bei der Sparkasse erst dann erfolgen kann, wenn die mittlerweile eingeschalteten Untersuchungsinstanzen der ordentlichen Gerichte und der Dienstaufsichtsbehörden zu Ergebnissen gekommen sind.

Da sich die CDU als Partei versteht, die uneingeschränkt Recht und Ordnung in unserem Staat wahren will, kann sie nicht auch wenn es parteipolitisch für sie besser wäre, durch vorzeitige Stellungnahme während eines schwebenden Verfahrens diese Grundhaltung aufgeben.

Wie ging die Affäre aus?

Die Untersuchungsbehörden konnten keine gesetzliche Verfehlungen feststellen, da es im Ermessen einer jeder Sparkasse liegt, eigenständig Höhe und Laufzeit der Zinsen festzusetzen.

Hallenbadbau und Hallenbadbrand

Es gibt wohl nicht viele Ereignisse in Schwelm, die so dauerhaft während der Planungs- Bau- und Fertigstellungszeit an Zündstoff, Diskussion und Streit sorgten wie das „Unternehmen Hallenbadbau“ Anfang der 70er Jahre.

Schon in der Standortfrage des Bades, über Bauart und technischer Ausstattung war es im Rat der Stadt zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen!

Die Meinung der CDU fasste der Stadtverordnete Berger in einem Schreiben an die Schwelmer Zeitung folgendermaßen zusammen:

„... sollte eine Studienfahrt neue und wichtige Erkenntnisse für Hallenbaderbauer bringen...

In Anbetracht des großen und kostspieligen Objekts mit seinen laufenden Kosten nach der Errichtung, war es für uns ein selbstverständliches Erfordernis, die dabei gewonnenen positiven Erfahrungen, die andere Städte und Gemeinden gemacht haben, sorgfältig zu überprüfen. Diese Erfahrungen wollten wir bei dem Bau des Hallenbades verwirklichen.

Besonders ins Visier nahmen wir:

Die Größe des Schwimmbeckens, des Sprungturms bzw. der Sprungbretter, die Notwendigkeit eines Lehrschwimmbeckens mit oder ohne versenkbarem Boden, Tribüne für Besucher bei Schwimmveranstaltungen und die damit verbundene Ausgabestelle von Eintrittskarten. Auch machten wir uns sachkundig über die Errichtung eines Erfrischungsraums und der Rationalisierung von Personalkosten.

Aus diesem Grund war schon die Besichtigung anderer Bäder in anderen Städten eine wichtige und eine gute Sache.

Die CDU ist auf Grund der Besichtigung zu nachfolgender Erkenntnis gekommen:

Als erstes war uns die Tatsache aufgefallen, dass fast alle besichtigten Hallenbäder an der Orts-Peripherie weiträumig inmitten großer angepflanzter Grünflächen mit einem Strandbad, (auch beheizbar) kombiniert lagen.

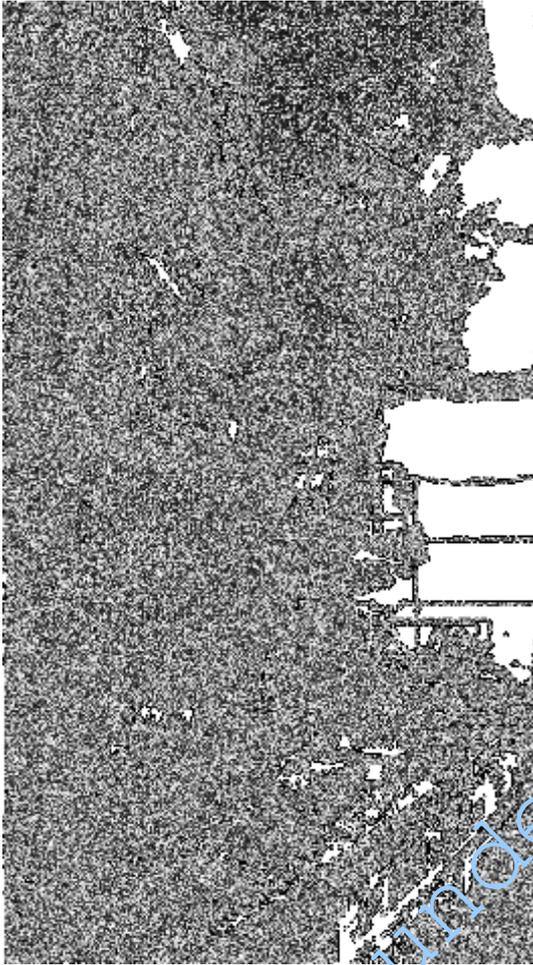
Nach Befragung der zuständigen Verwaltungsorgane wird durch diese Kombination der Bäder eine bessere Wirtschaftlichkeit und besonders ein rationellerer Einsatz des Personals erreicht. Das sei im Hinblick auf die laufenden Unterhaltskosten von entscheidender Bedeutung.

Die CDU fragt sich deshalb, ob die Errichtung des Hallenbades auf dem bereits vorgesehenen Gelände des alten Bauhofes sinnvoll und am kostengünstigsten ist. Das ist nach den neu gewonnenen Erkenntnissen zu bezweifeln.

Die vorgebrachte Argumentation, dass die zentrale Lage besonders wünschenswert und erforderlich sei wegen der Nähe der Schulen, des Bahnhofs, des irgendwann einmal vorgesehenen Omnibus-Bahnhofes und nicht zuletzt die bequeme Erreichbarkeit des Bades für Fußgänger, kann nicht allein entscheidend sein.

Auch sieht die CDU die Besucherzahl nicht dadurch vermindert, wenn das Hallenbad in Kombination mit dem bereits bestehenden Strandbad mit angeschlossener Sauna erbaut würde. Im Gegenteil! Der benötigte Platz wäre vorhanden. Die Entfernung würde dem Besucherstrom keinen Abbruch tun, was bei der Studienfahrt von den Verantwortlichen anderer Bäder in ähnlicher Lage immer weder bestätigt wird.

Unser Strandbad mit Sauna und Gastro-



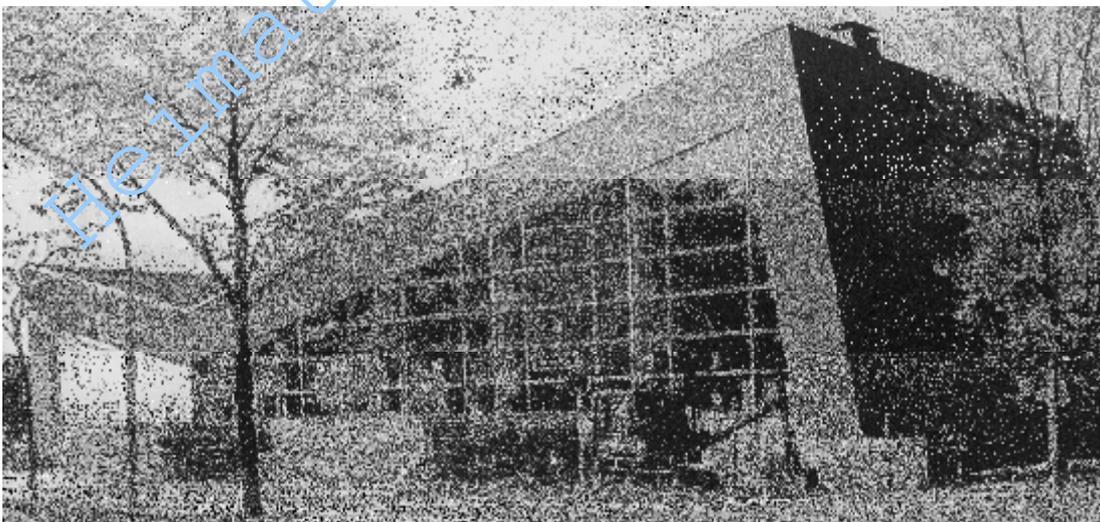
(oben) Hallenbadbrand und das
(unten) fertiggestellte Bad

nomie liegt im Erholungsgebiet. Viele hiesige und auswärtige Besucher werden diese Gelegenheit wie bisher nutzen, um sich nach einem erfrischenden Bad in dem schönen Schwelmewald und darüber hinaus zu ergehen.

Unsere Empfehlung an den Rat der Stadt Schwelm: „Der Rat der Stadt Schwelm möge die Zusammenlegung des Hallenbades mit dem Schwelmebau als Kombination für unsere Bürger und Gäste beschließen, denn dieser Beschluss bewirke eine wirklich erstrebenswerte Oase der Erholung.“

Doch die SPD mit ihrer Mehrheit setzte sich für den geplanten Standort durch. Ausschlaggebend gegen den Antrag der CDU war letztlich, - man glaubt es heute kaum -, das Argument, dass das Hallenbad sehr günstig für die Beschäftigten des Schwelmer Eisenwerks läge und diese von der Arbeit ohne Umschweife sich im Bad duschen und entspannen könnten. - Anmerkung: Ein paar Jahre später schloss das Eisenwerk!

Nachzutragen wäre noch der vernichtende Großbrand des Hallenbades, der 1973 kurz vor der Fertigstellung zu einer Monate dauernden Verzögerung der Fertigstellung und Inbetriebnahme führte.



§ 218 und die Demo für das Leben - Damit beginnt für Gisela Gutknecht und Martha Feltkamp ihr CDU Enga- gement

Gehen wir zurück in den September des Jahres 1973. An diesem Tage machen sich zwei Frauen nach Bonn auf, um „für das ungeborenen Leben“ zu demonstrieren. Wieder einmal stand der § 218 im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Die Befürworter und die Gegner des § 218 hatten zur einer Demo und einer Antidemo geladen.

Hier beginnt das politische Engagement von Gisela Gutknecht und Martha Feltkamp, die mit ihrer Art Politik zu machen, vehement in die etablierte Männerwelt einbrechen.

1975, als die RAF den Berliner CDU - Landesvorsitzenden Peter Lorenz entführte und mit seinem Tode drohte, bezeichneten die Vertreter aller Parteien das menschliche Leben als das höchste Gut.

Das nahm die Schwelmer CDU-Ortsunion zum Anlass, in einem Rundbrief, in dem Gutknecht und Feltkamp ihre Einstellung mit einbrachten, folgende Zeilen zu senden und ihren Standpunkt allen Empfängern zu bekunden.

Da hieß es: „Das menschliche Leben ist das höchste Gut. Dieser Aussage kann man uneingeschränkt zustimmen, und sie gilt für alles menschliche Leben...

Nachdem der Wert des menschlichen Lebens durch diese scheußlichen Ereignisse wieder einmal unübersehbar in das Bewusstsein aller Bürger gerückt ist, müsste es auch möglich sein, über die Problematik des § 218 mit dem gebotenen Ernst zu sprechen.

Man wird der Bedeutung dieser Frage

dem Ausspruch des Bundes SPD - Fraktionssitzenden Herbert Wehner folgt, der nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe den Befürwortern der Abtreibung (Mein Körper gehört mir!) „Mut“ machte und sagte: "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Wir, die Abgeordneten der SPD, lassen euch Frauen nicht im Stich."

Die Schwelmer CDU war der Meinung, und ist es noch bis heute, dass bei einer Lösung des § 218 in jedem Fall zwischen dem Leben der Frau und dem ungeborenen Leben abzuwägen ist.

In beiden Fällen geht es um menschliches Leben und menschliches Leben ist unteilbar. Deshalb darf weder die Frau noch das ungeborene Leben im Stich gelassen werden.

Die Fristenlösung, die sich als verfassungswidrig herausgestellt hat, geht aber eindeutig zu Lasten des ungeborenen Lebens. Somit kann es nur darum gehen, eine Indikationslösung zu finden, die von der CDU schon immer vorgeschlagen worden ist.

Wir leben in einem sozialen Rechtsstaat, in dem soziale Probleme keine Rolle spielen dürfen, geschweige, entscheidenden Einfluss darauf haben, ob menschliches Leben zu erhalten ist oder nicht.

Die CDU-Ortsunion bekräftigt noch einmal, dass sie das menschliche Leben als das höchste Gut ansieht. Demzufolge ist sie auch in der Lage und bereit, in unserem Land diese soziale Problem zu lösen.

Die CDU wird deshalb zum § 218 eine Lösung anbieten, die der von allen Parteien unbestrittene Grundsatz gerecht wird und der heißt: „Das menschliche Leben ist das höchste Gut!“



Mit Martha Feltkamp (oben) und Gisela Gutknecht (unten) kam 1973 „Frauenpower“ in die CDU-Ortsunion Schwelm.

Vorwahlkampf 1974 / 1975

Nun aber wieder zum Wahlkampf 1975. Zu Beginn ließ Vorsitzender Fr. Wilhelm Nockemann im Sylvesterrundbrief noch einmal das Jahr 1974 Revue passieren, um danach die Mitglieder ganz auf das Geschehen des kommenden Jahres 1975 einzustimmen.

Friedrich Wilhelm Nockemann schrieb:

„Mit großer Freude haben Sie sicher von den Erfolgen unserer Parteifreunde in Hamburg, in Niedersachsen, in Hessen und in Bayern erfahren. Sicherlich hoffen Sie nun auch, dass uns 1975 in Nordrhein-Westfalen, im Ennepe-Ruhr-Kreis und in unserer Heimatstadt Schwelm ähnliche Erfolge gelingen werden. Ich glaube, die Weichen dafür sind gestellt.

Liebe Freunde, der Erfolg wird uns trotz aller Vorarbeiten nicht in den Schoß fallen. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten noch hart darum ringen müssen. Dazu brauchen wir mehr denn je Ihren persönlichen Einsatz. Wir brauchen neben den bekannten "Broschüren-Verteilern" und „Plakatklebern“ für den Wahlsonntag etwa 40 Parteifreunde, die bereit sind, in den Wahlvorständen der Wahlbezirke und den Briefwahlvorständen mitzuarbeiten.

Helfen Sie mit, dass uns am 4. Mai 1975 der Wahlsieg gelingt. Wer bereit ist, sich am 4. Mai 1975 für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen, melde sich bitte mündlich oder schriftlich beim Vorstand. Wir hoffen auf gute Resonanz, wir freuen uns auf Sie“.

Dann gab Friedrich Wilhelm Nockemann die Namen der Mitglieder des Wahlausschusses bekannt, die ihre Arbeit schon aufgenommen hatten: Neben dem Vorsitzenden Walter Braun, waren es Hans Bülhoff, Paul Frech, Ernst Hüsken, Leonard Kuckart und Friedrich Wilhelm Nockemann.

Nachfolgend gab der Wahlausschuss die Direktkandidaten für die 23 Wahlbezirke bekannt:

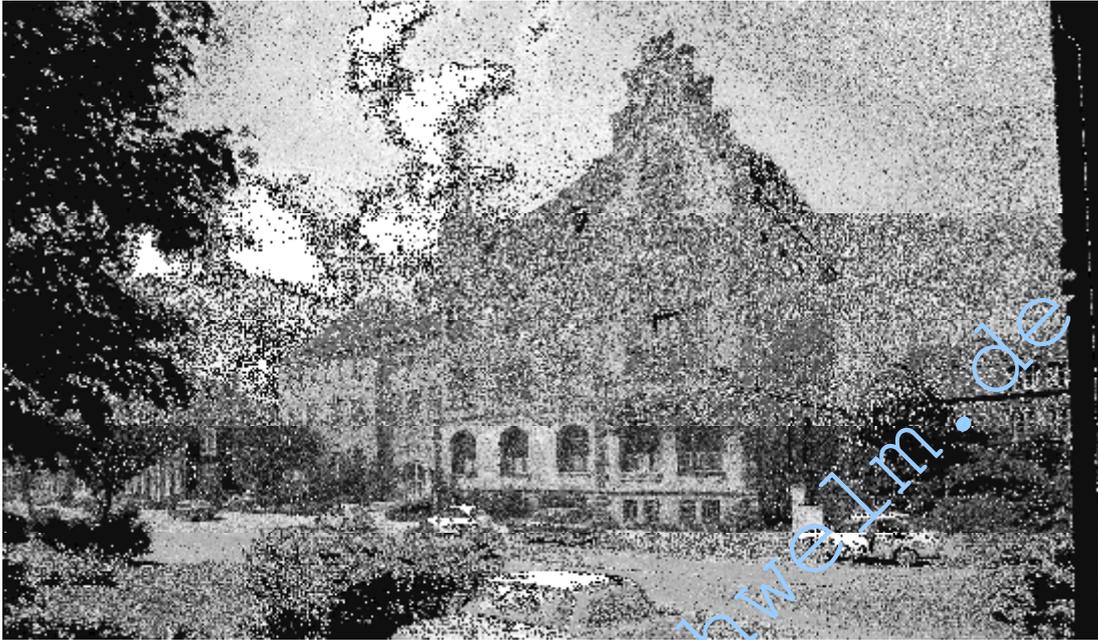
1. Lutz Hannuschka
2. Werner Maikranz
3. Walter Braun
4. Martha Feltkamp
5. Wolfgang Sors
6. Norbert Geilen
7. Gregor Spormann
8. Martin Lambeck
9. Karl Berger
10. Gisela Gutknecht
11. Ernst Hüsken
12. Kurt Krause
13. Rolf Steuernagel
14. Leonhard Kuckart
15. Georg Kureck
16. Paul Frech
17. Hans Stiens
18. Friedrich Wilhelm Nockemann
19. Maria Grötschel
20. Rudolf Speckenbach
21. Hans Bülhoff
22. Karl-Heinz Schmerfeld
23. Wilhelm Erfurt

Doch vor den Wahlen musste erst noch die politische Alltagsarbeit geleistet werden. Dabei kam es zu einem heftigen Streit mit der SPD, als die CDU die Beförderung von städtischen Beamten und Angestellten ablehnte.

Zur Begründung führte Leonhard Kuckart die Verfilzung zwischen SPD-Ratsmehrheit und Verwaltung, gewachsen in jahrzehnter absoluter Mehrheit an, die sicherlich nicht dem Wohle der Bürger diene.

Im Einzelnen argumentierte er:

„... Nun mag es auf den ersten Blick so scheinen, als ob die CDU-Fraktion Vorbehalte persönlicher Art gegen den Betroffenen haben würde. Dieser Schein trägt.



Das alte Kreishaus wurde am 9. März 1973 abgerissen. (Foto Friedhelm Bühne)

Es geht der CDU-Fraktion um die Sache. Deshalb hatten wir auch darum gebeten, über die Möglichkeiten sachlich bei der Beratung des neuen Haushaltsplanes 1975 zu sprechen.

Aber um die Sache geht es der SPD-Fraktion anscheinend nicht. Es muss der Eindruck aufkommen, dass sich die SPD-Fraktion das Wohlwollen leitender Beamter sichern will. Die Verfilzung zwischen Verwaltung und SPD-Fraktion wird wieder einmal offensichtlich.

Leonhard Kuckart erklärte es seinem Mitgliedern im Rundbrief detailliert:

„Die Stadt Schwelm befindet sich im Augenblick in in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation.

Die vielen städtischen Baumaßnahmen mit gleichzeitigen wegbrechenden Gewerbebeeinträchtigungen schließender Industriebetriebe haben die finanziellen Spielräume auf den Nullpunkt gebracht. Unserer Stadt fällt es somit immer schwerer, ihre Aufgaben zu erfüllen...

Immer mehr Arbeitnehmer in Industrie und Gewerbe bangen um ihre Arbeitsplätze. Nicht nur die Anzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter steigt rasant, sondern sie mussten sogar bei steigenden Preisen Einkommensverluste hinnehmen. Alle diese Sorgen und Nachteile berühren die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst nicht.

Bei dem Personenkreis, der auf Vorschlag des SPD-Stadtdirektors von der SPD-Mehrheit in den letzten Tagen befördert worden ist, handelt es sich nicht um soziale Härtefälle oder um schlecht verdienende Beamte und Angestellte. Die Beförderungen fanden alle im gehobenen und höheren Dienst statt.

Unabhängig von den Beförderungen, die neben einem anspruchsvollen Titel auch noch eine nicht unbedeutende finanzielle Verbesserung mit sich bringen, erhält dieser Personenkreis auch noch die allgemeinen tariflichen Erhöhungen, und zwar prozentual nun schon auf das neue erhöhte Gehalt.“

Kommunalwahl 4. Mai 1975

Es ist der 8. April 1975. Der Landes- und Kommunalwahlkampf geht mit dem Besuch Helmut Kohls, amtierender Ministerpräsident von Rheinland Pfalz, auch im hiesigen Ennepe-Ruhr-Kreis in seine entscheidende Phase.

Kohl, der im nächsten Jahr 1976 als Bundeskanzlerkandidat für die CDU mit dem Slogan „sozial, sicher und frei“ antritt, macht einen Abstecher nach Schwelm.

Über 300 Bürger sind gekommen, der Saal des Kolpinghauses birst aus allen Nähten. Umfallen - unmöglich!

Als Kohl den Saal betritt, brandet minutenlang Beifall auf. Nach seiner begeisterten Rede sehen die meisten Kohl schon 1976 als kommenden Bundeskanzler. „Ich komme wieder“ Dieses Versprechen sollte er 1980 einlösen.

Es wurde ein Wahlkampfhöhepunkt der besonderen Art, den nicht nur die CDU-Anhänger nicht vergessen sollten.

Am Wahlabend trafen sich die Protagonisten und viele der CDU-Mitglieder im Kolpinghaus. Gespannt erwarteten alle die Wahlergebnisse, die nach und nach per Telefon eintrafen. Die spannende Frage allenthalben: Schafft es die CDU die absolute Mehrheit der SPD zu brechen? Sie schaffte es!

Als das Wahlergebnis feststand und sich verfestigte, dass man 13 Direktmandate geholt hatte (die SPD hatte nur 10 bekommen) und auf Grund der Stimmenabgabe noch 7 Kandidaten der Reserveliste den Sprung in den Rat geschafft hatten, kannte die Freude keine Grenzen. Bis spät in die Nacht wurde dieses Ergebnis gefeiert. Die absolute Mehrheit gebrochen, aber den Wechsel im Bürgermeisteramt ver-

Die CDU holte 13 Mandate direkt in den Wahlbezirken:
2 durch Werner Maikranz, Ernst-Adolf-Straße 16a, Lehrer.
4 Martha Feltkamp, Friedrich-Ebert-Straße 89, Hausfrau.
5 Wolfgang Sors, Max-Klein-Straße 14, Kaufmann.
8 Martin Lambeck, Jahnstraße 9, Ingenieur.
11 Ernst Hüsker, Hattinger Straße 7, Angestellter.
13 Rolf Steuernagel, Kurfürstenstraße 23, kfm. Angestellter.
14 Leonhard Kuckart, Moltkestraße 29, kfm. Angestellter.
16 Paul Frech, Barmer Straße 37, Kaufmann.
17 Hans Stiens, Steinhauser Bergstraße 1a, Techniker.
18 Friedrich-Wilhelm Nockemann, Hauptstraße 46, Elektromeister.
20 Rudolf Speckenbach, Hauptstraße 19, Bandwirkermeister.
21 Karl-Heinz Schmerfeld, Oehder Weg 22, Rechtsanwalt und Notar.
22 Hans Bülhoff, Max-Klein-Straße 16, Kältemonteur.

passt. Leonhard Kuckart war in den nächsten Tagen „ein trauriger Held“, als er erfuhr, dass die SPD der FDP anbot, in den nächsten zwei Jahren ihren Kandidaten Egon Pohlmann zum Bürgermeister mit zu wählen und die SPD danach diesen in der Restzeit stellte. So war es.

Da Frau Maria Grötschel auf ihr Mandat laut Reserveliste der CDU verzichtete, kommen folgende sieben der CDU noch in den Rat:

Walter Braun, Friedrich-Ebert-Straße 5, Werkzeugmacher.

Wilhelm Erfurt, Dahlhausen 40, Fabrikant.

Karl Berger, Möllenkotter Straße 31, Handelsvertreter.

Georg Kurek, Barmer Straße 33, Expedient.

Gregor Spormann, Ulmenweg 3, Bauingenieur.

Werner Müller, Tannenstraße 3, Werkssanitäter.

Kurt Krause, Blücherstraße 3a, Realschullehrer.

So geschah es, dass Egon Pohlmann (FDP) von 1975 bis 1977 und Rainer Döring (SPD) ab 1978 Schwelmer Bürgermeister wurden.

Sehr unbefriedigend spiegelte sich das Wahlergebnis auch in den Ausschüssen ab. Die FDP, in fast allen Ausschüssen nur mit zwei Leuten vertreten, konnte bei Gleichstand von SPD und CDU (je sieben Vertreter) immer das Zünglein an der Waage spielen.

Damit standen nicht nur geplante Projekte der SPD zur Disposition, auch die CDU konnte ihr Vorhaben nicht ohne die FDP Vertreter umsetzen.

Ab sofort beeinflussten nun fünf über die Reserveliste in den Rat der Stadt eingezogene FDP'ler die Politik im Schwelmer Stadtrat.

Finanzausschuß

Heinz Berninger, Heinz Harke, Elmar Schäfer, Walter Siepman, Horst Stadie, Werner Weiland, Karl-Heinz Franke — alle SPD — Wilhelm Erfurt, Paul Frech, Georg Kurek, Werner Müller, F. W. Nockemann, Wolfgang Sors, Rudolf Speckenbach — alle CDU — Egon Pohlmann und Dr. Robert Seckelmann (beide FDP).

Also 16 Mitglieder, davon je 7 SPD und CDU, 2 FDP.

Rechnungsprüfungsausschuß

Für die SPD: Klaus Brügel, Alfred Schmiel, Werner Weiland, Rolf Zimmermann — für die CDU: Ernst Hüsken, Georg Kurek, Gregor Spormann, Rolf Steuernagel — FDP: Walter Hülsenbeck und Dr. R. Seckelmann.

Schulausschuß

SPD: Ruth Banisch, B. M. Treimer, Elmar Schäfer, Rainer Döring, Rudolf Steinbrecher, Willi Kappel, Hechler — CDU: Ernst Hüsken, Martin Lambeck, Werner Maikranz, K. H. Schmerfeld, Norbert Geilen, Gisela Gutknecht, Rolf Walter — FDP: H. P. Lange, Walter Hülsenbeck

Hier die Besetzung der drei wichtigsten Ausschüsse

Nachzutragen wäre noch, dass Leonhard Kuckart in die Landesversammlung, sowie Paul Frech in die Bundesversammlung der CDA gewählt wurden. Gleichzeitig wurden Kuckart, Frech und Nockemann als Delegierte in die CDU-Bezirksversammlung berufen.

Als am 18. Januar 1975 in Herbede der Zusammenschluss der CDU des Ennepe-Ruhr-Kreises mit Witten erfolgte, wurden Leonhard Kuckart als Kreisvorsitzender gewählt.

Als Beisitzer vervollständigten die Vertreter der Schwelmer Ortsunion Paul Frech und Friedrich Wilhelm Nockemann den Kreisvorstand.

Überraschungen bei Neuwahlen

Nach dieser aufregenden Kommunalwahl berief Friedrich Wilhelm Nockemann die am 23. September 1975 statt-

findende Jahreshauptversammlung.

Es war eine wichtige und richtungweisende Jahreshauptversammlung, denn der komplette Vorstand musste neu gewählt werden. Auch eine Erhöhung des Beitrages musste beschlossen werden.

Und so war das Wahlergebnis:

Vorsitzender.

Friedrich Wilhelm Nockemann

Stellvertreter: Hans Bülhoff und Maria

Grötschel - Geschäftsführer: Georg Kurek

- Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit: Paul Frech

Der Schwelmer Stadtrat im Jahre 1975



Beisitzer: Elisabeth Albano-Müller, Walter Braun, Eva Maria Förster, Gisela Gutknecht, Ernst Hüsken, Kurt Krause, Werner Maikranz, Wolfgang Sors, Marlis Veen, und Heinrich Wonneberg

Der Beitrag wurde auf 5 DM angesetzt, Über Freibeträge für Schüler und Rentner beschließt der Vorstand.

Im Fraktionsbericht wurde mitgeteilt, dass als Anträge die Erstellung einer Ortssatzung für die Altstadt, ein Antrag, die Vertreter des Stadtverbandes für Leibesübung in den Sportausschuss zu integrieren und eine grundsätzliche Analyse der Schwelmer Sportsituation gestellt wurden. Nockemann ergänzte:

„Die eingereichte Anfrage über die Gesamtkosten der Fußgängerzone steht noch aus.“

Unter Punkt Verschiedenes konnte Nockemann die Anmietung eines weiteren Raums und damit die Vergrößerung des Platzangebotes in der Geschäftsstelle vermelden. Besonderen Dank gebühre den vielen Mitglieder und dem unermüdlichen Einsatz der Jungen Union unter der Leitung von Werner Maikranz. Anfang des Jahres, wenn alles fertig sei, möchten wir an einem Tag der offenen Tür allen Mitgliedern und der Öffentlichkeit diese erweiterte Geschäftsstelle zeigen.



Nachtrag:

Die Junge Union zur Kommunalwahl am 4. Mai 1975:

Unter dem Motto: „Junge Union befürwortet die Spitzenkandidatur von Leonhard Kuckart plädierten die Mitglieder der Jungen Union für seine Kandidatur“.

Das beschloss die Junge Union in ihrer Mitgliederversammlung. Sie befasste sich mit der Personalplanung für die Wahl zum Rat der Stadt Schwelm am 4. Mai 1975.

Dazu schrieb die Junge Union an die Schwelmer Zeitung:

Die Junge Union meint, dass im Falle eines Wahlsieges der CDU, Leonhard Kuckart das Amt des Bürgermeisters der Stadt Schwelm in bester Weise als Repräsentant „aller“ Bürger unserer Stadt wahrnehmen kann.

Weiterhin beschloss die Versammlung, dass folgende Junge Union Mitglieder von der CDU auf der Reserveliste abgesichert werden sollten:

Paul Frech, Ratsmitglied und Vorsitzender des Jugendausschusses
Hans Bühlhoff, Ratsmitglied
Werner Maikranz, Vorsitzender der Jungen Union Schwelm
Hans Stiens und Wolfgang Sors, Vorstandsmitglieder der Jungen Union.

Die Junge Union wird im Wahlkampf alles daran setzen, dass endlich die Mehrheit in Schwelm durch eine bessere CDU-Mehrheit ersetzt wird.

Bundestagswahl 3. Oktober 1976

Nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Helmut Kohl und Bundeskanzler Helmut Schmidt gewinnt letzterer ganz knapp. Die Union erhält zwar mit 48,6 Prozent ihr zweitbestes Wahlergebnis und wird stärkste Fraktion, doch für einen Wechsel reicht es nicht. Denn die

SPD kann mit der FDP zusammen als rot-gelbe Koalition weiter regieren.

Es war „ein Kampf mit harten Bandagen“ zwischen CDU und SPD, denn Konjunkturlaute, Ölkrise, innere Sicherheit und hohe Arbeitslosigkeit begleiten den Wahlkampf. Der Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) hielt die ganze Bundesrepublik in Atem.

Auch die Renten-, Steuer- und Finanzpolitik waren Wahlkampfthemen, denn die Finanzierung des Sozialstaats war immer schwieriger geworden.

Zwar verfehlte am 3. Oktober 1976 Kohl den Wahlsieg nur knapp und Schmidt bleibt Kanzler. Doch die Wahl im Bundestag gewann er nur mit einer Stimme mehr als nötig. Kohl wechselte danach von Mainz nach Bonn.

Das alles überlagernde Thema der nächsten Monate bleibt aber die Frage nach der inneren Sicherheit, denn im so genannten „Deutschen Herbst“ erreichte der RAF-Terror 1977 seinen Höhepunkt.

Als Schmidt für den Nato Doppelbeschluss 1979 entscheidend mitwirkte, begannen Teile der eher links zuzuordnenden „Friedensbewegung“ sich von ihm abzuwenden.



Sitzverteilung Bundestagswahl 1976

Ehrung Speckenbach

Regierungspräsident Fritz Ziegler überreichte 1975 in den Empfangsräumen der Bezirksregierung in Arnberg zehn verdienten Persönlichkeiten den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, darunter auch dem CDU-Ratsmitglied Rudolf Speckenbach aus Schwelm. Der selbständige Bandwebermeister stammte aus einer alten Schwelmer Bandwirkerfamilie.

Durch sein Elternhaus zu sozialem Engagement geprägt, trat er 1946 in die CDU ein. Dort aber war er nie ein „Parteisoldat“ und unterwarf sich auch keinem Fraktionszwang, wenn es um Entscheidungen ging, die er nicht mit seiner christlich-sozialen Überzeugung in Einklang bringen konnte.

Rudi Speckenbach wollte nie etwas Besonderes sein, doch durch seine innere Einstellung gab er das Bild eines mit beiden Beinen im Leben stehenden Christen glaubwürdig ab.

Deshalb hatte er auch während seiner

Zeit als Politiker immer nur das Wohl der Allgemeinheit, speziell der Schwächeren im Sinn.

Wegen seiner Einstellung war er über 20 Jahre (seit 1946) im Arbeitskreis der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, ununterbrochen beratendes Mitglied und seit 1956 ihr Vorsitzender.

Viele Jahre tat Rudi Speckenbach mehr als seine Pflicht, oftmals aber so im Stillen, dass viele seiner eigenen Parteifreunde nicht wussten, was dieser Mann durch sein soziales Engagement alles bewirkte und schon bewirkt hatte.

Entsprechend seiner Verdienste stimmte der Ältestenrat im Schwelmer Rat auch für eine weitere Ehrung: Die Überreichung des Ehrenrings der Stadt Schwelm.

1972 erhielt Rudi Speckenbach wegen seines vorbildlichen und außergewöhnlichen sozialen Einsatzes zum Ehrenring der Stadt Schwelm noch den Ehrenteller der Stadt.



Rainer Döring überreicht Rudi Speckenbach Ehrenring und Urkunde

Heimatkunde-SchweIm.de

Die Innenstadtsanierung



**Von einer Fußgängerzone mit Pollern
und einem
Sparkassenneubau
Tod von Dr. Wiesemann**

Das Textilgeschäft Max Klein, Hauptstraße



Schweim. Die Junge Union teilt mit:

Der überwiegende Teil der Bevölkerung lehnt nach wie vor den Pavillon auf dem Bürgerplatz ab. Daher entschloß sich die Junge Union zu einer Unterschriften-sammlung.

Jeder Bürger hat hier die Möglichkeit, sich in eine Liste für oder gegen den Pavillon einzutragen.

Die Aktion findet an folgenden Tagen auf dem Bürgerplatz statt: jeweils Freitag, den 21. Nov. und 28. Nov., von 16-18 Uhr und jeweils Samstag, den 22. Nov. und 29. Nov., von 10-12 Uhr.

Formulare liegen in der Zeit vom 21. Nov. bis 29. Nov. in der Geschäftsstelle dieser Zeitung Unterschriftenlisten aus.



(oben) Auch die Südstraße wurde Fußgängerbereich
(unten) In der neuen Fußgängerzone Hauptstraße

Neugestaltung der Innenstadt: Die Fußgängerzone

Mitte des Jahres 1974 lagen die Ergebnisse des ausgeschriebenen Wettbewerbes „Gestaltung einer Schwelmer Fußgängerzone“ vor. Die Jury entschied sich für den Entwurf von F. K. Gehse.

Anfang 1975 wurde mit dem nicht unumstrittenen Prestigeprojekt der SPD und der ihr nahestehenden Schwelmer Verwaltung begonnen, die Innenstadt in eine Fußgängerzone umzuwandeln.

Besonders die Junge Union und der CDU-Stadtverordnete Berger ließen keine Gelegenheit aus, Kritik an dieser Maßnahme zu üben. Ob es der Abriss der Häuser im „Schlauch“, die Behinderung der Einzelhändler beim Be- und Entladen oder das Kopfsteinpflaster waren, das ihrer Meinung nach eine Gefährdung der Fußgänger darstellte, die Einwendungen wollten nicht enden.

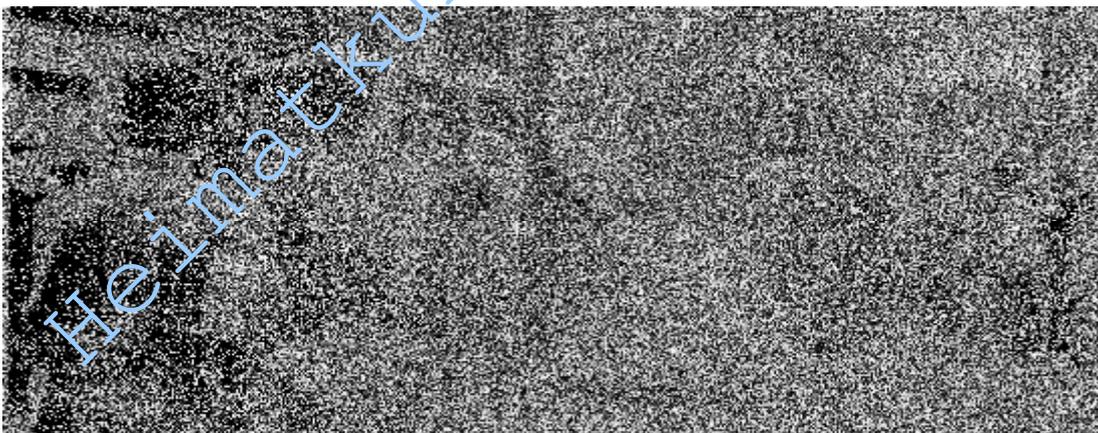
Dann sollte auf dem Bürgerplatz auf vier Pollern ein Verkaufs- und Werbepavillon aufgestellt werden, welches nicht nur die Durchfahrt der Festzugwagen beim

Heimatfestzug, sondern auch jegliche Durchfahrt großer Feuerwehrgen unmöglich machte. Ein Ortstermin bestätigte dieses.

So setzte die Bürgerschaft, die Nachbarschaften und die unmittelbar Betroffenen mit ihren Einwendungen den Abriss der Poller durch. Bürgermeister Pohlmann (FDP) schrieb dazu in der Heimatfestzeitung:

... „*Vie haut op'en Putz*“ heißt der Leitspruch unseres diesjährigen Schwelmer Heimatfestes mit seinem 32. Festzug. Das Motto gibt eine bekannte Redewendung unserer heimischen Mundart wieder, die wörtlich genommen wohl so ausgelegt werden kann, daß es manchmal nötig ist, kräftig auf den Putz zu hauen, um das Mauerwerk freizulegen und somit auf den eigentlichen Kern der Dinge zu kommen.

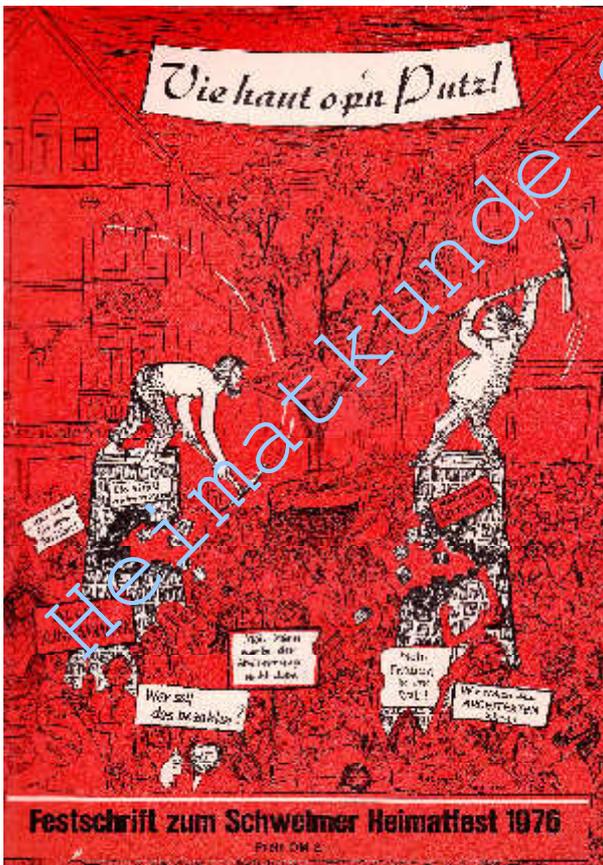
Derüber hinaus versteckt sich in dem gewählten Motto aber noch eine tiefere Bedeutung, an die vermutlich die Nachbarschaften noch mehr gedacht haben werden, als sie sich für dieses Motto entschieden. Was sinngemäß bedeutet:



„Schildbürgerplatz“, so wollen einige Schwelmer jetzt den Bürgerplatz in der Fußgängerzone nennen. Grund für diese wenig freundliche Umbenennung war die Tatsache, dass entgegen der Behauptung der Verwaltung, ein „Festwagen“ den Engpass in Höhe des Pavillons nicht passieren konnte. Nun werden die Poller abgerissen. Was für eine Blamage für das Bauamt mit seinem Leiter B. Lepperhoff.



Der Abriss der „Elefantfüße“, auf die ein Verkaufs- und Werbepavillon aufgestellt werden sollte, wurden von Nachbarschaften und Bürgern sehr begrüßt.



Cover Heimatfestzeitung 1976

„Wir machen Krach, wir revoltieren, wir widersetzen uns.“ Ganz klar, auf diese Weise soll das Geschehen um die Fußgängerzone bewältigt werden! Als „Stadtväter“ sagen wir dazu: „Recht so!“ Keiner ist besser als unsere Nachbarschaften dazu berufen, aktiv am Leben unserer städtischen Gemeinschaft teilzunehmen und sich zu Wort zu melden, wenn nach ihrer Meinung etwas in unserer Stadt schief läuft...“

Es war die erste sichtbare Niederlage der SPD, die sich ob ihrer absoluten Mehrheit oft hatte nachsagen lassen müssen, in den vergangenen Jahren häufig nach „Gutsherrenart“ agiert zu haben.

Insider sprachen sogar davon, dass besonders das Schwelmer Bauamt unter B. Lepperhoff diese „Niederlage“ nicht verwinden konnte, sich nur zähneknirschend den Politikern beugten und die Beschlüssen zum Abriss ausführen ließen.

Der Sparkassenneubau - Hintergründe und warum die alten Häuser weichen mussten

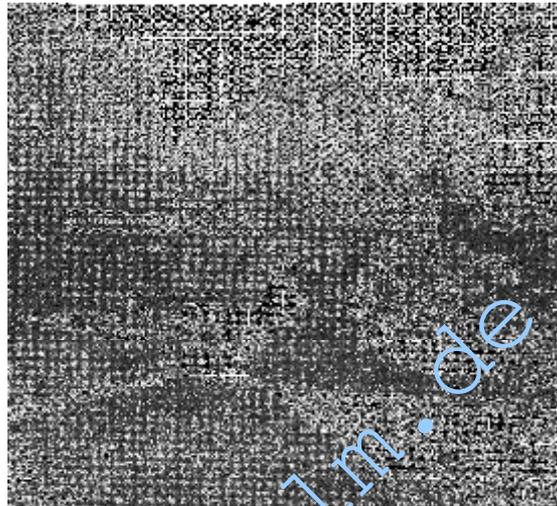
Der Plan war mutig und stieß nicht bei allen auf wahre Gegenliebe: Ein Sparkassenkomplex mit vier neuen Geschäften sollte dort entstehen, wo derzeit noch alte Fachwerkhäuser die Innenstadt Schwelms prägten.

Im Stadtrat wurden hitzige Debatten geführt, das Für und Wider hielt sich die Waage. Ausschlaggebend für den Abriss und Erteilung der Baugenehmigung war dann das Argument: „Die Sparkasse nimmt uns die Sanierung im Schlauch ab“.

Zu dieser Zeit dachte noch keiner an eine Fußgängerzone, sondern es galt immer noch der Durchführungsplan A, der eine zweigeteilte Hauptverkehrsader mitten durch die „City“ vorsah.

Hierbei wären die Rückseiten der dort stehenden alten Gebäude mit ihren Gärten und Hinterhöfen zu Fassaden geworden, die nur mit erheblichen Anstrengungen neu gestaltet werden konnten.

Stadtverordneter Berger fragte des -



Abriss der Häuser im Schlauch als
Vorbereitung zum Sparkassenneubau.

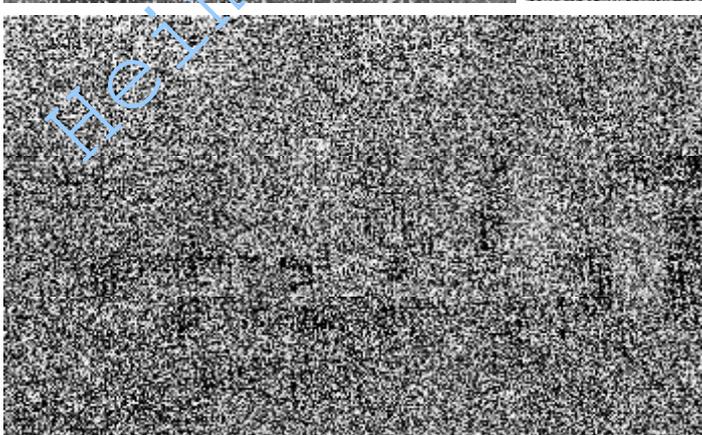
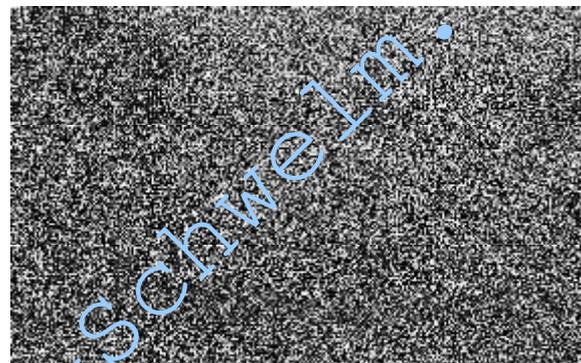
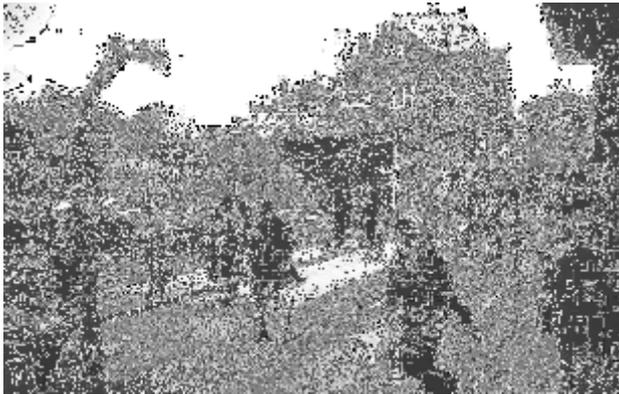
halb bei einer Ratssitzung:

„Wer von den Eigentümern der alten Häuser will denn hier freiwillig weichen, von dem Grund und Boden, den teilweise schon mehrere Generationen besessen hatten?“

Aber Zug um Zug offerierte die Sparkasse dermaßen großzügige Kaufangebote, die die Anwohner zu einem Verkauf ihrer Häuser umstimmten und somit zum Erfolg führten.



Mit der neuen Sparkasse veränderte sich die Schwelmer Innenstadt erheblich.



Mitte der 70er Jahre wurden die Häuser im „Schlauch“ (Hauptstraße) abgerissen. Die Häuser waren von der Sparkasse aufgekauft worden.

In den 70er Jahren entstand mit dem Sparkassenneubau eine generelle Umgestaltung der Schwelmer Innenstadt.

Doch es hätte auch eine Alternative gegeben. Nach Aufkauf und Abbruch des alten AOK-Gebäudes an der Untermauer-/Schulstraße waren die Pläne schon fertig, das bestehende Gebäude durch einen Neubau nach Norden hin zu erweitern und gleichzeitig damit auch die Parkprobleme zu lösen.

Doch dieser Plan wurde verworfen. Der Sparkassenverwaltungsrat favorisierte einen kompletten Neubau. So wurde das frühere AOK-Gebäude mit samt dem Grundstück Paschmann (neben dem Amtsgericht) wieder verkauft.

Damit erfüllte die Sparkasse auch einen Wunsch der Stadtväter und vieler Bürger, die hier gerne ein zentrales Kaufhaus angesiedelt hätten.

So geschah es dann auch. Die Sparkasse verzichtete auf das Grundstück im Interesse der Stadt, mühte sich aber nun intensiver dem Ankauf weiterer Häuser am „Schlauch“.

Als alles „unter Dach und Fach“ war beauftragte sie Architekt Deilmann in Münster mit einem Gesamtkonzept.

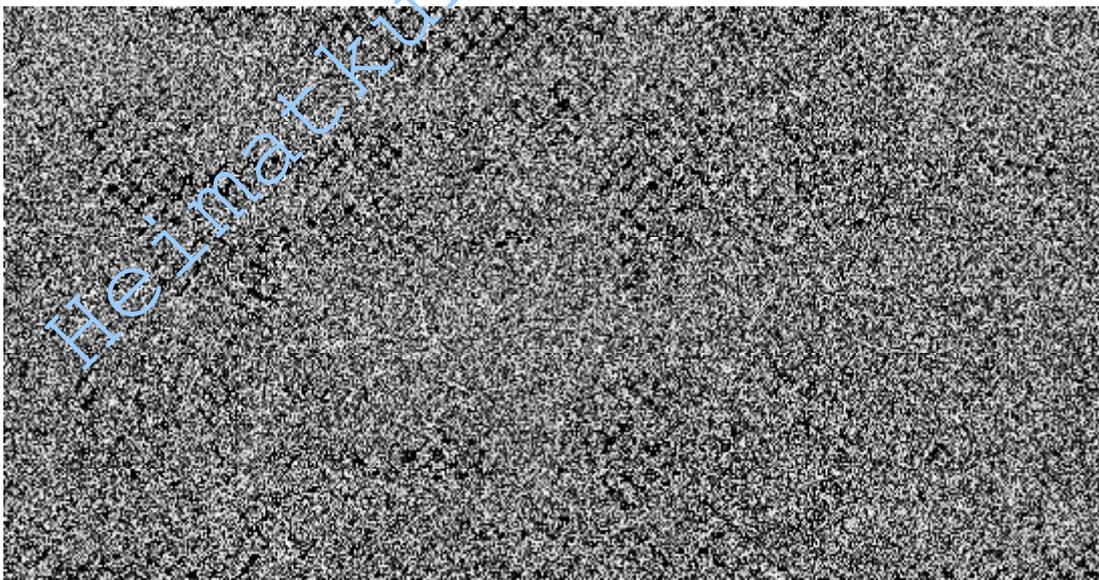
Der Rat der Stadt Schwelm sah nun die einmalige Chance, dieses Gesamtkonzept um einen Rathausneubau mit einem Kulturzentrum zu erweitern. Diese sollten sich dem Verbund der Sparkasse anschließen.

Doch zum wiederholten Male wurde nichts aus diesem Vorhaben. Durch den Kreishaus-Neubau und die Übernahme des Kreisgesundheitsamtes durch die Stadt Schwelm musste nach einer anderer Rathaus-Lösung als die erwünschte gesucht werden.

Über eines waren sich aber (fast) alle einig: Die neue Sparkasse sollte nicht so aussehen wie das neue Kreishaus. Es sollte sich der Innenstadt so weit wie möglich anpassen.

Und so geschah es auch. Nach Abbruch der alten Häuser begann man im Herbst 1975 mit dem Errichten des Bauzaunes und mit dem Beginn des Neubaus.

Schon im November 1977 zogen die ersten Abteilungen in ihre neuen Räume ein. Am 6. Dezember wurde zur feierlichen Eröffnung geladen.



Die nach Norden ausgerichtete Hinterfront der neuen Sparkasse

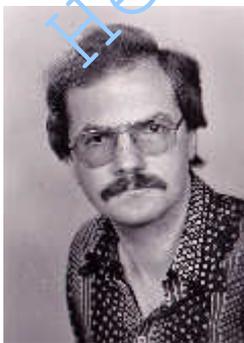
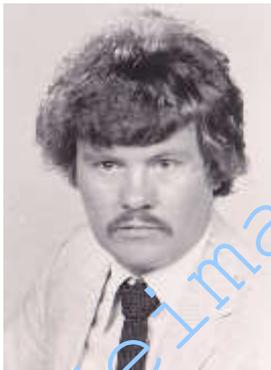


**BÜRGERMEISTERKANDIDAT DER
CHRISTDEMOKRATEN
IN SCHWELM**
Leonhard Kuckart
**Mit ihm an der Spitze auf dem Weg
zur Mehrheit im Rathaus**

Mit einem einstimmigen Votum (bei einer Enthaltung) für Leonhard Kuckart endete bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung, die erstmals durchgeführte Wahl für das Amt des Bürgermeister-Kandidaten

der
Christlich-Demokratischen-Union
"Geben Sie Leonhard Kuckart Ihre Stimme". So die Formulierung von Wilhelm Erfurt (derzeit zweiter stellvertretender Bürgermeister) nach seinem Verzicht auf eine Kandidatur für dieses Amt.

Einem Vorschlag des Bezirksverbandes und der Landespartei folgend wurde diese Nominierung vorgenommen, um nicht nur mit einem Sach-, sondern auch mit einem Personalprogramm in die am 30. 09 1979 stattfindende Kommunalwahl zu gehen.



Von links:
Werner Maikranz, Hans Stiens, Georg Kurek, Kurt Krause, Hermann Grüntker, Karl-Heinz Schmerfeld, Paul Frech, Heinz-Joachim Rüttershoff, Fr. Wilhelm Nockemann, Hans Otto Lusebrink, Martin Lambeck, Martha Feltkamp, Lutz Hannuschka, Rudi Speckenbach, Hans Bülhoff, Rolf Steuernagel, Peter Siepmann, Karl Berger, Ernst Hüsken, Ute Knäpper, Walter Braun, Norbert Geilen





Abschied von Dr. Wiesemann

Am 10. September 1977 wurde auf dem Friedhof an der Oehde, Dr. Wilhelm Wiesemann beigesetzt. Dieses möchte ich zum Anlass nehmen, noch einige Zeilen über ihn zu schreiben.

An diesem Tag begleiteten ihn auf seinem letzten Gang die Vertreter aus der Politik, die Vertreter der Kirchengemeinden im Synodalbezirk des Kirchenkreises Schwelm, viele Stadtverordnete, seine CDU-Parteifreunde, sowie zahlreiche persönliche Freunde und gute Bekannte aus seinen vielseitigen Wirkungskreisen.

Der evangelische Pastor Brünger hob noch einmal besonders den Einsatz Wiesemanns für seine Familie, für die Kirchengemeinden, für das soziale



Dr. Friedrich Wilhelm Wiesemann



Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst,
ich habe dich bei deinem Namen gerufen,
du bist mein. Jcs. 43, 1

Heute abend wurde nach einem erfüllten Leben mein lieber,
herzenguter Mann, Bruder, unser lieber Onkel

Dr. rer. pol.
Friedrich Wilhelm Wiesemann
im Alter von 77 Jahren plötzlich und unerwartet
heimgelufen.
Sein Leben war Liebe für die Seinen und Treue in den ihm
aufgetragenen Diensten.

Es trauern um ihn:
Marga Wiesemann geb. Uebele
Else Hahne geb. Wiesemann
Nichten und Neffen

Schwelm, Sternenburgstraße 24, den 10. September 1977

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 15. September 1977, um 11 Uhr in der
Trauerhalle Schwelm-Oehde statt; anschließend Beisetzung.
Von Beileidsbesuchen bitten wir höflich Abstand zu nehmen.

Allgemeinwohl für die Stadt und ihre Bürger hervor. Brünger schloss seine Grabrede mit den Worten: „Viele seiner CDU-Parteifreunde und Mitbürger des Kirchenkreises werden ihm über das Grab hinaus Dankbarkeit erweisen.“

Bürgermeister Döring erinnerte an die Mitarbeit des Verstorbenen im kommunalen Bereich. In seiner Grabrede dankte er nochmals namens des Rates und der Verwaltung. Döring sagte:

„Wiesemanns Engagement wurde gekrönt durch die Bürgermeisterwahl 1963 / 64. In diese Zeit fielen bedeutsame Entscheidungen: Bildung des Krankenhaus-Zweckverbandes, Bau der Dietrich - Bonhoeffer-Schule, Anbau am Märkischen Gymnasium und Neubaugebiet Loh. ... Dem Kommunalpolitiker mit umfangreichem, sachlichem Wissen, getragen von stetem Wollen zum Ausgleich haben Freunde und politischer Gegner stets Achtung entgegengebracht.“

Leonhardt Kuckart, Sprecher der CDU-Fraktion, rief in seinen Worten die Zeit ins Gedächtnis zurück, in der Dr. Wilhelm Wiesemann 14 Jahre lang die Fraktion führte.

Kuckart sprach von der Freude, die neben dem Leid das Leben in der menschlichen Gesellschaft prägte. Freude habe der Verstorbene ihnen oft gegeben. Das sei ein Trost.

Zum Schluss legten Bürgermeister Döring, Stellvertreter Egon Pohlmann und der Beigeordnete Janzen am Grabe einen Kranz mit Blumen und Schleife in den Farben der Stadt nieder.

Der Alltag in der Kommunalpolitik

Wenn wir im Allgemeinen über Kommunalpolitik sprechen, dann denken viele wohl als erstes an das, was wir täglich den Schlagzeilen der Zeitungen entnehmen. Doch das sind nur Ergebnismeldungen, hinter denen viele, oftmals sehr zähe „Ausschuss- und Ratsitzungen“ der Kommunalpolitiker standen.

Aus diesem Grund möchte ich einmal die Arbeit eines Kommunalpolitikers in zwei Aufgabefelder einteilen und zwar in die freiwilligen und in die verpflichtenden.

Freiwillige Aufgaben sind Aufgaben, die sich die Kommune selber stellt. Sie sind der „gestalterische Mittelpunkt“ der Kommunalpolitik. Zu ihnen gehören u. a. die Stadtbücherei, das Schwimmbad, das Heimatmuseum, das Jugendzentrum, die Sportplätze, Beratungsstellen, Parks und Anlagen, usw. Doch je knapper das Geld wird, desto mehr geraten gerade diese Leistungen in Bedrängnis. ... und ob diese dann städtisch, privat oder überhaupt betrieben werden, entscheidet letztlich die Finanzlage der Kommune. Hier geht es um letztlich um Lebensqualität.

Bei Pflichtaufgaben hingegen haben die Kommunen kaum Gestaltungsspielräume. Im Gegenteil, es ist fast immer alles per Gesetz „von oben“ vorgegeben, in welcher Art und in welchem Umfang die Aufgaben erledigt werden müssen.

Pflichtaufgaben sind u. a.: Müllabfuhr, Schule, Sport, Ver- und Entsorgung, öffentlicher Nahverkehr, Abfallwirtschaft, Sozialhilfe, Jugendhilfe, Stadtarchiv, Brandschutz, Denkmalschutz, Kanal- und Straßenwartung, Kindergärten und Tagesstätten, Ausländerangelegenheiten, Unterbringung von Asylanten, Ordnungsrecht, Katastrophenschutz, Unterhaltssicherung, Gesundheitsdienst u.v.a.m.

Von diesen Aufgaben wird in den nächsten Kapiteln berichtet. Es sind Aufgaben, bei deren Bewältigung die Schwelmer CDU maßgeblich ihren Anteil hatte.

Heimatkunde-SchweIm.de

Das Ende der achtziger Jahre



Die Woche der CDU

Bürgermeisterkandidat Leonhardt Kuckart

Kommunalwahlen 1979

Herbstfest im Kolpinghaus

Die letzten Jahre der 70er

Wenn wir in unserer Aufarbeitung der „Geschichte der CDU“ die letzten Jahre der 70er Revue passieren lassen, so sind es gerade diese Jahre, die bei heutigen „Alten“ so manche intensive Erinnerung wach rufen.

Beflügelt von dem guten Wahlergebnis 1975 waren die in den nächsten Jahren einsetzenden Aktivitäten wohl als die intensivsten und auch wohl bedeutendsten zu bezeichnen, die je in der Ortsunion Schwelm geplant und ausgeführt wurden.

Nehmen wir einmal den Inhalt des Rundbriefes des Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Nockemann als Startzeichen. Er schrieb im Oktober 1978:

„Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung der Ortsunion am 19. September standen neben Wahlen zur Kreisdelegiertenversammlung und zur Europawahl die kommunalpolitischen Themen

u.a.: Neugestaltung des Neumarktes und des Märkischen Platzes, die Renovierung des Brunnenhäuschens, das Problem „sichere Schulwege“, verkaufsoffene Samstage und Stadtrundfahrten für Schwelmer Senioren .

Hierzu erklärte Paul Frech, dass der Antrag „Neugestaltung des Neumarktes und des Märkischen Platzes“ von SPD und FDP wegen Wegfall der Lohnsummensteuer abgelehnt worden sei.

Zur Lohnsummensteuer selber erklärte Paul Frech als Vorsitzender des Finanzausschusses, dass die Einnahmen aus dieser Steuer im Etat der Stadt Schwelm immerhin einen Betrag von 4,5 Mio DM ausgemacht hätten. Der Wegfall der Lohnsummensteuer täte besonders weh, da sie eine wichtige Einnahmequelle vieler Gemeinden gewesen sei. Frech sagte: „Damit sind zukünftig nicht nur kommunale Investitionen, sondern auch die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung bedroht.“



Die CDU Geschäftsstelle um 1980



CHRISTLICHE DEMOKRATISCHE UNION
ORTSUNION SCHWELM

An die Mitglieder der Ortsunion

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Parteifreunde,

in der Zeit vom 24. 4. bis 30. 4. 1978 führt die CDU Schwelm eine Woche der CDU durch. Über die genaue Programmfolge informiert Sie das beigefügte Fallblatt.

Wir hoffen, mit dieser "Woche der CDU" ein breitgefächertes Angebot zu unterbreiten, um die CDU Schwelm in noch weiteren Bevölkerungskreisen bekannt zu machen.

Ihnen als Mitglied wären wir dankbar, wenn Sie dabei mitwirken würden, daß diese Woche der CDU in Schwelm ein voller Erfolg wird.

Bitte, werben Sie in Ihrem Bekannten- und Freundeskreis für den Besuch der Veranstaltungen und kommen Sie selbst zu möglichst vielen der angebotenen Veranstaltungen, um Ihre Verbundenheit mit der CDU zu dokumentieren.

Mit freundlichen Grüßen

(F. W. Nockemann)
Ortsvorsitzender

Mit diesem Brief an die Mitglieder der CDU fing alles an



Kinderfest im Jahre 1977

Ein außergewöhnliches Ereignis war die „Woche der CDU“ vom 24.4.1978 bis 30.4.1978. Die CDU hatte diese Werbewoche geplant, um den Bürgern Schwelms einmal, und das im besonderen Maße, ihre sozialen und politischen Aktivitäten zu verdeutlichen.

Deshalb wurde während dieser Woche die ganze breitgefächerte Palette dieser Angebote transparent präsentiert.

Da die Woche der CDU ein großer Erfolg wurde, richtete man im Frühjahr 1979 den Blick ganz auf die kommenden Kommunalwahlen am 30. September des Jahres. Um dort gut aufgestellt zu sein, wählte die Mitgliederversammlung am 13. Februar Leonhardt Kuckart als Spitzenkandidat für das Bürgermeisteramt.

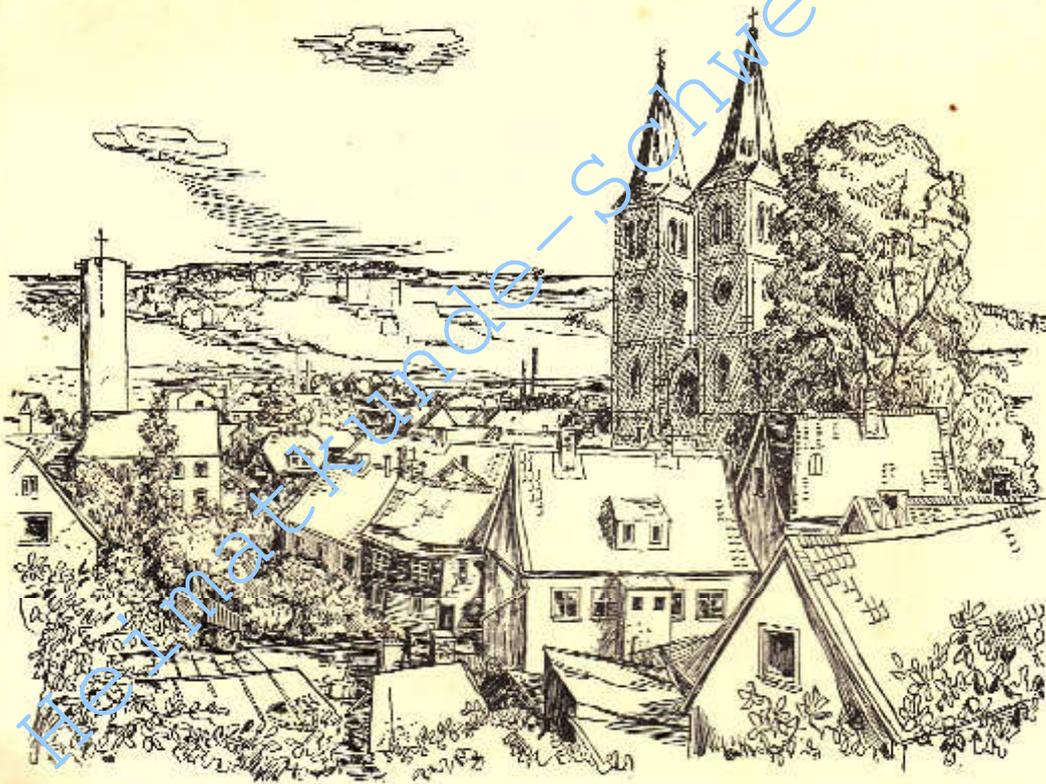
Dieser Wahl folgte am 28. April 1979

die Verabschiedung des neuen Kommunalwahlprogramms. In einem ergänzenden Heft mit dem Titel: „*Eine Ortsunion stellt sich vor*“ wurden die politischen Verantwortlichen der CDU im gegenwärtigen Vorstand und die derzeitiger Ratsfraktion vorgestellt. Zusätzlich wollte man so die Wahlprogramme den Bürgern näher bringen: „... *sieht der Bürger Leistung und Nichtleistung einer Partei und beobachtet die Personen, die die Parteien vertreten. Glaubwürdig beim Bürger bleibt, wer beides anzubieten hat: gute Politik und noch bessere Politiker.*“

Mit Leonhard Kuckart hatte die CDU schon einen kompetenten Bürgermeister-Kandidaten aufgestellt. Was aber wäre er ohne die dazugehörige Mannschaft? Diese habe ich bereits auf den Seiten 386 und 387 vorgestellt.

CDU

SCHWELM



Eine Ortsunion stellt sich vor

Informationsbroschüre „Eine Ortsunion stellt sich vor“

Ich möchte noch einmal auf das kleine Heftchen „Eine Ortsunion stellt sich vor“ zurückkommen. Diesem entnehmen wir, dass die CDU schon in den 70er Jahren die Voraussetzungen für die Pflege und Entfaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen der Bürger in Schwelm konkret verbesserte.

Weiter schreibt das Vorstandsmitglied Gisela Gutknecht:

„Deshalb unterstützt die CDU nachdrücklich Vereine und freie Träger, für deren Belange sie sich in den Ausschüssen und im Rat einsetzt.“

Aber die CDU-Ortsunion entwickelte auch Initiativen, die den Bürgern aller Altersgruppen zugute kamen. Da wären z.B. zu nennen:

Die Sprechstunde für Bürger

Diese findet an jedem Samstag von 11.00-12.30 Uhr in der CDU-Geschäftsstelle statt. Im Wechsel stellen sich hier Ratsmitglieder zur Verfügung, um ratsuchenden Bürgern bei ihren Sorgen mit

Rat und Tat beizustehen. Auch können hier interessierte Bürger Hintergründe politischer Entscheidungen erfahren.

Die Altenrunde

Außer in der Ferienzeit treffen sich ältere Mitbürger jeden Dienstag in der Geschäftsstelle zur Altenrunde. Wie sehr sie den Wünschen der älteren Mitbürger entspricht zeigt sich am regen Besuch. Auch die gemeinsamen Ausflugsfahrten, die mehrmals im Jahr stattfinden, sind sehr gefragt.

Weihnachten - der Heilige Abend

Am Heiligabend dienen die Räume der Geschäftsstelle als Treffpunkt für alleinstehende Mitbürger. Hier feiern seit einigen Jahren ältere und alleinstehende Menschen mit Mitgliedern der CDU zusammen Weihnachten.

Kinder-, Theater- und Sportfeste

Neben den Initiativen für die Senioren kommen auch die Kinder nicht zu kurz. Die Ortsunion Schwelm veranstaltete 1976 zum ersten mal ein Kinderfest an



Wahlkampf für den CDU Bürgermeisterkandidaten Leonhard Kuckart



der Waldlust, dessen Besucherzahl fast den Rahmen sprengte.

Seit Jahren gehen regelmäßig Einladungen an die Kinder des Schwelmer Kinderheims

zu Theater- und Sportveranstaltungen. In diesem Jahr fuhren CDU-Mitglieder mit den Kindern zum Handballspiel in die Westfalenhalle und zu den Karl-May-Festspielen nach Elspe.

Die CDU-Schwelm will aber nicht nur den Kindern eine Freude machen, sondern anerkennt und unterstützt damit insbesondere auch die Arbeit der Heimleitung und des Pflegepersonals .

Adventsamstag

Seit 1976 wurde an den Samstagen vor Weihnachten in der Geschäftsstelle eine Kinderbetreuung eingerichtet. Dadurch sollte Müttern mit Kleinkindern ein ungestörter Weihnachtseinkauf ermöglicht werden.



(oben) Die JU mit Matthias Kampschulte und Vera Zehmke im Einsatz.
 (unten) So manche Aktionen der CDU wurden besprochen und aktiv begleitet.
 von rechts: Eva Maria Förster, Werner Maikranz, zweite von links Ute Knäpper



29.Sept. 1979 - Herbstfest im Kolpinghaus
(Fotos: Bernd Richter)

Höhepunkt und gleichzeitig der Abschluss eines ereignisreichen Jahres 1979 war das glanzvolle Herbstfest im Kolpinghaus.

Danke an scheidende und verdienstvolle CDU Mitglieder

1979 beendeten auch drei verdienstvoller Mitglieder ihr aktives Engagement in Rat und Ausschüssen.

Friedrich Wilhelm Nockemann dankte zuerst Gregor Spormann, der seit 1961 Mitglied des Rates der Stadt Schwelm gewesen war und nun aus Altersgründen ausschied. Nockemann erinnerte in einem kleinen Rückblick an die erfolgreiche Arbeit Spormanns in den verschiedensten Ausschüssen, in denen sein besonderes Interesse dem Städtebau galt. Weiterhin erwähnte Nockemann noch, dass Gregor Spormann seit 1965 Mitglied im Krankenhaus-Zweckverband gewesen sei.

Danach dankte Fr. Wilhelm Nockemann Wilhelm Erfurt, der dem Rat der Stadt seit 1970 angehörte und in diesem Jahre aus beruflichen Gründen ausschied.

Wilhelm Erfurt war seit 1975 stellvertretender Bürgermeister in Schwelm und Vorsitzender des Kulturausschusses. Seine Liebe galt der Kultur, der Umwelt und der Erhaltung von erhaltenswerter Bausubstanz in dieser Stadt.

Nockemann betonte zum Schluss, dass sich Erfurt neben heimatkundlichem Interesse, auch besonderes im Finanz- und Haushaltsrecht hervorgetan hatte. Ein Trost aber blieb, dass Wilhelm Erfurt als sachkundiger Bürger der Fraktion weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen will.

Weiter dankte Fr. Wilhelm Nockemann Wolfgang Sors, der seit 1975 Mitglied des Rates gewesen war.



Wilhelm Erfurt, stellv. Bürgermeister (von 1975 - 1979) bei der Eröffnung einer Ausstellung in Schloss Martfeld

Wolfgang Sors besonderes Interesse galt der Jugendpolitik, für die er als Obmann der CDU im Jugendwohlfahrtsausschuss gute Arbeit geleistet hat.

Ergebnis Kommunalwahlen 1979 und seine Folgen

Nachzutragen wären noch das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 30. September 1979.

Um es vorweg zu nehmen: Auch diesmal schaffte es die CDU nicht, trotz der 19 Ratsitze, den Bürgermeister zu stellen. — Die SPD hatte der FDP das Stadtdirektorenamt versprochen, wenn sie der Wahl eines SPD-Bürgermeisters zustimmte. So geschah es.

Paul Frech, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, nutzte deshalb Anfang des Jahres 1980 diese „Absprache“ zur Stadtdirektorwahl, um einmal grundsätzlich seinen Gedanken hierzu freien Lauf zu lassen. Er sagte:

„Wie Sie sicherlich aus der Presse erfahren haben, beschloss der Rat der Stadt Schwelm Ende des Jahres 1979, am 21. Januar 1980 mit den Stimmen von SPD und FDP, einen neuen Stadtdirektor zu benennen.

In der Person von Herrn Kulow wurde an diesem Tag ein Mann gewählt, der Mitglied der FDP ist.

Diese Wahl kam zustande trotz vieler Beteuerungen aus Kreisen der SPD, dass nach ihrer Ansicht Herr Kulow nicht der geeignete Mann für die Spitze der Schwelmer Verwaltung sei.

Aber auf Grund des nach der letzten Kommunalwahl ausgehandelten Koalitionspapiers wurde zwischen SPD und FDP vereinbart, dass die SPD den Bürgermeister und die FDP den Stadtdirektor stellt. Beide Vorschläge sollten gemeinsam von SPD und der FDP getragen werden. So geschah es.

Aufgrund der Ergebnisse der Vorstellung alter Bewerber für die Stadtdirektorenwahl im Hauptausschuss komme nicht nur ich zu der Überzeugung, dass hier nicht eine Person, sondern ein Koalitionspapier nach dem Motto: "Bund, Stadt und Land, alles in sozial-liberaler Hand" gewählt worden ist.

Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Ergebnisse des Sonderparteitages der FDP, der ein fast 100prozentiges Votum für die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition in Düsseldorf brachte.

Ich denke, es müsste jetzt jedem CDU-Mitglied erkennbar klar geworden sein, dass die FDP für viele Jahre als möglicher Partner der CDU ausfällt.

Die Fairness gegenüber dem neuen Stadtdirektor wird es gebieten, dass die CDU unvoreingenommen und mit einer Schonzeit von 6 Monaten dem neuen Mann die Chance einräumt, zu beweisen, dass er kein Fehlgriff gewesen ist. Ich hoffe für das gemeinsame Wohl aller Bürger, dass der erste Mann der Verwaltung ein fähiger Mann ist und der von SPD und FDP erbrachte Vertrauensvorschuss für Herrn Kulow durch Leistung bestätigt wird.

Die Umstände der Stadtdirektoren-Wahl haben gezeigt und es bewiesen, dass eine wirklich bessere Sach- und eine nicht an einer Parteibrille aufgehängte Personalpolitik im Schwelmer Rathaus nur durch eine absolute Mehrheit der CDU in Schwelm erreichbar ist.

Paul Frech endete mit den Worten:

„So werden wohl noch etliche Jahre vergehen, bevor wir mit einem CDU-Bürgermeister und mehrheitlich regierender Ratsfraktion uns wieder erfolgreich der immer mehr anhäufenden brennenden Probleme erfolgreich widmen und bürgernahe Ergebnisse präsentieren können...“



1979: (oben) Trödelmarkt - (unten) Alternachmittag in der Geschäftsstelle
(Foto Bernd Richter)



Zwei, die in den 80er Jahren die CDU-Ortsunion mit prägten:
Rolf Steuernagel und Friedrich Wilhelm Nockemann



Dank an JU Mitglieder: Leonhard Kuckart überreicht an
Herbert Grüntker und Wolfgang Bergmann Buchgeschenke für ihren Einsatz.

**Auch das war 1979 -
Das Gesetz gegen die Auschwitzlüge**

Das Jahr 1979 ist vielen von uns durch ein ganz besonderes Ereignis in Erinnerung geblieben. Es war die Verabschiedung des Gesetzes, das allgemein „Das Gesetz gegen die „Auschwitzlüge“ bezeichnet wird.

Endlich, am 18. September 1979, entschied der Bundesgerichtshof, dass das Leugnen der Judenverfolgung und - Vernichtung im "Dritten Reich" eine Fortsetzung der Diskriminierung der betroffenen Menschen bedeute und somit strafbar sei.

Im § 130 III StGB legte er fest: „Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter

der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung leugnet, verharmlost und öffentlich oder in einer Versammlung billigt.“

Ganz empörend empfand ich damals die vielen NS-Täter und NPD-Anhänger, die den Holocaust einfach leugneten.

Als besonders schlimm und diskriminierend ist mir noch der sogenannte „Esel - Aufmarsch“ im Mai 1978 in Hamburg in Erinnerung, der von Neonazis als Aktionsfront Nationaler Sozialisten durchgeführt wurde. Hierbei setzten sie sich Eselsmasken auf und trugen Schilder mit Aufschriften wie

„Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen Konzentrationslagern Juden vergast wurden“.



Das Konzentrationslager in Auschwitz
(Gesamtmuseumsansicht)

Heimatkunde-SchweIm.de

Der lange Weg zurück zur Regierungsverantwortung



Wahlen 1980

**Die politische Prominenz
gibt sich in Schwelm die Ehre**

Die Junge Union in den Räumen der Geschäftsstelle

1980 war ein Jahr voller wichtiger Ereignisse

Bevor wir endgültig in das Jahr 1980 eintauchen und über die wichtigen Ereignissen informieren, muss noch von die Wahl der Kreisdelegiertenversammlung am 17. Dezember 1979 im Saalbau in Wetter berichtet werden. Hier wurde MdB Friedrich Vogel, Bezirksvorsitzender des CDU-Bezirks Westfälisches Industriegebiet, als Kandidat für die Bundestagswahl und Leonhard Kuckart als CDU-Kandidat für die Landtagswahl 1980 als Direktkandidaten für den Ennepe-Ruhr-Kreis vorgeschlagen und gewählt.

Als Dank für ihre geleistete Arbeit bekamen Beide einen abgesicherten Platz auf der Reserveliste.

Landtagskandidat Leonhardt Kuckart war der Meinung, dass die Zeit für eine bessere Regierung in unserem Lande überreif wäre. Deshalb appellierte er in einem Rundschreiben an die CDU-Mitglieder, einig in den Wahlkampf zu gehen.

Kuckart meinte zum Schluss „... wenn wir eine bessere Zukunft für unser Land und auch für unsere Partei ernsthaft anstreben müssen wir überzeugen. Denken Sie daran, dass wir gemeinsam viel erreichen können.

Denken sie einmal daran, als die SPD/FDP-Landesregierung eines unserer Krankenhäuser in Schwelm oder Gevelsberg schließen wollte, da haben wir als CDU zum Bürgerprotest aufgerufen. Wir haben in beiden Städten mit jeweils mehr als 10 000 Unterschriften gegen dieses Vorhaben protestiert. Damit bewirkten wir, dass die SPD/FDP-Regierung ihre Entscheidung ändern musste. Wo waren denn da die SPD Landtagsabgeordneten des Ennepe-Ruhr-Kreises? Leider ist das Schicksal des Krankenhaus Gevelsberg noch ungewiss.

Generell möchte ich sie aufrufen, denn unser Land hat eine bessere Regierung verdient, kämpfen wir alle gemeinsam dafür!“



Ein eingeschworenes Wahlkampfteam: von links: Die Herren Kuckart, Hüsken, Rüttershoff, Vogel, Steuernagel, Nockemann und Schmerfeld



Biedenkopf und Köppler im Wahlkampf 1980

Die Wahl zum Nordrhein-Westfälischen Landtag fand am 11. Mai 1980 statt. Der Spitzenkandidat der SPD war Johannes Rau. Der Spitzenkandidat der CDU war Heinrich Köppler, der während des Wahlkampfs erkrankte und drei Wochen vor der Wahl starb. Für ihn trat der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe Kurt Biedenkopf an, der aber bei den Wählern recht unbekannt und deshalb chancenlos war.

Beeinflusst wurde die Wahl auch durch die im Herbst stattfindende Bundestagswahl, wo für die SPD der beliebte und amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen den von manchen Wähler abgelehnten Franz Josef Strauß (CDU/CSU) antrat.

Bei der Landtagswahl erreichte die SPD die absolute Mehrheit der Mandate. Für

die CDU bedeutete die Wahl mit knapp 4 Prozent Verlust eine deutliche Niederlage, die schlechteste nach 1970. Die FDP und die anderen Parteien lagen unter der 5% Hürde. So zogen nur zwei Parteien in den Landtag ein.

Erfreulich aber war, dass nach zehn Jahren Nichtpräsenz der EN-Kreis im Düsseldorfer Landtag mit Leonhardt Kuckart wieder vertreten war. Nachfolgend die ersten Eindrücke „eines Neuen“: (von Leonhard Kuckart)

"Ach, Sie sind auch ein Neuer!"

Mit diesen Worten begrüßte mich der Pförtner des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Und ich bin nicht nur ein "Neuer", es ist auch alles neu für mich. Aber ich freue mich auf meine neue Aufgabe.

Über diese Freude vergesse ich nicht

die vielen Freunde in der Partei, die mir geholfen haben, dieses Ziel zu erreichen. So möchte ich mich bei allen bedanken, die mich ertragen und getragen haben. Es ist mein Wunsch, dass wir auch zukünftig unseren Weg gemeinsam gehen.

Sehr oft wurde ich in diesen Tagen gefragt, wie ich meine Arbeit im Landtag sehe.

Aufgrund meines beruflichen Werdeganges und meiner bisherigen kommunalpolitischen Tätigkeit, möchte ich mich gerne den Wirtschafts- und Strukturfragen widmen. Nach meiner Meinung wird es in den kommenden Jahren entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, die strukturellen Schwächen im Land Nordrhein-Westfalen abzubauen. Nur eine solide Wirtschaftsstruktur garantiert sichere und ausreichende Arbeitsplätze. Denn ohne diese Voraussetzung engen wir auch unsere Möglichkeiten im sozialen und kulturellen Bereich ein.

Hier wird der weitere Schwerpunkt meiner Arbeit liegen. Ich möchte mit dazu beitragen, dass die Voraussetzungen für die freien Träger im sozialen, sportlichen und kulturellen Raum noch verbessert werden. Gerade die freien Träger nehmen wichtige Aufgaben wahr. Sie führen die Menschen über alle politischen und weltanschaulichen Grenzen hinweg zusammen. Sie fördern die zwischenmenschlichen Beziehungen, sie aktivieren die Bürger und gestalten das Leben in unseren Städten. In der Regel erfüllen sie die Aufgaben kostengünstiger als der Staat.

Meine ganze Kraft werde ich dafür einsetzen, daß die Interessen des Ennepe-Ruhr-Kreises im Landtag stärker Gehör finden.

So werde ich mich dafür einsetzen, dass das Gesundheitswesen (einschließlich

Krankenhäuser) in unserem Kreis optimal gelöst wird und dafür kämpfen, dass die Polizeibehörde im Ennepe-Ruhr-Kreis verbleibt.

Nachtrag zum Wahlausgang Landtagswahl 1980 in Schwelm

Bei dieser Wahl erzielte die Schwelmer CDU das schlechteste Wahlergebnis seit 1970. Sie verlor gegenüber der Landtagswahl 1975 4,88 %. Mit den erreichten 38,89 % war es der höchste Verlust einer Stadt des Ennepe-Ruhr-Kreises.

Auf Grund dieses schlechten Ergebnisses fragten sich die CDU Parteiverantwortlichen, ob das Ergebnis auf eine um 6,22 % niedrigere Wahlbeteiligung als 1975 zurückzuführen sei oder ob die Art des Wahlkampfes (keine Straßenaktionen, keine Marktstände, keine Lautsprecherwerbung) das Wahlergebnis negativ beeinflusst hatte.

In Einzelgesprächen mit den Bürgern hörte man immer wieder, dass die Parteien auf den "Firlefanzen" (Verteilung von Kleinwerbmitteln und massenweisem Wahlmaterial) verzichten sollten. Sarkastisch bemerkte ein Vorstandsmitglied: „... nur scheinen das andere Bürger zu sein als die Wähler!“

So fasste der CDU-Vorstand den Beschluss, bei der anstehenden Bundestagswahl wieder zu ihrem alten Wahlkampf-Stil zurückzukehren, da das Experiment "umweltfreundlicher Wahlkampf" nicht gelungen war.

Werner Maikranz wird 1980 neuer Vorsitzender der CDU Schwelm

Da Fr. Wilhelm Nockemann sich ganz der Fraktion als Fraktionsvorsitzender widmen wollte, musste 1980 ein neuer CDU-Vorsitzender gewählt werden. So wählten in der Jahreshauptversammlung die anwesenden Mitglieder den



Vorsitzender Werner Maikranz



Bundeskanzlerkandidat 1980 war Franz Josef Strauß. Neben ihm (rechts) Gustav Adolf Feldhaus, CDU-Landtagskandidat des EN-Kreises

33jährigen Werner Maikranz als Nachfolger. Dieser war verheiratet, hatte zwei Kinder, war selbständiger Kaufmann, CDU-Mitglied seit 1972, zwei Jahre Vorsitzender der Jungen Union und seit 1975 Vorstandsmitglied und Mitglied des Rates der Stadt Schwelm.

In einer weiteren Wahl wählte die Versammlung neben Frau Eva Maria Förster und Gisela Gutknecht, Manha Feltkamp als die dritte Frau in das Führungsgremium der Partei. Eine gute Entwicklung, die dem Anteil der Frauen in der CDU-Schwelm gerecht wurde.

Ein herzliches Dankeschön erhielt Friedrich Wilhelm Nockemann für das seit 1973 bekleidete Amt, das er mit viel Geschick und Einsatz ausfüllte. Besonders Friedrich Wilhelm Nockemann wird seine ganze Kraft der Fraktion als Fraktionsvorsitzender widmen. Für diese Arbeit wünschten ihm alle Anwesenden eine ebenso glückliche Hand wie bei der in sieben Jahren geleisteten Parteiarbeit.

Franz Josef Strauß ist 1980 Bundeskanzlerkandidat

Dann stand die Bundestagswahl 1980 an, bei der Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidat der Unionsparteien gegen den zur Zeit amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) antrat.

Das geschah, obwohl Strauß als Kanzlerkandidat sehr polarisierte und sogar gedroht hatte die CSU bundesweit als vierte Partei rechts der CDU zu etablieren.

Was war das in Schwelm eine Sensation, als 1980 Franz Josef Strauß nach Schwelm kam und im total überfüllten Modernen Theater seine Wahlkampfrede hielt.



Bundestagswahlkampf in Schwelm: Kohl kommt

Konkrete Wahlhilfe leistete am 5. September 1980 auch der damalige CDU Vorsitzende Dr. Helmut Kohl.

Als er an diesem Tag nach Schwelm kam, verfehlte er seine Wirkung nicht. Seine Anziehungskraft hatte die Schwelmer Fußgängerzone an die Grenzen ihrer Kapazität gebracht. Schon lange vor Beginn sicherten sich die ersten Besucher und Zuschauer gute Plätze vor der Rednerbühne vor dem Elektrogeschäft Nockemann in der Hauptstraße.

Vor dem Eintreffen Kohls unterhielt das Fanfarencorps der Oberstadt die Menschen mit Marschmusik.

Dr. Kohl wurde, nachdem sein Hubschrauber auf dem Kirmesplatz am Brunnen gelandet war zum Mühlenteichplatz gefahren. Den Weg zur Innenstadt legte er zu Fuß zurück.

Von dort kommend, bereitete ihm eine begeisterte Bürgerschar einen äußerst herzlichen Empfang. Er musste sich aber erst eine Gasse durch die wartenden Menschen bahnen, damit er überhaupt zur Rednerbühne gelangen konnte.

Nach einer begeisternden Rede, die oftmals durch starken Applaus unterbrochen wurde, flog Dr. Kohl mit dem Hubschrauber in das Sauerland zur nächsten Kundgebung.

Begleitet wurde Kohl von Friedrich Vogel, Leonhard Kuckart und CDU-Ortsvorsitzenden Werner Maikranz. Ein damals Dabeigewesener: „Die Stadt war noch nie so voll wie an diesem Tage, unfassbar!“





1980 Kohl in der Fußgängerzone
auf dem Weg zum Rednerpult, um seine Wahlkampfrede zu halten.
(Fotos: Bernd Richter)



1980: Dr. Helmut Kohl in Schwelm
In der Fußgängerzone wartete eine unübersehbare Menschenmenge auf ihn
und auf seine Wahlkampfrede. (Foto Bernd Richter)



Vor dem Elektrogeschäft Nockemann
hatte die CDU eine Plakatwand aufgestellt und das Rednerpult mit
einer Beschallungsanlage installiert (Foto Bernd Richter)

Hintergrundwissen:

Mit Strauß als Bundeskanzlerkandidat erlangte die CDU bei der Wahl 1980 zwar 237 Mandate und wurde stärkste Partei, doch gelang es ihm nicht, die FDP als Koalitionspartner zu gewinnen. Die bei dieser Wahl erstmals angetretenen „Grünen“ erhielten 1,5% der Stimmen.

Profitieren von diesem Wahlausgang konnte nur einer: Helmut Kohl, dessen Beliebtheit immer weiter wuchs.

Strauß dagegen zog sich nach Bayern zurück und blieb dort Ministerpräsident. Seine Ambitionen auf das Bundeskanzleramt waren „verfliegen“.



1981 wurde Matthias Kampschulte (5. von links) Vorsitzender der Jungen Union (Foto Bernd Richter)

Die Schwelmer Junge Union bringt sich ein - agil und dynamisch

Dass die Junge Union nicht nur für die Besetzung von Infoständen, durchführen von Fußballturnieren oder Plakate kleben stand, bewies sie z.B., als sie sich sehr massiv mit dem Etat für das Jahr 1981 beschäftigte.

Unter der Überschrift "Neuorientierung in der Schwelmer Finanzpolitik erforderlich". nahm die Junge Union zum Etat

wie folgt Stellung:

Am 4. Dezember 1980 wird der Rat der Stadt Schwelm voraussichtlich die Haushaltssatzung für das kommende Jahr verabschiedet. Zur Finanzierung des Haushalts ist eine Kreditaufnahme von ca. 2,5 Mio. DM vorgesehen.

Durch die Kreditaufnahmen in der Vergangenheit und Zukunft wird der Schuldenstand pro Einwohner von 592,91 DM auf 1.080,53 DM in 1984 anwachsen.

Einnahmeausfälle im Bereich der Gewerbesteuer, durch Konjunkturrückgang bedingt, sowie eine Verringerung der Mittel aus der Einkommensteuer (Änderung des Einkommensteuertarifs) führen zu einer weiteren Verschärfung der Finanzsituation.

Daher hält es die Junge Union für erforderlich, durch Sparmaßnahmen vornehmlich die Ausgabenseite zu entlasten. Unsere Vorschläge:

1. Die Personalausgaben betragen mehr als ein Drittel des Verwaltungshaushaltes. Durch gezielte Maßnahmen sollte die Effizienz unserer Verwaltung optimiert werden. Erst danach dürfte die Schaffung neuer Planstellen zur Diskussion stehen.

2. Energiesparende Investitionen, die langfristig zu einer Senkung der Kosten beitragen - z.B. Wärmeverglasung, benzinsparende Autos, etc. - sind vorrangig zu berücksichtigen.

3. Verwaltung und Ausschüsse sollen das Dienstleistungsangebot der Stadt auf Umfang und Preisgestaltung überprüfen.

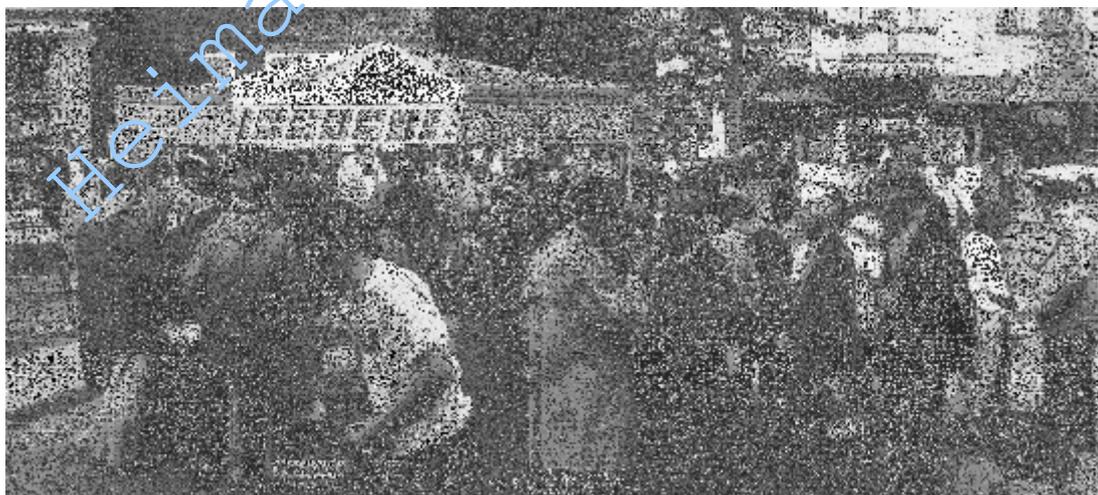
4. Bei der Veräußerung städtischen Eigentums sollte verstärkt auf Erzielung eines marktgerechten Preises geachtet werden.

Diese Vorschläge wurden dann per Rundbrief an alle CDU-Mitglieder verschickt, die dann ihrerseits hierzu ihre Meinung abgeben konnten.

Wie sehr die Finanzen in den nächsten Jahren noch das politische Handeln und den politischen Gestaltungsrahmen des Rates beeinflussen sollten, das hatte sich auch die Junge Union mit ihren Vorschlägen zum Sparen nicht im entferntesten vorgestellt. Keiner von ihnen, auch die Politiker nicht, hätten sich 1980 vorstellen können, dass Schwelm 2015 einmal keinen finanziellen Spielraum mehr haben würde.



Die Junge Union bei der Wahlwerbung im Infostand (Foto B. Winkelsträter)





Der in der Jahreshauptversammlung 1981 im Veranstaltungsraum der Stadtparkasse gewählte Vorstand der CDU-Schwelm: (Von links sitzend) stellv. Vorsitzender Paul Frech, Vorsitzender Werner Maikranz, stellv. Vorsitzender Hans Bühlhoff, Schatzmeister Georg Kurek, Schriftführer Manfred Betz, Pressesprecher Heinz-Joachim Rüttershoff, Fraktionschef Friedrich Wilhelm Nockemann und Leonhard Kuckart (MdL).

Jahreshauptversammlung 1981

Nach dem ereignisreichem Jahr 1980 hatte die CDU mit ihren 375 Mitgliedern im Februar 1981 zur Jahreshauptversammlung geladen, zu der 72 Mitglieder erschienen waren.

In seinem Bericht zog Werner Maikranz eine kurze Bilanz über den Zeitraum eines Jahres, das so sehr im Zeichen zweier Wahlen gestanden hatte.

Er erinnerte an die Wahlkämpfe, die zu gestalten für alle sehr viel Einsatz bedeutet hätten. Besonders bedankte er sich bei Walter Braun, der jetzt auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand als Beisitzer ausschied.

Maikranz sagte: „Ohne die aufopferungsvolle und akribischen umgesetzte Wahlkampforganisation, wäre der Wahlkampf nicht möglich gewesen.“

Werner Maikranz erwähnte weiter, dass die CDU mit Kurt Biedenkopf und Hel -

mut Kohl zwei prominente Wahlkämpfer in Schwelm gehabt hätte, was nicht zuletzt ein Verdienst des Kreisgeschäftsführers Paul Frech gewesen sei.

Das auf dem Brunnenplatz in einem Zelt stattgefundene große Herbstfest sei ein Experiment gewesen, zu welchem es sowohl positive als auch negative Stimmen gegeben habe.

Maikranz: *„Dieses Fest hat uns sicherlich noch bekannter gemacht, aber doch wohl auch nicht mehr Stimmen eingebracht. Die Wahlen jedenfalls sind für die CDU nicht so ausgefallen, wie wir es uns erhofft hatten. Dennoch gab es auch einen Grund zur Freude, denn mit Leonhard Kuckart sei nach vielen Jahren wieder ein Schwelmer Landtagsabgeordneter geworden.“*

Bei den nun folgenden Wahlen wurde Werner Maikranz mit großer Mehrheit in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

Ebenso wurden als stellvertretende Vorsitzende Hans Bülhoff und Paul Frech, Georg Kurek als Geschäftsführer und Manfred Betz als Schriftführer wiedergewählt. Pressereferent blieb Heinz-Joachim Rüttershoff. Die Kasse zu prüfen oblag im folgenden Jahr. Martin Lambeck, Hans Stiens und Detlev Nolte.

Zu (alten und neuen) Beisitzern wurden gewählt: Eva Maria Förster, Wilhelm Erfurt, Kurt Krause Gisela Gutknecht, Hans Otto Lusebrink, Peter Siepman, Bernd Winkelsträter, Ernst Hüsken, Hermann Grüntker und Jörg Weiss.

Danach gab der Fraktionsvorsitzende Friedrich Wilhelm Nockemann seinen umfassenden Bericht über die Arbeit der Fraktion im Rat der Stadt. Er nannte neben der Vielzahl von Anträgen, von der Änderung der Hauptsatzung und

Geschäftsordnung bis hin zur kurzfristigen Erschließung von Grundstücken am Lindenberg. Die Priorität aber liege für die Christdemokraten, so Nockemann weiter, beim Wohnungsbau und den freien Trägern.

Jüngstes Beispiel der CDU-Aktivitäten sind Gespräche mit den Anwohnern am Vorfken über die Entwicklung dieses Ortsteils. Man will hier weiterhin – wie auch ansonsten – das Ohr nah beim Bürger haben.

Leonhard Kuckart (MdB) ging auf die politische Lage in Land und Bund ein. Er brandmarkte die SPD als regierungsunfähig und dass die FDP „an dem ganzen Dilemma schuld“ sei. Die Landesregierung sei fällig für den Offenbarungseid. Die SPD beschäftigte sich frustriert nur noch mit sich selbst, löse keine Probleme, sondern schaffe sie,



In einem extra aufgestellten Zelt auf dem Brunnenplatz feierte die CDU 1980 ihr Herbstfest (Foto Bernd Richter)



Die Wahlergebnisse werden analysiert: von links: Wilfried Roth, Friedrich Wilhelm Nockemann (CDU), unbekannt, Michael Zander (Die Grünen) und rechts Beigeordneter Bernd Lepperhoff



Der Rat der Stadt Schwelm 1979 bis 1984

Abschließend sei noch bemerkt, dass Hermann Grüntker zum Kreisvorsitzenden der Junge Union gewählt wurde, Wilhelm Erfurt in einem eindringlichen Appell an die Ratsherren auf die Wichtigkeit des Heimatmuseums und des Stadtarchivs hinwies und Georg Kureck vorschlug, das Amt des Geschäftsführers in Kassierer und Schriftführer trennen, was einstimmig beschlossen wurde.

Ernst Lambeck zu Gast beim Bundespräsidenten - Abschlussnotizen

Große Ehre wurde dem Ehrenvorsitzenden Ernst Lambeck zuteil, als er 1981 als Gast am Neujahrsempfang des Bundespräsidenten Carl Carstens teilnehmen durfte.

Der Bundespräsident würdigte durch diese Einladung die großen Verdienste, die sich Ernst Lambeck für die Bürger der Stadt Schwelm und für den Ennepe-Ruhr-Kreis in seiner langjährigen und erfolgreichen kommunalpolitischen Arbeit, besonders als Bürgermeister, erworben hatte. Wie Lambeck diese Ehre ansah, sagte er einmal im Freundeskreis:

„Diese Einladung sehe ich für mich als den Höhepunkt meines politischen Schaffens, Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ich stellvertretend für viele Frauen und Männer der ersten Stunde, die Großes für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes geleistet haben, gewürdigt wurde!“

Hitler und Göring noch Ehrenbürger in Schwelm

Minister empfiehlt Entscheidung des Rates

Schwelm. (vol) 4. April 1933 – die NSDAP veranstaltet einen bombastischen Umzug durch die Kreisstadt. Der Grund: Hitler, Göring und Hindenburg sind auf Vorschlag der Zentrumspartei mit den Stimmen der SPD zu Ehrenbürgern der Stadt Schwelm ernannt worden. Bis zum heutigen Tage ist dieser Ratsbeschluss nicht rückgängig gemacht worden.

Da war doch noch etwas?

Richtig ... und zwar das Thema Ehrenbürgerschaft von Nazigrößen!

Wer letztlich dieses brisante Thema zur Sprache brachte, lässt sich nicht mehr herausfinden. Fest steht nur, dass dieses Thema auf einmal vehement die Mitglieder des Rates und die Bürger Schwelms beschäftigte.

Auf diese heikle Angelegenheit angesprochen sagte Stadtdirektor Jürgen Kellow: *„Ich sehe keinen Handlungsbedarf in diese Angelegenheit einzuschreiten, da ich der Meinung bin, dass die Ehrenbürgerschaftsrechte ein höchstpersönliches Recht ist, dass mit dem Tode der jeweiligen Person automatisch erlischt.“*

Die Schwelmer Zeitung fragte in einem Artikel:

„... muss sich der Verwaltungschef aber fragen lassen, warum sich die Stadt Schwelm auch heute noch gerne mit seinen Ehrenbürgern Dr. Wilhelm Tobien, Dr. Julius Möller, Carl vom Hagen, Max Klein, Dr. Emil Böhmer und Dr. Dr. Gustav Heinemann schmückt. Alle diese Ehrenbürger weilen schon teilweise lange nicht mehr unter den Lebenden...!“

Über das Erlöschen der Ehrenbürgerrechte bei Eintritt des Todes steht nichts im Gesetz.

Doch mit seiner Meinung stand der Stadtdirektor nicht alleine da, da viele diesbezügliche Gesetzeskommentare seine Auffassung in Kommentaren zur Gemeindeordnung teilten.

Auf Anfrage der Westfalenpost teilte das Innenministerium mit, dass die Verleihung der Ehrenbürgerrechte in die Hoheit der Gemeinden falle und deren ureigenste Angelegenheit sei. Deshalb sei das Innenministerium auch nicht befugt, hier Weisungen zu erteilen.

Andere Städte in Nordrhein - Westfalen berichteten von gleichen Problemen. Sie lösten die Angelegenheit, in dem sie die Ehrenbürgerschaftsrechte, die sie an die „Größen“ des Nationalsozialismus verliehen hatten, nach dem Kriege wieder aufhoben.

So schrieb den auch der Redakteur der Westfalenpost:

„Wenn vor fünfzig Jahren die Vorfahren den fragwürdigen Mumm aufgebracht haben, an Faschisten Ehrenbürgerrechte zu verleihen, sollte man 1983 auch die Kraft besitzen, diesen Ratsbeschluss rückgängig zu machen. Ein Verschanzen hinter strittigen Juristenmeinungen hilft da wenig weiter. Die zu lösende Aufgabe ist politischer und nicht rechtlicher Natur.“

Diese Auffassung vertreten auch Bür -

germeister Rainer Döring und die Vorsitzenden der Ratsfraktionen, die damit ein ganz klares Zeichen setzten:

„Wir distanzieren uns ganz klar und unmissverständlich von den Verbrechern des Dritten Reiches!“

In dem Artikel in der Westfalenpost heißt es weiter:

„Wie die Westfalenpost erfuhr, wollen sich alle Fraktionen dafür einsetzen, den Ratsbeschluss vom 4. April 1933 so schnell wie möglich aufzuheben.“

Einstimmig waren alle der Meinung:

„... eine Verschanzung hinter strittigen Juristenmeinungen hilft uns wenig weiter. Wir müssen klaren Tisch machen. Zur Aberkennung der Ehrenbürgerschaft brauchen wir eine Lösung politischer und nicht rechtlicher Natur.“

Bei der nächsten Ratssitzung war der 1. Punkt der Tagesordnung: Aberkennung der Ehrenbürgerrechte. Nach kurze Statements kam dann der einstimmige Beschluss: „Der Rat der Stadt Schwelm beschließt die rechtskräftige Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hitler, Göring und Hindenburg!“

Hintergrundwissen: Gemeindeordnung § 34 Ehrenbürgerrechte

- (1) Die Gemeinde kann Persönlichkeiten, die sich um sie besonders verdient gemacht haben, das Ehrenbürgerrecht verleihen. Sie kann langjährigen Ratsmitgliedern und Ehrenbeamten nach ihrem Ausscheiden eine Ehrenbezeichnung verleihen.
- (2) **Beschlüsse über die Verleihung oder die Entziehung** des Ehrenbürgerrechts und über die Entziehung einer Ehrenbezeichnung fasst der Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder.



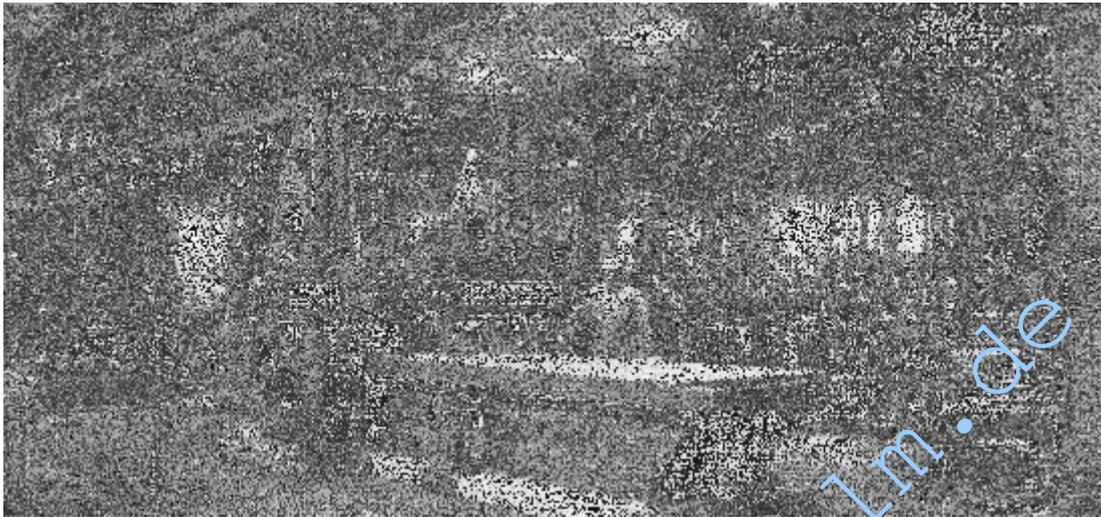
Verleihung der Schwelmer Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler

Heimatkunde-SchweIm.de

Die Wirtschaft bricht ein



**Das Ende vieler Schwelmer
Wirtschaftsbetriebe**



Das Firmensterben in den 80er Jahren

Wir gehen zurück in das Jahr 1973. Waren mit dem Fortfall der Lohnsummensteuer die Finanzen der Stadt schon arg gebeutelt, so traf die immer weiter zurückgehende Gewerbesteuer Stadtdirektor und Kämmerer bis ins Mark. Was war geschehen?

Das, was Paul Frech schon fast gebetsmühlenartig vor Jahren angekündigt und selbst die Junge Union schriftlich angemahnt hatte, war eingetreten. Ein Großbetrieb nach dem anderen schloss seine Pforten oder zog von Schwelm fort. Die Gewerbesteuer lag innerhalb weniger Jahre weit unter den prognostizierten Einnahmen.

Wie konnte es soweit kommen? Ungeachtet der Bedürfnisse des Marktes, unflexibel, die Produktionen auf zeitgemäße Waren umzustellen, das immer neue Aufnahmen von Krediten ohne die Ursachen

(oben) Eisenwerk: Das Halleninnere
(unten) Werbesprospekt der Fa. Rondo

zu beseitigen, waren oftmals der Anfang eines bitteren Endes.

„Für die Stadt Schwelm“, so sagte der damalige Stadtdirektor Paul Schulte in einer Ratssitzung bitter: „... bedeutet es einen enormen Verlust, wenn immer mehr Arbeitsplätze verloren gehen. Wir hoffen, dass die Arbeitsplätze nicht langfristig verschwinden.“

Doch da irrte er, denn immer mehr Arbeitnehmer verließen nach den Firmenschließungen Schwelm.

Auch irrte er, als er die Hauptursache den Banken zuschrieb, welche die von der Bundesbank angeordnete Kreditrestriktion umsetzten, um die bundesweit einsetzende Inflation einzuschränken, bzw. zu bekämpfen.

Trotz Wissen um die Abwanderung der Firmen und einbrechender Gewerbesteuererinnahmen wollte die SPD von ihrem Weg der „sozialen Segnungen“ nicht ablassen. Sie investierte in der Zeit zwischen 1980 bis 1999 trotz Mahnungen der CDU in Projekte, deren Unterhalt man sich eigentlich nicht leisten konnte und der Stadt bis heute viel Geld kosten. Dafür wurde der Kreditrahmen bis zum Äußersten ausgeschöpft.

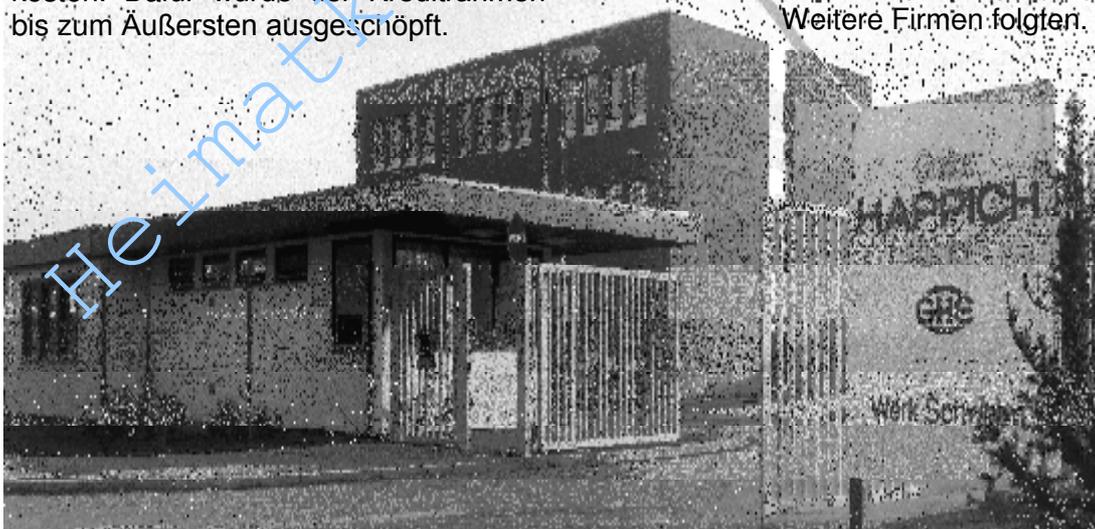
Hier einige der Firmen, die abwanderten oder Insolvenz anmeldeten:

Rafflenbeul: Maschinenfabrik Gustav Rafflenbeul hatte 136 Belegschaftsmitglieder, meldete 1973 Konkurs an.

Gieselberg: Gegründet wurde die Fabrik Gieselberg 1947 und war 49 Jahre lang in Schwelm an der Talstraße ansässig. 1996 zog Gieselberg nach Indonesien, um dort für einen noch größeren Markt zu produzieren. Die Fabrikation umfasste Ketten, Roller-Ketten, Förderband-Ketten, Kettenräder und verschiedene andere Ersatzteile für fast jede Art von Maschinen. Es gingen ca. 50 Arbeitsplätze verloren.

Rondo-Werk: Im März 1960 wurde das Rondo-Werk Berning & Co. von der BBC gekauft, die künftig in Großauheim bei Hanau ihre Waschmaschinenproduktion konzentrierten.

Weitere Firmen, die ihre Produktion aufgaben waren u.a.: **Falkenroth und Kleine** (Möllenkotten), **Fa. Gerdes** an der Berlinerstraße, **Fa. Boecker-Herde**, Herdstraße, **Behn & Co** Nordstraße und **Zassenhaus** Schützenstraße, **Fa. Brocke**, Blücherstraße und **Fa. Mebus**. Weitere Firmen folgten.



Einfahrt der Fa. Happich an der Talstraße in Schwelm (Foto Bernd Richter)

Heimatkunde-SchweIm.de

Der Um- und Aufbruch



Politische Wende und Glasnost



(oben) Plakatvorstellung durch Paul Frech und Friedrich Wilhelm Nockemann
(unten) Wahlveranstaltung: von links: Werner Maikranz,
Leonhard Kuckart und Jürgen Echternach, CDU Landesvorsitzender Hamburg
(Fotos Bernd Richter)

Der „Aufstand“ der Jungen

Zu Beginn der 80er Jahre mussten einige der älteren und altgedienten zu ihrem Unbehagen feststellen, dass die Jüngeren aus der Partei mit neuem Schwung und neuen Ideen nach vorne drängten. Das geflügelte Wort: „Das war schon immer so!“ - es galt nur noch bedingt.

Diejenige, die das „Wischiwaschi der Alten“ (wie sie es nannte) leid war, war Martha Feltkamp 1979 noch als CDU Vertreterin in den Stadtrat gewählt, gab sie am 1. Dezember 1982 ihr Mandat zurück und gründete ihre eigene Partei, die SWG Schwelmer Wählergemeinschaft. Hier sah sie die Möglichkeit ihre Ideen zu verwirklichen und in „Amt und Würde“ gewählt zu werden.

Für die Ortsunion war dies ein herber Schlag, da mit der SWG eine ernste, politische Konkurrenz entstanden war.

Nun nahmen besonders die der Jungen Union entwachsenen, wie u.a. Paul Frech und Friedrich Wilhelm Nockemann, das Heft der CDU-Ortsunion in ihre Hände.

Zusammen mit u.a. Leonhard Kuckart, Werner Maikranz, Gisele Gutknecht, Heinz-Joachim Rüttershof, Kurt Krause und Rolf Steuernager begannen sie den Kurs der CDU neu zu ordnen und die Ortsunion den zeitlichen Gegebenheiten anzupassen.

So war es fast schon nicht verwunderlich, dass mit einer satten 2/3-Mehrheit (Anwesend waren 90 stimmberechtigten Mitglieder) Friedrich Wilhelm Nockemann in der von Leonhard Kuckart geleiteten Mitgliederversammlung am 13. März 1984 zum Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl am 30. September 1984 gewählt wurde.

"Mit diesem Ergebnis kann ich mit Stolz leben" - so Nockemann zu seiner Wahl.

Besonders freute er sich, dass mit der geheimen Wahl ein sauberer Weg gegangen worden war.

Auf dieser Jahreshauptversammlung stellte Friedrich Wilhelm Nockemann dann auch ein auf die Zukunft ausgerichtetes mutiges Programm vor.

Er betonte u.a., dass es auch in Zeiten leerer Kassen das Ziel der CDU-Kommunalpolitik sei, nicht nur zu verwalten und zu verteilen, sondern auch und gerade jetzt Akzente für eine sinnvolle Entwicklung unserer Stadt zu setzen.

Und weiter: *„Dabei werden wir uns in unseren Wahlaussagen in erster Linie aktiv für unsere Vorstellungen von Kommunalpolitik für die Stadt Schwelm aussprechen und keine negativen Aussagen zu den Vorstellungen der anderen Parteien zum Ausdruck bringen.“*

Besonders betonte er: *„Die herausgearbeiteten Schwerpunkte des Programms stellen keine Wertigkeit dar. Schwerpunkte im Einzelnen waren die Stärkung freier Träger im kulturellen, sportlichen und gemeinnützigen Bereich, Aufstellung von Bebauungsplänen und Erschließung neuer Wohnbaugebiete, Erschließung eines neuen Gewerbegebietes in Linderhausen-Mitte und aktiver Umweltschutz, zusammengefasst in einem Umweltschutzpapier in dem die Vorstellungen zu diesem Thema deutlich gemacht werden.“*

Weitere Themen waren die Umgestaltung des Neumarktes, des Mühlenteichplatzes, des Märkischer Platzes und des Wilhelmplatzes.

Nockemann endete mit den Worten: *„Ich denke, dieser Entwurf ist eine gute Grundlage für die mittelfristige Arbeit einer neuen CDU-Fraktion. Ich hoffe nicht nur, sondern ich bin der festen Überzeugung, dass sich alle CDU-Mit-*



(oben) Bei der JU von links: Frank Nockemann, Matthias Kampschulte, Vera Zehmke - (unten) Fr. Wilhelm Nockemann dankt Maria Knobe für ihre Arbeit im Rat der Stadt.(Foto Bernd Richter)

glieder im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung dieses Programmes beteiligen.“

Junge Union aktiv in der Partei

Wieder einmal meldete sich die Junge Union zu Wort. Ihr Vorsitzender, Matthias Kampschulte erklärte der Versammlung, dass für die Schwelmer Junge Union es seit jeher galt, sich aktiv in das Parteileben der CDU einzubringen.

Doch nicht unüberlegtes Mitläufertum, sondern eigene konstruktive Arbeit zeichnete diese Jugendorganisation in unserer Stadt aus. Ziel der JU wäre es dabei immer gewesen, jugendpolitische Interessen mit in die Kommunalpolitik zu tragen.

So hätte die JU engagiert bei Fragen um das neue Jugendzentrum mitgearbeitet und als erste politische Organisation einen Satzungsentwurf vorgelegt.

Kampschulte weiter: *„Ein Höhepunkt unserer politischen Aktivitäten war außerdem im letzten Jahr die Berufsbörse, die zusammen mit der Kolpingfamilie im Kolpinghaus durchgeführt wurde. Schulabgänger und ihre Eltern sollten hier die Möglichkeit haben, an den Ständen Schwelmer Gewerbebetriebe Informationen über Lehrberufe zu erhalten und erste Kontakte mit den Firmen zu knüpfen. Dies sei ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit!“*

Neben typischen Jugendfragen wie z. B. der Jugendarbeitslosigkeit wurden aber auch andere Themen behandelt. Der Umweltschutz und die Diskussion um den Frieden mögen als Beispiele dienen. Nicht nur Bürgerinformation, sondern auch Weiterbildung der eigenen Mitglieder gehörte zum Programm der Jungen Union.

So besuchte die JU die Lokalredaktionen der Westfalenpost und die Produk-

tionsstätte der Zeitung, das Druckzentrum in Hagen-Bathey. Kommunalpolitische Brennpunkte und Projekte wie das Schwelmer Klärwerk wurden vor Ort unter die Lupe genommen.

Derartige Exkursionen, sowie Seminare, Fortbildungsveranstaltungen und Diskussionsrunden sollen dazu dienen, dass die Mitglieder immer über genügend Wissen verfügen und sich zu allen politischen Fragen eine eigene, handfeste Meinung bilden können.

Als die CDU-Mitglieder an diesem Tage nach Hause gingen, hatte die überwiegende Mehrheit trotz Abspaltung und Generationenwechsel das Gefühl, hoffnungsvoll in die Zukunft blicken zu können.

Nachzutragen wären noch die herzlichen Worte von Werner Maikranz als Vorsitzender der Ortsunion und von Friedrich Wilhelm Nockemann als Vorsitzender der CDU-Fraktion an Maria Knobe als Dankeschön und Würdigung für ihre geleistete Arbeit in der Partei und im Rat der Stadt Schwelm.

1985 - Neuer Vorsitzender ist Heinz-Joachim Rüttershoff

Was für eine Jahreshauptversammlung im Februar 1985, als der CDU-Vorstand ein gänzlich anderes Gesicht bekam.

Von einer spontanen Feier im Siegestaumel über die gewonnene Bundestagswahl 1983 bishin zu einer Gemeinschaft von „Trauerklößen“, als die Kommunalwahl 1984 verloren gegangen war, so breit war die Bandbreite der CDU-Gefühlswelt, als im Februar 1985 zur Jahreshauptversammlung in den Veranstaltungsraum der Sparkasse geladen wurde.

In seinem letzten öffentlichen Auftritt als Parteivorsitzender zog Werner Maikranz zu Beginn ein kleines Resümee, des

vergangenen Geschäftsjahres. Hierbei wies er noch einmal auf das schlechte Abschneiden bei der Kommunalwahl hin.

„Dies hat uns alle“, so Maikranz, „sehr traurig“ gestimmt. Lediglich die Wahl von Friedrich Wilhelm Nockemann zum stellvertretenden Bürgermeister sorgte für ein „Trostpflaster“.

Abschließend dankte Werner Maikanz, der fünf Jahre lang Vorsitzender der Schwelmer CDU war und von Heinz-Joachim Rüttershoff die Konrad-Adenauer-Gedenkmünze überreicht bekam, seinen Vorstandskollegen für die gemeinsame Arbeit. Sozusagen als letzte Amtshandlung übergab er der aus dem Vorstand scheidenden Gisela Gutknecht einen Blumenstrauß.

Bei den anschließenden Wahlen bekam der Vorstand dann ein neues Gesicht. Heinz-Joachim Rüttershoff, seit Herbst

1984 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion wurde zum neuen Vorsitzenden der CDU gewählt. Seine Stellvertreter wurden Walter Braun und Hans Otto Lusebrink. Paul Frech wurde Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

Georg Kurek, der mehr als zehn Jahre Ratsmitglied und 20 Jahre Kassierer gewesen war, kandidierte nicht mehr für dieses Amt. Auch er bekam als Dank für seine Arbeit die Konrad-Adenauer-Gedenkmünze. (Diese Münze zeigt den „großen alten Mann“ mit seinem „Enkel“ Helmut Kohl). Werner Kubitzky wurde neuer Kassierer und Rolf Steuernagel neuer Schriftführer. Den Vorstand komplettieren als Beisitzer: Dr. Klaus Berning, Manfred Betz, Eva Maria Förster, Peter Hertel, Ernst Hüsken, Matthias Kampschulte, Detlev Nolte, Michael Sasse, Jörg Weiss und Bernd Winkelsträter.



Heinz-Joachim Rüttershoff überreicht Vorgänger Werner Maikranz (rechts) die Konrad Adenauer Medaille für seine Verdienste um die Schwelmer CDU. Werner Maikranz führte fünf Jahre lang den Vorsitz.

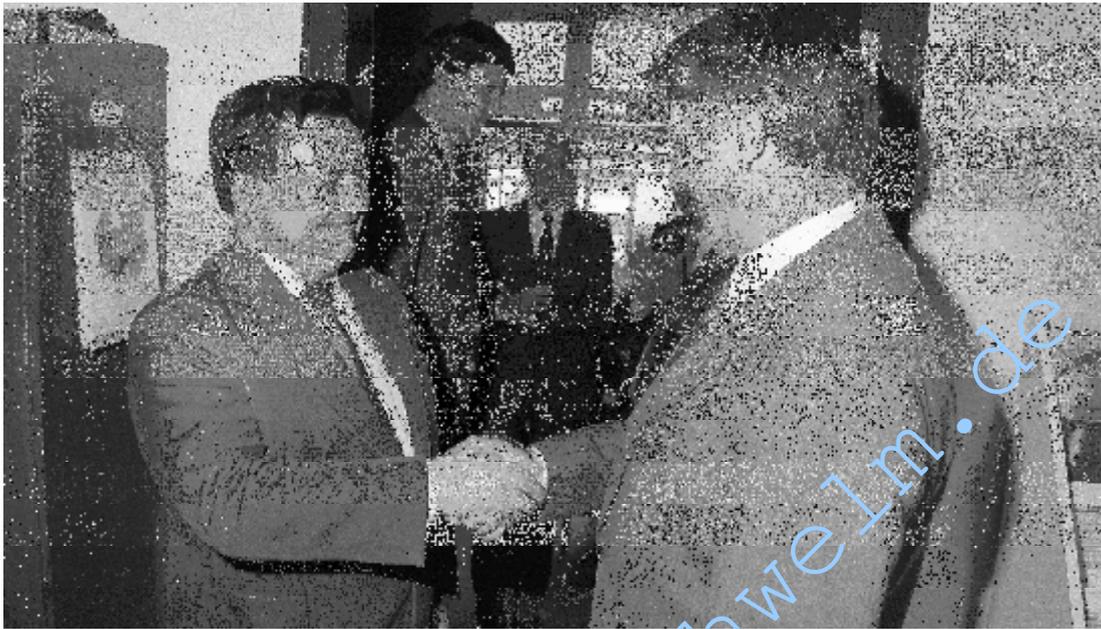
In einem Kurzbericht über die bisherige Arbeit der neuen Ratsfraktion hob Paul Frech vor allem den 15 Unterpunkte umfassenden Antrag zum Umweltschutz, sowie die Anträge zur Beseitigung von Problemmüll und zur Regelung der „Verkehrssituation Saarstraße“ hervor.

Darüber hinaus machte er einige Ausführungen zum städtischen Haushalt. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer lehnte die CDU-Ratsfraktion ebenso ab wie eine Kürzung der bisher gezahlten angemessenen Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder.

Auch Matthias Kampschulte, Vorsitzender der Jungen Union, zog eine Bilanz des vergangenen Jahres. Er hob vor allem die Wahlkampfaktivitäten der Jungunionisten in der Fußgängerzone und ihr Engagement für den Umweltschutz heraus.



(oben) Lothar Gries, Beigeordneter der Stadt Hattingen, und Leonhard Kuckart
(unten) Leonhard Kuckart mit Gerold Tandler, CSU-Generalsekretär
(Foto Bernd Richter)



Paul Frech und Friedrich Vogel



Versammlung im Pfarrsaal St. Marien 1984 (Foto Bernd Richter)



Ihr Kandidat für das Bürgermeisteramt dieser Stadt – **Friedrich-Wilhelm Nockemann** – ist ein erfahrener und erfolgreicher Kommunalpolitiker. Seit 1970 gehört er dem Rat der Stadt Schwelm an. Die CDU-Fraktion führt er seit dem Jahre 1979. Um die Probleme der Zukunft zu meistern, braucht unsere Stadt einen erfahrenen Mann mit Tatkraft und neuen Ideen.

Um verkrustete Strukturen aufzulösen, ist eine politische Wende in unserer Stadt dringend geboten. Nach über 20 Jahren ist ein demokratischer Mehrheitswechsel überfällig. Nur so werden die dynamischen Kräfte frei, die notwendig sind, um die Zukunft unserer Heimat zu sichern.

Die CDU möchte die Zukunft unserer Stadt in Freiheit gestalten.

Die CDU möchte weniger Bürokratie und mehr persönliche Freiheit.

Wenn Sie diesen Weg bejahen, geben Sie Ihre Stimme unserem Kandidaten.

Ihre CDU Schwelm

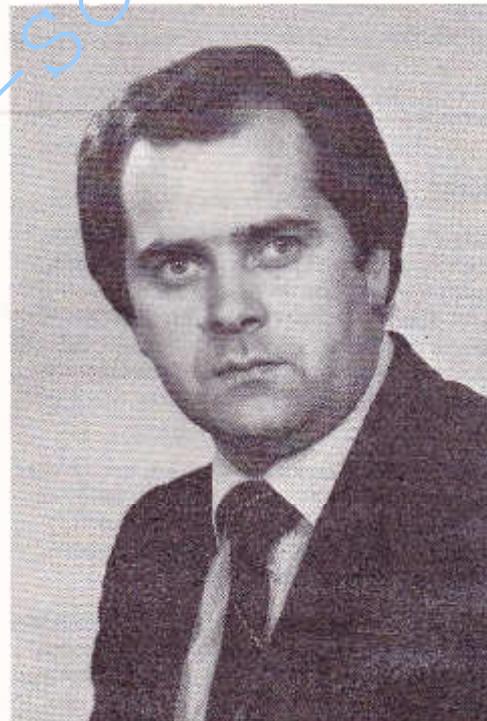
Am 30. September 1984

Liste 2 CDU

**Für unsere
Stadt:** **CDU**



**Heinz-Joachim
Rüttershoff**



Ihr Kandidat für den
Wahlbezirk Nr. 19

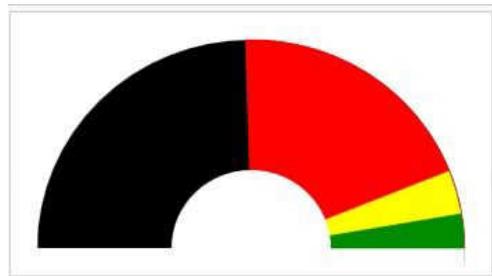


Wahlveranstaltung im Kolpinghaus 1983 (Foto Bernd Richter)



Erholung von politischen Aktivitäten
 Heinz-Joachim Rüttershoff mit Frau
 Paul Frech mit Frau

Rat der Stadt Schwelm 1984 bis 1989



Von 520 Sitzen entfallen auf:

- CDU/CSU: 255
- SPD: 202
- FDP: 35
- Grüne: 28

Ergebnisse
 der Bundestagswahl 1983

Heimatkunde-SchweIm.de

Die Woche der CDU



**Kinderfeste
Die Woche der CDU
Politikalltag
Fa. Linde
die 13-Bogen-Brücke**

Prof. Kurt Biedenkopf

Schicksalswahl 1987, Biedenkopf im Kolpinghaus, wegweisende JHV.

Bundestagswahlkampf! Weit über 200 Gäste, die meisten von ihnen ältere Bürgerinnen und Bürger, waren der Einladung der Schwelmer CDU zu dieser Veranstaltung „bei Kaffee und Kuchen“ gefolgt und warteten gespannt auf Professor Kurt Biedenkopf.

Als er gemeinsam mit MdL Leonhard Kuckart den Saal betrat, gab es für ihn viel Beifall, der auch während seiner Rede wiederholt aufbrandete.

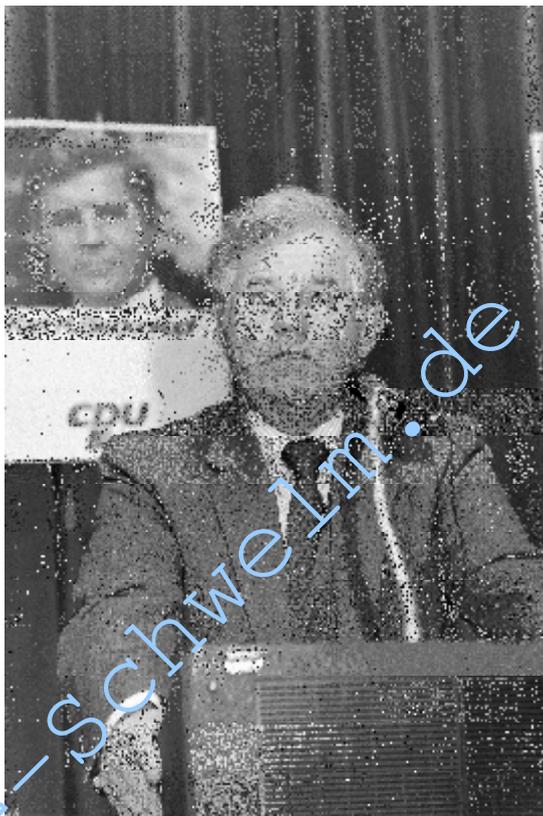
Begrüßt wurde Biedenkopf vom CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Heinz-Joachim Rüttershoff, dessen Gruß auch Leonhart Kuckart, sowie dem Ehrenvorsitzenden Ernst Lambeck und dem stellv. Bürgermeister Nockemann galt.

Biedenkopf zog viel Sympathien auf sich, als er mit einem Blumenstrauß der Frau des Vorsitzenden Rüttershoff, die am gleichen Tag Geburtstag hatte, herzlichst gratulierte.

In seiner anschließenden Rede bezeichnete Biedenkopf u. a. die zweite CDU - Legislaturperiode als eine Zeit, in der unter Adenauer bedeutsame Entscheidungen für die Zukunft gefallen und bis heute noch von größter Wichtigkeit seien. Das wären die Schaffung einer modernen Bundeswehr als Beitrag zur Verteidigung der Freiheit im Rahmen des atlantischen Bündnisses und neben der sozialen Marktwirtschaft die Einbindung in die Europagemeinschaft.

Deshalb wäre es für die Bundesrepublik verhängnisvoll, wenn sie nach der Wahl am 25. Januar durch eine Koalition von SPD und Grüne „in eine sozialistische, linksgerichtete Zukunft“ geführt würde.

Er beendete seine Rede mit dem Hinweis, dass in den 50er und 60er Jahren



Wahlredner am 11. November 1986 im Kolpinghaus Prof. Kurt Biedenkopf

unter Adenauer die richtigen Weichen für ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gestellt wurden. Auf diesem Weg, auf der Basis einer christlichen Werteordnung, müsse es weitergehen. Darum sei die Wahl am 25. Januar 1987 eine „Schicksalswahl“.

Die CDU mit Kohl gewann diese Wahl. Was aber keiner wusste oder ahnen konnte war, dass diese Wahl zum 11. Deutschen Bundestag die letzte Wahl vor dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung sein sollte.

Nachzutragen wäre noch, dass die Jahreshauptversammlung der Schwelmer CDU im März 1987 Heinz-Joachim Rüttershoff als Vorsitzenden und als seine Stellvertreter Walter Braun und Hans

Otto Lusebrink wählten.

Den Vorstand komplettierten: Kassierer Werner Kubitzky mit Geschäftsführer und Pressesprecher Paul Frech.

Als Beisitzer wählte die Versammlung: Eva Maria Förster, Manfred Heinemann, Peter Hertel, Ernst Hüsken, Matthias Kampschulte, Frank Nockemann, Michael Sasse und Jörg Weiss.

In der abschließenden Aussprache mahnte Walter Braun an, dass die CDU noch stärker ins Bewusstsein aller Bürger dringen und folgedessen auch die Partei der Arbeitnehmer bleiben müsse.

Um dies in die Wirklichkeit umzusetzen, beschloss die Versammlung, im nächsten Jahr wieder ein Kinderfest und eine „Woche der CDU“ zu veranstalten.

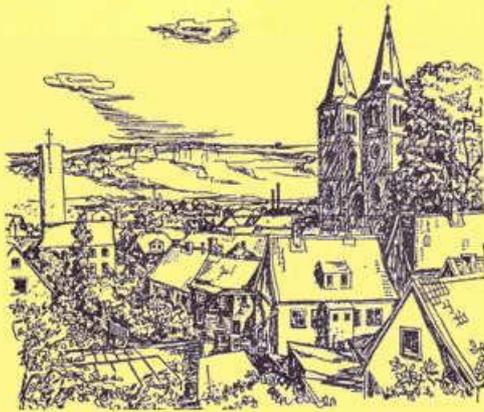
von links: (1987)
Kassierer
Werner Kubitzky,
Geschäftsführer /
Pressesprecher
Paul Frech,
stellv. Vorsitzender
Walter Braun,
Vorsitzender
H.-J. Rüttershoff
stellv. Vorsitzender
Hans Otto Lusebrink

unten:
Kinderfest 1987





Wappen der Stadt Schwelm



Schwelmer Altstadt

HERZLICHE EINLADUNG

ZUR

WOCHE DER

CDU
Schwelm

VOM 25. BIS 30. APRIL 1988

**Montag,
25. April 1988**

19.00 Uhr
Eröffnung der Ausstellung
„Ohne Kinder stirbt die Welt“
Ort: Kreishaus, Hauptstraße

20.00 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung
„Ist Schwelm eine
kinderfreundliche Stadt?“
Ort: Kreishaus, Hauptstraße

**Dienstag,
26. April 1988**

10.00 - 18.00 Uhr
Öffentliche Ausstellung
„Ohne Kinder stirbt die Welt“
Ort: Kreishaus, Hauptstraße

**Mittwoch,
27. April 1988**

19.00 Uhr
Öffentliche Veranstaltung
der Jungen Union Schwelm
Thema: „Vision NRW -
Chancen durch Vielfalt“
Referent: Andreas Engelhardt
stellv. Vorsitzender der
Jungen Union in NRW
Ort: Geschäftsstelle,
Hauptstraße 50

**Donnerstag,
28. April 1988**

19.00 Uhr
Öffentliche Veranstaltung
Mit dem Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung
BERNHARD JAGODA
Thema:
„Die Strukturreformen
im Gesundheitswesen“
Ort: Kreishaus, Hauptstraße

**Freitag,
29. April 1988**

16.00 Uhr bis 19.00 Uhr
WIR INFORMIEREN
in der Fußgängerzone

**Samstag,
30. April 1988**

20.00 Uhr bis Ende
Einlass 19.30 Uhr

TANZ IN DEN MAI
Ort: Kolpinghaus Schwelm

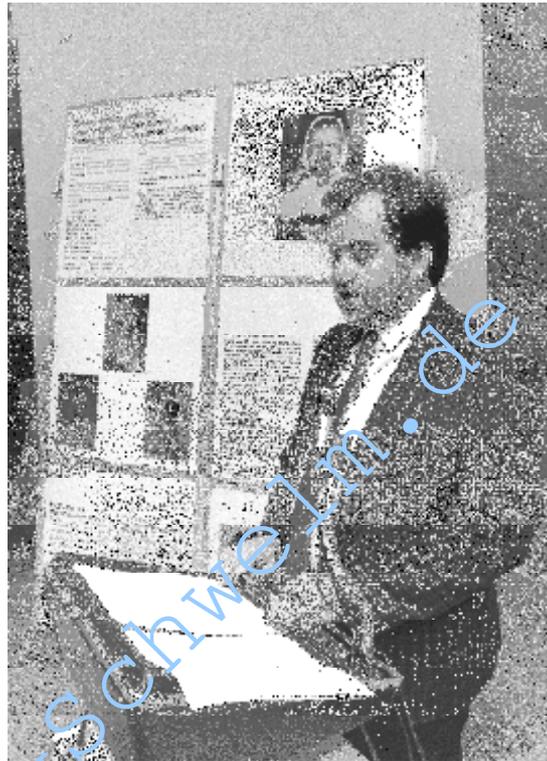
Zum Tanz spielt die Kapelle
„Blue Note Music“
Eintrittspreis DM 10,- pro Pers.

Die Woche der CDU Schwelm

Es war schon sehr beeindruckend, als im vollbesetzten Foyer des Kreishauses der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Heinz-Joachim Rüttershoff die „Woche der CDU“ mit der Ausstellung „Ohne Kinder stirbt die Welt“ eröffnete.

Zu Beginn sagte er: *„Nach zehn Jahren, gibt es wieder eine CDU-Woche in Schwelm, in der man Teile der in Stadt, Land und Bund geleisteten Arbeit der CDU vorstellt.“*

Diese Ausstellung war so angelegt, dass sie nicht nur die allgemeine Situation der Kinder widerspiegelte, sondern die Verantwortlichen in Kinder- und Jugendfragen zu konstruktiven Beiträgen animierte. Ergänzend hierzu erläuterte Jugenddezernent Winfried Janzen, dass sich die Stadt sehr um einen kinderfreundlichen Ruf bemühe. Er sagte:



(oben) Heinz-Joachim Rüttershoff eröffnet die Ausstellung - (unten): von rechts: Manfred Betz, Leonhard Kuckart, Dezernent Winfried Janzen, JA-Leiter Heinz Strupp, Presse Heike Rudolph und Vertreter des Kinderschutzbundes.

„Wir stehen gegenüber derzeit 4800 Kinder und Jugendlichen im Alter bis zu 18 Jahren in der Pflicht. Wir tragen dieser Situation Rechnung, indem die Stadt schon pro Jahr 790.000 D-Mark für die Kindergärten und noch einmal 580.000 D-Mark als Zuschuss an die Freien Träger gezahlt hat.“

Er schloss mit der bitteren Erkenntnis: *„Leider fehlt es an den erforderlichen Geldzuschüssen, um alle Wünsche erfüllen zu können!“*

Frau Irene Stöber vom Kinderschutzbund merkte abschließend noch an, man möge noch einmal die Anzahl der Kindergartenplätze, die Tagespflegestellen, sowie das Vertreiben der Kinder von Spielflächen überdenken, weil letztere oft mit Hundekot übersät seien oder das Terrain zugebaut würde.

Sehr positiv empfanden alle Anwesenden die abschließende Diskussion, die sehr konstruktiv verlief.

Im Rahmen der „Woche der CDU-Schwelm“ packte die CDU ein weiteres brandaktuelles Thema an: Im wieder vollbesetzten Mehrzweckraum des Kreishauses ging es um die Gesundheitsreform.. An Stelle des plötzlich verhinderten Staatssekretärs Bernhard Jagoda gelang es der CDU, hochkarätigen Ersatz zu finden: Für Jagoda referierte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestags-Fraktion Horst Günther MdB.

Er merkte an, dass das am 1. Januar 1989 in Kraft tretende Gesundheitsreformgesetz teilweise in der Bevölkerung falsch aufgefasst würde und dieses die Opposition bewusst schüre.

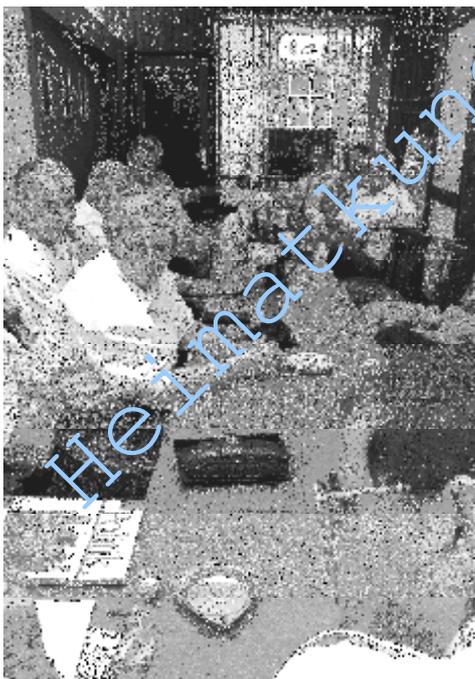
Deshalb sei es so wichtig, immer wieder auf den Inhalt hinzuweisen. Dazu gehöre, den Versicherten zu erklären, dass insgesamt kein Geld verloren geht, welches aus zusätzlichen Belastungen durch das Gesetz eingespart



In der Woche der CDU gut besucht: Veranstaltung im vollbesetzten Veranstaltungsraum der Geschäftsstelle (Foto Bernd Richter)



Nicht nur die Räume des Kreishauses waren beliebte Versammlungsorte,



... sondern auch die Räumlichkeiten in der CDU-Geschäftsstelle.

würde, im Gegenteil. Alle Einsparungen bzw. Ausweitungen der Selbstbeteiligung kommen der Versicherungsgemeinschaft in Form neuer Leistungen wieder zugute.

Als Beispiele benannte er die häusliche Pflege, die Vorbeuge- und Früherkennungsmaßnahmen, hier besonders die Bekämpfung von Herz-Kreislauf- und Rheumaerkrankungen. Der Vorwurf des Abkassierens wäre daher falsch und entsprächen nicht den Tatsachen.

Auch die Junge Union hatte ihre gut besuchte Veranstaltung. Ihre Verantwortlichen freuten sich über einen vollbesetzten Versammlungsraum in der Geschäftsstelle in der Hauptstraße. Hier referierte Andreas Engel, stellv. Vorsitzender der Jungen Union in NRW, über das Thema: „Vision NRW, Chancen durch Vielfalt“

Eine Infoveranstaltung in der Innenstadt und ein beschwingter Tanz- und Unterhaltungsabend in den Mai hinein, rundeten die Woche der CDU ab.



Bürgerrechtler Below am 9. Mai 1989 auf einer Versammlung der CDU

Von Perestroika und Glasnost

Um mehr über die einsetzende Perestroika und den Glasnost zu erfahren, hatte der CDU-Stadtverband den russischen Bürgerrechtler Yuri Below eingeladen. Below war vor fast 15 Jahren in der UdSSR politisch verfolgt und inhaftiert worden. Nach Abschiebung in den Westen, arbeitete er als Journalist bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt.

In einer außerordentlichen Versammlung im Ausstellungsraum der Sparkasse bezog Below Stellung und sagte in der Beurteilung der gesellschaftspolitischen Zustände seines Heimatlandes:

„Seitdem Parteichef Gorbatschow Anfang 1987 Glasnost (Durchsichtigkeit) und Perestroika (Umbau) für sein Land verkündete, hat sich bis heute in der Politik der Sowjetunion grundsätzlich kaum etwas verändert.“

An einigen Beispielen verdeutlichte der sowjetische Bürgerrechtler diese Auffassung. Er sprach davon, dass die Zwangsvereinigung der verschiedenen Volkszugehörigkeiten zu einer sowjetischen Bevölkerung noch weitergehe, dass die Pressefreiheit noch gar keine sei, dass Gorbatschow keine weiteren Parteien für mehr Demokratisierung zulasse.

Below räumte allerdings ein, dass die Menschen heute offener ihre Probleme diskutieren dürften, dass es innen aber wirtschaftlich schlechter gehe.

Anschließend kam es zu einer Aussprache. Auf eine diesbezügliche Frage sagte der aus seiner Heimat verbannte Below, die westlichen Politiker täten gut daran, die Sowjetunion als Partner erst dann ernst zu nehmen, wenn diese die Menschenrechte respektiere.

Auf der gleichen Versammlung wurde Maria Köster für 40 Jahre CDU-Mitgliedschaft geehrt. Für ihre Treue dankten MdL Leonard Kuckart und Vorsitzender Heinz-Joachim Rüttershoff mit Blumen und Urkunde.

Nachtrag: Was Below nicht ahnen konnte war, dass Michail Gorbatschow (ab 1988) einen Demokratisierungs- und Verselbstständigungsprozess in Gang setzte, der auf alle Ostblockstaaten überschwappen sollte.

Um dies zu bekräftigen verkündete Gorbatschow am 7. Juli 1989 vor dem Europarat in Straßburg, dass die Breschnewdoktrin jede Einmischung in Unabhängigkeitsbestrebungen von Staaten des Ostblocks nicht mehr gelte und unzulässig sei.

Mit Öffnung des Eisernen Vorhangs und der nun folgenden Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und der Tschechoslowakei, wurde der Kurswechsel bestätigt.



40 Jahre gehört Maria Köster der CDU an. Für ihre Treue dankten MdL Leonhard Kuckart (links) und Stadtverbandvorsitzender Heinz-Joachim Rüttershoff mit Blumen und Urkunde. (Foto Bernd Richter)

Jahreshauptversammlung mit vielen Perspektiven

Auf ihrer Jahreshauptversammlung im Mai 1989 gaben die Mitglieder des Schwelmer CDU-Stadtverbandes bei der Wahl des Geschäftsführers ihrem Fraktionsvorsitzenden Paul Frech mit 37 von 37 Stimmen ein eindeutiges Vertrauensvotum. Auch der Vorsitzende Heinz-Joachim Rüttershoff durfte sich über ein hervorragendes Wahlergebnis freuen, das ihn im Amt bestätigte.

Nach einem herzlichen Dankeschön an alle für die hervorragende Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, ging er in einem kleinen Statement auf internationale, nationale und kommunale politische Zielsetzungen ein.

Scharf verurteilte er die teilweise vorhandene Sympathie für den Hungerstreik der RAF-Terroristen und das Erstarken der Republikaner.

Letzteres bedeute für die CDU, sich bewusst von den Rechtsnationalen zu distanzieren, die offen mit Faschismus und Nationalsozialismus sympathisieren.

Weiterhin warnte er vor linken und rechten Extremisten. Auch denen erteile die CDU eine klare Absage.

Dagegen begrüßte er das wachsende Europa als „Zusammenschluss der freien Völker“ und als wirtschaftliche Chance. Landespolitisch hegte er den Wunsch, mit Norbert Blüm in NRW endlich den politischen Durchbruch zu schaffen.

An die FDP appellierte Rüttershoff, sich als Partner in guten wie in schlechten Tagen zu bewähren und bei unpopulären Entscheidungen keine Koalitionen in Frage zu stellen.

Auf Schwelm bezogen sagte er: *„Wir arbeiten mit Hochdruck auf die Kommunalwahl 1989 hin, bei der wir ein besseres Ergebnis als 1984 erzielen wollen. Ziel ist es, die absolute Mehrheit der SPD zu verhindern.“*

Als sehr unerfreulich und Besorgnis erregend beurteilte Rüttershoff die sinkenden Mitgliederzahlen der Schwelmer CDU, die sich im letzten Jahr um 30 Frauen und Männer, bedingt durch Tod, Umzug, Austritt und Übertritt in die Schwelmer Wählergemeinschaft, verringert hatten.

Anschließend erwähnte Paul Frech in einem kleinen Rückblick besonders die CDU-Ratsaktivitäten: Häufigere Entleerung der Altpapier- und Glascontainer! In diesem Zusammenhang betonte er, dass die Bürger notfalls durch Strafe davon abgebracht werden sollten, ihren Müll „daneben zu entsorgen“.

Er berichtete weiter über das Dringen auf rasche Verwirklichung des Gewerbegebietes Linderhausen und über den erfolgreichen Antrag, Kunststoffe auf dem Friedhof zum Gebrauch von Trauer- und Grabfloristik zu unterbinden.

Als vordringlich bezeichnete er das Bemühen um die Verbesserung der Kindergartensituation in Schwelm. Weiter appellierte er an die Schwelmer Bürger um die Reduzierung der Müllanlieferung am Bauhof, um auch hier die Kosten sichtlich zu reduzieren.

Zufrieden berichtete er von einer „lautlosen Initiative“, in der sich die CDU stark eingesetzt hatte, dass eine große Summe aus dem Verkauf des Amtsgerichtsgebäudes in die Sanierung der

Schwelmer Schulen gesteckt werde. In diesem Zusammenhang habe sich die CDU auch über eine mögliche Asbestgefahr an den hiesigen Schulen informiert, die aber laut Verwaltungsauskunft nicht existiere.

Zum Schluss, so informierte Frech, wolle man so rasch wie möglich den Kinderspielplatz im Neubaugebiet Sternenburg Straße und das Verschwinden des Mülls in der Rheinischen Straße verwirklichen.

Nachdrückliches Engagement bescheinigte Frech seiner Partei beim den Thema: „Behindertengerechter Ausbau des Bahnhofes“, „Anlegung des Rasenplatzes am Brunnen“ und beim „Kampf um das Linde-Werk“.

Zu der anderthalb Wochen zurückliegenden Kundgebung der DVU in Schwelm und der ihr angeschlossenen Demonstration sagte Frech:

„Ich ziehe dem Eierwerfen, das ich für einen Gewaltakt halte, die politische Auseinandersetzung vor.“

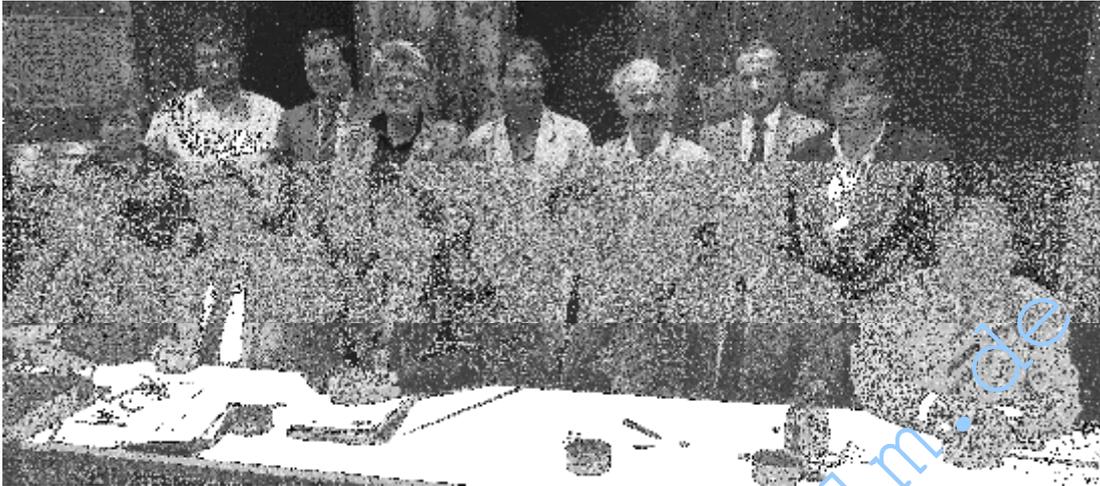
Und auch Gründungsmitglied Ernst Hüskens kritisierte eine „Eierschlacht“ mit Johlen und Pfeifen der Demonstranten zum Durchsetzen politischer Ideologien als absolut deplatziert.

Blick in den politischer Alltag der 80er Jahre

Die 13-Bogen-Brücke

Sage einer, die im Schwelmer Stadtrat agierenden Frauen und Männer machten einen leichten „Job“. Dem ist sicherlich nicht so, wie ich es auf den nächsten Seiten einmal detaillierter beschreiben möchte.

Von kulturellen, schulischen und gesellschaftlichen Entscheidungen bis hin zu sozialen, wirtschaftlichen und rein ideologischen Entscheidungen, - die Bandbreite der Beratungen und Beschlüsse sind oftmals sehr schwer. Meistens zeigt



Der neu gewählte CDU-Vorstand 1989: hintere Reihe von links: Beisitzer Ute Knäpper, Frank Nockemann, Wolfgang Luchtenberg, Vera Zemke, Manfred Heinemann, Ernst Hüsken, Peter Hertel und Michael Sasse.

Vorne von links: Hans Otto Lusebrink (stellv. Vorsitzender), Geschäftsführer Paul Frech, Vorsitzender Heinz-Joachim Rüttershoff, Kassierer Werner Kubitzky, Walter Braun (stellv. Vorsitzender), stellv. Bürgermeister Friedrich Wilhelm Nockemann.
(Foto Bernd Richter)

erst die Zukunft, ob richtig entschieden wurde.

Auf den folgenden Seiten möchte ich einmal an Hand der von Paul Frech genannten Aktivitäten und zwei Aktionen aufzeigen, die teilweise von der CDU angeregt oder unterstützt und begleitet wurden.

Nehmen wir als erstes den angekündigten Abriss der 1913 erbauten 13-Bogen-Brücke, die die stillgelegte Bundesbahnstrecke von Langenfeld nach Schwelm-Loh über das Schwelmetal verband.

1982 sollte nun der Abbruch beginnen, der aus Gründen der Sicherheit und Abwicklung des Verkehrs auf der Talstraße, Ruhrstraße und Metzger Straße durch herabfallende Steine erforderlich wurde.

Dieser Plan rief die Denkmalschützer auf den Plan. Sie beantragten beim amtierenden Regierungspräsidenten Grün-

schläger in Arnsberg im September, die 13-Bogen-Brücke zum Baudenkmal zu erklären und die Eintragung in die Denkmalliste der Stadt Schwelm anzuordnen.

Damit erreichten sie einen Abrissstop. Doch im Mai 1984 revidierte der Regierungspräsident seine Meinung und gab die Brücke zum Abbruch frei. Da aber die DB für den spontanen Abriss kein Geld hatte, meldeten sich zwischenzeitlich sogar Kaufinteressenten, die an eine Integration eines gastronomischen Betriebes dachten, aber dann wohl vor den hohen Instandhaltungskosten des betagten Bauwerkes zurückschreckten.

Um dieses einst bahnbedeutende Bauwerk aber nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, richtete Paul Frech einen Brief an den damaligen Bundesminister für Verkehr, Dr. Jürgen Warnke, mit der Bitte, mit dem Abriss auf Kosten der DB ein Modell fertigen zu lassen, damit dieses Stadtbild prägende Bauwerk zumin-

dest als Modell den zukünftigen Generationen erhalten bliebe.

Erfreulicherweise lag bald die Zusage des parlamentarischen Staatssekretärs für Verkehr, Dieter Schulte, Paul Frech schriftlich vor, dass die DB diese Anregung aufgenommen und akzeptiert hatte.

Doch als die Stadt Schwelm für die Verwirklichung dieses Vorschlages einen anteiligen, finanziellen Beitrag leisten sollte, fand sich hierfür in den parlamentarischen Gremien der Stadt keine Mehrheit.

So verschwand das kolossale Bauwerk der 13-Bogen-Brücke immer mehr aus dem Gedächtnis der Schwelmer Bevölkerung.

Übrigens:

Die Gesamtkosten des Abrisses der 13-Bogen-Brücke beliefen sich auf rund 195.000 DM.

Linde muss in Schwelm bleiben

Etwas problematischer und zeitintensiver gestaltete sich die Aufgabe der Produktion von Kühlmöbel im Linde-Werk an der Saarstraße. Da diese Schließung so symptomatisch war für viele andere Werkschließungen in unserer Gegend (siehe auch Seite 424), möchte ich die damaligen Vorgänge ein wenig ausführlicher beschreiben, als vielleicht üblich.

27. Januar 1988, dem Schwelmer Betriebsratsvorsitzenden Horst Wolf und seinem Stellvertreter wird von der Linde-Leitung emotionslos mitgeteilt, dass die Schwelmer Produktionsstätte an der Saarstraße ab Januar 1989 in Etappen geschlossen wird. Begründung: An anderer Stelle könne eine noch bessere Rendite erzielt werden als in Schwelm.

Das traf den Betriebsrat und die Beschäftigten unvorbereitet. Für alle war dies unfassbar, dass „ihr“ gut ausgelastetes und profi-



Talstr. / Carl vom Hagen Str. - Die 13-Bogen-Brücke 1988 vor dem Abriss
(Foto Bernd Oesterling)

tabel arbeitendes Werk in Schwelm stillgelegt werden sollte und damit auch 500 Arbeitsplätze vernichtet würden.

Große Empörung machte sich breit. Die Beschäftigten fühlten sich vom Linde-Vorstand nicht nur diskriminiert und betrogen, sondern konnten die drohende Werksschließung einfach nicht glauben. Es folgten rasch Protestaktionen, Politik und Öffentlichkeit wurden mobilisiert, man stemmte sich mit aller Macht gegen die drohende Schließung des Werkes und den Verlust der 500 Arbeitsplätze.

Am 2. Februar 1988 trafen sich der Schwelmer Bürgermeister und die Vorsitzenden der Ratsfraktionen der Stadt Schwelm mit dem Linde-Betriebsrat, und gründeten die gemeinsame Gegeninitiative „Linde muss in Schwelm bleiben!“

Dieser Initiative traten spontan die Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche, die politischen Parteien, die Kolpingsfamilie und der katholische Arbeiterverein bei, um zusammen mit dem Betriebsrat und der IG Metall öffentlichkeitswirksame Aktionen zu koordinieren. Das waren u.a. das Sammeln von Unterschriften für den Erhalt der Arbeitsplätze, das Besetzen der Informationsstände in der Innenstadt und das Verfassen von Protestschreiben.

Am 6. Februar 1988 kam es zu einer ersten Kundgebung in der Innenstadt mit großer Beteiligung der Bevölkerung.

Eine weitere Kundgebung fand auf dem Pausenhof der Realschule statt, wo viele Parteien und Verbände ihre Solidarität bekundeten.

Doch alle Kundgebungen und Konzepte zur Erhaltung des Kühlmöbelwerkes stießen in der Konzernzentrale der Linde AG auf taube Ohren, da ein anderer

Standort mehr Profit versprach.

Dieser lag in Beroun in Tschechien, dreißig Kilometer nordwestlich von Prag. Dort kostete die Fertigungsstunde - im Gegensatz zu 50 D-Mark in Schwelm - nur etwa 6 D-Mark.

Trotz allen Engagement konnte die Werksschließung auf Dauer nicht verhindert werden. Aber die Aktion: „Linde muss in Schwelm bleiben“ hatte eins eingebracht:

Durch die gemeinsame Ausübung des öffentlichkeitswirksamen Drucks, gelang es die völlige Stilllegung des Werkes zu verhindern und dies bis zum 31. Dezember 2002 hinauszuschieben.

Zu erwähnen wäre noch, dass mit den Beschäftigten ein 5 Millionen D-Mark hoher Sozialplan vereinbart wurde. Doch dies war sicherlich kein Ersatz für den Verlust eines sicheren Arbeitsplatzes.

Nach langwierigen Verhandlungen mit der Geschäftsführung wurde am 12. September 1988 in einem Interessenausgleichgespräch die Aufrechterhaltung eines Teilbetriebs in Schwelm mit 120 Arbeitnehmern für die kommenden sieben Jahre festgeschrieben. Dagegen sollte die Hauptproduktion bis Mitte 1991 am Standort Schwelm auslaufen und in Mainz konzentriert werden.

Kommunalwahlen 1989

Trotz eines außergewöhnlichen Einsatzes der Mitglieder, Kulturelles zu erhalten, öffentliche Gebäude zu renovieren, heimische Betriebe in ihrem Fortbestand zu unterstützen und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, wurde die CDU bei den Kommunalwahlen von der Arbeitnehmerschaft nicht in dem Maße gewählt, die reichte, um die Vorherrschaft der SPD zu brechen.

Es war sicherlich nicht nur die Abwicklung der Linde AG-Schließung, die überwiegend den Arbeitnehmern den Eindruck vermittelte, dass das Engagement von SPD und Gewerkschaft mehr als das der CDU „eingebracht“ hätte.

Sicherlich spielten auch noch weitere Faktoren eine Rolle, wie u. a. die von Norbert Blüm eingeführte Gesundheitsreform, deren Wertigkeit für viele Arbeitnehmer nur an höherer Rezeptgebühr, Zuzahlung beim Zahnersatz und Kürzung des Sterbegeldes gemessen wurde. Die erweiterte Leistung bei der Früherkennung und einer häuslichen Pflegehilfe bei Pflegebedürftigkeit, das sahen die meisten nicht.

Aber auch in parteiinternen Fehlern war der Grund zu suchen, dass die CDU bei den Wahlen im Oktober 1989 drei Ratsitze verloren. Diese Tatsache aber nur der Schwelmer Wähler Gemeinschaft

anzulasten, damit machten es sich die Verantwortlichen in der CDU zu einfach.

Wenn von 300 Mitglieder bei der Jahreshauptversammlung im März 1991 (siehe auch Seite 462) nur gerade einmal 36 Mitglieder erschienen, dann hätte sicherlich das Topthema der Versammlung eine wirklichkeitsnahe und tiefgreifende Selbstkritik sein müssen. Doch dem war nicht so!

Ein CDU-Mitglied brachte es dann mit klaren Worten auf den Punkt:

„Wenn wir nicht in Resignation erstarren wollen, müssen wir neue Wege suchen. Wenn wir als CDU weiterhin die Ablösung der SPD anstreben, dann müssen wir über unseren Schatten springen. Wir müssen mit den Parteien zusammenarbeiten, mit denen wir diese Lage auch überwinden können. Dazu brauchen wir ein radikales Umdenken und ein gemeinsames Miteinander.“



Und immer wieder Diskussion um die Gesundheitsreform. Hier Podiumsgespräche Dr. Siegers, H.Sondermann, AOK, M. Heringhaus und K. Matern Kolpingsfamilie,



Mitglieder des Schwelmer Stadtrates von 1989 - 1994



im Kolpinghaus. Von links: Apotheker H.Schulte, Zahnarzt Rüggebeg, Röntgenarzt H. Mertesdorf, Verwaltung Marienhospital, Paul Frech CDU, Gerd Kuckelsberg FDP

Heimatkunde-SchweIm.de

Kanzler der Einheit

Dr. Helmut Kohl



Mauerfall

Wiedervereinigung

Am Anfang stand die Abdankung Honeckers

18. Oktober 1989, es ist 18.00 Uhr.
Nachrichten: *„Berlin: Das ZK hat der Bitte Erich Honeckers entsprochen, ihn aus gesundheitlichen Gründen von der Funktion des Generalsekretärs, sowie vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und von der Funktion des Vorsitzenden des nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden...“*

Wir saßen im Freundeskreis zusammen, als diese schier unfassbare Mitteilung im Radio gesendet wurde. Alle, die dabei waren, konnten es nicht glauben, so unfassbar war diese Meldung. Ein anschließender Kommentar im Radio brachte ersten Erklärungen:

„...mit dem Reformkurs des 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählten Michael Gorbatschow zeigte sich schon sehr bald eine Konstellation ab, deren Rückwirkungen auf die DDR Honecker versuchte abzuwehren, Aber vergeblich!“

Insbesondere nach dem Abkommen von Helsinki nahmen immer mehr DDR-Bürger die Möglichkeit in Anspruch auszureisen. Angesichts der sich rapide verschlechternden ökonomischen Situation brach das System im Herbst 1989, als Honecker den 40. Jahrestag der DDR mit aufwändigen Staatsfeierlichkeiten beging, überraschend schnell zusammengefallen. Weil Honecker die Situation nicht erkennen wollte, musste er nun zurücktreten. Aus Angst vor etwaigen Konsequenzen ist er nach Moskau geflohen“.

An diesem Tage wurde ein Prozess eingeleitet, an deren Ende die Wiedervereinigung der zwei Deutschen Staaten stehen sollte.

Gleichzeitig wurde Honecker durch Egon Krenz abgelöst, der ihn dann im Dezember 1989 aus der SED ausschließen ließ.

Es dauerte nicht mehr lange, da fiel am 9. November 1989 auch die Mauer. „Wir sind das Volk!“ Mit diesem Ruf hatten die Demonstranten in der DDR ihre diktatorisch agierenden Politiker mit samt ihrem beherrschenden Sozialismus mit anhaltenden, aber durchaus friedlichen Demonstrationen hinweggefegt.

SED-Funktionär und Politbüromitglied Günter Schabowski war es dann, der bei einer Pressekonferenz die sofortige Reisefreiheit (unabsichtlich?) verkündete.

Was für eine Euphorie! Tausende strömten noch in der Nacht über die Grenze, um einen Blick in den Westen zu werfen. Einige blieben gleich für immer dort. Diese Erklärung Schabowskis führte dann letztlich zum endgültigen Mauerfall und der Auflösung der innerdeutschen (Todes) - Grenze.

Nun schlug die Stunde des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Nach Fall der Mauer am 9. November 1989, legte er am 28. November 1989 den ehemaligen westlichen Alliierten und den Abgeordneten im Bundestag ein „Zehn-Punkte-Programm“ zur Überwindung der deutschen Teilung vor.

Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der DDR 1990 war dann für Kohl die einmalige Chance, den Traum von der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf friedlichem Wege zu realisieren. Hätte Kohl sie nicht genutzt, wäre die deutsche Einheit wohl auf längere Sicht eine Utopie geblieben.

Während die USA, vor allem ihr Präsident George Bush, und auch der russische Präsident Gorbatschow eine deutsche Wiedervereinigung unterstützten, waren die Nachbarn Frankreich und England eher misstrauisch.

WIR DEUTSCHEN FREUEN UNS

Unsere Landsleute aus der DDR können uns nun endlich frei besuchen. Wir heißen sie herzlich willkommen!

Wir rufen ihnen zu: Ihr steht nicht allein, wir stehen an Eurer Seite. Wir sind und bleiben eine Nation. Wir gehören zusammen.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein Grundrecht des Menschen. Wir fordern dieses Recht für alle Menschen in Europa, wir fordern es für alle Deutschen.

Die Menschen in der DDR haben ein Recht auf

- freie Meinungsäußerung,
- eine wirklich freie Presse,

- freie Bildung von Gewerkschaften,
- freie Gründung von Parteien,
- freie, gleiche und geheime Wahlen.

Sie sind dabei, sich diese Freiheiten selbst zu erkämpfen. Wir in der Bundesrepublik Deutschland wollen sie dabei von Herzen unterstützen.

»Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Prozeß einer Öffnung in der DDR zum Wohle unserer Landsleute zu unterstützen.«
Bundeskanzler Helmut Kohl

EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT

CDU



Die Zukunft

■ CDU-DOKUMENTATION 38/1989

Wiedervereinigung bleibt unser politisches Ziel

Zehn-Punkte-Programm
zur Überwindung der Teilung
Deutschlands und Europas

- Ausführungen von
Bundeskanzler Helmut Kohl
zur Deutschlandpolitik
am 28. November 1989
in der Haushaltsdebatte
des Deutschen Bundestages

Beschlüsse des 36. Bundesparteitages der CDU
vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden sowie des
Bundesausschusses am 12. und 26. September 1988

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

CDU
Die Zukunft



Nach dem Ruf: „Wir sind ein Volk“ erstellte die CDU ein zehn Punkte Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas.

Es ist Bundeskanzler Helmut Kohl zu verdanken, dass er alle Kritiker davon überzeugen konnte, dass auch von einem wiedervereinigten Deutschland keine friedensbedrohenden Gefahren mehr ausgehen werden.

Acht Monate danach, am Morgen des 23. August 1990, stimmte die Volkskammer der DDR mit 299 von 380 Stimmen einem vorgelegten Einigungsvertrag zu. Danach konnten die Deutschen aus Ost und West am 3. Oktober 1990 ihre offizielle Wiedervereinigung feiern.

Ich erlebte dieses Ereignis gemeinsam mit vielen Freunden und Bekannten. Wir alle hatten uns im Schwelmer Kolpinghaus zu dieser historische Stunde zusammen gefunden, keiner wollte sie verpassen:

„Spontan hatten meine Frau und ich uns an diesem Tage mit fast 80 Bekannten zusammengefunden und betrachteten im Fernsehen bewegt die Feier zur Wiedervereinigung vor dem Brandenburger Tor und dem Reichstag.“

Beim gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes hatten viele von uns Tränen in den Augen. Wir waren uns alle einig, dass wir diesen historischen Tag sicherlich nicht vergessen würden.“

Die Wiedervereinigung bewirkte auch massive Veränderungen in vielen Ländern des Ostblocks. Wie eine Kettenreaktion drängten nun Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und sogar Estland, Lettland und Litauen auf Unabhängigkeit. Der seit 1945 Europa trennende "Eiserne Vorhang" löste sich auf. Was für aufregende Jahre!



Historische Ausgabe der Westfalenpost vom 10 November 1989

Die 90er Jahre: Teile der Jugend ohne Perspektive und Werteordnung

Lassen Sie mich noch einige Gedanken niederschreiben, die mir durch den Kopf gehen, wenn ich an die Zeit nach der Wiedervereinigung denke.

Derjenige, der nach der Wiedervereinigung 1990 geglaubt hatte, dass sich mit Euphorie und gutem Willen der innerliche Einigungsprozess Deutschlands und das gesellschaftliche Miteinander zwischen Ost und West wie selbstverständlich vollziehe, der irrte. Selbst heute, über 25 Jahren danach, müssen wir feststellen, dass dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist. Zu unterschiedlich haben 40 Jahre Teilung jeweils die Menschen in Ost und West geformt und geprägt.

Hatte die Wiedervereinigung aus einem geteilten Land ein neues, großes Deutschland gemacht, so entwickelte sich besonders die Jugend von Ost und West durchweg wertelos.

So stellte sich u.a. die Frage:

Sind eigentlich die Erziehungsfehler der 68er Elterngeneration und antiautoritäre Lehrerinnen und Lehrer mitschuldig an der Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher und sogar an der Welle extremer Gewalt von rechts und links?

Nehmen wir einmal die Rostocker Krawalle 1992, mit ihrem Aggressions- und Gewaltpotential, die anschließend wohl so manchen Erziehenden recht nachdenklich machten. Sie konnten es nicht leugnen: Diese Kinder und Jugendlichen waren das "Produkt" ihrer Erziehung.

Konträr die „Grünen“ mit ihrer ökologischen Ideologie. Diese hatten sich in Deutschland die gesellschaftliche Entwicklung in vielen Punkten wohl anders gewünscht und vorgestellt.

Sie waren es, die stolz darauf waren, dass sie viele traditionelle, vor allem die christlichen Wertesysteme, hatten zusammenbrechen lassen.

Waren sie es nicht, die gegen alle Normen angekämpft und jede Autorität in Frage gestellt hatten und am liebsten sogar die Familien auflösen wollten?

Waren es nicht die Erziehenden aus der 68er Generation, die ihren Kindern keine oder nur sehr selten die Chancen zur Auseinandersetzung mit ihnen gaben, mit ihnen diskutierten, sie mitbestimmen oder gar selbst mitentscheiden ließen?

Waren es nicht die Erziehenden aus der 68er Generation, die so gut wie keine Grenzen mehr setzten und Verbote aussprachen, mit denen sich die Kinder hätten auseinandersetzen können?

Und so geschah genau all das, wovon die Kirchen und die christlich orientierten Parteien immer gewarnt hatten. Die Redakteurin des Spiegels Beate Scheffler, selbst Lehrerin, brachte es auf einen Nenner:

„Statt der mündigen, sozial und ökologisch engagierten, politisch hochmotivierten Jugend hat diese Erziehung eine große Anzahl von „Spezies“ hervorgebracht, die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert und im schlimmsten Falle sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist.“

Diese 68er Generation trat damals den Gang durch die Institutionen an. Sie schaffte es, besonders in den Schulen unseres Landes, viele Schlüsselfunktionen zu besetzen.

Zweifelsohne, mit der Abschaffung der christlicher Werte und den konservativen Tugenden des Bürgertums sind die 68er schuldig geworden. Schuldig geworden an Kindern und Jugendlichen, durch die von ihnen geprägten Erziehungsziele.

Schuldig geworden, durch Verbreitung ihres antichristlichen Gedankengutes, schuldig an einer heutigen Gesellschaft ohne christliche Werte.

Aber es sollte sicherlich auch noch ein weiterer Punkt mit einfließen. Es ist die Gewaltbereitschaft bei den Heranwachsenden. Sie gründet sich sehr stark neben dem Fehlen einer Werteorientierung in der Perspektivlosigkeit mangelnder Berufschancen. Die teilweise Verwahrlosung unserer Städte und die täglichen Negativberichte in den Medien taten ihr Übriges dazu.

Diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer, keine Chance haben einen guten Schulabschluss zu erhalten und dem zu Folge im harten Konkurrenzkampf auch keine lukrative Ausbildung

und einen festen Job, suchen ihre Identität in der körperlichen Stärke. Oftmals ist das Abdriften in die kriminelle Szene vorprogrammiert. Traurig aber wahr, derartige Vorbilder können wir täglich im Fernsehen mit verfolgen.

Neue Ausrichtung, Junge Union und der Generationenwechsel

1991 erlebte der Schwelmer CDU-Stadtverband generell einen verjüngenden Umbruch. Doch erst einmal übernahm noch einmal Friedrich Wilhelm Nockemann den Vorsitz des Stadtverbandes Schwelm. Er sollte dieses Amt noch weitere sieben Jahre bekleiden.

Heinz-Joachim Rüttershoff, der aus beruflichen Gründen nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden kandidierte, weil



Frank Nockemann wurde Ratsmitglied der CDU-Fraktion und Matthias Kampschulte, 1997 Vorsitzender der CDU-Stadtverbandes

er im Unternehmen neue Aufgaben übernehmen musste, schied nach sechs Jahren aus einem ihm lieb gewordenen Amt aus. Für seine Verdienste erhielt er die silberne Kanzler-Medaille.

Die gleiche Auszeichnung in Bronze empfing Walter Braun, der nicht wieder stellv. Vorsitzender werden wollte und fünfzehn Jahre Ratsmitglied gewesen war (1970/85).

So wählte die Versammlung Hans Otto Lusebrink zum zweiten Vorsitzenden, Ebenso schenkte sie Matthias Kamp-schulte, Frank Nockemann und Vera Zehmke, die aus der Garde der jungen Leute vehement nach vorne drängten, ihr Vertrauen. Die Gewählten sollten in den nächsten Jahren Fraktion und Stadtverband noch sehr bereichern.

Nachdem Fraktionschef Paul Frech die Kassenlage als geordnet bezeichnet und die Mitglieder diese nach dem Bericht der beiden Kassenprüfer Hermann Grüntker und Rolf Walter entlastet hatten, standen weitere Wahlen auf der Tagesordnung.

Da von 307 Mitgliedern nur 36 zur Jahreshauptversammlung gekommen waren, wurden alle Beisitzer-Vorschläge des Vorstandes einstimmig bestätigt.

Es waren: Manfred Heinemann, Bernd Hens, Peter Hertel, Ute Knäpper, Wolfgang Luchtenberg, Frank Nockemann, Michael Sasse, Rolf Steuernagel und Vera Zemke.

So war es keine Überraschung, dass bei der Wahl der Delegierten des Stadtverbandes zum Kreisparteitag viele Personen doppelte Funktionen bekleideten. Es waren: Elisabeth Albano-Müller, Walter Braun, Gisela Gutknecht, Bernd Hens, Peter Hertel, Matthias Kampschulte, Ute Knäpper, Rainer Krüger, Wolfgang Luchtenberg, Hans Otto Lusebrink, Frank



Die Kanzler Medaille der CDU mit Konrad Adenauer und Helmut Kohl

Nockemann, Ulrich Rohde, Heinz - Joachim Rüttershoff, Michael Sasse, Rolf Steuernagel und Vera Zemke.

Weitere zwölf Ersatzdelegierte wurden gewählt: Horst Beckenhusen, Norbert Geilen, Werner Gutknecht, Hermann Grüntker, Lutz Hannuschka, Manfred Heinemann, Sascha Herring, Walter Jäger, Kurt Krause, Artur Müller, Rolf Walter und Jörg Weiss.

Als der scheidende Vorsitzende Rüttershoff zum Ende der Versammlung um mehr Mitarbeit von Mitgliedern und um verstärkte Mitgliederwerbung warb, hatte wohl auch das letzte Mitglied erkannt, dass ein Umdenken in vielerlei Hinsicht unumgänglich war.

Erfreulicher Weise gab es kaum einen der Anwesenden, der nicht in irgendeiner Art und Weise bereit war neue, zeitgemäße Wege zu gehen.

Als wenn der „nachlassende Elan und die nicht mehr zu verbergende Politikmüdigkeit vieler alter CDU-Mitglieder besondere Motivation für die Jungen gewesen wäre, die Schwelmer JU war eine derart „starke Truppe“ geworden, dass nun ein Teil ihrer Mitglieder im Parteileben der CDU eine immer größere Verantwortung übernahmen.

Die Mitglieder der Jungen Union, die nach manchen „heißen“ Diskussionen ihre Position gefunden hatten, waren dem „befreienden“ Trend der 68er nicht gefolgt. Im Gegenteil. Für sie gab es

keine Alternative zu den christlichen Werten. Diese standen als Fundament ihres politischen Handelns fest.

Sie ließen keinen Zweifel daran, dass sie ihre politische Ausrichtung und ihre gesellschaftliche Gestaltung mit einem klaren Bekenntnis zu christlichen und bürgerlichen Traditionen verwirklichen wollten. Auch eine Alternative zur sozialen Marktwirtschaft war für sie nicht denkbar.

All dies spiegelte sich auf dem Deutschlandtag der JU in Fulda, am 27.- 29. Oktober 1995 wieder. Hier beschloss die Versammlung ein neues und der Zeit angepasstes Grundsatzprogramm.

In diesem betonten sie noch einmal ausdrücklich ihr oben genanntes Selbstverständnis. Da heißt es zu Beginn:

„Unser politisches Handeln ist auf drei Ziele ausgerichtet: Für alle ein würdiges Leben, auf Verwirklichung, Erhaltung und Weiterentwicklung von Frieden, Freiheit und auf soziale Gerechtigkeit, sowie auf die Sicherung einer lebenswerten Zukunft für Mensch und Natur.“





Junge Union: Kinderfeste gestalten



Vor der CDU-Geschäftsstelle

Dabei sehen wir die Herausforderungen, die vor uns liegen: Menschen maßen sich an, Hand an das Leben von Menschen zu legen. Wir leben in einer Welt, in der es immer noch Kriege und Krisen, Hunger und Folter, Ungerechtigkeit und Unterdrückung sowie die fortdauernde Ausbeutung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen gibt.

Der rasante technologische Fortschritt bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. Die friedliche Revolution des Herbstes '89 ermöglichte nicht nur, die deutsche Einheit wiederherzustellen, sondern sie eröffnete neue Möglichkeiten friedlicher und demokrati-

scher Zusammenarbeit in Europa. Sie ist auch ein Beispiel dafür, wie mit Zivilcourage, Beharrlichkeit und dem Glauben an Freiheit und Gerechtigkeit, Visionen realisiert werden können.

Nur wenn wir diese Herausforderungen annehmen, wenn wir uns nicht resignierend zurückziehen oder uns von Sorgen lähmen lassen, sondern mit großem Engagement, Idealismus und Sachkenntnis den möglichen Gefahren und Risiken begegnen, werden wir unserer Verantwortung gerecht. Gerade wir jungen Menschen in den freien und reichen Ländern sind aufgerufen, unseren Beitrag für eine Zukunft der Menschheit in Frieden, Freiheit und Solidarität zu leisten.

Grundlage unserer Bemühungen, politische Mitverantwortung für die Gestaltung der Zukunft zu übernehmen, ist das christliche Verständnis vom Menschen.

Die Einsicht in die eigene Unvollkommenheit verbietet den Anspruch, die einzig richtige Meinung zu vertreten. Deshalb sind wir offen für andere politische Überzeugungen und Zukunftsentwürfe. Vielfalt macht unsere freiheitliche Gesellschaft aus. In ihr kann jeder einzelne an der Gestaltung seines Lebens und seiner Umwelt mitwirken.

Chancen für eine derartige Mitwirkung, zugleich aber auch für Orientierung und Geborgenheit finden viele Menschen in kleinen Lebenskreisen wie Familie, Nachbarschaft, Vereinen, kirchlichen

JU

STADTVERBAND
SCHWELM

und sozialen Gruppen.

Diese kleinen Lebenskreise zu stärken und zu fördern, gehört zu den zentralen politischen Aufgaben, um Eigenverantwortung und solidarisches Miteinander zu ermöglichen.

Die Entscheidungen für die Welt von morgen werden heute gefällt. An diesen Entscheidungen wollen wir mitwirken.“

Ihre Vorsitzenden waren u. a.: Leonhard Kuckart, Friedrich Wilhelm Nockemann, Paul Frech, Werner Mai-kranz, Wolfgang Bergmann, Matthias Kampschulte und Oliver Flühöh.

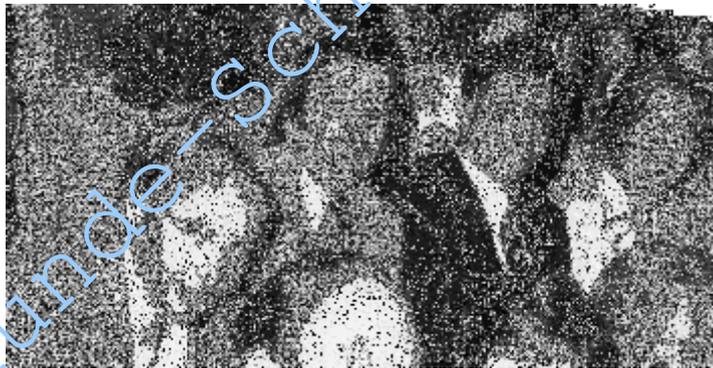


2. Januar 1978, die Junge Union feiert Karneval.
(von rechts) Herbert, Brigitte und Hermann Grüntker (Foto Bernd Richter)

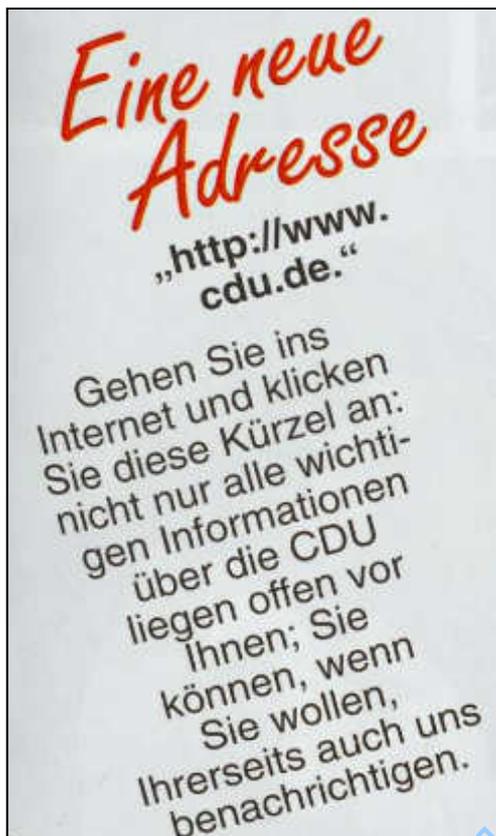


(oben):
Straßenwahlkampf der
Jungen Union:
mit Herbert u.
Hermann Grüntker

(rechts):
Von links: Dieter Schulz,
Rainer Bröcking, Fr. Wil-
helm Nockemann mit
Ehefrau



(links) Jahreshaupt-
versammlung im
Kolpinghaus 1978
Von links:
Friedrich Vogel MdB
Vorsitzender
Fr. Wilhelm Nockemann,
Pressesprecher
Paul Frech
Kassierer
Georg Kureck
Im Vordergrund
Ratsmitglied
Kurt Krause
(Foto Bernd Richter)



Erinnern Sie sich noch?
 Start der Internetpräsenz der CDU 1995. Dazu sagte Peter Hintze:
 Ich starte jetzt den Einstieg der CDU in die weltweit vernetzte Kommunikation, ins Internet. Heute selbstverständlich. Damals sensationell!

50 Jahre CDU-Stadtverband Schwelm

Im August 1995 waren 50 Jahre vergangen, seitdem Frauen und Männer mit christlicher, demokratischer und sozialer Gesinnung die CDU in Schwelm gründeten. In ihrer Einladung zu einer diesbezüglichen Feierstunde schrieben die Vertreter der CDU:

Vor 50 Jahren fanden sich Männer und Frauen auch in Schwelm zusammen, um eine Christlich-Demokratische-Union zu gründen.

Aufgrund ihrer oft ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Terror der nationalsozialistischen Diktatur und dem un-

geheurem Leid des von Hitler entfesselten Krieges, wollten sie einen Beitrag zum Aufbau unserer zerstörten Heimatstadt und unseres Landes leisten, einen Beitrag für eine Zukunft in Frieden und Freiheit.

Sie fassten den Entschluss, eine große Volkspartei auf christlicher Grundlage zu schaffen und so die jahrhundertelange politische Spaltung der Konfessionen zu überwinden.

Die Entschlossenheit, die Opferbereitschaft und der Mut jener Frauen und Männer aus der Gründungszeit unserer Partei sollten uns auch heute und morgen Ansporn und Vorbild sein für die



Gestaltung demokratischer Politik.

Der Vorstand würde sich sehr freuen, wenn Sie als Mitglied der CDU zur Feier des 50-jährigen Bestehens unserer gemeinsamen Partei, der CDU-Schwelm, an der Jubiläumsveranstaltung am 4. Juli d.J. um 19.00 Uhr im Veranstaltungsraum der Städtischen Sparkasse teilnehmen würden.

Programm der Jubiläumsfeier

- Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Nockemann
 - „Aus der Gründung der CDU-Schwelm“
Vortrag von Ernst Hüsken, einem der Männer der ersten Stunde der Schwelmer CDU
 - „50 Jahre CDU-Deutschland“
Vortrag des Kreisvorsitzenden der CDU-Ennepe Ruhr
Leonhard Kuckart MdL
 - Videofilm „50 Jahre CDU“
 - Ehrung der Gründungsmitglieder
 - Gemeinsamer Imbiss und Umtrunk
 - Gelegenheit zum Austausch von Erinnerungen und Gedanken
 - Schlusswort des Vorsitzenden
- Ende gegen 22.00 Uhr

1995 - Attentat auf Spitzenkandidaten für den Landtag Helmut Linssen

Nach den Bundestagswahlen am 16. Oktober 1994, bei der die CDU mit 41,4 % die stärkste Partei wurde und mit Kohl und dem Koalitionspartner FDP die neue Regierung bildete, standen die Landtagswahlen 1995 an.

Zu diesem Zweck war der CDU-Spitzenkandidat Dr. Helmut Linssen, CDU-Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl in NRW, nach Schwelm gekommen, um den Bürgern sein Wahlprogramm vorzustellen. Es sollte kein ganz normaler Wahlkampftag werden.

Zu Beginn wurde Linssen, gut gelaunt, fast schon ausgelassen, von seinen Parteifreunden vor Ort, Leonhard Kuckart und Geschäftsführer Paul Frech, herzlich willkommen geheißen.

Doch beim obligatorischen „Bad in der Menge“ zog ein 33jähriger Schwelmer in einer Entfernung von rund drei Metern plötzlich ein Klappmesser.

Dank der wachen Aufmerksamkeit der Sicherheitsbeamten konnte so ein möglicher Attentatsversuch bereits im Ansatz vereitelt werden. Der scheinbar geistig verwirrte Täter hatte plötzlich die Stichwaffe mit den Worten: „Ich hab ein

Folgende Gründungsmitglieder der Schwelmer CDU wurden für 50jährige Mitgliedschaft geehrt:

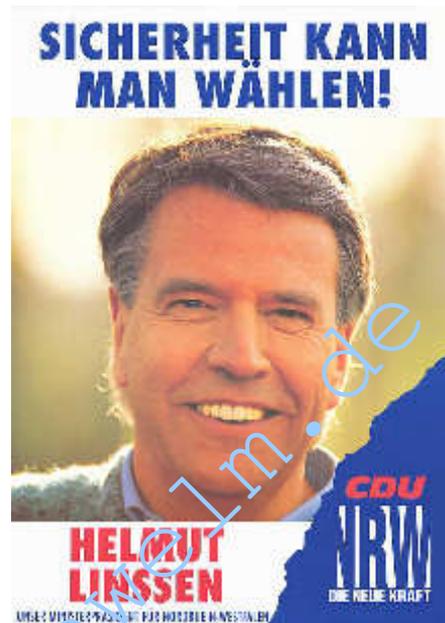
Albert Becker
Ernst Hüsken
Margarete Kappel
Anni Mittelmann
Magdalene Mittelmann
Otto Müller
Jenny Schöfer
Robert Seckelmann
Hermann Weuster

es aufgeklappt. In diesem Moment waren auch schon die Bodyguards zur Stelle, die dem Mann das Messer aus der Hand schlugen und ihn im Polizeigriff von Helmut Linssen wegführten.

Derweil setzte der Christdemokrat, der von allem nichts mitbekommen hatte und erst im Nachhinein informiert wurde, seine Gespräche mit den Bürgern in der Fußgängerzone fort.

Der der Polizei wegen des Missbrauchs von Betäubungsmitteln einschlägig bekannte Mann war bereits im Vorfeld der Veranstaltung durch seine aggressiv vorgetragenen Fragen aufgefallen. Deshalb war er von den Sicherheitsleuten nicht mehr aus den Augen gelassen worden.

Nachzutragen wäre, dass die bei der Kommunalwahl 1994 in Schwelm die CDU die SPD Dominanz nicht brechen konnte. Es sollte aber für die nächsten 10 Jahre das letzte mal sein, dass die SPD in Schwelm den Bürgermeister stellte.



CDU Wahlplakat NRW 1995



Rat der Stadt Schwelm 1994 bis 1999

Heimatkunde-SchweIm.de

Die Jahrtausendwende CDU stellt wieder den Bürgermeister



**Mit den Bürgern die Zukunft
des neuen Jahrtausend gestalten
Dr. Jürgen Steinrücke
- Schwelms neuer Bürgermeister -**

Verpflichtung der stellv. BürgermeisterIn Ilse Adam
und des
stellv. Bürgermeisters Friedrich Wilhelm Nockemann

Mit den Bürgern die Zukunft gestalten!

CDU

für EN



Leitsätze der
CDU Ennepe-Ruhr
zur Kommunal- und Kreistagswahl '99

**Gemeinsam stark -
1999 - mit jungem Schwung in das
neue Jahrtausend**

Mit der kleinen Broschüre: *Leitsätze der CDU-Ennepe-Ruhr zur Kommunal- und Kreistagswahl 1999 - Mit den Bürgern die Zukunft gestalten* - hatten die Verantwortlichen ihre Erkenntnis umgesetzt, dass letztlich nur ein gemeinsames Vorgehen im gesamten Kreisgebiet die Wahlchancen bedeutend erhöht.

So schrieb Dr. Ralf Brauksiepe MdB zu Beginn

„... entscheiden bei der Kreistags- und Kommunalwahl am 12. September 1999 die Bürgerinnen und Bürger im Ennepe-Ruhr-Kreis darüber, wer die politische Verantwortung für unsere Heimat beim Übergang in das 21. Jahrhundert tragen soll...“

Sinngemäß führte er aus, dass es nicht darum gehe, wer Politik im Ennepe-Ruhr-Kreis gestalte, sondern ob überhaupt Politik gestaltet wird.

Weiter schrieb er: *„Wir, die christlichen Demokraten im Ennepe-Ruhr-Kreis, wollen die politische Zukunft unserer Heimat gestalten. Unser Gestaltungsanspruch ist gleichzeitig ein Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger im Ennepe-Ruhr-Kreis, aktiv mitzuwirken.“*

... Wir wollen den Menschen nicht von oben sagen, was nicht geht, sondern wir wollen gemeinsam mit ihnen die bisher ausgelassenen aber sich anbietenden Chancen nutzen, um den Ennepe-Ruhr-Kreis und seine Städte in eine gute Zukunft zu führen ...

... Ich möchte Sie nicht nur an ihre Verantwortung erinnern, sondern auch daran, dass Sie selbst Verantwortung übernehmen können. Ich bitte deshalb alle Bürgerinnen und Bürger im Ennepe-Ruhr-Kreis, bei dieser Wahl ... mit ihrer



Dr. Ralf Brauksiepe MdB
Vorsitzender des CDU
Kreisverbandes Ennepe Ruhr

Stimme für die CDU für eine bessere Machtbalance zwischen den politischen Kräften beizutragen...“

Und so legte in den wichtigen Sachgebieten die CDU ihre Meinung dar. Da war als erstes der Bereich Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatz.

Die CDU war der Ansicht, dass hierbei die Sicherung bestehender und die Schaffung **zusätzlicher zukunftssicherer Arbeitsplätze** die wichtigste Aufgabe der Politik sei. Das könnte vor allem durch private Initiative und Investitionen geschaffen werden, weil dies die „öffentliche Hand“ nicht alleine schaffen kann. Um so wichtiger sei es deshalb, dass zukunftsweisende Rahmenbedingungen erstellt und dann umgesetzt würden.

Weitere wichtige Sachgebiete behandeln die Bereiche:

Kommunaler Umweltschutz, Sicherheitsfragen, die kommunale Ausländer- und Asylpolitik, das kommunale Wohnen und Wohnumfeld, die kommunale Verkehrspolitik, kommunale Familien- und Jugendpolitik, kommunale Schul- und Bildungspolitik, kommunale Sportpolitik, kommunale Senioren- und Frauenpolitik und die Sozial- und Gesundheitspolitik.

Ergänzt wurden diese Sachgebiete durch die kommunale Kultur- und Freizeitpolitik.

Den Sachgebieten lag das politische Grundsatzprogramm der CDU zu Grunde, welches sich auf christliche Werte stützte. Für die CDU lag hier auch die Wertschätzung für die Familie als Grundlage der Gesellschaft und die soziale Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft (christl. Soziallehre).

Geschäftsführer Paul Frech:

„Kommunalpolitik hat nicht nur etwas mit der Lösung von Sachproblemen zu tun, sondern ganz entscheidend auch damit, wer als Person die Bürger im Rat und als Bürgermeister vertritt.

Wir als CDU versprechen Ihnen, dass wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl danach ausgesucht haben, ob sie wirklich bereit sind, sich für die Probleme der Bürger zu engagieren....

... Daher bitten wir Sie um Ihr Vertrauen für unsere Politik, aber genauso für die Frauen und Männer der CDU, die wir Ihnen für die Kommunalwahl am 12. September 1999 vorschlagen.

Wir würden uns über Ihr Vertrauen und über Ihre Stimmabgabe für die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU sehr freuen und versprechen Ihnen, dass wir nach besten Kräften für das Wohl aller Bürger arbeiten werden!“



Senioren besuchen 1999 die Kreisgeschäftsstelle der CDU in Ennepetal

**Dr. Jürgen Steinrücke,
Bürgermeister(kandidat) der CDU**

Dr. Jürgen Steinrücke kam im Februar 1999 als fast Unbekannter aus dem Düsseldorf-Landtagsbüro auf Einladung von Leonhard Kuckart, Paul Frech und Matthias Kampschulte in die Schwelmer Kommunalpolitik und wurde Bürgermeisterkandidat des Schwelmer CDU-Stadtverbandes.

Bei den Kommunalwahlen am 12. September 1999 errang die CDU nicht nur 17 Ratsitze und wurde damit stärkste Partei, sondern mit 59,2 % wurde auch Dr. Jürgen Steinrücke zum ersten, von den Bürgern direkt gewählter, neuer Bürgermeister.

Nach 35 Jahren hatte Schwelm nun wieder einen Christdemokraten als Stadtoberrhaupt und mit ihm an der Spitze der Verwaltung einen neuen Verwaltungschef.

Wer war Dr. Jürgen Steinrücke? Lassen Sie mich den neuen Bürgermeister und Verwaltungschef mit einige Zeilen charakterisieren. Hierfür war mir ein Artikel von Bernd Oesterling, Chef der Lokalredaktion der Westf. Rundschau sehr nützlich.



„... das, was an Dr. Steinrücke besonders herausragte, war seine soziale Einstellung und sein soziales Engagement.“

Schnell zeigte er, dass dies kein bloßes Lippenbekenntnis war. Ener- gisch legte er selbst Hand an, wenn es neben seinem politischen Amt um menschliche Bereiche ging und unter- stützte die Anliegen der Hilfebe- dürftigen, wenn seine Hilfe ge- braucht wurde. Hier einige Beispiele:

Tatkräftig begleitete Dr. Steinrücke, der aus der christliche Pfadfinder- schaft kam, die Aktivitäten der Schwelmer Kolpingsfamilie.

Wo er helfen konnte, trat er enga- giert für diesen sozialen Verein ein, wie u.a. für die Durchführung der Sommerferienlager in Südtirol für junge Schwelmerinnen und Schwel- mer.

Auch sein aktives Mitwirken bei den Schwelmer Nachbarschaften muss

Partei	Anzahl der gewählten Vertreter(innen)	
	1999	zum Vergleich: 1994
SPD	11	21
CDU	17	15
GRÜNE	3	4
FDP	1	-
NPD	1	-
WGr/E	7	-
Sonstige	-	5

**Endergebnis Stadt Schwelm
Kommunalwahl 12. September 1999**

hier erwähnt werden, insbesondere das bei der Nachbarschaft Winterberg, in der er ruhig und zurückhaltend wirkend, engagiertes Mitglied wurde.“

Das „Schwelmer Maibaum aufstellen“, - den Stamm des Baumes zieren die Schilder der 13 Schwelmer Nachbarschaften -, diese Tradition wird jährlich von der Förderinitiative Schwelmer Nachbarschaften durchgeführt. Auch diese wieder ins Leben gerufene Tradition geht auf seine Initiative zurück. Der mächtige Stamm wurde von ihm eigenhändig bearbeitet und gestrichen.

Besonders aber überraschte und erstaunte Dr. Steinrücke mit seiner Auffassung von politischer Verantwortung, die immer ganz eng mit seiner persönlichen Einstellung zu den Menschen verbunden war. Auch wenn er damit nicht immer bei allen auf Verständnis stieß, ließ sich Jürgen Steinrücke nicht von seinem gradlinigen Weg abbringen.

Mit Dr. Jürgen Steinrücke war ein Stadt- und Verwaltungschef gewählt worden, der seine Ämter mit einem unglaublich großen und zeitlichen Aufwand ausführte. Vieles wurde zur Chefsache, weil er dort nicht delegieren wollte, wo er sich selbst in der Pflicht sah.

Schnell wurde bekannt, dass Dr. Steinrücke sich prinzipiell vor seine Mitarbeiter stellte, wenn in den Augen der Öffentlichkeit diese einen Fehler begangen hatten.

Dr. Jürgen Steinrücke war nicht der habilitierte Wissenschaftler, der als Händeschüttler an die Öffentlichkeit treten konnte und damit um Sympathien warb.

Bernd Oesterling formulierte es mit den Zeilen: *„Dies war ein Handicap, das er im Bewusstsein einer integeren Arbeit führte und ihm bei oberflächlicher Betrachtung oftmals eine Distanz nach innen und auch im Verhältnis zwischen*

dem Verwaltungschef und den Bürgerinnen und Bürgern eintrug.“

Oesterling weiter: *„Vielleicht war Jürgen Steinrücke zu wenig (Partei-)Politiker, um die Klippen und Tücken des politischen Alltagsgeschäftes zu vermeiden. Fehler und Niederlagen, die fraglos in den zehn Jahren seiner Amtszeit passierten, trafen ihn, wenn auch kaum anzumerken, zutiefst.“*

Seinen Ausgleich zum harten Arbeitsalltag und verantwortungsvollen Handeln schöpfte Jürgen Steinrücke aus dem Reisen und der Musik.

Dr. Jürgen Steinrücke, als Bariton ausgebildet, scheute sich auch nicht im Ibachhaus oder in Propstei- und Christuskirche sein musikalisches Können zu zeigen.

Das tat er aber nicht, um Beifall oder Wahlgunst zu erhalten, sondern er sang „aus Spaß an der Freud“, wollte mit seinem Gesang den Menschen einfach nur eine Freude machen.

Die Städtefreundschaft mit Fourqueux wäre ohne Dr. Jürgen Steinrücke nicht in dieser Intensität und Fröhlichkeit entstanden. (Näheres hierzu Seite 508). Sein Bemühen um Freundschaft und Aussöhnung mit den Menschen aller Nationen, die während der nationalsozialistischen Zeit Feinde Deutschlands waren, wurde sprichwörtlich.

So zeigte er klare Flagge in der Aufarbeitung im Falle ehemaliger Fremdarbeiter in Schwelm. Seine eindeutige Haltung zu den Schändungen und Beschmierungen der KZ-Gedenkstätte Kemna fasste er mit den Worten zusammen:

„Wehret den radikalen Anfängen von Rechts und von Links. All diese Strömungen brachten über unser Land viel Leid, Zerstörung und Verzweiflung. Mahnen wir gegen das Vergessen!“



(von links) Walter Boecker (SWG), Dr. Jürgen Steinrücke (CDU),
Jürgen Voß (Verwaltung)
(Fotos: Bernd Richter)



Walter Boecker (SWG) als ältestes Mitglied des Rates nimmt die Vereidigung des
neuen Bürgermeisters Dr. Jürgen Steinrücke vor.



Die Eidesformel - Dr. Jürgen Steinrücke
(Foto Bernd Richter)



Gratulation zum stellvertretenden Bürgermeister: Friedrich Wilhelm Nockemann
(Foto Bernd Richter)



Viele Zuschauer waren zur Verteidigung von
Dr. Jürgen Steinrücke gekommen.
(Foto Bernd Richter)



Rat der Stadt Schwelm 1999 bis 2004

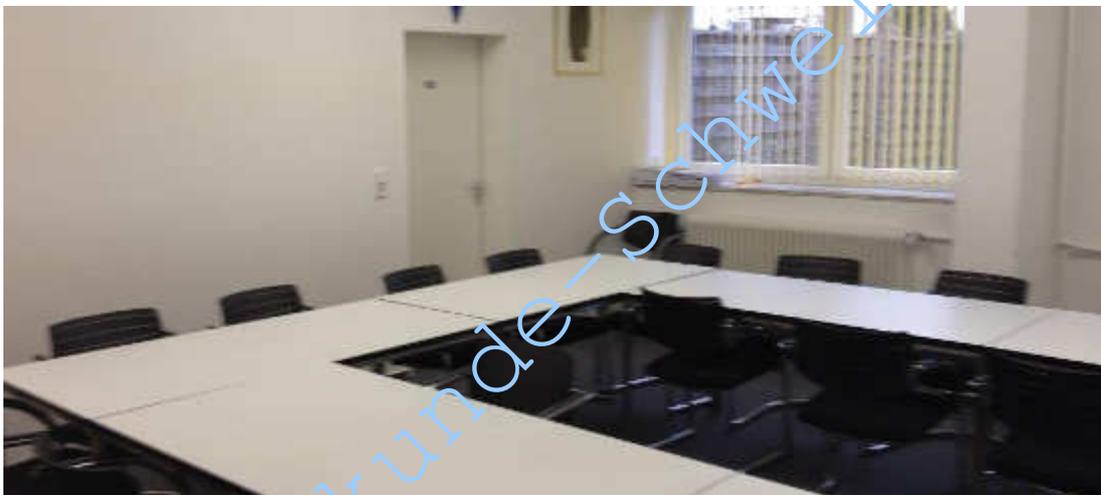
Heimatkunde-SchweIm.de

Das erste Jahrzehnt im neuen Jahrtausend



Die neue Geschäftsstelle
Abschied von Paul Frech
Ehrungen
Neuer Fraktionschef Oliver Flühöh
Zwei Urgesteine

CDU Neujahrsempfang 2008



Die neue Geschäftsstelle August-Bendler-Straße (oben) Die Außenansicht, (Mitte) Konferenzraum, (unten) Fraktionssitzung

Neue Geschäftsstelle fördert das Miteinander

Blicken wir noch einmal kurz zurück. Am 31. Dezember 2004 musste die CDU-Geschäftsstelle in der Hauptstraße die fast 35 Jahre CDU Domizil gewesen war aus wirtschaftlichen Gründen als Parteizentrale aufgegeben werden.

Nach vielen Überlegungen im Kreis- und Parteivorstand entschlossen sich aber die Mitglieder, nach einem neuen Domizil zu suchen. In der August-Bendler-Straße in Schwelm wurde man fündig. Die dortigen ehemaligen Räume der aufgegebenen AVU Betriebsstelle waren frei geworden und eigneten sich hervorragend für die CDU Zwecke. Nach dem „Ja“ des Vorstandes, mietete man die Räumlichkeiten an.

Im März 2006 konnten die umgebauten und renovierten Räumlichkeiten bezogen werden. Nun hatte die CDU wieder ein Versammlungszentrum, um Geselligkeit zu pflegen und um wichtige Entscheidungen zum Wohle der Stadt Schwelm und ihrer Bürger in Ruhe vorzubereiten.

Für die einen waren die neuen Räumlichkeiten rein funktionell für Sitzungen, Vorträge oder Besprechungen, für die anderen, die das neue Domizil mit viel Herzblut errichtet hatten, ein neues „Zuhause“. Wieder für andere waren die Räumlichkeiten ein geeigneter Ort, um Geselligkeit zu pflegen.

Aber auch für andere Aktivitäten bot die Geschäftsstelle Möglichkeiten. Da waren z.B. die seit den 70er Jahren bestehenden Bürgersprechstunden, die nun nach einiger Unterbrechungszeit wieder ins Leben gerufen werden konnten

Christiane Sartor: *„Das Angebot, dass sich Bürger regelmäßig über die Arbeit und Inhalt der von der CDU vertretenen Kommunalpolitik informieren kön-*

nen ist sehr wichtig. Doch muss es sich erst einmal herumsprechen, dass wir eine neue Anlaufstelle, eine neue Geschäftsstelle haben... Es muss sich eben alles erst wieder einspielen.“

Auf die Frage, warum die CDU dieses Angebot mache, resümierte sie abschließend: *„Wenn nur wenigen Menschen mit unserem Angebot geholfen werden kann und wir den Bürgern das Gefühl geben, jederzeit mit Fragen an uns Politiker herantreten zu können, hat sich die Sprechstunde schon gelohnt.“*

Hans Otto Lusebrink, auch er hatte sich für die Bürgersprechstunde frei genommen, erklärte bei dieser Gelegenheit:

„Wenn die „Sprechstunde“ vorbei ist, dann nutze ich meistens die Gelegenheit, um ein paar Bürger zu besuchen. Letztlich war ich am Brunnenplatz, wo einige wohnen, die im Rollstuhl sitzend ihr Leben meistern müssen. Hier habe ich meinen Besuch mit einer Ortsbesichtigung verbunden und schaute mir an, wo die Probleme dieser Rollstuhlfahrer liegen. Sie hatten erklärt, sie könnten mit dem Rollstuhl nicht zum Supermarkt gelangen. Das habe ich mir angesehen und so erfahren, welche Hindernisse hier genau im Weg waren. Wenn wir wieder Ratssitzung haben, dann kann ich die Informationen zu diesen Problemen an die entsprechenden Stellen weiterleiten.“

Nebenbei bemerkt:

Gerade das persönliche Engagement ist im Schwelmer CDU-Stadtverband im wahrsten Sinne des Wortes „sehr hoch angesiedelt“. Das Wort „bürgernah“ ist für die CDU-Politikerinnen und Politiker kein Fremdwort, sondern ein Auftrag.

Nahe am Bürger sein, seine Probleme erkennen und nach Möglichkeit mithelfen sie abzustellen - auch dafür steht das „C“.

Auch können in der neuen Geschäftsstelle nun wieder Seniorentreffs stattfinden. In unregelmäßigen Abständen treffen sich hier die „Alten“ bei Kaffee, Gebäck und interessanten Vorträgen zum gemütlichen Miteinander.

Organisiert werden diese Zusammenkünfte von Christiane Sartor und Monika Steinrücke.

Natürlich sind die Räumlichkeiten auch ideal, um regelmäßig Versammlungen mit Ehrungen durchzuführen. Dazu hatten sich in der neuen Geschäftsstelle erstmals seit Jahren die Mitglieder und Jubilare traditionell zu einer kleinen Feierstunde zusammengefunden. Acht Mitgliedern galt es am 22. August 2007 für treue Parteimitgliedschaft zu danken und sie auszuzeichnen.

Geehrt wurden Theodor Kleine für 55 Jahre Mitgliedschaft, Martin Nockemann und Rolf Steuernagel für 40 Jahre, Hermann Hägerbäumer und Richard Kurek für 30 Jahre sowie Werner Gutmann, Andreas Happe und Jürgen Ranft für 25 Jahre Mitgliedschaft.

Für den verhinderten Jubilar Martin

Nockemann nahm dessen Bruder Friedrich Wilhelm Urkunde und Nadel entgegen sowie für den ebenfalls nicht anwesenden Richard Kurek dessen Sohn Martin.

Im Anschluss an die Ehrungen hatten die Parteimitglieder die Möglichkeit, sich anhand des Vortrags von Regina van Dinther zur aktuellen Landespolitik zu informieren und schließlich in eine Diskussion mit ihr einzusteigen.

Friedrich Wilhelm Nockemann vollendete sein 70. Lebensjahr

Geehrt wurde auch Friedrich Wilhelm Nockemann. Von der Schwelmer Zeitung liebevoll das „kommunalpolitische Urgestein der Schwelmer CDU“ genannt, vollendete dieser am 27. August 2007 sein siebzigstes Lebensjahr.

Zu seinen Gratulanten gehörten u.a. der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Ralf Brauksiepe, EN-Landrat Dr. Arnim Brux und Schwelms Bürgermeister Dr. Jürgen Steinrücke. Der hob in seiner Laudatio hervor, dass Nockemann wie kaum ein zweiter Schwelmer, Kommunalpolitik geprägt hätte.



Jubilarehrung in der Geschäftsstelle im August 2007
von links Theo Kleine, Matthias Kampschulte, Hermann Hägerbäumer, Rolf Steuernagel, Jürgen Ranft, Andreas Happe und Werner Gutmann - Rechts Landtagspräsidentin Regina van Dinther MdL und Bürgermeister Dr. Jürgen Steinrücke



an seinem 70. Geburtstag:
Friedrich Wilhelm Nockemann

Bewundernswert sei auch der gezeigte großen Sachverstand, den er immer mit viel Engagement in der Kreispolitik eingebracht hat.

Weiter sagte Steinrücke:

„Dem Schwelmer Stadtrat gehörte der Altersjubiläum 35 Jahre lang an. Auch heute ist er noch als sachkundiger Bürger dabei. Dafür zollen wir ihm Bewunderung und aufrichtigen Dank.“

Im EN-Kreistag war Friedrich Wilhelm Nockemann seit 1970. Hier setzte er sich besonders im Aufsichtsrat der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft des Ennepe-Ruhr-Kreises für die Errichtung von Wohnungen mit hohem Qualitätsstandard zu bezahlbaren Preisen ein.

Der nun 70-Jährige ist fast fünf Jahrzehnte Mitglied des Kreisvorstandes der EN-CDU. Dort engagierte er sich insbesondere für die Belange des Mittelstandes.

Der großartige Einsatz von Friedrich Wilhelm Nockemann für seine Mitbürger wurde im Jahr 2003 mit der Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland vom Bundespräsidenten gewürdigt.

Trotz der seiner starken Belastung im Beruf als selbstständiger Handwerksmeister, als Politiker im Kreis und Rat sowie im Parteivorstand, stand für ihn die Familie immer im Mittelpunkt.

Dr. Jürgen Steinrücke sagte abschließend:

„Die CDU wünscht ihrem Schwelmer Ehrenvorsitzenden alles erdenklich Gute und viel Gesundheit ... und an die CDU Vertreter gewandt:

„Wir alle wünschen uns, dass ihr Schwelmer Ehrenvorsitzender noch viele Jahre seinen Sachverstand einbringt.“



Verdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland für Ehrenvorsitzenden Friedrich Wilhelm Nockemann



Paul Frech
CDU-Kreisgeschäftsführer
Schwelmer Ratsmitglied seit 1970

Trauer zog ein: Paul Frech ist tot.

Diese Nachricht am 9. Dezember 2007 erschütterte die Menschen im Südkreis über alle Parteigrenzen hinweg. In einem großen Bericht am 12. Dezember war in der Schwelmer Presse zu lesen:

„In der Nacht auf Sonntag verstarb völlig unerwartet im Alter von 65 Jahren Paul Frech. Am Samstag hatte er noch Termine für die CDU wahrgenommen.

Der Schwelmer war 28 Jahre lang Geschäftsführer der EN-CDU. Außerdem war er Vorsitzender der Kreistagsfraktion und ehrenamtlicher Geschäftsführer der CDU-Schwelm.

Weitere Ämter bekleidete Paul Frech in der Christlich - Demokratischen - Arbeitnehmerschaft und in der Kommunalpolitischen Vereinigung im Ennepe-Ruhr-Kreis.

Dem Rat der Stadt Schwelm gehörte Paul Frech seit 1970 an. Seit 1984 war er Vorsitzender der Ratsfraktion. Seit 1975 gehörte er dem EN-Kreistag an.



Vor der Kreisgeschäftsstelle: L. Kuckart, F. Vogel, R. van Dinther und P. Frech
(Foto Bernd Richter)

Die CDU trauert um

Paul Frech

≈ 16.10.1942 † 9.12.2007

Ein politisches Urgestein. Verwurzelt im Ennepe-Ruhr-Kreis.

Seine Liebe galt seiner zur Heimat gewordenen Stadt Schwelm.
Sein Credo den Menschen.

Sein Motto war:

„Leistung ist wichtig, Menschlichkeit aber das allerhöchste Gut!“

Über vierzig Jahre, davon dreiundzwanzig als Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion, prägte er die Politik für die Zukunft der Stadt Schwelm und die der Christlich – Demokratischen Union unserer Stadt. Seine Kraft zu helfen schöpfte er aus den Wurzeln seines christlich – sozialen Denkens und seines Glaubens, dafür lebte, dafür wirkte er. Unser Dank gilt seinem Lebenswerk.

Die CDU war ihm immer ein Zuhause.
Der politische Gegenüber immer ein Partner.

Die Christlich – Demokratische Union Schwelm verneigt sich vor Ihrem Besten. Sein Vermächtnis ist uns Verpflichtung.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, seiner Frau und seiner Tochter.
Ihnen gilt unser tiefes Mitgefühl.

Wir werden ihn nicht vergessen und sein Andenken bewahren.

Christlich – Demokratische – Union Schwelm

Vorstand
Matthias Kampschulte
Vorsitzender

Fraktion im Rat der Stadt
Heinz-Joachim Rüttershoff
stellvertr. Vorsitzender

Den Vorsitz der EN - Kreistagsfraktion übernahm er 1990. Neben seinen politischen Ämtern bekleidete der Schwelmer zahlreiche Positionen in verschiedenen Gremien, in denen er die Stadt Schwelm und den Ennepe-Ruhr-Kreis vertrat, wie z.B. im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und im Aufsichtsrat der AVU.

In einem Nachruf würdigt seine Partei Frechs Einsatz für die Sozialpolitik und

die Arbeitnehmerinteressen.

So arbeitete er bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres im Betriebsrat der NRW-CDU und im Landesvorstand der Christlich - Demokratischen - Arbeitnehmerschaft mit.“

CDU Kreisvorsitzender Dr. Ralf Brauksiepe würdigte die „beispiellose Hingabe“ Frechs für die Menschen im Ennepe-Ruhr-Kreis, seiner Schwelmer Heimatstadt und der CDU.

Zahllosen Menschen - so fuhr Brauk- siepe fort, - stand Paul Frech inner- und außerhalb der Partei mit seinem umfangreichen Wissen und seiner großen Hilfsbereitschaft zur Seite.

Mit seiner unerschöpflichen Erfahrung wirkte er auf Viele die bei ihm Rat suchten wie ein wandelndes Lexikon."

Schwelms Bürgermeister Dr. Jürgen Steinrücke sagte in einer ersten Stellungnahme, noch sehr erschüttert vom Tode von Paul Frech u.a.:

„In seinem politischen Wirken hat er über Jahrzehnte maßgebliche Spuren in Stadt, Landkreis, im Land und im Bund hinterlassen.

Es entsprach seiner Lebensauffassung, sich mit seiner ganzen Kraft für sein Vaterland einzusetzen. Ich verliere mit seinem Tod einen verlässlichen und höchst kompetenten politischen Ansprechpartner und Berater".

Für die örtliche SPD schreiben Gerd Philipp und Jochen Stobbe: *„Die politische Situation in Schwelm wird ohne Paul Frech eine andere sein: Egal wie jeder Einzelne denkt, von seiner Beständigkeit haben wir alle ein Stück gelebt."*

„Mit ihm verlieren wir einen guten Freund, einen verlässlichen Partner, einen harten politischen Widersacher auf dessen Wort wir uns immer verlassen konnten. Bei allen, oft auch schwierigen Auseinandersetzungen in der Sache, war der Umgang mit ihm immer von Fairness geprägt", heißt es in einer von Brigitta Gießwein, Marcel Gießwein und Dietrich Rauschenberger unterzeichneten Erklärung von Bündnis 90/ Die Grünen Schwelm.

„Wir trauern um einen verdienten Kommunalpolitiker. Paul Frech hat sich jahrzehntelang vorbildlich für Schwelm eingesetzt", so FDP-Ortsvorsitzender Michael Schwunk.



Auf dem Friedhof an der Oehde: Beisetzung von Paul Frech:



Gedenkminute für Paul Frech im Rat der Stadt Schwelm
Sein Platz mit weißen Rosen

Martha Feltkamp, die Geschäftsführerin der Schwelmer Wählergemeinschaft schrieb:

„Die Schwelmer Bürger verlieren mit Paul Frech einen engagierten Streiter für die Werte der Demokratie und der eigenverantwortlichen Selbstverwaltung in der Stadt Schwelm.“

„Durch sein soziales Verantwortungsbewusstsein und sein ausgeprägtes sozialpolitisches Engagement hat er über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg viele Brücken geschlagen. Im Kreistag des Ennepe - Ruhr - Kreises wird er eine große Lücke hinterlassen.“

Wir werden Paul Frech als kompetenten und engagierten Politiker vermissen“, so Landrat Dr. Arnim Brux.

Und weiter: „Das Mitgefühl aller politischen Weggefährten gilt der Familie von Paul Frech, der Frau und Tochter hinterlässt. Wir werden Paul Frech nach dem Seelenamt zur letzten Ruhe begleiten.“



Ein Foto aus alten Tagen: Paul Frech mit Leonhard Kuckart und Friedrich Vogel



Dr. Jürgen Steinrücke
(oben) bei einer Wahlveranstaltung im
Schwelmer Kolpinghaus
(links) verkleidet als Feuerwehrmann im
Heimatfestzug bei seiner Nachbarschaft
Winterberg
(rechts) amtlich als Bürgermeister

Zum Jahresabschluss 2007 - Rückblick und Neujahrswünsche für 2008

Bei seinem Jahresrückblick im Dezember 2007 fasste Dr. Jürgen Steinrücke das vergangene Jahr noch einmal zusammen:

„Was waren „unser aller“ Themen im Jahr 2007? Das Jahr begann hochdramatisch mit dem Orkan Kyrill. Menschen kamen bei uns Gott sei Dank nicht zu Schaden. Doch die Wälder rund um Schwelm haben schwer gelitten. Es ist schwer, sich an teilweise stark verändertes Landschaftsbild zu gewöhnen.

Noch einmal danke ich auf diesem Wege allen Hilfs- und Rettungsdiensten sowie den Technischen Betrieben, die mit der Aufarbeitung der Schäden noch über Jahre beschäftigt sein werden.

Als großes Glück finden wir das Zustandekommen unserer ersten Städtepartnerschaft überhaupt, die uns mit den Bürgerinnen und Bürgern der französischen Stadt Fourqueux verbindet.

Nicht plötzlich, sondern nach einem zehnjährigen Reifeprozess voller herzlicher Begegnungen in Sport und Kultur haben die Politiker beider Städte diesem Miteinander „Brief und Siegel“ gegeben. Und wie sich das gehört, haben wir auch gleich „feste“ miteinander gefeiert.

Mit großer Erleichterung konnte - nach Asbestfunden - die Sanierung der Realschule abgeschlossen werden. Schüler, deren Eltern, die Lehrer, die Politik, die Verwaltung und die TBS haben in guter Weise kooperiert, um diese für alle - vor allem aber für die Schule - schwierige Zeit zu bestehen. Allen Beteiligten gilt mein aufrichtiger Dank!

Viele von uns betrifft auch das Thema Stadtentwicklung. Mit großem Einsatz

treiben die Verantwortlichen von Stadt, Politik und aus der Bürgerschaft dieses Projekt voran. Zukunft wird nicht als Zufall erfahren, sondern als ein mit eigenen Kräften gestaltbarer Lebensraum verstanden, für den wir unsere persönlichen Vorstellungen zu unserem künftigen Wohnen, Leben und Arbeiten in Schwelm formulieren.

Mit Tatkraft organisiert die Evangelische Kirchengemeinde Schwelm die Glockengestühl-Sanierung der Christuskirche, unterstützt von vielen Spenden der Bürger. Und die katholische Kirchengemeinde St. Marien hat soeben in beeindruckender Weise ihre Ernennung zur Katholischen Propsteigemeinde St. Marien gefeiert.

Wichtig und erfolgreich ist die Arbeit aller ehrenamtlichen Bürger in Vereinen, Verbänden und Einrichtungen. Hier wird das soziale Netz geknüpft, ohne dass unsere Gesellschaft abstürzen würde. Was wurde uns mit dem Nächsten verbinden, wenn wir nicht erkennen würden, dass wir jenseits von Gruppeninteressen grundsätzlich aufeinander angewiesen sind.

Wenn ich sage, dass dieses Jahr mit traurigen Gefühlen zu Ende geht, dann denke ich dabei an Paul Frech, den vielseitigen und tiefgründigen Kommunal-, Kreis- und Landespolitiker, dessen plötzlicher Tod uns keine Möglichkeit ließ, Danke und Lebewohl zu sagen.

Ich möchte dieses traurige Ereignis zum Anlass nehmen, bei dieser Gelegenheit auch einmal auf die intensive Arbeit unserer ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker aufmerksam zu machen.

Selten sind die Sitzungen der Fachausschüsse von Gästen besucht. Nur wenn ein Thema den gesellschaftlichen Nerv eines Stadtteils oder einer Straße trifft, ist der Ratssaal voll.

So engagieren sich Politiker öffentlich und doch auch wieder ohne Öffentlichkeit, man vertraut ihrer Arbeit, verfolgt sie aber kaum, setzt voraus, dass schon alles läuft und nimmt selten wahr, wieviel Verantwortung sie hier für die ganze Stadt übernehmen.

Es wäre schön, wenn diese Arbeit stärker ins Bewusstsein rücken und mehr Anerkennung finden würde.

Ich wünsche Ihnen in unserem schönen Schwelm ein gutes neues Jahr 2008.“

Oliver Flühöh wird Nachfolger von Paul Frech

Durch den plötzlichen Tod von Paul Frech mussten auch dessen Ämter neu besetzt werden. So wählte im Januar 2008 die CDU-Fraktion Oliver Flühöh zu ihrem neuen Vorsitzenden, der da-



Oliver Flühöh als neuer Fraktionsvorsitzender

mit die Nachfolge des Verstorbenen antrat. Hier eine kurze Personenbeschreibung:

Oliver Flühöh, 32 Jahre alt, verheiratet und Vater einer Tochter ist von Beruf Rechtsanwalt. Vor seinem Jurastudium durchlief er erfolgreich eine Ausbildung zum Bankkaufmann.

So ausgebildet, trat Oliver Flühöh als Referatsleiter ab August 2005 beim Bildungswerk der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU-Nordrhein-Westfalen seine jetzige Arbeitsstelle an.

Hier ist er zuständig für die Sparten Kommunalverfassung, Bauen, Verkehr, Umwelt und Wirtschaftsrecht.

Intensiv beschäftigt sich Flühöh auch mit der kommunalen Finanzwirtschaft.

Dazu gehören insbesondere das neue Kommunale Finanzmanagement NKF, das 2008 erstmals auch in Schwelm zur Anwendung kommt, und das kommunale Wirtschaftsrecht.

Seine politische aktive Betätigung begann Oliver Flühöh während des Studiums in Marburg und Bochum. Dort trat er 2001 der Jungen Union bei und kurz darauf der CDU. Ob seines enormen Fachwissens arbeitete er schon recht bald als sachkundiger Bürger in mehreren Ausschüssen des Rates mit.

Bei der Kommunalwahl 2004 gewann Oliver Flühöh in seinem Wahlbezirk das Direktmandat und zog so in den Rat der Stadt Schwelm ein.

Seine Arbeit konzentriert sich neben den Aufgaben eines Fraktionschefs vor allem auf den Schul- und Rechnungsprüfungsausschuss. Doch liegen ihm als stellvertretender Vorsitzender im Verwaltungsrat der TBS deren Probleme sehr am Herzen.



Neujahrsempfang 2008 - Drei, die die Geschicke der CDU mit beeinflussten:
 Fraktionsvorsitzender Oliver Flüshöh, stellv. Fraktionsvorsitzender
 Heinz-Joachim Rüttershoff und Bürgermeister Dr. Jürgen Steinrücke

In einem Gespräch mit der Westfalenpost sagte Oliver Flüshöh:

„... vor der neuen Aufgabe habe ich für alle erkennbar viel Respekt, denn als Nachfolger von Paul Frech kann ich seine Aktivitäten und sein Wissen natürlich nicht aufweisen.

Sicherlich werde ich auch etwas Zeit brauchen, um mich in dieser Aufgabe zurechtzufinden. Aber ich bin Optimist, und werde versuchen mit dieser Eigenschaft meinen Weg zu gehen. Generell möchte ich aber die anfallenden Aufgaben auf viele Schultern verteilen.

In diesem Zusammenhang muss ich noch einmal Paul Frech danken, dem ich viel zu verdanken habe. Ich habe von ihm viel gelernt, insbesondere wie man Fraktionsarbeit koordiniert. Er hat mich als jungen Politiker herangezogen und in die Ausschüsse geschickt. Dadurch wurde unser Verhältnis und die Zusammenarbeit immer intensiver.

Dieses gute Verhältnis trägt auch zum so wichtigen Miteinander der Generatio-

nen bei. Das brauchen wir auch, denn es ist nicht zu übersehen: wir leiden unter dem allgemeinen Nachwuchsmangel, uns fehlt dazu der Mittelbau der 30- bis 40-Jährigen.

Und dazu gehört Vertrauen. Wenn wir dieses Vertrauen in der Politik wieder gewinnen wollen, dann müssen wir den Kontakt zum Bürger intensivieren, regelmäßig „vor Ort“ sein, verlässlich auftreten und klare Aussagen tätigen. Als Partei mit dem „C“ muss jeder wissen, das unser Handeln auf christlichen Werten basiert. Das ist der Schlüssel!“



Oliver Flüshöh

Die Urgesteine: Ernst Hüsken und Leonhard Kuckart

In Erinnerung an Ernst Hüsken

Auf den Seiten ab 131 erzählte Ernst Hüsken, wie er zur CDU gekommen war. Als er im Juni 2006 neunzig Jahre alt wurde nahm der damalige Fraktionsvorsitzender Paul Frech diesen Geburtstag zu Anlass zu einer besonderen Ehrung.

Paul Frech erinnerte in seiner Laudatio noch einmal an die Stationen von Ernst Hüsken.

Ernst Hüsken kam 1945 zurück nach Schwelm, war damals 26 Jahre alt und hatte in den Jahren davor neben dem Arbeitsdienst auch die letzten schrecklichen Jahre des Krieges als Soldat miterleben müssen

Bei all dem Fürchterlichen, das Ernst Hüsken erlebt hatte, machte er auch eine positive Erfahrung: Das war die Kameradschaft und insbesondere die Unterschiedslosigkeit der Religionsgemeinschaften, wenn es um die Gottgläubigkeit ging. Dieses Erleben prägte in starkem Maß seinen Weg zur CDU.

Als Hüsken aus dem Kriege nach Hause kam, stand er vor dem Nichts. Seine Wohnung war zerstört, seine Existenz war vernichtet, sein Überleben musste er jeden Tag aufs Neue erkämpfen.

In dieser trostlosen Lebenssituation gab ihm sein christlicher Glaube Kraft und er erkannte, dass er nur mit Gottes Hilfe sein zukünftiges Leben meistern könnte. Sein in ihm tief verwurzelt Christsein gab dazu Hilfe und Mut. So fasste er den Entschluss mit dieser Grundhaltung „irgendwie“ beim Wiederaufbau seiner Heimatstadt und an der Erneuerung einer auf christlichen Werten basierenden Gesellschaft mitzuhelfen.

Als er von einigen Freunden und Arbeitskameraden erfuhr, dass es einen „Zirkel“ gab, der auf der Basis der von Adam Stegerwald in der Weimarer Zeit geäußerten Gedanken in Deutschland eine überkonfessionelle Partei gründen wollte, war Hüsken davon sehr fasziniert. Da war für Hüsken der Zeitpunkt gekommen sich diesem Zirkel anzuschließen.

Hier traf er gleichgesinnte Menschen die bald darauf auf kommunaler und regionaler Ebene die CDU gründeten. Alle wollten ein neues Deutschland schaffen, das sich auf Christentum, Menschenrechte, Recht und Frieden sowie auf soziale Gerechtigkeit gründete.

Diese Wertegrundlagen der neuen politischen Kraft schafften die geistige und emotionale Bindung Hüskens zur CDU.

Einmal diesen Weg der christlichen sozialen Prägung eingeschlagen, ließ Ernst Hüsken nicht nur den Weg zur CDU finden sondern auch zur Gewerkschaft. So wurde er im August 1945 Mitglied im westfälischen Gewerkschaftsbund.

Die Jahre gingen dahin und Ernst Hüsken gestaltete die Schwelmer Kommunalpolitik maßgebend mit. 1956 wurde er sachkundiger Bürger in verschiedenen Ausschüssen der Stadt, 1970 wurde Ernst Hüsken in den Rat gewählt. Er gehörte folgenden Gremien an:

Hauptausschuss, Personalausschuss, Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Kulturausschuss, Sozialausschuss, Jugendwohlfahrtsausschuss, Ausschuss für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung und dem Verwaltungsrat der Städt. Sparkasse.

Als besondere Schwerpunkte seiner kommunalpolitischen Tätigkeit sind besonders die Finanz- und Schulpolitik zu

nennen. Ein weiteres starkes Interesse galt aber auch der Sozialpolitik und dem kulturellen Leben in unserer Stadt.

Da Ernst Hüsken's Engagement im Rat und den städt. Gremien auch noch vom großen Sachverstand geprägt war, wurde er im Dezember 1975 zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und 1984 auch zum Vorsitzenden des Finanzausschusses gewählt.

Über 14 Jahre bereicherte Hüsken den Schulausschuss, war Schulpflegschaftsvorsitzender, und versah den Vorsitz des Vereins Elternspende.

Auch beruflich war Hüsken ein erfolgreicher Mensch. Als kaufmännischer Angestellter beim früheren Schwelmer Eisenwerk konnte er auf eine 44-jährige Zugehörigkeit zu diesem Unternehmen hinzuweisen, Aufgrund seines Könnens erhielt Hüsken im Bereich der Kosten- und Leistungsrechnung mit Wirkung vom 1.4.1969 sogar Handlungsvollmacht.

Durch die Verleihung der Friedrich-Harkort-Medaille wurde im Jahre 1976 seine 25-jährige Mitarbeit in einem Prüfungsausschuss der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen für besonderen Einsatz in der kaufmännische Ausbildung belohnt.

Lange Jahre war Ernst Hüsken Geschäftsführer des Verschönerungsvereins. Am 16.10.1985 wurde Ernst Hüsken vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz verliehen. Mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes wurde Ernst Hüsken sowohl für seine politische als auch für seine beruflichen Tätigkeiten vom Bundespräsidenten geehrt.

Neben den bereits erwähnten politischen Tätigkeiten war Ernst Hüsken lange Zeit Mitglied im Vorstand der CDU



Friedrich Harkort Medaille der Südwestf. Industrie- und Handelskammer

und Geschäftsführer der CDU-Ratsfraktion.

Alle diese Ämter und Aufgaben nahm Hüsken neben seiner beruflichen Tätigkeit und einer Familie wahr, die wir nach heutigen Maßstäben mit fünf Kindern als eine Großfamilie bezeichnen.

In seiner Laudatio endete Paul Frech mit den Worten:

„Ernst Hüsken ist ein Mensch, der mit Grundsatztreue und Akribie das Gute zu erreichen versuchte, und dass sowohl für seine Familie, für seine Firma - das Eisenwerk, für die CDU und für die Bürger in unserer Stadt. Ernst Hüsken hat sich in allen diesen Aufgaben große Verdienste erworben.“

Die CDU des Ennepe-Ruhr-Kreises nimmt diese Ehrung zum Anlass, Ernst Hüsken als erstem Mitglied der CDU im Ennepe-Ruhr-Kreis die neue Vorsitzendenmedaille 60 Jahre CDU zu verleihen und eine Urkunde mit der Angela Merkel, Jürgen Rüttgers und Dr. Brauksiepe Dank und Anerkennung aussprechen.“

SENIOREN UNION **report**

2008 / Ausgabe 35

EIN INFORMATIONSDIENST DER SENIOREN-UNION DER CDU NORDRHEIN-WESTFALEN

Urgestein Leonhard Kuckart

Wenn in Schwelmer CDU Kreisen der Name Leonhard Kuckart fällt, dann hört man von vielen Mitgliedern häufig den Satz: „Das ist einer von uns, der es ganz weit nach oben in die vorderste Politszene geschafft hat.“

Da viele von den jüngeren CDU-Mitgliedern nur noch seinen Namen kennen, möchte ich Leonhard Kuckart in den folgenden Zeilen einmal vorstellen:

Der heute 83 jährige Leonhard Kuckart, katholisch, wurde am 13. Januar 1932 in Schwelm geboren und machte auf dem dortigen Märkischen Gymnasium 1950 die mittlere Reife.

Danach absolvierte er bei der Schwelmer Fa. Brocke in der Prinzenstraße seine kaufmännische Lehre, die er 1953 mit der Kaufmannsgehilfenprüfung abschloss und hier späterhin Verkaufsleiter wurde.

Zum ersten Mal trat Leonhard Kuckart in den 50er Jahren als Pfarrjugendführer in Erscheinung, als er in seiner Heimatgemeinde St. Marien die männliche Katholische Jugend wieder aufbaute.

Als junger Erwachsener trat er als Mitglied der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und der Kolpingsfamilie bei.

Auf Grund seiner Einstellung und Erziehung wollte er die Menschen und die Gesellschaft im christlich sozialen Sinne positiv verändern und mitgestalten.

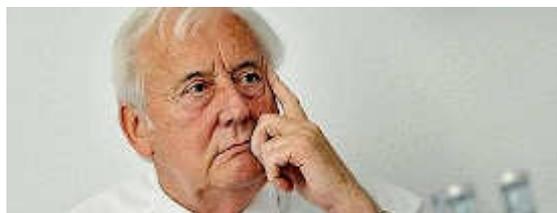
So wurde Kuckart, nachdem er mit Friedrich Wilhelm Nockemann und einigen Gleichgesinnten, die JU in Schwelm gegründet hatte - mit 29 Jahren - 1961 Mitglied der CDU. In der Kreis-CDU Ennepe-Ruhr avancierte er zum Vorsitzenden und wurde Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU-Westfälisches Industriegebiet.

Von 1961 bis 1980 war Kuckart Mitglied des Rates der Stadt Schwelm. Dort leitete er von 1970 - 1980 als Vorsitzender die CDU-Ratsfraktion.

Im Jahre 1980 wählten ihn die Bürger des Ennepe-Ruhr-Kreis als ihren Vertreter in den NRW-Landtag in dem er vier Wahlperioden Abgeordneter der CDU war (vom 29. Mai 1980 bis 1. Juni 2000).

Nach Beendigung seiner Landtagslaufbahn wurde er Vorsitzender der Seniorenunion NRW, zu deren Vorsitzender er 2008 wiedergewählt wurde.

Leonhard Kuckart prägte über 25 Jahre nachhaltig die politische Bühne der Schwelmer CDU.



Leonhard Kuckart,
Vorsitzender der Senioren-Union NRW.
(Foto: Felix Heyder)



Aus dem Leben der CDU: Ehrungen und Vorstandswahlen

(oben) Dieter Ehlhardt, Gerda und Friedrich Wilhelm Nockemann, Marie-Ev Sasse, Brigitte Grüntker, Franz Josef Everding. (Mitte links) Ehrung von Rolf Steuernagel durch Regina van Dinther, MdL und Vorsitzenden Matthias Kampschulte.

(Mitte rechts) Ehrung Heinz-Joachim Rüttershoff für 35 Jahre Mitgliedschaft durch Fraktionsvorsitzenden Oliver Flühöh und Vorsitzenden Matthias Kampschulte.

(unten): Der Vorstand 2007 von links C. Grothoff Blum, H.O. Lusebrink, J. Steinrück, R. Steuernagel, M. Heinemann, H.-J. Rüttershoff, A. Happe, O. Flühöh, P. Hertel, P. Frech, B. Hens und M. Kampschulte



Zwei die sich verstehen: Matthias Kampschulte und Wolfgang Bosbach.
Neujahrsempfang in der Städtischen Sparkasse zu Schwelm im Januar 2008

Die Neujahrsempfänge:

Die Neujahrsempfänge gehören beim Schwelmer CDU-Stadtverband traditionell zu den politischen und gesellschaftlichen Höhepunkten zu Beginn eines jeden Jahres.

Dass diese aber nicht nur Pflichtprogramm sind oder teilweise als Parteiwerbung gelten, sondern auch unterhaltsam sein können, demonstrierte die CDU drei Wochen nach Jahreswechsel im Januar 2008 im Veranstaltungsraum der Stadtparkasse.

Diese Veranstaltung mit ihren Rück- und Ausblicken, die auch gleichzeitig eine Aufbruchsstimmung vermitteln wollte, begann mit guten Neujahrswünschen von Bürgermeister Dr. Jürgen Steinrück. Er wünschte sich im kommenden Jahr sehnlichst ein erfolgreiches Zusammenarbeiten zwischen Partei, Fraktion und Bürgermeister. Dabei sei eine konstruktive Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion unumgänglich.

In einer sachlichen Atmosphäre, so sein Wunsch, solle Kommunalpolitik und Verwaltung im Interesse des Gemeinwesens zusammenarbeiten. Finanziell, so Steinrück, befinde sich die Stadt nicht auf gutem Kurs. Nach den schwierigen Etatberatungen des Vorjahres gebe es jedoch einen kleinen Hoffnungsschimmer.

In Richtung des neuen Fraktionschefs Oliver Flühöh sagte Steinrück, dass Flühöh einen kollegialen Führungsstil bevorzuge, den er sehr begrüße. „Ich freue mich auf zukünftige Zusammenarbeit.“

Das einem Neujahrsempfang ein hochkarätiger Gastredner ein besonderes Flair geben kann, das hatte einmal mehr der CDU Vorsitzende Matthias Kampschulte in die Wege geleitet.

Waren es in den Vorjahren u.a. Norbert Lammert, Jürgen Rüttgers und Oliver Wittke gewesen, die diesem Neujahrsempfang ihre persönliche Note gaben,

so hatte in diesem Jahr Kampschulte mit Wolfgang Bosbach, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, wieder einmal einen sehr beliebten und kompetenten Gast eingeladen.

Und Bosbach enttäuschte die vielen Mitglieder der CDU und ihre Gäste nicht. Er referierte in seiner nur ihm eigenen offenen Art über die innere Sicherheit in einer Zeit, in der Religionsfanatiker und Terroristen die Gesellschaftsordnung bedrohten.

Nicht nur deshalb sei eine aktuelle Debatte so wichtig, denn auch die anderen Straftaten in Deutschland verharrten trotz leichter Rückgänge auf einem hohen Niveau. Dabei dürfe man nicht nur die Jugendkriminalität beachten.

Besonders erschreckend empfand Bosbach die Intensität der Gewalttaten, die in den letzten Jahren arg zugenommen hätten. Er ergänzte: *„Die Hemmschwelle zur Brutalität sinkt, die Täter werden immer jünger, es gibt immer mehr sogenannte Intensivtäter, fünf Prozent begehen fünfzig Prozent aller Straftaten.“*

Deshalb müssen diese schon im Ansatz mit konservativen Mitteln bekämpft werden. Das wäre eine Prävention, die schon zu Hause beginne. Dazu gehöre eine Werte vermittelnde Erziehung, denn man könne nicht alles auf den Staat und die Polizei abwälzen. Auch dem Sport komme angesichts der veränderten Medienwelt (Videospiele, Handy, Internet) eine wichtige Aufgabe zu.

Mit Geschichten aus seiner eigenen Familie und der Vergangenheit als Fußballer, leitete der dreifache Familienvater die Diskussion über das Strafmaß ein:

„Es geht dabei immer um angemessene Bestrafung. Vielleicht hilft bei Jugendlichen auch einmal ein Fahrverbot von vier oder acht Wochen. Auch ein kurz -

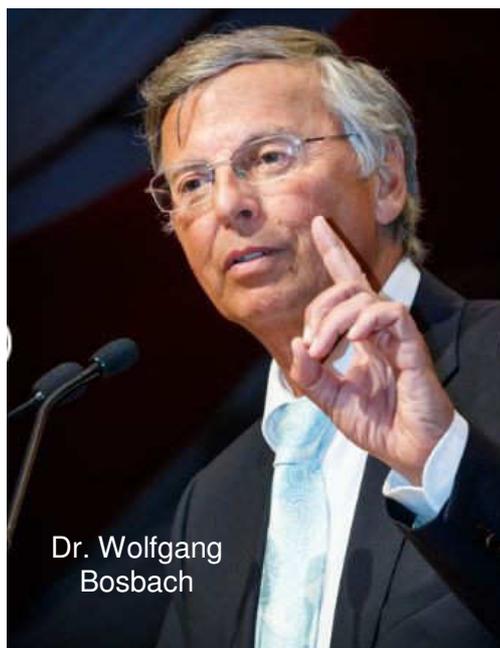
zeitiger Arrest, von etwa 14 Tagen Freiheitsentzug könne abschreckende Wirkung haben.“

Bosbach weiter:
„Über die Erweiterung rechtsstaatlicher Instrumentarien müssen wir weiterdiskutieren und sie pragmatisch angehen. Dazu gehört auch eine sensible Opferdebatte. Diese darf man nicht so nebenbei hinten anstellen, denn wir tragen für die Bevölkerung eine Verantwortung. Da muss man den Mut haben, zum Schutz der Gesellschaft auch mal Straftäter kurzzeitig wegzusperren.“

Zum Schluss seiner Ausführungen kam Bosbach auf den internationalen Terrorismus zu sprechen, der auch in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen hätte.

„Es leben doch viele Täter und Planer mitten unter uns. 220 Terror-Verfahren laufen aktuell, sieben Anschläge konnten in den letzten Jahren verhindert werden, auch dank umstrittener Abhörmaßnahmen.“

„Sicherlich brauchen wir keinen Über-



Dr. Wolfgang
Bosbach

wachungsstaat, aber den starken Staat“. Dieser müsse Feinden wie Selbstmordattentätern, die zum Beispiel im palästinensischen Ramallah wie Helden gefeiert werden, robust gegenüber treten.“

Mit „So viel Freiheit wie möglich, so viel Sicherheit wie nötig“ und „Wir müssen dafür kämpfen, dass wir uns in unserem eigenen Land sorgenfrei bewegen können“ beendete Wolfgang Bosbach seine Ausführungen.

Die Anwesenden dankten Wolfgang Bosbach mit lang anhaltendem Beifall

Schlussbemerkungen

70 Jahre ist es nun her, dass sich in Schwelm Frauen und Männer in einer christlichen Union zusammenschlossen. Sie fanden sich am 23. August 1945 auf der Grundlage gemeinsamer christlicher Überzeugung zusammen, um die neue politische Landschaft der Nachkriegsjahre mit zu gestalten.

Ihre Mitglieder investierten damals viel Zeit und Begeisterung mit leidenschaftlichem Eifer. Sie ließen sich leiten von freudiger Zustimmung, intensiver Anteilnahme, Tatendrang und Hochstimmung. Dabei lagen aber auch Erfolg und Misserfolg sehr oft nahe beieinander.

Wie vor 70 Jahren richtet sich nun auch heute mehr denn je der Blick auf die Zukunft. Im Gegensatz zu der damaligen Bewältigung von Hunger, Not und Wiederaufbau, sind die Lösungen der sozialen Frage, der demografische Wandel, veränderte Familienstrukturen, Zuwanderung und Integration getreten.

Desweiteren stellt die gerechte Teilhabe bei der Verteilung von Wirtschaftsgütern nicht nur unsere Gesellschaft vor oftmals kaum zu überwindenden Herausforderungen.

Hinzu kommt der Kampf um die „beste“ gesellschaftliche Werteform, die unsere

Gesellschaft im starken Maße in der Arbeitswelt und im Privatleben betrifft.

Längst ist zur Auseinandersetzung der sozialistischen und christlichen Weltanschauung die radikal islamistische Ideologie von Salafisten und IS-Terroristen gekommen, die die abendländische Kultur nicht nur bedrohen, sondern auch zerstören wollen.

Um diese Herausforderungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft vorbeugend meistern zu können, setzte die CDU eine Kommission ein, die Lösungen und Angebote erarbeiten sollte.

Vor dieser Kommission zur Bewältigung der Zukunft unserer Bürgergesellschaft sagte Generalsekretär Peter Tauber:

„Die CDU hat das Ziel, die gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüche zu meistern und dabei wirtschaftlichen Erfolg und soziale Stabilität in eine Balance zu bringen.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dazu ermuntern, sich in diese Gesellschaft einzubringen und sich zu engagieren.

Der Staat kann nicht alles regeln und soll es auch gar nicht. Umso wichtiger sind aktive Bürger, die sich für ihr Land und ihr gesellschaftliches Umfeld einsetzen. Aus diesem Engagement heraus wachse auch der Zusammenhalt, der eine Gesellschaft trägt.“

Zu diesen Engagement wünsche ich den Mitgliedern der CDU und ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern besonders für die Arbeit im Parteivorstand, in den Ausschüssen und in der Ratsfraktion alles Gute, viel Erfolg, Ausdauer und Gottes Segen!

Klaus Peter Schmitz



In der Schwelmer Fußgängerzone im Sommer 1982
(Foto Bernd Richter)

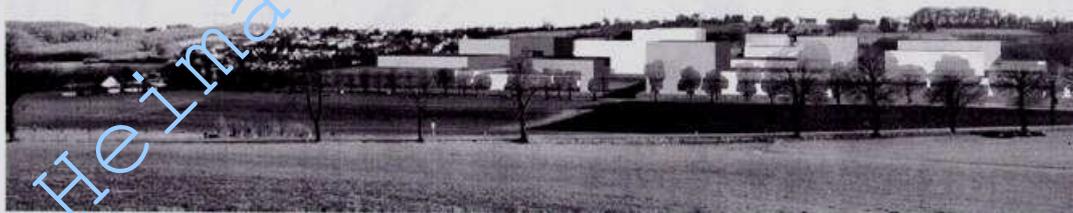
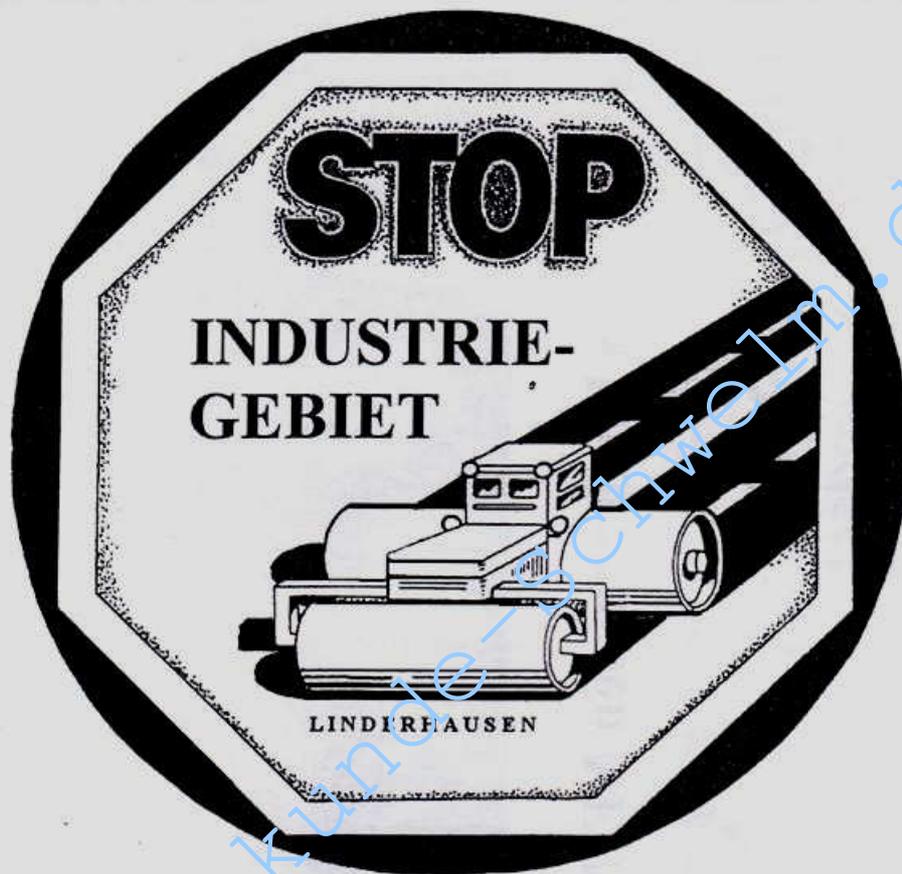
Heimatkunde-SchweIm.de

Auch das waren wichtige Ereignisse



**Gewerbegebiet Linderhausen
Bebauung Wilhelmsplatz
Städtepartnerschaft
Bürgerpreis**

So sieht die Stadtplanung für Linderhausen aus:



Dazu sagen wir in Linderhausen NEIN !



SPENDEN ERWÜNSCHT AUF KONTO BÜRGERVEREIN LINDERHAUSEN NR 06000616 SPARKASSE ZU SCHWELM (BLZ) 454 515 55

Die Suche nach Gewerbegebieten und Einzelhandelsplätzen.

Als in Schwelm die Firmen wie u.a. das Eisenwerk, Rafflenbeul, Happich, Linde und das Rondowerk Insolvenz anmeldeten oder ihren Standort in Schwelm aufgaben, bedeutete das für die Stadtkasse finanziell eine Katastrophe und demzufolge ein Fiasko auf dem Gebiet der Gewerbeentwicklung.

Um dieses „Fiasko“ in Grenzen zu halten, beschlossen Ende der 80er Jahre CDU und SPD gemeinsam, in Linderhausen ein Gewerbegebiet zu planen.

Infrastrukturmäßig günstig an der Autobahn A1 gelegen, bot sich hier ein lukrativer Platz für Gewerbeansiedlung.

Es war eine Planung, die über 10 Jahre die Gemüter der Bürger, der Politiker und der Umwelt-Organisationen beschäftigen sollte.

Aus den einstmaligen gemeinsamen Planungen blieb nach kurzer Zeit nichts mehr übrig.

Betonte in einem Leserbrief vom 28. März 1984 der damalige Bürgermeister Rainer Döring noch, die CDU wolle vom Gewerbegebiet Linderhausen abrücken, so unterstrich er in einem Leserbrief sein „Dafür sein“!

Er schrieb: *„Die grundsätzliche Notwendigkeit des Gewerbegebietes Linderhausen für eine künftige Entwicklung der Stadt Schwelm wird weder von mir noch von der SPD-Fraktion bezweifelt. Für Anregungen bei den Planungen und Änderungsvorschlägen sei er aber offen für jegliche Mithilfe von Bürgern und ansässigen Vereinen.“*

Die CDU war nicht von der Erstellung eines Gewerbegebietes abgewichen, wünschte aber bei solch einem einschneidenden Projekt, eine besondere Planung und Abwägung aller Argumen-

te des Dafür und des Dagegen. Zusätzlich schlug die CDU - wegen der immer stärker werdenden Meinungsverschiedenheiten - vor, ein betreffendes Gutachten erstellen zu lassen.

Je länger die Zeit ins Land ging, je hitziger wurde die Diskussion. Bau neuer Straßen kam ins Gespräch und die Stimmen innerhalb der Parteien, die Bedenken äußerten, häuften sich.

Als die Partei „Die Grünen“ das Industriegebiet endgültig mit dem Einwand ablehnte, dass dann auch noch die unter Naturschutz stehenden Hecken zerstört würden, sollte eine Bürgerversammlung entscheiden.

Diese Bürgerversammlung entschied sich Anfang 2003 nach zehn Jahren Disput zwischen Befürwortern und Gegnern gegen ein Gewerbegebiet. Damit war die Angelegenheit ad acta gelegt.

Schwelm gehört uns Bürgern

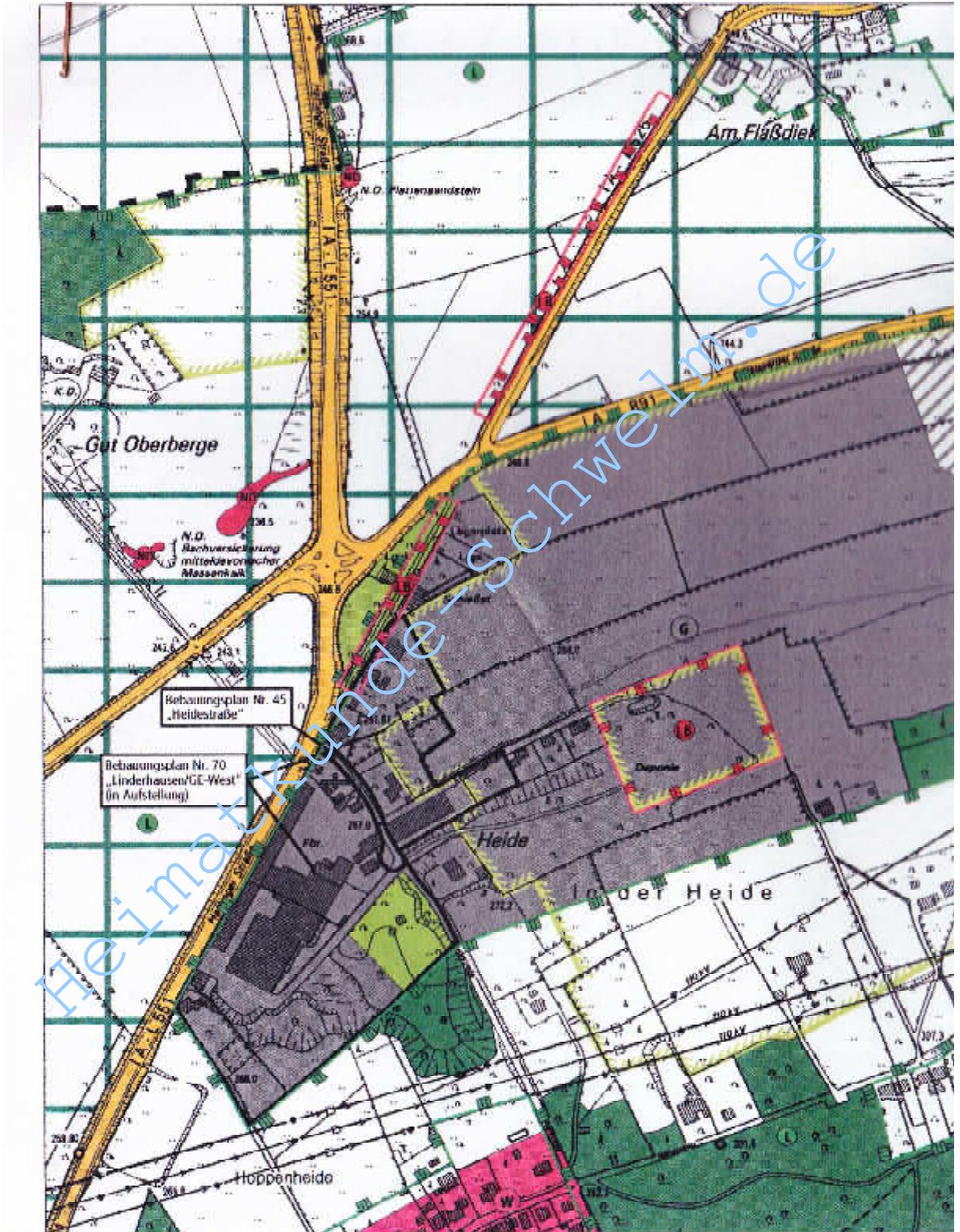
- Heimatfest
- Trödelmarkt
- Parkraum

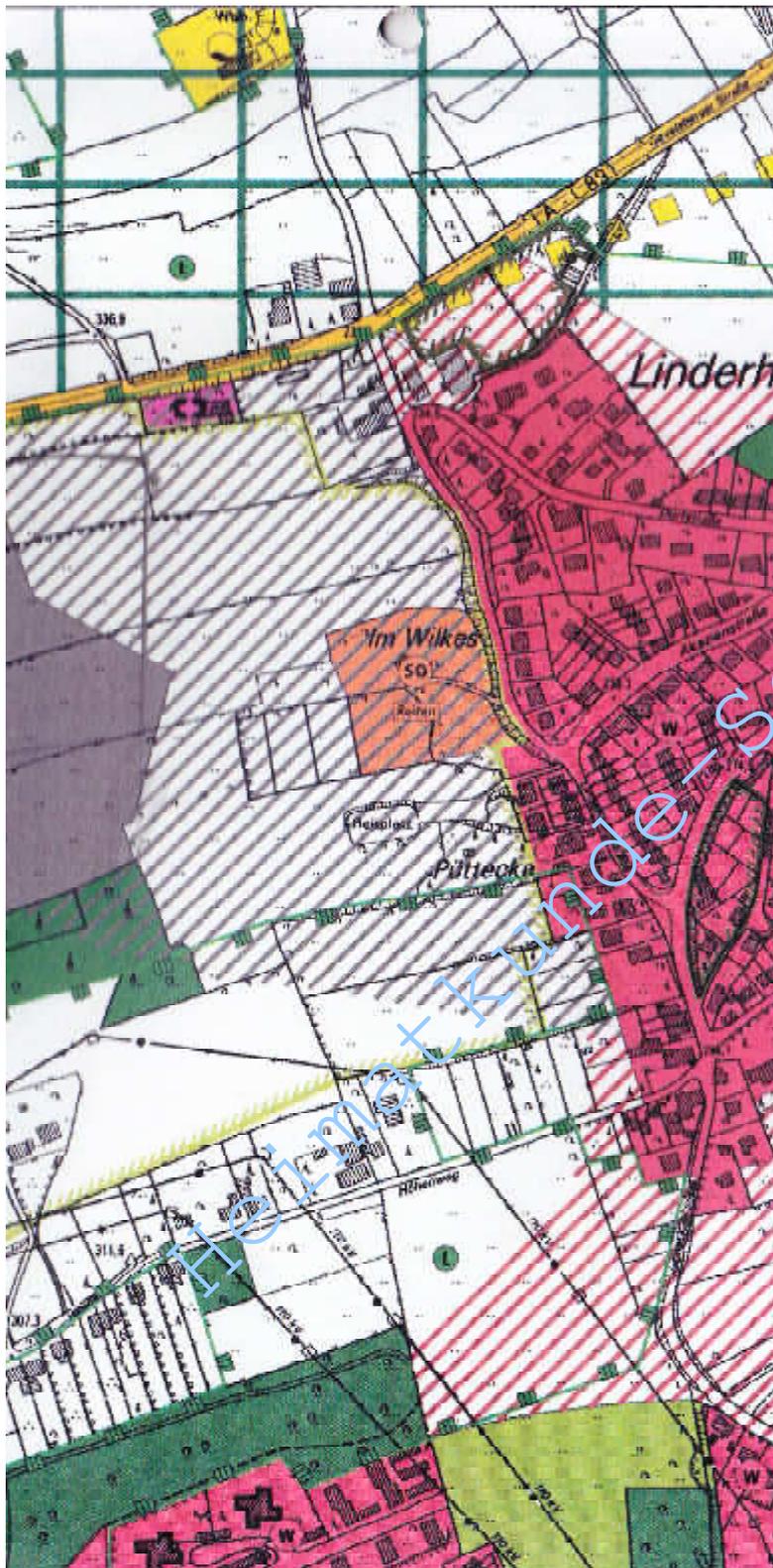
HÄNDE WEG VOM WILHELMSPLATZ

Kundgebung und Start des Bürgerbegehrens | Samstag, 8. Februar 2003
10.30 Uhr auf dem Bürgerplatz in Schwelm

Bürgerbegehren der Schwelmer Nachbarschaften

Die Bebauung des Wilhelmplatzes scheiterte am Veto einer Bürgerversammlung im Jahr 2003





Planungsvorgaben des Gewerbegebietes Linderhausen

- Wohnbaufläche
- Gewerbe- und Industriebauflächen
- Flächen für den Gemeinbedarf
- Flächen mit besonderen Zweckbestimmungen (z.B. Friedhöfe)
- Sonderbauflächen
- Flächen für Ver- und Entsorgungsanlagen
- Wasser
- Grünflächen
- Flächen für die Landwirtschaft
- Wald
- Flächen für den überörtlichen Verkehr, für die örtlichen Hauptverkehrswege und sonstige Verkehrsflächen

Naturschutzfachliche Planungsvorgaben

- Bereiche zum Schutz der Landschaft gem. Gebietsentwicklungsplan
- Regionale Gränzüge gem. Gebietsentwicklungsplan
- Naturdenkmal gem. Landschaftsplan Ennepetal
- Landschaftsschutzgebiet gem. Landschaftsplan Ennepetal
- Geschütztes Landschaftsbestandteil gem. Landschaftsplan Ennepetal
- Biotope gem. LÖBF Biotopkataster für den Außenbereich
- Biotope gem. LÖBF Stadtbiotopkartierung für den bebauten Bereich

Sonstige Darstellungen

- ASB - Reserven des GEP
- GIB - Reserven des GEP
- Verkehrsinfrastruktur (Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung, gemäß GEP)
- Grenzen rechtskräftiger und in Aufstellung befindlicher Bebauungspläne
- Stadtgrenze Schwelm

Planungsvorgaben Plan 1

Stadt Schwelm Rahmenplan "Gewerbegebiet Linderhausen"

Vertrags-Nr.: 11/2008		WOLTERS PARTNER ARCHITECTS ENGINEERS SURVEYORS URBAN PLANNERS TECHNISCHE BÜROFÜR URBAN- UND LÄNDLICHE PLANUNG
Vertrags-Nr.:	11/2008	
Projekt-Nr.:	11/2008	
Datum:	11/2008	

Abgegeben: 11/2008



Schwelm - Fourqueux



(entnommen aus dem Internet: <http://www.schwelm-fourqueux.de/index.html>)

Im September 2007 besiegelten die Städte Schwelm und Fourqueux in Frankreich ihre offizielle Städtepartnerschaft. Am 2. September 2007 wurden während des Bürgermeisterempfangs zum Schwelmer Heimatfest die Partnerschaftsurkunde und der Partnerschaftsvertrag im Schwelmer Rathaus von den Bürgermeistern Dr. Jürgen Steinrücke, Schwelm und Jean Paul Binard, Four -

queux unterzeichnet und eine Woche später dieser formale Akt in Fourqueux anlässlich des Stadtfestes dort wiederholt.

Die Stadt Fourqueux (Département des Yvelines, Canton Pecq sur Seine, Arrondissement de Saint-Germain-en-Laye) liegt etwa 25 km westlich von Paris, in Sichtweite des Eiffelturms. Fourqueux ist in einer ca. fünfständigen Autofahrt leicht von Schwelm erreichbar. Die Nachbarstadt Saint Germain en Laye



Die Bürgermeister Dr. Jürgen Steinrücke und Jean Paul Binard, Fourqueux, unterzeichnen den Städtepartnerschaftsvertrag



Der französische Senat würdigt durch seinen Präsidenten Gérard Larcher das Engagement von Bürgermeister Dr. Steinrücke für die Städtepartnerschaft zwischen Schwelm und Fourqueux. Im Bild von links: Dr. J. Steinrücke, Jean Paul Binard und Senatspräsident Gérard Larcher

ist durch den Regionalzug mit Paris verbunden.

Bis in die 1970er Jahre blieb Fourqueux ein Dorf mit bescheidenen Einwohnerzahlen. Durch die Ausweisung neuer Wohngebiete sind es heute rund 4000 Einwohner. Bemerkenswert ist die Internationalität. Mehr als 10 % der Einwohner sind Deutsche, Schweden, Norweger, Italiener, Spanier, Finnen oder Japaner. In der städtischen Grundschule gibt es sogar eine deutsche Klasse. Aufgrund dieser Tatsache ist das Interesse an internationalen Kontakten sehr hoch. Die Kontakte zwischen Schwelm und Fourqueux bestehen als Jugendaustausch seit 1996.

Auf Schwelmer Seite war das Jugendamt der Stadt zuständig, inzwischen

werden Organisation und Betreuung vom Club Schwelm-Fourqueux sichergestellt.

Auf französischer Seite kümmert sich das Kinder-, Jugend-, Kultur- und Sozialzentrum um den Jugendaustausch.

Bemerkenswert ist das rege soziale Leben in Fourqueux, das sich in vielen Vereinen organisiert. Neben dem 2004 gegründeten Verein „Les amis de Schwelm“ bereichern unzählige Sportvereine das Leben in Fourqueux. Das Sportamt der Gemeinde ist die Schnittstelle verschiedenste Sportarten.

Als Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Vereinsakteuren und steht dieses Amt als Ansprechpartner für die Schwelmer Sportler zur Verfügung.

Bürgerpreis der CDU-Schwelm

Am Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober) verleiht die CDU-Schwelm im Zeitraum von zwei Jahren den Bürgerpreis. Neben einer Urkunde erhält der Preisträger einen Geldbetrag.

Im Jahr 1996, dem Jahr des 500-jährigen Bestehens der Stadt Schwelm, hat die CDU einen Bürgerpreis gestiftet, der alle zwei Jahre an Personen, Vereine oder Gruppierungen verliehen wird, die sich in besonderer Weise um das Gemeinwohl in Schwelm verdient gemacht haben.

Erster Preisträger war 1996 Gerd Helbeck, der hervorragende Verdienste in der Erforschung der Stadt- und Heimatgeschichte erlangt hat.

Im Jahr 1998 erhielten die "Lila Damen" für ihren Einsatz in den den Schwelmer Krankenhäusern und im Feierabendhaus den Bürgerpreis.

Im Jahr 2000 wurde der Schwelmer Kinderschutzbund ausgezeichnet, der sich zu diesem Zeitpunkt seit zwanzig Jahren große Verdienste um die Kinder unserer Stadt erworben hatte.

2002 waren Bürgerpreisträger die Elisabeth- und Vinzenzkonferenz der katholischen Kirchengemeinde St. Marien für ihren großartigen Einsatz insbesondere für sozial Benachteiligte.

Ein weiterer Preisträger war im Jahr 2004 die DACHO (Dachverband Schwelmer Nachbarschaften), die die Auszeichnung für ihr Wirken im kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Leben in Schwelm erhielt.

Der DACHO folgte 2006 die hiesige Freiwillige Feuerwehr. Wie kaum in einer anderen Schwelmer Organisation sind ihre freiwilligen Mitglieder (Helfer) tagtäglich zum Dienst am Nächsten in bewundernswerter Weise im Einsatz.



Bürgerpreis 2014: Staatssekretär Ralf Brauksiepe (rechts) gratuliert Klaus Peter Schmitz

Die Bürgerpreis-träger

- 1996** Gerd Helbeck.
- 1998** Lila Damen,
- 2000** Schwelmer Kinderschutzbund,
- 2002** Elisabeth- und Vinzenzkonferenz der katholischen Kirchengemeinde St. Marien,
- 2004** Die DACHO,
- 2006** Freiwillige Feuerwehr,
- 2008** Christian-Ehlhardt-Haus,
- 2010** Martin Schwamborn,
- 2012** Förderverein Gemeindehaus Linderhausen e.V,
- 2014** Klaus Peter Schmitz



2012 ging der Bürgerpreis an den Förderverein Gemeindehaus Linderhausen

Der Bürgerpreis der CDU Schwelm 2008 ging an das Christian-Ehlhardt-Haus der Lebenshilfe Ennepe-Ruhr/Hagen e.V. Bürgermeister Dr. Steinrücke in seiner Laudatio: „Die Mitarbeiter übernehmen diese Aufgabe mit herausragendem Engagement und werden dafür zurecht mit dem Bürgerpreis geehrt.“

2010 Martin Schwamborn für unermüden Einsatz als Vorsitzender des Verschönerungsverein und 2014 Klaus Peter Schmitz für seine Recherche über den Nationalsozialismus in Schwelm, die in Buchform erschienen, runden die Gruppe der Bürgerpreisträger ab.



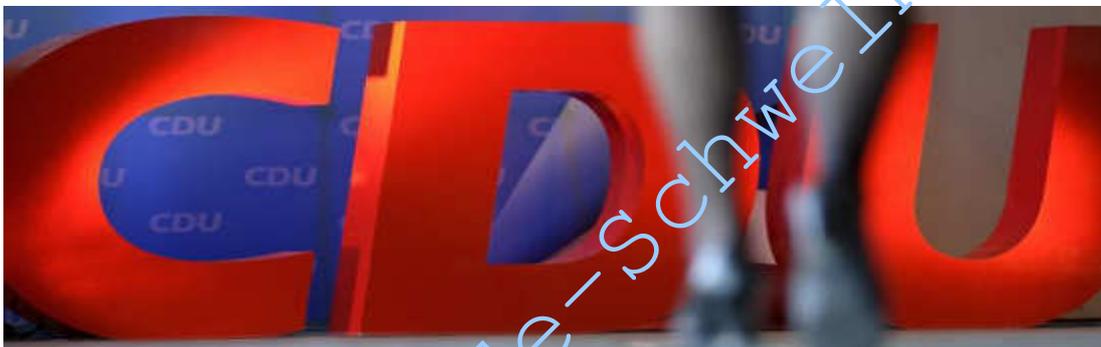
Der Bürgerpreis der CDU Schwelm 2008 ging an das Christian-Ehlhardt-Haus der Lebenshilfe Ennepe-Ruhr/Hagen e.V..
Kleines Bild links: Der erste Bürgerpreisträger von 1996, Gerd Hellbeck

Von Klaus Peter Schmitz

Epilog: Die Zukunft der CDU gehört Gott und dem Mutigen

Ich glaube nicht, dass unsere Zukunft und speziell unsere Gesellschaft unmittelbar von Bomben, Terror und Radikalismus bedroht ist. An ihnen wird unser Land nicht zu Grunde gehen.

Ich glaube vielmehr, beides wird aber sterben, wenn sie uns gleichgültig werden, wenn in unseren Herzen die geistigen Kräfte verloren gehen, die uns danach trachten lassen, nach christlichen Werten zu handeln und recht zu tun.



Geschichtsphilosoph Arnold Toynbee (geb. am 14. April 1889 - gest. am 22. Oktober 1975), schrieb, dass neunzehn von einundzwanzig große Kulturen von innen her, nach sich ausbreitender Dekadenz und nicht durch Angriff von Außen zugrunde gegangen seien.

Dieses „Zugrundegehen“ vollzog sich langsam, in aller Stille und im Dunkeln, und keiner bemerkte es. Als die Menschen es bemerkten, da war es zu spät!

So hängt unsere Größe und unser Überleben davon ab, ob wir das Überlieferte - „Geistige und Traditionelle“ - öfter und immer andauernder so sehr unbeachtet lassen.

Deshalb muss es unsere Zukunftsaufgabe sein, den Glauben an die christlichen Werte, die unser Leben von Anbeginn bestimmt haben, wiederzufinden

und zu festigen. Dazu fallen mir die Worte von Adolf Kolping ein, der da sagte: *"Die Zukunft gehört Gott und dem Mutigen!"*

Kolping war Priester und gleichzeitig Sozialpädagoge. Er war Vorsitzender und Gründer des sozialpädagogisch ausgerichteten katholischen Gesellenvereins, deren Mitglieder Mitbegründer der Christlich Demokratischen Partei waren.

Diesen Aufruf: *"Die Zukunft gehört Gott und dem Mutigen!"* hinterließ er uns als Vermächtnis und als gleichzeitigen Ratsschlag! Was würde er uns heute diesbezüglich als CDU für die nächsten Jahrzehnte mitgeben?

Sicherlich das neue Überdenken der sozialen Frage, denn das ist notwendig und verträgt keinen weiteren Aufschub:

„Sollen Solidarität und Gerechtigkeit angesichts sozialer Ungleichheit, demographischen Wandels und schwindender christlicher Werte wiederhergestellt und gesichert werden, dann helfe mit an einen Wandel, der „das Soziale“ neu überdenkt und neu definiert.“

Deshalb: Stellen wir uns dieser neuen Herausforderung! Nehmen wir die Chance wahr, die Gesellschaft, die auf dem Wege ist, dauerhaft die Spaltung von Arbeitsplatzbesitzern, Zeitarbeitern und Arbeitslosen hinzunehmen und Solidarität aufkündigt, positiv zu erneuern.

Denn eine Partei, die nicht mehr auf die nächste Generation hin lebt und ihren Auftrag erfüllt, hat ihre Zukunft und Zukunftsfähigkeit schon verspielt.

So sollten auch wir in unserer Schwelmer CDU die Courage haben, uns immer wieder neu auszurichten, das Althergebrachte immer wieder neu auf den christlichen, politischen und gesellschaftlichen Prüfstand bringen, dabei alte Zöpfe

abschneiden und mutig die Zukunft gestalten. Das heißt konkret:

Wenn wir die Zukunft zeitgemäß gestalten wollen, müssen wir die Dinge und die Geschehnisse auf ihren Sinn hin hinterfragen.

Dabei sollten wir zielstrebig, pragmatisch und mit einer christlicher Wertordnung als Fundament nach vorne blicken. Dann gehören wir zu den Mutigen, denen - gemeinsam mit Gott - die Zukunft gehört.

Mit diesem Buch wollte ich nicht nur von den zurückliegenden 70 Jahren CDU und der vergangenen 70 Jahren Stadtgeschichte berichten, sondern auch bei Ihnen allen die Lust auf eine politische, auf christliche Werten basierende Zukunft wecken, dass Sie die darin liegenden Chancen entdecken, ergreifen und umsetzen.

Ich wollte in Ihnen die Lust auf Zukunft wecken, dass sie in sich fühlen und begreifen, dass wir als CDU herausgefordert sind, diese Zukunft mutig anzugehen.

Ich wollte in Ihnen die Lust auf Zukunft wecken, damit Sie spüren, dass Zukunft ein Abenteuer ist, das wie ein unerforschtes Land von uns allen ausgelotet und gemeinsam mit unserem Herrgott politisch, sozial und gesellschaftlich gestaltet werden möchte.

Adenauer, Kohl und Merkel hatten und haben keine Angst vor diesem Abenteuer. Sie stürzten sich hinein und beeinflussten die Zukunft positiv.

„Die Zukunft gehört Gott und dem Mutigen“ und auch Ihnen, den CDU'ern im Jubiläumsjahr 2015.

Lassen sie sich doch einfach einmal von dieser Lust auf diese Zukunft anstecken.

Heimatkunde-SchweIm.de

Namen Statistiken Plakate



Personenregister Quellenverzeichnis



Matthias Kampschulte
Vorsitzender



Christiane Sartor
stellv. Vorsitzende



Andreas Happe
stellv. Vorsitzender



Peter Hertel
Kassierer



Friedrich Wilhelm Nockemann
Ehrenvorsitzender



Heinz-Joachim Rüttershoff
Pressesprecher

Der Schwelmer **CDU** Vorstand

Beisitzer

- Rolf Antkowiak
- Michael Flender
- Oliver Flüşhöh
- Hermann Grüntker
- Manfred Heinemann
- Bernd Hens
- Elmar-Björn Krause
- David Nockemann
- Benjamin Speckenbach
- Rolf Steuernagel



Wahlplakat Kommunalwahl 2014

Von links: David Nockemann, Michael Müller, Andreas Happe, Rolf Steuernagel, Oliver Flüşhöh, Heinz Georg Thier, Christiane Sartor, Heinz-Joachim Rüttershoff, Matthias Kampschulte, Michael Flender

Die Schwelmer **CDU** Ratsfraktion



Oliver Flühöh
Fraktions-
Vorsitzender



Heinz-Joachim
Rüttershoff
Stellv. Fraktions-
Vorsitzender



Michael
Müller
Stellv. Fraktions-
Vorsitzender



Matthias
Kampschulte



Andreas
Happe



Christiane
Sartor



Karen
Rüttershoff



Hans Otto
Lusebrink



Heinz Jürgen
Lenz



Manfred
Heinemann



Heinz Georg
Thier



Hans Jürgen
Zeilert

Zeit	CDU Ortsunion Vorsitzender	Stellvertreterin / Vertreter
1972 - 1980	Friedrich Wilhelm Nockemann	Maria Grötschel / Hans Bühlhoff
1980 - 1982	Werner Maikranz	Hans Bühlhoff / Hans Otto Lusebrink
1982 - 1985	Werner Maikranz	Hans Otto Lusebrink
1985 - 1991	Heinz-Joachim Rüttershoff	Hans Otto Lusebrink / Walter Braun
1991 - 1997	F. W. Nockemann	Hans Otto Lusebrink
1997 - 2001	Matthias Kampschulte	Andreas Happe
2001 - 2005	Matthias Kampschulte	Andreas Happe / Bernd Hens
2005 - heute	Matthias Kampschulte	Andreas Happe / Christiane Sartor

Rats-Fraktion

Zeit	Fraktions- vorsitzender
1 Bis 1953	Engelbert Goecke
2 Bis 1970	Dr. Wilh. Wiesemann
3 Bis 1980	Leonhard Kuckart
4 Bis 1984	Friedrich Wilhelm Nockemann
5 Bis bis 2007	Paul Frech
6 Ab 2008	Oliver Flühöh



Bürgermeister	Amtszeit
Jochen Stobbe (SPD)	ab 2009
Jürgen Steinrück (CDU)	1999–2009
Rainer Döring (SPD)	1977–1999
Egon Pohlmann (FDP)	1975–1977
Horst Stadie (SPD)	1970–1975
Heinrich Homberg (SPD)	1964–1970
Wilhelm Wiesemann (CDU)	1963–1964
Heinrich Homberg (SPD)	1951–1963
Ernst Lambeck (CDU)	1948–1951
Otto Klode (SPD)	1946–1948



Bei der Siegerehrung der Nachbarschaften vereint.
 von rechts: Bürgermeister Dr. Jürgen Steinrück mit Frau Monika Ilse Adam, stellv. Bürgermeisterin (SPD),
 Beigeordneter und Kämmerer Jürgen Voß (Stadtverwaltung) .
 Im Vordergrund links: Altbürgermeister Rainer Döring (SPD)
 mit Frau Ursula



Schwelmer Altstadt vor dem Kriege

Abkürzungen

APO	Außerparlamentarische Opposition
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
CAJ	Christliche Arbeitnehmer Jugend
CDA	Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich Demokratische Union
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund
CSU	Christlich Soziale Union
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
DDR	Deutsche Demokratische Republik
FDP	Freie Demokratische Partei
FU	Frauen Union
GV	Gesellenverein
JU	Junge Union
KAB	Katholische Arbeitnehmerbewegung
KF	Kolpingsfamilie
KH	Kolpinghaus
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MdL	Mitglied des Landtags
MdB	Mitglied des Bundestags
OZ	Ostzone
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
SU	Senioren Union
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	Schwelmer Zeitung
UID	Union Information Dienst
WR	Westfälische Rundschau
WP	Westfalenpost

**Aufwärts mit
Deutschland**



**Jetzt
den
Aufschwung
wählen**

CDU
sicher
sozial
und frei

*"Komm aus Deiner
linken Ecke"*



Heimatkunde-schweim.de



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU



**Helmut Kohl
Kanzler für Deutschland**

CDU
sicher
sozial
und frei



Wahlplakate der CDU aus den letzten 25 Jahren



70 Jahre lang ist es nun her, dass sich in Schwelm Frauen und Männer zu einer christlichen Union zusammenschlossen. Sie gründeten am **23. August 1945** auf den Grundlagen gemeinsamer, politischer Überzeugungen die neue Partei, die **Christlich-Demokratische-Union Schwelm**. Damit wollten sie die Gesellschaft der Nachkriegszeit nach christlichen Werten neu gestalten..

Rückblickend auf diese 70 Jahre CDU Vergangenheit hat *Klaus Peter Schmitz* ein Buch geschrieben. Dieses reflektiert nicht nur die Geschichte des Schwelmer Stadtverbandes, sondern auch den Wiederaufbau unserer Heimatstadt Schwelm.

Dieses Buch möchte bei Ihnen die Lust auf Zukunft wecken, verbunden mit dem Wunsch, dass sie als CDU herausgefordert sind, diese Zukunft mutig anzugehen.

Dieses Buch möchte Sie spüren lassen, dass diese Zukunft von uns allen politisch, sozial und gesellschaftlich gestaltet werden muss.

Mögen wir alle die darin liegenden Chancen entdecken, ergreifen und umsetzen.



Der Autor:

Klaus Peter Schmitz wurde am 20. März 1944 in Schwelm, der Kreisstadt des Ennepe-Ruhr-Kreises, geboren.

Aufgewachsen in einer Handwerkerfamilie, geprägt als Internatsschüler im Collegium Heerde in Münster, entschied er sich schon sehr früh für ein soziales Engagement in seiner Heimatstadt.

Sein Rüstzeug erwarb er sich als Pastorkatechet, Leiter der christlichen Arbeitnehmerjugend, langjähriger Vorsitzender der Kolpingsfamilie Schwelm und Leiter des Seniorenkreises in der heimischen Propsteigemeinde

Viele Jahre betreute er das Schwelmer Gemeindearchiv St. Marien und widmete sich als Heimatforscher intensiv der Aufarbeitung gesellschaftlicher Geschehnisse der vergangenen zwei Jahrhunderte in seiner Heimatstadt Schwelm.

ISBN 978-3-00-049401-7